

Martin Ulrich

*Wie frei sind
Gedanken?*

Eine soziologische
Analyse des
Zusammenhangs
zwischen
sozialer Lage und
politischer Ideologien

Wie frei sind Gedanken?

Martin Ulrich, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie mit Schwerpunkt Europa an der Universität des Saarlandes.

Martin Ulrich

Wie frei sind Gedanken?

Eine soziologische Analyse des Zusammenhangs
zwischen sozialer Lage und politischer Ideologien

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-ND 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/legalcode>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY-ND 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN 978-3-593-52059-9 Print

ISBN 978-3-593-46130-4 E-Book (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-46130-4

Copyright © 2025. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
1. Die Allgegenwärtigkeit ideologischer Konflikte	11
2. Aufarbeiten des bisherigen Forschungsstands	23
2.1 Theorien über dominante Ideologien	27
2.1.1 Karl Marx	27
2.1.2 Antonio Gramsci	31
2.1.3 Louis Althusser	34
2.1.4 Kritik an Theorien über dominante Ideologien	36
2.2 Belief systems	38
2.2.1 Limitierte Definitionen	38
2.2.2 Empirische Ergebnisse der Politikwissenschaft	48
2.2.3 Psychologische Forschung	53
2.3 Sozialstruktur und Ideologie	80
2.3.1 Karl Mannheim: Seinsverbundenheit des Denkens	80
2.3.2 Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes	88
2.3.3 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede	91
2.3.4 Michael Vester: Soziale Milieus und politische Lager	98
2.3.5 Gerechtigkeitsforschung: Primäre und sekundäre Ideologien	108
2.4 Michael Freeden: Ideologien als Konzeptnetzwerke	114
3. Der theoretische Rahmen der Monographie	123
3.1 Ein allgemeingültiger Ideologie-Begriff?	125
3.2 Der Begriff der Weltanschauung	126
3.3 Die Ursprünge individueller Weltanschauungen	132
3.4 Ideologien als Denkstile	137
3.5 Ideologische und nicht-ideologische Denkstile	155

3.6 Zusammenfassung: Der theoretische Rahmen	170
4. Eine geeignete Operationalisierung von Ideologien	173
4.1 Probleme bei bisherigen Operationalisierungen von Ideologie	174
4.1.1 Allgemeine Selbstplatzierung (Symbolische Ideologie)	174
4.1.2 Differenzierte Selbstplatzierung (Symbolische Ideologie)	179
4.1.3 Typisierung aufgrund mehrerer Einstellungen (Operationale Ideologie)	183
4.2 Entwicklung einer neuen Skala – Die POLID-Skala	187
4.2.1 Theoretisches Konzept	188
4.2.2 Skalierung	191
4.2.3 Die vier Subdimensionen	191
4.2.4 Pretests	210
5. Die sozioökonomische Position der Befragten	237
5.1 Ein geeignetes Konzept der sozioökonomischen Position	238
5.1.1 Klasse	238
5.1.2 Schicht	244
5.1.3 Soziale Lage	248
5.1.4 Soziale Milieus und Lebensstile	252
5.2 Die Einteilung in soziale Lagen	256
5.2.1 Datengrundlage	256
5.2.2 Multiple Korrespondenzanalyse	257
6. Hypothesen	283
7. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Ideologie	303
7.1 Die ideologische Struktur Österreichs	303
7.2 Soziale Lagen und POLID-Scores	304
7.3 Multivariate Regressionsanalysen	322
7.3.1 Libertarismus	324
7.3.2 Konservatismus	328
7.3.3 Sozialismus	331
7.3.4 Liberalismus	335
8. Fazit: Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Ideologie	341
9. Limitationen und Potential für zukünftige Forschung	349
Tabellenverzeichnis	355
Abbildungsverzeichnis	357

Tabellenanhang	359
Abbildungsanhang	375
Literaturverzeichnis	379
Internetquellen	412

Vorwort

Diese Monographie ist das Ergebnis eines vierjährigen Dissertationsprojektes (2019 – 2023) an der Abteilung für Soziologie und Kulturwissenschaft der Paris-Lodron Universität Salzburg. Ich habe mich in diesem Projekt mit dem Zusammenhang zwischen den objektiven Lebensbedingungen der österreichischen Bevölkerung und ihrer politischen Ideologien befasst.

Obwohl ich schon 2019 durch die starke politische Polarisierung im öffentlichen Diskurs (z.B. bezüglich Frauenquoten, der Notwendigkeit gendergerechter Sprache, Vorwürfen von *Cancel Culture*) von der Relevanz meiner Forschungsfrage überzeugt war, haben nationale und globale Krisen im Laufe meiner Arbeit und deren Bearbeitung im öffentlichen Diskurs die Relevanz des Themas noch einmal bestätigt. In den vier Jahren, die ich in Salzburg gelebt und gearbeitet habe, löste sich die österreichische Bundesregierung zweimal durch gravierende Skandale auf (Ibiza-Affäre und ÖVP-Korruptionsskandal). Donald Trumps Abwahl im Jahr 2020 und der folgende Sturm seiner Anhänger auf das Kapitol, der Ausbruch der Covid-19 Pandemie im Jahr 2020, die hitzigen Debatten und gegenseitigen Anfeindungen von erbitterten Maßnahmenbefürwortern und -gegnern und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die emotionalen Debatten über Waffenlieferungen und Sanktionen gegen den russischen Aggressor haben diese vier Jahre stark geprägt.

Diese Krisen haben das Verfassen der Arbeit nicht erleichtert. Schon alleine die Lockdowns und sonstigen Covid-Maßnahmen haben es nicht nur mir, sondern auch anderen Dissertanten sehr erschwert, ihre Projekte fortzuführen, oder es in einigen Fällen sogar unmöglich gemacht, sie planmäßig abzuschließen. Ohne die Unterstützung zahlreicher Menschen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität – hätte ich diese Arbeit nicht in vier Jahren vollenden können. Zu allererst ist dabei der Erstbetreuer meiner Arbeit Prof. Dr. Beat Fux zu nennen, der mir immer wieder Hinweise auf nützliche Literatur gegeben hat, gute Verbesserungsvorschläge geboten und mich durch anregende Diskussionen immer wieder auf neue Ideen gebracht hat. Ihm ist auch zu verdanken, dass ich zu Beginn

meines Dissertationsstudiums sehr schnell eine konkrete Forschungsfrage festlegen und diese fokussiert bearbeiten konnte. Assoz.Prof. Dr. Wolfgang Aschauer hat mich stets als Zweitbetreuer in meinen Fragen zu statistischen Verfahren beraten. Es ist auch ihm als Hauptorganisator des österreichischen Values in Crisis Panels zu verdanken, dass ich während der Pandemie an die Datenbasis für meine Dissertation gelangt bin. Zusätzlich bedanke ich mich bei Dr. Alexander Seymer dafür, dass er meinen statistischen Horizont weit über die Verfahren, die ich in dieser Dissertation verwende, hinaus erweitert hat. Ich möchte mich auch bei meinen Kollegen der Abteilung Soziologie und Kulturwissenschaft bedanken, für deren Bekanntschaft ich mich sehr glücklich schätze. Ohne ihre Gemeinschaft wäre der Abschluss meiner Dissertation in diesen turbulenten Zeiten tausendfach schwieriger gewesen: Benjamin Baisch, Laurenz Bub, Hemma Zmugg, Mona Röhm, Victoria Reitter, Dženeta Karabegović, Christopher Etter, Carina Koblner, Andrea Newerla, Lara Zwißlinger, Markus Kreuzberger, Katharina Stiebler, Sofije Avdiu, Lucia Wöß, Ines Fingerlos, Filip Kulling, Kyoko Shinozaki, Kornelia Hahn, Martin Stempfhuber und Ulrike Klopff. Ohne sie alle wären die vier Jahre in Salzburg sehr viel trister gewesen, und der Abschluss der Dissertation hätte sich lange verzögert. Zusätzlicher Dank geht an Prof. Dr. Céline Teney für die Begutachtung meiner Dissertation und an Prof. Dr. Robert A. Huber für seine Rolle als Diskutant während der Dissertationsverteidigung.

Auch außerhalb der Universität haben mich viele Menschen direkt oder indirekt unterstützt. Zuallererst sind dabei meine Familie Elisabeth, Heinrich und Thomas Ulrich zu nennen, auf deren Beistand ich mich immer verlassen kann. Darüber hinaus bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Literaturkollektivs Textgespräche unter der Leitung von Christian Lorenz Müller, durch deren konstruktives Feedback ich mich in meinem kreativen Schreiben massiv gesteigert habe. Zusätzlicher Dank geht an Frau Dr. Brigitte Honold, Laura Wehner und Manfred Ulrich. Zuletzt möchte ich ein Dankeschön an alle Teilnehmer der kognitiven und quantitativen Pretests aussprechen, da ohne ihre Zeit und Mühe diese Dissertation nicht zu einem zeitnahen Ende hätte geführt werden können.

Salzburg, Juni 2023

Martin Ulrich

1. Die Allgegenwärtigkeit ideologischer Konflikte

Die letzten Jahrzehnte waren von vielen, tiefgreifenden politischen Ereignissen geprägt. 2016 wurde Donald Trump zum 45. Präsident der USA gewählt. Sein vorangehender Wahlkampf und seine Legislaturperiode waren von zahlreichen und breit diskutierten Kontroversen bestimmt. Generell kann Donald Trump wohl als einer der umstrittensten US-Präsidenten der Geschichte bezeichnet werden. Entsprechend lagen auch seine *Approval Ratings* lediglich im Bereich zwischen 34 und 49 %. Trump weist insgesamt den niedrigsten Höchststand in diesen Ratings seit Roosevelt auf (Gallup o. J.). Alle Kontroversen aufzuzählen würde den Rahmen einer Einleitung bei Weitem sprengen. Dennoch sollen einige genannt werden. Seine Bestrebungen zur Errichtung einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze, mehrere Vorwürfe sexueller Übergriffe gegen Frauen (Tagesschau 2019), die Forderung nach einem generellen Einreiseverbot für Muslime (Welt 2015), seine feindselige Haltung gegenüber Mitgliedern der Presse (Todd et al. 2017) und seine Drohung, mit dem Militär gegen BlackLivesMatter-Demonstranten vorzugehen (Standard 2020) sind nur wenige Beispiele, die erbitterte und stark emotionalisierte Debatten in den USA auslösten. Als Donald Trump 2020 abgewählt wurde, behauptete dieser, dass ihm die zweite Amtszeit durch Wahlbetrug geraubt worden war. Das gipfelte am 6. Januar 2021 in einem Angriff von Trump-Anhängern auf das Kapitol in Washington, um die offizielle Bestätigung von Joe Biden als 46. Präsident zu verhindern (Bracholdt et al. 2021).

Doch bereits vor dem Wahlkampf »Trump vs. Clinton« gab es Anzeichen für eine tiefe Spaltung in den USA. Während bspw. die einen die Wahl von Barack Obama zum ersten afro-amerikanischen US-Präsidenten als gutes Zeichen für kulturellen Fortschritt und als Zeichen gegen strukturellen Rassismus sahen (Schweitzer 2012, S. 9), formierte sich 2009 eine starke Opposition zur Obama-Regierung in Form der *Tea Party*. Diese Bewegung vermengte neoliberale Ansichten – Ablehnung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen (z.B. *ObamaCare*) und Befürwortung eines *laissez-faire* Kapitalismus – mit starken ethnischen Ressentiments. Zusammengefasst beklagte die *Tea Party*, dass die Regierung unter Obama

zu viel für die Probleme der Afro-Amerikanischen Bevölkerung tat, obwohl diese vermeintlich genauso gute Erfolgschancen hätte wie die Kaukasische. Dadurch würden die »hart arbeitenden Amerikaner« durch ungerechte Umverteilung ausgebeutet, um vermeintlich faule Menschen »durchzufüttern«. Diese Ausbeutung war für die Bewegung Ausdruck eines *anti-white bias*, von dem sich ihre Mitglieder bedroht fühlten (Langman 2012, S. 469–471; Zeskind 2012, S. 500–504). Für diese Ansichten wurde die *Tea Party* häufig als rassistisch kritisiert. Die *Tea Party* selbst wiederum lehnte diese Vorwürfe ab und bezichtigte die Medien, die Bewegung bewusst falsch darzustellen und zu denunzieren (Zeskind 2012, S. 501).

Ein weiteres Beispiel für intensive ideologische Konflikte sind die Proteste der BlackLivesMatter-Bewegung (BLM), die 2013 nach dem Freispruch von George Zimmerman im Mordfall Trayvor Martin gegründet wurde, um den systematischen Rassismus in den USA zu bekämpfen (Guardian 2015). Nachdem 2020 George Floyd ein weiteres Opfer von Polizeibrutalität wurde, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Auch hierbei war wieder eine deutliche Kluft zwischen Liberalen und Konservativen erkennbar. Während Liberale die Ziele der BLM-Bewegung (*#defundthepolice*, *#silenceisviolence*) unterstützten und das Verhalten der Polizisten gegenüber den Demonstranten kritisierten, verurteilten Konservative die Plünderungen von Geschäften, den Vandalismus von Statuen und vermeintliche gewalttätige Tendenzen der Demonstranten. Ideologische Konflikte wie diese finden sich jedoch nicht nur in den USA. Die BLM-Proteste finden auf der ganzen Welt statt (Tagesschau 2020). Und auch die Etablierung des Populismus in vielen europäischen Parteiensystemen (Decker 2006, S. 9–11) führt regelmäßig zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den (rechts)populistischen Akteuren (z.B. AfD, FPÖ, Rassemblement National, etc.) und traditionellen Parteien oder den öffentlich-rechtlichen Medien (Decker 2006, S. 17–19; Holtmann et al. 2006, S. 17–19; Müller 2017, S. 26–27, 42–43).

Noch deutlicher und erbitterter wurden Konflikte während der Covid-19-Pandemie, die ab März 2020 die Welt in Atem gehalten hatte. Durch die weltweite Verbreitung des neuen SARS-CoV-2 Virus wurde die Gesundheit vieler Bevölkerungsgruppen (ältere oder immunschwache Menschen) gefährdet und die Gesundheitssysteme der westlichen Länder strapaziert. Die nationalen Regierungen sahen sich gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Hierzu griffen sie auch in die individuellen Freiheiten der Bevölkerung ein (z.B. durch Ausgangssperren, Lockdowns, Impfpflichten für bestimmte Berufsgruppen, etc.). Diese Maßnahmen waren stark umstritten. Sind die psychischen und sozialen Folgen von Kontaktverboten für Jugendliche und Kinder vertretbar, wenn damit Ältere geschützt werden können? Was wiegt schwerer, die Gefährdung der Lebensgrundlage von Erwerbstätigen, die ihren Beruf nicht im Home Office ausüben können, oder die Gefährdung der

(Hoch)Risikogruppen durch eine ungebremste Virusverbreitung? Und überwiegt das Abwenden des Kollaps des Gesundheitssystems durch eine verpflichtende Impfung das Selbstbestimmungsrecht für den eigenen Körper? Die Antworten auf diese Fragen hängen von der politischen Haltung und den Prioritäten in Wertüberzeugungen jeder einzelnen Person ab. Eder et al. (2022) bspw. zeigen für Österreich, dass die Wähler der Regierungsparteien und insb. der Grünen während der Pandemie mehr Wert auf Konformismus legten als vor der Krise, während der Effekt bei den Wählern der FPÖ genau umgekehrt war (2022, S. 343–348). Das spiegelte sich auch im öffentlichen Diskurs wider. Gegner von Maßnahmen warfen der Regierung oder den Unterstützern der Maßnahmen vor, geltendes Recht auf die leichte Schulter zu nehmen und die individuelle Freiheit über Bord werfen zu wollen. In diesem Kontext fielen besonders Akteure aus dem rechten politischen Spektrum auf, u.a. auch Politiker rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ oder der AfD (vgl. Mellacher (2021), Nachtwey et al. (2020) oder ORF (2020)). Diesen und anderen Kritikern wurde wiederum vorgeworfen, rücksichtslos, fahrlässig, menschenfeindlich und/oder Anhänger von Verschwörungstheorien zu sein – man betrachte bspw. die Reaktionen auf die Video-Aktion #allesdichtmachen, der sich namhafte Schauspieler aus dem deutschsprachigen Raum angeschlossen hatten (Welt 2021). So wurden Stimmen laut, die Freiheits- oder Rechtseinschränkungen für Ungeimpfte forderten (Lehnert 2021; Lippel 2021; Standard 2021). Ungeachtet davon, welche Position man selbst bezieht, kann man nicht umhin festzustellen, dass die Emotionalität und Feindseligkeit dieser Auseinandersetzungen im Zuge der Pandemie ein völlig neues Ausmaß annahmen (vgl. auch Aschauer und Heinz (2023) für eine Mixed-Method Studie zur Rolle des Autoritarismus in den Lagern der Konfliktparteien im Land Salzburg).

Auch 2024 gab es Anzeichen für tiefe ideologische Gräben in der Gesellschaft in Deutschland. Nachdem Berichte über ein Geheimgespräch von Rechtsextremen und hochrangigen AfD-Politikern publik wurden, auf dem Pläne zur massenhaften Vertreibung deutscher Bundesbürger diskutiert wurden (Bensmann et al. 2024), reagierten viele Bürger im ersten Halbjahr 2024 mit großen Demonstrationen in vielen deutschen Städten, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und die AfD zu setzen (Tagesschau 2024a, 2024b; Taz 2024).

Ein immer wiederkehrendes Symptom von Konflikten der oben genannten Art ist, dass konkurrierende Akteure sich gegenseitig vorwerfen, eine Ideologie zu pflegen. »Ideologie« dient dabei als Kampfbegriff, der die Position des Gegners schwächen soll, indem seine Argumente als grundlegend falsch und/oder moralisch verwerflich dargestellt werden. Ideologische Argumente sind in diesem Kontext solche, die entweder auf versteckten egoistischen Interessen, einem gravierend falschen Verständnis der Realität oder einem gefährlichen, toxischen

Gedankengut basieren (Ball 1999, S. 391; Eagleton 1991, S. 3; Geiger 1968, S. 5, 12–13, 1984, S. 184; Hahn 1984, S. 117; Lenk 1984, S. 357; Mannheim 1985, S. 34–37). »Many of us believe that our adversaries are obviously afflicted with ideological bias, but we find it difficult to see our own moral and political convictions as springing from anything other than good reason and sound evidence« (Jost et al. 2008b, S. 126).

Ideologische Konflikte sind nicht auf die Politik beschränkt; sie können in allen gesellschaftlichen Bereichen auftreten. Karl Marx argumentiert, dass die Religion als Verschleiерungsmechanismus der Ausbeutung durch die Bourgeoisie Teil der Ideologie des Überbaus ist (Geiger 1968, S. 136–137; Geoghegan 2004, S. 135–136; Knoblauch 2014, S. 42–50; Marx 1984, S. 84–85; Plamenatz 1970, S. 88–91).¹ Kteily et al. (2019) berichten von Kontroversen bezüglich der ungleichen medialen Aufmerksamkeit für besondere Leistungen zu Gunsten von privilegierten Gruppen (z.B. im Kontext von sportlichen Großereignissen wie der Olympiade oder den Academy Awards) (2019, S. 1559). Sie finden auch Hinweise darauf, dass die politische Orientierung der Menschen eine entscheidende Rolle bei der Wahrscheinlichkeit spielt, Tweets über beeindruckende Leistungen von anderen Menschen zu posten. Liberale twittern wahrscheinlicher über Mitglieder benachteiligter Gruppen (insb. Afro-Amerikaner und Frauen) als über privilegierte Gruppen, um den Status der übervorteilten Gruppe zu heben (2019, S. 1561–1565).²

Selbst innerhalb der Wissenschaft werden ideologische Konflikte ausgetragen. Die Beiträge des Sammelbandes »*The radicalisation of science. Ideology of/in the Natural Sciences*« von Rose und Rose (1976) beschäftigen sich damit, inwiefern dominante Ideologien in den Naturwissenschaften verankert sind und sie dadurch – wie bspw. im Beitrag von Stéhelin argumentiert wird – Frauen unzugänglich machen. Inbar und Lammers (2012) auf der anderen Seite gehen in ihrer Studie der Frage nach, wie liberal das Feld der Sozial- und Persönlichkeitspsychologie ist und ob konservative Wissenschaftler in diesen Disziplinen einem feindlichen Umfeld ausgesetzt sind. Sie stellen fest, dass konservative Psychologen eine Minderheit ausmachen und auch eher angeben, schon diskriminierende Tendenzen erlebt zu haben. Darüber hinaus geben liberale Psychologen auch eher an, dass sie konservative Kollegen wegen ihren politischen Überzeugungen benachteiligen würden (Inbar und Lammers 2012, S. 498–502).

¹ Marx' Ideologietheorie wird in Kapitel 2.1.1 behandelt.

² Die Ideologien des Liberalismus und Konservatismus werden in den Kapiteln 4.2.3.1 und 4.2.3.2 genauer definiert, zum Verständnis der Ausführungen aus diesem Kapitel sind folgende gebräuchlichen Definitionen ausreichend. Als liberal gelten Forderungen, wenn sie einen sozialen Wandel befürworten, der Ungleichheiten ausgleichen soll. Konservativ sind dagegen Forderungen, die den Status Quo erhalten wollen (Jost et al. 2003b, S. 342–343).

»Hostility toward and willingness to discriminate against conservatives is widespread. One in six respondents said that she or he would be somewhat (or more) inclined to discriminate against conservatives in inviting them for symposia or reviewing their work. One in four would discriminate in reviewing their grant applications. More than one in three would discriminate against them when making hiring decisions. Thus, willingness to discriminate is not limited to small decisions. In fact, it is strongest when it comes to the most important decisions, such as grant applications and hiring.« (Inbar und Lammers 2012, S. 500–501)

Skitka (2012) jedoch weist auf einige Probleme der Studie von Inbar und Lammers (2012) hin. Erstens versuchen sie auf Basis eines nicht repräsentativen *Convenience Samples* Aussagen für ihre Grundgesamtheit zu treffen. Zweitens ist es für Skitka nicht eindeutig, dass die liberalen Befragten, die angaben, dass sie gegen konservative Kollegen diskriminieren würden, dies wirklich wegen der politischen Ausrichtung des Kollegen als Person tun würden. Ihr Wille zur Benachteiligung könnte auch daher rühren, dass die Fragen von Inbar und Lammers implizieren, dass die Arbeiten des konservativen Kollegen selbst einen ideologischen Bias aufweisen. Drittens wäre es wichtig gewesen zu testen, ob diese Bereitschaft zur Diskriminierung auch bei einem möglichen liberalen Bias auftritt (Skitka 2012, S. 508–510).

Doch Inbar und Lammers sind nicht allein mit ihrer Einschätzung, dass die Psychologie ein (il)liberales Feld ist. Duarte et al. kommen drei Jahre später zu demselben Ergebnis (2015, 2–3; 10–11). Sie gehen sogar noch weiter und zeigen sich besorgt darüber, dass diese ideologische Homogenität ungerechtfertigt Einfluss auf die wissenschaftliche Arbeit nimmt. Ideologische Vorannahmen können implizit als Fakten angesehen, bestimmte Fragestellungen von vornherein abgelehnt, bestimmte empirische Ergebnisse als fehlerhaft abgetan oder sogar konservative Menschen (entweder aktiv oder unbewusst) mit negativen Attributen versehen werden (Brandt et al. 2014, S. 28–29; Duarte et al. 2015, S. 4–8). Stewart-Williams et al. (2020) weisen eben solche Tendenzen in einem Experiment mit überwiegend akademischem Sample nach. Die Befragten – sowohl Männer als auch Frauen – empfinden dieselbe Studie als besser durchgeführt und plausibler, wenn ihre Ergebnisse Frauen in einem besseren Licht erscheinen lassen als Männer. Andernfalls wird die Studie eher als schädlich, sexistisch, als schlechter durchgeführt und weniger plausibel bewertet (2020, S. 4–7). Zum selben Ergebnis gelangt auch Winegard in sieben Experimenten (2018, S. 20–78). Diese Tendenz geht für ihn auf eine ideologische Haltung zurück, die er als *Cosmic Egalitarianism* bezeichnet. *Cosmic Egalitarianism* steht dafür, (1) überzeugt zu sein, dass sich alle sozialen Gruppen in wichtigen biologischen und sozialen Faktoren nicht unterscheiden, und folglich (2) alle auftretenden Unterschiede in sozialstrukturellen Variablen als Ausdruck von Diskriminierung aufzufassen (2018, S. 5, 10–11). Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass Winegard den *Egalitaria-*

nism-Begriff nicht mit einer kritischen Bewertung versieht. Für ihn kann diese Tendenz im Kontext bestehender sozialer Ungleichheiten durchaus gerechtfertigt sein (2018, S. 87–88). Er kritisiert lediglich, dass sich die psychologische Forschung von dieser ideologischen Perspektive in ihrer Objektivität beeinflussen lassen könnte.³

Diese obigen Beispiele beziehen sich auf die Psychologie, doch auch die Soziologie scheint nicht gegen ideologische Vorannahmen gefeit zu sein. Redding (2013) zeichnet die Kontroverse nach, die die Studie von Regnerus (2012) auslöste, die ergab, dass erwachsene Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren sich in zahlreichen Aspekten von Kindern heterosexueller Paare unterscheiden (*»measures of social, emotional, and psychological adjustment as well as educational attainment, employment history, need for public assistance, substance abuse, and criminal justice system involvement«* (2013, S. 439)). Diese Ergebnisse unterschieden sich stark vom bisherigen Forschungsstand. Dies und die Tatsache, dass die Studie auch methodische Schwächen aufweist, rechtfertigt durchaus wissenschaftliche Kritik an dem Paper. Besonders kritisch ist, dass alle Ergebnisse auf bivariaten Ergebnissen beruhen und der Effekt der Sexualität der Erzieher nicht durch Kontrolle anderer Einflüsse (z.B. Stigmatisierungen, etc.) bereinigt wurde (Regnerus 2012, S. 766). Allerdings findet Redding es auffällig, dass sich die Kritik an der Studie sehr unverhältnismäßig auf den Charakter des Forschers (insb. in Form der Unterstellung von homophoben Einstellungen) und die politische Unkorrektheit der Studie konzentrierte, statt nur auf die Methodik (2013, S. 439–441).

Eine weitere wissenschaftliche Kontroverse ist die sogenannte *»Grievance Studies Affair«*. Helen Pluckrose, James A. Lindsay und Peter Boghossian postulieren, dass zahlreiche Sozialwissenschaftler (v.a. der *Gender Studies*, *Migration Studies*, *Fat Studies*, etc.) pseudowissenschaftliche Ergebnisse produzieren, um ihre eigene politische Agenda voranzutreiben. Sie werfen diesen Disziplinen insbesondere vor, eine systematische ideologische Abneigung gegenüber privilegierten Gruppen (v.a. weiße heterosexuelle Männer) vorzuweisen, der ihre wissenschaftliche

3 Um den *egalitarian bias* in der Wissenschaft dreht sich mittlerweile eine kontroverse Debatte, die in diesem Kapitel aus Platzgründen nicht repräsentativ abgebildet werden kann. Interessierte Leser finden bei Anomaly und Winegard (2020) eine philosophische Gegenposition zu den Kernüberzeugungen des *Cosmic Equalitarianism*. Peters (2019) kritisiert den ideologischen Bias im Kontext der Philosophie, verteidigt einen *egalitarian bias* jedoch im Kontext der Lehre, da er in diesem Kontext benachteiligte Gruppen fördern kann (Peters (2021)). Clark und Winegard (2020) und Honeycutt und Jussim (2020) besprechen detailliert die Mechanismen und Konsequenzen von ideologischen Befangenheiten auf die interne ideologische Zusammensetzung, Forschungsprozesse und Ergebnisse in den Sozialwissenschaften. Hoppe (2023) auf der anderen Seite entwickelt eine Konzeption einer positionierten Soziologie, die sich ihrer Involvierung in politischen Konflikten bewusst ist und diese Relationalität in der Theoriebildung konstruktiv nutzt, um fehlgeleitete Wahrheitsansprüche zu vermeiden (2023, S. 175–176).

Arbeit beeinträchtigt. Um diesen Bias aufzudecken, schrieben und veröffentlichten sie 2017 und 2018 diverse *Hoax Papers* in *peer reviewed* Zeitschriften dieser Felder (Pluckrose et al. 2018). Dieser schwere Vorwurf einer ideologischen Voreingenommenheit kann jedoch auch umgekehrt werden. Ideologien können immerhin nur aus dem Blickwinkel einer anderen Ideologie normativ kritisiert werden. Daher können auch Pluckrose et al. verdächtigt werden, die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Felder aufgrund ihrer eigenen Ideologien abzulehnen und diese Disziplinen deswegen bewusst denunzieren zu wollen (Afinogenov 2018).

Zuletzt sollen Revers und Traunmüller (2020) genannt werden, die eine Befragung aller Studenten der Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt durchführten, um deren Toleranz gegenüber kontroverser (konservativer) Meinungen zu testen. Studenten, die sich als besonders links einstufen, geben häufiger an, von auf dem Campus getätigten Aussagen verärgert gewesen zu sein. Zwischen 31 und 56 % finden, dass es kontroversen Vortragenden nicht erlaubt sein sollte, an Universitäten zu sprechen, und sogar zwischen 64 und 83 % würden es Personen wegen ihrer politischen Einstellungen verbieten, an Universitäten zu lehren.⁴ Ein Drittel der Studenten geben an, Hemmungen zu haben, ihre Meinung zu kontroversen Themen preiszugeben, und 25 % berichten, dass sie schon einmal wegen ihrer Einstellungen persönlich kritisiert wurden (2020, S. 484–491). Diese Studie wurde daraufhin von Meier (2021), der an besagter Universität als Professor tätig ist, stark kritisiert. Allerdings fokussierte er sich in seiner Kritik nicht auf die niedrige Rücklaufquote, die die Stichprobe zugunsten von linken Studenten verzerrte, oder darauf, dass bei den im Fragebogen genannten kontroversen Meinungen nur solche aufgezählt wurden, die Widerstand im linken politischen Spektrum hervorrufen, während solche, die die politische Rechte empören sollten, nicht getestet wurden (vgl. Revers und Traunmüller 2020, S. 492). Inhaltlich kritisiert Meier, dass die Meinungen, wegen denen die fiktiven Vortragenden oder Lehrenden diskriminiert würden, seiner Ansicht nach klar rassistisch, homophob und sexistisch sind, was die Aussagekraft von Revers und Traunmüllers Ergebnissen untergräbt (Meier 2021, S. 133). Der Hauptteil seiner Replik auf Revers und Traunmüller bezieht sich jedoch darauf, dass sie ihre Interessen bzw. ihre »Positionalität« nicht offenlegen (2021, S. 130–132) und dass sie das Konzept der Meinungsfreiheit so (miss)verstünden, dass auch die Diskriminierung

4 Diese Raten variieren je nach der kontroversen Meinung, die der fiktive Vortragende oder Lehrende pflegt. Getestet wurden die Einstellungen „Islam is incompatible with the Western way of life“, „there are biological differences in talents between men and women“, „against all forms of immigration to this country“ und „homosexuality is immoral and dangerous“. (S. 482)

anderer geschützt sei (2021, S. 132–134). Alle drei Punkte werden von Traunmüller und Revers (2021) in ihrer Replik wiederum bestritten.⁵

Wie aus diesen Beispielen ersichtlich wird, treten Ideologien in allen Bereichen der Gesellschaft auf. Darüber hinaus nehmen sie offensichtlich auch gravierende Einflüsse auf die Realität. Politische Entscheidungen, Werte und Normen sind häufig durch Ideologien geprägt. So beeinflussen diese Handlungen bzw. Handlungsrahmen, innerhalb derer sich Menschen bewegen. Dadurch stellen Ideologien soziale Tatsachen nach Emile Durkheim dar (Abels 2019, S. 120–123). Entsprechend sind sie ein für die Soziologie sehr bedeutsames Thema. Umso erstaunlicher ist es, dass sich eben diese bisher vergleichsweise wenig mit ihnen zu beschäftigen scheint. Die meisten Arbeiten (sowohl theoretischer als auch empirischer Natur) stammen aus der Philosophie, der Politologie und der Politischen Psychologie. Diese gehen jedoch mit zahlreichen Beschränkungen und Dissenzen einher, die auf den speziellen Interessensgebieten der einzelnen Disziplinen basieren. Diese werden in Kapitel 2 im Detail besprochen.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Soziologie sich bisher gar nicht mit Ideologien befasst hätte. Einer der am häufigsten zitierten Sätze der Soziologie stammt von Karl Marx und Friedrich Engels: »Nicht das Bewusstsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewusstsein.« (Marx und Engels 2014, S. 41). Das Denken der Menschen ist also untrennbar mit ihren materiellen Lebensbedingungen verbunden. Das Denken der Menschen, das durch die Trennung der Gesellschaft in Klassen verzerrt wird/wurde, bezeichnet Marx explizit als Ideologie (Althusser 1997, S. 104–106; Feldmann 2006, S. 310; Geiger 1968, S. 38; Hermann und Leuthold 2003, S. 34; Lefebvre 1971, S. 63–66; Plamenatz 1970, S. 46–47; Tepe 2012, S. 67–68). Ein weiterer theoretischer Ansatz findet sich bei dem Wissenssoziologen Karl Mannheim. Er postuliert mit seiner These der Seinsverbundenheit des Denkens, dass das Denken der Menschen stets durch den soziohistorischen Kontext geprägt ist, in dem ein Mensch lebt. Verzerrungen können somit nicht vermieden werden. Entsprechend geht es Mannheim darum, die Unterschiede zwischen verschiedenen Denkstandorten nachzuvollziehen und ursächlich zu erklären (Breiner 2015, S. 40–41; Emmerich 2013, S. 113–114; Endreß 2007, S. 77–81; Freeden 2008, S. 26; Knoblauch 2014,

5 Der letzte Kritikpunkt von Meier wurde sogar schon in der Originalstudie bestritten: »[...] it is important to understand that we are not saying that extreme right-wing views are illegitimately shut down on university campus. Although the acceptance of extremist views on university campus is an important debate in itself, we are concerned with the silencing of legitimate political views that simply deviate from leftist orthodoxy on issues such as gender, immigration, and sexual or ethnic minorities.« (Revers und Traunmüller 2020, S. 493)

S. 100–111; Mannheim 1970b, S. 418–423, 1985, S. 63, 95–96, 135–136, 163–166, 171–172, 227–239, 251–263; Rüschemeyer 1958, S. 183–184).

Empirische Arbeiten finden sich bei Theodor Geiger, Pierre Bourdieu, Michael Vester und Kollegen, sowie bei Verwiebe, Wegener und Liebig. Theodor Geigers »Die soziale Schichtung des deutschen Volkes« (1987) (ursprünglich 1932 veröffentlicht) untersucht den Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht und ihren Wirtschaftsmentalitäten (1987, S. 82–105). Pierre Bourdieu stellt in seinem Meilenstein »Die feinen Unterschiede« die Verbindung zwischen der Zugehörigkeit zu einer Klasse und dem Pflegen eines spezifischen Klassenhabitus heraus, der in Folge den Geschmack, den Sinn für Ästhetik, den Konsum (von Kunst, Musik, Film, Literatur, Kleidung, Mobiliar, Nahrungsmittel etc.) und sogar die Partnerwahl steuert (Bourdieu 1987a, S. 17–27, 33–47, 98–104, 188–209, 277–354, 373–399, 407–416). Michael Vester und Kollegen zeigen, dass die Zugehörigkeit zu einem Milieu die Mentalität ihrer Befragten und damit auch deren Ideologien beeinflussen (Vester 1998, S. 4, 13–20; Vester et al. 2015, S. 25, 58–64). Und zuletzt können Verwiebe, Wegener und Liebig in verschiedenen Studien zeigen, dass die vertretenen Ideologien bezgl. wirtschaftlicher Themen (z.B. Lohnungleichheit und Umverteilung) durch die Klassenposition ihrer Befragten beeinflusst ist (Wegener 1992, S. 276–279; Wegener und Liebig 1995a, S. 250–258, 1995b, S. 277–280, 2000, S. 188–193).⁶

Dieser breite Forschungsstand weist jedoch einige Probleme auf. Zum einen befassen sich nicht alle der hier aufgelisteten Studien mit dem Konzept der Ideologie im Speziellen. Bourdieus Augenmerk bspw. liegt nicht auf der Ideologie seiner Befragten, sondern ihrem Habitus in Bezug auf Konsum und Geschmack. Zum anderen weist der Ideologie-Begriff je nach Studie bzw. wissenschaftlicher Arbeit völlig andere Bedeutungen und Eigenschaften auf. Marx verbindet die Ideologie mit einer sehr negativen Konnotation und hält sie für etwas, von dem die Menschen sich befreien müssen. Für Mannheim und viele empirische Forscher sind Ideologien ein normaler und unvermeidbarer Bestandteil der politischen Arena. Und wieder andere Wissenschaftler untersuchen Einstellungen, die man durchaus als ideologisch bezeichnen könnte, ohne sie mit diesem Prädikat zu versehen. Das führt dazu, dass der reiche Forschungsstand ein sehr fragmentiertes Bild zeichnet. Die Antwort auf die Frage, inwiefern das Sein tatsächlich das Bewusstsein der Menschen prägt, ist im Kontext von politischen Ideologien somit nicht eindeutig beantwortet. Genau dieses Problem wird in

⁶ Diese Studien decken nicht den gesamten Forschungsstand bezüglich Ideologien ab. Allerdings würde es den Rahmen der Einleitung sprengen, auf jede Studie der Ideologieforschung einzugehen. Darüber hinaus wird dieser Forschungsstand in Kapitel 2 eingehend beleuchtet. Diese Studien sind an dieser Stelle also nur ausgewählte Beispiele.

dieser Arbeit aufgegriffen. Es wird explizit der Zusammenhang zwischen der sozialen Position der Befragten mit ihren politischen Ideologien untersucht. Damit schlägt diese Monographie eine Brücke zwischen der Sozialstrukturanalyse und der Ideologieforschung, um sich folgender Fragestellung anzunehmen: Welche gesellschaftlichen Gruppen pflegen welche Ideologien? Sind die Gedanken frei, oder beeinflusst die soziale Lage das politische Denken der Individuen? Und welche Aspekte der sozialen Lage sind es, die das politische Denken beeinflussen?

Um diesen Fragen empirisch nachgehen zu können, braucht es einen geeigneten theoretischen Rahmen, der sich sowohl mit dem Ideologie-Begriff an sich als auch mit dem bisherigen empirischen Forschungsstand, sowie dem Verständnis der Sozialstruktur auseinandersetzt. Ohne einen solchen theoretischen Hintergrund wäre die Arbeit nur schwer einer wissenschaftlichen Tradition zuzuordnen, was wiederum zu mehr statt weniger Verwirrung beitragen würde. Hierzu werden in einem ersten Schritt (Kapitel 2) die wichtigsten Definitionen, Theorien und empirischen Ergebnisse zu diesem Gegenstand aufgearbeitet, die als Basis für die neu entwickelte Definition des Ideologie-Begriffes dieser Monographie (Kapitel 3) dienen. Kapitel 2 fokussiert sich dabei auf ausgewählte Theorien zu dominanten Ideologien (2.1), das Verständnis von Ideologien als Überzeugungsnetzwerke, welches in der Politikwissenschaft und der Psychologie vorherrschend ist (2.2), die bedeutendsten empirischen Studien bezüglich des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischer Position und politischer Ideologien aus der Soziologie (2.3) und zuletzt auf das Verständnis von Ideologien als Konzeptnetzwerke nach Michael Freeden (2.4). Auf dieser Basis wird in Kapitel 3 eine neue Definition des Ideologie-Begriffes entwickelt. Unter Rückgriff auf Karl Mannheim, Michael Freeden und Ludwik Fleck werden Ideologien als Denkstile verstanden, die sich dadurch auszeichnen, dass ihre Erzeugnisse drei Bedingungen erfüllen, die in Kapitel 3.5 im Detail besprochen werden.

Kapitel 4 stellt die POLID-Skala vor, mit der die ideologische Disposition von Befragten in Surveyerhebungen gemessen werden sollen. Nachdem in 4.1 die Probleme bisheriger Operationalisierungen politischer Ideologien diskutiert werden, beschreibt 4.2 das theoretische Konzept hinter der POLID-Skala, das auf der Definition aus Kapitel 3 fußt, sowie die Entwicklung der Skala – beginnend mit kognitiven Pretests bis zu Validitätsprüfungen. Diese Skala liefert vier Ideologie-Scores, die angeben, wie stark Befragte die zentralen Ideologien der westlichen Welt pflegen (Libertarismus, Konservativismus, Sozialismus, Liberalismus). Die zentralen Überzeugungen dieser Ideologien werden in Kapitel 4.2.3 aufgearbeitet.

Kapitel 5.1 diskutiert daraufhin, welches Konzept der sozioökonomischen Lage für die Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit am geeignetsten ist. Dabei werden die Konzepte der Klasse, Schicht, sozialen Lage und der Milieus

und Lebensstile betrachtet. Im Zuge dessen wird die soziale Lage nach Hradil (1987) als das angemessenste Verständnis herausgestellt. Diese sozialen Lagen werden in Kapitel 5.2 auf Basis der zweiten Welle des österreichischen Values in Crisis Panels (VIC2) empirisch erstellt. Hierzu werden multiple Korrespondenzanalysen (MCA) genutzt. So ergeben sich die sozialen Lagen als kategorische Variable und die aktiven und passiven Merkmale der MCA als unabhängige Variablen für die vorliegende Studie.

In Kapitel 6 werden die Hypothesen über die Zusammenhänge zwischen der sozialen Lage sowie ihrer einzelnen Aspekte mit den vier POLID-Scores der Befragten aufgestellt. Diese Hypothesen werden in Kapitel 7 getestet. Kapitel 8 fasst die Ergebnisse dieser Analysen zusammen und zieht ein finales Fazit bezüglich des Zusammenhangs zwischen der sozialen Lage der Befragten und ihrer politischen Ideologien. Wie in diesem Kapitel deutlich werden wird, ist dieser Zusammenhang komplexer als in bisherigen Theorien angenommen. Obwohl einige Aspekte der sozialen Lage durchaus als Ursachen für das politische Denken angesehen werden können, existieren bei anderen Variablen reziproke Ursachen- und Wirkungszusammenhänge, die in diesem Kapitel noch einmal zusammengefasst werden und in einem theoretischen Modell dargestellt werden, das zukünftigen Forschungen als Ausgangsbasis dienen soll. Kapitel 9 weist zuletzt auf die Limitationen dieser Studie hin, auf denen die weitere Ideologieforschung aufbauen kann.

2. Aufarbeiten des bisherigen Forschungsstands

Der Ideologie-Begriff ist für viele Fragestellungen und Forschungsrichtungen von großer Bedeutung (siehe Abbildung 1). In der Wahlforschung werden Ideologien als Ursache für das Wahlverhalten untersucht (Bauer 1993, S. 203; Wagner und Kritzinger 2012; Winter 1997, S. 139–143). Neben der Wahlentscheidung gelten Ideologien auch als Prädiktoren für andere Formen des politischen Handelns (Teilnahme an politischen Diskursen, friedliches Demonstrieren bis zur Ausübung politischer Gewalt) und konkrete Meinungen zu politischen Streitfragen (Arzheimer 2009, S. 86; Freedon 2001, S. 6–7; Gerring 1997, S. 971–972; Hamilton 1987, S. 34–35). Zusätzlich zu diesen Folgen von Ideologien können auch deren Ursachen erforscht werden. Hierzu finden sich im bisherigen Forschungsstand viele verschiedene Ansätze. Zum einen können Ideologien in der sozialen Position (z.B. der Klasse) der Menschen begründet sein (siehe Kapitel 2.3). Daneben kann auch der Diskurs, der in einer Gesellschaft geführt wird, das politische Denken der Menschen beeinflussen. In diesem Kontext fokussiert sich die Politikwissenschaft konkret auf den Einfluss, den politische Eliten auf das Denken der breiten Masse nehmen (Kapitel 2.2). Die (Politische) Psychologie ergänzt diese Makro-Perspektive durch einen Mikro-Ansatz, der prägende Einflüsse aus der Psyche oder psychologischen Merkmalen auf die Übernahme einer speziellen Ideologie (im Gegensatz zu einer anderen) hervorhebt (Kapitel 2.2.3). Zusätzlich dazu untersucht die Werteforschung, inwiefern grundlegende Wertorientierungen zur Adaption von Ideologien führen (siehe Piurko et al. (2011) oder Schwartz et al. (2010)). Und zuletzt stellt sich die Frage nach der Funktion von Ideologien. Während viele Politologen und Psychologen Ideologien als Deutungsmuster verstehen, die es den Menschen erlauben, in der politischen Welt handlungsfähig zu sein (Freedon 2001, S. 6–7; Mannheim 1985, S. 32; Plamenatz 1970, S. 75–76), fokussieren sich normativ-kritische Ansätze auf die Funktion des Erhalts des Status-Quo, den Ideologien erfüllen (sollen) (Kapitel 2.1). Sogar Niklas Luhmann befasste sich im Rahmen der Entwicklung seiner Systemtheorie mit der Funktion von Ideologien für soziale Systeme (siehe hierzu Kusche (2021)).

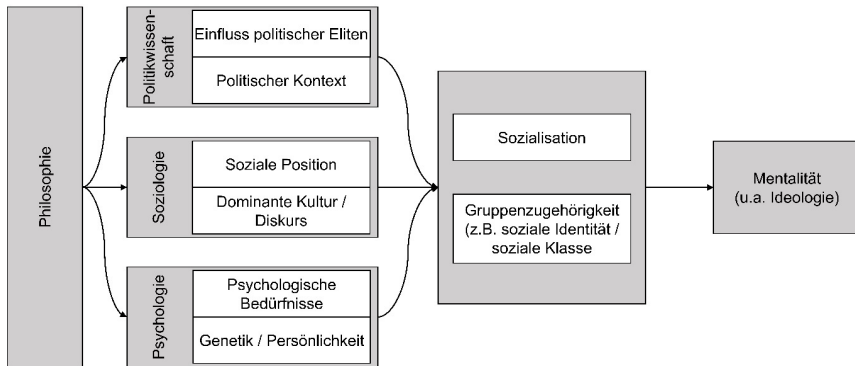


Abbildung 1: Schaubild über verschiedene Ansätze der empirischen Ideologieforschung

Quelle: Eigene Darstellung

Die Popularität des Ideologie-Konzepts wird jedoch durch ein grundlegendes Problem getrübt. Es gibt keinen allgemeinen Konsens über die konkrete Bedeutung des Begriffes. Eagleton (1991) zählt alleine 16 verschiedene, teils unvereinbare Ansätze auf, um den Begriff zu definieren (1991, S. 1–2). Tepe zählt ebenfalls verschiedene Verständnisse des Begriffes auf, die im bisherigen Forschungsstand vorherrschen, und differenziert sie in seinem Buch durch tiefergestellte Nummern. Die ersten fünf, die er aufzählt, sind (2012, S. 14–17, 22, 28–29):

- Ideologie₁ als Begriff für durch Wünsche, Bedürfnisse oder Interessen verzerrtes Denken
- Ideologie₂ als Synonym für Weltanschauung
- Ideologie₃ als Begriff für soziopolitische Programme, die auf politischer Ebene durchgesetzt werden können
- Ideologie₄ als Begriff für falsches Bewusstsein
- Ideologie₅ als Begriff für die Vermittlung von Ideologien_{2/3} durch staatliche Institutionen, um Menschen – entsprechend Althusser's Theorie (siehe Kapitel 2.1.3) – zu subjektivieren

Diese Handhabung des Ideologie-Begriffes, die Tepe hier zusammenfasst, kann zu Verwirrung führen – vor allem, wenn sich die Begriffe in Teilen überlappen. Ideologie₃ beschreibt soziopolitische Programme, die von Trägern einer Ideologie_{1/2/4} ergriffen bzw. umgesetzt werden können. Ideologie₃ ist also das Resultat von Ideologie_{1/2/4}. Deswegen sollten diese Konzepte nicht mit demselben Begriff betitelt werden. Dies entspräche der Gleichsetzung von Krankheitserregern mit Krankheitssymptomen. Dasselbe gilt für Ideologie₅. Den Prozess der Vermittlung von X wiederum als X zu bezeichnen, erscheint kontraintuitiv.

Damit bleiben Ideologie_{1/2/4}. Hier kann Ideologie₂ als Überbegriff für Ideologie₁ und Ideologie₄ verstanden werden. Ideologie₁ und Ideologie₄ sind lediglich auf bestimmte Standpunkte beschränkte und damit limitierte Versionen von Ideologie₂. Diese Beschränkungen bauen jeweils wiederum auf den Ideologien₂ derjenigen auf, die die Begriffe Ideologie_{1/4} verwenden.¹

Das Problem reicht jedoch noch weiter. Je nach Forschungsrichtung, Disziplin und/oder Interessensgebiet wird der Ideologie-Begriff mit anderen Bedeutungen, Ursachen, Eigenschaften, etc. versehen. Im Marxismus bspw. ist Ideologie ein Teil des gesellschaftlichen Überbaus und dient der Reproduktion bzw. dem Schutz des Status Quo (siehe Kapitel 2.1). Alternativ spricht Heitmeyer (2015) in den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von »Ideologien der Ungleichwertigkeit« (2015, S. 19), die von einer Minderheit in der deutschen Bevölkerung gepflegt werden (2015, S. 23–27). Diese beiden Verständnisse von Ideologie sind jedoch nicht nahtlos miteinander in Verbindung zu bringen. Gerring (1997) weist auf noch mehr Aspekte hin, in denen sich Ideologie-Definitionen bzw. -Theorien widersprechen. Er fasst diese in Abbildung 2 zusammen. Die Zahlen stehen für den Themenkomplex, in dem die entsprechende Uneinigkeit herrscht, während die mit Buchstaben dargestellten Punkte die verschiedenen Positionen sind, die innerhalb derselben Uneinigkeit vertreten werden. Schon allein zu Punkt (1), der *Location* von Ideologien, unterscheiden sich verschiedene Definitionen. Während die einen Ideologien in der Sphäre der Gedanken (1a) verorten (z.B. in Form von *belief systems* oder Einstellungen, vgl. Kapitel 2.2), fokussieren sich andere auf das konkrete politische Handeln, da nur dieses die soziale Welt aktiv beeinflusst (1b). Davon grenzen sich wiederum Diskurstheoretische Ansätze ab, die die Austragung und Verbreitung von Ideologien auf sprachlicher Ebene beobachten (1c) (Gerring 1997, S. 966–968). Manche Ansätze sehen Ideologien im rationalen Eigeninteresse der Menschen begründet (6a), während andere davon ausgehen, dass diese Interessen in größeren ideologischen Kontexten verankert sein müssen (6c). (6b) wiederum lehnt einen materiellen Bezug von Ideologien ab und beschreibt sie als überwiegend weltfremd (1997, S. 973–974). Und zuletzt beschreiben manche Theorien Ideologien als entweder unbewusst (7p) oder bewusst (7o) gepflegt. Sie werden oft als abstrakt, konsistent und *sophisticated* (7a, 7c, 7h, vgl. bspw. Kap. 2.2.1.1) oder als simplifizierend, verzerrend und unehrlich (7j, 7k, 7m) beschrieben (1997, S. 974–979).

Aus diesen Dissensen ergibt sich ein Problem. Jeder Forschungsprozess fußt in seinen Grundfesten auf der Begrifflichkeit des Untersuchungsgegenstandes.

1 Wenn dieser Absatz für den Leser unverständlich bleibt, ist die Verwirrung, die die diffuse Verwendung von verschiedenen Ideologie-Begriffen erzeugt, an einem konkreten Beispiel demonstriert.

A COMPREHENSIVE DEFINITIONAL FRAMEWORK		
1. Location	(b) Subordinate	(c) Abstraction
(a) Thought	5. Function	(d) Specificity
(b) Behavior	(a) Explaining	(e) Hierarchy
(c) Language	(b) Repressing	(f) Stability
2. Subject matter	(c) Integrating	(g) Knowledge
(a) Politics	(d) Motivating	(h) Sophistication
(b) Power	(e) Legitimizing	(i) Facticity
(c) The world at-large	6. Motivation	(j) Simplicity
3. Subject	(a) Interest-based	(k) Distortion
(a) Social class	(b) Non-interest based	(l) Conviction
(b) Any group	(c) Non-expedient	(m) Insincerity
(c) Any group or individual	7. Cognitive/affective structure	(n) Dogmatism
4. Position	(a) Coherence (internal)	(o) Consciousness
(a) Dominant	(b) Contrast (external)	(p) Unconsciousness

Abbildung 2: Eigenschaften von Ideologie-Definitionen

Quelle: Gerring 1997, S. 967

In der Medizin muss ein von allen Forschern einheitlich vertretenes Verständnis der jeweiligen Krankheit existieren, damit es in Folge möglich ist, einen schlüssigen Forschungsstand über diese Krankheit, ihre Symptome und angemessene Behandlungsmethoden zu entwickeln. Derselbe Anspruch sollte gelten für die Forschung in sozialwissenschaftlichen Themen. Insofern ist es bedauerlich, dass es bisher keinen Konsens über den Ideologie-Begriff gibt – trotz zahlreicher Bemühungen einen solchen herzustellen (siehe bspw. Gerring (1997) oder Hamilton (1987)). Stattdessen legen verschiedene Forscher in ihren Studien voneinander abweichende Definitionen desselben Begriffes zugrunde, was in Folge dazu führt, dass der daraus resultierende Forschungsstand sehr inkonsistent, widersprüchlich und undurchsichtig wird. Leader Maynard (2013) weist auf dieses Problem schon im Kontext der Politikwissenschaften hin (2013, S. 300). Aus diesem Grund ist das Ideologie-Konzept trotz seiner Popularität »*the most elusive concept in the whole of social science*« (McLellan 1986, zitiert in Jost et al. 2009, S. 308–309) und wird von Converse bezeichnend als »*muddled*« (2006, S. 3) beschrieben.

Um sinnvoll mit dem Ideologie-Begriff arbeiten zu können, muss deswegen zunächst der bisherige Forschungsstand aufgearbeitet werden. Hierfür kann jedoch nicht jede Theorie und Definition, die sich mit dem Konzept der Ideologie auseinandersetzt, aufgeführt werden. Das Angebot an Werken über Ideologie ist so breit und so divers, dass es im Rahmen dieser Monographie nicht möglich ist, sie alle im Detail zu behandeln (Eagleton 1991, S. 1–2; Freedon 2008, S. 13; Leader Maynard 2013, S. 300; Tepe 2012, S. 13). Für eine ausführliche Einführung in die Entwicklung des Begriffs sei deshalb an dieser Stelle auf Dierse (1976) verwiesen.

Stattdessen werden hier die wichtigsten Definitionen, Theorien und empirischen Ergebnisse aufgeführt. Die Selektion erfolgt auf Basis des Einflusses, den das jeweilige Werk auf die Wissenschaft hatte, und seiner Relevanz für die Entwicklung eines eigenen, neuen Ideologie-Begriffes (Kapitel 3) und die Entwicklung der PO-LID-Skala (Kapitel 4).

Diese Aufarbeitung erfolgt in diesem Kapitel nicht nach disziplinären Grenzen; es gibt also keine abgetrennten Unterkapitel zur Philosophie, der Soziologie, Politikwissenschaft und Psychologie. Der Grund dafür ist, dass es viele Disziplin-übergreifende Verbindungen oder Gemeinsamkeiten und zahlreiche Disziplin-internen Dissensen gibt. Eine Kapitelstruktur, die an Disziplinengrenzen festhält, wäre so nur auf Kosten der Lesbarkeit möglich. Stattdessen wird das folgende Kapitel zusätzlich nach Art der Definition oder Theorie und *Location* der Ideologie – also der Ebene, auf der man die Ideologie verortet (siehe Abb. 2) – strukturiert. Gewisse Redundanzen und Bezüge über Unterkapitel hinweg sind wegen der Komplexität des bisherigen Forschungsstandes dennoch nicht vollständig zu vermeiden.

2.1 Theorien über dominante Ideologien

2.1.1 Karl Marx

Obwohl Karl Marx nicht der erste Philosoph ist, der mit dem Begriff Ideologie arbeitet,²³ ist er derjenige, der ihn am meisten geprägt hat. Insbesondere in »Die deutsche Ideologie« (ursprünglich 1845 veröffentlicht) legt er in Zusammenarbeit mit Friedrich Engels seine Ideologiedefinition und –theorie dar.⁴ Marx' Ideologietheorie ist stark durch die ökonomischen und politischen Umstände zu

2 Francis Bacons Theorie über die Idole (1605) weist große Ähnlichkeiten zu einer erkenntniskritischen Ideologietheorie auf. Vier Arten von Idolen (allgemeine menschliche Denkneigungen, individuelle Charaktereigenschaften, der Gebrauch von irreführender Sprache und Terminologie und überkommene, aber immer noch vertretene Überzeugungen) verzerren laut Bacon den Erkenntnisprozess und verhindern so die Ausübung einer objektiven Wissenschaft (siehe Bacon 1984 oder Tepe 2012, S. 81–84; Geiger 1968, S. 7–9).

3 Der Begriff »Ideologie« selbst wurde im 18. Jahrhundert von Destutt de Tracy entworfen, wobei die Ideologie damals als eine Lehre über Ideen – also eine Vorstufe der Wissenssoziologie – verstanden werden sollte. Napoleon I. verlieh den Ideologen als erster eine negative Konnotation, indem er sie als weltfremde Philosophen oder Traumbtänzer darstellte, die von der realen Tatsachenwelt weit entfernt sind (Knoblauch 2014, S. 29–30; Boudon und Bourricaud 1992, S. 213; Geiger 1968, S. 5).

4 Obwohl Marx viele seiner Werke – insb. »Die deutsche Ideologie« – gemeinsam mit Engels verfasste, wird oft nur von der marxistischen Theorie gesprochen. Aus Gründen der Lesbarkeit wird das auch für die vorliegende Arbeit übernommen.

seinen Lebzeiten (1818 - 1883) geprägt. Preußen war eine stark durch Katholizismus geprägte Monarchie, die Industrialisierung Europas hatte begonnen und der dadurch entstandene Pauperismus in der Arbeiterschicht und unter Landarbeitern wurde von den herrschenden Klassen größtenteils ignoriert (Carver 2011, S. 394–395).⁵ Als Philosoph war es für Marx ein weiteres Problem, dass die deutsche Philosophie zu diesem Zeitpunkt überwiegend in der hegelianischen Tradition stand. Diese ging von einer Trennung zwischen Geist und Wirklichkeit aus. Da das Individuum in der hegelianischen Perspektive zur Selbstwahrnehmung fähig ist, ist es dem Menschen auch möglich, die Realität nach seinem Willen zu formen. Das bedeutet in Folge, dass die soziale Welt (Gesetze, Kunst, Wissenschaft, etc.) den Zeitgeist einer historischen Epoche in Form eines objektiven Geistes widerspiegelt. Die historische Entwicklung von Gesellschaften wird in diesem Kontext als ein Prozess der Rationalisierung beschrieben, der historische Verlauf spiegelt also die Entwicklung der menschlichen Vernunft wider (Knoblauch 2014, S. 36–39; Plamenatz 1970, S. 44–45).

Vor dem Hintergrund der sozialen Probleme seiner Zeit (Pauperismus der Arbeiterklasse, Unterdrückung von Kritik durch das preußische Königshaus) teilt Marx diesen hegelschen Idealismus nicht. Während Hegel die sozialen Gefüge als Resultate des Geistes versteht, kehrt Marx diesen Zusammenhang um. Für ihn entstehen Gedanken und Ideen aus der materiellen Realität heraus, welche aus den Ressourcenverteilungen im Produktionsprozess (Kapital, Werkzeug, Maschinen, etc.), körperlichen Existenzbedingungen und Zwangsverhältnissen zwischen dem Menschen und den sozialen Prozessen besteht. Ideen sind für ihn also materiell bedingte Abstraktionen (Knoblauch 2014, S. 42–50; Marx und Engels 2014, S. 41–45; Plamenatz 1970, S. 28; Tepe 2012, S. 67–68). Diese materielle Realität entsteht nicht aus einem allgemein geteilten Zeitgeist heraus, sondern ist das Resultat der historischen Entwicklung von Eigentumsverhältnissen (Brown 2015, S. 367; Marx und Engels 2014, S. 37–40), die eine in verschiedene Klassen geteilte Gesellschaftsform hervorgebracht hat. Simplifiziert ausgedrückt stehen sich zwei Arten von Klassen gegenüber: die Besitzenden (Bourgeoisie) und die besitzlosen Arbeiter (Proletariat). Letztere werden im Kontext der Klassengesellschaft von den Besitzenden systematisch ausgebeutet, weil sie für ihre Lebenshaltung auf bezahlte Arbeit angewiesen sind (Knoblauch 2014, S. 42–50).

Neben der finanziellen Ausbeutung entsteht dadurch auch die Entfremdung der Arbeiter von ihrer Arbeit. Für Marx ist die Arbeit (z.B. die Produktion der eigenen Lebensmittel) ein essenzieller Bestandteil der menschlichen Natur. »Sie selbst [die Menschen] fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie

⁵ Für eine detaillierte Beschreibung von Marx' Biographie und der Entwicklung der marxistischen philosophischen Tradition sei der interessierte Leser auf Carver (2011) verwiesen.

anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist« (Marx und Engels 2014, S. 37). Die Entfremdung von dieser Arbeit – also einem wichtigen Aspekt des Menschseins – entsteht dadurch, dass die Menschen in der Klassengesellschaft nicht mehr für sich selbst produzieren. Stattdessen erzeugen die Arbeiter Waren, die für sie selbst keinen unmittelbaren Nutzen oder Wert darstellen (Freeden 2008, S. 420–425; Knoblauch 2014, S. 51–52; Lefebvre 1971, S. 8–9). Vor diesem Hintergrund wäre es im Sinne der besitzlosen Klasse, durch eine Revolution einen Wandel dieser Klassengesellschaft herbeizuführen. Marx selbst postuliert, dass ein solcher Wandel nur durch Revolution geschehen kann (Marx und Engels 2014, S. 42–43) und nur eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere verhindern kann (Brown 2015, S. 368; Marx und Engels 2014, S. 47; Plamenatz 1970, S. 79).

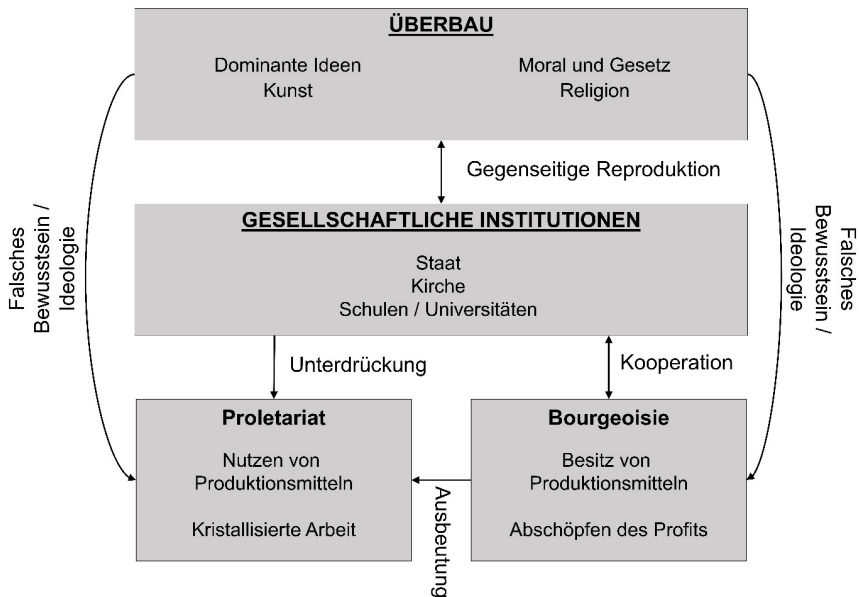


Abbildung 3: Grafische Zusammenfassung der marxistischen Ideologietheorie

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings schützt sich das ausbeuterische System, indem es eine solche Revolution verhindert. Sein wichtigstes Werkzeug hierfür ist die Ideologie der Klassengesellschaft. Diese ist integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Überbaus – also den Ideen, die als soziale Tatsachen in der Klassengesellschaft existieren (siehe Abbildung 3). Jeder Aspekt dieses Überbaus, der dazu dient, Widerstand

gegen das System im Keim zu ersticken, ist für Marx Bestandteil der Ideologie (Althusser 1997, S. 104–106, 120; Amlinger 2016, S. 132–133; Feldmann 2006, S. 310; Knoblauch 2014, S. 42–52; Leopold 2015, S. 22–26; Plamenatz 1970, S. 23–24). Religion ist hierfür ein oft gewähltes Beispiel, weil sie durch fantastische Erzählungen (z.B. einem Leben nach dem Tod) Entbehrungen für die Arbeiterschicht legitimiert und diese dadurch gefügig halten soll (Geoghegan 2004, S. 135–136; Marx 1984, S. 84–85; Plamenatz 1970, S. 90). Auch Vorstellungen von Moral, die Widerstand gegen das System verdammen, sind für Marx Teil der Ideologie (Lefebvre 1971, S. 83–84). Als letztes Beispiel soll noch der Warenfetischismus angesprochen werden, der in der Ideologie des Kapitalismus verankert ist. Da Arbeiter von der Ware, die sie produzieren, entfremdet wurden, muss ihnen zu Zwecken des Systemerhalts ein mystischer Wert der Ware vorgetäuscht werden. Das geschieht dadurch, dass die Arbeit und Zeit, die in die Herstellung der Ware investiert wurde, als ihr Wert bestimmt wird. Der Wert einer Ware ist somit die in ihm kristallisierte Arbeit (Knoblauch 2014, S. 51–52; Marx 1984, S. 87–91, 2018, S. 14–18). So wird die Entfremdung der Arbeiter durch die Fassade eines Werts ihrer Arbeit verschleiert.

Ideologie tritt jedoch auch in anderen Formen auf. Wenn sie auf das Bewusstsein des Proletariats Einfluss nimmt und es so von ihrem objektiven Interesse an einer Revolution ablenkt, dann entwickeln diese Menschen etwas, das Marx als falsches Bewusstsein bezeichnet. Mit »falsch« ist dabei nicht die epistemische Bedeutung gemeint. Stattdessen bezeichnet »falsch« in diesem Sinne die Verschleierung oder Verzerrung des Denkens, um einen offenen Klassenkampf zu verhindern (Boudon und Bourricaud 1992, S. 213; Hahn 1984, S. 122; Leopold 2015, S. 22–26; Plamenatz 1970, S. 23–24). Die Beispiele der Moral und Religion zeigen auf dieser individuellen Ebene ihre Wirkung.

Das Proletariat ist jedoch nicht das einzige Opfer der Ideologie. Auch die Mitglieder der Bourgeoisie sind nicht davor gefeit, ihr zu verfallen. Das Bewusstsein der Besitzenden basiert immerhin ebenfalls auf den Produktionsprozessen. Insofern spiegelt es jene Verhältnisse wider, die sie zur herrschenden Klasse avancieren ließen. Das schlägt sich sogar auf die Geschichtsschreibung nieder, in der die Gedanken der Herrschenden als der allgemeine Zeitgeist dargestellt werden (Hahn 1984, S. 118; Knoblauch 2014, S. 42–50; Lefebvre 1971, S. 63–66; Leopold 2015, S. 26; Marx und Engels 2014, S. 45–47). Dennoch können Mitglieder der Bourgeoisie die Ideologie auch aktiv als Waffe benutzen, um Widerstand durch das Proletariat zu bekämpfen. Für die Besitzenden ist dies besonders einfach, weil sie bspw. durch den Besitz von Medienanstalten sämtliche Ressourcen zur Produktion und Verbreitung von Ideen innehaben (Knoblauch 2014, S. 42–50; Leopold 2015, S. 26).

Wie oben angeführt, muss zur Beendigung der Ausbeutung des Proletariats im Zuge einer Revolution eine klassenlose Gesellschaftsform etabliert werden. Damit eine solche Revolution jedoch überhaupt entstehen kann, müssen die Menschen sich von der Ideologie der Klassengesellschaft befreien. Hierzu ist für Marx die gezielte Ideologiekritik unerlässlich, die die Ideologie mit den objektiven Prozessen der Ausbeutung konfrontiert. Hierfür ist der Kommunismus von besonderer Bedeutung. Dieser ist für Marx keine Ideologie, sondern ein Werkzeug, um eben diese zu bekämpfen (Emmerich 2013, S. 113; Freedon 2008, S. 456–457; Hahn 1984, S. 123–126; Lefebvre 1971, S. 86; Marx und Engels 2014, S. 35). Marx' Ideologietheorie ist somit das bedeutendste Beispiel für eine kritisch-normative Ideologietheorie, da ein kritischer Ansatz mit einer emanzipatorischen Perspektive verbunden ist.

Marx' Theorie der Klassengesellschaft und der Prägung des Denkens durch Lebensbedingungen sind eines der prägendsten Theoreme der Soziologie. Doch darüber hinaus gibt es Soziologen und Philosophen, deren Arbeiten so sehr auf der Theorie von Marx aufbauen, dass sich eine (neo)marxistische Tradition in den Sozialwissenschaften etabliert hat. Daraus folgt, dass es noch weitere (neo)marxistische Definitionen von und Theorien über den Begriff der Ideologie gibt. Zwei davon werden in den nächsten Kapiteln dargestellt.

2.1.2 Antonio Gramsci

Gramscis philosophisches Hauptwerk erstreckt sich über 32 Notizbücher, die er während seiner Inhaftierung durch das faschistische Regime Mussolinis verfasste (1929–1935) (Langemeyer 2009, S. 72; Leopold 2015, S. 28). Seine Ideologietheorie entstand u.a. aus der Enttäuschung darüber, dass die von Marx erwartete kommunistische Revolution ausblieb und sich stattdessen der Faschismus in Europa etablierte. Gramsci wollte eine Erklärung dafür finden, wie sich ungleiche Gesellschaften gegen ihre kommunistische Alternative durchsetzen konnten. Hierfür wollte er Marx' Theorie mit der politischen Praxis verbinden (Leopold 2015, S. 29; Woolcock 1985, S. 200–201). Wichtige Begriffe in seinen Gefängnisheften stellen daher neben dem der Ideologie auch der Begriff der Hegemonie und die Trennung zwischen politischer und bürgerlicher Gesellschaft dar.

Gramscis Theorie fußt auf der Idee, dass keine dominante Gruppe sich durch Zwang allein in ihrer dominanten Position halten kann. Stattdessen muss diese Vormachtstellung in einer hegemonialen Kultur legitimiert werden. Neben dem Zwang (z.B. durch repressive Staatsmacht) ist für den Erhalt eines Systems auch die Herstellung von Konsens notwendig (Amlinger 2016, S. 132–133; Leopold 2015,

S. 28). Um diese Idee weiterzuentwickeln, setzt er bei Marx' Trennung zwischen Basis und Überbau an. Diese ist für Gramsci zu strikt, weil es zu starke Wechselwirkungen und Überschneidungen zwischen den beiden Sphären gibt – insb. im Kontext der praktischen Wirkung von Ideologien (Gramsci 1983, S. 97–98; Woolcock 1985, S. 201–202). Deswegen differenziert er Marx' Überbau weiter und teilt ihn in zwei Sphären auf: die politische und die bürgerliche Gesellschaft. In der politischen Gesellschaft (auch Staat genannt) verortet er alle organisierten Elemente der Gesellschaft, die die Bevölkerung – wenn nötig – durch repressive Mittel im Zaum halten können (z.B. juristische Regelungen, Militär, etc.). Der Staat hat somit herrschende (sprich repressive) Funktion. Die bürgerliche Gesellschaft (auch Zivilgesellschaft genannt) umfasst alle gesellschaftlichen Elemente, die privat bzw. nicht öffentlich sind. Diese Zivilgesellschaft ist der Bereich, in dem der Konsens hergestellt werden muss, um die Vormachtstellung der dominanten Gruppe zu sichern. Die Zivilgesellschaft entspricht also weniger der Idee des Herrschen, sondern der Idee des Anführens (Gramsci 1983, S. 61–62; Langemeyer 2009, S. 74–75; Leopold 2015, S. 28; Woolcock 1985, S. 203–204).

Die Herstellung dieses Konsenses erklärt Gramsci über die Begriffe der Kultur, Hegemonie und Ideologie. Die Kultur eines Landes bzw. einer Gesellschaft ist ein »homogen[es] kollektiv[es] Bewusstsein« (Gramsci 1983, S. 84), das in Folge eines gesellschaftlichen Konsens herstellen kann. Allerdings können verschiedene Ausprägungen von Kulturen (also unterschiedliche Werte- und Normensysteme) in einer Gesellschaft vorherrschen. Das bedeutet, damit sich eine Kultur halten kann, muss sie einen hegemonialen Zustand erreichen. Hegemonie beschreibt den Zustand, dass ein bestimmtes System aus Werten, Überzeugungen und Normen durch zentrale Institutionen verbreitet und in Form von Moral, Religion, politischen Prinzipien, etc. verinnerlicht wird (Woolcock 1985, S. 204). Durch diesen Hegemoniezustand kann eine Klasse ihre Denkweise als die dominante verankern und so den Erhalt des Systems sichern, indem Menschen nicht repressiv beherrscht werden müssen, sondern sich freiwillig führen lassen (Langemeyer 2009, S. 76–77; Woolcock 1985, S. 206–208).

Die Ideologie stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Werkzeug zur Verteidigung des hegemonialen Zustandes dar. Leider benutzt Gramsci den Ideologie-Begriff nicht immer konsequent (Leopold 2015, S. 29), doch man kann sein Verständnis des Terms folgendermaßen zusammenfassen: Ideologien sind Ideen(systeme), die der dominanten Kultur angehören und deren hegemonialen Zustand herstellen oder sichern sollen, indem sie das Denken und Handeln der Menschen beeinflussen. Hierzu ist es unerlässlich, dass sie mit den objektiven Lebensbedingungen der Basis vereinbar sind. Ideen, die keinen Bezug zur Basis aufweisen, wären weltfremd und somit nur »individuelle Schrullen« (Gramsci 1983, S. 95). Obwohl Ideologien also ursprünglich aus dem rationalen Klassen-

interesse der dominanten Gruppe entstehen, übersetzen sie sich durch ihren Absolutheitsanspruch und den hegemonialen Zustand der Kultur in die Praxis der Zivilgesellschaft. Doch auch abgesehen davon (z.B. in Bibliotheken, Zeitungen bis hin zur Architektur und sogar Straßennamen) kann sich die Ideologie äußern (Amlinger 2016, S. 132–133; Gramsci 1983, S. 94–96; Langemeyer 2009, S. 75–76; Leopold 2015, S. 30; Woolcock 1985, S. 205–206).

In der Verbreitung und Ausführung der Ideologie spielen die Intellektuellen eine bedeutende Rolle. Als Intellektuelle gelten für Gramsci jene Individuen, die spezialisierte Fähigkeiten besitzen, und diese in den zentralen Institutionen des Landes zur Herstellung von Konsens einsetzen (z.B. Priester in Kirchen, Lehrer in Bildungseinrichtungen, Journalisten in Medienanstalten, etc.). Auch Wissenschaftler gehören diesen Intellektuellen an und sind somit Verbreiter von dominanten Ideologien (Gramsci 1983, S. 56–62; Leopold 2015, S. 29; Woolcock 1985, S. 206). Diese Institutionen und Stellungen der Intellektuellen sind auch die umkämpften Elemente des Überbaus, wenn die Hegemonie der dominanten Kultur nicht mehr oder noch nicht erreicht ist. In Hegemoniekämpfen versuchen alle konkurrierenden Klassen ihre Intellektuellen in den bedeutendsten Hegemonieapparaten (»Religion/Kirche, Wissenschaften, Bildungseinrichtungen, Familie, Vereine, Gewerkschaften, Medien, Institute etc.« (Langemeyer 2009, S. 75)) zu etablieren, um ihre eigene Kultur bzw. ihre Werte und Normen hegemonial zu verankern (Gramsci 1983, S. 56–62; Woolcock 1985, S. 206).

Der bedeutendste Unterschied zwischen Gramscis und Marx' Theorie ist, dass Gramscis Ideologie-Begriff nicht kritisch-normativ, sondern deskriptiv ist. Hegemonien können zwar – wie bei Marx – dazu dienen, ausbeuterische Systeme vor Wandel oder Revolution zu schützen, doch das ist nicht notwendigerweise der Fall. Wenn eine ehemals subalterne Klasse siegreich aus einem Hegemoniekampf hervorgeht, wird auch sie Ideologien nutzen, um ihre Vormachtstellung zu sichern. Insofern wäre auch der Marxismus eine Ideologie, wenn er zur Sicherung einer kommunistischen Gesellschaft eingesetzt würde. Man kann also ableiten, dass es keine Gesellschaft ohne Ideologie geben kann, weil nur durch sie der Erhalt der Gesellschaft sichergestellt wird (Leopold 2015, S. 30; Woolcock 1985, S. 204–205). Folglich ist eine kritisch-normative Perspektive mit Gramscis Theorie nur bedingt vereinbar. »*Simply put, he [Gramsci] assumes that critical accounts necessarily underestimate the reality, or independence, or efficacy, of ideology.*« (Leopold 2015, S. 31).

2.1.3 Louis Althusser

Ebenfalls auf der deskriptiven Ebene bleibt das letzte Beispiel für Theorien über dominante Ideologien, das in dieser Monographie ausführlich behandelt wird. Ähnlich wie Gramsci fokussiert sich Louis Althusser (1997) nicht darauf, wie epistemisch wahr oder falsch Ideologien sind, sondern er konzentriert sich auf die Funktion von Ideologien für den Erhalt eines Systems (Leopold 2015, S. 32). Hierzu erweitert er Marx' Staatentheorie um das Konzept der ideologischen Staatsapparate (ISA) (Althusser 1997, S. 107–108).

Seine Theorie setzt daran an, dass auch er die Produktion als einen der wichtigsten sozialen Prozesse in der kapitalistischen Gesellschaft wahrnimmt. Diese Produktion hängt jedoch davon ab, dass es zu jedem Zeitpunkt genügend natürliche und menschliche Ressourcen gibt. Deswegen ist die Reproduktion der menschlichen Ressourcen in Form von Arbeitskraft für das Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unabdingbar. Diese Reproduktion der Arbeitskraft ist von zwei Faktoren abhängig: der Reproduktion der Fertigkeiten, die in der Produktion benötigt werden, und die Subjektivierung der Arbeiter. Die Reproduktion der Fertigkeiten wird durch das Bildungssystem gewährleistet, das den Menschen eben jene Fähigkeiten und jenes Wissen vermittelt, die in der Industrie gebraucht werden (Althusser 1997, S. 100–104).

Die Subjektivierung der Menschen in die kapitalistische Gesellschaftsform benötigt jedoch mehr als eine bloße Schulbildung. Sie kann auch nicht mit Waffengewalt erzwungen werden, sondern setzt eine gewisse Freiwilligkeit voraus. Um sich der Idee der Subjektivierung anzunähern, unternimmt Althusser eine ähnliche Trennung wie Gramsci. Statt den Überbau in eine politische und zivile Gesellschaft zu teilen, fokussiert Althusser sich auf zwei Arten von Staatsapparaten. Der repressive Staatsapparat (RSA) beinhaltet alle staatlichen Organe, die durch festgeschriebene Regeln oder – wenn nötig – durch drastische Mittel die Ordnung des Systems durchsetzen (Legislative, Exekutive, Judikative). Dieses Staatsverständnis liegt bereits bei Karl Marx vor. Neben dem RSA existieren für Althusser noch eine Vielzahl an Ideologischen Staatsapparaten (ISAs). Deren Aufgabe ist es, durch die Verbreitung, Aufrechterhaltung und Durchsetzung der dominanten Ideologie die Menschen zu subjektivieren (Althusser 1997, S. 106–107, 110–112; Leopold 2015, S. 32).

Um diesen Punkt zu konkretisieren, muss zunächst auf diese Subjektivierung eingegangen werden. Darunter versteht Althusser die Unterordnung der Menschen unter die herrschende Ideologie. Eine Person, die subjektiviert ist, nimmt in der Gesellschaft eine bestimmte Rolle ein bzw. erfüllt eine spezifische Funktion für den Erhalt des Systems. Diese Unterordnung könnte zwar theoretisch mit Gewalt erzwungen werden, doch für Althusser ist von großer Bedeutung, dass diese

Subjektivierung freiwillig erfolgt, d.h. dass die Menschen sich freiwillig zum Subjekt machen lassen (Althusser 1997, S. 112, 126, 135–136; Leopold 2015, S. 32–33). Im Rahmen des Kapitalismus bedeutet das, dass eine Person sich freiwillig dafür entscheidet, im Bildungssystem Fähigkeiten zu erlernen, die es im Beruf einsetzen kann, um Teil des Produktionsprozesses zu werden. Diese freiwillige Subjektivierung der Menschen zum Zwecke der Reproduktion der Produktion ist das Ziel der ISAs. Sie treten in vielen Formen auf (z.B. Kirchen, Bildungseinrichtungen, Parteien, etc.) und dienen dazu, die Menschen so zu erziehen, dass sie sich bereitwillig zum Subjekt machen lassen. Sogar Familien können, wenn sie ihren Nachwuchs in die kapitalistische Gesellschaft hineinerziehen, als ISAs fungieren (Althusser 1997, S. 110–115).

Dieses Anerziehen bzw. das Naehelegen der Subjektivierung wird den Menschen durch die Ideologie des Kapitalismus vermittelt. Althusser pflegt hier ein etwas anderes Verständnis des Ideologie-Begriffs als Marx oder Gramsci. Ideologien sind für ihn mentale Repräsentationen von der Welt und der Rolle, die das Individuum in dieser Welt einnimmt. Da sie nur imaginäre Abbilder der Welt sind, können sie auch verzerrt sein. Ideologien sind jedoch keine rein abstrakten Denkbilde, sondern sie besitzen dadurch, dass sie in ISAs aktiv ausgelebt werden, sich in Handlungen niederschlagen und so Einfluss auf die reale Welt nehmen, eine materielle Präsenz (Althusser 1997, S. 124–126; Freeden 1998, S. 7, 2008, S. 19; Leopold 2015, S. 32). Die ISAs verbreiten also die Ideologie des Kapitalismus – ein Verständnis über die Beziehung zwischen den Menschen und den Produktionsverhältnissen. Durch die Subjektivierung übernimmt das Individuum dieses Verständnis und wird seine ihm zugedachte Rolle als Arbeiter im Produktionsprozess ausfüllen.

Die Assoziation mit dem Begriff der Manipulation liegt nahe, doch Althusserns Theorie ist eine deskriptive, keine notwendigerweise kritisch-normative. Natürlich muss sich jede Ideologie als gesunder Menschenverstand tarnen (Althusser 1997, S. 131), doch dienen Ideologien nicht nur – wie bei Marx – zum Erhalt von ungerechten oder kapitalistischen Systemen. Vielmehr sind Ideologien in allen Gesellschaften unabdingbar, um sie zu erhalten. Eine ideologielose Gesellschaft ist für ihn eine Utopie. „It [Ideologie] is a universal condition for social order, since all societies require that individuals are moulded to fit the demands of the social structure“ (Leopold 2015, S. 34). Dennoch kann Ideologie in Althusserns Theorie auch zur Wahrung von Klasseninteressen genutzt werden. Immerhin ist es in Gesellschaften immer die Ideologie der herrschenden Klasse, die in ISAs verbreitet wird, um den Rest der Gesellschaft zu subjektivieren. Aus diesem Grund sind die ISAs auch eine der zentralen Arenen während Klassenkämpfen (Althusser 1997, S. 108–109, 138; Leopold 2015, S. 34). Somit kann Althusserns Theorie durchaus Grundlage für

kritische Arbeiten sein, aber auch abgesehen davon bietet sie eine deskriptive Erklärung für den Erhalt von gesellschaftlichen Strukturen.

2.1.4 Kritik an Theorien über dominante Ideologien

Die obigen Unterkapitel liefern keine erschöpfende Liste über (neo)marxistische Theorien oder jenen bezüglich dominanter Ideologien. Neben Marx, Gramsci und Althusser wären auch Georg Lukács, Slavoj Žižek (1996, 1997) oder die kritischen Theorien der Frankfurter Schule (insb. Theodor W. Adorno (1951, 1998a, 1998b)) bedeutende Vertreter von Theorien über dominante Ideologien (Leopold 2015, S. 27). Für die folgenden Ausführungen ist die Vorstellung der obigen Theorien jedoch ausreichend, und weitere Theorien im Detail darzustellen würde nur den Rahmen dieser Monographie sprengen.

Wie gegen Ende von Kapitel 2.1.3 bereits angedeutet, unterscheiden sich die Theorien von Gramsci und Althusser in einem wichtigen Aspekt von der von Marx. Während Marx in einer kritisch-normativen Perspektive seine Theorie als Werkzeug im Kampf gegen die dominante Ideologie von Klassengesellschaften entwarf, verbleiben Gramsci und Althusser auf einer deskriptiven Ebene (Leopold 2015, S. 30–32). Leopold empfindet das als eine Schwäche von Gramscis und Althussters Theorien, da sie durch die fehlende kritische Perspektive einen erklärenden und einen emanzipatorischen Verlust erleiden. Unter dem erklärenden Verlust versteht er, dass diese Theorien nicht erklären können, warum sich Klassengesellschaften trotz ihrer gravierenden Mängel (z.B. Durchsetzen der Interessen einer dominanten Minderheit gegenüber der Mehrheit) gegen ihre kommunistische Opposition durchsetzen konnten (Leopold 2015, S. 34). Diese Kritik scheint jedoch zumindest im Falle von Gramsci verwunderlich, weil seine Theorie durch eben diese Frage angestoßen wurde. Auch abgesehen davon sind Gramscis Hegemonie- und Althussters ISA-Konzepte durchaus hilfreiche Werkzeuge, um zu erklären, wie sich Systeme vor sozialem Wandel schützen können. Sie beschreiben diese Schutzfunktion sogar noch detaillierter als Marx' Überbau-Begriff, der im Vergleich wie eine *black box* erscheint. Abercrombie und Turner (1978) werfen Marx deswegen sogar vor, dass die Verbreitung der dominanten Ideologie in seiner Theorie nur unzureichend erklärt wird. Die Frage, warum die beherrschten Klassen eine Ideologie übernehmen sollten, die ihren Interessen widerspricht, wird ihrer Meinung nach nicht überzeugend beantwortet (1978, S. 159).

Leopolds Vorwurf des emanzipatorischen Verlusts bezieht sich darauf, dass nicht-kritische Theorien nicht das zentrale Problem mit bestehenden Systemen herausstellen und folglich auch keine Lösungsvorschläge anbieten (Leopold 2015, S. 35). Auch dieser Vorwurf erscheint nicht völlig überzeugend. Es ist durchaus

möglich, aus deskriptiven Theorien Handlungsvorgaben abzuleiten. Beispielsweise leitet Gramsci aus seiner Theorie ab, dass die subalternen Klassen eigene Intellektuelle in den Hegemonieapparten unterbringen müssen, wenn sie das System wandeln wollen (Leopold 2015, S. 29). Leopolds Kritik entspringt also einer Perspektive, die mit der von Marx stark übereinstimmt. Carver berichtet, dass laut Engels die Wissenschaft für Marx ein Mittel der Revolution war. Marx war somit zu gleichen Teilen ein Aktivist und ein Wissenschaftler (2011, S. 401–402). Aus der empirisch-analytischen Perspektive, die in dieser Monographie vertreten wird, ist in diesem Ansatz ein mögliches Problem eingebettet. Wenn Theorien entworfen oder Studien durchgeführt werden, die v.a. dazu dienen, eine politische Agenda voranzutreiben, besteht die Gefahr, dass die ideologischen Haltungen der Wissenschaftler Einfluss auf die Objektivität der Arbeit nehmen. So würde eine wissenschaftliche Arbeit zu einem ideologischen Erzeugnis. Genau diese Problematik wurde an der Theorie von Marx bereits häufig kritisiert, u.a. auch deshalb, weil seine eigene kommunistische Gesinnung explizit vom Ideologie-Verdacht ausgenommen wird (Mannheim 1985, S. 108–109; Plamenatz 1970, S. 26–27; Tepe 2012, S. 69; Žižek 1997, S. 3–4). Weil genau das für den empirisch-analytischen Ansatz dieser Monographie ein gravierendes Problem darstellen würde, muss eine kritisch-normative Definition des Ideologie-Begriffes abgelehnt werden. Das soll jedoch nicht als Fundamentalkritik an marxistischer und/oder kritisch-normativer Forschung missverstanden werden. In vielen Szenarien ist es berechtigt und wichtig, dominante Denkmuster kritisch zu hinterfragen. Allerdings soll der Ideologie-Begriff definitorisch nicht nur auf diese Kontexte begrenzt werden, weil so viele wichtige ideologische Phänomene unberücksichtigt blieben (z.B. politischer Extremismus, Verschwörungstheorien, Feminismus, neue soziale Bewegungen, etc.).

In der Literatur wurde allerdings auch Kritik über andere Theorien formuliert, sie sich überwiegend auf dominante Ideologien fokussieren. Abercrombie und Turner (1978) postulieren, dass die These der dominanten Ideologie durch einen Blick in die Geschichte widerlegt wird. Ihrer Meinung nach ist die Ideologie der herrschenden Klasse nicht dazu da, beherrschte Klassen zu manipulieren. Personen, die der Bourgeoisie nicht angehörten, wurden in der Vergangenheit von Institutionen, die eben diese Ideologie verbreiten, ausgeschlossen (z.B. die bäuerliche Schicht von religiösen Messen in der Feudalgesellschaft). Bis 1851 war die Arbeiterklasse auch mehrheitlich nicht religiös. Daraus schließen sie, dass die zentrale Funktion der dominanten Ideologie vielmehr die Kohäsion der herrschenden Klasse ist, statt das Verblenden der Beherrschten (1978, S. 153–159). Wenn Abercrombie und Turner recht haben, stellt sich die Frage, inwiefern es konzeptionell sinnvoll ist, den Ideologie-Begriff nur auf die Überzeugungen bzw. das Denken der dominanten Gruppe zu begrenzen. Dieselbe Frage stellt

sich auch, wenn man an Phänomene denkt, die sogar in der Alltagssprache als ideologisch bezeichnet werden (extremistische Gewalt, Verschwörungstheorien, etc.). Vor diesem Hintergrund scheint es wenig ertragreich, den Ideologie-Begriff ausschließlich für das Denken der dominanten Gruppe(n) zu verwenden. Vielmehr sollte er die Überzeugungen jeder Gruppe abdecken können. Auch das ist keine Fundamentalkritik an dem Konzept einer dominanten Ideologie. Betrachtet man eine Gesellschaft, in der es eine herrschende Klasse tatsächlich schafft, ihre Ideologie in der Bevölkerung zu verankern (z.B. durch kulturelle Hegemonie oder die Verfügungsmacht über ISAs), dann existiert in dieser Gesellschaft eine dominante Ideologie. Das bedeutet jedoch nicht, dass es abseits davon keine anderen Ideologien geben kann, die mit dieser konkurrieren. Der Ideologie-Begriff soll deswegen für diese Monographie weiter gefasst werden, damit er alle ideologischen Phänomene abdecken kann.

2.2 Belief systems

Die meiste empirische Forschung über Ideologien stammt aus der Politikwissenschaft und der Politischen Psychologie. In diesen Disziplinen werden Ideologien meist als Überzeugungssysteme (*belief systems*) verstanden. Eine Überzeugung ist die Annahme, dass eine Idee über, das Verständnis von und/oder die Einstellung über einen Gegenstand X der Wahrheit entspricht und/oder moralisch richtig ist. Im Gegensatz zu Hypothesen werden diese Überzeugungen nicht hinterfragt, sondern sind im Weltverständnis des Individuums verankert (Boudon und Bourricaud 1992, S. 610–611; Dubois 2015, S. 163; Rydgren 2011, S. 73; Sartori 1969, S. 401). Sobald zwischen mehreren Überzeugungen systematische Vernetzungen existieren, ist von einem Überzeugungssystem die Rede. Allerdings weisen Überzeugungssysteme – und Ideologien als Beispiele für diese Überzeugungssysteme im Besonderen – je nach Theorie bzw. Definition verschiedene Eigenschaften auf, wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird.

2.2.1 Limitierte Definitionen

Der Begriff der limitierten Definition wurde von Kalmoe (2020) eingeführt. Er differenziert zwischen zwei Definitionen von Ideologie: einer limitierten und einer maximalen. Maximale Definitionen gehen davon aus, dass jeder Mensch Ideologien hat, während limitierte Definitionen postulieren, dass nur bestimmte Gruppen (v.a. politische Eliten) fähig sind, echte Ideologien zu pflegen (2020, S. 771–773). In der Politikwissenschaft werden Ideologien überwiegend limitiert

definiert. Die zwei bedeutendsten Definitionen stammen von Philip E. Converse und Giovanni Sartori.

2.2.1.1 Philip E. Converse

Die bedeutendste politikwissenschaftliche Konzeption von Ideologien als *belief systems* stammt aus Philip E. Converses einflussreichen Paper »*The Nature of Belief Systems in Mass Publics*« (2006, ursprünglich 1964). Er fokussiert sich auf den Begriff des Überzeugungssystems, weil der Begriff der Ideologie durch seinen widersprüchlichen Gebrauch zu unklar geworden ist (Converse 2006, S. 3).

Für Converse sind die einzelnen Elemente der *belief systems* durch Zwänge (*constraints*) verbunden. Diese Zwänge sind notwendige Interdependenzen zwischen den Überzeugungen, d.h. wenn sich eine Überzeugung ändert, müssen sich auch jene anpassen, die mit ihr verbunden sind. Andernfalls wäre das Überzeugungssystem inkonsistent. In der empirischen Analyse erkennt man die Stärke von Zwängen durch die Korrelation zwischen den einzelnen Überzeugungen. Je leichter es ist, eine Überzeugung aus anderen abzuleiten, desto stärker sind die *constraints* zwischen den Elementen eines *belief systems* (Converse 2004, S. 181, 2006, S. 3). Insgesamt identifiziert Converse drei Arten von Zwängen: Logische Zwänge verbinden Überzeugungen, die notwendigerweise miteinander einhergehen müssen. Unter quasilogischen Zwängen versteht Converse jene Verbindungen, deren Logik mit psychologischen Motivationen oder Eigeninteressen vermischt ist. Zuletzt sorgen auch soziale Zwänge dafür, dass bestimmte Überzeugungen miteinander einhergehen. Hier äußert sich häufig die Gruppenzugehörigkeit der Träger von Einstellungssystemen (z.B. deren Klasse oder Parteidentifikation) (2004, S. 182–185, 2006, S. 5–8). Innerhalb des Systems gibt es auch eine Hierarchie zwischen den einzelnen Überzeugungen. Zentrale *beliefs* sind vor leichtfertigen Änderungen überwiegend geschützt, während periphere leichter angepasst werden können (2004, S. 182, 2006, S. 3–4).

Jede Ideologie ist ein Überzeugungssystem, aber nicht jedes *belief system* ist für Converse eine Ideologie. Damit ein *belief system* als Ideologie bezeichnet werden kann, müssen genug Zwänge vorliegen, damit das System konsistent und die darin vertretenen Einstellungen auch zeitkonstant sind. Zusätzlich darf es sich nicht nur auf einzelne Überzeugungen stützen, sondern es muss eine angemessene Spannweite (»*range*«) von Themen abdecken (2004, S. 182, 2006, S. 4). Interne Widersprüche, zeitliche Inkonsistenz von Einstellungen und eine monothematische Ausrichtung zeichnen dagegen nicht-ideologische *belief systems* aus (Converse 1975, S. 83–89, 2004, S. 192–195, 2006, S. 10). Diese These prüft Converse mit Hilfe von quantitativen Daten, die vom *Survey Research Center* der Universität Michigan erhoben wurden (2006, S. 13). Er fokussiert sich dabei neben ty-

pischen Einstellungsisems auf offene Fragen, um fünf Niveaus an *Conceptualization* zu identifizieren, die sich in ihrer Ausprägung von entsprechenden Zwängen unterscheiden (siehe Tabelle 1). *Conceptualization* bezeichnet dabei die Fähigkeit, politische Konzepte zu kennen und angemessen zu verwenden, was für Converse eine Voraussetzung für das Pflegen von richtigen Ideologien ist. Für ihn weist nur eine Minderheit der US-Bevölkerung *belief systems* auf, die tatsächlich als Ideologien bezeichnet werden können. Diese Personen sind in der Lage, in Interviews abstrakte Konzepte wie *liberal* und *conservative* zu nutzen, um ihre politische Haltung zu beschreiben, was daraufhin deutet, dass sie die dahinterstehenden Einstellungssysteme kennen und ihres damit vergleichen können. Eine weitere Gruppe (»*Near-Ideologues*«) nennt solche Konzepte zwar auch, scheint für Converse diese jedoch nicht gut genug zu verstehen, um tatsächlich als Ideologen bezeichnet zu werden. Die Mehrheit (»*Group Interest*«) macht ihre Einstellungssysteme nicht an politischen Konzepten fest, sondern an ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe, meist entlang des Merkmals der Ethnie. Für diese Gruppe ist die Ethnie deswegen auch die zentrale Ursache für ihre politische Haltung. Die vierte Gruppe (»*Nature of the times*«) baut ihre Einstellungen auf aktuellen Gegebenheiten auf (z.B. Krieg, wirtschaftlicher Aufschwung, etc.) und assoziiert diese mit momentan regierenden Akteuren – ungeachtet, ob diese tatsächlich für diese Gegebenheiten verantwortlich sind oder nicht. In diesen zentralen Elementen ihrer *belief systems* spiegelt sich für Converse weniger politische Bildung wider als in den oberen Konzeptualisierungsschichten. Zuletzt befinden sich in der fünften Gruppe jene Personen, die ihre politische Haltung nicht an Inhalten festmachen, sondern an persönlichen Eigenschaften von Politikern. Insofern weisen diese Individuen wenig politisches Wissen auf, können aber dennoch Einschätzungen über Politiker abgeben (Converse 1975, S. 83–89, 2004, S. 185–188, 2006, S. 13–16).

	Verteilung der Stichprobe von Converse	Verteilung der Wähler (US-Wahl 1956)
1	Ideologues	2,5 %
2	Near-Ideologues	9,0 %
3	Group Interest	42,0 %
4	Nature of the times	22,0 %
5	No issue content	22,5 %

Tabelle 1: Verteilung der Niveaus an Conceptualization

Quelle: Converse 2004: S. 188

Die Verteilung der Personen auf diese fünf Gruppen (Tabelle 1) geht für Converse auf zwei Faktoren zurück. Zum einen sind es für ihn überwiegend die Hochgebildeten, die in der Lage sind, echte Ideologien zu pflegen, obwohl er die Möglichkeit, dass Niedriggebildete auch Ideologen sein können, nicht ablehnt (Con-

verse 1975, S. 98–105, 2006, S. 25–26, S. 34). Hier spielt Converse's Konzept der politischen *sophistication* eine bedeutende Rolle. Dieses beschreibt das spezielle Wissen darüber, welche Überzeugungen mit andern verbunden sein sollten.

»For the truly involved citizen, the development of political sophistication means the absorption of contextual information that makes clear to him the connections of the policy area of his initial interest with policy differences in other areas; and that these broader configurations of policy positions are describable quite economically in the basic abstractions of ideology.« (Converse 2004, S. 196)

Leider bleibt die Unterscheidung zwischen politischer Bildung und politischer *sophistication* bei Converse ziemlich vage. Die Begriffe sollten also zunächst genauer getrennt werden. *Sophisticated* ist ein Individuum dann, wenn es mehr *information* von politischen Eliten in seine Einstellungssysteme eingearbeitet hat und diese dadurch konsistent und zeitlich stabil sind. *Information* beschreibt dabei das Wissen darüber, welche Überzeugungen aus welchem Grund gemeinsam vertreten werden sollen (Converse 2006, S. 9–10). Das bedeutet, politische *sophistication* beschreibt vielmehr das Ausmaß der Enkulturation in spezifischen Ideologien⁶ – ihren Grad an Ideologisierung, wenn man so will – und nicht die Bildung in Bezug auf Politik allgemein (Bauer 1993, S. 19–20; Converse 2006, S. 26–28, 53–54). Luskin formuliert es sehr treffend, wenn er schreibt: „*Ideology, in the sense of this literature, is the high end of sophistication: a political belief system that is particularly large, wide-ranging, and organized is an ideology.*« (1990, 332). Politische Bildung ist dagegen das jeweilige Ausmaß an Komplexität, Informiertheit und interner Konsistenz des politischen Wissens (Luskin 1990, S. 332).

Diese *information* ist in der Bevölkerung ungleich verteilt. Während politische Eliten (z.B. Politiker) über viel *information* verfügen, wird diese mit abnehmendem Niveau an *Conceptualization* immer rarer. Um ihr Überzeugungssystem gegen andere durchzusetzen, geben Ideologen und *Near-Ideologues* ihre *information* an die unteren Levels weiter. So können diese unteren Ebenen zwar den Eindruck vermitteln, dass sie Ideologien pflegen, doch ihre Einstellungen basieren nicht auf (quasi)logischen Zwängen zwischen Überzeugungen, sondern nur auf sozialen Zwängen. Deswegen bezeichnet Converse diese *belief systems* als *ideologies by proxy* (Converse 1975, S. 105–107, 2004, S. 185, 2006, S. 9–10, 14–16).

Die Vermittlung von *information* wurde in der Politikwissenschaft unter dem Begriff der *party cues* untersucht. Ein solcher *cue* ist eine Heuristik, die den Emp-

6 »Sie [Enkulturation] beschreibt die Festigung des kulturellen Charakters der werdenden Persönlichkeit insbesondere im Hinblick auf ihr unmittelbares kulturelles Umfeld in bestimmten Gruppen und Milieus. Indem sie das Hauptaugenmerk auf Kultur legt, umfasst Enkulturation die bewusste Vermittlung und die Aneignung kultureller Inhalte und Techniken ebenso wie deren Verinnerlichung durch das Individuum« (Dimbath 2012, S. 173).

fängern helfen soll, auf größere Zusammenhänge zwischen einzelnen Überzeugungen zu schließen. Diese können sich auf die Zugehörigkeit einzelner Akteure zu politischen Gruppen oder auf inhaltliche Aspekte beziehen. Diese *Cues* reduzieren die Zeit- und Kostenressourcen, die in aufwendige Recherche investiert werden müssten, um eigene Überzeugungen zu entwickeln (Bachner und Wagner Hill 2014, S. 52–54; Bullock 2011, S. 497; Converse 1975, S. 117–118; Kam 2005, S. 165, 170–175). Der Begriff *party cue* deutet an, dass diese *cues* oder die *information* von Parteien verbreitet werden. Für die Zeit von Converses Ergebnissen (1950er bis 1970er) mag dies zutreffen, doch die Kanäle, über die *information* vermittelt werden kann, haben sich stark vermehrt. Vor allem die Entwicklung des Internets hat dazu beigetragen. Ein zusätzlicher Effekt ist, dass es nun vielen weiteren Akteuren möglich ist, ihre eigenen *information* zu verbreiten. Vor allem im Kontext der Verbreitung von Verschwörungstheorien (z.B. bezüglich Covid-19) ist dieser Aspekt von großer Bedeutung (vgl. Burton und Koehorst (2020) oder Lewandowsky et al. (2012)). Entsprechend wird in der Politologie nun von *partisan cues* gesprochen (Bakker et al. 2020, S. 1061–1063; Bullock 2011, S. 497; Feldman 2013, S. 602). Dieser Punkt wird in Kapitel 2.2.2 genauer behandelt.

Die unterschiedlichen Niveaus an *Conceptualization* schlagen sich auch auf das Wahlverhalten nieder. Converse unterscheidet daher zwischen *issue voting* und *party voting*. *Issue voting* beschreibt, dass Menschen ihre Wahlentscheidung an konkreten Themen festmachen. *Party voting* liegt vor, wenn Menschen unabhängig von aktuellen Problemstellungen die Partei wählen, mit der sie sich identifizieren. Für Converse ist das *issue voting* eher den Personen mit hoher *sophistication* überlassen, während die breite Masse typischerweise das *party voting* pflegt (Converse 1975, S. 125–134).

Obwohl Converses These, dass nur eine besonders gebildete Minderheit als echte Ideologen bezeichnet werden kann, auf den ersten Blick elitär anmuten mag (Connolly 2015, S. 558), wird sie von einigen Studienergebnissen unterstützt. Zeitlich stabile Überzeugungssysteme, in denen zusammengehörige Einstellungen hohe Korrelationen aufweisen, scheinen bei nur ca. 20 bis 30 % der US-Bevölkerung vorzuliegen (Kalmoe 2020, S. 778–786; Kinder 2006, S. 198–199, 214). Für Bourdieu wäre das jedoch kein Beweis für Converses Theorie. Vielmehr wäre dieser Befund für ihn das Symptom einer Trennung in politisch Professionelle und Laien, die in der Politikwissenschaft nicht kritisch hinterfragt wird. Das politische Feld »als eine kleine, relativ autonome soziale Welt innerhalb der großen sozialen Welt« (Bourdieu 2001a, S. 41) ist für ihn eine Arena, in der die aktive Teilhabe an bestimmte Fähigkeiten gebunden ist, die er als politisches Kapital (2001a) oder als politische Kompetenz (1987a) bezeichnet. Dazu gehören neben der Fähigkeit zur Mobilisierung auch ein spezifisches Wissen über Problemstellungen, politische Konzepte, historische Traditionen, etc. auch das Beherrschen

eines bestimmten Sprachgebrauchs (1987a, S. 678–681, 722–726, 2001b, S. 74–81, 100–104). Diese Fähigkeiten dienen jedoch in letzter Instanz dazu, die Professionellen von den Laien abzugrenzen. Zum einen sind nur jene in der Lage, sich diese Fähigkeiten anzueignen, die genug finanzielle und zeitliche Mittel aufweisen, die sie nicht anderweitig einsetzen müssen. Zum anderen dienen die Fähigkeiten zur Abgrenzung gegenüber den Laien und zum Beweis der politischen Kompetenz und folglich der nötigen Autorität, um sich politisch betätigen zu können oder zu dürfen (1987a, S. 632–681, 2001a, S. 44). So erlangen die Professionellen das Monopol über politische Kompetenz, die sie in Folge dazu nutzen, um als Wort- oder Diskursführer die Grenzen des politisch Denkbaren zu bestimmen (2001b, S. 69–71). Die Politikwissenschaft bzw. die Unterteilung in kompetente und nicht-kompetente (ober bei Converse *sophisticated* und *unsophisticated*) dient in dieser Perspektive rein dem Erhalt dieser anti-partizipatorischen Systematik.

»Die ›Politische Wissenschaft‹ [...] ist die Rationalisierung der Kompetenz, die das Universum der Politik erfordert und über die die Professionellen praktisch verfügen. Sie zielt darauf ab, diese praktische Beherrschung effizienter zu machen, indem sie rationale Techniken zu ihrer Verfügung stellt, wie die Meinungsumfrage, die Öffentlichkeitsarbeit oder das politische Marketing, und gleichzeitig legitimiert sie diese, indem sie ihr den Anschein der Wissenschaftlichkeit verleiht und politische Fragen zur Angelegenheit von Spezialisten macht, deren Sache es ist, im Namen des Wissens und nicht des Klasseninteresses zu entscheiden. So kommt die elitäre Meinungstheorie, die bei der Entwicklung oder Analyse von Meinungsumfragen oder den rituellen Klagen über die Nichtwähler fast immer eine Rolle spielt, in aller Unschuld in den Untersuchungen über die opinion makers zum Vorschein, die, von der Philosophie der Emanation, des ›Ausströmens‹, inspiriert, die Zirkulationsnetze der Meinungen bis zu der Quelle, der sie entströmen sollen, das heißt bis zu ›Elite‹ der ›Meinungsmacher‹ hochsteigen wollen, bei denen keiner auf die Idee kommt, danach zu fragen, woher ihre Meinung stammt.« (Bourdieu 2001b, S. 76)

Die meiste Kritik an Converses Theorie bezieht sich jedoch nicht auf die ungleiche Verteilung von politischer Bildung oder politischer *sophistication*, sondern auf die Frage, ob die Einstellungssysteme der *unsophisticated* Masse nicht auch als Ideologien bezeichnet werden sollten. Jost und Kollegen kritisieren an Converses Begrenzung des Ideologie-Begriffes, dass er damit wichtige Phänomene ausgrenzt, die seiner engen Definition nicht entsprechen. Ihrer Meinung nach können Menschen durchaus Ideologen sein, auch wenn sie nicht das Niveau an politischer *sophistication* erreichen, das Converse voraussetzt (Jost et al. 2008b, S. 127; Jost et al. 2015, S. 234–235). Ein offensichtliches Beispiel für diese Kritik sind rassistische Einstellungen. Eine hypothetische Person, deren politische Haltung sich ausschließlich auf Xenophobie stützt, erfüllt nicht Converses Anforderung an politischer *sophistication*, sie erreicht maximal das Niveau der »Group Interests«. Dennoch erscheint es nicht sinnvoll, die Haltung dieser Person

als nicht-ideologisch zu bezeichnen. Darüber hinaus können auch Personen aus der »*Nature of the times*«-Gruppe mobilisiert werden (z.B. zu Demonstrationen oder Boykotts, Unterstützung von monothematischen populistischen Parteien, etc.), wenn sie eine gesellschaftliche Entwicklung mit einem politischen Akteur assoziieren. Die *Fridays for Future*-Demonstrationen, die Regierungen Mitschuld bei der Entwicklung der Klimakatastrophe geben, sind ein Beispiel hierfür. Auch dieses Phänomen würde Converse's Ideologie-Definition nicht erfüllen, was eine Schwäche der Konzeption darstellt.

Zusätzliche Kritik wird von Coveyou und Piereson (1977) formuliert. Sie weisen darauf hin, dass die Verbindungen zwischen einzelnen *beliefs* in bildungsfernen Gruppen auf anderen Motivationen aufbauen können als in hochgebildeten Schichten. Converse schränkt das Repertoire der zulässigen Motivationen auf abstrakte politisch-philosophische Gedanken (z.B. das Spektrum zwischen *links* und *rechts* bzw. *liberal* und *conservative*) ein, was bspw. rationale Eigeninteressen ausschließt. Wer also sozialistische Haltungen nicht auf komplexen philosophischen *constraints* oder *information* aufbaut, sondern nur auf rationalem Eigeninteresse, wäre für Converse kein Träger einer Ideologie. In diesem Zusammenhang zitieren sie auch Bennet (1975), der einen weiteren wichtigen Punkt anspricht. Für Converse sind alle Einstellungssysteme, die nicht rein dem liberalen oder konservativen Denkmuster folgen, chaotisch und somit nicht-ideologisch. Dabei erkennt er jedoch, dass es auch abgesehen davon logische Zusammenhänge zwischen *beliefs* geben kann, die nicht aus dem Pool an Ideologien stammen, den er vordefiniert hat. Das bedeutet, Converse schließt alle Ideologien aus der Definition aus, deren Logik er nicht nachvollziehen kann (Coveyou und Piereson 1977, S. 79–82). Auch Malka und Lelkes weisen kritisch darauf hin, dass auch scheinbar inkonsistente Überzeugungssysteme einer eigenen Logik folgen können (2010, S. 157). Somit ergibt sich dasselbe Problem wie bei den *Dominant-Ideology*-Thesen (Kap. 2.1.4), nämlich, dass nicht alle ideologischen Phänomene in der Definition des Begriffes enthalten sind.

2.2.1.2 Giovanni Sartori

Sartoris Definition ist an weniger Voraussetzungen gebunden. Die Entwicklung seines Ideologie-Begriffes soll zwei Ziele verfolgen. Erstens soll der Ideologie-Begriff kein Synonym für die Begriffe der Überzeugung, Idee, Einstellungssysteme oder Weltanschauung sein, weil das den Begriff redundant und überflüssig machen würde.⁷ Zweitens darf der Begriff nicht zu allgemein sein, damit immer

⁷ Leider definiert Sartori an dieser Stelle nicht, was er unter Weltanschauung versteht.

noch eine Abgrenzung von Haltungen möglich ist, die nicht als Ideologien bezeichnet werden können (Sartori 1969, S. 399–400).

Ideologien sind für Sartori eng verbunden mit Überzeugungssystemen, aber nicht synonym mit diesen. Vielmehr sind Ideologien Ausschnitte aus Überzeugungssystemen, die sich auf politische Sachverhalte fokussieren. Diese Systeme sind auch durch Zwänge verbunden, aber er impliziert an dieser Stelle keine Konsistenz, wie Converse es tut (Sartori 1969, S. 400–401). Dennoch sind nicht alle Überzeugungssysteme für ihn Ideologien. Hier führt Sartori zwei Dimensionen ein, mit deren Hilfe er die Elemente von Einstellungssystemen, also die einzelnen Überzeugungen, in vier Kategorien teilt (Abbildung 4). Überzeugungen können mit einer geschlossenen Mentalität vertreten werden. Das bedeutet, dass diese Elemente mit großer Überzeugung – bis hin zu dogmatischen Tendenzen – gepflegt werden. Entsprechend schwierig ist es, eine Person dazu zu überreden, diesen *belief* abzulegen. Alternativ können sie durch Evidenz oder Argumentation angepasst werden, was auf eine offene kognitive Struktur hindeutet. Die zweite Dimension ist, ob eine Überzeugung mit starkem emotionalem Gehalt vertreten wird oder nicht. So ergeben sich vier Arten von Überzeugungen. Fixierte Elemente (I) sind jene, die mit geschlossener Mentalität und mit starkem emotionalem Gehalt vertreten werden. Unelastische Elemente (II) werden zwar mit Nachdruck, aber nicht mit emotionalem Hintergrund vertreten. Feste Elemente (III) sind zwar prinzipiell für Änderungen offen, haben aber viel emotionalen Wert. Letztlich bleiben die flexiblen Überzeugungen (IV), die weder dogmatisch, noch emotional gepflegt werden (Sartori 1969, S. 400–405).

Überzeugungssysteme bestehen – wie bereits ausgeführt – aus einzelnen Elementen. Somit folgert Sartori, dass auch jedes *belief system* in eine der vier Kategorien eingeteilt werden kann. Darauf aufbauend formuliert er auch seine Definition für den Ideologie-Begriff: „*ideology is a belief system based on i) fixed elements, characterized by ii) strong affect and iii) closed cognitive structure.*« (Sartori 1969, S. 405). Ideologien sind also nur jene Überzeugungssysteme, die zur Kategorie (I) gehören. Das idealtypische Gegenstück zu Ideologien wäre laut Abb. 4 der politische Pragmatismus (IV), der Überzeugungen weder emotional noch felsenfest vertritt und deswegen leichter (z.B. zur Koalitionsbildung oder durch überzeugende Argumente) aufgegeben werden können (1969, S. 403–407).

Aus dem analytischen Modell in Abb. 4 und dieser Definition ergeben sich einige Schlussfolgerungen. Zunächst können Überzeugungssysteme im Laufe der Zeit mehr oder weniger ideologisch werden, wenn sich die Elemente in ihren *belief systems* in andere Quadranten verschieben. Wenn sich also die Vehemenz, mit der eine Überzeugung vertreten wird, oder sich deren Emotionalität abschwächen, verliert das Überzeugungssystem seinen Status als Ideologie. Sartori beschreibt dies als die *Decline-of-Ideology* These (1969, S. 405–406).

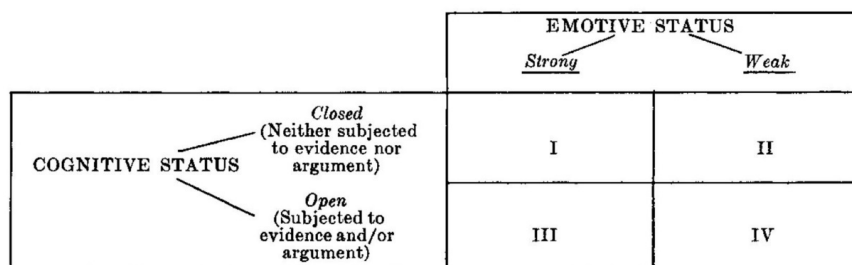


Abbildung 4: Analytisches Schema von Elementen in belief systems

Quelle: Sartori 1969, S. 404

Außerdem gibt es – ähnlich wie bei Converse – Annahmen darüber, wie Ideologien unter Eliten und der breiten Masse verteilt sind. Während Ideologien (I) eher von politischen Eliten vertreten werden, die sie zur Mobilisierung der Masse nutzen können, vertreten Individuen in der breiten Masse dagegen eher pragmatische Überzeugungssysteme (IV). Darüber hinaus sind es Ideologien, die auf abstrakten Konzepten aufbauen und universalistische Ansprüche erheben. Durch diese Komplexität ist die mentale Führung durch politische Eliten von besonderer Notwendigkeit für die breite Masse. Das birgt natürlich auch ein hohes Potential für Manipulation der Massen durch geschickte Eliten, die ihre Interpretationen gut verbreiten können. Aus diesem Grund sollte sich die Ideologieforschung für Sartori vor allem auf die *belief systems* der Eliten konzentrieren (1969, S. 407–408, 410–411).

Die letzte Konsequenz aus Sartoris analytischem Schema ist die Frage nach der Konflikthaftigkeit zwischen zwei Überzeugungssystemen. Konkurrierende Ideologien haben das höchste Konfliktpotential, da durch ihre geschlossene mentale Struktur kein Konsens möglich ist, und Konflikte durch die hohe Emotionalität hochkochen können. Kooperationen oder Konsensen sind in den restlichen Quadranten wahrscheinlicher (Sartori 1969, S. 409–410).

Obwohl Sartori weniger Anforderungen an Überzeugungssysteme stellt, um das Label der Ideologie zu verdienen, weist auch seine Definition Schwächen auf. Zum einen löst sein Ansatz nicht das grundlegende Problem von Converse's Definition. Auch er fokussiert sich auf die Ideologien von Eliten, während er der breiten Masse die Fähigkeit, tatsächliche Ideologien zu pflegen, überwiegend abspricht. Obwohl diese vermeintlich elitäre Komponente bereits bei Converse kritisiert wurde, führt sie bei Sartori zusätzlich zu einem inhaltlichen Problem. Im Gegensatz zu Converse misst Sartori Ideologien an ihrer vehementen Vertretung und der emotionalen Komponente. Er bietet jedoch keine überzeugende Begründung dafür, warum Eliten einen stärkeren Hang zur Emotionalität und vehementen Verteidigung ihrer Überzeugungen haben sollten als

der Durchschnittsmensch. Man könnte sogar so weit gehen und diese Annahme als widerlegt bezeichnen, wenn man bspw. an die *Proud Boys* denkt – die radikalen Unterstützer von Donald Trump. Sie vertreten vehement und stark emotional die Überzeugung, dass Trump die Wahl gegen Joe Biden rechtmäßig gewonnen hätte, ihm die zweite Amtszeit jedoch durch Wahlbetrug geraubt wurde. Auch im Rahmen der Midterm Wahlen im November 2022 wurde diese Verschwörungstheorie wieder propagiert, nachdem die Demokraten siegreich hervorgingen. Insofern erfüllt das *belief system* der *Proud Boys* alle Anforderungen an Sartoris Ideologie-Definition, obwohl sie nicht der politischen Elite angehören.

Darüber hinaus führt Sartoris Zuteilung von Ideologien zu Quadrant I und die *Decline-of-Ideology* These zu einem weiteren Problem. Wenn man Ideologien an ihrer mentalen Struktur und Emotionalität erkennt, bedeutet das, dass der Inhalt der Überzeugungen keine Rolle spielt. Man betrachte also folgendes Beispiel: Amutah et al. (2021) berichten u.a., dass in der Medizin lange die falsche Annahme vorherrschte, dass nur kaukasische Menschen an der Mukoviszidose erkranken und die Sichelzellkrankheit nur Afro-Amerikaner befällt. Zusätzlich werden bei Diagnosen häufig Umweltfaktoren, der sozioökonomische Status, Häufungen der Krankheit in der Familie, etc. vernachlässigt und Krankheitsbilder stattdessen nur an der Ethnie des Patienten festgemacht. Das kann zu unterschiedlichen Behandlungen bei demselben Krankheitsbild führen (Amutah et al. 2021, S. 872–875; siehe auch Sidanius und Pratto 1999, S. 197–199). Solche falschen Annahmen, die häufig dazu führen, dass Mitglieder ethnischer Minderheiten ein schlechteres Niveau an Gesundheitsversorgung erhalten, werden von Medizinern nicht mit emotionalem Gehalt vertreten. Als Wissenschaftler sollten sie auch bereit sein, falsche Annahmen im Angesicht von empirischer Evidenz zu revidieren, statt dogmatisch daran festzuhalten. Somit erfüllt dieser *racial bias*⁸ Sartoris Anforderungen an eine Ideologie nicht. Ideologisch wäre er erst, wenn er vehement und emotional vertreten würde – selbst, wenn er inhaltlich deckungsgleich wäre. Eine solche Zweiteilung in einen ideologischen und einen nicht-ideologischen *racial bias*, die aus Sartoris Konzeption folgen würde, erscheint jedoch wenig zielführend und bisweilen sogar willkürlich. Das bedeutet, dass die inhaltliche Komponente in der Definition des Ideologie-Begriffes nicht vernachlässigt werden darf.

⁸ *Racial bias* beschreibt in diesem Kontext sämtliche rassistischen Annahmen, Vorurteile, etc., die bis heute in der Medizin vorherrschen.

2.2.2 Empirische Ergebnisse der Politikwissenschaft

Dadurch, dass sich Politikwissenschaftler überwiegend auf die limitierten Definitionen von Converse und Sartori beziehen, stecken sie einen engen Rahmen an Fragestellungen für empirische Studien ab. Die für diese Monographie relevantesten Ergebnisse beziehen sich auf die Konsistenz von Überzeugungssystemen, den Einfluss von *partisan cues* und die Trennung in verschiedene Arten von Ideologien (Links-rechts vs. GAL-TAN).

2.2.2.1 Konsistenz von Überzeugungssystemen

Unabhängig davon, ob man die Konsistenz in Überzeugungssystemen als notwendiges Ideologie-Merkmal auffasst oder nicht, zeigt die politikwissenschaftliche Forschung einstimmig, dass es Unterschiede in der Konsistenz von *belief systems* zwischen Bildungsschichten gibt. Je höher das Bildungsniveau der Befragten, desto höher die Konsistenz im Überzeugungssystem – gemessen an der Stärke der Korrelationen zwischen einzelnen *belief*-Items bzw. den Cronbachs Alpha-Werten in Einstellungsskalen (Achterberg und Houtman 2009, S. 1659–1661; Feldman 2013, S. 592–593; Kalmoe 2020, S. 778–786; Leader Maynard 2013, S. 310). Bauer erklärt dies dadurch, dass Konsistenz im politischen Denken neben politischem Engagement auch von kognitiven Fähigkeiten abhängt, die im Bildungssystem erlangt werden (1993, S. 15–16). Malka und Lelkes ergänzen, dass die gemessenen Korrelationen auch höher sind, wenn Befragte den politischen Diskurs verfolgen (2010, S. 180–181). Darin deutet sich ein weiterer Mechanismus an. Personen mit hohem politischem Interesse dürften dem politischen Diskurs aufmerksamer folgen als andere, weswegen sie auch mehr *cues* ihrer favorisierten politischen Akteure rezipieren. Das wiederum führt zu höherer interner Konsistenz ihrer *belief systems* durch den höheren Konsum von *information*.

Problematisch wird diese Konsistenz-Annahme jedoch, wenn man sich deren Ursachen genauer betrachtet. Achterberg und Houtman erklären die vermeintlich inkonsistenten Überzeugungen ihrer niedriggebildeteren Befragten dadurch, dass sie durch ihren sozioökonomischen Status ökonomisch verunsichert sind. Das führt dazu, dass sie kulturell-autoritäre Haltungen mit sozialistischen Einstellungen verbinden (2009, S. 1663). Betrachtet man lediglich *links* und *rechts* als gegensätzliche Pole auf einem eindimensionalen Spektrum, erscheint diese Disposition als »objektiv« inkonsistent und dadurch *unsophisticated*. Immerhin werden neoliberale und konservative Tendenzen in den westlichen Ländern beide dem rechten Lager zugeschrieben, während liberale und sozialistische Haltungen als links gelten. Damit wird die Logik, die hinter diesem

Überzeugungssystem steckt, ausgeblendet und das *belief system* als inkonsistent abgetan. Darüber hinaus können auch psychologische Bedürfnisse dazu führen, dass zwei Überzeugungen gleichzeitig geglaubt werden, die für einen externen Betrachter inkonsistent erscheinen (Jost et al. 2003b, S. 341).⁹ Converse Konsistenz-Annahme fußt also auf der Idee, dass ein externer Beobachter beurteilen kann, ob hinter dem Überzeugungssystem eines Befragten eine sinnvolle Logik steckt. Das ist eine sehr voraussetzungsreiche und problematische Annahme, die dazu führt, dass seine Ideologie-Definition nicht erschöpfend ist und bestimmte Standpunkte zu Unrecht als chaotisch, sinnlos oder *unsophisticated* gebrandmarkt werden.

Ähnlich steht es mit der zeitlichen Stabilität von Überzeugungssystemen. Generell wird angenommen, dass Ideologien zeitlich stabil sind und sich deren zentrale Bestandteile nicht immer wieder verändern oder bei einer Befragung idiosynkratisch erzeugt werden (Bauer 1993, S. 9–10; Kalmoe 2020, S. 772). Allerdings zeigt sich, dass nur eine Minderheit Überzeugungssysteme aufweist, die zeitlich stabil genug sind, um Converse Ansprüchen zu genügen (Converse 2004, S. 192–195). Die Parteizugehörigkeit ist zeitlich am stabilsten, gefolgt von Einstellungen zur Sozialhilfe und spezifischen gesellschaftlichen Gruppen (Converse 2006, S. 45–47). Allerdings kann auch das auf andere Weise als durch mangelnde *sophistication* erklärt werden. Psychologische und soziale Einflüsse (z.B. *cues* von politischen Akteuren, die ihre Meinung aus taktischem Kalkül ändern) können die zeitliche Stabilität von Einstellungen beeinträchtigen (Feldman 2013, S. 602). Ebenfalls unberücksichtigt bleiben in dieser Annahme Meinungsänderungen, die auf rationalen Überlegungen oder gravierenden Veränderungen der Lebensbedingungen (z.B. durch die Covid-19 Pandemie) beruhen. Auch zufällige Schwankungen, also Messartefakte, können in einem Langzeitvergleich dazu führen, dass die Inkonsistenz von *belief systems* überschätzt wird. Deswegen scheint es sinnvoller, die zeitliche Stabilität vor allem an zentralen Überzeugungen zu messen, weil periphere Elemente eben die Eigenschaft haben, dass sie sich an externe Gegebenheiten anpassen können (Ball 1996, S. 98–99).

Das zieht die Frage nach sich, wie man in der empirischen Forschung die zentralen Überzeugungen der *belief systems* der Befragten identifizieren soll. In typischen Survey-Befragungen stellt dies tatsächlich ein Problem dar, welches in Kapitel 4 detailliert behandelt wird. Ball (1996) bietet dagegen einen Vorschlag, wie mit (zusätzlichen) qualitativen Interviews die Inkonsistenz von Überzeugungssystemen gemessen werden könnte. Er schlägt vor, Befragte zunächst nach ihren fundamentalen Prinzipien zu befragen und sie danach zur konkreten Umsetzung dieser zu interviewen. Sollten sich daraus Widersprüche ergeben, soll der Inter-

⁹ Die psychologischen Motivationen werden in Kapitel 2.2.3 behandelt.

viewpartner auf diese hingewiesen werden. Je leichter es dem Interviewpartner dann fällt, diesen vermeintlichen Widerspruch zu erklären oder zu rationalisieren, desto mehr *sophistication* steckt in seinem *belief system*. Die Art der Reaktion – kategorisiert durch Abelson (1959) – gibt für Ball das Niveau an *sophistication* wieder, über die der Interviewpartner verfügt. Die Inkonsistenz einfach zu leugnen ist das niedrigste Niveau (*Denial*), gefolgt vom Bestärken der eigenen Meinung durch weitere Argumente (*Bolstering*), einer Erklärung durch Differenzierung (*Differentiation*) und als höchstes Niveau die Erklärung durch den Rückgriff auf abstrakte Konzepte (*Transcendence*). Dadurch kann der Grad der Inkonsistenz identifiziert werden (Ball 1996, S. 99–100).

2.2.2.2 Party cues und partisan cues

Ein weiterer Zweig der politologischen Forschung ist sehr nützlich zur Erklärung der Verbreitung von *information*. Hierzu wird der Einfluss von sogenannten *cues* untersucht. *Cues* sind nicht synonym mit *information*, sondern stellen vielmehr Heuristiken dar, mit denen die Rezipienten auf größere Zusammenhänge schließen können. Diese Zusammenhänge können sich auf die Zugehörigkeit eines Akteurs zu einem Kollektiv oder auf den Inhalt von politischen Forderungen beziehen. So können diese *cues* Einfluss auf die Einstellungen von Individuen gegenüber bestimmter Gegenstände oder Personen nehmen (Bullock 2011, S. 497; Feldman 2013, S. 602; Jost et al. 2015, S. 241; Kam 2005, S. 165). Ursprünglich fokussierte die Forschung sich auf *party cues* – also *cues*, die von Parteien oder ihrer wichtigsten Mitglieder ausgesendet werden. Durch das Internet haben sich jedoch die Möglichkeiten zur Verbreitung eigener *cues* so weit vermehrt, dass *cues* auch von nicht-parteilichen Akteuren (z.B. soziale Bewegungen oder individuellen Meinungsführern) ausgesendet werden können (Lewandowsky et al. 2012, S. 110–111). Entsprechend wird nun von *partisan cues* gesprochen.

Bisher wurden zwei Theorien formuliert, die erklären sollen, warum Menschen sich auf *cues* verlassen. Zum einen können *cues* die Kosten, die mit der Recherche über einen Themenbereich oder dem Entwickeln eines eigenen Standpunktes, reduzieren. Das ist besonders für jene ein attraktives Angebot, die politisch weniger engagiert oder gebildet sind (*bounded reality perspective*). Zum anderen können jedoch auch politisch engagierte auf *cues* zurückgreifen, um ihre Einstellungen an ihre favorisierte soziale Gruppe anzupassen. Der motivationale Hintergrund hierbei ist das Aufrechterhalten einer politischen (sozialen) Identität (*expressive utility perspective*) (Bakker et al. 2020, S. 1061–1063). Beide Theorien werden vom bisherigen Forschungsstand unterstützt, sodass angenommen werden kann, dass eine Mischung aus beiden die Realität am besten abbildet (Bachner und Wagner Hill 2014, S. 52–54; Bakker et al. 2020, S. 1066–1068; Bar-

ber und Pope 2019, S. 44–46; Kam 2005, S. 170–175; Malka et al. 2017, S. 1048; Tilley und Hobolt 2011, S. 326–327).

In diesem Zusammenhang sind jedoch zwei Dinge zu beachten. Erstens ist die Quelle der *cues* von Bedeutung. *In-group cues* und *out-group cues* unterscheiden sich in ihrem Einfluss. Während Personen sich *cues* von ihrer Eigengruppe eher anschließen, können *cues* von Fremdgruppen Reaktanz auslösen und somit eine genau gegenteilige Tendenz bewirken. Ein eindrückliches Beispiel hierfür wäre die Ablehnung, die Verschwörungstheoretiker Menschen entgegenbringen, sobald diese von Mainstream-Medien als Experten oder Autoritäten dargestellt werden (Imhoff et al. (2018)). Die Ergebnisse bisheriger Studien sind jedoch inkonsistent in der Frage, ob *cues* der Eigengruppe stärker sind als jene der Fremdgruppe oder vice versa (Barber und Pope 2019, S. 43–44; Bullock 2011, S. 500–503; Ciuk 2018, S. 3–5; Lelkes 2019, S. 4; Luttig et al. 2017, S. 3–6; Malka und Lelkes 2010, S. 174–178).

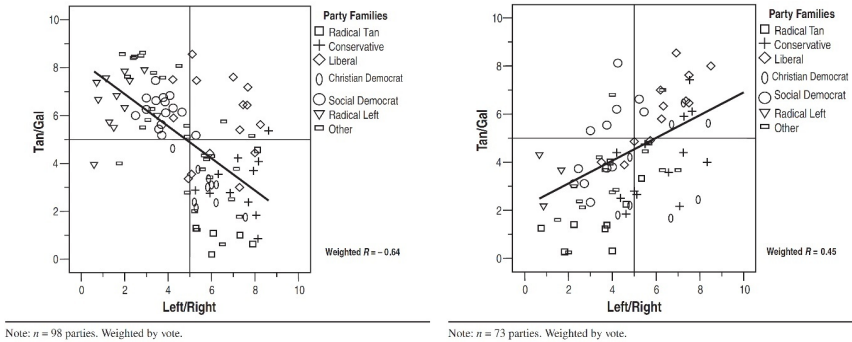
Zweitens übernehmen Menschen nicht ohne Weiteres alles, was ihre Eigengruppe ihnen an *cues* vermittelt. Der Inhalt dieser *cues* spielt also immer noch eine Rolle, er kann den Einfluss der Quelle sogar überwiegen (Bachner und Wagner Hill 2014, S. 52–54; Bullock 2011, S. 500–509). Das ist vor allem dann der Fall, wenn die informative Komponente der *cues* für das Individuum wichtiger ist als ihre expressive Funktion. Anders gesagt: Die Herkunft der *cues* konkurriert in ihrem Einfluss erst dann mit deren Inhalt, wenn die Identifikation mit den Sendern besonders stark ist (Bakker et al. 2020, S. 1066; Lelkes 2019, S. 4; Malka und Lelkes 2010, S. 159–162). Allerdings sollte auch nicht ausgeschlossen werden, dass Menschen sich gegen den Einfluss von *ingroup cues* wehren können, wenn diese mit den Überzeugungen der Rezipienten unvereinbar sind.

Diese *cue*-Effekte können auch dazu beitragen, das hohe Niveau an politischer Polarisierung in den USA zu erklären. Der bisherige Forschungsstand scheint eindeutig daraufhin zu deuten, dass die breite Masse die Polarisierung übernimmt, die von den politischen Parteien (Demokraten und Republikanern) inszeniert und demonstriert wird (Barber und Pope 2019, S. 53; Lelkes 2019, S. 2–3; Rogowski und Sutherland 2016, S. 492–495; Twenge et al. 2016, S. 1380). Entsprechend sind jene, die sich stärker mit einer der Parteien identifizieren und aktiv den polarisierten politischen Diskurs verfolgen, besonders polarisiert (Abramowitz und Saunders 2008, S. 547–548; Iyengar und Hahn 2009, S. 33; Rogowski und Sutherland 2016, S. 496; Stroud 2010, S. 566–569; Twenge et al. 2016, S. 1380). Davon ist nicht unbedingt nahtlos auf Deutschland oder Österreich zu schließen. Bullock stellt die These auf, dass *cue*-Effekte in den USA am stärksten sein dürften, weil das dortige Parteiensystem von zwei Parteien mit klar definierten Images dominiert wird und äußerst kompetitiv ist. Im Gegensatz dazu könnten komplexere und differenziertere Parteiensysteme, in denen das Bilden von Koalitionen für das Durch-

setzen politischer Forderungen wichtiger ist, zu einem schwächeren Einfluss von *partisan cues* führen (2011, S. 511–512). Das würde sich in Folge auch auf das Niveau der politischen Polarisierung auswirken. Was Bullock hier jedoch womöglich übersieht, ist, dass auch komplexere Parteiensysteme entlang von spezifischen Konfliktlinien in zwei Lager geteilt werden können. Man denke daran, wie populistische Parteien alle etablierten Parteien im Lager der verschmähten »Altparteien« zusammennehmen (Canovan 2002, S. 32–38; Mudde und Kaltwasser 2015, 498–506). Während der Covid-19 Pandemie haben sich die Parteien in Deutschland und Österreich auch in die Lager der Maßnahmenbefürworter und –gegner geteilt. Insofern scheint kein Parteiensystem vollständig vor Polarisierung gefeit zu sein.

2.2.2.3 GAL-TAN

Zuletzt muss auf die Einteilung von politischen Akteuren in die Lager *links* und *rechts* diskutiert werden. Diese beiden Kategorien schließen sehr viele verschiedene Untergruppen ein, die nicht unbedingt ideologisch homogen sein müssen. Wie oben bereits erwähnt, könnten privilegierte Gruppen konservative Tendenzen mit neoliberalen Einstellungen verbinden, während Niedriggebildete Konservatismus mit Sozialismus vermengen (vgl. Achterberg und Houtman (2009)). Man kann somit nicht die Komplexität von ideologischen Dispositionen auf nur eine Dimension herunterbrechen. Hooghe et al. (2002) und Marks et al. (2006) unterscheiden aus diesem Grund zwei Arten von Ideologien, die in empirischen Studien getrennt erhoben werden müssen. Sie differenzieren zwischen einer Links-Rechts-Achse und der von ihnen betitelten GAL-TAN Dimension. Die Links-Rechts-Achse bezieht sich in diesem Kontext rein auf ökonomische Themen (z.B. die Rolle des Staates in Verteilungsprozessen), wobei *rechts* für neoliberale und *links* für sozialistische Einstellungen stehen. GAL-TAN zeichnet die Position auf (damals) neuen politischen Konfliktlinien nach. GAL-Werte (*Green/Alternative/Libertarian*) stehen dabei den TAN-Werten (*Traditional/Authoritarian/Nationalist*) gegenüber (Hooghe et al. 2002, S. 966; Marks et al. 2006, S. 156–157). Diese beiden Achsen spannen ein Koordinatensystem auf, das als politischer Kompass bezeichnet wird. Obwohl diese beiden Studien die zwei Achsen für die Einordnung von politischen Parteien nutzen und viele Studien, die sich auf diese Zweiteilung beziehen, ebenfalls politische Akteure (kollektiv oder individuell) in den Fokus nehmen (z.B. Bayerlein (2021), Charron et al. (2022), Isotalo et al. (2020), Solevid et al. (2021), Sychowiec (2021), etc.), wird er populärwissenschaftlich auch genutzt, um Individuen ideologisch zu verorten (siehe bspw. Pace News Ltd. (o.J.)).



Note: $n = 98$ parties. Weighted by vote.

Note: $n = 73$ parties. Weighted by vote.

Abbildung 5: Verteilung der Parteien in westeuropäischen (links) und zentral- und osteuropäischen Ländern (rechts) in GAL-TAN

Quelle: Marks et al. 2006, S. 158–159

Die Notwendigkeit dieser Zweiteilung wird bspw. bei Marks et al. (2006) deutlich. Sie zeigen, dass die Korrelation zwischen der Links-Rechts- und der GAL-TAN-Dimension vom jeweiligen politischen Kontext abhängig ist (Abbildung 5). Während politische Parteien der westeuropäischen Länder *rechts* und TAN miteinander verbinden, setzen osteuropäische Parteien *links* und TAN in Beziehung (2006, S. 156–157).

Zusammenfassend kann aus der politikwissenschaftlichen Forschung folgendes geschlossen werden. Menschen pflegen nicht eine allumfassende Ideologie, sondern eine Konfiguration aus mind. zwei themenspezifischen Ideologien. Der jeweilige Inhalt dieser Ideologien kann durch *Cues* von favorisierten Eliten festgelegt oder inspiriert werden. Dabei können konkrete Einstellungen zeitlich variieren, während grundlegende Überzeugungen konstant bleiben. Für eine sinnvolle Definition des Ideologiebegriffs müssen diese Punkte berücksichtigt werden (siehe Kap. 3).

2.2.3 Psychologische Forschung

Während sich die Politologie auf die Einflüsse der Eliten auf die Überzeugungssysteme der Masse fokussiert, konzentriert sich die (Politische) Psychologie auf die Motivationen, die der Übernahme einer Ideologie zugrunde liegen. Das bedeutet, dass sie sich nicht nur für die Ideologien von politischen Eliten fokussiert, sondern auch auf die Überzeugungen der breiten Masse. Daraus kann abgeleitet werden, dass sie implizit eine andere Definition von Ideologie verwendet. Zusammengefasst verstehen Psychologen unter Ideologie meist kollektiv geteilte

Überzeugungssysteme (Jost et al. 2009, S. 309). Kalmoe würde die psychologische Ideologie-Definition also als eine maximale Definition bezeichnen (Kap. 2.2.1).

Die meisten Arbeiten in der Psychologie interessieren sich für den Einfluss von psychologischen Bedürfnissen oder Persönlichkeitsmerkmalen auf das Pflegen spezifischer Ideologien. Auch dieser Forschungsstand ist so breit, dass hier nur Theorien und empirische Ergebnisse dargestellt werden können, die für die vorliegende Monographie von Bedeutung sind.¹⁰

2.2.3.1 Autoritarismus

Zunächst muss zwischen zwei verschiedenen Autoritarismus-Begriffen unterschieden werden. In der Politikwissenschaft wird damit häufig eine bestimmte Staatsform – also der Idealtypus eines autoritären Regimes – bezeichnet (siehe hierzu Lauth (2010)). In der Psychologie jedoch ist der Autoritarismus eine Persönlichkeitsdimension. Auf diesen Begriff beziehen sich die folgenden Ausführungen.

Die einflussreichste Verwendung des Begriffes findet sich in »*The authoritarian personality*« von Adorno et al. (1950). Die Studie entstand vor dem Hintergrund des Endes des Zweiten Weltkriegs. Das Entsetzen über die Gräueltaten der Nationalsozialisten führte zu der Frage, wie und warum Menschen derart faschistische Tendenzen entwickeln können. Adorno et al. gehen davon aus, dass Menschen spezielle grundlegende Mentalitäten aufweisen, die durch bestimmte Erlebnisse in gewisse Richtungen – auch faschistische – gelenkt werden können. Daraus folgt der Hauptfokus ihrer Studie: das Herauskristallisieren der autoritären Persönlichkeit (Adorno et al. 1950, S. 1–3; Altemeyer 2004, S. 85–86; Brown 2004, S. 40). Ihre Arbeit profitiert dabei von einer breit angelegten Methodentriangulation, die die Entwicklung mehrerer Fragebogenskalen mit qualitativen Interviews und sogar *Thematic Apperception Tests* (TAT) verbinden (Adorno et al. 1950, S. 11–19).

Insgesamt entwickeln sie im quantitativen Teil des Buches vier neue Skalen: jeweils eine Skala bezgl. Antisemitismus (A-S-Skala) (1950, S. 58–101), Ethnozentrismus¹¹ (E-Skala) (1950, S. 104–145), politischem und ökonomischem Konservatismus (PEC-Skala) (1950, S. 153–185) und Faschismus (F-Skala) (1950, S. 224–262). Besonders letzterer ist für Adorno et al. von Interesse, da sie Au-

¹⁰ Jost et al. (2003b) bieten eine gute Einführung in weitere psychologische Theorien.

¹¹ »Ethnocentrism is conceived as an ideological system pertaining to groups and group relations. [...] Outgroups are the objects of negative opinions and hostile attitudes; ingroups are the objects of positive opinions and uncritically supportive attitudes; and it is considered that outgroups should be socially subordinate to ingroups.« (Adorno et al. 1950, S. 104)

toritarismus als Vorstufe zum Faschismus verstehen, als eine präfaschistische Mentalität sozusagen. Diese weise neun wechselwirkende Dimensionen auf, die in der F-Skala abgebildet werden (1950, S. 229–241):

- Konventionalismus: Mit diesem Begriff ist die Tendenz beschrieben, gesellschaftliche Normen mit starker emotionaler Betonung zu befolgen. Für Adorno et al. (1950) beruht diese mehr auf sozialem Druck und mentaler Rigidität als auf der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu.
- Autoritäre Unterwürfigkeit: Adorno et al. (1950) postulieren, dass diese darauf beruht, dass autoritäre Persönlichkeiten nicht fähig sind, eigene Autoritäten (z.B. ein Gewissen) zu entwickeln und sich deswegen Autoritätspersonen oder –gruppen unterordnen. Außerdem kann dadurch der Wunsch nach Macht befriedigt werden, ohne dass man diese selbst an sich reißen muss (siehe auch die Dimension »Macht und Stärke«).
- Autoritäre Aggression: Diese richtet sich gegen jene Gruppen, die sich nicht den selbst vertretenen Konventionen unterwerfen. Hier wird der Frust über den eigenen Verzicht, der aus dem Konventionalismus entstammt, auf Fremdgruppen (häufig Minderheiten) projiziert.
- Anti-Introspektion: Autoritäre Persönlichkeiten fokussieren sich auf das Gegebene, lehnen also das Abstrakte und die Selbstreflexion ab. Laut Adorno et al. (1950) tun sie das, weil sie sonst unweigerlich ihren unterdrückten Ärger oder ihren Wunsch, Regeln zu brechen, konfrontieren müssten.
- Aberglaube und Stereotype: Adorno et al. attestieren der autoritären Persönlichkeit, dass sie einen Hang zum Aberglauben und zu Vorurteilen über Minderheiten hegt. Bei letzterem spielt auch die Projektivität eine Rolle.
- Macht und Stärke: Autoritäre Personen überbetonen den Machtaspekt im alltäglichen Leben, was jede Situation wie einen Machtkampf erscheinen lässt. Außerdem priorisieren sie Stärke und haben nur wenig Mitleid mit Personen oder Gruppen, die sie als schwach wahrnehmen.
- Destruktivismus und Zynismus: Autoritäre Menschen hegen ein schlechtes Menschenbild, was ebenfalls in Zusammenhang mit der Projektivität steht. Dieses Menschenbild kann als Rechtfertigung für das Ausleben von unterdrückten Aggressionen dienen.
- Projektivität: Weil Autoritäre sich im Sinne des Konventionalismus starkem Verzicht unterziehen, hegen sie unbewusst den Wunsch danach, Regeln zu brechen. Das kann sich auf viele verschiedene Aspekte beziehen (z.B. mangelnden Respekt vor Eltern, Sexualität, etc.). Diese werden als Stereotype auf die Fremdgruppe projiziert und können so aggressiv geahndet werden.
- Abneigung gegenüber Sex bei gleichzeitiger überzogener und latenter Beschäftigung mit Sexualität: Weil ein freies Ausleben von Sexualität im Sinne

des Konventionalismus verpönt ist, werden die eigenen unterdrückten Bedürfnisse als Stereotype auf die Fremdgruppen projiziert. Das geht mit einer demonstrativen und starken Abneigung gegen frei ausgelebte und/oder als unnatürlich wahrgenommene Sexualität (z.B. Homosexualität) einher.

Die vier Skalen stehen in starken Zusammenhängen, wie Tabelle 2 zeigt. Obwohl die Korrelation zwischen der PEC-Skala und der F-Skala beachtlich ist ($r = 0,57$), betonen Adorno et al., dass Konservativismus keine zwingende Verbindung zum Faschismus aufweist. Stattdessen unterscheiden sie den echten Konservativismus, der niedrige Werte bei der F- und E-Skala aufweist, von einem Pseudokonservativismus.¹² Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er blinden Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggression mit oberflächlich vertretenen Überzeugungen des Konservativismus verbindet. Diese werden jedoch nur als Fassade genutzt, um den Faschismus zu kaschieren (1950, S. 182, 675–685).

	Antisemitismus	Ethnozentrismus	Konservativismus	Faschismus
Antisemitismus	-			
Ethnozentrismus	0,80			
Konservativismus	k.A.	k.A.		
Faschismus	0,53	0,75	0,57	-

Tabelle 2: Korrelationen zwischen den vier Skalen von Adorno et al. (1950)

Quelle: Adorno et al. 1950, S. 122–123, 265; Brown 2004, S. 45

Um zu ergründen, warum bestimmte Personen eine autoritäre Persönlichkeit entwickeln, formulieren Adorno et al. (1950) die These, »[...] *that the formation of ideology in the individual is a selective, dynamic process, in which any ideological pressure from the environment will be accepted or rejected on the basis of the needs and strivings of the individual*« (1950, S. 190). Hierzu testen sie einen psychoanalytischen Ansatz, der postuliert, dass autoritäre Tendenzen im Kindesalter anerzogen werden (1950, S. 192), gegen einen soziologischen Ansatz, der davon ausgeht, dass die Persönlichkeit auf den sozioökonomischen Lebensbedingungen fußt (1950, S. 5–6). Diese Einflüsse machen sie an der „*political, religious, occupational, income, and social group membership*“ fest (1950, S. 20).

Bezüglich der soziologischen Einflüsse stellen sie nur einen schwachen und inkonsistenten Zusammenhang zwischen der sozialen Klasse und den Werten in der E- und A-S-Skala fest (1950, S. 196–204). Auch die Werte der F-Skala sind mehr von der Sozialisation abhängig als von der sozioökonomischen Position ihrer Befragten (1950, S. 267–269). Zuletzt scheint die Identifikation mit einer Klas-

¹² Die Inhalte der konservativen Ideologie werden in Kapitel 4.2.3.2 behandelt.

se mehr Einfluss auf die Ideologie ihrer Befragten zu nehmen als die objektive Zugehörigkeit zu dieser (1950, S. 171–172).

Ihr psychoanalytischer Ansatz scheint erfolgreicher. Die Ergebnisse der qualitativen Interviews und der TATs legen nahe, dass die autoritäre Persönlichkeit ihrer Interviewpartner sich v.a. durch den autoritären Erziehungsstil ihrer Eltern entwickelt hat. Das strenge Einhalten von Regeln wird von den autoritären Personen so bereits im Kindesalter verinnerlicht. Wenn Eltern sich zusätzlich Sorgen um ihren sozialen Status machen, können sie versuchen, ihren Kindern sämtliche Schwächen abzuerziehen, um deren sozialen Abstieg zu verhindern. Das äußert sich später in einer resoluten Ablehnung von Schwäche (z.B. in Form von Sozialdarwinismus). Diese autoritäre Unterwerfung unter die Eltern wird im späteren Leben auch auf die Unterwerfung unter politische Autoritäten angewandt. Das verinnerlichte Einhalten von Regeln drückt sich in Konventionalismus aus. Autoritäre Aggression entspringt dem neidvollen Frust gegenüber jenen, die sich nicht Regeln unterwerfen müssen oder wollen. Negative Emotionen gegenüber den Eltern oder politischen Autoritäten werden auf Fremdgruppen projiziert (Adorno et al. 1950, S. 545–600, 654–726; Brown 2004, S. 49–53).

Adorno et al. (1950) Werk wird allerdings auch in einigen Punkten kritisiert. Ray (1973) stört sich daran, dass Autoritarismus als Vorstufe des Faschismus verstanden wird, weil das die Formulierung der Items beeinflusst und so zu einer Verzerrung der F-Skala führt (1973, S. 23). Abgesehen davon ist strittig, ob die F-Skala eine Persönlichkeits- oder eine Einstellungsskala darstellt, da die Items konkrete Einstellungen abfragen (Oesterreich 2000, S. 69–72; Ray 1973, S. 23–24; Seipel et al. 2000, S. 267–268). Christie und Jahoda (1954, zitiert in Brown (2004)) kritisieren, dass die Stichprobe von Adorno et al. (1950) in den quantitativen Analysen nicht repräsentativ ist. Die Befragten waren überwiegend weiß, nicht jüdisch und entstammten der Mittelklasse. Es wurden keine Befragten aus unteren Schichten miteinbezogen. Das führt dazu, dass die Korrelationen zwischen den einzelnen Skalen in Folgestudien stark schwanken (Brown 2004, S. 54–55; Hopf 2000, S. 94). Zusätzlich nutzen Adorno et al. in den A-S-, E- und F-Skalen keine inversen Items, weswegen die Werte der Befragten durch Akquieszenz überschätzt werden könnten (Brown 2004, S. 55–57; Kimmelmeier 2015, S. 262–263; Sidanius und Pratto 1999, S. 6–7). Auch die neun Dimensionen der F-Skala werden hinterfragt. Insbesondere die Dimension des Aberglaubens ist für Boshier nicht überzeugend, weil sie in seinem Beitrag nicht mit den restlichen Dimensionen der F-Skala korreliert (Boshier 1973, S. 150). Zuletzt wird auch das qualitative Vorgehen kritisiert. Die Interviewer waren zwar nicht mit den Fragebogenantworten ihrer Interviewpartner vertraut, doch durch den Leitfaden hätten sie Rückschlüsse ziehen können, was sie zu gezielten Nachfragen hätte verleiten können. Codierschemata wurden nicht aus den Transkripten heraus erstellt, sondern

sie wurden gezielt entwickelt, um bei der Auswertung der Interviews die Unterschiede zu finden, nach denen gesucht wurde. Codingkategorien waren so vage, dass auch Missinterpretationen von Aussagen der Interviewpartner nicht auszuschließen sind (Brown 2004, S. 57–59). Zuletzt wird die »*authoritarian personality*« oft dafür kritisiert, sich nur auf den Rechtsautoritarismus (RWA) zu fokussieren und linken Autoritarismus (LWA) zu ignorieren (Brown 2004, S. 63–67; Sidanius und Pratto 1999, S. 6–7; Stone 1980, S. 4–6).

In Angesicht dieser Kritik entwickelt Altemeyer in »*The authoritarian specter*« (1996) eine modernere und überarbeitete Version des RWA-Konzepts. Die Studie von Adorno et al. (1950) dient zwar als Ausgangspunkt, doch verzichtet Altemeyer auf psychoanalytische Erklärungsansätze und fokussiert sich auf drei der obigen neun Dimensionen, da die Korrelationen mit und zwischen den restlichen keine Berücksichtigung als zentrale Aspekte des RWA rechtfertigen (Altemeyer 1996, S. 45–47). So entsteht ein Konzept, das drei Hauptaspekte aufzählt (Altemeyer 1996, S. 6–12; Funke 2005, S. 196–197):

- Autoritäre Unterwürfigkeit: Unterwerfung gegenüber spezifischen Akteuren oder Werten, die von der betreffenden Person/Gruppe als legitim angesehen werden. Diese Autoritäten können auch Akteure oder Werte darstellen, die momentan noch nicht oder nicht mehr machtvollen Positionen innehaben.
- Autoritäre Aggression: Aggression, die vermeintlich durch die Autoritäten gebilligt sind oder zur Reproduktion dieser Autorität nötig ist. Aggression kann dabei wortwörtlich gefasst werden oder in Form des Herstellens von negativen Outcomes für Fremdgruppen auftreten (z.B. Diskriminierung)
- Konventionalismus: Starkes Unterordnen gegenüber traditionellen, sozialen Normen (z.B. religiöser Fundamentalismus, traditionelle Geschlechterrollen, Ablehnung von »ungezügelter« Sexualität, etc.)

Daraus entwickelt Altemeyer über viele Studien hinweg eine RWA-Skala, die diese drei Dimensionen mit hoher Reliabilität abbildet (Cronbach Alpha-Werte im Bereich von 0,81 bis 0,97) (1996, S. 12–15). Die Skala nutzt außerdem inverse Items, um Akquieszenz-Verzerrungen vorzubeugen (1996, S. 60–63). Eine gekürzte Version findet sich bei Funke (2005), eine deutsche Version liefern Beierlein et al. (2014). Altemeyers RWA-Skala bzw. seine einzelnen Subdimensionen zeigen Korrelationen mit vielen weiteren Konzepten. Hohe RWA-Werte gehen einher mit dem Entschuldigen von illegalem Handeln von Regierungsmitgliedern, wenig Interesse am Schutz von Menschenrechten, Punitivität gegenüber Kriminellen (nicht gegenüber Autoritäten)¹³, Ethnozentrismus, Homophobie,

¹³ Punitivität beschreibt die Tendenz, für Normverletzungen (immer) härtere Strafen zu fordern (Lautmann und Klimke 2004, S. 9)

feindseligem Sexismus gegenüber Frauen, religiösem Fundamentalismus, sexueller Zurückhaltung, Antifeminismus, etc. (Altemeyer 1996, S. 19–38, 42–44, 146–166).

Im Gegensatz zu Adorno et al. geht Altemeyer nicht davon aus, dass Autoritarismus als Persönlichkeitsdimension nur auf den frühen Kindheitserinnerungen basiert. Stattdessen baut er auf der Lerntheorie von Bandura (1977) auf und postuliert, dass die autoritäre Persönlichkeitsdimension zusätzlich durch eigene Erfahrungen im Laufe des gesamten Lebens geprägt ist. Neben dem von Eltern übernommenen Weltbild, das die Welt als gefährlichen Ort darstellt, spielen somit auch informelle Sanktionen durch *peers*, das Verhalten von Vorbildern oder gute bzw. schlechte Erfahrungen mit Autoritäten (z.B. Exekutivorganen) eine bedeutende Rolle (1996, S. 76–88, 100–101).

Obwohl die RWA-Skala von Altemeyer die häufigste Operationalisierung von Autoritarismus ist (Seipel et al. 2000, S. 263–264), stößt auch seine Konzeption auf Kritik. Obwohl Altemeyer in seinen Studien die zusammengefassten RWA-Scores seiner Befragten betrachtet, argumentiert Funke, dass man stattdessen die Indizes der drei Subdimensionen getrennt nutzen sollte. Zum einen ergibt die getrennte Betrachtung bessere *Model Fits* in Strukturgleichungsmodellen, und sie erlaubt es, verschiedene Formen von Autoritarismus zu unterscheiden (Funke 2005, S. 197–207).

Zusätzlich stellt sich die Frage, ob es neben dem RWA auch einen Linksautoritarismus (LWA) gibt.¹⁴ Altemeyer selbst versucht diesen mit einer Skala zu messen, jedoch erzielt kein Befragter Werte, die hoch genug sind, um die Existenz des LWA nachzuweisen. Insofern geht Altemeyer davon aus, dass es diesen nicht (mehr) gibt (Altemeyer 1996, S. 220–230, 2004, S. 97). Allerdings kann es auf Schwächen seiner LWA-Konzeption zurückgeführt werden, dass es ihm nicht gelingt, linksautoritäre Befragte zu finden. Altemeyer übersetzt die drei Subdimensionen des RWA ins linke politische Spektrum, fasst dabei jedoch die autoritäre Aggression (gegenüber Autoritäten und deren Unterstützern) und den Konventionalismus sehr eng (vgl. Altemeyer 1996, S. 219–220; de Regt et al. 2011, S. 300–301). Während beim RWA die Aggression Diskriminierungen miteinbezieht, ist das beim LWA nicht mehr der Fall. Und der Einbezug des Konventionalismus – in Form des strikten Einhaltens von Regeln der Eigengruppe – wirkt in einer Konzeption des LWA deplatziert.¹⁵ Im Gegensatz dazu bieten

14 Diese Frage wird so breit diskutiert, dass hier nicht im Detail darauf eingegangen werden kann. Interessierte Leser seien aber auf Stone (1980), de Regt et al. (2011), Kimmelmeier (2015), van Hiel et al. (2006), Costello et al. (2022), Conway III et al. (2022) und Nilsson (2024) verwiesen.

15 Hier kann auch auf die Studie von Crawford (2012) verwiesen werden, der zeigt, dass linke Personen ebenfalls Doppelstandards pflegen können, während Altemeyer Doppelstandards v.a. den rechtsautoritären Menschen zuschreibt (1996, S. 114–145). Die Voraussetzung für das Auftreten von Doppelstandards

Costello et al. (2022) eine vielversprechende Konzeption des LWA (anti-hierarchische Aggression, Ablehnung konservativer Werte, moralischer Absolutismus auf Basis progressiver Werte, Wunsch nach Kriminalisierung und Unterdrückung von moralisch anrühigen Inhalten) (2022, S. 145), mit deren Hilfe sie dessen Existenz auch empirisch nachweisen können (2022, S. 149–152, 159–162).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Altemeyers Erkenntnisse auf einer Vielzahl an Studien basieren, deren Daten jedoch überwiegend innerhalb seiner eigenen Lehrveranstaltungen erhoben wurden. Es liegen somit fast nur Studentensamples vor (Altemeyer 1996, S. 18–19), was Fragen über die externe Validität seiner Ergebnisse aufwirft. Hiermit sollen die Ergebnisse nicht generell skeptisch beäugt werden, aber es besteht dennoch die Möglichkeit, dass manche Korrelationen durch Sampleeffekte verstärkt oder abgeschwächt wurden.

Zuletzt muss aufgegriffen werden, dass Altemeyer den RWA als Persönlichkeitsmerkmal versteht, das einen generellen Hang zur Unterwerfung darstellt (Altemeyer 1996, S. 8). Dem widersprechen Duckitt und Sibley (2010) jedoch. Erstens misst die RWA-Skala keine Aspekte der Persönlichkeit, sondern konkrete Einstellungen. Zweitens können die Werte, die Befragte erreichen, durch gezielte Stimuli manipuliert werden, was ihre Verbindung zur als stabil vorausgesetzten Persönlichkeitsebene in Frage stellt. Dasselbe trifft auf spezifische Lebenserfahrungen zu (z.B. Geburt des ersten Kindes oder das Besuchen einer höheren Schule). Und drittens korreliert RWA nur gering mit den Big Five Persönlichkeitsdimensionen.¹⁶ Insofern ist der RWA kein Teil der Persönlichkeit, sondern Teil der politischen Haltung (2010, S. 1864–1866). Seipel et al. (2012) verteidigen wiederum Altemeyers Konzeption, da die RWA-Skala nur eine indirekte Messung der autoritären Persönlichkeit darstellt und Änderungen in der Aggression und Unterwerfung der Theorie nicht widersprechen, da Autoritarismus reaktiv ist, also insb. im Kontext von wahrgenommenen Bedrohungen für konventionelle Werte und Autoritäten getriggert wird (Seipel et al. 2012, S. 187; Stenner 2009, S. 143–144).

Der Erklärungsansatz von Oesterreich (2000) verbindet wiederum die Reaktivität des Autoritarismus mit der Annahme von dessen Erlernung und der elterlichen Sozialisation. Laut ihm kann es für Personen in Stresssituationen rational

ist nicht die ideologische Ausrichtung, sondern der jeweilige thematische Kontext. Wenn ein diskutierter Gegenstand (z.B. verpflichtende Schulgebete) für eine Ideologie generell indiskutabel ist, gibt es keine Gelegenheit für Doppelstandards. Erst wenn ein Themenkomplex Abwägungen zulässt, können Doppelstandards auftreten. In einem von Crawford's Experimenten bspw. zeigen sich Liberale freiwilligen Schulgebeten offener gegenüber, wenn sie muslimische statt christliche Gebete beurteilen sollen. Konservative zeigen die gegenteilige Tendenz (Crawford 2012, S. 139–140, 147).

16 Interessierte Leser finden bei Schupp und Gerlitz (2014) und Rammstedt et al. (2013) gute Einführungen in die Big Five Persönlichkeitsdimensionen.

sein, sich Autoritäten unterzuordnen, von denen sie sich Hilfe versprechen. Wenn Menschen im Rahmen der elterlichen Erziehung jedoch keine oder nur mangelhafte Ressourcen zur selbstständigen Bewältigung von Stressoren vermittelt bekommen (z.B. durch distanzierte Erziehung oder Verhätschelung), kann die Neigung zur Unterordnung chronische Züge annehmen und in einer autoritären Persönlichkeit münden (Oesterreich 2000, S. 73–78). Deswegen korreliert Autoritarismus in seinen Auswertungen mit dominantem und mit behütendem Erziehungsstil der Eltern (2000, S. 80–88).

Ob Autoritarismus nun Teil der Persönlichkeit oder politischen Haltung der Menschen ist, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Festzuhalten ist allerdings, dass er mit ideologischen Haltungen in Verbindung steht und somit auch einen wichtigen Begriff im weiteren Verlauf darstellen wird (insb. im Kontext der Validitätsprüfung für die POLID-Skala (Kapitel 4.2.4.3)).

2.2.3.2 *Social Dominance Theory und Social Dominance Orientation*

Abseits der Autoritarismusforschung liefern Sidanius und Pratto (1999) mit der *Social Dominance Theory* (SDT) eine Theorie, die u.a. die Entstehung und Persistenz von sozialen Hierarchien, sowie einer hierarchieunterstützenden Persönlichkeitsdimension erklärt. Die SDT geht der Frage nach, warum sämtliche menschlichen Gesellschaften hierarchisch strukturiert sind und stets systematische Unterdrückung von benachteiligten Gruppen durch dominante Kollektive aufweisen. Zur Beantwortung dieser Frage greifen sie auf (sozial)psychologische und soziologische Theorien, Studien und evolutionäre Hypothesen zurück (Sidanius und Pratto 1999, S. 3–5, 31, 2004, S. 315–316). Dabei entwickeln sie eine Theorie, die die Funktion individueller psychischer Merkmale und Handlungen der Mikro-Ebene mit der sozialstrukturellen Makro-Ebene verbindet (1999, S. 300–301).

Die typische Struktur menschlicher Gesellschaften ist eine gruppenbasierte Hierarchie, in der Gruppen entweder privilegiert oder benachteiligt sein können. Der individuelle Status hängt somit stark von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ab. Damit liegt der Fokus der SDT mehr auf askriptiven als auf erworbenen Merkmalen (Sidanius und Pratto 1999, S. 31–33). In der SDT ist von dominanten und untergeordneten Gruppen die Rede. Die dominanten zeichnen sich durch das Vermögen über positive Ressourcen in der Gesellschaft aus („*political authority and power, good and plentiful food, splendid homes, the best available health care, wealth, and high social status*“ (1999, S. 31–32)), während die untergeordneten Gruppen überproportional negative Ressourcen besitzen („*low power and social status, high-risk and low-status occupations, relatively poor health care, poor food, modest or miserable homes, and severe negative sanctions (e.g., prison and death sentences)*“ (1999, S. 32)).

Die Einteilung der Gruppen in dominant vs. untergeordnet hängt jedoch nicht nur von einer einzelnen Ungleichheitsdimension ab. Sidanius und Pratto identifizieren drei Arten von Diskriminierungen, die kollektive Hierarchien erzeugen. In jeder Gesellschaft dominieren die Älteren die Jüngeren (z.B. Kinder und Jugendliche) (*age system*) und Männer dominieren Frauen (*gender system*). Zuletzt können Diskriminierungen auch dem *arbitrary-set system* zugeordnet werden. Hier finden sich sämtliche Ungleichbehandlungen, die auf askriptiven Merkmalen basieren (z.B. Ethnie, Nationalität, soziale Klasse, Sexualität, Religion, etc.). Diese Diskriminierungen haben gemein, dass sie sozial konstruiert, also zu einem gewissen Grad willkürlich, sind. Dennoch erzeugt gerade diese Stratifikationsachse die schlimmsten Formen der Unterdrückung (z.B. Ausschluss von wichtigen Sphären des öffentlichen Lebens, Polizeigewalt oder sogar Genozide) (1999, S. 33–34). Laut Sidanius und Pratto treten diese *arbitrary-set* Diskriminierungen jedoch nur in Gesellschaften auf, die einen ökonomischen Überfluss erwirtschaften. Ohne einen solchen Überschuss fehle die Notwendigkeit zur Entwicklung von Institutionen, um die *arbitrary-set* Diskriminierung durchzusetzen (z.B. Exekutivorgane). Insofern blieben nur das *age-* und *gender system* in der Gesellschaft bestehen, während in den restlichen Dimensionen Gleichheit herrscht (Sidanius und Pratto 1999, S. 34–38, 2004, S. 318). Die Existenz von *arbitrary-set* Diskriminierungen in Gesellschaften mit ökonomischem Überfluss könnte auch durch eine Revolution nicht verhindert werden. Entweder die relativen Positionen der dominanten und untergeordneten Gruppen würden sich verändern oder bestehende Ungleichheitsdimension würden durch andere ersetzt, doch dass irgendeine Art von *arbitrary-set* Diskriminierung stattfindet, ist für Sidanius und Pratto unausweichlich (1999, S. 54).

Daraus folgt, dass sich verschiedene Achsen der Diskriminierung überlagern. Daraus ergibt sich keine rein vertikale Stratifikation, sondern ein komplexes Geflecht aus kollektiver Bevorzugung und Benachteiligung. Eine Gruppe kann somit in einer Dimension bevorzugt sein, während sie in einer anderen Dimension den Kürzeren zieht (z.B. Männer einer ethnischen Minderheit vs. autochthone Frauen).¹⁷ Dieses Beispiel ist hier nicht zufällig gewählt. Tatsächlich postuliert die SDT, dass sich die *arbitrary-set* Diskriminierung nicht gegen Frauen richtet (ob-

¹⁷ Obwohl die SDT diesen Begriff selbst nicht verwendet, kann hier durchaus von Intersektionalität gesprochen werden: »In einer ersten Annäherung lässt sich unter Intersektionalität verstehen, dass historisch gewordene Diskriminierungskategorien wie Geschlecht, Behinderung, Sexualität, Race/Ethnizität/Nation oder soziales Milieu nicht isoliert voneinander konzeptualisiert werden können, sondern in ihren Überkreuzungen (intersections) oder Interdependenzen analysiert werden müssen. Der Fokus wird somit auf die Wechselbeziehungen von Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Heteronormativität etc. gelegt, die spezifische Formen von Diskriminierungs- und Machtkonstellationen sowie Subjektpositionen hervorbringen [...]« (Marten und Walgenbach 2017, S. 158)

wohl *gender system* Diskriminierung in allen Gesellschaften auftritt), sondern gegen Männer (*subordinate-male-target hypothesis*) (1999, S. 49–51, 2004, S. 326–327). Sidanius und Pratto (1999) finden hierfür in einer Vielzahl an Studien, die sie in ihrer Monographie aufzählen, auch empirische Evidenz für diese Hypothese, z. B. in der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (1999, S. 132–134, 144–145), dem Arbeitsmarkt (1999, S. 157–162, 168), im Bildungssystem (1999, S. 189–191) und im Justizsystem (1999, S. 223). Zur Erklärung dieses Phänomens greift die SDT auf evolutionäre Fortpflanzungstechniken von Männern und Frauen zurück. Frauen wählen demnach ihre (Sexual)Partner nach deren sozioökonomischen Ressourcen, die in ihren Nachwuchs investiert werden könnten. Das bedeutet, Männer müssen möglichst viele positive Ressourcen akquirieren, um auf dem Partnermarkt gute Chancen zu haben. Zusätzlich können sie ihre relative Stellung durch den Ausschluss der Konkurrenz verbessern, was sich in der Entwicklung von *arbitrary-set* Diskriminierung ausdrückt. Die *subordinate-male-target* Hypothese postuliert somit, dass die Motivation hinter der Ungleichbehandlung zwischen Männern im Kern auf sexuelle Konkurrenz zurückgeht (1999, S. 263–282, 294–297).

Sidanius und Pratto identifizieren drei Prozesse, die gruppenbasierte Hierarchien erzeugen bzw. reproduzieren. Erstens können Individuen selbst gegen andere Individuen aufgrund ihrer askriptiven Merkmale diskriminieren (z. B. bei der Besetzung von vakanten Stellen oder der Vermietung von Wohnungen). Aggregiert trägt das zur Reproduktion der Hierarchie bei. Zweitens können auch gesellschaftliche Institutionen (Regeln, Verteilungsprozesse von positiven und negativen Ressourcen) Ungleichheiten verfestigen (Sidanius und Pratto 1999, S. 39–41). Ein Beispiel hierfür wäre der ungleiche Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen in konservativen Wohlfahrtsstaatsregimen basierend auf Nationalität oder Erwerbstätigkeit (vgl. Esping-Andersen (1993), Arts und Gelissen (2002) oder Schröder (2013)).

Drittens tragen auch die unterdrückten Gruppen durch ihre Verhaltensweisen zur Aufrechterhaltung der Hierarchie bei. Diesen Aspekt bezeichnet die SDT als *behavioral asymmetry*, also die Tendenz, dass Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit andere Verhaltensweisen an den Tag legen. Hierbei soll unterdrückten Gruppen nicht die Schuld an ihrer Benachteiligung zugesprochen werden. Stattdessen soll mit diesem Konzept die Handlungsfähigkeit der unterworfenen Gruppen berücksichtigt werden.¹⁸ Insgesamt zählt die SDT vier Mechanismen der *behavioral asymmetry* auf (Sidanius und Pratto 1999, S. 43–45, 2004, S. 322–323):

¹⁸ In diesem Punkt grenzen sich Sidanius und Pratto explizit von Marx ab, der diese Handlungsfähigkeit ignoriert, indem er das Proletariat bzw. untergeordnete Klassen als passive Opfer der dominanten Ideologie ansieht (1999, S. 306–307)

- Asymmetrischer *Ingroup Bias*: Obwohl alle Menschen ihre Eigengruppen favorisieren, ist dieser Bias bei dominanten Gruppen stärker.
- *Outgroup* Favorisierung: Menschen aus untergeordneten Gruppen können dominante Gruppen bevorzugen.
- Selbstsabotage: Menschen aus benachteiligten Gruppen können Stereotype über die eigene Gruppe internalisieren und ihr Verhalten (unbewusst) an sie anpassen. Ein Beispiel hierfür wäre, wenn Jugendliche aus bildungsfernen Schichten eine Identität entwickeln, die sich gegen schulische Autoritäten richtet. Auch wenn diese Identität auf kollektiven Erinnerungen oder Erfahrungen von Diskriminierung im Bildungssystem aufbaut, führt das dazu, dass diese Jugendlichen niedrigere Bildungsabschlüsse erreichen, was die Hierarchie reproduziert (Sidanius und Pratto 1999, S. 181).
- Ideologische Asymmetrie: Ideologien, die die Hierarchie stützen, werden von dominanten Gruppen stärker vertreten, während jene, die Hierarchien anprangern, bei übervorteilten Gruppen Anklang finden.

An dieser Stelle wird die Bedeutung des Ideologie-Begriffes ersichtlich. Die SDT nähert sich dem Ideologie-Begriff im Rahmen des Konzepts der legitimierenden Mythen (LMs). Diese sind definiert als „*values, attitudes, beliefs, causal attributions, and ideologies that provide moral and intellectual justification for social practices that either increase, maintain, or decrease levels of social inequality among social groups.*« (Sidanius und Pratto 1999, S. 104). Im Gegensatz zu kritisch-normativen Theorien versteht die SDT Ideologien also nicht zwangsläufig als Mittel zur Aufrechterhaltung von Hierarchien, sondern sie können auch gegen ungleiche Strukturen gerichtet sein. Die SDT unterscheidet zwischen HE-Ideologien (*hierarchy-enhancing*) und HA-Ideologien (*hierarchy-attenuating*). Typische HE-Ideologien sind der Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Konservatismus, die Idee der verwirklichten Chancengleichheit, etc., während Sozialismus und Feminismus HA-Ideologien darstellen. Diese Ideologien können unterschiedlich weit verbreitet sein. Beispielsweise ist die Idee der Meritokratie in den österreichischen Mittel- und Oberschichten weiter verbreitet als in den unteren (Ulrich und Zwitterling 2022). Dennoch können Gruppen auch LMs glauben, die die Hierarchie nicht in ihrem Sinne beeinflussen (wollen), was sich in der *behavioral asymmetry* ausdrücken kann. In diesem Kontext führt die SDT den Idealtypus der *consensual* Ideologie ein, der Ideologien beschreibt, die sowohl von dominanten als auch von benachteiligten Gruppen geglaubt wird. Dieser grenzt sich ab vom Idealtypus der *dissensual* Ideologien, die dominante und untergeordnete Gruppen in ideologische Lager spalten (Sidanius und Pratto 1999, S. 45–48, 104–105, 2004, S. 323–325). Sidanius et al. (1991) bspw. finden ein großes Ausmaß an Konsens über *racial attitudes* – auch über die ethnischen Gruppen ihrer Befragten hinweg

(1991, S. 701–703). Das Konzept der *consensual* HE-Ideologie weist zwar Gemeinsamkeiten zur marxistischen Definition des Ideologie-Begriffes auf, aber die SDT geht durch die Berücksichtigung von HA-Ideologien über die marxistische Konzeption hinaus und kann so die Resilienz von hierarchiebasierten sozialen Systemen erklären. Hierarchien sind laut der SDT besonders widerstandsfähig, wenn ein sog. hierarchisches Equilibrium herrscht – also ein Zustand, in dem sich HE- und HA-Elemente gegenseitig in Schach halten. Überwiegen die HE-Elemente, wird die Diskriminierung zu offensichtlich und provoziert Widerstand. Sind die HA-Elemente zu stark, werden sie sozialen Wandel einleiten, der das Machtgefüge zwischen den Gruppen verändert (Sidanius und Pratto 1999, S. 51–52, 2004, S. 327).

Neben den Systemlegitimierenden Mythen gibt es jedoch noch weitere HE-Elemente, die das System stützen. Der geistige Konsens kann ein System nicht allein schützen. Deswegen muss das hierarchische System auch in der Lage sein, repressive Mittel gegen die untergeordneten Gruppen einzusetzen. Die SDT spricht hier von *systematic terror*. Dieser Begriff beschreibt den Einsatz von gewalttätigen Mitteln oder deren Androhung von dominanten gegenüber unterworfenen Gruppen. Man kann hierbei drei Arten von Terror unterscheiden. Der offizielle Terror wird in legalisierter Form von Staatsorganen ausgeübt. Ein Beispiel hierfür wäre die überproportionale Anwendung der Todesstrafe in den USA gegenüber Afro-Amerikanern. Semioffizieller Terror geht ebenfalls von Staatsorganen aus, findet jedoch wegen seiner Illegalität im Verborgenen statt. Man denke hierbei an die Polizeibrutalität, der insbesondere ethnische Minderheiten zum Opfer fallen, wie von der BLM-Bewegung angeprangert wird. Dieser staatliche Terror ist jedoch nicht nur autoritären oder diktatorischen Regimen vorbehalten. Auch in Demokratien findet dieser statt, jedoch muss er dann entweder verdeckt erfolgen oder durch entsprechende HE-Ideologien legitimiert werden. Zuletzt bleibt der inoffizielle Terror. Dieser wird von Einzelpersonen aus den dominanten Gruppen ohne Unterstützung des Staates verübt. Beispiele für diese Art von Terror wären Hassverbrechen gegenüber Minderheiten wie Brandattaken auf Flüchtlingsheime (Sidanius und Pratto 1999, S. 41–43, 2004, S. 321).

Die SDT ergänzt diese gesellschaftlichen Zusammenhänge zusätzlich um eine psychologische Mikro-Ebene. Obwohl man auf theoretischer Ebene eine Verbindung zwischen HE-LMs und der Befürwortung von konkreten politischen Forderungen herstellen kann, hängt dieser Zusammenhang von der Persönlichkeit jeder einzelnen Person ab. Das bedeutet, nicht jeder Mensch, dem HE-LMs nahegelegt werden, wird diese auch verinnerlichen (Sidanius und Pratto 1999, S. 104–105, 2004, S. 320). Es braucht also ein spezifisches Persönlichkeitsmerk-

mal, dass diese Verinnerlichung begünstigt. Hierzu entwickelt die SDT das Konzept der *Social Dominance Orientation* (SDO).

»SDO is defined as a very general individual differences orientation expressing the value that people place on nonegalitarian and hierarchically structured relationships among social groups. It expresses general support for the domination of certain socially constructed groups over other socially constructed groups, regardless of the manner in which these groups are defined.« (Sidanius und Pratto 1999, S. 61)

Je stärker diese SDO in einer Person ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher vertritt sie auch HE-Ideologien. So korreliert SDO mit der Bevorzugung der Eigengruppe, Vorurteilen gegenüber ethnischer Minderheiten, Sexismus, der Selbsteinschätzung als konservativ (vs. liberal), der Ausübung von HE-Berufen wie Polizisten oder Staatsanwälte und sogar der Bereitschaft in Laborexperimenten entlang willkürlich erzeugter Ungleichheiten zu diskriminieren (Altemeyer 2004, S. 88–101; Pratto et al. 1994, S. 747–750; Sidanius et al. 1991, S. 705–708; Sidanius und Pratto 1999, S. 81–96). Daraus kann geschlossen werden: *„it is the social implications for intergroup relations that ideologies have, rather than their specific contents, that we believe orient people toward those ideologies in ways compatible with their SDO levels“* (Sidanius und Pratto 1999, S. 84).

Diese Befunde ziehen die Frage nach sich, von welchen Faktoren das individuelle Ausmaß der SDO abhängt. Zum einen geht eine hohe SDO mit niedriger Empathie einher. Darüber hinaus scheinen Aspekte der Sozialisation (Religion, Bildungsniveau, etc.) eine Rolle zu spielen (Sidanius und Pratto 1999, S. 48–49, 2004, S. 325–326). Sidanius et al. (1991) zeigen bspw. dass die SDO mit zunehmender Verweildauer im Bildungssystem sinkt (1991, S. 709–710). Der für diese Monographie relevanteste Einfluss ist jedoch die Stellung der Eigengruppe. Ist die Eigengruppe dominant, wirkt sich das bestärkend auf die SDO aus (Pratto et al. 1994, S. 757–758; Sidanius und Pratto 1999, S. 48–49). Das kann entweder ein Ausdruck von rationalem Eigeninteresse der dominanten Gruppe sein, oder es ist das Resultat von selbsterfüllenden Prophezeiungen. Zu erreichende Standards werden von dominanten Gruppen festgelegt, was es ihnen auch erleichtert, diese zu erfüllen. Das kann sich wiederum in HE-Ideologien niederschlagen, die der dominanten Gruppen positivere Eigenschaften zusprechen (Sidanius und Pratto 1999, S. 77–81). Ein Beispiel für den Einfluss der sozialen Position auf die SDO ist der Umstand, dass Männer in den meisten Studien höhere SDO-Scores erreichen als Frauen (Pratto et al. 1994, S. 747; Sidanius et al. 1991, S. 700; Sidanius et al. 1994, S. 157; Sidanius und Pratto 1999, S. 282–287).¹⁹

¹⁹ Es ist jedoch strittig, ob dieser Umstand nur durch die privilegierte Stellung von Männern gegenüber Frauen zustande kommt. Eine alternative Erklärung wäre, dass Männer zum Zweck der Fortpflanzung mehr zur SDO neigen als Frauen, um Konkurrenz auf dem Partnermarkt zu eliminieren. Höhere

Insgesamt kann die Persönlichkeit mit hoher SDO – die »*other authoritarian personality*«, wie Altemeyer sein Kapitel über die *Social Dominance Orientation* (2004) betitelt – folgendermaßen zusammengefasst werden. Diese Aspekte werden auch in den Fragebogenskalen zur Messung der SDO (z.B. Pratto et al. (1994) oder Aichholzer (2019)) abgefragt: Sozialdominierende Personen sehen die Welt als einen kompetitiven Dschungel an, in dem sie sich gegen ihre Konkurrenz mit allen Mitteln durchsetzen müssen. Dazu ist ihnen auch Diskriminierung als Mittel recht. Im Gegensatz zur traditionell autoritären Persönlichkeit sehen sie sich nicht als universalistisch, sondern pflegen eine zynische Weltsicht, in der es um das eigene Vorwärtkommen geht. Daraus entspringt der Wunsch, selbst zu den dominanten Gruppen zu gehören (Altemeyer 2004, S. 92–93, 99–103).

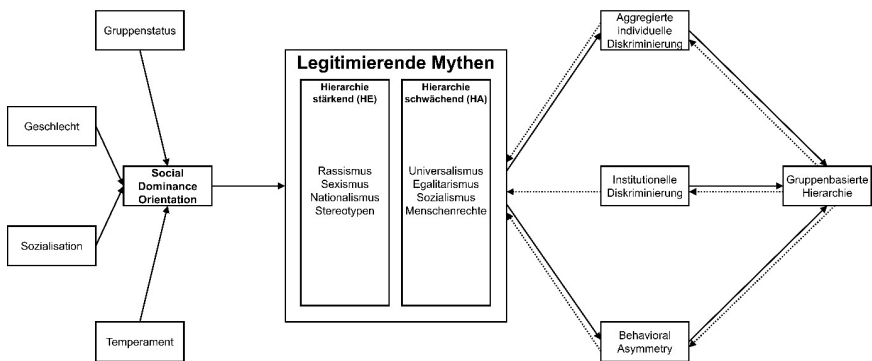


Abbildung 6: Schematische Zusammenfassung der Social Dominance Theory

Quelle: Eigene Darstellung nach Sidanius und Pratto (1999, S. 40)

Die SDT, die in Abbildung 6 noch einmal schematisch zusammengefasst ist, stößt jedoch auch auf Kritik. In ihrem provokant betitelten Paper »*Why social dominance theory has been falsified*« weisen Turner und Reynolds (2003) auf einige problematische Aspekte der SDT hin, die zu einigen zentralen Kritikpunkten zusammengefasst werden können. Ihrer Auffassung nach reduziert die SDT die Unterstützung von HE-Elementen oder Hierarchien generell auf universelle biologische Triebe. Dieser biologische Reduktionismus verkennt jedoch, dass das Ausmaß der SDO und die Unterstützung von HE-Elementen auf der sozialen Position der Menschen beruht. Dass die SDT genau diesen Umstand im Rahmen der

SDO soll Männern also einen evolutionären Vorteil verschaffen. Tatsächlich finden Sidanius und Pratto (1999), dass Männer mit hoher SDO eine höhere Wahrscheinlichkeit angeben, Affären zu haben, bekunden eine niedrigere Bereitschaft zur Adoption von Kindern und mehr Eifersucht. Frauen mit hoher SDO geben dagegen häufiger an, dass für sie der soziale Status des Partners besonders wichtig ist (1999, S. 290–294).

ideologischen Asymmetrie wieder aufgreift, stellt für Turner und Reynolds einen theoretischen Widerspruch zur Annahme der universellen Tendenz zur SDO dar (2003, S. 200–204). Sie argumentieren sogar genauer, dass der *outgroup favoritism* im Rahmen der *behavioral asymmetry* nur auftritt, wenn Menschen aus benachteiligten Gruppen sich mit dominanten Gruppen identifizieren und/oder das Gefälle zwischen den Gruppen als legitim ansehen. Das bedeutet, die SDT bedient sich an der *Social Identity Theory*, vereinfacht sie jedoch gleichzeitig zu stark, indem die Selbstidentifikation der Individuen mit verschiedenen Gruppen nicht berücksichtigt wird (2003, S. 202–203).

Auch das Konzept der SDO wird von Turner und Reynolds (2003) kritisiert. Ihrer Auffassung nach misst es nicht die Orientierung auf gruppenbasierte Hierarchie generell, sondern die Befürwortung der spezifischen Hierarchien, die im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext vorliegen. Daraus würde sich auch erklären, warum das Niveau an SDO an die soziale Position des Individuums gebunden ist (2003, S. 202). An diesen Kritikpunkt können weitere angeschlossen werden. Die SDT beschreibt die SDO als ein Persönlichkeitsmerkmal, was andeutet, dass sie zeitlich stabil und nicht durch Stimuli veränderlich sein sollte. Jedoch kann die Höhe der SDO in experimentellen Studien durch Priming manipuliert werden. Die *Social Dominance Orientation* kann sich somit an den jeweiligen sozialen Kontext anpassen. Außerdem kann sie durch einen längeren Aufenthalt im Bildungssystem gesenkt werden, was der Annahme einer stabilen Persönlichkeitsdimension ebenfalls widerspricht (Duckitt und Sibley 2010, S. 1864–1866; Huddy 2004, S. 951–952; Rubin und Hewstone 2004, S. 837). Eine mögliche Schlussfolgerung ist, dass die SDO kein Persönlichkeitsmerkmal ist, sondern eine ideologische Überzeugung, die jeweils an die eigene soziale Position angepasst wird.

Aus Sicht der Kritiker schafft die SDT es auch nicht, sozialen Wandel zu erklären. Hierarchien werden als statisch angesehen, was von der Entwicklung der Rechte für Frauen und dem Aufkommen des Feminismus in Zweifel gezogen werden kann (Huddy 2004, S. 958; Rubin und Hewstone 2004, S. 837). Zuletzt bleiben auch Unterschiede in den Hierarchien oder der Durchsetzungskraft von HE- oder HA-Elementen zwischen Gesellschaften unerklärt. Warum entwickeln manche Gesellschaften stärkere HE- oder HA-Elemente als andere? Provozieren *dissensual* Ideologien tatsächlich soziale Konflikte, und führen diese zu sozialem Wandel, obwohl Hierarchien in der SDT als statisch angesehen werden (Huddy 2004, S. 961–962)?

Sidanius et al. (2004) beziehen zu einigen dieser Kritikpunkte Stellung. Zum einen argumentieren sie, dass die kontextuelle Veränderung von SDO-Scores ihrer Theorie nicht widerspricht. Die SDT selbst beschreibt, dass die SDO von vielen verschiedenen Faktoren abhängig ist, u.a. sozialen Faktoren. Während also die absoluten Scores durch die relative soziale Position veränderbar sind, sind die

relativen Unterschiede zwischen Personen mit hohen und niedrigen SDOs vergleichbar (2004, S. 849–851). Sie schließen daraus, dass:

»even after one is able to control for a wide variety of the situational, occupational, and socialization factors thought to contribute to SDO, we should still expect to find reliable individual differences in SDO, largely attributable to temperamental or personality factors. Again, this reasoning underscores the need to understand the individual's support for group-based social hierarchy as multidetermined and as a function of factors operating on several different levels of analysis.« (Sidanius et al. 2004, S. 851)

Sie lehnen auch den Vorwurf des biologischen Reduktionismus ab. Vielmehr werden in der SDT biologische und soziale Faktoren miteinander in probabilistischen Zusammenhängen verbunden. Ob biologische Triebe also tatsächlich in die soziale Welt überführt werden, hängt von vielfältigen sozialen Einflüssen ab (Sidanius et al. 2004, S. 859–861).

Dennoch bleiben ein paar problematische Aspekte, die für die vorliegende Monographie von Bedeutung sind. Zunächst scheint die Aufteilung zwischen *age*, *gender* und *arbitrary-set* ein wenig willkürlich. Man betrachte die Annahme, dass Gesellschaften ohne ökonomischen Überschuss (z.B. primitive Stammgesellschaften) keine *arbitrary-set* Diskriminierung aufweisen sollten. Kann man wirklich voraussetzen, dass in solchen Gesellschaften physisch oder psychisch Behinderte, die nicht zur Jagd und Nahrungserzeugung beitragen konnten, nicht diskriminiert oder systematisch terrorisiert wurden? Hinzu kommt der Kritikpunkt von Huddy (2004), dass die SDT nicht erklären kann, warum eine Ungleichheitsdimension in einer Gesellschaft zu Diskriminierung führt und in einer anderen nicht (siehe oben). Vor diesem Hintergrund scheint es schwierig, festlegen zu wollen, welche Diskriminierungen in allen Gesellschaften auftreten und welche nicht. Außerdem findet keine klare Abgrenzung des Ideologie-Begriffes von anderen HE-Elementen statt. Wie Abb. 2 zeigt, sind sich verschiedene Theorien uneinig darüber, wo Ideologien überhaupt verortet sind: in der gedanklichen Sphäre, der Handlungsebene, in Diskursen, im gesellschaftlichen Überbau, etc. (siehe Gerring 1997, S. 966–968). Ist die Ausübung eines HE- oder HA-Berufes oder die Zugehörigkeit zu einer sozialen Bewegung nun ideologisch oder nicht? Gleichzeitig zählen Sidanius und Pratto (1999) in ihrer Definition von LMs »*values, attitudes, beliefs, causal attributions, and ideologies*« (1999, S. 104) als mögliche Erscheinungsformen von LMs auf, was einen konzeptionellen Unterschied zwischen Einstellungen, Überzeugungen und Ideologien impliziert. Dieser wird jedoch durch die Begriffe der *consensual* und *dissensual* Ideologien wieder verwässert, weil sie in der empirischen Forschung an konkreten Einstellungen festgemacht werden (vgl. bspw. Sidanius et al. (1991)). Die SDT verwendet

also ein sehr vages Verständnis des Ideologie-Begriffes und trägt dadurch nicht zu seiner konkreten Definition bei.

2.2.3.3 *Dual Process Model of Prejudice*

Duckitt und Sibley (2010, 2017) entwickeln auf Basis der RWA- und SDO-Skalen und ihrer Kritik an Altemeyers Autoritarismus-Konzeption und Sidanius und Pratts SDT das *Dual Process Motivational Model of Prejudice* (DPM). In diesem Modell werden der RWA und die SDO als ideologische Elemente verstanden und genutzt, um das Vertreten von Vorurteilen gegenüber spezifischer Fremdgruppen zu erklären. Dabei argumentieren sie, dass Vorurteile auf unterschiedlichen ideologischen Bausteinen beruhen, je nachdem ob die RWA oder die SDO für dessen Entstehung verantwortlich ist. Gleichzeitig kann dasselbe Vorurteil primär durch den RWA oder durch die SDO motiviert sein (Duckitt und Sibley 2010, S. 1863–1864, 2017, S. 189–190).

RWA und SDO fußen in diesem Modell auf zwei unterschiedlichen Weltbildern, die sich aus der Persönlichkeit, der Sozialisation und der sozialen Umwelt der jeweiligen Person speisen. Personen mit hohen RWA-Werten sehen die Welt als potentiell gefährlich und anarchistisch und hegen deswegen ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit, Ordnung und Konformität (Duckitt und Sibley 2010, S. 1867–1868, 2017, S. 190–192; Sibley und Duckitt 2013, S. 450–451). Hierbei wird auch die von Stenner (2009) formulierte Reaktivität des Autoritarismus von Bedeutung. Autoritäre Tendenzen werden in ihrer Theorie von wahrgenommenen normativen Bedrohungen gegen die Einheit der Gesellschaft (*oneness*) und kulturelle Homogenität (*sameness*) – bspw. in Form von Homosexualität, Trans-Identitäten, etc. – getriggert (2009, S. 143–144). Im Gegensatz dazu basiert die SDO auf der Überzeugung, dass die Welt ein kompetitiver Dschungel ist, in dem das Recht des Stärkeren gilt. Entsprechend wird von Personen mit hohen SDO-Werten viel Wert auf die Dominanz der Eigengruppe gelegt, die mit Hilfe von Vorurteilen in Form von Legitimierenden Mythen (Kap. 2.2.3.1) gesichert werden soll (Duckitt und Sibley 2010, S. 1867–1870, 2017, S. 190–193; Sibley und Duckitt 2013, S. 451–452). Das DPM ist in zusammengefasster Form in Abbildung 7 dargestellt.

Es besteht somit ein deutlicher Unterschied zwischen Personen mit hoher RWA und jenen mit hoher SDO. Während Rechtsautoritäre überzeugt sind, im Sinne der Gesellschaft zu handeln, sind Dominanzorientierte rein machiavellistisch. Rechtsautoritäre betonen Konformität, die wiederum von Dominanzorientierten zu Gunsten des Hedonismus abgelehnt wird (Altemeyer 2004, S. 92–93). Daraus leitet das DPM ab, welche Gruppen von Vorurteilen durch Autoritäre und Dominanzorientierte betroffen sind. Weil für den RWA die *oneness* und

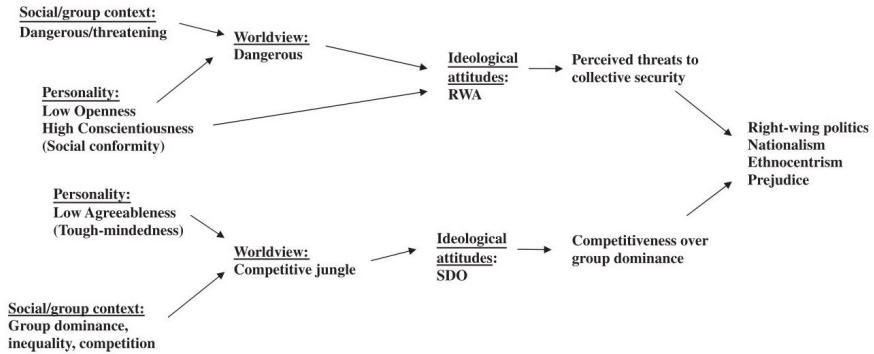


Abbildung 7: Grafische Darstellung des Dual Process Motivational Models of Prejudice

Quelle: Duckitt und Sibley 2010, S. 1868

sameness im Zentrum steht, sind es eben die Gruppen, die diese vermeintlich gefährden, die von RWA-Vorurteilen betroffen sind (z.B. Unruhestifter, Feministen, Homosexuelle, Drogenhändler, Rockstars, etc.). Die SDO ist dagegen durch ihren Machiavellismus dazu motiviert, Vorurteile gegenüber Minderheiten zu pflegen, die als Konkurrenz gefährlich werden können oder generell benachteiligt sind (Feministen, Einwanderer, Behinderte, Arbeitslose, etc.). Wie man an den Beispielen sieht, können sich die Fremdgruppen überschneiden, aber dennoch können die Ausprägungen der Vorurteile unterschiedlich ausfallen. Personen mit hohen RWA-Werten pflegen einen defensiveren Ethnozentismus, Dominanzorientierte dagegen einen chauvinistisch geprägten. RWA geht mit wohlwollendem Sexismus einher, während SDO mit feindlichem Sexismus korreliert.²⁰ (Duckitt und Sibley 2010, S. 1876–1885, 2017, S. 200–211). Weitere empirische Hinweise auf die Gültigkeit des DPM finden sich in Korrelationen zwischen RWA-Scores und Konservations-Werten (Sicherheit, Tradition, Konformität) im Werte-Modell nach Schwartz (1992; 2001; 2015), während SDO-Scores mit den Selbsterhöhung-Werten (Macht und Leistung) korrelieren (Duckitt und Sibley 2010, S. 1866–1867).

Zusammengefasst können die RWA- und SDO-Skalen als zwei Achsen in einem Koordinatensystem veranschaulicht werden. Ob man die beiden Skalen in einem rechten Winkel aufeinander abträgt, ist eine Frage der Abwägung. Zum einen sind RWA und SDO zwei distinkte Konzepte, was sich in einer nur mittelstarken Korrelation ($r \approx 0,20$) zwischen den beiden widerspiegelt (Altemeyer

²⁰ Interessierte finden bei Glick und Fiske (1997) eine Skala zur Messung dieser beiden Formen des Sexismus gegenüber Frauen; Collani und Werner (2014) bieten eine äquivalente Skala zur Messung von sexistischen Einstellungen gegenüber Männern.

2004, S. 105; Żemojtel-Piotrowska et al. 2020, S. 4), zum anderen ist die Stärke und Richtung der Korrelation vom jeweiligen politischen Kontext abhängig (Duckitt und Sibley 2010, S. 1863–1864).

»One dimension has been labeled authoritarianism, social conservatism, or traditionalism, at one pole, versus openness, autonomy, liberalism, or personal freedom at the other pole. The other has been labeled economic conservatism, power, hierarchy, and inequality at one pole, versus egalitarianism, humanitarianism, social welfare, and social concern at the other pole.« (Duckitt und Sibley 2010, S. 1863)

Wie bereits in diesem Zitat deutlich wird, werden hohe RWA-Werte mit sozialem Konservatismus und SDO-Werte mit wirtschaftslibertären Einstellungen in Verbindung gebracht. Diese Zweiteilung erinnert an die Trennung zwischen der ökonomischen Links-Rechts-Skala und der GAL-TAN-Achse (Kap. 2.2.2). Man könnte somit prinzipiell auch mit RWA und SDO ein zweidimensionales Koordinatensystem aufspannen, mit dem man die ideologischen Dispositionen der Befragten messen könnte. Allerdings würde diese Vorgehensweise zwei Nachteile nach sich ziehen. Zum einen sind ideologische Haltungen durch einen Fokus auf Einstellungsisems direkter zu messen als durch Items, die die psychologischen Motivationen hinter diesen Einstellungen erheben. Diese Trennung wird zusätzlich dadurch unvorteilhafter, dass RWA und SDO mit konkreten Einstellungen nur in einem probabilistischen Zusammenhang stehen. Insofern wären RWA und SDO keine perfekten Proxies für die konkreten Ideologien der Befragten.

Zum anderen wäre in einem Koordinatensystem, dass durch die RWA- und SDO-Skalen aufgespannt würde, jeweils nur ein Ende der Achsen klar definiert. Hohe Werte sind für beide Skalen eindeutig interpretierbar, doch das trifft nicht auf den Gegenpol zu. Man nehme die RWA-Skala als Beispiel. Sind Personen, die niedrige Werte auf dieser Skala erreichen, anti- oder linksautoritär? Bei der SDO-Skala ergibt sich ein ähnliches Problem, da Befragte aus zwei Gründen niedrige Werte erreichen können. Einerseits können sie aufrichtig eine egalitäre Mentalität pflegen, zum anderen könnte ihr SDO-Wert nur dadurch niedrig sein, dass sie momentan keine privilegierte Position innehaben. Aus diesen Gründen scheinen die RWA- und SDO-Skalen für die Zwecke dieser Monographie allein nicht ausreichend, um die ideologische Disposition von Befragten angemessen abzubilden.

2.2.3.4 Soziokulturelle und ökonomische Ideologien

Als eine Alternative zur Verbindung der RWA- und SDO-Skalen in ein Modell wird in der Politikwissenschaft und Psychologie auch oft zwischen zwei Arten von Ideologien unterschieden (Feldman 2013, S. 616–617). Der einflussreichs-

te empirische Nachweis für deren Existenz ist das Paper »*Understanding the Determinants of Political Ideology*« von Feldman und Johnston (2014), in dem sie zeigen, dass ökonomische Ideologien von soziokulturellen zu trennen sind (2014, S. 342–344). Während sich ökonomische Ideologien auf Themen der Ressourcen- oder Umverteilung konzentrieren, sind Toleranz für Minderheiten (auf Basis von Ethnie, Sexualität, Geschlecht, etc.) der Fokus von soziokulturellen Ideologien (Conover und Feldman 2004, S. 201; Cornelis et al. 2009, S. 53; Malka et al. 2017, S. 1045; Ulrich 2021a, S. 7–8). Diese Achsen können miteinander korrelieren, man denke bspw. an die Republikanische Partei in den USA, die ökonomischen Libertarismus mit soziokulturellem Konservatismus verbindet. Azevedo et al. (2019) argumentieren sogar, dass Neoliberalismus und Konservatismus notwendigerweise miteinander verbunden sind, da ökonomischer Libertarismus den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen propagiert, was wiederum zur Verfestigung von sozialen Ungleichheiten (u.a. in den Bereichen Gender, Ethnie, etc.) führt (2019, S. 58–60). Sie gehen sogar so weit zu postulieren, dass die Unterteilung in ökonomische und soziokulturelle Ideologien selbst das Produkt der dominanten neoliberalen Ideologie ist, weil sie die Zwangsläufigkeit von sozialen Ungleichheiten durch den Neoliberalismus verschleiert (2019, S. 56–57). Dem widersprechen jedoch empirische Ergebnisse von Studien, die Korrelationen zwischen den beiden Achsen ländervergleichend überprüfen. Sie zeigen, dass die Korrelation zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien vom jeweiligen politischen Kontext abhängig sind (Johnston und Ollerenshaw 2020, S. 95; Malka et al. 2017, S. 1054–1057). Der Neoliberalismus spielt in der historischen Entwicklung der USA eine bedeutende Rolle, weswegen es erwartbar ist, dass konservative Menschen – also jene, die sozialem Wandel eher abgeneigt sind – einen ausgeprägten Libertarismus pflegen. In postkommunistischen Ländern wird sich der Konservatismus jedoch aus denselben Gründen mit sozialistischen bzw. kommunistischen Haltungen verbinden (Johnston und Ollerenshaw 2020, S. 95; Malka et al. 2017, S. 1057–1058).

Die Aufteilung ideologischer Dispositionen in zwei Dimensionen ist keine neue Erfindung von Feldman und Johnston (2014). Schon lange davor finden sich Trennungen in zwei zugrundeliegende Achsen. Allerdings fokussierten sich viele davon auf jeweils unterschiedliche Aspekte (vgl. Ashton et al. 2005, S. 2–4). Ashton et al. selbst bspw. trennen die Ideologie ihrer Befragten in zwei Achsen auf. Die erste bezeichnen sie als *Compassion vs. Competition*, die zweite als *Moral Regulation vs. Individual Freedom* (2005, S. 6–12). Mittlerweile hat sich jedoch die Trennung in ökonomische und soziokulturelle Ideologien in der psychologischen Forschung durchgesetzt, deswegen konzentriert sich der Rest dieses Kapitels auf diese Zweiteilung.

Die psychologische Forschung interessiert sich in diesem Zusammenhang auch für die Ursachen hinter der Übernahme von spezifischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien. Feldman und Johnston (2014) zeigen, dass politische Bildung mit ökonomischem Liberalismus korreliert, während ein Fokus auf Egalitarismus mit Sozialismus einhergeht. Religiosität, Autoritarismus, Anomie und politische Bildung stehen auf der soziokulturellen Ebene mit Konservativismus in Verbindung (2014, S. 345–346). Darüber hinaus fasst Feldman (2013) den bisherigen Forschungsstand folgendermaßen zusammen: Soziokultureller Konservativismus wird durch eine geringe Offenheit für neue Erfahrungen (Big Five) vorhergesagt, während ökonomische Ideologien davon unabhängig sind. Auch Dogmatismus und existenzielle Ängste stehen mit soziokulturellem Konservativismus in Verbindung (2013, S. 596–598). Zuletzt deuten die Ergebnisse von Ashton et al. (2005) darauf hin, dass ökonomische Ideologien mit Werten der Selbsttranszendenz, der SDO und der Empathie korrelieren, während soziokulturelle Ideologien mit Offenheit und der Idee individueller Freiheit assoziiert sind (2005, S. 12–14).

Obwohl sich die Psychologie in ihrem Hauptinteresse nicht soziologischen Kernthemen zuwendet, wird auch der Einfluss von sozialstrukturellen Variablen berücksichtigt. Feldman und Johnston kontrollieren in ihrer Studie das Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung (in Ausbildungsjahren) der Befragten. Höhergebildete und einkommensstarke Befragte sind ökonomisch libertärer, während Hochgebildete auch soziokulturell liberaler sind. Während sich Frauen von Männern im ökonomischen nicht unterscheiden, sind Frauen soziokulturell liberaler eingestellt (2014, S. 344–345). Zusätzlich weist Feldman auf die Ergebnisse von Baldassarri und Goldberg (2010) hin, die er folgendermaßen zusammenfasst:

»[...] lower-income religious people are pushed in a more liberal direction on economic issues [Sozialismus] but in a more conservative direction on social policies. This study also makes it clear that social positions in society, not just psychological predispositions, can have substantial effects on the structure of political ideology.« (Feldman 2013, S. 600)

Allerdings zeigt Bakker (2017), dass der Einfluss der Persönlichkeit auf die ökonomischen Ideologien schwächer wird, je niedriger das Einkommen der Person ist. Der Einfluss der Persönlichkeit auf soziokulturelle Ideologien bleibt jedoch unverändert (2017, S. 1029–1037). Daraus lässt sich ableiten, dass eine niedrige soziale Position rationales Eigeninteresse in ökonomischen Themen erzeugt, was wiederum den Einfluss von Persönlichkeitsdimensionen überschatten kann.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass ökonomische und soziokulturelle Ideologien theoretisch distinkt sind, weil sie auf unterschiedlichen psychologischen und soziologischen Faktoren basieren. Darüber hinaus ist diese

Zweiteilung für die vorliegende Monographie von größerem Mehrwert als die Verbindung von RWA und SDO aus dem DPM, da man die Ideologien der Befragten direkt misst, statt einen konzeptionellen Umweg über die psychologische Motivation hinter konkreten Einstellungen zu nehmen. Zusätzlich sind – im Gegensatz zum DPM – beide Extrempole der Achsen klarer definiert.

Die Trennung in ökonomische und soziokulturelle Ideologien weist außerdem starke Ähnlichkeiten zur Trennung in die Achsen »Links-Rechts« und GAL-TAN auf. Ökonomische Ideologien stellen dabei ein Äquivalent zur Links-Rechts-Achse dar, während GAL-TAN mit den soziokulturellen Ideologien korrespondiert. Durch die konzeptionelle Äquivalenz erklärt sich auch, dass empirische Ergebnisse zwischen beiden Perspektiven sehr ähnlich ausfallen (Kap. 2.2.2). Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch kleine, aber feine Unterschiede zwischen der Trennung von Marks et al. (2006) und Hooghe et al. (2002) und der Unterscheidung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien. Erstens ist es eine strittige Entscheidung, die Labels *links* und *rechts* nur auf die ökonomische Sphäre anzuwenden, da die Bedeutung der Begriffe über Ländergrenzen hinweg variiert. Zwar gibt es eine gemeinsame Schnittmenge, in der *links* auf Gleichheit, Eingriffe in die Wirtschaft und sozialen Wandel fokussiert ist und *rechts* mit Neoliberalismus und Rückwärtsgewandtheit assoziiert wird (Klingemann 1979, S. 221; Lindqvist und Dornschneider-Elkink 2023, S. 10–15), doch es gibt auch einige wichtige Unterschiede in den Bedeutungen, die diesen Labels zugeschrieben werden:

»Der Begriff ›rechts‹ wird in Deutschland mit einer nazifreundlichen Haltung in Verbindung gebracht, in Frankreich ist ›droite‹ dagegen vor allem eine kapitalistische beziehungsweise antisozialistische Haltung.« (Hermann und Leuthold 2003, S. 15)

»[...] political ›right‹ and ›left‹ have coherent meanings in both liberal and traditional European countries but not in postcommunist countries. In the liberal countries, the [Schwartz] value correlates of a right orientation indicate that it is concerned with preventing or overcoming anxiety through avoiding change, preserving the status quo, and exercising control. A right orientation has similar meanings in the traditional countries, but without an emphasis on the active exercise of control linked to power values. The [Schwartz] value correlates of a left orientation indicate that its primary focus in the liberal countries is on promoting the welfare and equality of all and protecting the environment. This meaning of ›left‹ is also present in the traditional countries. However, in traditional countries, left also emphasizes individual autonomy and openness to change, emphasizes that people in the liberal countries may take more for granted.« (Pioro et al. 2011, S. 558)

Zweitens können die Begriffe *links* und *rechts* folglich nicht eindeutig auf nur eine der beiden Achsen angewandt werden, weswegen ihre Verwendung wenig zielführend wirkt. Darüber hinaus ist die Eindimensionalität der GAL-TAN-Achse nicht unbedingt vorauszusetzen. Einerseits ist es sehr voraussetzungsreich

anzunehmen, dass autoritäre Einstellungen nur in Verbindung mit konservativen Tendenzen auftreten, wie die Ausführungen zur Existenz des LWAs zeigen (Kap. 2.2.3.1). Personen mit hohen Werten auf der LWA-Skala von Costello et al. (2022) würden wahrscheinlich auf dem Mittelpunkt der GAL-TAN-Achse liegen – zusammen mit Individuen der politischen Mitte. Andererseits geht Konservatismus nicht notwendigerweise mit Autoritarismus einher. Stenner (2009) grenzt die beiden sogar aktiv voneinander ab und betont, dass eine Gleichsetzung den Weg für negative Konnotationen gegenüber konservativen Denkens ebnet (2009, S. 144).

Zuletzt fällt auf, dass auch Marks et al. (2006) erklären, dass die inhaltliche Bedeutung der GAL-TAN-Achse sich je nach Land unterscheiden kann. Somit ändert sich die tatsächliche zweite Achse je nachdem, welcher Teil des Akronyms für die Befragten besonders zentral ist (2006, S. 157). Damit ist die internationale Vergleichbarkeit der GAL-TAN-Achse nicht unbedingt gegeben. Dasselbe gilt für Langzeitvergleiche, da sich die Bedeutung der Achse durch plötzliche Ereignisse (bspw. Covid-19, Ukrainekrieg) verändern kann. Das ist bei der Trennung in ökonomische und soziokulturelle Ideologien nicht der Fall. Zwar kann die Eindimensionalität der soziokulturellen Achse prinzipiell in Zweifel gezogen werden, wenn die Position des Befragten auf Basis von Einstellungsfragen berechnet wird, die mehrere Themenbereiche abdecken (Geschlecht, Ethnie, Sexualität, etc.). Allerdings ist das eine Frage der konkreten Operationalisierung, während in der GAL-TAN-Achse diese Unbestimmtheit bereits konzeptionell verankert ist. Aus diesen Gründen wird in dieser Monographie die Trennung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien der Links-Rechts- und GAL-TAN-Achsen vorgezogen.

2.2.3.5 Konservatismus als sozial motivierte Kognition

John T. Jost und Kollegen entwerfen in ihrem einflussreichen Paper »*Political conservatism as motivated social cognition*« (2003b) einen neuen sozialpsychologischen Ansatz, um die Übernahme und Persistenz von konservativen Ideologien zu verstehen. Dieser Ansatz vereint vielfältige Theorien zu einem gesamten Erklärungsmodell. Bei diesen Theorien handelt es sich neben den Theorien über den RWA und die SDT u.a. um die *Closed-mindedness* nach Rokeach (1960), die *Polarity Theory*, der Theorie des regulatorischen Fokus, der *Terror Management Theory* und der *System Justification Theory*. Diese Theorien werden hier nicht im Detail ausgeführt, interessierte Leser finden Informationen dazu im Text von Jost et al. (2003b, S. 345–351).

Die konservative Ideologie besteht für Jost et al. (2003b) aus zwei zentralen Aspekten: der Betonung von Hierarchien und dem Schützen des Status Quo.

Während sich ersteres in der Legitimierung von Ungleichheiten niederschlägt, drückt sich der zweite Punkt in Widerstand gegenüber sozialem Wandel aus. Je nach politischem Kontext können Aspekte wie der Widerstand gegen sozialen Wandel auch nicht mit der Legitimation von Ungleichheiten einhergehen – z.B. wenn Liberale es geschafft haben sollten, ihre Politikpräferenzen durchzusetzen. Doch da diese beiden Punkte in den meisten westlichen Ländern korrelieren, nennen Jost et al. sie den harten Kern des Konservatismus (2003b, S. 342–343). Somit kann man den Konservatismus als eine Systemlegitimierende Ideologie fassen, wodurch sich verschiedene Motivationen ergeben, die die Übernahme dieser Ideologie begünstigen. Zum einen können Individuen konservatives Denken pflegen, um den Status Quo aus rationalem Eigeninteresse zu schützen (z.B. um eigene Privilegien aufrechtzuerhalten) (2003b, S. 341–342). Dieses Motiv wird in Abbildung 8 als ideologisches Motiv bezeichnet. Jost et al. (2003b) interessieren sich jedoch zusätzlich für psychologische Motive, die nicht aus diesem Eigeninteresse entstehen und somit von außen betrachtet widersprüchlich anmuten können.

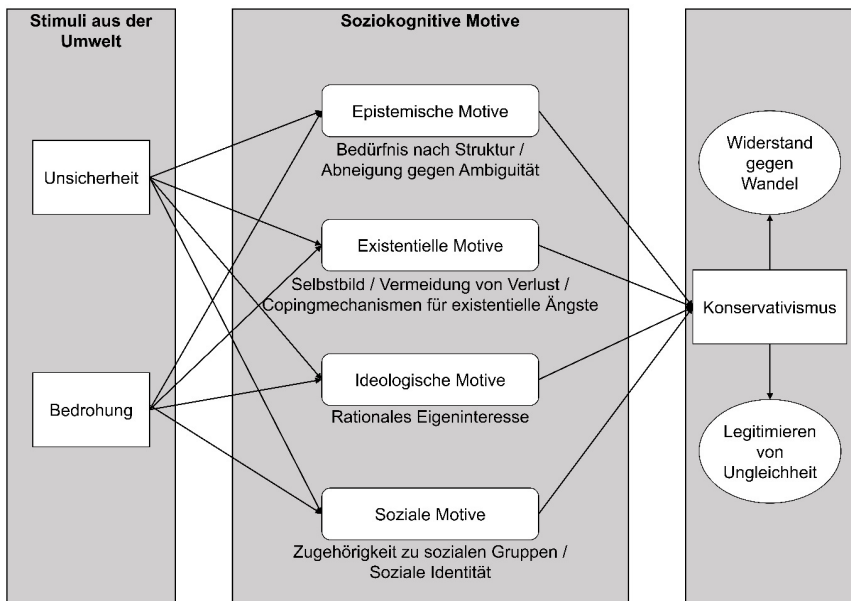


Abbildung 8: Zusammenfassung der Erklärung von politischem Konservatismus

Quelle: Eigene Darstellung nach Jost et al. (2003b, S. 368)

Eine wichtige Funktion der konservativen Ideologie ist für Jost et al. (2003b) der Umgang bzw. das Abbauen von Unsicherheit (2003b, S. 351–352). Unsicher-

heiten können auf mehrere Arten und Weisen auftreten. Erstens kann sie in Form von Ambiguitäten (z.B. in faktischen oder moralischen Fragen) gegeben sein. Konservatismus kann hier durch Rückgriff auf klare gesellschaftliche Regeln diese Ambiguitäten abbauen. Dieses Motiv wird als epistemisches Motiv bezeichnet (Jost et al. 2003b, S. 351; Jost et al. 2009, S. 318–320) und zeigt sich in der Korrelation zwischen Konservatismus und mentaler Rigidität, Intoleranz gegenüber Ambiguitäten, Wunsch nach Ordnung, geringerem *need for cognitive closure*, etc. (Jost et al. 2003b, S. 352–360; Jost et al. 2008b, S. 132–133; Jost et al. 2015, S. 237–238).

Zweitens kann Unsicherheit durch pessimistische Zukunftsvisionen entstehen. Während sozialer Wandel im liberalen Denken gemeinhin als progressiv und vielversprechend verstanden wird, fokussiert sich der Konservatismus auf seine potentiell negativen Folgen (Kap. 4.2.3). Dieser Pessimismus kann existentielle Ängste hervorrufen (z.B. Angst vor finanzieller Deprivation, Verlust von Identität oder Mortalität). Die konservative Ideologie dient dann als Mittel, um gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu diesen Bedrohungen führen können, entgegenzuwirken (Jost et al. 2003b, S. 351; Jost et al. 2009, S. 320–322). So erklären sich die Korrelation mit Angst vor Verlust oder die Erhöhung von Konservatismus-Werten in Experimenten, nachdem Befragte mit der eigenen Mortalität konfrontiert wurden (Jost et al. 2003b, S. 364–365; Jost et al. 2008b, S. 132–133; Jost et al. 2015, S. 239; Jost und Amodio 2012, S. 58). Eine der bedeutendsten empirischen Studien in diesem Kontext ist Block und Block (2006), die die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Befragten vom Kleinkinderalter bis ins junge Erwachsenenalter verfolgen. Sie stellen u.a. fest, dass häufige Schuldgefühle, Ängstlichkeit und Misstrauen im Kleinkinderalter mit konservativen Ideologien im jungen Erwachsenenalter korrelieren (2006, S. 739–741). Ein weiteres Beispiel hierfür wäre die oft diskutierte Retraditionalisierung von Geschlechterrollen im Rahmen der Covid-19 Pandemie (vgl. Globisch et al. (2022)). Die Angst vor Mortalität durch das Virus und vor wirtschaftlichen Einbrüchen könnte traditionelle Strukturen attraktiver machen, um Unsicherheit abzubauen. Allerdings sind die Effekte der Pandemie auf politische Einstellungen oft nur sehr schwach (Brandt et al. 2023, S. 7–12; Rosenfeld und Tomiyama 2021, S. 429–431). Außerdem scheinen sich Geschlechterrollenbilder an konkrete Erlebnisse anzupassen. So wurden Väter, die während der Pandemie stärker in die Betreuungsarbeit involviert waren (z.B. durch Home Office), in ihren Einstellungen tendenziell egalitärer, während bei Müttern ein Trend in die entgegengesetzte Richtung erkennbar ist (Zwittlinger et al. 2024, S. 247–257).

Die vierte Motivation (soziale Motive) bezieht sich auf die Zugehörigkeit zu spezifischen Gruppen. Obwohl diese im Originaltext von Jost et al. (2003b) nicht explizit berücksichtigt wurde, spielt sie in der weiteren Literatur eine Rolle.

Durch wichtige Bezugspersonen oder -gruppen (Eltern, Parteien, etc.) kann man in eine ideologische Richtung sozialisiert werden. Diese Übernahme der Ideologie durch Bezugsakteure findet vor allem dann statt, wenn die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen für das Selbstbild bzw. die soziale Identität bedeutsam ist (Jost et al. 2003b, S. 341; Jost et al. 2009, S. 322–323).

Dass sich Jost und Kollegen nur auf den Konservativismus beziehen und die Motivationen hinter der Unterstützung liberaler Ideologien nicht berücksichtigen, erklärt sich durch die marxistische Prägung der *System Justification Theory* (SJT), die sie vor dem Paper von 2003 entwickelten. In dieser fokussieren sie sich darauf, warum Menschen eine Ideologie übernehmen, die ihren vermeintlich objektiven Interessen widerspricht und Ungleichheiten legitimiert bzw. reproduziert. Sie postulieren, dass generell alle Menschen eine Neigung dazu haben, den Status Quo zu legitimieren. Das geht auf die epistemischen und existentiellen Motive zurück, die jeder Mensch prinzipiell aufweist. Allerdings sind die Bedürfnisse nach Ordnung, Struktur, Sicherheit und Vorhersehbarkeit der Umwelt bei konservativen Personen stärker ausgeprägt als bei liberalen, weswegen sie dieser systemlegitimierenden Ideologie auch wahrscheinlicher folgen (Jost et al. 2003b, S. 350–351; Jost et al. 2008a, S. 172–173; Jost und Hunyady 2005, S. 260).

Kritikwürdiger ist dagegen die Konzeptionierung des Konservativismus an sich (siehe oben). Diese entspricht der einflussreichen Zweiteilung in links und rechts nach Lipset et al. (1954): Links bzw. liberal sind Personen dann, wenn sie sozialen Wandel und Gleichstellung befürworten. Konservative bzw. rechte Personen fordern das Gegenteil (Bauer 1993, S. 18; Jost et al. 2008b, S. 127–128; Jost et al. 2015, S. 235). Wenn man den Widerstand gegen Wandel und die Legitimierung von Ungleichheiten als den harten Kern des Konservativismus fasst, führt das jedoch zu einem konzeptionellen Problem, weil nicht alle Ausprägungen dieser Ideologie damit gefasst werden können. Wie in den Kapiteln 2.2.2 und 2.2.3.4 dargestellt, korreliert in postkommunistischen Ländern sozialer Konservativismus mit sozialistischen Haltungen. In einem allgemeinen Gedankenexperiment wird das Problem noch deutlicher: Man stelle sich eine perfekt egalitäre Gesellschaft vor. Wenn nun ein Akteur sozialen Wandel fordert, der Ungleichheiten erzeugt, ist dieser Akteur dann konservativ, weil er Ungleichheiten produzieren möchte, oder liberal, weil er sozialen Wandel einleiten möchte? Jost et al. (2003b) sind sich dieser Problematik, die sie als das konservative Paradox bezeichnen, bewusst (2003b, S. 342–343).

»We assume that historical and cultural variation in political systems affects both the meaning of conservatism and the strength of empirical associations between the psychological and ideological variables we investigate. To take one fairly obvious example, it seems likely that many left-wingers in totalitarian communist regimes would exhibit mental rigidity and other psychologi-

cal characteristics that are often thought to be associated with right-wingers in other contexts.« (Jost et al. 2003b, S. 343)

Allerdings lösen Jost et al. (2003b) dieses konzeptuelle Problem nicht, indem sie es als Paradox bezeichnen. Das Problem, dass sich zwei vermeintliche Kernaspekte der konservativen Ideologie gegenseitig ausschließen können, bleibt bestehen. Die einzige Konsequenz, die eine Identifikation des Kerns des konservativen Denkens erlaubt, ist dass mindestens einer der zwei Aspekte, die Jost et al. (2003b) zum Kern des Konservativismus zählen, nicht zu diesem gezählt werden sollte. Tatsächlich scheint es sinnvoller, sich auf den Widerstand gegen sozialen Wandel zu fokussieren, um die Basis des Konservativismus zu identifizieren. Die Gründe hierfür werden in Kapitel 4.2.3.2 ausführlich diskutiert.

2.3 Sozialstruktur und Ideologie

Obwohl der Großteil der empirischen Forschung aus den oben dargestellten Disziplinen stammt, haben auch die (Wissens)Soziologie und die Sozialstrukturanalyse wichtige Beiträge zur Ideologieforschung geleistet, die für diese Monographie von besonderem Interesse sind. Oftmals ist dieser Beitrag nicht auf den ersten Blick ersichtlich, da nicht immer der Ideologie-Begriff verwendet wird oder der Zusammenhang zwischen Gesellschaft, sozialer Position und Ideologien nicht den Hauptfokus der entsprechenden Studien darstellt. Nichtsdestotrotz sind es gerade die empirischen Ergebnisse aus diesen Studien, die für die vorliegende Monographie relevant sind. Aus diesem Grund wird den wichtigsten Arbeiten aus dieser Disziplin, die sich ebenfalls mit dem Untersuchungsgegenstand der Ideologien auseinandersetzen, jeweils ein eigenes Unterkapitel gewidmet.

2.3.1 Karl Mannheim: Seinsverbundenheit des Denkens

Karl Mannheim gilt als einer der Pioniere der modernen Wissenssoziologie. Obwohl seine Konzeption dieser Disziplin mittlerweile vom Sozialkonstruktivismus (Berger und Luckmann (2009)) überschattet ist, sind Mannheims Ausführungen – insb. in seinem Meilenstein »Ideologie und Utopie« (1985) – für die soziologische Ideologieforschung und damit auch die vorliegende Monographie von entscheidender Bedeutung.

Mannheim setzt daran an, dass nur Menschen – keine metaphysischen Entitäten oder Strukturen – die aktive Fähigkeit zum Denken besitzen. Gleich-

zeitig denken Menschen jedoch nicht autonom, sondern sie sind immer in die Denkprozesse eingebunden, die in der (Eigen)Gruppe des jeweils betrachteten Individuums ablaufen. Es ist also der Denkstil der jeweiligen Gruppe, der sich im individuellen Denken widerspiegelt und so Gruppenspezifische Perspektiven erzeugt (Mannheim 1985, S. 4–5).²¹ Zu diesen Perspektiven zählen ähnliche Weltanschauungen zwischen den Gruppenmitgliedern und gleiche Sinndeutungen (1985, S. 20–22, 27–28).

Der Begriff der Gruppe bedarf zusätzlicher Klärung. Hierzu ist ein Rückgriff auf seinen Aufsatz »Das Problem der Generationen« (1965) hilfreich, in dem er das Konzept der Generationseinheit vorstellt. Mannheim postuliert, dass Generationseinheiten eine jeweils für dieses Kollektiv spezifische Mentalität entwickeln. Allerdings weist er den marxistischen Determinismus zurück und unterstellt nur probabilistische Zusammenhänge (Endreß 2007, S. 77; Mannheim 1965, S. 33–34). Für das Entstehen einer solchen Generationseinheit ist es die erste Voraussetzung, dass Personen derselben Generation zugeordnet werden können. Eine Generation bzw. ein Generationszusammenhang entsteht dadurch, dass Personen zu ähnlichen Zeitpunkten geboren wurden und dadurch ähnliche Erfahrungen sammeln, die durch die historische Epoche und aktuelle gesellschaftliche Ereignisse geprägt sind (Mannheim 1965, S. 35).

Allerdings existieren zum selben Zeitpunkt (Dekade X) stets verschiedene Generationen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten geboren wurden (Abbildung 9). Daraus folgt, dass verschiedene Generationen unterschiedliche Erfahrungen in ihren ersten – und dadurch prägenden – Lebensjahren gesammelt haben, was sich auf ihre Mentalität auswirkt. Mannheim selbst erklärt dies durch sein Konzept der Lebenserfahrung erster oder späterer Schicht. Erfahrungen erster Schicht sind jene, die als erstes im Leben gesammelt werden und somit das Denken grundlegend prägen. Sämtliche Lebenseindrücke späterer Schicht werden bereits durch die Brille der Erlebniseindrücke erster Schicht wahrgenommen und verarbeitet²² (Mannheim 1965, S. 40–41). Somit sind für die Mitglieder von Generation 3 in Abbildung 9 die historischen Ereignisse aus Dekade X besonders prägend, während das für die Generationen 1 und 2 nicht der Fall ist. So können sich die Mentalitäten zwischen diesen Generationen unterscheiden. Ein Beispiel hierfür wäre das Aufeinanderprallen der Mentalitäten der Skeptischen Generation – benannt durch Helmut Schelsky – und der der 1968er-Bewegung. Dimbath

21 Mannheim bietet keine ausführliche Definition des Denkstil-Begriffs. Für dieses Kapitel ist ein vages Verständnis ausreichend. Eine detaillierte Definition folgt in Kapitel 3.

22 Hierunter versteht Mannheim auch die Ablehnung gegen diese Erlebniseindrücke erster Schicht. Wenn ein Mensch sich in seinem Erwachsenenalter bspw. von seiner christlichen Erziehung lossagt, muss diese in der ersten Schicht weiterbestehen. Man kann sich immerhin nur gegen etwas auflehnen, das immer noch in der Weltsicht existiert (Mannheim 1965, S. 41).

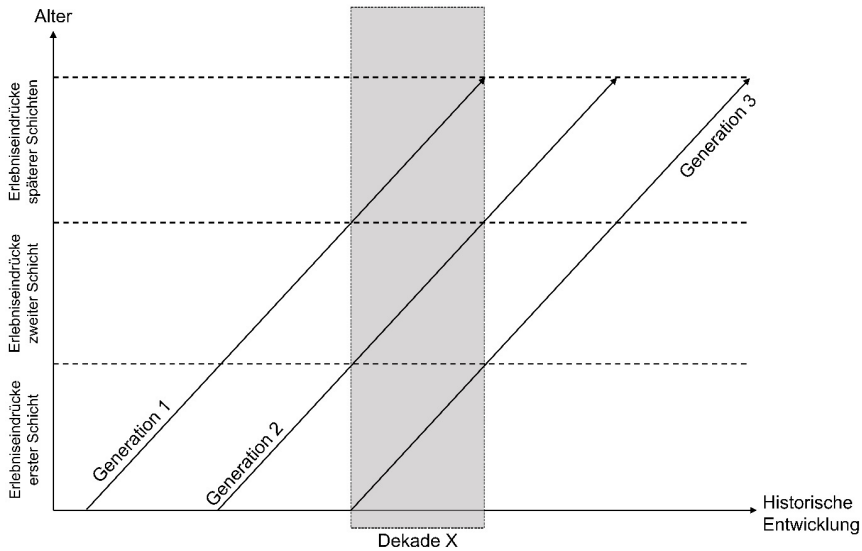


Abbildung 9: Unterschiedliche Generationen zur gleichen Zeit

Quelle: Eigene Darstellung

(2016) fasst Schelskys Analyse anschaulich zusammen. Die wichtigsten Einflüsse auf das Denken der Skeptischen Generation stammen aus dem Erlebnis der Stunde Null und einer ausgeprägten Ernüchterung über die Politik, die diese erst ausgelöst hatte. In Folge konzentrierten die Menschen sich auf den Wiederaufbau des Landes und auf das Stiften von Sicherheit. Die starke Enttäuschung durch die Politik führte dazu, dass diese Sicherheiten im Privaten gesucht wurden (Familie, Freunde, Partner, materielle Besitztümer, etc.). Abstrakte politische Ideen wurden abgelehnt. Ebenfalls aktiv unbehandelt blieb die Rolle der eigenen Generation in der Gesellschaft unter dem NS-Regime (Dimbath 2016, S. 172–176). Im Gegensatz dazu war die nachfolgende 1968er-Generation in der Kindheit durch die Versorgungsempässe durch die (Nach)Kriegszeit geprägt. In der Jugendphase entwickelte diese Generation starke rebellische Tendenzen gegenüber dem Establishment und der Elterngeneration. Die drei zentralsten Themen waren dabei die Unterstützung der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, der Widerstand gegen den Vietnamkrieg und insbesondere in Deutschland die Kritik an dem betretenen Schweigen der Elterngeneration über die eigene Verwicklung mit der Gesellschaft im NS-Regime. Auch die Tatsache, dass hochrangige NS-Politiker oder -Sympathisanten in der Nachkriegszeit wieder wichtige politische Positionen besetzten, wurde von der 1968er-Bewegung mit dem Spruch »Der Muff von tausend Jahren unter den Talaren« angeprangert. Während also die

Skeptische Generation sich mehr auf die private Sphäre konzentrierte, war die 1968er-Bewegung stark politisch (Dimbath 2016, S. 176–183).²³

Allerdings sind die unterschiedlichen Schichten von Erlebniseindrücken kein Garant dafür, dass sich Generationen in ihrer Mentalität unterscheiden werden, vielmehr bietet dieser Umstand nur das Potential für Generationenspezifisches Denken. Das wird dadurch demonstriert, dass Schröder (2018) oder Schröder et al. (2024) zwischen verschiedenen Generationen nur wenige Einstellungsunterschiede feststellen (2018, S. 483–486; 2024, S. 10–16). Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, dass die in den obigen Absatz erwähnten sozialen Bewegungen nur von einem Teil der jeweiligen Generation getragen wurden.

Daraus folgt außerdem, dass sich Mentalitäten innerhalb derselben Generation unterscheiden. Deswegen grenzt Mannheim den Generationsbegriff von dem der Generationseinheit ab, indem letzterer auch durch die Klassenlage der Individuen bestimmt ist.

»Unter Klassenlage könnte man [...] verstehen eine schicksalsmäßig verwandte Lagerung bestimmter Individuen im ökonomisch-machtmäßigen Gefüge der jeweiligen Gesellschaft. Man ist Proletarier, Unternehmer, Rentner usw., und man ist es, weil man das spezifische Schwerkraft einer besonderen Lagerung im gesellschaftlichen Gefüge (also sozialen Druck oder Chance) stets empfindet. Die Lagerung im sozialen Raume ist nicht wie die Zugehörigkeit zu einem Verbands durch einen intellektuellen willensmäßigen Akt kündbar: man ist aber durch diese Tatsache auch nicht im selben Sinne vital schicksalsmäßig, mit allen Fasern seiner Existenz an eine konkrete Gruppe, wie in der Gemeinschaft, gebunden.« (Mannheim 1965, S. 34)

Durch diese gemeinsame Position leben die Individuen unter zumindest ähnlichen Lebensbedingungen, die eine spezifische Denk- und Erlebensweise implizieren. Beispielsweise kann jemand durch die Mitgliedschaft in einer niedrigeren Schicht Mangerlerfahrungen in Bezug auf Geld, Bildung, soziale Anerkennung, etc. sammeln. Diese Erfahrungen, wenn sie häufig gemacht werden, können einen Denkstil hervorbringen, der diese Güter mit einem höheren emotionalen Wert versieht. Alternativ könnte ein Mangel verleugnet werden, indem die Enthaltung als eine Zierde rationalisiert wird. Diese kann auch zur positiven Abgrenzung gegen jene Schichten genutzt werden, die diese Verzichtserfahrungen nicht sammeln (müssen). Die gemeinsame ökonomische Position begünstigt also die Entwicklung eines gemeinsamen Denkstils, der bestimmte Denk- und Handlungsweisen vorgibt, während andere als undenkbar verstanden werden.²⁴ Mit dem Begriff der Generationseinheit verbindet Mannheim die Lage der Individuen im sozialen Raum mit der Position im historischen Entwicklungskontext. Men-

23 Weitere Beispiele für Generationszusammenhänge finden sich bei (Dimbath 2016, S. 166–189).

24 Hier drängt sich bereits ein Vergleich zu Bourdieus Habitus-Konzept auf, das er in »Die feinen Unterschiede« (1987a) entwickelte (vgl. Kap. 2.3.3).

schen finden sich nicht aktiv oder bewusst zu Gruppen zusammen, wie sie es im Fall von Verbänden, Gewerkschaften, etc. tun, sondern sie befinden sich durch den Zeitpunkt ihrer Geburt und durch ihre soziale Herkunft in diesen Kollektiven, die sie nur durch soziale Mobilität verlassen können. Oder anders ausgedrückt, prägt die Zugehörigkeit zu einer Generationseinheit das Denken der Menschen (Dimbath 2016, S. 147–151, 157–158; Mannheim 1965, S. 33–36).

»Nicht das Faktum der in derselben chronologischen Zeit erfolgten Geburt, zur selben Zeit Jung-, Erwachsen-, Altgewordenseins konstituiert die gemeinsame Lagerung im sozialen Raume, sondern erst die daraus entstehende Möglichkeit, an denselben Ereignissen, Lebensgehalten usw. zu partizipieren und noch mehr, von derselben Art der Bewußtseinschichtung aus dies zu tun. [...] Von einer verwandten Lagerung einer zur gleichen Zeit einsetzenden Generation kann also nur insofern gesprochen werden, als und insofern es sich um eine potentielle Partizipation an gemeinsam verbindenden Ereignissen und Erlebnisgehalten handelt. Nur ein gemeinsamer historisch-sozialer Lebensraum ermöglicht, daß die geburtsmäßige Lagerung in der chronologischen Zeit zu einer soziologisch-relevanten werde.« (Mannheim 1965, S. 40)

Was Mannheim in seinem Aufsatz »Das Problem der Generationen« beschreibt, kommt seiner These der Seinsverbundenheit des Denkens schon sehr nahe. Allerdings unterscheiden sie sich in einem wichtigen Punkt. Das Konstrukt der Generationseinheit schließt wissentliche Gruppenbildung (z.B. zu Zweckverbänden, Berufsgruppen, etc.) aus (Mannheim 1965, S. 33). Diese nehmen jedoch ebenfalls Einfluss auf das menschliche Denken. Eben dies wird in der These der Seinsverbundenheit mitberücksichtigt, da dort der Einfluss sämtlicher relevanter Faktoren (soziale Position, historische Epoche, multiple gleichzeitige Gruppenzugehörigkeiten) betrachtet wird (Mannheim 1985, S. 4, 2022, S. 24–29).

Dieser Zusammenhang zwischen den Generationseinheiten und der Mentalität spielt in der zentralen These von Mannheims Wissenssoziologie eine wichtige Rolle. Er geht davon aus, dass das Denken jedes Menschen und jeder Gruppe seinsverbunden ist. Seinsverbunden ist das Denken dann, wenn es (1) von außertheoretischen Faktoren geleitet wird – also solchen, die nicht mit dem Gegenstand des Denkprozesses verbunden sind – und diese (2) jeden Aspekt des Denkprozesses (Form, Inhalt, Intensität, etc.) mitbestimmen (Mannheim 1985, 230). Anders ausgedrückt spiegeln Denkstil-Erzeugnisse stets die soziohistorische Positionierung ihrer Urheber wider. Somit ist es möglich, Denkstile der jeweiligen soziohistorischen Position zuzuordnen. Deswegen spricht Mannheim auch von »seinsverbundenen Denkstandorte[n]« (1970c, S. 591). Diese unterscheiden sich nicht nur in den Ergebnissen der Denkprozesse, sondern bereits in ihrer Wahrnehmung von Umgebungsstimuli, ihren konkreten Abläufen und den Bedeutungen, die sie bestimmten Begriffen zuordnen (1970c, S. 584–585, 1985, S. 50).

»Mit dem Zusammenprall von Denkstilen, deren jeder die gleiche repräsentative Gültigkeit beansprucht, wird zum erstenmal möglich, daß die Frage auftaucht, [...] wie es [...] möglich ist,

daß identische menschliche Denkprozesse, die sich mit der gleichen Welt befassen, verschiedene Vorstellungen von dieser Welt produzieren. Und von hier aus ist es nur ein Schritt zu der weiteren Frage, ob es nicht möglich sei, daß die hierin involvierten Denkprozesse keineswegs identisch sind. Muß man nicht, wenn man alle Möglichkeiten menschlichen Denkens untersucht hat, daraus schließen, daß es zahlreiche mögliche Wege gibt, denen man folgen kann?» (Mannheim 1985, S. 9–10)

Daraus leitet Mannheim die zentrale Rolle der Wissenssoziologie ab. Zum einen soll sie dazu dienen, die außertheoretischen Einflüsse auf das eigene Denken, aufzudecken. Das Erkennen von objektiver Wahrheit – der Totalität eines Gegenstandes²⁵ – ist somit nur möglich, wenn man sich von dem Einfluss der außertheoretischen Faktoren befreit. Der Schlüssel zu dieser Emanzipation liegt im Erkennen der Seinsverbundenheit des (eigenen) Denkens. Zusätzlich geht es darum, die seinsverbundenen Denkprozesse nachzuvollziehen, um Dispositionen auch in Zukunft vorhersagen zu können (Mannheim 1985, S. 163–166, 251–263).

Daraus folgt auch, dass man den eigenen (Denk)Standort nicht als das Maß aller Dinge fassen kann, da dieser ebenfalls stets durch außertheoretische Faktoren verzerrt ist. Mannheim distanziert sich also von Marx' Theorie, die den kommunistischen Denkstil als ideologiefrei und objektiv wahrnimmt. Der marxistische Standpunkt ist somit nicht ein objektives Bewusstsein, das sich von einem falschen Bewusstsein abgrenzt, sondern er ist Teil der Summe aller Denkstandorte (Breiner 2015, S. 47; Mannheim 1985, S. 108–109). Anstatt daraus einen Relativismus abzuleiten, der wissenschaftliche Denkstandorte mit pseudowissenschaftlichen oder verschwörungstheoretischen gleichsetzen würde, hebt Mannheim den Relationismus von Denkstandorten in seiner Wissenssoziologie hervor. »Relationismus bedeutet nur die Bezüglichkeit aller Sinnelemente aufeinander und ihre sich gegenseitig fundierende Sinnhaftigkeit in einem bestimmten System« (1985, S. 77). Es geht darum, die Beziehungen der Denkstandorte zueinander und/oder ihre Position im raumzeitlichen Entwicklungsprozess der Gesellschaft zu verorten. Hierzu müsste die Wissenschaft prinzipiell in der Lage sein, sich von ihrer eigenen Seinsverbundenheit zu lösen. Zunächst ging Mannheim hier von einer sog. freischwebenden Intelligenz aus – also einer Gruppe an Intellektuellen, die sich von Klasseneinflüssen losgelöst hat. Allerdings distanziert sich Mannheim von dieser Idee immer mehr, da auch diese Intelligenz durch ihre formale Bildung

²⁵ »Totalität bedeutet deshalb in unserem Sinne nicht eine nur einem göttlichen Auge zumutbare, unmittelbare ein für allemal gültige Schau, nicht ein relativ in sich geschlossenes, auf Ruhe tendierendes Bild. Totalität bedeutet Partikularsichten in sich aufnehmende, diese immer wieder sprengende Intention auf das Ganze, die sich schrittweise im natürlichen Prozeß des Erkennens erweitert und als Ziel nicht einen zeitlos geltenden Abschluß, sondern eine für und mögliche maximale Erweiterung der Sicht ersehnt.« (Mannheim 1985, S. 92–93)

und soziale Herkunft zwangsweise seinsverbunden denkt (Boudon und Bourri-caud 1992, S. 213; Mannheim 1984, S. 66–67, 1985, S. 135–136, 2022, S. 18–24; Mer-ton 1937, S. 499).²⁶ Stattdessen fordert Mannheim, dass die Gruppe der Intelligenz möglichst viele Denkstandorte miteinschließen soll, um nicht den außertheore-tischen Einflüssen von nur einer Gruppe zum Opfer zu fallen (1985, S. 137).²⁷

Der Ideologie-Begriff tritt in Mannheims Theorie in zweierlei Hinsicht auf. Zum einen unterscheidet er zwischen totalen und partikularen Ideologien. Tota-le Ideologien spiegeln dabei das gesamte seinsverbundene Bewusstsein des Indi-viduums wider. Partikulare Ideologien sind Ideen, Vorstellungen oder Aussagen eines Anderen, denen man eine unbewusste Verzerrung durch eigene Interessen unterstellt (Knoblauch 2014, S. 103; Mannheim 1985, S. 53–56; Rüschemeyer 1958, S. 183–184). Obwohl das Denken des Menschen also stets durch die Zugehörigkeit zu einer spezifischen Generationseinheit geprägt ist, fokussiert sich Mannheims Theorie auf das individuelle Denken. Nur Individuen können für ihn Träger von Ideologien sein, da nur diese eine Psyche aufweisen. Gruppen können zwar kol-lektive Ideologien pflegen, diese sind aber nur das Aggregat der Individualideo-logien (Mannheim 1985, S. 55–56).

»Als Ideologien legt man gegnerische Absichten erst aus, wenn man sie nicht einfach als erlogen erlebt, sondern in der ganzen Haltung eine Unwahrhaftigkeit wittert, die man als Funktion der sozialen Lagerung deutet. Der partikulare Ideologiebegriff meint also ein Phänomen, das zwi-schen der schlichten Lüge einerseits und der theoretisch falsch strukturierten Sicht andererseits liegt. Er meint eine auf der psychologischen Ebene sich abspielende Täuschungsschicht, die aber nicht wie bei der Lüge gewollt ist, sondern sich mit einer bestimmten kausalen Zwangsläufigkeit vollzieht.« (Mannheim 1985, S. 58)

Ideologiekritik, die sich auf partikulare Ideologien bezieht, fokussiert sich also auf die psychologischen Verzerrungsprozesse, während sie sich bei der Kritik von totalen Ideologien auf die gesamte Weltanschauung des Individuums fokussiert (Mannheim 1985, S. 64). Da – wie oben dargelegt – jedes Denken seinsverbun-den ist, weisen in Mannheims Theorien alle Menschen totale und partikulare

26 »Es [die Intelligenz] handelt sich um eine Gruppierung zwischen, aber nicht über den Klassen. Der einzelne Angehörige der Intelligenz kann eine bestimmte Klassenorientierung haben und hat diese oft auch, und in tatsächlichen Konflikten kann er sich auf die Seite der einen oder anderen politischen Par-tei stellen. Darüber hinaus können seine Entscheidungen übereinstimmend mit und charakteristisch für eine klare Klassenposition sein. Aber über diese Zugehörigkeit hinaus wird er durch die Tatsache motiviert, dass seine Ausbildung in dazu befähigt hat, sich den Problemen der Zeit in mehreren Per-spektiven zu stellen und nicht nur in einer, wie es die meisten Teilnehmer an den Kontroversen der Zeit tun.« (Mannheim 2022, S. 22).

27 Diese Idee hat starke Ähnlichkeiten zu der Forderung nach politischer Diversität in den Sozialwissen-schaften, die vermeintlichen liberalen oder *equalitarian* Biases entgegenwirken soll (vgl. Duarte et al. (2015), Winegard (2018) oder Kapitel 1).

Ideologien auf (Endreß 2007, S. 77). Sie sind also ein normaler Bestandteil des Denkens. Hierfür wurde Mannheim dahingehend kritisiert, dass der Ideologie-Begriff durch diese vermeintliche Relativierung analytisch und emanzipatorisch nutzlos würde (Breiner 2015, S. 38; Hirsland und Schneider 2001, S. 379). Außerdem ist Theodor Geiger (1968) der Ansicht, dass Mannheims Fokus auf die psychische Ebene fehlgeleitet ist, weil sie soziologisch nicht einsehbar ist. Vielmehr sollte man sich auf konkrete Aussagen beziehen, die empirisch beobachtbar sind (1968, S. 6–7, 82–83). Des Weiteren stört Geiger sich an dem Denkstil-Begriff, da dieser prinzipiell auch künstlerisches Schaffen miteinbezieht, was für Geiger nicht Teil des Untersuchungsgegenstandes der Ideologieforschung sein sollte (1968, S. 138–141).²⁸

Ein anderes Problem der Trennung zwischen totalen und partikularen Ideologien ist jedoch gravierender. Wenn der totale Ideologie-Begriff das gesamte Bewusstsein der Menschen umfasst, ist er so breit, dass es kein nicht-ideologisches Denken mehr geben kann. Dadurch wird der Ideologie-Begriff lediglich zu einem Synonym der Weltanschauung bzw. des Bewusstseins, was ihn im Grunde überflüssig macht (Sartori 1969, S. 399). Gleichzeitig reduziert der Begriff der partikularen Ideologien den Begriff zu sehr auf Einstellungen, Ideen, etc., die das Produkt von ideologischem Denken sind. Eine angemessene Definition sollte dagegen die Trennung zwischen ideologischem und nicht ideologischem Denken erlauben, ohne zu sehr auf nur ausgewählte Erzeugnisse von Denkprozessen reduziert zu werden. Kapitel 3 bietet für diesen konzeptuellen Balanceakt eine konkrete Lösung.

Auch Mannheim selbst scheint mit der Trennung in totale und partikulare Ideologien nicht zufrieden, denn er wendet sich im weiteren Verlauf von »Ideologie und Utopie« der titelgebenden Trennung zwischen Ideologien und Utopien zu. Denken ist für Mannheim dann utopisch, wenn es (1) nicht im Einklang mit den individuellen Existenzbedingungen ist, (2) darauf ausgerichtet ist, diese Existenzbedingungen zu verändern und (3) dieses Ziel auch erreicht. Besonders Punkt (2) unterscheidet das utopische vom ideologischen Denken. Ideologisches Denken ist darauf ausgerichtet, den Status Quo zu schützen (Mannheim 1985, S. 169–177; Shils 1968, S. 73–74). Hierbei können Mischtypen auftreten, wenn bspw. eine dominante Gruppe sozialen Wandel erzwingt, um Ungleichheiten zu verstärken. Mannheim spricht dann von einer ideologischen Utopie (1985, S. 177–178). Man kann somit nur im Nachhinein anhand des erfolgten oder aus-

28 Geiger selbst definiert Ideologie folgendermaßen: »Als ideologisch sollen jene Aussagen bezeichnet werden, die ihrer sprachlichen Form und dem in ihnen ausgedrückten Sinne nach sich als theoretische Sachaussagen geben, die aber a-theoretische, nicht der objektiven Erkenntniswirklichkeit zugehörige Bestandteile enthalten.« (1968, S. 58)

gebliebenen sozialen Wandels entscheiden, ob ein spezifisches Denken utopisch oder ideologisch war (1985, S. 178).

Die Ideologie-Utopie-Unterscheidung erscheint für die empirische Ideologieforschung, die in dieser Monographie verfolgt wird, jedoch wenig hilfreich. Auf theoretischer Ebene ergibt sich das Problem, dass nicht alle Phänomene, die eine angemessene Definition abdecken sollte, als ideologisch bezeichnet werden können, da Mannheim dieses Label nur für Denkstandorte zulässt, die die Gesellschaft tatsächlich in ihrem Sinne verändert haben. Das führt in weiterer Konsequenz dazu, dass derselbe Denkstandort zu verschiedenen Zeitpunkten entweder als utopisch oder als ideologisch kategorisiert werden müsste. Noch pointierter kann das Problem formuliert werden, wenn man daraufhin weist, dass folglich das Gedankengut der Nationalsozialisten vor der Machtergreifung noch keine Ideologie gewesen sein soll. Bereits in Kapitel 2.2.1.2 wurde im Kontext von Sartoris Definition argumentiert, dass Ideologie-Begriffe, die den Inhalt der gepflegten Überzeugungen ignorieren, bisweilen willkürliche oder problematische Kategorisierungen erzeugen können. Deswegen scheint Mannheims Trennung in Ideologien und Utopien ähnlich ungeeignet wie Sartoris Unterscheidung zwischen Ideologien und *belief systems*.

Nichtsdestotrotz liefert Mannheim vielversprechende theoretische Überlegungen, auf denen eine neue Definition des Ideologie-Begriffes aufgebaut werden kann. Insbesondere die Seinsverbundenheit des Denkens und die Idee der Relationalität verschiedener Denkstandorte sind für die empirische und wertneutrale Ideologieforschung, die in dieser Monographie verfolgt wird, sehr fruchtbare Ansätze, die deswegen in Kapitel 3 wieder aufgegriffen werden.

2.3.2 Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes

In dem 1932 veröffentlichten Buch »Die soziale Schichtung des deutschen Volkes« (1987) ergründet Theodor Geiger, wie die Schicht seiner Befragten mit einer spezifischen Mentalität einhergeht. Er trifft die Annahme, dass die Mentalität in Form von »Lebenshaltung, Gewohnheiten des Konsums und der sonstigen Lebensgestaltung, Freizeitverwendung, Lesegeschmack, Formen des Familienlebens und der Geselligkeit« (1987, S. 80) mit der Schichtzugehörigkeit zusammenhängt.

Im Zuge seiner Analyse unterscheidet Geiger zwischen den Begriffen des Bevölkerungsteils und der Schicht. Während Menschen anhand ihrer objektiven wirtschaftlichen Ressourcen in Bevölkerungsteile typisiert werden können, werden sie erst dann zu Schichten, wenn sie gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickeln und sich zu sozialen Gruppen zusammengefunden haben, die diese Interessen öffentlich vertreten. Da Menschen gleichzeitig verschiedene Inter-

essen vertreten können, können sie auch gleichzeitig verschiedenen Schichten angehören (1987, S. 4–12). Geiger kommt zu dem Ergebnis, dass es 1932 nur eine kleine Kapitalistenschicht (1% der Bevölkerung) gibt, während mittlere und kleine Besitzer 32%, und Gehalts- und Lohnbezieher 67% der Bevölkerung ausmachen (1987, S. 137). Da zu Geigers Zeiten wirtschaftliche Unterscheide die wichtigsten Ungleichheitsdimensionen darstellten (1987, S. 5–6), fokussiert er sich in der Einteilung der Schichten auf wirtschaftliche Variablen (v.a. den Beruf der Befragten).

Denselben wirtschaftlichen Fokus legt er auch der Mentalität zugrunde (1987, S. 81). Jedoch muss noch Geigers Ideologie-Begriff betrachtet werden. Geiger trennt ihn strikt vom Begriff der Mentalität. Während die Mentalität für ihn die allgemeine Haltung bzw. Disposition eines Menschen beschreibt, beziehen Ideologien sich stets auf konkrete Inhalte. »Proletarisches Klassenbewusstsein ist Mentalität – kommunistisches Manifest und Parteiprogramme sind Ideologie« (1987, S. 79). Die Ideologie ist somit nicht nur ein untergeordneter Bestandteil der Mentalität, sondern entsteht erst aus der Mentalität heraus (1987, S. 77–79). Geiger selbst fasst es folgendermaßen zusammen:

»Unter Ideologie seien verstanden: Lebens- und Weltdeutungen oder auch Gedankengefüge, die sich auf enger abgesteckte Gegenstandsbereiche, z.B. auf die Wirtschaft oder einzelne wirtschaftliche Tatsachen beziehen. Gemein ist diesen umfassenden sowohl als gegenständlich begrenzten Ideologien, daß sie als Doktrin oder Theorie auftreten. Sie sind also mittelbar, sind mögliches Lehrgut, können gepredigt und verbreitet werden.« (Geiger 1987, S. 77)

Dieser Ideologie-Begriff unterscheidet sich stark von dem, den Geiger an anderer Stelle (1968, 1984) definiert. In »Ideologie und Werturteil« (1984) versteht Geiger die Ideologie als eine Vertheoretisierung von Vitalbeziehungen.

»Der andere und entgegengesetzte Standort ist der des Beteiligten, der ein Lebensverhältnis zu Dingen hat, sie in Beziehung auf sich selbst, oder sich selbst in Beziehung zu ihnen sieht. Man kann das als Vitalverhältnis im weitesten Sinne bezeichnen. Die Aussagen, die von diesem Standort aus legitimer Weise gemacht werden können, sind gar nicht Aussagen über das Objekt selbst, sondern solche über den Sprechenden im Hinblick auf das Objekt oder: über die Bedeutung des Objektes für den Sprechenden. Dies ist die vital interessierte oder attachierte Haltung.« (Geiger 1968, S. 60)

Das bedeutet, eine konkret getätigte Aussage ist ideologisch, wenn sie außertheoretische Aspekte beinhaltet, die jedoch so behandelt werden, als wären sie Teil des Gegenstandes, über den die Aussage getroffen wird. Während bei Mannheim der Einfluss von außertheoretischen Aspekten von den Individuen nicht (immer) bewusst akzeptiert wird, betont Geiger die aktive Rolle des Denkenden. Jeder Mensch lässt also den Einfluss der außertheoretischen Aspekten aktiv zu (1984, S. 185–187). In »Ideologie und Wahrheit« (1968) führt Geiger diesen

Gedanken weiter und definiert Aussagen als ideologisch, wenn sie »von der theoretischen oder Erkenntnis-Wirklichkeit abweich[en], deren gedankliche Abbildung Aufgabe des Erkennens ist« (1968, S. 32). Ideologische Aussagen treten also als theoretische Sachaussagen auf, während sie tatsächlich empirisch nicht überprüfbare, transzendente Bestandteile aufweisen, die nicht der objektiven Erkenntniswirklichkeit zugänglich sind. Hierzu können auch wieder die Vitalbeziehungen der Personen gezählt werden (1968, S. 58). Geigers Fokus auf Aussagen folgt aus seiner Überzeugung, dass sich die Ideologie-Definition nur auf Phänomene konzentrieren sollte, die empirisch messbar sind. Das ist auch der Grund, warum er Mannheims Begriff der totalen Ideologie ablehnt (1968, S. 147–148). Geigers zweiter Ideologie-Begriff orientiert sich mehr an der Erkenntniswissenschaft als an politischen Auseinandersetzungen. Jedoch wird der Ideologie-Begriff meist in genau diesem Kontext verwendet. Außerdem würde Geiger zahlreiche philosophische Theorien und Hypothesen als ideologisch identifizieren, was mit dem allgemeinen Verständnis des Begriffes nur schwer vereinbar ist. Deswegen wird der Ideologie-Begriff aus »Die soziale Schichtung des deutschen Volkes« dem aus »Ideologie und Wahrheit« vorgezogen.

Geiger (1987) kommt schließlich zu dem Ergebnis, das Großunternehmen in Handel und Industrie mit hohen Mitarbeiterzahlen sehr libertär ausgerichtet sind. Je wichtiger die Bindung an den Industriestandort und je immobilier die Produktionsanlagen (z.B. im agrarischen Bereich), desto niedriger ist der Libertarismus jedoch ausgeprägt (1987, S. 82–84). Beim alten Mittelstand (Bauern und Handwerker) bestimmen Religiosität und Kirchlichkeit den Lebensduktus zusätzlich zu einer Kultur des Frühkapitalismus. Obwohl Geiger für diese Schichten trotz der damaligen Depression keine reale Gefahr des gesellschaftlichen Abstiegs ausmacht, sehen sie sich in einem Verteidigungszustand gegen den Verlust ihres Prestiges (1987, S. 84–90).

Der realen Gefahr sieht Geiger vielmehr den resignierten Mittelstand ausgesetzt. Diese Gruppe, die überwiegend aus ökonomisch prekär lebenden Bauern besteht, weist eine sehr heterogene Mentalität auf. Neben Nationalsozialisten und Kommunisten finden sich hier Hausgewerbstreibende mit landwirtschaftlicher Nebentätigkeit, die traditionellen Konservatismus mit radikalem Sozialismus oder Nationalsozialismus verbinden (1987, S. 90–91). Knechte, Mägde und Handwerksgehlen sind ebenfalls ausgesprochen konservativ, feudalistisch-patriarchalisch und ihren Arbeitgebern gegenüber autoritär unterwürfig. Insgesamt hat diese Schicht wenig Interesse an Privateigentum, sondern mehr daran, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird (Geiger 1987, S. 92–97).

Zuletzt bleibt die Schicht, die Geiger als den neuen Mittelstand bezeichnet. Hier finden sich Beamte, freie Berufe, öffentlich Angestellte, Anwälte, Ärzte, akademische Berufe, etc. Diese sind auf die Verteidigung und Betonung ihres Berufs-

prestiges fokussiert. Dabei weisen sie auch ein hohes Maß an Solidarität auf, was sich in der Gründung von Gewerkschaften ausdrückt (1987, S. 97–105).

Man kann diese komplexen Ergebnisse folgendermaßen zusammenfassen: Während Kapitalisten und Mitglieder der Oberschicht bzw. oberen Mittelschicht libertäre Positionen vertreten, ist der Sozialismus die typische Mentalität der Lohnarbeiter. Tagewerker, die Geiger vom Proletariat abgrenzt, und Arbeiter mit landwirtschaftlicher Nebentätigkeit fokussieren sich dagegen auf ihr selbstverantwortetes Eigentum. Die Wirtschaftsmentalitäten gehen also tatsächlich mit der ökonomischen Lage von Geigers Befragten einher, allerdings spielen in den Mittelschichten auch nicht-wirtschaftliche – womöglich soziokulturelle Aspekte – eine Rolle in der Bildung der Mentalität (1987, S. 106–109).

2.3.3 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede

Bourdieu steuert der Frage nach dem Zusammenhang zwischen der sozialökonomischen Position und der Mentalität der Menschen in seinem Meilenstein »Die feinen Unterschiede« (1987a) das Konzept des Habitus bei. Bevor jedoch auf diesen Begriff an sich eingegangen werden kann, muss zunächst Bourdieus Verständnis der Sozialstruktur beleuchtet werden. Dies wird dadurch erschwert, dass Bourdieu hierzu zwei verschiedene Begriffe verwendet. Zum einen wird die Sozialstruktur als Ganzes von Bourdieu mit der Metapher des sozialen Raums beschrieben, in dem jedes Individuum und jede Gruppe eine bestimmte Position innehat. Diese Position wird durch zwei Aspekte bestimmt. Zum einen ist die ökonomische Position durch die mengenmäßige Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital sowie dem jeweiligen Anteil dieser Kapitalsorten im individuellen Kapitalvolumen bestimmt. Das ökonomische Kapital umfasst sämtliche finanziellen oder Vermögenswerte, das kulturelle Kapital beschreibt die Vertrautheit mit höherer Kultur bzw. das Ausmaß der eigenen Kultiviertheit. Soziales Kapital in Form von Beziehungen kann dazu genutzt werden, mehr ökonomisches und kulturelles Kapital zu sammeln, und das symbolische Kapital stellt die Reputation dar, die man auf Basis der drei obigen Kapitalsorten genießt (Bourdieu 1987a, S. 204; Kanas et al. 2011, S. 98; Rehbein und Saalman 2014c, S. 135–139). Zum anderen bestimmt der Lebensstil der Personen (vgl. Georg (2014)), also deren Kunstgeschmack, Konsum, Mentalität, etc. mit denen sie sich von anderen Gruppen in der Gesellschaft abgrenzen, die Verortung im sozialen Raum (Bourdieu 1987a, S. 195–209, 379, 2001c, S. 128–130; Suderland 2014b, S. 220–223).

Die zweite Metapher, mit der Bourdieu die Sozialstruktur im weiteren Verlauf seiner Arbeiten beschreibt (vgl. Rehbein und Saalman 2014a, S. 99–100), ist

die des Feldes. Statt den sozialen Raum als Ganzes zu betrachten, fokussiert sich Bourdieu nun darauf, diesen in einzelne Felder zu unterteilen. »Ein Feld ist ein autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos« (Bourdieu 2001a, S. 41). Felder sind autonome Arenen, in denen das eigene Kapitalvolumen eingesetzt wird, um möglichst gute soziale Positionen zu erreichen. Dabei müssen die Teilnehmenden sich an die für das jeweilige Feld geltenden Regeln halten und mit spezifischen Fähigkeiten oder Kapitalsorten aufwarten, da jedes Feld nach seiner eigenen internen Logik funktioniert (Bourdieu 1987b, S. 147–179, 2001a, S. 42; Lenger et al. 2013, S. 31–32; Rehbein und Saalmann 2014a, S. 100–101).

»Ein Feld ist ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse. In einem Feld, wie dem politischen, religiösen oder jedem anderen Feld, wird das Verhalten der Akteure durch ihre Position in der Struktur des Kräfteverhältnisses bestimmt, das für dieses Feld zu dem betreffenden Zeitpunkt charakteristisch ist.« (Bourdieu 2001a, S. 49)

Im politischen Feld beispielsweise wollen die Teilnehmer die materiellen Bedingungen der sozialen Welt entweder verändern oder beibehalten. Hierzu brauchen sie eine gute Position in diesem Feld, die sie nur dann erreichen können, wenn sie symbolisches Kapital (in Form von gutem Ruf) oder kulturelles Kapital in politisches überführen können, was ihnen im Kampf mit anderen Teilnehmern einen Vorteil verschafft. Außerdem müssen sie die Regeln des politischen Feldes einhalten (z. B. einen bestimmten Feldspezifischen Jargon pflegen), um sich nicht für die Kämpfe zu disqualifizieren (Bourdieu 1987a, S. 678–685, 2001a, S. 49–55, 2001b, S. 81, 96, 100–104).

Wie sich in diesen Ausführungen bereits andeutet, bedingt die Position im sozialen Raum bzw. in den Feldern das Verhalten der Menschen, indem sie einen Rahmen der denkbaren Handlungsalternativen abstecken. Um dies zu erklären, benutzt Bourdieu den Habitus-Begriff. Der Habitus ist die Summe aller Feldspezifischen Dispositionen, also der Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, die vor dem Hintergrund aller bisher gesammelten Erfahrungen verinnerlicht werden. Obwohl wie in Mannheims These der Seinsverbundenheit des Denkens zu diesen Erfahrungen auch historische Gegebenheiten zählen (Bourdieu 1987b, S. 103), fokussiert Bourdieu sich meistens auf die Position im sozialen Raum bzw. auf die materiellen Lebensbedingungen, die den Habitus der Menschen prägen (Bourdieu 1987a, S. 277–286; Lange-Vester und Teiwes-Kügler 2013, S. 149; Lenger et al. 2013, S. 14; Rehbein und Saalmann 2014b, S. 111–112). Im Habitus als dem inkorporierten, oft unbewussten Denk- und Handlungsmuster schlägt sich die Ausstattung mit den Kapitalsorten nieder und erzeugt so typische Formen der Praxis. Der Habitus ist also durch die sozialen Strukturen geprägt und strukturiert selbst die Praktiken ihrer Träger. Zu dieser Praxis zählen u. a. die Aspekte des Lebensstils wie der Musik- und Kunstgeschmacks, der

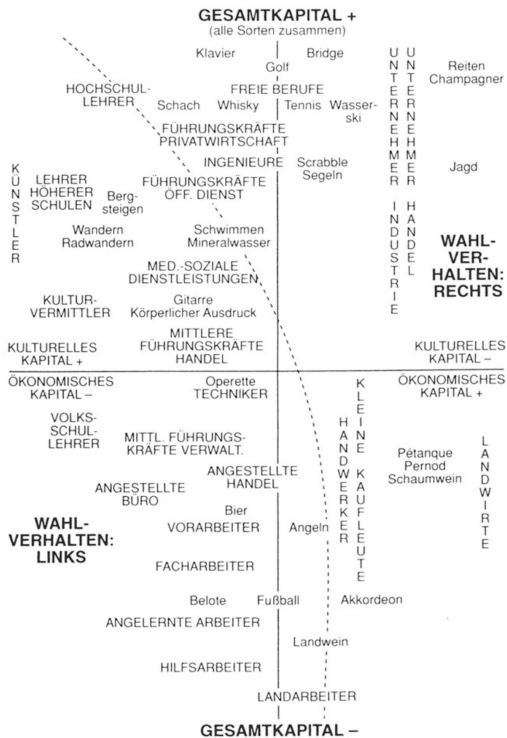
Freizeitgestaltungen, des Nahrungsmittelkonsums, etc. Sogar Wahlverwandtschaften (also Sympathien, Partnerwahlen) sind durch den Habitus geprägt (Bourdieu 1987a, S. 277–278, 373–378, 1987b, S. 101–103). Doch auch je nach Feld werden andere Praktiken an den Tag gelegt, da die Logik des jeweiligen Feldes bestimmt, welche Kapitalsorten gewinnbringend eingesetzt werden können (1987a, S. 193–195). Bourdieu selbst fasst diese Logik mit folgender Formel zusammen: »[(Habitus) (Kapital)] + Feld = Praxis« (1987a, S. 175).

»Die Konditionierungen, die mit einer bestimmten Klasse von Existenzbedingungen verknüpft sind, erzeugen die Habitusformen als Systeme dauerhafter und übertragbarer Dispositionen, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, d. h. als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen, die objektiv an ihr Ziel angepasst sein können, ohne jedoch bewusstes Anstreben von Zwecken und ausdrückliche Beherrschung der zu deren Erreichung erforderlichen Operationen vorauszusetzen, die objektiv »regelt« und »regelmäßig« sind, ohne irgendwie das Ergebnis der Einhaltung von Regeln zu sein, und genau deswegen kollektiv aufeinander abgestimmt sind, ohne aus dem ordnenden Handeln eines Dirigenten hervorgegangen zu sein.« (Bourdieu 1987b, S. 98–99)

Wie in diesem Zitat ebenfalls erwähnt wird, entstehen durch die Klassenspezifisch typischen Kapitalvolumen auch verschiedene Klassenhabitus.²⁹ Betrachtet man zusätzlich die Sphäre der Lebensstile als Ausprägungen der Habitus differenzieren sich die Klassen noch zusätzlich in Milieus, die sozioökonomisch und Lebensstiltechnisch homogen sind (Bourdieu 1987b, S. 112–114; Rehbein und Saalman 2014b, S. 115). So ist es Bourdieu möglich, den sozialen Raum komplexer und differenzierter darzustellen als es mit strikt hierarchischen Klassenkonzepten (Kap. 5.1.1) möglich wäre. In »Die feinen Unterschiede« (1987a) bspw. stellt Bourdieu den sozialen Raum mit Hilfe von Korrespondenzanalysen dar (siehe Blasius (2001, 2010), Fromm (2012) oder Kap. 5.2.2). Diese Analysen ergeben einen zweidimensionalen Raum, in dem das Kapitalvolumen seiner Befragten bzw. Interviewpartner, sowie deren Lebensstil-Merkmale dargestellt sind (Bourdieu 1987a, S. 407–416; siehe Abb. 10). Die Korrespondenzanalyse ist für Bourdieu deswegen das statistische Mittel der Wahl, weil dieses strukturerdeckende Verfahren, das sich auf die statistische Nähe und Distanz zwischen Variablenausprägungen fokussiert, seinem Verständnis des sozialen Raums entspricht (Blasius und Schmitz 2013, S. 203–205). »Der soziale Raum weist [...] eine Struktur von wahrscheinlichen Annäherungen oder Distanzierungen auf,

29 Bourdieus Verwendung des Klassenbegriffes ist nicht so eindeutig wie bei Marx oder Weber. Vielmehr benutzt er mehrere Klassenbegriffe gleichzeitig. Interessierte Leser finden eine Darlegung von Bourdieus Klassenbegriffen bei Rehbein et al. (2014) In diesem Kapitel wird Bourdieus Verständnis der theoretischen Klasse – also der homogenen Ausstattung mit Kapital – zugrunde gelegt.

von wahrscheinlicher sozialer Nähe oder Distanz zwischen den Individuen [...]« (Bourdieu 2001c, S. 128–129).



Raum der sozialen Positionen und Raum der Lebensstile

(Schema aus *Die feinen Unterschiede*, S. 212–213, vereinfacht und auf einige signifikante Indikatoren für Getränke, Sport, Musikinstrumente oder Gesellschaftsspiele verkürzt.)
Die gepunktete Linie zeigt den Verlauf der Grenze zwischen einer eher linken bzw. eher rechten politischen Orientierung an.

Abbildung 10: Vereinfachte Darstellung des sozialen Raums in "Die feinen Unterschiede" (1987a)

Quelle: Suderland 2014b, S. 221

Die Ergebnisse von Bourdieus Untersuchung (1987a) sind so komplex, dass sie in diesem Kapitel nicht in allen Details behandelt werden können. Dennoch sollen einige der wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst werden. Der Klassenkampf findet laut Bourdieu zu einem signifikanten Anteil über die gegenseitige Abgrenzung der Milieus durch ihren Lebensstil statt. Der Lebensstil bietet drei Aspekte, durch die man sich distinguieren kann: konsumierte Nahrungsmittel, die konsumierte Kultur (Literatur, Sport, Musik, etc.) und die Selbstdarstellung

durch Kleidung oder Schönheitspflege (1987a, S. 298–299). Höhere Klassen konzentrieren sich meist auf wenig verbreitete Konsumgüter, da weitverbreitete sich nicht zur Abgrenzung eignen (1987a, S. 355–362). Wie in Abbildung 10 dargestellt, investieren höhere Klassen bspw. mehr (ökonomisches, kulturelles und symbolisches) Kapital in teuren Champagner, während niedrigere Klassen bodenständiges Bier bevorzugen.

Im Feld der Kunst wiederum muss kulturelles Kapital eingesetzt werden, um Kunstwerke richtig verstehen zu können. Hochkulturelles Verstehen fokussiert sich dabei auf die Form der Kunst, weshalb auch jene Werke hochgeschätzt werden, die keine eindeutigen Motive darstellen (z.B. abstrakter Expressionismus). Je mehr Zeit, Arbeit und Kapital der Betrachter in den Konsum oder in das Verständnis des Werkes investieren muss, desto mehr eignet es sich zur Distinktion und wird deswegen von den höheren Klassen wertgeschätzt. Werke, die von unteren Klassen konsumiert werden, setzen diese Investition nicht voraus und werden deswegen als trivial abgetan. Der ästhetische Geschmack der niedrigeren Schichten fordert von der Kunst dagegen einen Bezug zum echten Leben, Eskapismus oder die verständliche Darstellung eines konkreten Motivs. Sie lehnen Kunst, die sich auf die Form statt den Inhalt konzentriert als elitär, weltfremd oder nutzlos ab (1987a, S. 17–27, 62–99).

»Worum es geht, ist die ›Persönlichkeit‹, d. h. die Qualität der Person, die sich in der Fähigkeit beweist, sich einen qualitativ hochwertigen Gegenstand anzueignen. Von höchstem Distinktionsvermögen ist das, was am besten auf die Qualität der Aneignung, also auf die des Besitzers schließen lässt, weil seine Aneignung Zeit und persönliche Fähigkeiten voraussetzt, da es – wie Vertrautheit mit Bildender Kunst oder Musik – nur durch anhaltende Investitionen von Zeit und nicht rasch oder auf fremde Rechnung erworben werden kann, und daher als sicherstes Zeugnis für die innere Qualität der Person erscheint.« (Bourdieu 1987a, S. 439–440)

Dasselbe Muster ergibt sich beim Konsum von Nahrungsmitteln, Möbelstücken, o.ä. Während die höheren Klassen auf »zweckfreien Luxus« (Bourdieu 1987a, S. 102–103) setzen, wird der Verzicht, dem niedrigere Klassen durch geringeres Kapitalvolumen ausgesetzt sind, als Tugend rationalisiert und wiederum zur Distinktion von den elitären Klassen verwendet (1987a, S. 288–298, 519–531).

»Die feinen Unterschiede« (1987a) sind aus zwei Gründen für die vorliegende Monographie von Bedeutung. Zum einen ist die Distinktion zwischen Gruppen auf Basis des Lebensstils ein geeignetes Beispiel für ideologische Auseinandersetzungen, insbesondere wenn die strukturell bedingten Unterschiede im Konsum während eines Konfliktes als Heuristik für die Intelligenz, Kompetenz oder das Anrecht auf Teilhabe an einem spezifischen Feld benutzt werden. Dies wird im Kontext der Definition von Ideologie noch einmal detaillierter begründet (siehe Kap. 3), doch bereits an dieser Stelle dürfte die Ideologiehafte von Abgrenzung vorausgesetzt werden.

Zum anderen ist Bourdieus Buch für die Ideologieforschung bedeutsam, weil er sich in den letzten Kapiteln auf die politischen Haltungen fokussiert, die ebenfalls Teil des Habitus sind. Die politische Orientierung ist für ihn Ausdruck der subjektiven Sicht auf die eigene Position im sozialen Raum. Daraus folgen Einstellungen, mit denen der Träger des Habitus seine Position verbessern möchte. Da die subjektive Sicht auf die eigene Position bedeutsamer ist als die objektive Position, können so auch Einstellungen zustande kommen, die den objektiven Klasseninteressen – um Marx' Terminologie zu verwenden – widersprechen (Bourdieu 1987a, S. 687–688, 710). Daraus folgt, dass politische Ideologien im sozialen Raum positioniert werden können. In Abb. 10 wurde bereits die Wahlpräferenz in den sozialen Raum eingezeichnet. Rechtes Wahlverhalten bzw. libertäre Einstellungen sind in jenen Sphären verbreitet, die insgesamt mehr Kapitalvolumen und eine gute sozioökonomische Position aufweisen, während linke bzw. sozialistische Einstellungen am entgegengesetzten Ende des sozialen Raums verortet sind. Allerdings können auch Personen, die einen hohen sozioökonomischen Status innehaben, linksorientiert sein. Dies ist bspw. bei Künstlern und Lehrern der Fall (1987a, S. 686–690). Wichtig zu berücksichtigen ist an dieser Stelle, dass »rechts« im Französischen eine andere Bedeutung hat als im Deutschen. »Droite« beschreibt eine kapitalismusfreundliche, libertäre Einstellung und keine Ideologie der Ungleichwertigkeit wie im Deutschen (Hermann und Leuthold 2003, S. 15).

Wer dagegen von sozialem Abstieg bedroht ist, entwickelt tendenziell konservative Haltungen (1987a, S. 711). Eine Begründung hierfür kann sein, dass Menschen im Sinne des rationalen Eigeninteresses das existente System – also die Klassenstruktur und deren Verteilungsmechanismen der Kapitalsorten – bewahren möchten. Zusätzlich kann eine generelle Tendenz zur Systemlegitimierung postuliert werden (Kap. 2.2.3.5). Alternativ können sich konservative Haltungen im Laufe des Lebens verstärken, da der Habitus immer die Strukturen wiedergibt, durch die er erzeugt wurde. Wenn sich die sozialen Gegebenheiten verändern, reagiert der Habitus darauf immer nur zeitversetzt, was Bourdieu mit dem Hysteresis-Effekt beschreibt (Sunderland (2014a)). Da der Habitus immer jene Strukturen erhalten oder wiederherstellen will, die ihn erschaffen haben, steigt der Konservatismus für Bourdieu naturgemäß mit dem Lebensalter an (Bourdieu 1987a, S. 553–555; Rehbein und Saalman 2014b, S. 114).

Obwohl oder gerade weil Bourdieus Werk viel zur Fragestellung, die in dieser Monographie aufgegriffen wurde, beigetragen hat, gibt es auch einige Kritikpunkte, die diskutiert werden müssen. Zum einen ist Bourdieus methodisches Vorgehen in »Die feinen Unterschiede« nur sporadisch dokumentiert. Es ist bspw. nicht deutlich, ob die Lebensstilmerkmale als aktive oder passive Variablen in die Korrespondenzanalyse eingeflossen sind. Wenn sie wie aktive behan-

delt wurden, haben sie die Achsen in Abb. 10 mitbestimmt, während sie das als passive nicht getan hätten (Kap. 5.2.2). Das bedeutet, dass es als Leser nicht nachvollziehbar ist, ob der Zusammenhang zwischen Lebensstil und Position im sozialen Raum tatsächlich besteht oder durch die Korrespondenzanalyse künstlich erzeugt oder aufgebläht wurde (Lenger et al. 2013, S. 30; Suderland 2014b, S. 224; Vester et al. 2015, S. 211).

Doch auch auf konzeptueller Ebene wurde Bourdieu kritisiert. Beispielsweise bleibt unklar, in welcher Lebensphase die Inkorporierung des Habitus stattfindet. Das liegt auch daran, dass Bourdieu nicht auf eine Konzeption wie die der Mannheimschen Schichten der Erlebniseindrücke zurückgreift. Somit ist nicht klar, ob Erlebnisse aus der Kleinkindzeit, aus der Jugend, der Pubertät, dem jungen Erwachsenenalter oder aus jeweils aktuellen Lebensphasen den Habitus am stärksten prägen (Lenger et al. 2013, S. 30; Rehbein und Saalman 2014b, S. 115–117). Und selbst wenn man die Frage nach der Erlebnisschicht beantworten könnte, wäre noch nicht geklärt, welche Art von Erlebnissen den Habitus besonders prägt. Sind es v.a. die sozialstrukturellen Erfahrungen oder sozialen Beziehungen, die den Habitus bestimmen? Damit ist auch das Ausmaß der Determination des Habitus durch die materiellen Lebensbedingungen unklar (Lenger et al. 2013, S. 30; Rehbein und Saalman 2014b, S. 115–116).

Weitere Kritik betrifft Bourdieus Reduktion des Individuums auf seine soziale Klasse. Diese Kritik wurde v.a. vor dem Hintergrund der Individualisierungsthese (Rehbein und Saalman 2014b, S. 116) bzw. der postmodernistischen Phase in der Sozialstrukturanalyse formuliert, deren Vertreter davon ausgehen, dass Ungleichheitsstrukturen immer individueller werden (Grusky und Ku 2008, S. 11–12).

Die letzte Kritik, die an dieser Stelle von Bedeutung ist, bezieht sich auf Bourdieus Auswahl an relevanter Variablen zum Aufspannen des sozialen Raums. Zum einen werden askriptive Merkmale wie die Ethnie nicht berücksichtigt, obwohl diese die Position im sozialen Raum in Form von Diskriminierungen oder anderen Formen der Benachteiligung mitbestimmt. Außerdem lässt Bourdieu in seiner Betrachtung des Berufs Studenten, Hausfrauen bzw. -männer und Erwerbslose außen vor (Sunderland 2014b, S. 224). Somit ist seine Konzeption des sozialen Raums unterkomplex. Will man den Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Position und Ideologie möglichst ganzheitlich erfassen, darf man sich nicht nur auf Erwerbstätige fokussieren, weil somit inhaltlich hoch relevante Gruppen aus der Analyse ausgeschlossen würden.

2.3.4 Michael Vester: Soziale Milieus und politische Lager

In der Tradition von Bourdieus Analysen des sozialen Raums untersuchen Michael Vester (1998) und Vester et al. (2015) die west- und ostdeutsche Milieustruktur im sozialen Raum, deren Habitus und deren zeitliche Entwicklung (Vester 1998, S. 4–5; Vester et al. 2015, S. 23–24). Im Gegensatz zu Bourdieu liegt der Fokus dabei auf Milieus und nicht auf sozialen Klassen.

»Milieus bezeichnen Gruppen mit ähnlichem Habitus, die durch Verwandtschaft oder Nachbarschaft, Arbeit oder Lernen zusammenkommen und eine ähnliche Alltagsstruktur entwickeln. Sie sind einander durch soziale Kohäsion oder auch nur durch ähnliche Gerichtetheit des Habitus verbunden. Insofern sie ähnliche Orte im sozialen Raum einnehmen, sind sie die historischen Nachfahren der sozialen Klassen, Stände und Schichten.« (Vester et al. 2015, S. 24–25)

Die Konzeptionierung des sozialen Raums baut auf der von Bourdieu auf. Zu jedem Zeitpunkt sind alle Milieus, die in einer gegebenen Gesellschaft existieren, in einem zweidimensionalen Raum verortet, der durch zwei Achsen aufgespannt wird (Abbildung 11). Die vertikale Achse spiegelt die Herrschafts- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft wider, an deren Extrema ein »oben« und »unten« liegen. Dadurch unterteilt diese Achse den sozialen Raum in verschiedene Klassenfraktionen, in denen verschiedene Milieus unterschieden werden können. Die horizontale Achse stellt die Arbeitsteilung dar, die v.a. durch die Verteilung von kulturellem Kapital geprägt ist. Auf der linken Seite des sozialen Raums in Abb. 11 sind jene Milieus verortet, die über ein hohes Maß an kulturellem Kapital verfügen, auf der rechten Seite sind entsprechend jene zu finden, die wenig kulturelles Kapital aufweisen. Das Ausmaß an kulturellem Kapital wirkt sich wiederum auf den Habitus der entsprechenden Milieus aus. Die Milieustruktur, die in diesem zweidimensionalen Raum nachgezeichnet werden kann, ist jedoch immer nur eine Momentaufnahme, die sich durch historische Entwicklungen verändern kann. Insofern müsste die Geschichte als dritte Achse in Abb. 11 eingezeichnet werden, worauf aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet wird. Als vierte Achse fügen Vester und Kollegen die der institutionalisierten Felder hinzu, auf der sich die Felder des Habitus und der Lebensführung, der gesellschaftspolitischen und ideologischen Lager, korporativen Interessensvertretung, beruflichen Position im Erwerbssystem und der politisch-staatlichen Repräsentation befinden. In Abbildung 12 ist diese Achse als zweite Schicht über den gesamten sozialen Raum gelegt (Vester et al. 2015, S. 24–36, 80, 156, 179–184).

Die in Abb. 11 dargestellte Milieustruktur ist jedoch – wie oben erwähnt – nur eine Momentaufnahme. Da sich die Gesellschaft im Verlauf der historischen Entwicklung stetig verändert, verändert sich auch die Verteilung der Milieus, oder Milieus werden neu erschaffen oder von anderen einverleibt. Neue Milieus ent-

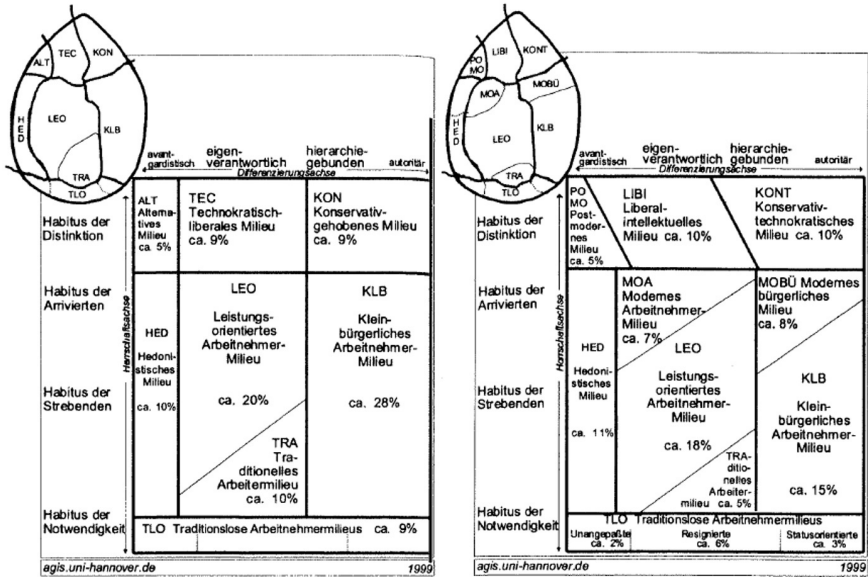


Abbildung 11: Milieustrukturen Westdeutschland (1982 links, 1995 rechts)

Quelle: Vester et al. 2015, S. 48–49

stehen dabei stets aus Veränderungen des Habitus, was wiederum auf Veränderungen der sozialen Strukturen zurückgeht (Vester et al. 2015, S. 328). Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, dass neue Generationen ihre Habitus aus dem Nichts heraus entwickeln. Stattdessen argumentieren Vester et al. (2015), dass diese neuen Habitus nur modernisierte, also an die neuen Gegebenheiten angepasste Formen der Habitus ihrer Elterngeneration sind. Obwohl sich also die Lebens- und Distinktionspraktiken der neuen Milieus in ihrer Ausdrucksform von denen der alten unterscheiden, gehen sie auf dieselben Grundmuster zurück. Diese intergenerationalen Modernisierungen von Habitus werden als Habitus-Metamorphosen bezeichnet (Vester et al. 2015, S. 33–36, 218, 311–327). Diese neuen sozialen Milieus der Nachfolgegeneration und der intergenerationale Zusammenhang der jeweiligen Habitus werden von Vester et al. (2015) eingehend studiert, wodurch sie den sozialen Raum jeweils zu zwei verschiedenen Zeitpunkten darstellen konnten (Abb. 11). Da der Fokus dieser Monographie jedoch nicht auf intergenerationaler Vererbung von Ideologien liegt, werden diese neuen sozialen Milieus hier nicht genauer ausgeführt.³⁰

³⁰ Interessierte Leser seien auf Vester et al. 2015, S. 328–369 verwiesen.

Die zentralen Modernisierungsprozesse, die diese Habitus-Metamorphosen erzeugen, können in dieser Monographie ebenfalls nicht ausgiebig diskutiert werden. Allerdings sollen die wichtigsten dennoch genannt werden. Seit den 1950er Jahren veränderte sich der Arbeitsmarkt durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, sowie der Öffnung des Bildungssystems und der Ausdifferenzierung der Berufsgruppen in Verbindung mit sozialen Schließungsprozessen, die Aufstiege limitieren. In Kontext der Ausdifferenzierung der Berufsgruppen entwickelte sich eine Kategorie, die von Vester et al. (2015) als »neue Berufe« bezeichnet wird, während traditionelle Handwerkerberufe, Textil- und Landwirtschaftsberufe seltener wurden (Vester et al. 2015, S. 375–377, 386–390, 407–413).

»Unter der Bezeichnung ›neue Berufe‹ haben wir Berufe zusammengefasst, die in erhöhtem Maße Bildung, Eigenverantwortung und kommunikative Kompetenz, d.h. kulturelles Kapital voraussetzen. Diese Charakterisierung findet sich in typischer Weise in bestimmten Tätigkeitsfeldern wieder. Hierzu gehören insbesondere die Tätigkeiten der Datenverarbeitung, der technischen und wissenschaftlichen Planung und Forschung, der Ausbildung, der Information sowie der sozialpflegerischen Hilfe [...]« (Vester et al. 2015, S. 423)

Diese neuen Berufe bündeln sich im rechten Modell in Abb. 11 auf der linken Seite der horizontalen Achse. Da neue Berufe vor allem von Jüngeren (insb. jüngeren Frauen) ausgeübt werden, kann in derselben Darstellung auch die Generationenfolge durch diagonale Trennlinien zwischen den modernen und traditionellen Milieus innerhalb der mittigen Klassenfraktion angedeutet werden (Vester et al. 2015, S. 24, 422–426).

Das Konservativ-Technokratische Milieu (KONT) ist die modernisierte Form des Milieus, das 1982 noch als konservativ-gehoben bezeichnet wurde. Es zeichnet sich durch hohe Bildungsabschlüsse und mittlere bis hohe Einkommen aus. Menschen in diesem Milieu sind entweder selbstständig oder als Freiberufler, Wissenschaftlicher oder qualifizierte und leitende Angestellte tätig. Da sich in diesem Milieu auch viele Rentner wiederfinden, liegt das mittlere Alter über dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Ihr Habitus zeichnet sich durch Askese, Selbstdisziplin, Respekt vor den sozialen, hierarchischen Strukturen, Bedürfnis nach gesamtgesellschaftlicher Harmonie und einer Präferenz für distinktiven Konsum und Kulturgeschmack aus (Vester et al. 2015, S. 37, 505–506).

Das Liberal-intellektuelle Milieu (LIBI) beinhaltet die aufgeklärte, ökonomisch privilegierte akademische Elite, leitende Angestellte, Beamte und Freiberufler. Das schließt sowohl jene ein, deren Elterngeneration bereits aus diesem Milieu stammen, sowie soziale Aufsteiger. Während die erste Gruppe vermehrt einen elitären Progressivismus pflegt (z.B. Distinktion in Kunstgeschmack), grenzt sich die Aufsteigergruppe von diesem Elitismus und der Kochkultur ab,

um individuelle Lebensstile zu entwickeln. In beiden Gruppen herrscht jedoch ein starkes Arbeitsethos, das die eigene Position im sozialen Raum durch eigene Leistung legitimiert. Außerdem fordern sie die Chancengleichheit für alle gesellschaftlichen Gruppen. Das politische Engagement für dieses Ziel ist bei den Aufsteigern jedoch aufgrund ihrer skeptisch-zynischen Distanz zur Politik gedämpft. Den Wandel vom technokratisch-liberalen Milieu (1982) zum LIBI (1995) vollzog sich v.a. durch die Verstärkung der Distinktion und die Aufnahme der meisten Mitglieder des alternativen Milieus (Vester et al. 2015, S. 37–38, 506–509).

Das alternative Milieu von 1982 bestand überwiegend aus Akademikern und Studenten. Es erhob Ansprüche auf Selbstverwirklichung und Authentizität. Als die Werte der Askese und des politischen Engagements an Bedeutung verloren, verschmolz es in den 1990er Jahren mit dem LIBI-Milieu. Stattdessen blieb das postmoderne Milieu (POMO), das sich als ästhetische Avantgarde versteht, Kultur- und Medienberufe ausübt und Hedonismus ohne soziale Verpflichtungen betont. Hier finden sich überwiegend jüngere Singles mit hohen Bildungsabschlüssen (Vester et al. 2015, S. 39, 509–510).

Diese drei Milieus sind von den restlichen durch die Grenze der Distinktion getrennt. Diese verdeutlicht die Grenze zwischen den oberen und mittleren Milieus, die sich v.a. durch ihren Geschmack unterscheiden. Die Mitglieder dieser oberen Milieus werden von den niedrigeren Milieus entweder als Vorbilder oder als elitär und dünkelfhaft wahrgenommen (Vester et al. 2015, S. 26).

Im kleinbürgerlichen Arbeitnehmersmilieu (KLB) finden sich Personen mit begrenztem und nicht modernisiertem Bildungskapital. Typische Berufe in dieser Gruppe sind Bäcker, Metzger, Tischler, Landwirte, Bergleute, Schweißer, Schlosser, Mechaniker, Meister, oder kleine und mittlere Bürokräfte. Durch ihren konservativen Respekt vor der sozialen Ordnung streben sie keinen sozialen Aufstieg an, sondern finden sich mit ihrer Position im sozialen Raum ab. Das Arbeitsethos setzt besonders auf Pflichterfüllung. Die Arbeit wird nicht zur Selbstverwirklichung ausgeübt, sondern dient dazu, der eigenen Familie ein gesichertes Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig wird die eigene Respektabilität demonstriert, wobei auf zweckfreien Luxuskonsum verzichtet wird. Jüngere, die sich modernere Ausbildungen und damit auch mehr kulturelles Kapital aneignen konnten, bekleiden sichere Positionen in handwerklichen und kaufmännischen Berufen und machen das Milieu des modernen Kleinbürgertums (MOBÜ) aus (Vester et al. 2015, S. 41–42, 518–521).

Das traditionelle Arbeitersmilieu (TRA) zählt 1995 nur noch 5 % der Bevölkerung, da Jüngere in andere Milieus abgewandert sind. In diesem Milieu herrscht ein Habitus der Bescheidenheit und Einschränkung. Selbstlob oder zweckfreies Konsumieren werden abgelehnt. Das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabili-

tät wird durch behutsamen Umgang mit Eigentum und Solidarität mit dem eigenen sozialen Netzwerk erfüllt. Zusammenhalt und gegenseitige Anerkennung (auch durch gute fachliche Arbeit) sind wichtiger als sozialer Aufstieg (Vester et al. 2015, S. 40, 511–514). Das Leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu (LEO) fokussiert sich stattdessen auf beruflichen Aufstieg, und die eigene Position im sozialen Raum wird als Resultat der eigenen Leistung wahrgenommen. Dieser Aufstieg soll durch Investition in die Bildung erreicht werden, wodurch mehr kulturelles Kapital angehäuft wird als im KLB-Milieu. Die Arbeit (meist als spezialisierte Facharbeiter in der Metall- und Bauindustrie, Angestellte oder Bürokräfte in Banken oder Versicherungen) soll ein gesichertes Leben, Anerkennung, demonstrierbare Erfolge und die Teilhabe am Konsum erlauben (Vester et al. 2015, S. 40–41, 514–516). Zuletzt hat sich seit den 1980er Jahren das Milieu der modernen Arbeitnehmer (MOA) entwickelt, die über hohe und moderne Berufsausbildungen verfügen, aber den Habitus der traditionellen Arbeiter übernommen haben. Das Bedürfnis nach Hedonismus wird nur innerhalb rationaler Grenzen ausgelebt, beruflicher Ehrgeiz zum Aufstieg und die Zufriedenheit mit dem eigenen sozialen Netzwerk halten sich gegenseitig die Waage (Vester et al. 2015, S. 41, 516–518).

Das hedonistische Milieu (HED) stellt kein stabiles soziales Milieu dar, sondern spiegelt die Abgrenzung der Jugend (einschließlich der 20–30jährigen) von den Habitus der Leistungsorientierung und Pflichtmoral der Elterngeneration wider. Hierzu werden ein radikaler Antikonformismus und Individualismus zelebriert und die Selbstverwirklichung im Konsum gesucht. Allerdings begrenzt sich diese Rebellion auf die eigene Freizeit, während die Arbeit dennoch gewissenhaft ausgeübt wird (Vester et al. 2015, S. 42, 521–522).

Diese mittleren Milieus heben sich durch eine weitere Grenze, die waagrecht durch den sozialen Raum verläuft, von den niedrigsten Milieus ab. Diese wird von Vester et al. (2015) als die Grenze der Respektabilität bezeichnet:

»Die Respektabilität besteht für die mittleren Milieus in einem gesicherten und anerkannten sozialen Status, der auf geordnete und stetige Arbeits- und Lebensverhältnisse gegründet und in einer bestimmten Leistungs- oder Pflichtethik verinnerlicht ist. Die Kultur der unterprivilegierten Milieus ist dagegen auf eine Situation sozialer Unsicherheit und Abhängigkeit, die die Betroffenen wenig beeinflussen können, abgestimmt« (Vester et al. 2015, S. 503–504)

Unter dieser Grenze befindet sich das Traditionslose Arbeitnehmermilieu (TRO). Der aus dieser sozialen Lage entwickelten Habitus fokussiert sich auf die Gegenwart, statt lange Berufskarrieren vorzuplanen. Entlastung durch gegenseitige oder staatliche Hilfen geht mit einem auf das Hier und Jetzt fokussierten Hedonismus einher. Politik und Bildung werden fatalistisch betrachtet. Investitionen in Bildung zahlen sich im Habitus der TROs nicht aus, sie wären also nur ver-

geudete Zeit und Mühen. Innerhalb dieser TRO-Milieus finden sich drei zentrale Untergruppen. Die Unangepassten konzentrieren sich mehr auf ihren Hedonismus statt auf das langfristige Erarbeiten von Kapital. Sie zeigen wenig Respekt gegenüber dem Staat, der Hochkultur oder anderen Institutionen. Entsprechend niedrig ist auch ihr politisches Engagement. Die Statusorientierten folgen den Werten der Respektabilität und Pflichtmoral, um ihrer Familie durch Arbeit ein gutes Leben zu ermöglichen. Hierfür kontrollieren sie ihr Bedürfnis nach Genuss und Spaß. Die Resignierten sind der Idee von Erfolg und Aufstieg gegenüber jedoch distanziert. Sie glauben nicht (mehr) an die Werte der Respektabilität, sondern sind überwiegend fatalistisch (Vester 1998, S. 18–20; Vester et al. 2015, S. 42–43, 522–525).

Auch die Milieus der gesellschaftlichen Mitte – also zwischen der Grenze der Distinktion und der Respektabilität – können prinzipiell noch weiter unterteilt werden. Betrachtet man sich die Arbeitsteilung innerhalb dieser Milieus erkennt man typisch weibliche und männliche Berufe, die ebenfalls hierarchisch strukturiert sind (Vester et al. 2015, S. 55–57, 247–248).

»Wollten wir die Lage der Berufe graphisch im sozialen Raum nach der Zahl der Erwerbstätigen und nach Geschlecht darstellen, würden wir zu tropfenförmigen Gebilden kommen. In der zahlenmäßig dünn besetzten »Spitze« der Tropfen fänden wir die akademischen Berufspositionen, mehrheitlich mit Männern besetzt. Im »Bauch« des Tropfens fänden wir dementsprechend die nichtakademischen, mehrheitlich mit Frauen besetzten Berufspositionen.« (Vester et al. 2015, S. 414)

Für diese Monographie von besonderem Interesse sind allerdings die Untersuchungen von Vester (1998) und Vester et al. (2015), die diese Milieustruktur mit den Politikstilen der Menschen in Verbindung setzt. Der Begriff des Politikstils steht dabei nicht nur für die Ideologie der Befragten, sondern auch für deren Einstellung gegenüber Politikern, Wahlpräferenzen, ihr politisches Engagement und eventuelle Gewerkschaftsmitgliedschaften. Dadurch identifizieren Vester et al. (2015) sechs gesellschaftspolitische Lager, die in Abbildung 12 dargestellt sind. Gesellschaftspolitische Lager sind Gruppen, »die sich nach ihren gesellschaftspolitischen oder weltanschaulichen Grundauffassungen relativ deutlich voneinander abgrenzen« (2015, S. 103). Wie in Abb. 12 deutlich wird, bilden Milieus nicht ihre jeweils eigenen politischen Lager aus, sondern Lager befinden sich in einer eigenen Ebene, die man über den sozialen Raum legen kann. Sie können also auch durch Koalitionen zwischen verschiedenen Milieus im Raum zustande kommen (Vester 1998, S. 13; Vester et al. 2015, S. 184–188).

Das Radikaldemokratische Lager (RAD) findet sich v.a. in den POMO und LI-BI-Milieus, also jenen mit hohen Ausstattungen an ökonomischem und kulturellem Kapital. Sie stammen aus hochgebildeten Familien und sind überdurch-

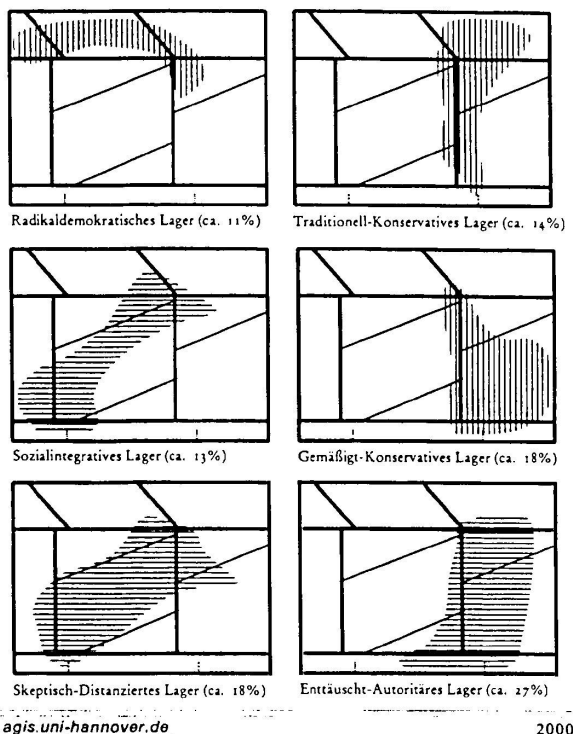


Abbildung 12: Gesellschaftspolitische Lager und deren Verortung im sozialen Raum (Westdeutschland 1995)

Quelle: Vester et al. 2015, S. 59

schnittlich jung. Sie sind politisch hochengagiert und ihre wichtigsten Ziele sind mehr demokratische Rechte für den einzelnen Bürger, Frauen und Migranten. Auch Umweltforderungen sind in diesem Lager weit verbreitet. Diese egalitäre Grundeinstellung vermengt sich mit neoliberalen Tendenzen. Die hohe Position im sozialen Raum wird durch eigene Leistung erklärt und Belange der Arbeiterschicht finden trotz einer Ablehnung von Sozialdarwinismus wenig Unterstützung (Vester 1998, S. 16; Vester et al. 2015, S. 59–60, 450–454).

Direkt unter den RAD liegt im sozialen Raum das Sozialintegrative Lager (SOZ). Dieses Lager speist sich aus den mittleren Klassenfraktionen mit erhöhtem kulturellem Kapital. Die Mitglieder sind eher jünger, der Altersschwerpunkt liegt zwischen 20 und 29 Jahren. Dadurch befinden sich auch viele (20 %) noch in Ausbildung. Die meisten Menschen aus dem SOZ-Lager stammen aus Facharbeiter und Handwerkerfamilien. Entsprechend stützt sich das Verständnis des Leistungsprinzips auf die fachliche Kompetenz und individuelle Verantwortung.

Gleichzeitig wird jedoch die Chancengleichheit für alle Menschen betont und rücksichtsloser Egoismus in der Wirtschaft abgelehnt. Die Belange der Arbeiter werden besonders betont (z.B. sozialstaatliche Forderungen). Gleichzeitig sind die Mitglieder des SOZ-Lagers politisch enttäuscht und engagieren sich deswegen eher basispolitisch (Vester et al. 2015, S. 60, 446–449).

Die Skeptisch-Distanzierten (SKED) verfügen über etwas weniger kulturelles Kapital als die SOZ. Hier finden sich v.a. Vor- und Facharbeiter, qualifizierte Angestellte und Beamte mit mittleren Bildungs- und Einkommensniveaus. Die Elterngeneration stammte noch aus der Handwerker- und Arbeiterschaft, insofern umfasst dieses Lager die Gewinner der Bildungsreform. Dieses Lager verbindet die sozialstaatlichen Forderungen des SED-Lagers mit starker politischer Verdrossenheit, die sich in einer zynischen Distanz zu Politikern ausdrückt. Auch neue soziale Bewegungen werden als elitär abgelehnt. Dieser Zynismus mündet zwar nicht in Ressentiments gegenüber Ausländern, doch Bestrebungen für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern werden skeptisch beäugt. Das politische Engagement der SKED fokussiert sich auf die Mitgliedschaft zu Gewerkschaften (Vester et al. 2015, S. 60, 454–457).

Auf der traditionellen, rechten Seite des sozialen Raums bündeln sich die oberen und mittleren Klassenfraktionen zum Lager der Traditionell-Konservativen (TKO). Durch den hohen Anteil an Rentnern erreicht dieses Lager ein Durchschnittsalter von 51 Jahren. Die Älteren in diesem Lager entstammen überwiegend dem KONT-Milieu, die Jüngeren eher aus dem MOBÜ. Während die Älteren überdurchschnittlich gut gebildet sind und als leitende Angestellte und Beamte tätig sind oder waren, sind die Jüngeren weniger gut gebildet und nehmen als Arbeiter und Angestellte niedrige bis mittige Positionen ein. Gleichzeitig geben sie jedoch auch das höchste Einkommensniveau aller Lager an. Das TKO-Lager hat grundsätzliches Vertrauen in das politische System und ist politisch stark interessiert, engagiert sich jedoch wenig, weil diese Arbeit der Autorität der Politiker überlassen wird. Die Bewahrung der sozialen Ordnung stellt für den Konservatismus dieses Lagers ein zentrales Ziel dar, weswegen Forderungen der Arbeiterklassen ablehnend begegnet wird. Obwohl das TKO-Lager in typisch libertärer Art auf die Selbstregulierung des freien Marktes vertrauen, wird der Sozialstaat nicht generell negativ bewertet. Migranten sollen von den Sozialleistungen dennoch ausgeschlossen werden. In Verbindung damit pflegt das TKO-Lager wohlstandschauvinistische Haltungen, die globale Ungleichheiten durch den Fleiß der Deutschen erklären (Vester et al. 2015, S. 58, 460–464).

In der konservativ geprägten gesellschaftlichen Mitte findet sich das Lager der Gemäßig-Konservativen (GKO). Leicht unterdurchschnittliche Bildungsniveaus treten in Verbindung mit durchschnittlichen Einkommen auf. Der Glaube an die Leistungsgesellschaft ist wie im TKO stark, auch der Wohlstandschauvinis-

mus tritt in diesem Lager auf, und die Arbeitsteilung wird als sinnvoll akzeptiert. Ebenfalls wird das eigene politische Engagement in einer autoritären Haltung Politikern gegenüber geringgehalten, obwohl sie klare Ansprüche erheben, was der Fokus der Politik sein soll. Als Hauptaufgabe soll die Politik für Sicherheit und Stabilität sorgen. Auch Ressentiments gegenüber Ausländern treten in diesem Lager nicht in starken Maßen auf. Feministische Forderungen wird dagegen mit Skepsis begegnet. Umweltforderungen und jene der neuen sozialen Bewegungen können akzeptiert werden, »wenn diese mit ›kühlem Sachverstand‹ und ›menschlichen‹ Umgangsformen einhergehen« (2015, S. 459). Insofern sind die Mitglieder des GKO-Lagers auch nicht-autoritären Politikstilen gegenüber prinzipiell offen (Vester et al. 2015, S. 457–460).

Das letzte politische Lager ist das der Enttäuscht-Autoritären (EA), das weiter in die Enttäusch-Apathischen (EApAth) und Enttäuscht-Aggressiven (EAggr) unterteilt werden kann. Das EApAth-Lager speist sich überwiegend aus dem TLO-Milieu, während das Lager der EAggr zu gleichen Teilen in den TLO-, den KLB- und LEO-Milieus verortet ist. Das Lager der EApAth weist das niedrigste Bildungs- und Einkommensniveau auf und umfasst Erwerbslose, Rentner, un- oder angelernte Facharbeiter und ausführende Angestellte. Sie pflegen einen ausgeprägten Fatalismus gegenüber der vertikalen sozialen Ordnung, der mit dem anomischen Bild einer Ellenbogen-Gesellschaft einhergeht, in der jeder für sich selbst sorgen muss. Ihre Abstiegs- und Zukunftsängste resultieren im Wunsch nach dem Ausbau des Sozialstaats, dem Festhalten an Traditionen und der Ausgrenzung von Frauen und Ausländern. Ihre politische Verdrossenheit begünstigt die Wahl von rechtspopulistischen Parteien (Vester et al. 2015, S. 60, 464–467). Die EAggr weisen dagegen das höchste Durchschnittsalter auf (51 Jahre), wobei die über 50-jährigen stark überrepräsentiert sind. Obwohl das Einkommensniveau im Mittel über dem des EApAth-Lagers liegt, finden sich hier auch viele Rentner, Erwerbslose und Hausfrauen mit Nebenerwerb. Typische Berufe in diesem Lager sind un- und angelernte Arbeiter, ausführende und qualifizierte Angestellte, statusbedrohte Selbstständige und Landwirte und -arbeiter. Statt dem Fatalismus der EApAth hegen die EAggr optimistische Gedanken über ihren eigenen sozialen Aufstieg. Wenn dieser Optimismus jedoch nicht erfüllt wird, stellt sich das Gefühl ein, übervorteilt worden zu sein. Weiterer Frust entsteht durch die Entwertung des traditionellen Habitus durch Modernisierungsprozesse. All das mündet in starken Ressentiments gegenüber Migranten und Politikern, einer Präferenz für einfache Lösungen für gesellschaftliche Probleme, autoritären Tendenzen und der Wahl rechtspopulistischer Parteien (Vester 1998, S. 16–17; Vester et al. 2015, S. 60, 467–471).

Fasst man diese Ergebnisse zusammen, kann man Folgendes festhalten: Die politischen Haltungen sind – um es in Mannheims Worten auszudrücken

– seinsverbunden. Der Habitus, der auch die Ideologie der Menschen umfasst, entspringt aus den jeweiligen ökonomischen Lebensbedingungen der Menschen. Betrachtet man sich die konkreten Einstellungen der einzelnen politischen Lager genauer, kann man die Achsen der ökonomischen und soziokulturellen Ideologien aus der psychologischen Forschung (Kap. 2.2.3.4) mit dieser Milieustruktur in Verbindung bringen. Neoliberale Tendenzen sind überwiegend in den oberen bzw. privilegiert-konservativen Milieus (POMO, LIBI, KONT und MOBÜ) vertreten. Genau entgegen gesetzt verläuft die Zustimmung zu sozialistischen Tendenzen im sozialen Raum. Man könnte also die Achse der ökonomischen Ideologien entlang der vertikalen Achse in Abb. 11 einzeichnen (Abbildung 13). Da auch die Milieus der oberen Mitte zu neoliberalen Tendenzen neigen, müsste diese Achse leicht schräg eingezeichnet werden. Die Achse der soziokulturellen Ideologien folgt dagegen mehr der horizontalen Arbeitsteilungsachse. Stärkerer Konservatismus wird in den Milieus KONT, MOBÜ, KLB und den Statusorientierten Teilen der TLO vertreten, während der Liberalismus eher bei den Milieus der POMO, HED und den unangepassten TLOs zu finden ist. Gleichzeitig wird Liberalismus auch mit einem höheren Bildungsniveau in Verbindung gebracht (Kap. 6), weshalb die Achse in Abb. 13 in zwei geteilt wird.

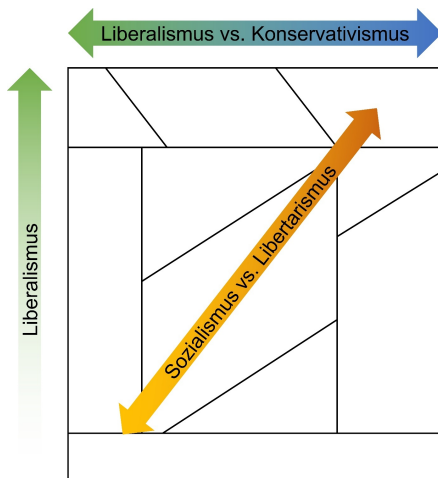


Abbildung 13: Sozialer Raum nach Vester et al. (2015, 49) mit politischen Ideologien
 Orange markiert libertäre Einstellungen, blau steht für Konservativismus, gelb für Sozialismus und grün für Liberalismus
 Quelle: Eigene Darstellung

Die Studie von Vester et al. (2015) bietet drei zentrale Vorteile gegenüber der von Bourdieu (1987a). Erstens ist die Methodik transparent aufgeführt. Zur Konstruktion des sozialen Raums, der Milieus und der politischen Lager wurde sowohl auf quantitative Methoden (Analyse von Zensusdaten, standardisierte Fragebogenbefragung), als auch auf qualitative Methoden (biografische Interviews, Beobachtungen, Dokumentenanalysen) zurückgegriffen (Vester et al. 2015, S. 211–244). Zweitens schaffen es Vester et al. durch ihren Langzeitvergleich auch die historische Entwicklung der Milieus nachzuvollziehen. Mit den qualitativen Interviews und der Befragung der Elternteile konnte auch die Habitus-Metamorphose untersucht werden. Drittens beinhaltet der soziale Raum aus Abbildung 11 auch Erwerbslose, Rentner, Auszubildende und Hausfrauen/-männer, die von Bourdieu nicht betrachtet wurden (Vester et al. 2015, S. 380).

So umfangreich die Untersuchungen von Vester et al. (2015) auch sind, bleibt ein Aspekt unbeachtet, der für diese Monographie von besonderem Interesse ist. Die bivariaten Zusammenhänge zwischen den politischen Lagern und einzelnen Merkmalen, die in der Summe die Position im sozialen Raum bestimmen, werden nicht untersucht. Damit bleibt unklar, welche Aspekte der eigenen Lebensbedingungen Menschen in Richtung welches Lagers drängen oder ob es Aspekte gibt, die sich in ihren Einflüssen gegenseitig neutralisieren. Nichtsdestotrotz ist die Arbeit von Vester et al. (2015) die bis dato ausführlichste und detaillierteste Untersuchung über die Verteilung politischer Haltungen im sozialen Raum.

2.3.5 Gerechtigkeitsforschung: Primäre und sekundäre Ideologien

Die empirische Gerechtigkeitsforschung konzentriert sich auf die Verteilung von spezifischen Gerechtigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung. Dabei können verschiedene Unterbereiche dieses Forschungsfeldes unterschieden werden. Neben der Beurteilung von bestehenden Ungleichheiten können sozialstaatliche Leistungen oder Einstellungen bezgl. konkreter Verteilungsprozesse analysiert werden (vgl. Lenger und Wolf (2016) oder Wegener (1992)). Darüber hinaus können die Verhandlungen von Gerechtigkeitskonzeptionen in öffentlichen Diskursen oder deren Widerspiegelung in individuellem Verhalten betrachtet werden (Sauer et al. 2016, S. 626). Somit ist die Gerechtigkeitsforschung ein ähnlich breites Feld wie das der Ideologieforschung. Deswegen ist es unumgänglich, für dieses Kapitel den Fokus auf jenen Teilbereich der Gerechtigkeitsforschung zu legen, der für die vorliegende Monographie von besonderer Bedeutung ist. Das ist insbesondere die Erforschung individueller Gerechtigkeitsvorstellungen und deren Verbindung zur sozioökonomischen Position ihrer Träger.

Für diesen Teilbereich der empirischen Gerechtigkeitsforschung sind das *International Social Justice Project* (ISJP) und die in dessen Rahmen publizierten Ergebnisse von zentraler Bedeutung (Lenger und Wolf 2016, S. 69–70). Das ISJP ist ein internationales Panelsurvey-Projekt, dessen erste Welle 1991 in zwölf Ländern erhoben wurde. Neben West- und Ostdeutschland waren auch die USA und postkommunistische Länder (z.B. Bulgarien, Slowenien, Estland, etc.) in diesem Sample vertreten. 1996 nahmen noch sechs Länder an der Befragung teil, weitere Erhebungen folgten in den Jahren 2000, 2006 und 2007. Inhaltlich fokussierten die Fragebögen sich jeweils auf die Gerechtigkeitsvorstellungen in Bezug auf ökonomische Themen, um diese langfristig und ländervergleichend zu betrachten (Kluegel et al. 1995, S. 2–5; Schrenker und Wegener 2007, S. 6–7).

Die Verbindung zwischen der sozioökonomischen Lage und der Gerechtigkeitsideologien wird in der empirischen Gerechtigkeitsforschung über zwei mögliche Thesen erklärt. Zunächst ist hier die *Split-Consciousness*-These von Kluegel (1989) von Bedeutung. Diese besagt, dass dieselbe Person je nach Kontext andere oder sogar widersprüchliche Gerechtigkeitsideologien an den Tag legen kann. Die angewandten Gerechtigkeitsvorstellungen können also zwischen selbst- und ordnungsbezogenen Kontexten variieren. Oder anders ausgedrückt: Menschen können im Allgemeinen eine Gerechtigkeitsideologie pflegen und in konkreten Situationen auf andere zurückgreifen (Hadler 2005, S. 135; Wegener 1992, S. 273–274; Wegener und Liebig 1995a, S. 242).

Wegener und Liebig (1991) greifen auf Kluegels These zurück und setzen sie mit der Typologie von sozialen Kontexten der Anthropologin Mary Douglas (1982) in Verbindung. »It [sozialer Kontext] consists of social action, a deposit from myriads of individual decisions made in the past, creating the cost-structure and the distribution of advantages which are the context of present-day decisions« (1982, S. 190). Dieser soziale Kontext nimmt für Douglas durch diese Verteilung von Vorteilen und die Konstruktion der Kostenstrukturen Einfluss auf den Handlungsrahmen der Individuen, die in diesem sozialen Kontext leben. Für ihre Typologie von sozialen Situationen definiert sie zwei zentrale Dimensionen: *Grid* und *Group*. *Grid* beschreibt dabei die Stärke der (vertikalen und horizontalen) Stratifikation und sozialer Schließungen in der Gesellschaft, *Group* bezieht sich auf die Stärke der Gruppenbindungen und der sozialen Zwänge auf das eigene Verhalten (Douglas 1982, S. 190–192). Obwohl Douglas' Definition des sozialen Kontexts prinzipiell auf alle sozialen Einheiten anwendbar ist, fokussieren Soziologen sich in ihrer Verwendung vor allem auf gesamtgesellschaftliche Kontexte. In dieser Makroperspektive kann davon ausgegangen werden, dass die Stärke der *Grid*- und *Group*-Komponenten einen bestimmten politischen Kontext erzeugen, der in Folge typische Denkweisen für die Mitglieder dieser Gesellschaft erzeugen. So ergeben sich vier idealtypische Kosmologien mit idealtypischen Ideologien (siehe

Abbildung 14) (Caulkins 1999, S. 110–114; Wegener und Liebig 1995b, S. 265–269, 2000, S. 182–185).

HIGH GRID

B. Fatalism Apathy, risk-averse Nature capricious Blame fate	C. Hierarchy Bureaucracy, decisions from above Nature perverse/tolerant Blame deviants
A. Individualism Free exchange, competition Risk is opportunity Nature benign Blame incompetence	D. Egalitarianism/enclave Sharing, concern with moral purity and boundaries against outsiders Nature is ephemeral Blame the system

LOW GRID

LOW GROUP

HIGH GROUP

Abbildung 14: Grid-Group-Schema nach Douglas (1982) mit primären Denkmustern

Quelle: Caulkins 1999, S. 111

Im Sinne der *Split-Consciousness*-These können bestimmte Gruppen in ihren Einschätzungen von diesen primären Denkmustern abweichen, da der soziale Kontext bzw. die soziale Situation auch innerhalb derselben Gesellschaft zwischen verschiedenen Gruppen (z.B. Unternehmer und Arbeitnehmer) variieren kann. Aus diesem Grund unterscheiden Wegener und Liebig zwischen primären und sekundären Ideologien. Primäre Ideologien sind jene, die von der Mehrzahl der Menschen in einer Gesellschaft vertreten werden. Diese basieren auf den jeweiligen kulturellen und historischen Gegebenheiten, die den sozialen Kontext ausmachen (dominante Religionen, Wohlfahrtsstaatsregime, etc.). Sekundäre Ideologien sind dagegen jene, die von einzelnen Gruppen wegen ihren besonderen Positionen in der Gesellschaft vertreten werden (Blekesaune 2013, S. 59; Davidson et al. 1995, S. 291; Hadler 2005, S. 135–136; Wegener 1992, S. 273–274; Wegener und Liebig 1995a, S. 242–243). Durch die gleichzeitige Betrachtung von primären und sekundären Ideologien können die Einflüsse von Kultur und Sozialstruktur gleichberechtigt betrachtet werden (Wegener und Liebig 1995b, S. 263–264).

Um den Inhalt dieser primären und sekundären Ideologien zu bestimmen, greifen Wegener und Liebig (1993) auf die vier Felder aus Douglas' Schema aus Abb. 14 zurück. So identifizieren sie vier Gerechtigkeitsideologien, die sowohl

primär als auch sekundär vertreten werden können (Stark et al. 2014, S. 5): Fatalismus, Individualismus, Askriptivismus und Etatismus. Diese vier Ideologien wurden in Form einer eigenen Skala in die Fragebögen der ISJP übernommen (Schrenker und Wegener 2007, S. 42–43). Stark et al. (2014) bieten eine Kurzversion dieser Skala.

Der Fatalismus ist am stärksten in sozialen Situationen ausgeprägt, die durch starke *Grid*- und schwache *Group*-Bindungen gekennzeichnet sind. Die Betroffenen sind also starken Hierarchien ausgeliefert, ohne auf Solidarität in der Eigengruppe zurückgreifen zu können. Der daraus entstehende Fatalismus zwingt Menschen in die Passivität und bringt sie dazu, sich mit ihrem Schicksal zu arrangieren. Ein typisches Beispiel wären die unorganisierten Textilarbeiter aus dem England des 19. Jhdt. Bei stärkeren Gruppenbindungen ist die Ausprägung eines Askriptivismus wahrscheinlicher. In dieser sozialen Situation ist es für Menschen normal, dass der soziale Status zugeschrieben wird, Menschen in disjunkten Gruppen leben und sich diese voneinander abgrenzen. Der Askriptivismus legitimiert diese ungleichen Verhältnisse und will sie reproduzieren (z.B. durch die Ablehnung einer Erbschaftssteuer). Der Individualismus tritt meist dann auf, wenn es weder starke *Grid*-, noch starke *Group*-Kräfte gibt. Menschen sind also auf sich selbst gestellt und können sich ihren sozialen Status durch eigene Leistung erarbeiten. Das idealtypische Bild eines erfolgreichen Menschen wäre in diesem sozialen Kontext das des Unternehmers. Entsprechend weist der Individualismus durch seinen Fokus auf eigene Leistung starke Ähnlichkeiten zur Ideologie des Libertarismus auf (Kap. 4.2.3.3). Zuletzt setzt sich der Etatismus vor allem in jenen sozialen Kontexten durch, in denen es nur niedrige *Grid*-, aber starke *Group*-Kräfte gibt. Die Menschen leben zwar nach sozialen Zwängen, doch zwischen den Gruppen gibt es keine starke Stratifikation. Keine Position innerhalb der Gesellschaft geht mit besonderen Privilegien einher. Stattdessen ist es für den Etatismus die Aufgabe des Staates, für alle Menschen einen Mindestlebensstandard zu garantieren (Davidson et al. 1995, S. 298–299; Stark et al. 2014, S. 5–6; Wegener und Liebig 1995b, S. 266–267).

Dieses theoretische Modell haben Bernd Wegener und Kollegen in zahlreichen empirischen Studien mit den Daten des ISJP überprüft.³¹ In Vergleichen zwischen den USA, West- und Ostdeutschland zeigt sich, dass der Etatismus in Deutschland insgesamt stärker verbreitet ist als in den USA, in denen der Individualismus – bei Wegener (1992) auch Funktionalismus genannt – stärker verbreitet ist. Die primäre Ideologie der USA ist somit deutlich meritokratischer, während Ostdeutschland die am stärksten etatistisch ausgeprägte primäre Ideologie pflegt (Wegener 1992, S. 276–279; Wegener und Liebig 1995a, S. 250–254). Dieser Unter-

31 Wegener (1992) nutzte Daten des ISSP von 1987.

schied wird von Wegener und Liebig (1995a) durch die unterschiedlichen religiösen Hintergründe der Länder erklärt. Die lutherische Kultur in Westeuropa erzeugt in dieser Erklärung systematisch eine andere Kultur als der Puritanismus bzw. Calvinismus in Nordamerika, was sich in Folge in unterschiedlichen primären Ideologien niederschlägt (Wegener und Liebig 1995a, S. 243–247).

Auch zwischen Ost- und Westdeutschland sind Unterschiede in den primären Ideologien zu erkennen, da sie lange zwei getrennte Länder mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Regimen waren (Wegener und Liebig 1995a, S. 247–248, 1995b, S. 280). Während in Ostdeutschland der Etatismus und Fatalismus stärker vertreten ist als im Westen, werden Individualismus und Askriptivismus stärker abgelehnt (Wegener und Liebig 1995b, S. 277–278). Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich die alten und neuen Bundesländer in ihren primären Ideologien im Zeitverlauf annähern (Wegener und Liebig 2000, S. 188–189). Betrachtet man zusätzlich die osteuropäischen Länder, zeigt sich, dass in diesen der Etatismus stärker verbreitet ist als in Mitteleuropa, was wahrscheinlich auf ihren postkommunistischen Hintergrund zurückgeführt werden kann (Liebig und Verwiebe 2000, S. 14–15).

Primäre Ideologien können jedoch auch von Krisenerfahrungen beeinflusst werden. So stellt Blekesaune (2007) die *governmental protection hypothesis* auf:

»In a booming economy, when employment rates are high and economic strain is rare, people tend to have more confidence in individual responsibility and believe that governments should only play a limited role in providing for them and in reducing income differences. But when economies contract, when more people are worse off than expected, people tend to believe that governments should take more responsibility for economic provision and reducing income differences.« (Blekesaune 2007, S. 393)

Laut dieser These würde die primäre Ideologie – der allgemeine ideologische Konsens – sich im Kontext von ökonomischen Krisen in Richtung von mehr Etatismus verschieben. Tatsächlich finden verschiedene Studien empirische Hinweise auf diese Tendenz (Blekesaune 2007, S. 398–400, 2013, S. 63–69; Jæger 2013, S. 159). Die primären Ideologien eines Landes sind also kulturell-historisch bedingt, können jedoch auch durch aktuelle Krisenerfahrungen beeinflusst werden.

Geht man zur Überprüfung der sekundären Ideologien über, zeigen die Daten, dass bestimmte Gruppen vom primären ideologischen Durchschnitt systematisch abweichen. Die meisten Studien fokussierten sich bei der Gruppierung auf die Klassenzugehörigkeit der Befragten. Während in Deutschland Mitglieder der Dienstklassen individualistischer eingestellt sind als die restlichen Befragten, weisen die Mitglieder der US-amerikanischen Arbeiterklassen stärker etatistisch geprägte sekundäre Ideologien auf. Auch der Askriptivismus ist bei den Dienstklassen in Deutschland stärker vertreten als im Bevölkerungsdurchschnitt

(Wegener 1992, S. 276–279; Wegener und Liebig 1995a, S. 254, 1995b, S. 277–278). In den Vergleichen zwischen den postkommunistischen Ländern können ebenfalls systematische Unterschiede erkannt werden. Ein hohes Berufsprestige senkt die Zustimmung zu etatistischen Einstellungen vor allem in jenen Ländern, die die Transformation zum Kapitalismus erfolgreich durchführen konnten (Ungarn, Tschechien, Ostdeutschland) (Liebig und Verwiebe 2000, S. 18–21).

Neben der Klassenzugehörigkeit (oder verwandten Variablen wie dem Berufsprestige) können sekundäre Ideologien auch von anderen Variablen beeinflusst werden. Allerdings sind deren Effekte auch durch den jeweiligen Länderkontext beeinflusst. Während ein hohes Alter in Ostdeutschland mit egalitäreren Einstellungen einhergeht, werden diese in Westdeutschland mit zunehmendem Lebensalter weniger unterstützt. Gleichzeitig sinken die Zustimmung zum Fatalismus und Individualismus in beiden Kontexten mit dem Alter (Wegener und Liebig 1995b, S. 278–280, 2000, S. 189–193). Frauen lehnen Individualismus und Askriptivismus stärker ab als Männer, während sie Etatismus und Fatalismus stärker pflegen. Dieser Unterschied scheint über die Länderkontexte hinweg zu bestehen (Davidson et al. 1995, S. 306–316; Liebig und Verwiebe 2000, S. 18–21; Wegener und Liebig 1995b, S. 277–278, 2000, S. 189–193).

Zuletzt soll an dieser Stelle noch auf den Effekt von Krisenerfahrungen eingegangen werden. Diese können neben den primären auch die sekundären Ideologien beeinflussen. Wie durch das Argument des rationalen Eigeninteresses zu erwarten, ist die Zustimmung zum Etatismus bzw. zu Umverteilungsmaßnahmen vor allem bei jenen Gruppen erhöht, die mehr ökonomischen Stress erfahren (z.B. Arbeitslose, Frauen, etc.) (Blekesaune 2007, S. 397–398, 2013, S. 63–69; Sachweh 2018, S. 58–66). Wie sich jedoch auch zeigt, sind auch Betroffenheiten durch ökonomische Krisen im sozialen Umfeld ausreichend, um diese egalitären Tendenzen auszulösen. Allerdings ist der konkrete Effekt jeweils vom Kontext des Wohlfahrtsstaates abhängig, da verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime Krisenerfahrungen in unterschiedlichem Maße durch Sozialleistungen ausgleichen (Belmonte-Martín und Tufte 2017, S. 375–383; Sachweh 2019, S. 143–146).

Obwohl die empirische Gerechtigkeitsforschung den Ideologiebegriff weniger häufig benutzt als andere Forschungsbereiche, ist sie ein essenzieller Bestandteil der empirischen Ideologieforschung. Auch die Verbindung zwischen kulturellen und strukturellen Erklärungsmerkmalen auf die Verbreitung von politischen Ideologien ist für diesen Forschungszweig einzigartig. Dennoch gibt es ein paar Kritikpunkte, die v.a. für den Kontext der vorliegenden Monographie von Bedeutung sind. Zum einen beschränkt die Gerechtigkeitsforschung sich auf ökonomische Ideologien. Soziokulturelle Ideologien werden in diesem Kontext nicht betrachtet. Zum anderen erscheint Douglas' Fokus auf nur zwei Dimensionen zur Kategorisierung von sozialen Kontexten etwas unterkomplex. Gerade

für den Themenbereich der soziokulturellen Ideologien könnten Dimensionen über die Gleichheit zwischen Geschlechtern oder der Stärke der Schließungstendenzen gegenüber Fremden einen wichtigen Beitrag leisten, um soziale Kontexte noch weiter auszudifferenzieren und mit primären Ideologien in Verbindung zu bringen.

Der letzte Kritikpunkt bezieht sich auf die Verwendung von Klassenschemata in den oben zitierten Studien von Wegener (1992) und Wegener und Liebig (1995a). Sie greifen zwar auf das EGP-Schema von Erikson und Goldthorpe (1993) zurück (Kap. 5.1.1), fassen es jedoch sehr stark zusammen und unterscheiden nur zwischen Dienstklassen und den restlichen Klassen. So bleiben sie in ihren Vergleichen etwas unterkomplex. Doch darüber hinaus kann mit einem rein vertikalen Klassenschema nicht zwischen verschiedenen privilegierten Clustern unterschieden werden, wie es bspw. mit Milieus nach Vorbild von Vester et al. (2015) möglich wäre. So konnten die obigen Studien der Gerechtigkeitsforschung auch nicht überprüfen, ob die sekundären Ideologien verschiedener privilegierter Gruppen deckungsgleich sind oder sich darin Unterschiede finden. Tatsächlich scheint dies der Fall zu sein. Vester et al. (2015) zeigen, dass in den oberen Klassen verschiedene politische Einstellungen parallel existieren (Kap. 2.3.4).

2.4 Michael Freeden: Ideologien als Konzeptnetzwerke

Die Forschungsbereiche der obigen Kapitel bezogen sich fast ausschließlich auf quantitative Forschungsdesigns. Allerdings bietet auch die qualitative Forschung wichtige Beiträge zur Erforschung von Ideologien. Der konzeptuelle Ansatz des Politikwissenschaftlers Michael Freeden ist besonders hilfreich für die Erforschung der inhaltlichen Aspekte von politischen Ideologien. Das Forschungsdesign seiner morphologischen Analysen wird von Freeden selbst zwar nicht als qualitativ bezeichnet, doch da er seine Ergebnisse durch die Analyse von zentralen Texten der politischen Philosophien erzielt, die die Ideologien hervorgebracht haben, kann seine Methodik der qualitativen Forschung (Do-

kumentenanalyse, Diskursanalyse,³² etc.) zugeordnet werden (Freeden 2015, S. 132).

Freedens morphologische Analysen basieren auf einem spezifischen Verständnis des Ideologiebegriffs. In seiner konzeptionellen Perspektive fokussiert er sich nicht auf Überzeugungen, sondern auf Konzepte. Ein Konzept ist eine Idee, die mit einem bestimmten Gedanken verbunden ist. Diese Idee schreibt dem Gegenstand bestimmte Bedeutungen, Eigenschaften und mitunter auch Evaluationen zu. Das Konzept »Vater« kann sich bspw. auf die biologische Beziehung zwischen einem Mann und seinem Nachwuchs fokussieren, aber auch mit normativem Gehalt angereichert werden, wenn Rollenerwartungen an die Vaterrolle im Konzept »Vater« mit berücksichtigt werden (Del Pinal und Reuter 2017, S. 478–480). Ähnliche Beispiele wären Konzepte wie »Stuhl« (z.B. Anzahl von Tischbeinen, Material), »Hund« (z.B. Rasse, Größe, etc.), »Kunstwerk« (z.B. Genre, notwendige Fertigkeit des Urhebers, etc.) oder »Wissenschaft« (z.B. Disziplin, emische vs. etische Perspektive, etc.). Je nach der Person, die diese Konzepte verwendet, können unterschiedliche Konzepte mit verschiedenen Eigenschaften mit demselben Begriff benannt werden (Freeden 2008, S. 48–54).

Für die Analyse von Ideologien sind jedoch nicht Konzepte wie »Stuhl« oder »Hund« von Bedeutung. Der politische Diskurs, der auch die Wirklichkeit mitkonstruiert, findet überwiegend durch politische Konzepte wie »Freiheit«, »Gleichheit« statt. »*Political concepts are complex ideas that inject order and meaning into observed or anticipated sets of political phenomena and hold together an assortment of related notions*« (Freeden 2008, S. 52). Hinter den Begriffen »Freiheit«, »Gerechtigkeit«, etc. stecken je nach politischem Akteur, der diese benutzt, unterschiedliche Konzepte mit anderen Eigenschaften. Die Trennung zwischen Chancen- und Ergebnisgleichheit, die beide in der öffentlichen Diskussion mit dem Begriff »Gleichheit« verkürzt werden, ist ein offensichtliches Beispiel dafür (Freeden 1999, S. 414–415, 2015, S. 119). Diese Variation in politischen Konzepten und ihr Einfluss auf das politische Denken und die politische Sphäre als Ganzes sind der Fokus von Freedens morphologischer Analyse.

Freeden definiert Ideologien als Netzwerke aus politischen Konzepten. Wenn sich politische Konzepte mit ihren jeweiligen Begriffsbedeutungen und Eigenschaften durch interne Verbindungen zu systematischen Netzwerken verbinden,

32 Freeden selbst grenzt die morphologische Analyse von der Diskursforschung ab. Die morphologische Analyse interessiert sich v.a. für den Gebrauch von politischen Konzepten, während sich die Diskursanalyse zusätzlich auf den Satzbau und die Grammatik fokussiert (vgl. van Dijk (2006, 2015)). Auch die Machtkonstellationen werden in der morphologischen Analyse eher in den politischen Konzepten statt der Sprache an sich verortet (Freeden 2015, S. 133–134). Diese Unterschiede erscheinen in der konkreten Forschungspraxis so fein, dass eine strikte Trennung über den Fokus dieses Kapitels hinaus geht. Somit kann Freedens morphologischer Ansatz immer noch der qualitativen Forschung zugeordnet werden.

dann liegt eine Ideologie vor (Freeden 1997, S. 4, 2006, S. 19, 2008, S. 4, 54). Durch diese Verbindungen weist jede Ideologie eine spezifische interne Morphologie auf, die in der Ideologieforschung ergründet werden soll.³³ In dieser Morphologie ist neben den Konzepten als Knotenpunkten auch die Art der Verbindung von Bedeutung. Freeden identifiziert zwei Arten von Verbindung. Ähnlich wie bei Converse (Kap. 2.2.1.1) können Konzepte durch objektiv logische Bindungen verbunden sein. Meist werden diese logischen Verbindungen jedoch durch kulturelle Zwänge überschattet. So können Verbindungen zwischen Konzepten entstehen, die für die Träger der Ideologie logisch erscheinen, doch für äußere Betrachter nicht nachvollziehbar sind (Freeden 2001, S. 11, 2008, S. 68–75, 2015, S. 126). Diese interne Logik ist essenziell, da Ideologien, die für ihre Träger nicht konsistent erscheinen, ihre Basis nicht halten können (Ball 1999, S. 394; Freeden 2008, S. 36–37).

In Bezug auf die Knotenpunkte gibt es neben der Variation in den Konzepten noch eine wichtige Unterscheidung zwischen diesen zu beachten. Die ideologische Morphologie entsteht auch durch die Rolle, die ein Konzept für die Ideologie einnimmt. Freeden (2008, 2015) unterscheidet zwischen drei Ebenen von Konzepten: *Core*, *Adjacent* und *Peripheral Concepts*. *Core Concepts* sind unverzichtbare Kernelemente der Ideologie. Diese Konzepte prägen also das politische Denken der jeweiligen Ideologen am stärksten. Das Konzept der »Freiheit« ist in der liberalen Ideologie ein typisches Kernkonzept, während der Konservatismus seinem Konzept von Freiheit eine weniger bedeutsame Rolle in der internen Morphologie einräumt (Kap. 4.2.3). Das bedeutet auch, dass sich Ideologien nicht primär darin unterscheiden, ob ein bestimmtes Konzept in ihrer Morphologie vertreten ist, sondern sie unterscheiden sich vielmehr in der relativen Bedeutung, die dem Konzept zugeschrieben wird (Freeden 2015, S. 134). Die *adjacent* Konzepte werden durch logische und/oder kulturelle Verbindungen an diese Kernkonzepte angehängt. Freeden verwendet hierfür auch eine Kleiderbügel-Metapher (1997, S. 4). Durch diese Verbindung mit *adjacent* Konzepten werden die Kernkonzepte inhaltlich weiter ausdifferenziert. Außerdem können sich so verschiedene Splittergruppen innerhalb derselben Ideologiefamilie ausdifferenzieren, die auf denselben ideologisch-morphologischen Kern zurückgreifen, sich jedoch in ihren *adjacent* Konzepten unterscheiden. So kann zwischen verschiedenen Liberalismen, Sozialismen, Feminismen, etc. unterschieden werden. Noch weiter vom harten Kern der Morphologie entfernt liegen die peripheren Konzepte. In der Peripherie der Morphologie finden sich jene Konzepte, die konkreten Einstellungen am

³³ Freeden verwendet den Begriff der Morphologie, um den Begriff der Struktur zu vermeiden, da dieser für ihn zu sehr an das Verständnis von Ideologien als Einstellungssysteme erinnert (2008, S. 125–126). Seine Kritik an diesem Verständnis von Ideologien wird später in diesem Kapitel dargelegt.

nächsten kommen. So können bestimmte periphere Konzepte auch von außen in die Morphologie gelangen, wenn eine Ideologie gezwungen ist, sich mit einem bestimmten Thema in der politischen Arena auseinanderzusetzen. Wie diese peripheren Konzepte genau ausgearbeitet werden, hängt allerdings jeweils von den Kern- und *adjacent* Konzepten ab, da diese das politische Denken am stärksten prägen. Man kann Ideologien also nicht durch die Peripherie der Morphologie typisieren, da periphere Konzepte immer vom Kern und den *adjacent* Konzepten abhängig sind (Freeden 2008, S. 60–67, 75–91, 2015, S. 125–126).

Diese Morphologie kann am Beispiel des Feminismus verdeutlicht werden. Der Feminismus fokussiert sich auf die Beziehung zwischen Männern und Frauen als zentrales soziales Problem. Dabei wird eine klare Hierarchie zwischen der privilegierten Stellung der Männer und der untergeordneten und strukturell ausgebeuteten Gruppe der Frauen postuliert. Diese Ausbeutung wird dabei durch das Patriarchat als dominante Ideologie bzw. als herrschendes System durchgeführt, aufrechterhalten und legitimiert.³⁴ Um das Ideal einer tatsächlichen Geschlechtergleichheit herzustellen, muss also ein radikaler Wandel in der Gesellschaft stattfinden (Chambers 2015, S. 562, 568–577; Freedon 2008, S. 491–493). Dieser harte Kern des Feminismus wird durch spezifische *adjacent* Konzepte inhaltlich vertieft, wodurch sich feministische Untergruppen voneinander abgrenzen. Während der liberale *first-wave* Feminismus des 19. Jhdt. die Unterdrückung der Frau als rechtliche Ungleichstellung (z.B. im Kontext von Wahlrecht) interpretierte, erstreckt sich das Patriarchat für *second-wave* oder aktuelle Feminismen bis auf die privateste Sphäre – insbesondere die Sphäre der Sexualität. Beispielsweise wird sexuelle Gewalt als wichtiger Bestandteil des Patriarchats angesehen, wodurch Frauen Männern gewaltsam untergeordnet werden. Dadurch ergeben sich auch andere Forderungen an den Wandel der Gesellschaft. Während sich der *first-wave* Feminismus auf die Ausweitung der liberalen Grundrechte auf Frauen beschränkte, kann der radikale Feminismus selbst private sexuelle Arrangements politisieren (Chambers 2015, S. 564, 575–577; Freedon 2008, S. 508–509). Aus diesem gemeinsamen harten Kern und unterschiedlichen *adjacent* Konzepten können jeweils für die ideologische Splittergruppe typische Einstellungen abgeleitet werden. Der liberale Feminismus könnte sich zur Bekämpfung von Ungleichheiten im öffentlichen Raum auf Frauenquoten in Führungspositionen fokussieren, während der Radikalfemi-

34 »Patriarchal ideology in Western liberal societies insists both that women and men are ineluctably different, such that social inequality is premised upon biological difference (the prison of biology), and that any putative injustice of this inequality is mitigated by the liberal capitalist focus on individual choice (the fetishism of choice). In other words, gender inequality is inevitable yet unproblematic« (Chambers 2015, S. 564).

nismus bspw. ein Verbot von Pornografie fordern könnte, da diese Frauen als sexuelle Objekte darstellt. Deswegen kann auch nicht vorausgesetzt werden, dass die verschiedenen Splittergruppen sich auf dieselben konkreten Forderungen bzw. peripheren Konzepte einigen. Während eine feministische Untergruppe Frauen das Recht einräumt, an Schönheitswettbewerben teilzunehmen, könnten die nächste Splittergruppe diese Wettbewerbe sehr kritisch sehen, da eine vermeintlich freiwillige Teilnahme nur als Ausdruck der Internalisierung von patriarchalischen Schönheitsidealen angesehen werden könnte (Chambers 2015, S. 565–566).

Das zentrale Ziel von Freedens morphologischer Analyse ist, eben diese komplexen Morphologien nachzuvollziehen. Dabei geht es nicht nur um eine Auflistung der Kernkonzepte, da Ideologien sich in ihrer Morphologie jeweils an den aktuellen politischen Kontext anpassen können müssen. So können Konzepte ihre Stellungen in den *Core*-, *Adjacent*- und Peripherie-Ebenen verändern, oder Verbindungen können aufgelöst und neu geknüpft werden. Die morphologische Analyse hat stattdessen den Auftrag, die Konzepte der Ideologien, deren konkrete Bedeutungen und reziproken Bedeutungszuschreibungen zu rekonstruieren (Freeden 2008, S. 18, 127–128, 2015, S. 116, 129). Für eine vollständige morphologische Analyse ist auch die Begriffsgeschichte von Bedeutung, um die Historie von politischen Konzepten und deren Entwicklung über die Zeit hinweg nachzuvollziehen. Essenziell ist dabei jedoch, dass berücksichtigt wird, dass verschiedene Ideologien denselben Begriff mit ihren jeweils eigenen Konzepten versehen und somit zu keinem Zeitpunkt ein allgemeingültiges Verständnis von politischen Konzepten existiert (Freeden 1997, S. 3–5, 2008, S. 117–123, 2015, S. 132).

Die Variation von politischen Konzepten wird hier aus gutem Grund wiederholt betont, da diese mit der Funktion von Ideologien verbunden ist. Als Schablonen für das politische Denken begründen Ideologien nicht nur konkretes Handeln, sondern auch die Produktion von Beiträgen zum öffentlichen Diskurs (z.B. Wort- oder Textbeiträge, Bildnisse, Filme, Inszenierungen, Demonstrationen, etc.). Dadurch stellt das politische Denken an sich bereits eine soziale Handlung dar, die für die politische Sphäre und somit auch für die Ideologieforschung von Bedeutung ist. Durch diese Beeinflussung des Denkens und Handelns sollen Ideologien ihren Trägern dabei helfen, politische Macht zu erlangen oder auszuüben (Freeden 2001, S. 6–7, 2006, S. 12–13, 20, 2008, S. 43–44, 134). Einer der wichtigsten Schritte zur Machtgenerierung ist dabei die *decontestation* von Begriffen. Jede Ideologie ist bestrebt, die Deutungshoheit über Begriffe wie »Freiheit« oder »Gleichheit« zu erlangen. So soll die eigene Konzeption der Begriffe allgemeingültig etabliert werden, um die politische Sprache und das

Angebot des politisch Denkbaren zu prägen (Freeden 1999, S. 413, 2006, S. 11, 2008, S. 5–6, 55–60, 2015, S. 120–121).

Aus diesem Grund ist es für Freedен auch essenziell, dass der Ideologiebegriff in der Wissenschaft nicht normativ definiert wird, da er sonst selbst zu einem ideologischen Kampfbegriff würde und die Wissenschaft sich somit selbst an ideologischen Kämpfen beteiligen würde. Daraus würde sich ein erklärender Verlust für die Forschung ergeben, da somit verkannt würde, dass Ideologien ein normaler Bestandteil des politischen Denkens aller Menschen sind. Deswegen soll die Ideologieforschung auch von jeglicher Rechtfertigung oder Bewertung politischen Handelns Abstand nehmen und undogmatisch und rein verstehend vorgehen (Freedен 1998, S. 5, 2008, S. 5–7, 44–45, 2015, S. 115–116). Auch der Wahrheitsgehalt von Ideologien soll in der Forschung keine Rolle spielen, da der Abgleich zwischen ideologischen Positionen und dieser Wahrheit eine ideologiefreie Position voraussetzen würde, die für Freedен unrealistisch ist (2008, S. 33, 2015, S. 129). Obwohl Freedен's agnostische Position gegenüber politischer Ideologien an Mannheims Relationismus erinnert (2006, S. 7–8) und Aspekte von Mannheims Seinsverbundenheit des Denkens in Freedен's Theorie erkennbar sind, grenzt sich Freedен von Mannheims Idee der freischwebenden Intelligenz ab, da ihn die Idee eines supra-historischen, epistemisch privilegierten Subjektes, das Ideologien völlig objektiv betrachten kann, nicht überzeugt (Freedен 1998, S. 5–6). Ideologien können somit falsch oder wahr sein, sie können dogmatisch oder pluralistisch sein, sie können Ausbeutung legitimieren, doch diese Punkte sind keine Voraussetzung für die Identifizierung als eine Ideologie (2006, S. 18–19). In diesem Punkt grenzt sich Freedен auch explizit von Marx ab (Freedен 1999, S. 413).

Des Weiteren distanziert Freedен sich entschieden von dem Ideologiebegriff der psychologischen Forschung, der in Kapitel 2.2.3 dargestellt wurde. Zum einen liegt der Fokus der psychologischen Forschung auf bewussten Kognitionen, während unbewusste Dispositionen ausgeklammert werden. Freedен plädiert dagegen dafür, auch unbewusste ideologische Aspekte, die sich in ideologischen Erzeugnissen ausdrücken, in die morphologischen Analysen miteinzubeziehen (Freedен 1997, S. 7, 2008, S. 21–22, 33–35). Darüber hinaus konzentriert sich die psychologische Forschung durch ihr Verständnis von Ideologien als Überzeugungssysteme und die Operationalisierung durch konkrete Einstellungsisems lediglich auf periphere Konzepte, die am Rand der Morphologie stehen und vielmehr das Produkt von internen ideologischen Denkprozessen sind (siehe auch Kap. 4.1.3). Die tatsächlich für die Ideologieforschung bedeutsamen Prozesse bleiben so in einer versiegelten *black box* (Freedен 2008, S. 125–126).

Zuletzt ist auch der individuelle Fokus der psychologischen Forschung für Freedен befremdlich, da Ideologien für ihn nur auf der Gruppenebene existieren,

da nur Gruppen genug Handhabe aufbringen können, um durch ihre eigenen Konzeptionen Macht in der politischen Sphäre ausüben zu können (Freeden 1997, S. 7, 1999, S. 412, 2001, S. 9, 2008, S. 51). »*Ideology, more than other kinds of political thought, is a phenomenon squarely located within group activity; a form of political discourse not only produced by groups, as might be asserted about all political thought, but consumed by significant political publics*« (Freeden 2008, S. 105). So sind es auch nur Gruppen, die Ideologien erzeugen können. Meist sind dies professionelle politische Denker, die große Beiträge zur Entwicklung von Ideologien durch philosophische Werke beitragen, Massen, deren politisch-kulturelle Annahmen sich in Handlungen niederschlagen (z.B. Wahlverhalten), und politische Organisationen (z.B. Parteien, soziopolitische Bewegungen), die aufeinander Bezug nehmen oder sich durch Konkurrenz gegenseitig beeinflussen (Buckle 2013, S. 219; Freedon 2008, S. 123, 134–135). Dieser Punkt ist jedoch zumindest diskussionswürdig. Freedon scheint bspw. einen Widerspruch in seiner Argumentation zu übersehen. Wenn nur Gruppen Ideologien entwickeln können, dann ist es befremdlich, wenn Freedon selbst Einzelpersonen als Pioniere von politischen Ideologien nennt (z.B. Edmund Burke für den Konservatismus (2008, S. 348)). Daraus folgen weitere Fragen, die Freedons Behauptung in Zweifel ziehen: Ab wie vielen Anhängern kann man ein Konzeptnetzwerk als Ideologie werten? Wäre das Konzeptnetzwerk eines hypothetischen Alleinherrschers keine Ideologie, obwohl es großen Einfluss auf die von ihm regierte Gesellschaft nehmen würde? Warum kann man konzeptionell nicht zwischen kollektiven und individuellen Konzeptnetzwerken unterscheiden? Dieser Punkt muss für eine sinnvolle Definition des Ideologiebegriffes berücksichtigt werden und wird deswegen in Kap. 3 noch einmal aufgegriffen.

Nichtsdestotrotz erlaubt Freedons konzeptioneller Ansatz es nicht nur in einzigartiger Weise, die Inhalte von politischen Ideologien detailgenau zu erforschen, wie es die Beiträge in der zweiten Hälfte des Sammelbandes »*The Oxford Handbook of political ideologies*« von Freedon et al. (2015) demonstrieren. Ball (1996) entwickelt auf Freedons Konzeption von Ideologien eine qualitative Methode, um den Grad der Ideologisierung bzw. das Niveau an ideologischer Konsistenz zu erheben. Interviewpartner sollen dabei nach ihren fundamentalen Prinzipien und danach zur konkreten Umsetzung dieser Prinzipien in konkreten Kontexten befragt werden. Sollten die Antworten zur zweiten Frage den allgemeinen Prinzipien widersprechen, sollen die Interviewpartner auf diese Widersprüche hingewiesen werden. Die Reaktion der Interviewpartner verrät dann, wie konsistent die Ideologie tatsächlich vertreten wird (Leugnung, Differenzierung, vollständige Rationalisierung, etc.) (1996, S. 99–100).

Buckle (2013) entwickelt auf Basis von Freedons Theorie einen Ansatz zur Operationalisierung von politischen Ideologien in Fragebögen. Zum einen versucht

er, die Position der Befragten auf der Links-Rechts-Skala mit Hilfe von konkreten Einstellungsisems zu berechnen, anstatt die Befragten zu bitten, sich selbst auf dieser Skala zu verorten (2013, S. 228–230). Der hier interessantere Ansatz ist jedoch sein Versuch, die Morphologie der Ideologien in Fragebogenform zu erheben. Hierzu erstellt er für eine Auswahl von politischen Konzepten verschiedene Bedeutungen (Tabelle 3), zwischen denen die Befragten jeweils 20 Punkte verteilen sollen. Jeder Bedeutung können sie dabei höchstens zehn Punkte zuteilen. So sollen die Befragten signalisieren, welche Konzeption von politischen Begriffen sie selbst im Gegensatz zu den restlichen präferieren. Diese Information soll die Einteilung der Befragten in ideologische Cluster erlauben (2013, S. 224).

Ideologie	Konzept	Definition
/	<i>Negative freedom</i>	<i>Freedom is the absence of deliberate interpersonal constraints; you are free to the extent that other people are not acting in ways which limit your possible courses of action.</i>
Liberalismus	<i>Freedom as autonomy</i>	<i>Freedom is to make your choices as an autonomous, rational being; you are free when your choices are your own made for your own, informed, reasons.</i>
Republikanismus	<i>Republican freedom</i>	<i>Freedom is to live in a political system in which you participate in making decisions; you are made free by living in a state in which there are democratic institutions that allow you a say in the laws you must live under.</i>
Libertarismus	<i>Market-based freedom</i>	<i>To be free, you must have access to a free market; you are free to the extent that you are unrestricted in buying and selling goods of your choice.</i>

Tabelle 3: Items zur Erfassung der Freiheit-Konzeption (Buckle 2013)

Quelle: Buckle 2013, S. 227–228

Nachdem Buckle auf Basis der vergebenen Punkte die Korrelationen zwischen den einzelnen Konzeptionen berechnet, kann er die Morphologien der Ideologien in einem Diagramm darstellen (Abbildung 15). Somit schafft Buckle es, Freedens morphologische Analysen quantitativ umzusetzen. Auch das Potential zu ideologischen Koalitionen ist durch die Stärke zwischen Konzepten aus verschiedenen ideologischen Kernen abbildbar (Buckle 2013, S. 233–239). Auch die Berechnung von einzelnen Ideologie-Scores wird von Buckle angedeutet, allerdings verrechnet er diese in die Position auf der Links-Rechts-Skala, indem die Punkte, die für republikanische und sozialistische Konzepte summiert und von denen der libertären und konservativen Konzepte subtrahiert werden (2013, S. 230).

Buckles Fragebogen verlangt seinen Befragten jedoch sehr viel ab. Das Verteilen von Punkten auf verschiedene Optionen ist eine sehr komplexe Form der Operationalisierung, die Befragte möglicherweise überfordert. Dennoch ist die konkrete Definition von Kernüberzeugungen von Ideologien ein sehr innovativer

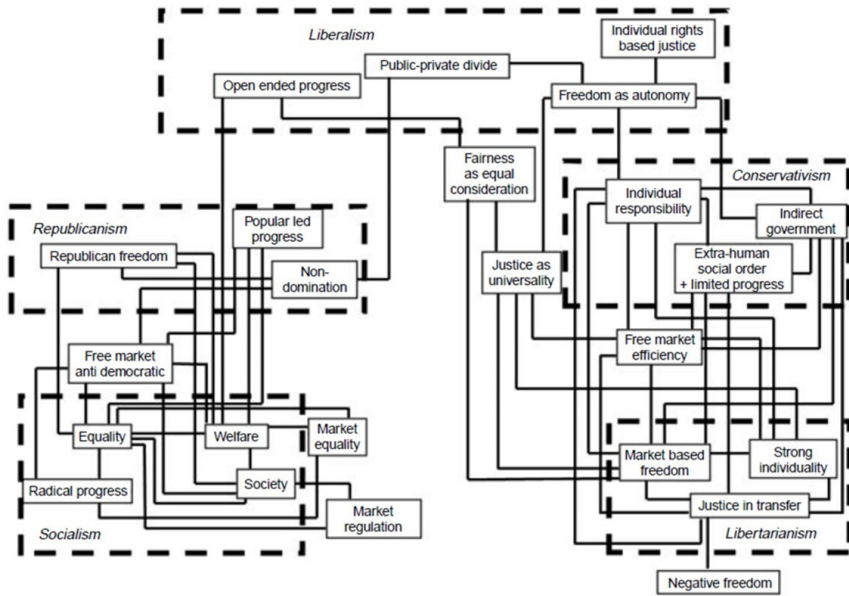


Abbildung 15: Ideologische Thought-map nach Buckle
 Die Verbindungen stellen Korrelationen ($p < 0,001$) dar.
 Quelle: Buckle 2013, S. 234

Ansatz, der im Kontext der Entwicklung der POLID-Skala (Kapitel 4) noch einmal aufgegriffen wird.

3. Der theoretische Rahmen der Monographie

Um den Zusammenhang zwischen politischen Ideologien und sozioökonomischen Positionen zu ergründen, benötigt diese Studie einen klaren theoretischen Rahmen. Dieser muss Antworten auf drei zentrale Fragen bieten. Welcher Ideologie-Begriffes wird zugrunde gelegt? Wie wird die Gesamtheit aller sozioökonomischen Positionen verstanden? Und welche Art der Beziehung (deterministisch vs. probabilistisch) wird zwischen den beiden Konzepten angenommen? Das Kapitel beginnt damit, die erste Frage nach der Definition des Ideologie-Begriffes zu beantworten, indem es einen neuen Begriff entwickelt, der allgemein gültig ist und somit in allen Studien zur Ideologieforschung einsetzbar ist. Im Zuge dessen ist die Beantwortung der anderen beiden Fragen unumgänglich.

Um aus einem breiten Bestand an widersprüchlichen Theorien und Definitionen eine neue Definition zu entwickeln, die die wichtigsten Aspekte aus den bestehenden berücksichtigt, gibt es mehrere mögliche Vorgehensweisen. Eine Möglichkeit ist das Herauskristallisieren des gemeinsamen Kerns bzw. der Schnittmenge zwischen den Theorien. Das Resultat wäre die Minimal- oder Kerndefinition des Konstrukts (Gerring 1997, S. 966; Hamilton 1987, S. 19–20). Dieser Ansatz stößt jedoch auf Probleme, wenn die verglichenen Definitionen sich sehr unterscheiden oder sogar widersprechen. Je größer die Unstimmigkeiten, desto kleiner wird die Schnittmenge sein und desto inhaltsleerer wird die resultierende Minimaldefinition. Ein Beispiel wäre Gerrings Kern-Definition, die lediglich besagt, dass Ideologien konsistent sind (1997, S. 979–981). Das beantwortet jedoch nicht die Frage, was Ideologien nun eigentlich sind. Sind Ideologien kohärente Gedanken, Einstellungen, Handlungen, etc.? Werden diese von Gruppen und/oder Individuen vertreten? Und worauf beziehen sich Ideologien: Politik, Macht, Klasseninteressen, oder Themen, die darüber hinaus gehen? Tatsächlich scheint es so, dass Gerring die wahre Schnittmenge zwischen den Ansätzen, die er abwägt, übersieht. Dies geschieht bei seiner Abwägung der Frage, auf welcher Ebene Ideologien zu verorten sind: in der Sphäre der Gedanken, der Handlungen oder der Sprache (1997, S. 966–968). Diese Frage beinhaltet den Schlüssel zu einem ein-

heitlichen Ideologie-Verständnis, wie im späteren Verlauf des Kapitels deutlich wird.

Eine zweite Möglichkeit ist das Abgrenzen des Ideologie-Begriffes von anderen, verwandten Konzepten. Ein wissenschaftlicher Begriff besitzt immerhin wenig Mehrwert, wenn er ohne Einbußen durch einen anderen ersetzt werden kann (Gerring 1997, S. 981–983; Sartori 1969, S. 399). Deswegen wird der Ideologie-Begriff in diesem Beitrag durch (1) Abgrenzung von anderen Begriffen und (2) durch die Herauskrystallisierung der Gemeinsamkeiten der verschiedenen theoretischen und empirischen Ansätze definiert, wobei insbesondere die Frage nach der Verortung der Ideologie beantwortet werden muss (Gedanken, Handlungen oder Sprache).

Hierzu greift dieses Kapitel primär auf die Arbeiten von drei Wissenschaftlern zurück: den Wissenssoziologen Karl Mannheim (Kap. 2.3.1), den Politologen Michael Freeden (Kap. 2.4) und den Mediziner Ludwik Fleck. In Mannheims Meilensteinen der Wissenssoziologie »Ideologie und Utopie« (1985), »Das konservative Denken« (1970b) und »Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens« (1984) finden sich zwei zentrale Schlüsselemente, die von Fleck und Freeden weiterentwickelt werden. Erstens nutzt er an zahlreichen Stellen den Begriff des Denkstils, um auf Ideologien oder kollektive Überzeugungssysteme Bezug zu nehmen (siehe bspw. Mannheim 1970b, S. 408, 1985, S. 8–10). Leider bleibt Mannheim eine genaue Spezifizierung dieses Terminus schuldig; diese wird allerdings Jahrzehnte später von Ludwik Fleck in seinem Schlüsselwerk der modernen Wissenschaftstheorie »Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache« (1980) geliefert. Zweitens führt Mannheim in seinen Studien zum Konservatismus bereits morphologische Analysen durch, in denen er von der »Morphologie dieses Denkstils« (Mannheim 1970b, S. 408) spricht. Morphologische Analysen werden heute von Michael Freeden für alle Arten von Ideologien fortgeführt. Zu dritt liefern Mannheim, Fleck und Freeden einen vielversprechenden theoretischen Ansatz, mit dessen Hilfe das Wesen von Ideologien im Folgenden identifiziert werden kann.

Des Weiteren liefert Karl Mannheim mit seiner Konzeption der Wissenssoziologie (insb. der Relationalität von Denkstandorten und der These der Seinsverbundenheit des Denkens) angemessene Antworten auf die Fragen nach dem Verständnis der Gesamtheit aller sozioökonomischen Positionen und deren Beziehungen mit Ideologien. Dies wird in Kapitel 3.3 und 3.5 im Detail ausgeführt.

3.1 Ein allgemeingültiger Ideologie-Begriff?

Der in dieser Monographie verwendete Ideologie-Begriff ist so konzipiert, dass er allgemeingültig verwendbar ist. Das ist keine unstrittige Position. Tepe bspw. lehnt allgemeingültige Ideologie-Definitionen ab, da sie immer nur einen Teilaspekt der Ideologie-Problematik abbilden können (Tepe 2012, S. 25–26). Er plädiert deswegen dafür, für jeden Aufgabenbereich, in dessen Rahmen mit dem Ideologie-Begriff gearbeitet wird, eine eigene Definition zu erarbeiten. Wie in Kapitel 2 demonstriert, kann das jedoch zu Verwirrung führen, wenn für unterschiedliche Untersuchungsgegenstände derselbe Begriff verwendet wird. Aus diesem Grund wird Tepes Position in dieser Monographie nicht geteilt.

Allgemeingültige Definitionen werden auch noch von drei weiteren Wissenschaftlern abgelehnt. Zum einen ist Michael Freedon überzeugt, dass „*any attempt to carve out a single meaning would be an equally harmful, and artificial, exercise in controlling language.*« (Freedon 1998, S. 5). Er ist also besorgt, dass durch den Versuch einer allgemeingültigen Definition – einer Form der *decontestation* – die Kontrolle über den negativ konnotierten Ideologie-Begriff erlangt werden soll. Dadurch könnte man den Term in einen Kampfbegriff verwandeln, der in politischen Auseinandersetzungen eingesetzt werden kann. Die Wissenschaft würde sich dann an politischen Konflikten beteiligen. Freedons Kritik trifft jedoch nur auf jene Definitionen zu, die auserwählte Denkstandorte diffamieren, während andere verschont bleiben (wie bspw. in der kritisch-normativen Forschung, siehe Kapitel 2.1). In dieser Monographie wird dies jedoch aus den bereits ausgeführten Gründen vermieden. Die Definition soll somit primär dem Benennen des Untersuchungsgegenstandes und seiner Eigenschaften dienen, nicht zur Verwendung in politischen Machtkämpfen. Ein sinnvoll entwickelter allgemeingültiger Ideologie-Begriff muss Freedons Befürchtung somit nicht zwangsläufig erfüllen.

Zweitens ist Gerring – ähnlich wie Tepe – überzeugt, dass jede Studie je nach ihrem Forschungsinteresse ein eigenes Verständnis des Ideologie-Begriffes verwenden sollte. Der Ausgangspunkt dieses jeweiligen Begriffes ist die von ihm erarbeitete Minimaldefinition (siehe oben). Jede Studie soll nun entlang ihres jeweiligen Forschungsinteresses weitere Eigenschaften hinzufügen, um ein eigenes Verständnis von Ideologie zu entwickeln (1997, S. 983–984). Dieses Vorgehen führt jedoch zu demselben Problem wie Tepes Unterscheidung in fünf verschiedene Ideologie-Begriffe (Kap. 2). Die Problematik, dass jede Studie unter demselben Begriff etwas völlig anderes versteht, wird dadurch nicht gelöst, sondern verfestigt.

Zuletzt ist Kurt Lenk überzeugt, dass es nicht möglich ist, einen geeigneten allgemeingültigen Begriff zu entwickeln, weil Ideologien stets Resultate von historisch-sozialen Kontexten sind. Somit kann keine Definition aufgestellt werden,

die kontextübergreifend gültig ist (Lenk 1984, S. 359–360). Lenk spricht hier einen sehr wichtigen Punkt an. Was als ideologisch angesehen wird, kann zwischen Gesellschaften und historischen Epochen variieren. Wenn jedoch eine Definition diese Variabilität aktiv berücksichtigt, kann auch ein allgemeingültiger Begriff Lenks Anspruch genügen. Dieser Punkt wird im späteren Verlauf auch noch einmal aufgegriffen.

3.2 Der Begriff der Weltanschauung

Ein erster wichtiger Schritt für die Entwicklung der Ideologiedefinition dieser Monographie ist die Unterscheidung von zwei Begriffen, die häufig verwendet, aber entweder gar nicht oder nur unzureichend voneinander abgegrenzt werden. Bei diesen beiden Begriffen handelt es sich um die Begriffe der Weltanschauung und der Ideologie. Um eine Abgrenzung möglich zu machen, müssen beide losgelöst voneinander definiert werden. Die Begriffe des Weltbildes, der Weltsicht und der Weltanschauung werden dabei jeweils synonym verwendet.

Bredow und Noetzel (2009) definieren Weltanschauung als die Summe aller Erfahrungen und Einstellungen, die ein Akteur gegenüber seiner Umwelt hat und die ihm Imperative für Interpretationen und Handlungen vorgeben (2009, S. 149–150), Tepe (2012) erklärt die Weltanschauung als ein Werte- und Normen- bzw. ein Überzeugungssystem (2012, S. 1–2, 48), und Pinxten (2015) beschreibt Weltanschauung als *“the way the world is known and is (to be) interacted with.”* (2015, S. 755–756).

Vergleicht man diese Definitionen mit den typischen Eigenschaften von Ideologien, fallen viele Überschneidungen auf:

1. Ideologien produzieren Interpretationen von Stimuli. Häufig werden diese so wahrgenommen, dass sie die eigene Weltsicht stützen. Tepe spricht dabei von »bedürfniskonformem Denken« (2012, S. 3). Gampa et al. zeigen, dass Befragte Syllogismen als logischer empfinden, wenn sie ihre Überzeugungen bekräftigen (2019, S. 2–9). Ähnliche ideologische Bias können beim Interpretieren von statistischen Daten auftreten (Kahan et al. 2017, S. 67–72; Nurse und Grant 2019, S. 9–11).
2. Ideologien produzieren Einstellungen. Dazu gehören auch normative gesellschaftliche Ideale (Arzheimer 2009, S. 86; Buckle 2013, S. 226; Freeden 1998, S. 7; Jost et al. 2009, S. 309; Shils 1968, S. 66; Tepe 2012, S. 46–47).
3. Ideologien sind Handlungsorientiert, sie haben also großes Mobilisierungspotential und können (politische) Handlungen vorgeben (Arzheimer 2009, S. 86; Boudon 1999, S. 141; Buckle 2013, S. 222; Freeden 1997, S. 5–6, 2008,

- S. 5–6; Hamilton 1987, S. 37–38; Jost und Amodio 2012, S. 55; Plamenatz 1970, S. 75–76; Shils 1968, S. 66; Tepe 2012, S. 46–47).
4. Ideologien erzeugen Weltanschauungen. In Folge vertreten Menschen jeweils eine für ihre Gruppe spezifische »Wahrheit« (Buckle 2013, S. 222; Freedon 2008, S. 3–4; Hamilton 1987, S. 37–38; Jost et al. 2008a, S. 173–174; Jost et al. 2009, S. 309–310; Tepe 2012, S. 64–65). Offensichtliche Beispiele hierfür sind die »alternativen Fakten« der Trump-Regierung oder Verschwörungstheorien als ein Beispiel für heterodoxes Wissen (vgl. Anton et al. (2014), Douglas et al. (2019), Schink (2020)).
 5. Ideologien sind an Kollektive gebunden und werden in diesen durch Sozialisation an neue Mitglieder vermittelt (Arzheimer 2009, S. 86; Buckle 2013, S. 219; Freedon 1999, S. 412–413; Jost et al. 2003b, S. 341; Jost et al. 2009, S. 309; Plamenatz 1970, S. 31, 43, 72–73; Shils 1968, S. 66; Tepe 2012, S. 25).
 6. Menschen pflegen nicht nur eine umfassende Ideologie, sondern verschiedene themenspezifische Ideologien. Hierfür gibt es verschiedene Arten der Trennung in Arten von Ideologien (Links-rechts und GAL-TAN (Kap. 2.2.2), RWA und SDO (Kap. 2.2.3.1 und 2.2.3.2) oder ökonomische und soziokulturelle Ideologien (Kap. 2.2.3.4)).

Dadurch, dass Ideologien und Weltanschauungen ähnliche Eigenschaften und Funktionen aufweisen, erschwert sich die Abgrenzung der beiden Begriffe drastisch. Man könnte sogar den Eindruck bekommen, dass die beiden Begriffe synonym sind. Allerdings würde das mindestens einen der beiden Termini überflüssig machen. Außerdem wird Ideologien häufig die Fähigkeit zugeschrieben, Weltanschauungen erst zu erzeugen (siehe Punkt vier der obigen Auflistung), die Begriffe können also nicht als deckungsgleich angenommen werden. Deswegen ist es notwendig, die beiden Begriffe zu trennen.

Hierfür muss die Definition des Begriffes Weltanschauung neu durchdacht werden. Allein durch den Begriff Weltanschauung oder seine englischen Pendanten *worldview* und *world outlook* dürfte offensichtlich sein, dass dieser Begriff ein subjektives Abbild der natürlichen und sozialen Realität des Akteurs beschreiben muss. Sie ist also ein statisches Bild bestehend aus sachlichen und normativen Überzeugungen über die Elemente der Umwelt des Akteurs (z.B. soziale Gruppen, soziale Tatbestände, Institutionen, Naturgesetze, etc.) und deren Beziehungen und Wechselwirkungen. Oder, um es mit den Worten von Theodor Geiger auszudrücken, die Weltanschauung – oder Ontologie, wie er sie nennt – ist ein »Einheitsbild der Wirklichkeit« (Geiger 1968, S. 71).

Hier stellt sich die Frage, wie man sich diese Überzeugungssysteme vorstellen kann. Um den Aufbau einer Weltanschauung zu verstehen, wird hier auf die Theorien von Philip E. Converse und Michael Freedon zurückgegriffen. Converse führt

den Begriff der Zentralität von Überzeugungen für *beliefsystems* ein (Kap. 2.2.1.1). Freeden unterscheidet dagegen zwischen *core*, *adjacent* und *peripheral* Konzepten, um die interne Morphologie von Ideologien zu beschreiben (Kap. 2.4). Man kann daraus ableiten, dass Weltanschauungen stets Kern- und Peripherieaspekte beinhalten. Zur konkreten Definition der Weltanschauung wird an dieser Stelle der Begriff der Überzeugung dem der Konzepte (nach Freeden) vorgezogen, da dieser weniger voraussetzungsreich ist und leichter an andere Ideologiedefinitionen anschließen kann. Dadurch kann die Weltanschauung als ein System aus sachlichen und normativen Überzeugungen verstanden werden, das aus einem harten Kern, sowie mittigen und peripheren Elementen aufgebaut ist und in der Summe ein subjektives Abbild der sozialen, politischen und natürlichen Umwelt ihres Trägers darstellt. Die mittigen Elemente stellen dabei die *adjacent* Konzepte nach Freeden dar. Diese zu berücksichtigen ist notwendig, weil man andernfalls übersehen würde, dass Splittergruppen derselben Ideologie zwar auf denselben harten Kern zurückgreifen, aber verschiedene *adjacent concepts* verwenden (Kap. 2.4). Gleichzeitig sind sie für diese Ideologien jedoch auch zu essenziell, um sie zur Peripherie der Weltsicht zu zählen.

Zur begrifflichen Trennung muss der Weltsicht jedoch eine Eigenschaft aberkannt werden. Die Weltanschauung darf als Überzeugungssystem nicht die Fähigkeit haben, Direktiven für Wahrnehmungen oder Verarbeitungen von Eindrücken vorzugeben. Auch Handlungsimperative werden nicht von der Weltanschauung selbst bestimmt. Stattdessen müssen diese Vorgaben von einer anderen kognitiven Instanz aus der Weltanschauung gefolgert werden. Diese aktive Instanz wird im weiteren Verlauf als Denkstil bezeichnet (Kap. 3.4). Man kann sogar behaupten, dass die Schwierigkeit der Abgrenzung der Begriffe Weltanschauung und Ideologie bisher darauf zurückging, dass der Ersten fälschlicherweise diese aktive Rolle zugesprochen wurde. Die Weltanschauung muss deswegen als ein passives Abbild der natürlichen und sozialen Realität ihres Trägers verstanden werden.

Zur Weltanschauung gibt es noch vier wichtige Dinge zu sagen. Erstens ist es unwahrscheinlich, dass es Menschen gibt, die kein subjektives Verständnis der Welt pflegen (Plamenatz 1970, S. 44; Tepe 2012, S. 26–27). Ist ein Mensch überzeugt davon, dass alle Vorkommnisse durch Zufall geschehen, ist das Teil seiner Weltanschauung. Wenn ein Mensch glaubt, dass die Welt durch Magie geregelt ist, ist das ein Aspekt seiner Weltsicht. Und sogar, wenn jemanden felsenfest daran glaubt, dass die Realität nur eine von Aliens gesteuerte Computersimulation ist, gehört das zu seinem Weltbild. Es kann somit keinen Menschen geben, der keine Weltanschauung hat. Karl Mannheim geht noch einen Schritt weiter und postuliert, dass jeder Mensch notwendigerweise eine Weltanschauung braucht, um handlungsfähig zu sein und nicht in einen anomischen Zustand zu verfallen.

Ohne eine Weltsicht wäre es schließlich nicht möglich, Pläne für Handlungen zu fassen, da man deren Konsequenzen nicht abschätzen könnte (Mannheim 1985, S. 32).

Zweitens bleibt zu klären, ob diese Weltanschauungen konsistent sind oder Widersprüche aufweisen können. Es scheint tatsächlich sehr unwahrscheinlich, dass jede Weltansicht in allen Aspekten logisch konsistent ist. Die bloße Existenz von kognitiver Dissonanz widerlegt die Annahme von stets konsistenten Weltanschauungen. Weltbilder können somit konsistent sein oder Widersprüche aufweisen. Allerdings zieht das die Frage nach sich, von welcher Perspektive man die Konsistenz von Weltbildern beurteilen kann. Dieser Punkt wurde bereits in Kapitel 2.2.1.1 angesprochen und wird an späterer Stelle noch einmal detaillierter besprochen.

Drittens muss die Weltanschauung nicht für alle Zeit in Stein gemeißelt sein. Natürlich sind Menschen nicht dazu bereit, ihre Weltanschauung – also die Basis ihres gesamten Denkens und Handelns – leichtfertig neu zu gestalten, doch sollte man das kollektive oder individuelle Potential, die eigene Weltanschauung an neue Eindrücke anzupassen, nicht grundsätzlich ablehnen. Wenn ein Mensch Informationen oder Eindrücke sammelt, die er nicht ignorieren kann und die nicht mit seinem bisherigen Verständnis der Welt in Einklang gebracht werden können, wird er Teile seiner Weltanschauung an diese neuen Informationen anpassen müssen. Diese Anpassung wird jedoch eher die peripheren Elemente betreffen, da der harte Kern mit allen Mitteln geschützt wird (Ball 1999, S. 391–392, 394; Bredow und Noetzel 2009, S. 149). Auch dieser Punkt wird im Kontext der Denkstil-Definition (Kap. 3.4) genauer erläutert.

Viertens muss noch ein mögliches Missverständnis ausgeräumt werden. Durch den Bezug auf Freeden kann für einige Leser der Eindruck entstehen, dass ideologische *core* oder *adjacent* Überzeugungen sich auf abstrakte Gegenstände (z.B. politische Konzepte) beziehen müssen. Ginge man jedoch von dieser Annahme aus, würde daraus folgen, dass nicht alle Menschen Ideologien pflegen, weil das politische Denken von vielen Menschen eben nicht durch solche abstrakten Überlegungen geprägt sind. Personen, deren Überzeugungen v.a. auf Gruppeninteressen fokussiert sind (*Group Interest* (Converse (2006); Kap. 2.2.1.1), Befragte mit hoher SDO (Kap. 2.2.3.2), Personen mit starkem Klassenbewusstsein, Feminismus, Ideologien der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer (2015)), etc.) oder Personen, die ihre Einstellungen an konkreten Themen oder aktuellen Problemen festmachen (*Nature of the times* (Converse (2006); Kap. 2.2.1.1) oder soziale Bewegungen (LGBTQAI+, BLM, *Fridays for Future*)) würden diese Bedingung nicht erfüllen. Auch Gruppen, die sich primär durch die Unterstützung einzelner politischer (individueller oder kollektiver) Akteure auszeichnen (z.B. *Proud Boys*), würden dann nicht betrachtet. Aus diesem Grund muss genauer

definiert werden, welche Arten von Überzeugungen Teile von ideologischen Weltanschauungen sein können.

Die erste Art von ideologischer Überzeugung bezieht sich – im Sinne von Converse – auf abstrakte politisch-philosophische Überlegungen (z.B. über die Bedeutung von politischen Konzepten wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit). Man betrachte das Abspalten von ideologischen Untergruppen aus der übergeordneten Ideologie-Familie als ein Beispiel. Während der *first-wave* Feminismus während des 19. Jahrhunderts sich mit dem damaligen Liberalismus arrangierte (insbesondere mit der *Core* Überzeugung der Chancengleichheit), wird dieser in der heutigen feministischen Philosophie heftig kritisiert. Insbesondere die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre und die vermeintliche Gender-Neutralität des Liberalismus widerstrebt dem Feminismus, da dieser dadurch entweder bedeutende Ausprägungen der Unterdrückung von Frauen ignoriert, weil sie sich in der Privatsphäre abspielen, oder das Patriarchat sogar schützt. Auch aus diesen Gründen greifen aktuelle feministische Philosophien häufig auf marxistische Ideen zurück (Ball 1999, S. 393; Chambers 2015, S. 564–566; Freedon 2008, S. 498–501, 516–517; Nash 1997, S. 17). Diese Art von Überzeugung setzt ein hohes Maß an politischer Bildung voraus (vgl. Luskin (1987, 1990)), deswegen werden sie also tendenziell nur von einer Minderheit der Bevölkerung vertreten werden (Kap. 2.2.1 und 2.2.2).

Die zweite Art von ideologischen Überzeugungen bezieht sich zwar ebenfalls auf politische Themen, sie ist durch einen direkten Bezug auf die reale Welt jedoch weniger abstrakt als konkret. Converse selbst liefert im Rahmen seiner Niveaus an *Conceptualization* mit den Ausprägungen *Group Interest* und *Nature of the times* anschauliche Beispiele für Ideologien, die sich primär durch diese Art von Überzeugung auszeichnen (Kap. 2.2.1.1). Ideologien, die vor allem durch Eigeninteresse oder die Trennung in Eigen- und Fremdgruppe bestimmt sind (Klassenbewusstsein, Feminismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, etc.), und jene, die sich auf ein aktuelles Problem fokussieren (*Fridays for Future*, *issue voting*, etc.), können mit der Berücksichtigung dieser Art der Überzeugung ebenfalls mit dem Ideologie-Begriff dieser Monographie abdeckt werden. Im Gegensatz zur ersten Art der Überzeugung kann davon ausgegangen werden, dass diese themenspezifischen Überzeugungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind.

Zuletzt bleiben die Überzeugungen, die sich weniger auf den Inhalt politischer Konzepte oder Themen fokussieren, sondern auf die Loyalität gegenüber politischen Akteuren. Einige Leser möchten vielleicht bezweifeln, dass dies als Überzeugung aufgefasst werden kann, doch Loyalität setzt voraus, dass man entweder von der Vertrauenswürdigkeit und/oder Legitimität des jeweiligen Akteurs überzeugt ist, oder diese Loyalität an sich für wichtig hält (bspw. im Sinne der autoritären Unterordnung). Wenn man diese Art der Überzeugung

berücksichtigt, kann auch den Ergebnissen des Forschungsstandes bezüglich der *partisan cues* Genüge getan werden (Kap. 2.2.2). Personen, deren Ideologie vor allem durch die Loyalität zu bestimmten Akteuren geprägt ist, haben eine höhere Chance, ihre konkreten Einstellungen an deren *cues* anzupassen. Ein Beispiel hierfür wäre die katholische Kirche. Diese weist ein klares Netzwerk aus Überzeugungen auf, die zentraler Bestandteil der Weltanschauung von streng gläubigen Christen ist. Eine dieser Überzeugungen ist, dass der Papst den Willen Gottes repräsentiert. Somit schreibt die römisch-katholische Weltanschauung bereits fest, dass *cues* des Pontifex für streng gläubige Christen große Einflusskraft haben. Ein weiteres Beispiel bietet die Studie von Barber und Pope (2019). In ihrem Experiment werden Befragte nach ihrer Unterstützung oder Ablehnung von politischen Forderungen gefragt (z.B. Einführung eines Mindestlohnes, Legalisierung von Abtreibungen, etc.). Der Experimentalgruppe wird zusätzlich mitgeteilt, dass auch Donald Trump diese Forderung entweder unterstützt oder ablehnt, während die Kontrollgruppe diesen *cue* nicht erhält (Barber und Pope 2019, S. 42). Jene Befragte, die sich als konservativ einstufen, passen ihr Antwortverhalten tendenziell an Trumps vermeintliche Position an. Liberale und mittige Befragte andererseits lassen sich von den Trumps *cues* eher nicht beeinflussen. Es zeigt sich nur ein marginaler Trend, dass Liberale auch liberale Forderungen eher ablehnen, wenn Trump diese unterstützt (Barber und Pope 2019, S. 43–44). Dieser Effekt ist nur dadurch zu erklären, dass die Ideologie der vehementesten Unterstützer von Donald Trump (*Proud Boys*) durch die Überzeugung geprägt ist, dass dieser die eigene Loyalität verdient. Auch von dieser Art der Überzeugung kann erwartet werden, dass sie weit verbreitet sein wird (Kapitel 2.2.1.1 und 2.2.2).

Das bedeutet jedoch nicht, dass jede Ideologie sich ausschließlich durch eine dieser Arten an Überzeugungen auszeichnet. Tatsächlich ist es realistischer, dass jede Ideologie sich zu jeweils unterschiedlichen Anteilen aus diesen Arten an Überzeugungen zusammensetzt. Die LGBTQAI+-Bewegung bspw. fokussiert sich zwar auf konkrete politische Probleme (v.a. die Diskriminierung von Transpersonen), doch dabei greift sie auch auf philosophisch-abstrakte Arbeiten zurück (z.B. bezüglich der Grundwerte der Inklusion und Gleichheit). Auf der anderen Seite des politischen Spektrums zeichnet sich die fiktive Person A ideologisch gleichermaßen durch Loyalität gegenüber rechtsextremen Gruppen und einer Ideologie der Ungleichwertigkeit aus. Und auch ein Philosoph stellt zwar überwiegend abstrakte Überlegungen zu politischen Konzepten an, doch auch er kann sehr durch *cues* anderer Akteure in seinem Denken geprägt sein, wenn er einer bestimmten Denktradition folgt. Diese drei Arten an Überzeugungen schließen sich somit nicht aus, sondern ergänzen sich je nach Ideologie in unterschiedlichem Ausmaß.

3.3 Die Ursprünge individueller Weltanschauungen

Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass Individuen ihre Weltansichten in völliger Autonomie und ohne Prägungen durch ihre sozioökonomische Position in einer Gesellschaft und die erlebte historische Epoche entwickeln. Deswegen muss die Entstehung der Weltanschauung theoretisch erklärt werden. Hierzu greift diese Monographie auf Mannheims These der Seinsverbundenheit des Denkens und das Konzept der Generationseinheit zurück. Mannheims Fokus liegt dabei auf der Geburtskohorte und den damit einhergehenden Erlebniseindrücken erster Schicht, sowie der sozioökonomischen Lage des Menschen. Diese Faktoren beeinflussen in erster Instanz die Ausbildung einer spezifischen Weltanschauung (Kap. 2.3.1). Neben der sozialstrukturellen Determination wird die individuelle Weltanschauung durch eine weitere Ebene mitbestimmt, die im weiteren Verlauf als die Sphäre der Gruppenzugehörigkeit bezeichnet wird. In der Summe können also zwei Einflussebenen unterschieden werden, die in Abbildung 16 dargestellt sind. Diese Abbildung stellt zu Zwecken der Lesbarkeit nur eine Generation dar.¹

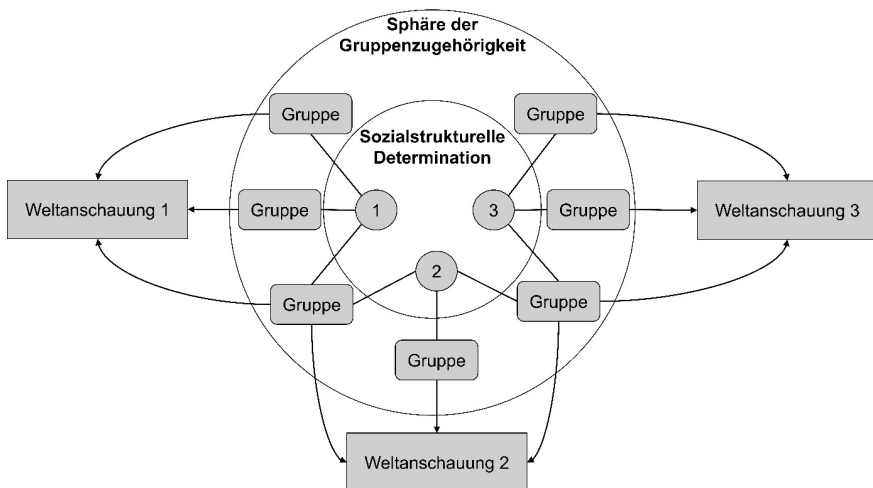


Abbildung 16: Ursprungsebenen der Weltanschauung

Quelle: Eigene Darstellung

¹ Ein Aspekt wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt. Das Denken der Menschen ist auch von angeborenen, biologischen Instinkten bestimmt. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es Menschen gibt, die davon überzeugt sind, dass sie keine Nahrung oder Flüssigkeit zum Überleben brauchen und diese deswegen mit nur wenig Wert betrachten. Auch Sexualtriebe können das (ideologische) Denken prinzipiell beeinflussen. Allerdings werden diese Aspekte im Weiteren nicht berücksichtigt, um sich von der Psychoanalyse abzugrenzen.

In der Mitte der Abbildung findet sich die Sphäre der sozialstrukturellen Determination. In dieser Sphäre wurden zur Illustration drei Individuen eingezeichnet. Je höher eine Person in diesem Schaubild ist, desto wohlhabender sind sie aufgewachsen. Die schwarze und graue Person bspw. stammen aus ökonomisch privilegierten Familien, während die weiße Person finanziell benachteiligt ist. Allerdings ist diese Sphäre nicht rein vertikal. Person 1 und Person 2 könnten bspw. mehr kulturelles oder soziales Kapital aufweisen oder in einem liberaleren Milieu aufgewachsen sein als Person 3. Die Sphäre der sozialstrukturellen Determination erinnert im ersten Augenblick an die Metapher des sozialen Raums, die Bourdieu und Vester et al. für ihre Studien verwenden (siehe Kapitel 2.3.3 und 2.3.4). Zwar bietet Bourdieu mit dem sozialen Raum eine klarere Konzeption der Sozialstruktur als Mannheim, doch ein Bezug auf Bourdieu würde die Definition des Ideologie-Begriffes in die Nähe des Habitus rücken. Daraus würde sich in Folge das Problem ergeben, dass das ideologische Denken nicht mehr sinnvoll vom Denken im Allgemeinen getrennt werden könnte, da der Habitus die Bewusstseinsstruktur der Menschen insgesamt beschreibt.² Auch die Trennung zwischen Weltanschauung und Ideologie wäre so nicht mehr möglich. Aus diesem Grund benutzt diese Monographie im weiteren Verlauf die Begriffe der sozioökonomischen Position in der Sozialstruktur bzw. der Sphäre der sozialstrukturellen Determination.

Der Gebrauch des Begriffes der »Determination« dürfte bei einigen Lesern auf Unverständnis treffen, da damit – auch bei aller Seinsverbundenheit des Denkens – die individuelle Autonomie der Menschen, ihre Weltbilder zu gestalten, scheinbar ignoriert wird. Das ist jedoch nicht der Fall. Menschen haben selbstverständlich die Möglichkeit, sich autonom weiterzuentwickeln, doch das Ausmaß und die ungefähre Richtung dieser Entwicklung ist durch die sozialräumliche Determination vorgegeben. Das liegt daran, dass die neu übernommenen Überzeugungen mit jenen, die das Individuum bereits pflegt, nicht offen in Konflikt treten dürfen. Ein Mann, der bspw. in einem sehr dogmatisch-religiösen Milieu aufwächst, wird sich mit geringer Wahrscheinlichkeit atheistischen Weltbildern zuwenden. Eine Frau, die in einem religiös-toleranten Milieu erzogen wurde, könnte diesen wiederum offener gegenüber sein. Dabei soll nicht ausgeschlossen werden, dass Menschen sich von ursprünglichen Weltansichten abwenden können. Wie bereits betont, können Menschen ihre Weltanschauungen durch eigene Erfahrungen verändern. Auch der Beitritt in neue Gruppen (z.B. Freundeskreise, Studienfächer, etc.) kann Weltbilder wandeln. Gravierende Brüche mit bisherigen Dispositionen werden jedoch eher individuelle Sonderfälle darstellen.

2 Beispielsweise versucht Ostrowski, für die politischen Lager »links«, »rechts« und »mittig« typische Habitus zu identifizieren (2023, S. 11–12).

Menschen werden ihre gedankliche Autonomie also überwiegend innerhalb der Möglichkeiten ihrer bereits vertretenen Weltanschauungen ausleben. Diese Möglichkeit zur Autonomie ist in Abb. 16 mit der »Sphäre der Gruppenzugehörigkeit« berücksichtigt. Aufgrund der individuellen sozialstrukturellen Position ist für die drei eingezeichneten Individuen der Beitritt zu bestimmten Kollektiven besonders wahrscheinlich. Diese wahrscheinlichsten Beitritte sind durch Verbindungen zwischen den Individuen und den Gruppen dargestellt. Gruppen müssen jedoch in ihren potentiellen Mitgliedern nicht auf nur ein Milieu beschränkt sein, sondern verschiedene sozialstrukturelle Positionen können den Beitritt in dieselbe Gruppe begünstigen. Das ist in Abbildung 16 ebenfalls berücksichtigt.

Diese sozioökonomisch geprägten Beitritte in bestimmte Kollektive können auch mit realitätsnahen Beispielen verdeutlicht werden. Eine Frau, die in einer reichen Unternehmerfamilie aufgewachsen ist, könnte sich aufgrund ihrer sozialen Herkunft für ein Studium der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre interessieren und damit der entsprechenden Gruppe der BWL- oder VWL-Studenten beitreten. Auch eine Mitgliedschaft zur Gruppe der Manager ist möglich, wenn sie nach einer Ausbildung einen entsprechenden Job anstrebt. Im Gegensatz dazu entwickelt ein Mann mit niedrigerer sozialer Herkunft womöglich nur wenig Interesse an diesen Gruppen. Er könnte sich stattdessen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder für eine Ausbildung als Handwerker interessieren. So prädestiniert eine bestimmte sozioökonomische Herkunft Individuen für die vermeintlich freie Auswahl von bestimmten Eigengruppen.

Doch wie kann dieses Ausleben der eigenen Autonomie theoretisch gefasst werden? Auf diese Fragen können zwei Antworten gefunden werden. Eine leitet sich aus der *Social Identity Theory* (SIT) von Tajfel (1974) ab. Laut dieser Theorie sind Menschen motiviert, zu Gruppen zu gehören, um ihre soziale Identität zu konstruieren. »For our purposes we shall understand social identity as that part of an individual's self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (or groups) together with the emotional significance attached to that membership« (Tajfel 1974, S. 69). Um eine solche soziale Identität entwickeln zu können, braucht das Individuum eine Vorstellung davon, welche Gruppen in der Gesellschaft vorliegen. Es führt daher eine soziale Kategorisierung durch. Soziale Kategorisierung beschreibt den Prozess der Einteilung der Gesellschaft in kognitive Entitäten; also Gruppen, die nicht auf regelmäßigen *face-to-face* Interaktionen basieren. Diese Gruppen müssen auch nicht notwendigerweise tatsächlich vorliegen. Zentral für die soziale Kategorisierung ist nur, dass der Einzelne die Gesellschaft nach seinem subjektiven Verständnis in solche kognitiven Entitäten einteilt. Die Grenzen zwischen diesen Kollektiven werden auf Basis der Merkmale gezogen, die für das jeweilige Individuum besondere Relevanz haben. Jemand, der von einem tiefgrei-

fenden Konflikt zwischen Männern und Frauen überzeugt ist, wird die Gesellschaft auch anhand der Kategorie Geschlecht in zwei Gruppen einteilen. Wenn die Weltanschauung einer Person von der marxistischen Theorie geprägt ist, wird sie die Gesellschaft in Arbeiter und Besitzende bzw. Ausbeuter spalten. Durch die Zugehörigkeit zu einigen dieser Gruppen und sozialen Vergleichen zu den anderen Kollektiven konstruiert sich die relative Position des Individuums, die in Folge auch seine soziale Identität ausmacht (Deaux 2015, S. 319–320; Tajfel 1974, S. 69, 71–72, 1982, S. 24).³

Da es für Menschen wichtig ist, ein möglichst positives Selbstbild zu erlangen, sind sie motiviert, sich mit jenen Gruppen zu identifizieren, die eine gute relative Position einnehmen. Eine Gruppe kann nur dann überlegen sein, wenn aus sozialen Vergleichen eine andere schwächer hervorgeht. Daraus folgt, dass Individuen besonders zu jenen Gruppen gehören möchten, die ihr positives Selbstbild unterstützen können. Ist eine Gruppe dazu nicht in der Lage, wird das Individuum versuchen, einem besseren Kollektiv beizutreten. Das ist jedoch nicht immer möglich. Beispielsweise kann man nicht einfach beschließen, von heute auf morgen von der Unterschicht in die Oberschicht aufzusteigen. Wenn also ein Wechsel der Eigengruppe nicht oder nur sehr schwer möglich ist, gibt es andere Wege, sein Selbstbild aufzubessern. Erstens können Kollektive versuchen, ihre eigene Situation so weit wie möglich an die der Referenzgruppe anzupassen (z.B. durch Bestrebungen auf Gleichberechtigung). Zweitens können sie die typischen Eigenschaften der Eigengruppe mit neuen, positiven Konnotationen versehen und sich auf Basis dieser von den anderen Gruppen abgrenzen. Zuletzt können Gruppen auch neue Attribute identifizieren und diese als Distinktionsgrundlage verwenden (Tajfel 1974, S. 68–72, 81–86, 1982, S. 16–20, 24).

Die SIT kann somit erklären, warum Menschen sich bei vergleichbaren Lebensumständen tendenziell bestimmten Gruppen anschließen. Ist die Mitgliedschaft zu einer solchen Gruppe dem eigenen positiven Selbstbild zuträglich, ist das Individuum eher bestrebt, ihm beizutreten. Beispiele für diese Arten von Kollektiven wären Internet Communities, *peer groups* oder nicht nach außen abgeschlossene Statusgruppen wie bspw. Berufsgruppen. In Folge dieses Beitritts übernimmt das Individuum auch den Denkstil der neuen Eigengruppe. Ist eine Person besonders bestrebt, einen Beruf zu ergreifen, weil er das eigene Selbstbild

3 Dzenis und Nobre Faria (2022) integrieren diese expressive Funktion von Ideologien bereits im Kontext der *positive political theory*, die politisches Verhalten als das Ergebnis von rationalen Entscheidungsprozessen erklärt. Ideologien und deren expressiven psychologischen Nutzen sind für Dzenis und Nobre Faria Teil des rationalen Entscheidungsprozesses, sie können jedoch auch durch materielle Kosten überschattet werden (2022, S. 7–15).

vervollständigt, ist sie wahrscheinlicher bereit, ihr Denken dem des gewünschten Bezugskollektivs anzupassen (Deaux 2015, S. 322–323; Tajfel 1974, S. 88–89).

Daneben können Menschen sich auch aus rein zweckrationalen Gründen bestimmten Gruppen zuwenden. Wenn jemand bspw. einer Gewerkschaft beitrifft, muss dies nicht daran liegen, dass er sich emotional mit dieser verbunden fühlt. Die Aussicht, dass eine Gruppe die eigenen Lebensbedingungen verbessern kann, ist also ebenfalls ein hinreichender Grund dafür, sich bestimmten Kollektiven anzunähern. In diesem Fall wird es wichtig sein, welche Erfolgschancen das Individuum einem solchen Zweckverband zuspricht. Eine Gewerkschaft, die auf den Betrachter nicht den Eindruck macht, dass sie die Rechte der Arbeiter effektiv vertreten kann, wird nur schwer Unterstützer oder Mitglieder für sich gewinnen können.

Eine ähnliche Argumentation bezüglich des Selbstbildes von Gruppen findet sich schon bei Mannheim (2022). Laut ihm entwickelt sich das Selbstbild gesellschaftlicher Gruppen durch die Wahrnehmung durch andere. »Wenn mich jemand fragen würde, wer und was ich bin, wäre ich um eine Antwort verlegen, aber nicht, wenn man mich danach fragt, was ich in den Augen von A oder B bin. Wir verstehen uns in erster Linie durch die Sicht anderer« (2022, S. 8). Gesellschaftliche Gruppen erlangen, laut Mannheim, ein soziologisches Selbstverständnis, indem sie durch soziale Vergleiche ihre Position in der Sozialstruktur finden. Sobald einer Gruppe bewusst wird, dass ihre Selbsteinschätzung v.a. durch die Wahrnehmung anderer Gruppen bestimmt ist, können sie dieses Bewusstsein nutzen, um die gegenseitige Beziehung zu beeinflussen oder zu verändern.⁴ Mannheim selbst nutzt die Gruppe der Frauen als Beispiel. Ihre sozioökonomische Position und Selbsteinschätzung war durch den Blick von Männern geprägt, bis Frauen sich dieser Tatsache bewusst wurden, ihre kollektive Selbstwahrnehmung neudefinierten und die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse veränderten. Eine häufige Folge dieser herbeigeführten sozialen Wandel sind ideologische Konflikte zwischen den revolutionären und konservativen Lagern (Mannheim 2022, S. 10–18).⁵

Man darf dabei nicht vergessen, dass es auch Gruppen gibt, deren Zugehörigkeit man nicht frei bestimmen kann (z.B. soziale Klassen, sexuelle Orientierung, Ethnie, etc.). Diese Zugehörigkeit muss sich jedoch nicht zwangsläufig in eine Mitgliedschaft zu einer politischen Gruppe übersetzen. Beispielsweise ist nicht jede queere Person zwangsläufig ein aktives Mitglied der LGBTQIA+-Bewegung. Insofern stellt die Grenze zwischen der Sphäre der Gruppenzugehörigkeit und

⁴ Laut Mannheim ist das Proletariat die erste Gruppe, der es gelungen ist, ein solches soziologisches Selbstverständnis zu entwickeln (Mannheim 2022, S. 13).

⁵ Die Ideologie des Konservatismus wird in Kap. 4.2.3.2 ausführlich behandelt.

der Sphäre der soziostrukturellen Determination nur eine analytische Grenze dar, die in diesem Kapitel zu Argumentationszwecken gezogen wird. In der Realität ist diese Grenze selbstverständlich durchlässig. Dennoch kann man auf Basis von Mannheims These der Seinsverbundenheit davon ausgehen, dass freiwillige und unfreiwillige Gruppenzugehörigkeiten das Denken jedes Individuums prägen werden.

Zusammengefasst kann man sagen: Die Weltanschauung ist ein inaktives, aber prinzipiell veränderbares System aus sachlichen und normativen Überzeugungen, die die Basis für das Denken der Individuen darstellen. Diese Überzeugungen entstehen unter Einflussnahme der raumzeitlichen Lebensbedingungen des Individuums und der Zugehörigkeit zu Kollektiven, denen es entweder freiwillig beitrifft oder in die sie hineingeboren wurde.

3.4 Ideologien als Denkstile

Wenn man der Weltanschauung die aktive Fähigkeit, Interpretationen und Handlungen vorzugeben, abspricht, wer oder was übernimmt diese Aufgabe? Zur Lösung dieser Frage wird hier ein Begriff eingeführt, der bereits in vielen Theorien angeschnitten wird, ohne dass ihm die zentrale Stellung zugesprochen wird, die er einnehmen sollte. Zahlreiche Theorien und empirische Ergebnisse stellen entweder explizit oder implizit einen Bezug zwischen Ideologie und dem Denken der Menschen her:

- Francis Bacon prangert in seiner Idolenlehre ein verzerrtes Denken der Menschen an (Bacon 1984, S. 51–52; Tepe 2012, S. 81–84).
- Karl Mannheim postuliert, dass das Denken der Menschen an ihre soziale Position und/oder ihre Gruppenzugehörigkeit gebunden ist (Endreß 2007, S. 77; Knoblauch 2014, S. 98–111; Mannheim 1965, S. 36, 1985, S. 63, 230). Er geht sogar so weit, das Denken der Menschen als Ganzes als totale Ideologie zu bezeichnen (Emmerich 2013, S. 113–114; Endreß 2007, S. 77; Mannheim 1985, S. 53–56).
- Jost und Kollegen weisen darauf hin, dass das Denken der Menschen bewusst oder unbewusst durch Ideologien beeinflusst sein kann (Jost et al. 2008a, S. 171; Jost et al. 2009, S. 325).
- Die Theorie der Systemlegitimation (SJT) von Jost et al. (2003b) erklärt Ideologien als motiviertes Denken (Jost et al. 2003b, S. 350–352; Jost und Hunyady 2005, S. 260). In dieselbe Richtung geht die Theorie des sozial motivierten Denkens von Kahan (2013), die besagt, dass das Denken auch aktiv in Rich-

tungen gelenkt werden kann, die dem eigenen Selbstbild bzw. der sozialen Identität zuträglich sind (2013, S. 408–410, 416–418).

- Micheal Freeden versteht Ideologien als eine Art von politischem Denken (Freeden 1998, S. 5, 11, 1999, S. 411, 2001, S. 5, 2008, S. 1, 2015, S. 115–116).
- Tetlock (1983) zeigt, dass Träger verschiedener Ideologien sich in der Struktur ihres Denkens unterscheiden (1983, S. 122). Janoff-Bulman (2009) berichtet außerdem, dass Liberale in einigen Kontexten (z. B. bei der Attribution von Verantwortung für (Miss)Erfolg) mehr Faktoren berücksichtigen als Konservative. Folglich wird manchmal argumentiert, dass Liberale mehr Potential für komplexere Kognitionen aufweisen (2009, S. 179–180).⁶
- Zahlreiche Studien aus der Politischen Psychologie kommen zu dem Ergebnis, dass Konservatismus mit dem Bedürfnis nach kognitivem Abschluss (*cognitive closure*) korreliert (Jost et al. 2003b, S. 344–345, 358–360; Jost et al. 2015, S. 237–238; Jost und Amodio 2012, S. 57).
- Befragte interpretieren und bewerten die gleichen Stimuli in experimentellen Studien verschiedentlich, wenn sie sich in ihrer Ideologie unterscheiden:
 - Einer Aussage wird eher zugestimmt, wenn ihr Urheber in der Ideologie des Befragten einen guten Ruf genießt (Barber und Pope 2019, S. 43–46; Bullock 2011, S. 500–503; Gampa et al. 2019, S. 2).
 - Statistische Daten werden von Befragten häufig aktiv so ausgewertet, dass daraus folgende Schlüsse ihre ideologischen Prädispositionen bekräftigen (Kahan et al. 2017, S. 67–76; Nurse und Grant 2019, S. 9–11). Zusätzlich zeigen Washburn und Skitka (2018), dass die Interpretation von Forschungsergebnissen vor allem dann abgelehnt wird, wenn diese den Einstellungen der Befragten widersprechen (2018, S. 975–977).
 - Menschen empfinden Syllogismen als logischer, wenn sie ihre Weltsicht bestätigen. Konträre Syllogismen werden entsprechend als unlogischer aufgefasst (Gampa et al. 2019, S. 4–7).
 - Befragte mit hohen SDO-Werten haben eine höhere Chance, Ungleichheiten (insb. gegenüber benachteiligten Gruppen) zu übersehen, als andere. Gleichzeitig führt die Stärke der SDO nicht zu signifikanten Unterschieden, wenn privilegierte Gruppen benachteiligt werden (Waldfoegel et al. 2021, S. 3–7). Waldfoegel et al. erklären diese Ergebnisse durch

⁶ Diese Ergebnisse sollten jedoch vor dem Hintergrund, dass die Psychologie ein stark durch liberale Ideologien geprägtes Forschungsfeld ist (Kapitel 1), mit angemessener Skepsis interpretiert werden. Es ist auch möglich, dass Liberale mehr Aspekte bei der Attribution von (Miss)Erfolg berücksichtigen, um ihre eigene Überzeugung einer ungerechten Welt zu stützen. Das würde wiederum darauf hindeuten, dass in allen ideologischen Gruppen prinzipiell kognitive Doppelstandards gepflegt werden (siehe hierzu auch Crawford (2012)).

etwas, das sie *motivational relevance* nennen. Menschen, denen das Beseitigen von Ungleichheiten besonders wichtig ist, betrachten viele Stimuli oder Situationen von vornherein mehr in Bezug darauf und nehmen Ungleichheiten deswegen auch häufiger oder stärker wahr (2021, S. 2).

Es zeigt sich also, dass der Begriff Ideologie untrennbar mit dem Denken der Menschen verbunden ist. Daraus ergibt sich die Frage, wie man das Denken der Menschen theoretisch fassen kann, ohne sich in zu abstrakten Postulaten zu verlieren und so den Bezug zu möglichen empirischen Umsetzungen einzubüßen. In dieser Monographie wird dieses Problem durch den Bezug auf die Theorie von Ludwik Fleck gelöst. Fleck selbst benutzt den Denkstil-Begriff zwar nur, um soziale Prozesse im Wissenschaftssystem aufzudecken, die Forschungsergebnisse determinieren, doch seine Theorie ist auch für soziale Gruppen im Allgemeinen anwendbar. Seine Denkstil-Definition lautet:

»Der Denkstil besteht, wie jeder Stil, aus einer bestimmten Stimmung und der sie realisierenden Ausführung. Eine Stimmung hat zwei eng zusammenhängende Seiten: sie ist Bereitschaft für selektives Empfinden und für entsprechend gerichtetes Handeln. [...] Wir können also Denkstil als gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen, definieren.« (Fleck 1980, S. 130)

Die Denkstile eines Menschen sind also die Instanzen im Geiste des Menschen, die alle Eindrücke aus der Welt aufnehmen, bestimmte davon selektieren, diese verarbeiten, in Überzeugungen verankern können und in Folge Interpretationen und Handlungsvorgaben ableiten. Kurz gesagt: Denkstile regeln das gesamte Denken des Menschen. Dies kann bewusst oder unbewusst geschehen. Sowohl das Deduzieren einer Einstellung aus den vertretenen Überzeugungen als auch die Bedeutung, die einem Begriff zugeordnet wird, ist von den Denkstilen abhängig, die die Person pflegt. Sie haben also die aktive Rolle inne, die der Weltanschauung in Kapitel 3.2 abgesprochen wurde (Fleck 1980, S. 56–58, 63–64, 72, 85, 130; Ylönen 2011, S. 4).

Diese Denkstile entwickelt das Individuum jedoch nicht völlig autonom. Fleck attestiert dem Denken eine soziale Komponente, denn das Individuum übernimmt stets die Denkstile der Denkkollektive, denen es angehört. Fleck definiert Denkkollektiv als »Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen« (1980, S. 54). Ein Denkkollektiv ist also eine Gruppe von Menschen, die im Rahmen (temporärer oder permanenter) sozialer Beziehungen interagieren und so gemeinsam Träger eines Denkstiles sind. Tritt ein Individuum einem solchen Kollektiv bei, wird es von den bestehenden Mitgliedern sozialisiert, bis es einen ähnlichen Denkstil pflegt wie der Rest der Gruppe. Die Formulierung »ähnlicher Denkstil« ist hier bewusst gewählt, weil das Individuum nie den genau selben Denkstil pflegt wie das gesamte Kollektiv.

Hat das Individuum den Denkstil des Kollektivs erst übernommen, leitet dieser alle seiner kognitiven Prozesse (Fleck 1980, S. 54–61, 130, 135–136; Ylönen 2011, S. 4).

Auch der Erkenntnisprozess ist eine Tätigkeit, die das Individuum nicht in völliger Autonomie ausführt. Da das Wahrnehmen eines Phänomens, eines Problems oder bestimmter Eindrücke immer durch die Brille des jeweiligen Denkstils geschieht, ist auch der Erkenntnisprozess sozialer Natur. Welche Phänomene wahrgenommen werden, hängt davon ab, ob der Denkstil des Kollektivs für diese Eindrücke empfänglich ist. Ein Denkstil, der sich lediglich um literarische Themen dreht, wird nur wenig Aufmerksamkeit für Fragen der organischen Chemie aufbringen. Wird ein Phänomen vom Denkstil als relevant anerkannt und folglich wahrgenommen, wird es jedoch nicht sofort Teil der Kernüberzeugungen des Denkstils. Stattdessen muss es einen sozialen, kollektiven Prozess durchlaufen, bevor ihm dieser Rang zugesprochen wird. Wenn ein Chemiker ein neues chemisches Element entdeckt, ist es nicht sofort Teil des kollektiven wissenschaftlichen Weltbildes, da zu diesem Zeitpunkt nur er davon weiß und seine Kollegen das Phänomen ablehnen und nach den Regeln des Denkstils verwerfen und/oder falsifizieren können. Erst wenn der Chemiker seine Entdeckung auf wissenschaftlichen Tagungen und in Publikationen verbreitet und seine Kollegen seine Arbeit anerkennen, wird es auch ein Bestandteil des geteilten Weltbildes (Fleck 1980, S. 55–57, 102–105, 129) bzw. seiner »Tatsachenwelt« (1980, S. 135).

Diese soziale Komponente des Denkens findet sich bereits bei Karl Mannheim. Er sieht das Denken und das Erkennen der Menschen ebenfalls durch Gruppen gesteuert anstatt durch individuelle Autonomie. Auch das Wahrnehmen von Problemen ist von dem jeweiligen Denkstil der Eigengruppe abhängig (Mannheim 1985, S. 4–5, 27–28). Diese soziale Komponente des Denkens nach Mannheim und die Denkkollektive nach Fleck sind in Abb. 16 mit der Sphäre der Gruppenzugehörigkeit beschrieben. Durch diese jeweils unterschiedliche Wahrnehmung interpretieren verschiedene Gruppen denselben Eindruck oder Stimulus in andere Richtungen. Während die meisten Menschen nicht von der Idee einer flachen Erde zu überzeugen sein werden, indem man auf den schnurgeraden Horizont deutet, wird ein sog. *flat earther* damit mitunter leichter zu begeistern sein, weil dieser vermeintliche Beweis seine Überzeugungen bestätigt.

Denkstile benötigen, wie bereits häufig angedeutet, einen inhaltlichen Bezugspunkt für ihre Schlussfolgerungen. Denkstile sind an sich inhaltsleer; ihre spezifischen Ausrichtungen erhalten sie durch den Bezug auf die Überzeugungen, die der Mensch pflegt. Genauso ist ein Buch zunächst nur eine Sammlung an Seiten, bis der Inhalt, mit dem diese Seiten gefüllt werden, das Buch in eine spezifische Kategorie einordnet (z.B. wissenschaftliche Arbeit vs. Theaterstück

vs. Belletristik). Jede Einstellung, jede Interpretation neuer Informationen, jede Aussage, jede Handlung muss auf vorliegenden sachlichen oder normativen Überzeugungen aufbauen und aus diesen abgeleitet werden. An dieser Stelle erhält die Weltanschauung wieder Einzug in die Definition. Die Beziehung zwischen den beiden Begriffen ist jedoch nicht so simpel, als dass sie in einem oder zwei Sätzen erklärt werden könnte. Stattdessen stehen sie in einer zweigeteilten Beziehung. Erstens fungiert die Weltanschauung als Blaupause, entlang derer der Denkstil Informationen verarbeitet. Obwohl die Weltanschauung also die inhaltliche Basis für die Arbeit des Denkstiles ist, fehlt ihr selbst das Potential, um das Denken des Menschen aktiv zu leiten. Es sind vielmehr die Denkstile, die sich aktiv auf die Weltanschauung als Regelwerk berufen, um ihre Arbeit zu verrichten.

Zweitens – und hier bezieht sich die in dieser Arbeit entwickelte Theorie erneut auf Mannheim und Fleck – ist die Weltanschauung gleichzeitig das Produkt des Denkstiles (Fleck 1980, S. 135; Mannheim 1965, S. 40–41). Diese zweite These mag zunächst für Verwirrung sorgen, aber diese dürfte sich auflösen, wenn man bedenkt, dass es von vornherein einen Denkstil benötigt, um die Einflüsse durch die sozialräumliche Determination in der Weltsicht festzuschreiben. Man kann sich das mit folgender Metapher vor Augen führen: Ein Abenteurer erkundet unerforschtes Terrain. Um sich zurechtzufinden, zeichnet er sich im Laufe seiner Wanderung eine Karte. Diese Karte entspricht seiner Weltsicht über das unbekannte Gebiet; sie ist ein subjektives Abbild der Realität, das er auf Basis seiner eigenen Erfahrungen erzeugt hat. Stellt man sich weiter vor, dass er nun einen breiten Fluss überqueren muss, wird er seine Karte zu Hilfe nehmen, um die beste Vorgehensweise zur Überquerung zu finden. Ist eine Brücke in der Nähe? Gibt es eine flache Stelle mit schwacher Strömung? Oder versucht er einfach sein Glück und springt in die Fluten? Diese Entscheidung fällt nicht die Karte für ihn; er muss sich selbst entscheiden. Die Karte dient dabei nur als Stütze. Das unerforschte Terrain steht in dieser Metapher für die soziale, natürliche und politische Umwelt, in die ein Mensch hineingeboren wird. Die Karte steht für seine Weltanschauung, die von seinem Denkstil erstellt wird, damit er sich in der Welt zurechtfinden und in konkreten Situationen angemessen handeln kann. So stehen Denkstil und Weltanschauung in einer wechselseitigen Beziehung.

Dieses Postulat kann zu folgendem Einwand führen: Wenn Denkstile immer auf Weltanschauungen aufbauen müssen, wie kann ein Denkstil diese dann erst erzeugen? Liegt hier also ein Henne-und-Ei-Problem vor? Auf den ersten Blick scheint sich dieses Problem tatsächlich aufzudrängen, doch man kann diese theoretische Zwickmühle durch die Einführung eines neuen Begriffes lösen: den Ur-Denkstil. Hierzu muss man folgende Annahme treffen: Der Mensch wird mit etwas geboren, was hier als Ur-Denkstil bezeichnet wird. Dieser Ur-Denkstil

ist nicht nach einer bestimmten Weltsicht ausgerichtet. Es scheint unwahrscheinlich, dass ein Mensch direkt von Geburt an mit einer Weltanschauung ausgestattet ist, die über angeborene Instinkte hinausgeht. Dieser Ur-Denkstil hat nur zwei Aufgaben: den Menschen durch die Erfüllung basaler Grundbedürfnisse am Leben zu erhalten (z.B. Nahrung aufnehmen, Selbstschutz, etc.) und die Erfahrungen der Erlebniseindrücke erster Schicht in der Weltanschauung zu verankern. Zu Beginn des Lebens wird diese Weltanschauung noch aus sehr wenigen Überzeugungen bestehen, doch mit der Zeit internalisiert der Mensch immer mehr Überzeugungen, die aus seiner Sozialisation im Kontext seiner sozio-historischen Lebensbedingungen folgen, und die Weltsicht wird immer komplexer und detaillierter.

Je komplexer die Weltsicht im Laufe der individuellen Entwicklung wird, desto mehr kann sie in verschiedene Themenbereiche aufgeteilt werden (z.B. politische Themen, Handlungsvorgaben fürs Berufs- oder Familienleben, etc.). Je mehr sich die Weltanschauung in diese Themenbereiche differenziert, desto mehr spaltet sich auch der Ur-Denkstil in mehrere koexistierende auf, die jeweils für einen der Themenbereiche verantwortlich sind. Das schließt nahtlos an einen weiteren Punkt aus Flecks Denkstil-Theorie an. Menschen pflegen nicht einen Denkstil, sondern mehrere parallel existierende Denkstile, die jeweils für den thematischen Kontext verantwortlich sind, der für das entsprechende Denkkollektiv von Bedeutung ist (Fleck 1980, S. 144–145). Je komplexer also das Weltbild im Laufe der Entwicklung der Persönlichkeit wird, desto mehr differenziert das Überzeugungssystem sich auch in verschiedene Themenbereiche aus. Entsprechend spaltet sich auch der Ur-Denkstil in verschiedene Denkstile auf, die jeweils für einen dieser Themenbereiche zuständig sind und auf den dazu passenden Überzeugungen aufbauen. Zusätzlich dazu nehmen Menschen im Laufe ihres Lebens verschiedene soziale Rollen ein (Freund, Schüler, Arbeitnehmer oder -geber, Nachwuchs, Elternteil, etc.), die oft mit der Zugehörigkeit zu Denkkollektiven einhergehen. Auch die Erfüllung einer solchen sozialen Rolle ist stets an einen spezifischen Denkstil gebunden. Ein Professor, der eine Vorlesung hält, nimmt diese mit anderen Augen wahr als es seine Studenten tun. Auch wenn man über eine politische Maßnahme debattiert, verwendet man einen anderen Denkstil als bei der Erziehung des eigenen Nachwuchses. Wieder ein anderer kommt zum Einsatz, wenn man entscheiden muss, ob man regional erzeugte Produkte oder Discounter-Ware kaufen soll. Jeder thematische Kontext und jedes Ausfüllen einer sozialen Rolle führt zur Aktivierung eines anderen Denkstiles.

Ein wichtiger Punkt, der bei der Ausdifferenzierung des Ur-Denkstils betrachtet werden muss, ist, dass jede neue Überzeugung, die in die Weltsicht eingearbeitet wird, immer schon vor dem Hintergrund der vorliegenden betrachtet wird. Überzeugungen, die der Mensch zuerst sammelt, machen laut Fleck auch

jene aus, die als natürlich oder selbstverständlich gelten, da das gesamte weitere Denken auf ihnen beruht. Spätere (z.B. schulische, wissenschaftliche oder ideologische Inhalte) werden bereits durch die Brille der bestehenden Denkstile und Weltanschauungen verarbeitet. Diese werden auch nicht mehr als natürlich empfunden, sondern als Konventionen, Axiome oder Dogmen wahrgenommen und vertreten (Fleck 1980, S. 135, 140). Dasselbe drückt Mannheims Unterscheidung in verschiedene Ebenen der Erlebniseindrücke aus (Kap. 2.3.1).

Ein Beispiel dafür, wie der Ur-Denkstil sich in einem ideologischen widerspiegelt, liefern Adorno et al. (1950). Sie erklären die autoritären Persönlichkeiten ihrer Befragten durch den autoritären Erziehungsstil ihrer Eltern. »*The individual's relation to parental authority, particularly his disposition to be submissive or critically independent, appears to be a basic personality trend which partially determines his political party preference and his ideology about group relations*« (1950, S. 192). Autoritarismus liegt in dieser Erklärung in der Unterwürfigkeit begründet, die die Befragten in der Erziehung durch ihre autoritären Eltern gelernt haben. Kinder, die von ihren Eltern anerzogen bekommen, sich unterwürfig zu verhalten, werden unterwürfiges Verhalten unter Autoritäten als normatives Ideal in ihre Weltsicht aufnehmen. Diese Überzeugung wird im weiteren Verlauf des Lebens das (politische) Denken dieses Kindes prägen. Im Extremfall spiegeln sich diese Kindheitserfahrungen im weiteren Lebenslauf in autoritären Tendenzen wider (Adorno et al. 1950, S. 192, 654–726; Brown 2004, 49–53). Diese Erklärung ist, wie in Kap. 2.2.3.1 aufgeführt, nicht unstrittig. Doch auch Alternativerklärungen, wie die von Oesterreich (2000), legen nahe, dass eine zu herrische oder zu behütete Sozialisation durch die Eltern Einfluss auf das allgemeine – und so auch politische – Denken der Menschen nehmen kann (Oesterreich 2000, S. 73–78). Block und Block (2006) zeigen in einer Langzeitstudie zusätzlich, dass sich ängstliche, unsichere, unterwürfige Kinder später eher zu konservativen Erwachsenen entwickeln, während selbstbewusste Kinder tendenziell zu liberalen Menschen heranwachsen (Block und Block 2006, S. 739–743). Diese Beispiele zeigen, wie der Ur-Denkstil früheste Kindheitserfahrungen als erste Überzeugungen in der Weltanschauung verankert, bevor er sich in verschiedene themenbezogene Denkstile aufspaltet.

Sobald der Mensch das Entwicklungsstadium erreicht hat, in dem sein Denken von vielen verschiedenen Denkstilen abhängt, kann es dazu kommen, dass ein spezifischer Kontext zwei Denkstile gleichzeitig aktiviert, die widersprüchliche Interpretationen oder Handlungen vorgeben. Immer wenn mind. zwei Denkstile getriggert werden, kann es zu kognitiver Dissonanz kommen, wenn diese auf konträren Überzeugungen aufbauen (Fleck 1980, S. 144–145). Hier sollte hinzugefügt werden, dass dieses Potential auch dadurch gegeben ist, dass sich verschiedene Denkkollektive überlappen können. Neben sozialstrukturellen Makro-Kollektiven (z.B. Schicht, soziale Lage, etc.) können Menschen auch zu demografi-

schen Gruppen (z.B. Geschlecht, Ethnie, Alter, etc.) gehören. Auch innerhalb dieser großen Gruppen kann es Untergruppen geben (z.B. Berufsgruppen, etc.), die jeweils unterschiedliche Denkstile pflegen können. Doch auch Themenbereiche überlappen sich häufig. Die Diskussion über eine Frauenquote triggert gleichzeitig einen soziokulturellen Denkstil (Gleichstellung zwischen Männern und Frauen) und einen ökonomischen (Eingriff in die Freiheit der Unternehmen, Vakanzen autonom zu besetzen). Wenn diese beiden Denkstile zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, entsteht kognitive Dissonanz (Fleck 1980, S. 144–145). Daraus folgt die Frage, welcher Denkstil die Oberhand gewinnt, wenn mindestens zwei gleichzeitig aktiviert werden. Die sinnvollste Antwort scheint zu sein, dass jene Überzeugungen überwiegen, die in der individuellen Weltanschauung eine zentralere Rolle einnehmen. Je stärker eine Überzeugung also im harten Kern der Weltsicht verankert ist, desto mehr Schlagkraft hat sie im Konflikt mit anderen. Immerhin ist es generell unwahrscheinlich, dass Menschen leichtfertig einen zentralen Aspekt ihrer Weltsicht – also der Basis ihres gesamten Denkens – aufgeben, wenn eine weniger wichtige Überzeugung genauso leicht geopfert werden kann.

Bedrohungen der eigenen Weltanschauung müssen jedoch nicht nur von innen kommen. Für die Wahrung der Weltsicht ist es auch essenziell, dass der Denkstil sie gegen bedrohliche externe Eindrücke verteidigen kann. Würde ein Mensch seine Weltsicht bei jeder erstbesten widersprüchlichen Information überarbeiten oder sogar vollständig verwerfen, wäre ein Mensch niemals zu konsistentem Denken und Handeln fähig. Deswegen weisen Denkstile typische Verteidigungsmechanismen auf. Zunächst ist es möglich, diese Eindrücke einfach nicht wahrzunehmen. Das funktioniert jedoch nur so lange, bis sich dieser Eindruck nicht der Wahrnehmung des Einzelnen aufdrängt. Wenn der Mensch also gezwungen ist, die problematische Information wahrzunehmen, kann er immer noch versuchen, sie zu ignorieren. Ist auch das nicht möglich, wird der Denkstil nach allen Regeln seiner Kunst versuchen, die Information doch noch in Einklang mit der Weltanschauung zu bringen. Der neue Eindruck wird aktiv so rationalisiert, dass er mit den präexistierenden Überzeugungen übereinstimmt. Alternativ kann der Denkstil nach empirischen Beweisen für die eigene Position suchen, um sie gegen die externe Bedrohung zu stärken. Diese Beweise können von Alltagserfahrungen bis zu ausgefeilten Statistiken reichen. Erst wenn alle Stricke reißen und keine dieser Techniken die Weltanschauung gegen konträre Eindrücke verteidigen kann, kann ein Teil der Weltsicht an diese neuen Informationen angepasst werden. Dabei wird allerdings, wie bereits angedeutet, am wahrscheinlichsten ein peripheres Element verändert (Fleck 1980, S. 40–53, 122–129, 132–135). Man stelle sich einen Mann vor, der felsenfest daran glaubt, dass die Erde flach ist. Die Argumente der Wissenschaft kann er nicht

ignorieren, er muss sie also widerlegen. Die Krümmung der Erde wird mit einem Hinweis auf den schnurgeraden Horizont abgelehnt. Alle Satellitenbilder, die die Kugelform des Planeten belegen, werden als Fälschungen der NASA oder der Regierungen rationalisiert. Und eigene pseudowissenschaftliche Experimente sollen die »wahre« Form der Erde beweisen. Jede Information, die nicht in das Überzeugungssystem dieses Mannes passt, wird mit allen Mitteln so gedeutet, dass sie ihre Angriffskraft verliert. Der Wahrheitsgehalt oder die Plausibilität dieser Rationalisierungen können in vielen Fällen fraglich sein.

Ein weiteres Beispiel liefert die Studie von Altemeyer (2002). Im Zuge der Validierung seiner Dogmatismus-Skala (2002, S. 720–721) bittet er seine Befragten, anzugeben, für wie konsistent sie die Bibel halten. In einer zweiten Phase werden sie mit widersprüchlichen Schilderungen des Morgens konfrontiert, an dem Jesus von den Toten auferstanden ist. Diese Schilderungen stammen alle aus den vier Evangelien, die viele Details sehr unterschiedlich wiedergeben.⁷ Die Befragten werden daraufhin gebeten, diese Widersprüche zu erklären. Jene, die Widersprüche in der Bibel generell ablehnen, streiten die Inkonsistenzen in den vier Schilderungen von Jesus' Wiederauferstehung häufig ab oder rationalisieren sie, indem sie sie mit Zeugenaussagen über Verkehrsunfällen vergleichen. Da sich diese ebenfalls in Details unterscheiden können, seien die Widersprüche zwischen den Evangelien kein Beweis dafür, dass die Wiederauferstehung nicht stattgefunden hat. Andere rationalisieren die Inkonsistenzen als Übersetzungsfehler oder Fehler in der Überlieferung der Evangelisten (Altemeyer 2002, S. 715–718).

Diese kognitiven Verteidigungsmechanismen sind jedoch nicht nur auf die Mikro-Ebene beschränkt. Immerhin fokussiert sich Flecks Theorie überwiegend auf die Gruppenebene. Auf dieser können dieselben Techniken angewandt werden, um bedrohliche externe Informationen zu neutralisieren. Auf Ebene der Gruppe der *flat eathers* würde man die Techniken des Ignorierens, Rationalisierens, Widerlegens und – wenn diese nicht funktionieren – Anpassen des Weltbildes ebenfalls beobachten können.

Unterschiede zwischen Denkstilen auf der Mikro- im Gegensatz zur Makro- oder Meso-Ebene zeigen sich auch in einem anderen Kontext. Während sich kollektive Denkstile nur allmählich und nach einem sozialen Prozess weiterentwickeln (Ylönen 2011, S. 4–5), kann der individuelle Denkstil, der sich nicht mit dem

7 »Who went to the tomb where Jesus was buried? What time of day was it? Was there a great earthquake? Were there Roman guards at the tomb? Were there angels? How many? Who, if anyone, saw Jesus? Did Jesus let anyone touch him? Did the witnesses tell anyone what they saw? Which apostles, if any, then went to the tomb? And so on. (One finds little agreement among the Gospels on the foregoing points. With regard to the first question, for example, all four accounts have different lists of who went to the tomb.)« (Altemeyer 2002, S. 716)

kollektiven decken muss (Fleck 1980, S. 56–57), durch neue Informationen auch autonom angepasst werden. Wäre das nicht der Fall, würde der Chemiker aus unserem obigen Beispiel seinen Fund niemals der akademischen Welt präsentieren, weil er ihn wegen der Determinierung durch den kollektiven Denkstil ablehnen würde. Auch bahnbrechende Denkleistungen wie Albert Einsteins Relativitätstheorie wären mit einer Theorie, die diese Differenzierung ablehnt, nicht erklärbar. Das bedeutet, dass individuelle Weltansichten trotz ihrer starken Prägung durch das Kollektiv mit neuen Informationen auch autonom weiterentwickelt werden können. In den meisten Fällen dürfte allerdings der Einfluss der Eigengruppe größer sein, weswegen es wahrscheinlicher ist, dass die Weltansicht des jeweiligen Bezugskollektivs mit den eben dargelegten Techniken gegen konträre Meinungen verteidigt wird.

Dass jede Gruppe ihre eigene Weltansicht vertritt und entsprechend verschiedene Denkstile pflegt, führt in Folge zu zwei Phänomenen. Erstens werden zwei unterschiedliche Denkkollektive bzw. zwei Menschen mit verschiedenen Denkstilen denselben Eindruck unterschiedlich wahrnehmen und interpretieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür liefern Kahan et al. (2017) und Nurse und Grant (2019). Sie weisen in Experimenten nach, dass Menschen dieselben statistischen Daten anders interpretieren, wenn sie sich zu anderen Gruppen (Parteien in der Studie von Nurse und Grant; politische Lager in der Studie von Kahan et al.) zugehörig fühlen (Kahan et al. 2017, S. 67–69; Nurse und Grant 2019, S. 9).

Zweitens pflegen verschiedene Gruppen durch ihre jeweiligen Weltanschauungen auch unterschiedliche Wahrheiten. Fleck selbst lehnt die Idee einer objektiven Wahrheit, die man erkennen könnte, wenn man sich nur von den Verzerrungen des menschlichen Geistes lösen könnte, ab (Ylönen 2011, S. 3). Stattdessen entwickelt jedes Denkkollektiv zwangsläufig ein eigenes Verständnis der Wirklichkeit (Fleck 1980, S. 131, 135). Diese These, so sinnvoll sie zunächst im Kontext von Flecks Theorie wirken mag, führt im Rahmen der Definition des Ideologie-Begriffes zu einem schwerwiegenden Problem. Wenn man voraussetzt, dass jeder Denkstandort seine eigene Wahrheit hat und gleichzeitig die Idee einer objektiven Wirklichkeit ablehnt, wie will man dann einen Denkstil als besser oder richtiger als andere identifizieren? Führt die Idee von Denkstandorten nicht unweigerlich zu einer Relativierung? Diese Frage ist von größter Wichtigkeit, weil ein relativistischer Ansatz Gefahr läuft, fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen denselben Stellenwert zuzusprechen wie obskuren Verschwörungstheorien, Scheinkausalitäten oder faktisch falschen Alltagstheorien. Mit relativistischen Ansätzen kann beispielsweise nicht begründet werden, warum man in der Frage, ob es tatsächlich einen Klimawandel gibt, auf die Wissenschaft statt auf Klimawandelleugner hören sollte. Warum sollte ein rational denkender Mensch nicht glauben, dass die Welt von gestaltwandelnden Alien-Eidechsen regiert wird,

wenn alle Denkstandorte relativ und damit gleich valide sind? Und mit welcher Begründung wären biologistisch begründete Diskriminierungen weniger valide als egalitäre Forderungen? Um zu ergründen, welches von zwei Weltbildern näher an der Wahrheit liegt, benötigt man zwangsläufig die Prämisse einer objektiven Wirklichkeit. Flecks Annahme, dass es diese nicht gibt, muss also aufgegeben werden. Stattdessen soll auf Basis von Mannheim folgende These aufgestellt werden: Es gibt eine objektive Wirklichkeit; folglich gibt es theoretisch auch eine objektiv richtige Weltanschauung, die diese Wirklichkeit perfekt widerspiegelt. Aufgrund der Seinsverbundenheit des Denkens, der jeder Mensch unterworfen ist, ist es jedoch unwahrscheinlich, dass jemals jemand diese Weltanschauung erreichen wird. Jeder Mensch verfügt also über eine Weltsicht, die bis zu einem gewissen Grad von der absoluten Wahrheit abweicht (Mannheim 1985, S. 163–164). Die einzelnen Denkstandorte sind unter dieser Voraussetzung nicht mehr gleichrangig, da sie sich in ihrer Abweichung zur absoluten Wahrheit unterscheiden. Die Weltsicht von Akteur A kann also näher an der objektiven Wirklichkeit liegen als die von Akteur B. Man muss also die Relativierung von Denkstandorten vermeiden, indem man sich auf die Relationierung von Denkstandorten fokussiert (Kapitel 2.3.1). Das setzt voraus, dass die Menschheit in der Lage ist, zu erkennen, welche Gruppe mit ihrer Weltsicht am nächsten an diesem richtigen Verständnis der Wirklichkeit ist. Dies ist eine sehr diffizile Frage, mit der man ganze Bücher füllen könnte und die an dieser Stelle deswegen nicht erschöpfend ausgearbeitet werden kann. In aller Kürze soll hier jedoch postuliert werden, dass die Wissenschaft durch ihre aktive Suche nach der Wahrheit, dem minutiösen Einsatz von rigorosen Forschungsmethoden, einem Fokus auf große Zusammenhänge und ihrer Kultur der ständigen gegenseitigen Kritik näher an der objektiven Wahrheit liegt als andere Denkkollektive.⁸ Dieses Postulat ist der Forderung Mannheims nach einer freischwebenden Intelligenz nicht unähnlich (Mannheim 1985, S. 11–12, 135–137). Der zentrale Unterschied ist jedoch, dass hier nicht vernachlässigt wird, dass auch die Weltanschauungen von Wissenschaftlern geringfügig

8 Interessierte finden in der Philosophie unter dem Begriff der epistemischen Autorität (vgl. Constantin und Grundmann (2020)) vielversprechende Ansätze. Zusätzlich hielt Grundmann 2019 einen Vortrag an der Universität Salzburg, in dem er definierte, welche Anforderungen eine Person erfüllen muss, um als Experte zu gelten. Sie muss ein ausreichendes Niveau an Kompetenz vorweisen können (sowohl in Form von Wissen über den bisherigen Forschungsstand als auch Diskussionskompetenz), das das Niveau eines Laien übersteigt. Damit Experten erkennbar sein können, erhebt Grundmann zusätzlich hohe Ansprüche an die akademische Gemeinschaft (gegenseitige Anerkennung, offene Kritik, intellektuelle Autonomie, durchgehender Wettbewerb, Offenheit für Diversität in der Theorie, etc.). Diese Ansprüche müssen erfüllt und durchgehend verteidigt werden, um das Vertrauen der breiten Gesellschaft nicht zu verlieren (Grundmann 2019). Der interessierte Leser findet im Kapitel von Grundmann des Sammelbands »*Oxford Handbook of Social Epistemology*« (forthcoming) genauere Ausführungen.

von der absoluten Wahrheit abweichen können. Dennoch sollten wissenschaftliche Erkenntnisse vertrauenswürdiger sein als Alltagserfahrungen oder nicht empirisch fundierte Überlegungen.

Diese detaillierte Ausführung von Flecks Theorie und die Neudefinition des Begriffes der Weltanschauung bilden den optimalen Ausgangspunkt für die Definition des Ideologie-Begriffes. Da, wie oben bereits ausgeführt, Ideologien untrennbar mit dem Denken der Menschen verbunden sind, ist es auch nicht verwunderlich, dass die Eigenschaften von Ideologien und Denkstilen deckungsgleich sind:

- Denkstile produzieren, wie oben bereits ausgeführt, Weltanschauungen. Manche Theoretiker sprechen der Ideologie dieselbe Fähigkeit zu (Buckle 2013, S. 222; Freeden 2001, S. 7–8, 2008, S. 3–7; Häckel 2004, S. 170; Hamilton 1987, S. 37–38; van Dijk 2006, S. 121, 2015, S. 179–180). Obwohl Ideologien – in Gegensatz zum Ur-Denkstil – nicht das Fundament der Weltanschauung gießen, können sie dennoch Einfluss auf sie nehmen. Sobald ein Individuum von seiner Bezugsgruppe eine Ideologie übernommen hat, kann diese basierend auf den vorliegenden Überzeugungen neue definieren, die entweder unmittelbar in die individuelle Weltanschauung und/oder nach eingehender kollektiver Prüfung in die gemeinsame Weltsicht aufgenommen werden.
- Denkstile folgen in ihrer Arbeit den vorliegenden Überzeugungen, die in der Weltanschauung verankert sind. Genau diese Vorstellung liegt der wertneutralen, empirischen Ideologieforschung der Politikwissenschaft und Psychologie zugrunde, die sich auf die Einstellungen fokussieren, die eine Ideologie von anderen unterscheiden. Tepe fasst diese Art der Ideologieforschung unter dem Begriff der weltanschauungsanalytischen Ideologieforschung zusammen (Tepe 2012, S. 1–2, 37, 76–77).
- Denkstile geben vor, wie neue Eindrücke interpretiert und bewertet werden. Dieselbe Funktion wurde bereits mehrfach den Ideologien nachgewiesen. Tepe (2012) bezeichnet dies als »bedürfniskonformes Denken« (2012, S. 3). Beispiele sind die oben zitierten Studien von Barber und Pope (2019), Kahan et al. (2017), Gampa et al. (2019), Nurse und Grant (2019) und Washburn und Skitka (2018).
- Neben Interpretationen geben Ideologien auch Handlungsimperative vor (Boudon 1999, S. 141; Buckle 2013, S. 222; Freeden 1997, S. 5–6, 2008, S. 5–6; Hamilton 1987, S. 37–38; Plamenatz 1970, S. 75–76; Shils 1968, S. 66; Tepe 2012, S. 46–47; van Dijk 2006, S. 117–118).
- Ideologien leiten aus den Weltanschauungen auch konkrete Einstellungen ab (Buckle 2013, S. 226; Shils 1968, S. 66; Tepe 2012, S. 46–47).

- Je nach Kontext ist ein anderer Denkstil für die kognitiven Prozesse verantwortlich. Das spiegelt sich in der Trennung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien, RWA und SDO, sowie der Links-rechts- und GAL-TAN-Achsen wider (siehe Kap. 2.2.2, 2.2.3.3 und 2.2.3.4).

Das bedeutet, der sinnvollste Ansatz für eine Definition des Ideologie-Begriffes ist, Ideologien als bestimmte Formen von Denkstilen zu fassen. Daraus folgt, dass die Eigenschaften von Denkstilen auch auf Ideologien zutreffen.

Wie viele Ideologien vertritt ein Mensch?

Menschen pflegen nicht eine einzelne Ideologie, sondern mehrere kontextabhängige Ideologien. Dieses Postulat folgt direkt aus dem Verständnis von Ideologien als Denkstile nach Fleck. Da Menschen nicht nur einen Denkstil pflegen, sondern je nach Kontext und sozialer Rolle andere Denkstile nutzen, folgt, dass Menschen auch mehr als nur eine Ideologie pflegen. Je nachdem welcher Gegenstand betrachtet wird, nutzen Menschen eine andere Ideologie, um Einstellungen zu formulieren, Eindrücke zu interpretieren oder Handlungen zu planen. Ein konkretes Beispiel wäre die Unterscheidung in soziokulturelle und ökonomische Ideologien (Kap. 2.2.3.4).

Individuelle und kollektive Ideologien

Denkkollektive sozialisieren ihre Mitglieder dazu, den kollektiv geteilten Denkstil zu übernehmen. Davon kann abgeleitet werden, dass Denkstile und somit auch Ideologien sowohl von Gruppen als auch von einzelnen Individuen gepflegt werden können. Ein Widerspruch könnte aus der Perspektive der Kritischen Diskursanalyse formuliert werden. Diese sieht Ideologien eindeutig als ein kollektives Phänomen an, das nur von Gruppen getragen werden kann. Das bedeutet, dass einzelne Menschen, die eine ideologische Aussage tätigen oder ideologisch handeln, dies immer als Mitglied ihrer ideologischen Eigengruppe tun. Hierzu erziehen diese Gruppen den Menschen sogenannte mentale Modelle an, die das Denken, Sprechen und Handeln der Mitglieder ideologisch prägen (van Dijk 2006, S. 116–117, 121, 2015, S. 176–180). Van Dijk geht sogar so weit zu behaupten, dass es keine Ideologien gibt, die nur von einer Person gepflegt werden (2006, S. 117). Seine Abgrenzung zwischen Ideologien und mentalen Modellen wirkt jedoch ziemlich arbiträr. Beide weisen dieselben Funktionen und internen Strukturen auf; sie unterscheiden sich nur darin, ob wie auf der Mikro- oder Makro-Ebene auftreten. Der Mehrwert, individuelle Ideologien nicht als solche aufzufassen, wird hier nicht ersichtlich.

Doch auch Freeden erteilt der Idee von individuellen Ideologien eine Absage, da für ihn nur Gruppen den nötigen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben, um deren Gedanken als relevant genug für die Ideologieforschung anzusehen (Freeden 1999, S. 412–413, 2006, S. 9–10, 2008, S. 51). Auf den ersten Blick scheint dies sinnvoll. Würde bspw. eine einzelne Person fordern, dass die Anzahl der Muttermale eines Menschen Einfluss auf sein Einkommen haben sollte, würde er vom Rest der Gesellschaft höchstwahrscheinlich ignoriert oder belächelt werden. Sobald diese Person jedoch eine so breite Unterstützerbasis für ihre merkwürdige Forderung mobilisieren kann und die Gesellschaft gezwungen ist, sich mit ihr auseinanderzusetzen, wird die Anzahl von Muttermalen ein wichtiges Thema für ideologische Auseinandersetzungen. Daraus leitet sich jedoch die Frage ab, wie groß eine Gruppe sein muss, damit ihr Denkstil als Ideologie bezeichnet werden kann. Wären die Überzeugungen von Neonazis weniger ideologisch, wenn es nur weniger von ihnen gäbe?

Das Problem reicht noch weiter. Hierzu wird noch einmal auf die hypothetische Person zurückgegriffen, die findet, dass die Anzahl an Muttermalen Einfluss auf das Einkommen haben sollte. Doch nun stelle man sie sich als den König eines hypothetischen Landes vor, der von einem Tag auf den anderen bestimmt, dass jede Person mit mehr als zwei Muttermalen nur halb so viel Einkommen verdient wie alle anderen. Niemand sonst stimmt dieser Überzeugung zu, aber sie können sich nicht gegen die Macht des Monarchen wehren. In dieser hypothetischen Situation pflegt der König als einziger diese abstruse Überzeugung, aber sie stellt dennoch eine wichtige soziale Tatsache dar, weil sie direkten Einfluss auf das Leben aller Menschen nimmt. Ist die Überzeugung des Alleinherrschers nun ideologisch oder nicht? Dieses Beispiel zeigt, dass jede Differenzierung zwischen einer Ideologie und einer Nicht-Ideologie auf Basis der Menge an Trägern sehr willkürlich ist. Deswegen wird im weiteren Verlauf von individuellen und kollektiven Ideologien gesprochen.

Diese beiden weisen jedoch spezifische Unterschiede auf. Da Menschen nie eine Weltanschauung aufweisen, die mit der kollektiven deckungsgleich ist, weichen auch alle individuellen Ideologien zwangsläufig von der kollektiven ab. Zusätzlich können, wie oben bereits ausgeführt, alle Mitglieder ihre Weltansichten selbstständig weiterentwickeln und somit ihre Ideologien umformen. Diese Abweichungen bergen das Potential für ideologische Konflikte innerhalb der Gruppe. In Folge kann das zur Ausbildung verschiedener Untergruppen innerhalb derselben Denkströmung führen. Diese unterscheiden sich v.a. auf der Ebene der *adjacent* Überzeugungen voneinander. Beispiele dafür sind zahlreiche Untergruppen innerhalb der Ideologie des Liberalismus (Bell 2014, S. 687; Bellamy 2015, S. 26–27; Boudon und Bourricaud 1992, S. 294; Freeden 2008, S. 141; Freeden und Stears 2015, S. 329–330, 332–336; Smith 1968, S. 276) oder des

Konservatismus (Caughey et al. 2019, S. 684; Cleen 2018, S. 11; Mendilow 1996, S. 223; O'Sullivan 2015, S. 294–305; Sigmund 2015, S. 691). Damit diese Unterströmungen dennoch derselben Denkrichtung zugerechnet werden können oder sich mit dem Oberbegriff identifizieren können, müssen sich die Weltansichten der Splittergruppen dennoch auf dieselben *core* Überzeugungen einigen und sich so von anderen Ideologie-Familien abgrenzen. Die unterschiedlichen konservativen Strömungen bspw. sind sich im Kern darüber einig, dass das objektiv Bestehende in einer Gesellschaft nicht leichtfertig für utopisches Potential umgestürzt werden sollte. Stattdessen sollte sozialer Wandel, wenn er sein muss, langsam und organisch geschehen (Cleen 2018, S. 16; Freedon 2008, S. 332–347; Mannheim 1970b, S. 423–446; Mendilow 1996, S. 234–235; O'Sullivan 2015, S. 293–294). Wenn eine kollektive Ideologie nicht fähig ist, die *core* Überzeugungen zweier oder mehrerer Strömungen unter einen Hut zu bringen, werden sie sich in zwei eigene Denkstile trennen. Ein Beispiel wäre der Libertarismus, der sich gegen Ende des 19. Jhdt. vom Liberalismus abspaltete. Obwohl beide Ideologien Individualismus, Chancengleichheit und Freiheit als Nicht-Dominanz vertreten, entfernte sich der Libertarismus durch seinen starken Fokus auf den freien Markt vom Liberalismus, der diesen als Ursache für viele Ungleichheiten identifiziert, die seinem Verständnis von Chancengleichheit widersprechen (siehe Kapitel 4.2.3) (Bell 2014, S. 683–684; Bellamy 2015, S. 27; Boudon und Bourricaud 1992, S. 292–293; Buckle 2013, S. 227; Freedon 2008, S. 142–143; Gamble 2015, S. 406; Jackson 2015, S. 359; Kukathas 2015, S. 39–41; Smith 1968, S. 278–281).

Jeder Mensch vertritt Ideologien.

Es kann keinen Menschen geben, der keinen Denkstil pflegt. Dazu bräuchte es Menschen, die niemals mit anderen interagieren und/oder nicht fähig oder willens sind, einen Gedanken zu fassen. Diese Vorstellung erscheint jedoch sehr unglaubwürdig. Daraus folgt, dass es auch keinen Menschen geben kann, der keine Ideologie pflegt. Das zieht jedoch die Notwendigkeit nach sich, ideologisches von nichtideologischem Denken zu trennen. Dieses Problem wird in Kapitel 3.5 behandelt.

Ideologien sind für ihre Träger kohärent.

Jede Ideologie muss ihren Trägern konsistent erscheinen – unabhängig davon, ob externe Betrachter diese Logik nachvollziehen können oder nicht. Der Grund hierfür ist, dass jede Inkonsistenz, die von den Trägern einer Ideologie wahrgenommen wird, eine Gefahr für diese darstellt. Ball (1996) formuliert es sehr gut, wenn er schreibt: „*any ideological community which eschews philosophy and embraces*

contradiction and thus the threat of ideological incoherence is already well on its way to becoming moribund.« (1999, S. 394). Dasselbe trifft auf individuelle Ideologien zu. Es ist essenziell, dass Ideologien für ihre Träger nicht stetig zu kognitiver Dissonanz führen, weil die Träger ihre Ideologien sonst überdenken werden. Zusätzlich zeigt Gerring in seinem Versuch einer Minimaldefinition, dass die Konsistenz von Ideologien einer der wenigen Punkte ist, in dem sich die verschiedenen Definitionsansätze einig sind (Gerring 1997, S. 974, 979–981).

Allerdings ist diese Konsistenz-Annahme auch sehr umstritten, wie in den vorherigen Kapiteln bereits mehrfach angedeutet wurde (Kap. 2.2.1.1). Converse bspw. postuliert, dass nur ein geringer Prozentteil der US-Bevölkerung konsistente Überzeugungssysteme pflegt (1975, S. 83–89, 2006, S. 10–16, 51–56). Auch abgesehen davon ist es nicht schwer, Gegenbeispiele für die Konsistenz-Annahme zu finden. »*Interviewers found, for example, that many Americans who profess to accept the principle of free speech are nevertheless willing, in practice, to deny freedom of speech to communists, atheists, and other unpopular minorities*« (Ball 1996, S. 98). Graham und Svolik (2020) zeigen in einem Experiment, dass Befragte einerseits demokratische Prinzipien als wichtig einschätzen, aber andererseits gleichzeitig anti-demokratische Forderungen und Aussagen von Politikern verzeihen können, wenn dieser ihre Einstellungen teilt und/oder dem politischen Lager der Befragten angehört (2020, S. 398–401). Alternativ könnte auch eine Person A ehrlich ihre Ablehnung gegen Sexismus bekunden, aber gleichzeitig Hashtags wie *#menaretrash* unterstützen. Für einen Beobachter B könnte die These der Konsistenz für diesen Fall unhaltbar erscheinen.

Es wäre jedoch ein großer Fehler, wenn B deswegen die These, dass Ideologien für ihre Träger konsistent sind, verwerfen würde. Um A für inkonsequent zu halten, muss B implizieren, dass Person A dieselben logischen Regeln für ihr Denken zugrunde legt wie er selbst. Genau diese Vorannahme muss verworfen werden, da jeder Denkstil nach seinen eigenen Regeln funktioniert. Folglich baut auch jede Ideologie auf anderen Grundüberzeugungen auf, verbindet Begriffe mit anderen Bedeutungen und pflegt ihre eigene Logik. In dem obigen Beispiel könnte Bs Vorwurf des inkonsequenten Denkens daher stammen, dass A und B jeweils ein anderes Verständnis des Begriffes Sexismus pflegen. Während B Sexismus als negative Voreingenommenheit gegenüber Menschen wegen ihres Geschlechtes – welches das auch immer sein mag – versteht, könnte A Sexismus gegenüber Männern für nicht real halten, weil A Sexismus als Symptom eines ungerechten Systems ansieht, das benachteiligte Gruppen systematisch unterdrückt. Für A ist Sexismus

also eine Form der Unterdrückung, die sich ausschließlich gegen Frauen richtet.⁹ Vor diesem Hintergrund ist es durchaus konsequent, dass A Sexismus verurteilen und gleichzeitig *#menaretrash* unterstützen kann. Wenn B A also vorwirft, eine inkonsistente oder scheinheilige Ideologie zu pflegen, bedeutet das nur, dass er die Logik von As ideologischem Denkstil nicht mit der seines eigenen in Einklang bringen kann.

Eine ähnliche Situation finden wir in der oben angesprochen Studie von Altemeyer (2002). Er bewertet die Rationalisierungen der Widersprüche in den Evangelien über Jesus' Auferstehung als unlogisch. Einerseits geben seine Befragten die Inkonsistenzen zu, indem sie sie als Übersetzungsfehler erklären oder sie mit nicht übereinstimmenden Zeugenaussagen in einem Verkehrsunfall vergleichen. Doch die Existenz der Inkonsistenzen in der Bibel wird von diesen Befragten nicht als Gegenbeweis für die Auferstehung Jesus gedeutet, was Altemeyer für einen Ausdruck von Dogmatismus hält (Altemeyer 2002, S. 718–719). »*Should just one imperfection be admitted, then other things can be untrue as well, and the sublime comfort of knowing you are completely right evaporates. So if the going gets tough, you have to fall back on dogmatic denial.*« (2002, S. 719). Das erscheint allerdings recht anmaßend. Man betrachte bspw. den Vergleich der Evangelien mit Zeugenaussagen. Wenn auf einer Straße ein Autounfall geschieht, ist es recht wahrscheinlich, dass fünf Zeugen fünf verschiedene und auch widersprüchliche Versionen des Unfallherganges schildern werden. Daraus kann jedoch nicht zwangsläufig geschlossen werden, dass der Unfall nie passiert ist. Altemeyers Vorwurf, dass der Denkstil seiner gläubigen Befragten unlogisch ist, scheint also darauf aufzubauen, dass er die Grundüberzeugung vertritt, dass diese Auferstehung nicht stattfand. Er versucht, seine eigenen Überzeugungen mit denen seiner Befragten in Einklang zu bringen. Als er daran scheitert, lehnt er die Logik des anderen als widersprüchlich ab und bezeichnet sie als dogmatisch (2002, S. 719). Ironischerweise könnte man damit Altemeyer selbst das dogmatische Leugnen vorwerfen, das er seinen Befragten anlastet.

Dasselbe Problem ergibt sich bei den Arbeiten von Converse. Er behauptet, dass der Großteil der US-Amerikaner Einstellungen vertreten, die aus Sicht der politischen Philosophie inkonsistent sind. Das bedeutet, sie vermischen in ihren Überzeugungssystemen Einstellungen aus verschiedenen Ideologien miteinander. Das Ausmaß der vermeintlichen Konsistenz der Einstellungssysteme steht in direktem Zusammenhang mit der politischen Bildung. Je mehr seine Befragten also über den politischen Kontext informiert sind (oder selbst in diesen

⁹ Man vergleiche das mit der Sexismus-Definition von Heitmeyer (2015): »Sexismus betont Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisung an Frauen.« (2015, S. 20–21)

involviert), desto konsistenter sind ihre Überzeugungssysteme. So ergibt sich ein eindeutiger Unterschied zwischen der breiten Masse und politischen Eliten. Nur der letzteren spricht Converse die Fähigkeit zu, tatsächliche Ideologien zu vertreten, während die Masse lediglich *party cues* folgt. Deswegen bezeichnet er auch deren Glaubenssysteme lediglich als *Ideologies by proxy* (Converse 1975, S. 79–89, 105–107, 2006, S. 6, 9–30, 48–54). Damit begeht Converse denselben Fehler wie die äußeren Betrachter aus den obigen Beispielen. Er geht jedoch noch einen Schritt weiter und grenzt den Untersuchungsgegenstand ungerechtfertigterweise ein, indem er jene Ideologien, deren Logik er nicht nachvollziehen kann, als nicht-ideologisch abtut. Das bedeutet zwangsläufig, dass er nicht alle in der Bevölkerung auftretenden Ideologien fassen kann (Jost et al. 2008b, S. 127).

Folglich kann die Kohärenz einer Ideologie nicht von außen beurteilt werden. Der Einzige, der das Potential hat, Inkonsistenzen wirklich zu erkennen, ist der Träger des Denkstiles selbst. Ball (1996) liefert den angemessenen Ansatz, um Inkonsistenzen in Ideologien theoretisch zu fassen (Kap. 2.2.1.1). Wenn der Träger des Denkstiles sich eines Widerspruches bewusst wird (z.B. durch den Vorwurf eines anderen), entspricht das prinzipiell dem Wahrnehmen einer neuen Information, die nicht mit dem bestehenden Weltbild vereinbar ist. In diesem Fall wird der Denkstil dieselben Verteidigungsmechanismen anwenden, die bereits oben aufgeführt wurden (Ignorieren, Rationalisieren, Widerlegen oder Weltbild anpassen). Wenn A z.B. mit der Meinung konfrontiert wird, dass #menaretrash sexistisch ist, kann das nicht ignoriert werden. A könnte den vermeintlichen Widerspruch also unter Rückgriff auf ihre anderen Überzeugungen erklären (z.B. »Sexismus gegen Männer gibt es nicht, weil sie das privilegierte Geschlecht sind.«). Oder A erkennt diesen Widerspruch an und wendet sich von dem Hashtag ab. In jedem Fall hängt es jedoch von Person A selbst ab, ob ihre Ideologie für sie konsequent erscheint oder nicht. Ball (1999) postuliert ähnliche Prozesse auf der kollektiven Ebene. Wenn eine Gruppe sich eines Widerspruches in ihrer Ideologie bewusst wird, führt das zu Diskussionen und mitunter zu Konflikten innerhalb des Kollektivs. Um diese Konflikte oder die Inkonsistenz auszuräumen, muss die Gruppe ihr Überzeugungssystem anpassen. Dies kann durch Verwerfung bisher verretener Überzeugungen oder durch Redefinitionen von wichtigen Begriffen (»conceptual change«) geschehen (Ball 1999, S. 394). Das bedeutet in Folge, dass Ideologien für ihre Träger konsequent erscheinen, es vor dem Hintergrund ihrer Überzeugungssysteme aber nicht sein müssen. Ideologen sehen ihre Denkstile als konsistent an, solange weder von innen noch von außen Widersprüche aufgezeigt oder kognitive Dissonanzen hervorgerufen werden. Wenn dies geschieht, besteht aber die Möglichkeit zu einer Wandlung der zugrundeliegenden Weltanschauung.

3.5 Ideologische und nicht-ideologische Denkstile

Die Definition von Ideologien als Denkstil ist nicht unstrittig. Immerhin ist es in empirischen Studien nicht möglich, die Köpfe der Befragten zu öffnen und einen Blick auf ihre Gedanken zu werfen. Mit genau dieser Begründung lehnt Theodor Geiger Ideologietheorien, die sich auf das Denken beziehen, ab. Stattdessen, so argumentiert er, sollten sich Ideologietheorien mit beobachtbaren Phänomenen (z.B. konkreten Aussagen) befassen (Geiger 1968, S. 6–7). Hamilton (1987) vertritt dieselbe Position, weil er der Ansicht ist, dass aus Ideologiedefinitionen, die sich auf das Denken der Menschen beziehen, keine Hypothesen oder Operationalisierungen für empirische Forschung ableitbar sind. Er plädiert deswegen dafür, Ideologien als Einstellungs- oder Überzeugungssysteme zu definieren, die von nicht-ideologischen Systemen durch ihren Themenbereich abgegrenzt werden (Hamilton 1987, S. 21–22, 37–38).

»An ideology is a system of collectively held normative and reputedly factual ideas and beliefs and attitudes advocating a particular pattern of social relationships and arrangements, and/or aimed at justifying a particular pattern of conduct, which its proponents seek to promote, realise, pursue or maintain.« (Hamilton 1987, S. 38)

Obwohl der Ausgangspunkt dieser Positionen nachvollziehbar ist, ist der Fokus auf den Denkstil-Begriff dennoch die sinnvollste Form der Definition, weil so eine Antwort auf die Frage nach der Lokalisation der Ideologie geliefert wird – also der Frage, auf welcher Ebene sie sich befinden. Sind Ideologien auf der Ebene der Gedanken, des Handelns oder der Sprache zu suchen (Gerring 1997, S. 966–968)? Jeder Handlung und Äußerung, die für die Ideologieforschung relevant ist, geht ein bewusster oder unbewusster Denkprozess voraus. Menschen vollziehen also deswegen ideologische Handlungen oder machen ideologische Aussagen, weil sie ideologischem Denken entspringen. Dadurch können die Forschungsrichtungen, die sich auf die Weltanschauung, Diskurse, Einstellungen oder konkretes Handeln beziehen, gleichermaßen auf die hier vorgestellte Definition von Ideologie zurückgreifen.

Auch Hamilton überzeugt nicht vollständig, wenn er argumentiert, dass von einem Verständnis von Ideologien als Denkstile keine Hypothesen abgeleitet werden können, denn die hier entwickelte Definition ist für die empirische Forschung durchaus anwendbar. Denkstile bzw. Ideologien unterscheiden sich durch die Weltanschauungen, auf denen sie beruhen. Das kann man vergleichen mit dem Unterscheid zwischen Büchern. Auch wenn die Seiten und der Buchrücken aus demselben Material bestehen, können sie dennoch in verschiedene Genres unterteilt werden. Für diese Unterscheidung muss man allerdings auf den Text eingehen, der auf diesen Seiten steht. Aus diesem Grund sollte auch

die Weltanschauung den inhaltlichen Fokus der Ideologieforschung ausmachen. Gleichzeitig ist es nicht sinnvoll, Ideologien als Einstellungs- oder Überzeugungssysteme zu definieren. Einstellungen werden von Ideologien erst erzeugt. Überzeugungen bzw. Systeme aus diesen sind Teil der Weltanschauung, auf denen Ideologien basieren. Diese beiden gleichzusetzen ist ebenfalls nicht sinnvoll, da Ideologien Weltanschauungen erst erzeugen (siehe oben). Das Verständnis von Ideologien als Denkstile ist somit nicht problematisch für die empirische Forschung und auf theoretischer Ebene sinnvoller.

Da Gedanken und Weltbilder jedoch nicht unmittelbar einsehbar sind, muss für die weltanschauungsanalytische Forschung (Tepe 2012, S. 6) auf beobachtbare Aspekte zurückgegriffen werden. Man kann die Überzeugungen von Anderen nur betrachten, wenn sie sie in irgendeiner Form ausdrücken. Hierfür muss man sich auf die Erzeugnisse der Denkstile fokussieren. Neben konkreten Aussagen (z.B. Diskursbeiträgen) und Einstellungen, die in Fragebögen gemessen werden können, sind auch Texte (z.B. Parteiprogramme, Gesetze, literarische Werke), Kunstwerke (z.B. Gemälde, Musikstücke, etc.), Posts im Internet (Tweets, Memes), Handlungen (Demonstrationen, Streiks) und sogar Menschengemachte gesellschaftliche Strukturen (z.B. kapitalistische Verteilungsmechanismen) Produkte von Denkstilen und somit mögliche Untersuchungsgegenstände für die Ideologieforschung. Für jede Form der Denkstil-Erzeugnisse sind jeweils spezifische Forschungsdesigns und -methoden notwendig. Ideologisch geprägte Diskurse können am besten mit (Kritischen) Diskursanalysen beforscht werden (vgl. Hirsland und Schneider (2001), Keller (2001, 2011), van Dijk (2006, 2015)), konkrete Einstellungen können mit Fragebogenskalen gemessen werden (Kap. 4), kritische theoretische Forschungen (bis hin zur Ideologiekritik) können sich mit gesellschaftlichen Strukturen befassen, während Kunstwerke, Tweets oder Memes qualitative Forschungsdesigns voraussetzen (z.B. mit Hilfe hermeneutischer Analysen (Garz und Krammer (1991), Hitzler und Honer (1997)) oder Mannheims Aufteilung in drei Sinne von Kulturgebilden (1970a, S. 103–129)). Zuletzt können Demonstrationen durch teilnehmende oder verdeckte Beobachtungen erforscht werden. Wie man sieht, erlaubt es die in dieser Monographie entwickelte Definition, alle möglichen Ansätze und Foki der Ideologieforschung zu vereinen.

Der Fokus auf Denkstil-Erzeugnisse hat noch einen weiteren Vorteil. Wie bereits im vorherigen Kapitel angedeutet, ist es möglich, auf dieser Basis ideologische Denkstile von nicht-ideologischen zu trennen. Das mag auf den ersten Blick nicht zufriedenstellend wirken, doch es ist der fruchtbarste Ansatz zur Identifikation von Ideologien. Wie bereits dargelegt, ist das Denken selbst nicht einsehbar und auch die Weltanschauung ist nur über Denkstilerzeugnisse beobachtbar. Um festzustellen, ob ein Denkstil eine Ideologie ist, muss man also zwangs-

läufig seine Produkte betrachten. Eine ähnliche Logik liegt vor, wenn Mediziner entscheiden müssen, ob eine Substanz medizinisch, wirkungslos oder giftig ist. Diese Entscheidung baut nicht allein auf der chemischen Zusammensetzung des Pulvers, des Gemisches, der Flüssigkeit, etc. auf. Die Entscheidung über die Natur des Mittels basiert stattdessen darauf, wie der menschliche Körper auf die Substanz reagiert. Eine Medizin ist deshalb eine Medizin, weil sie eine heilende Wirkung hat. Ein Gift zeichnet sich dadurch aus, dass es Krankheitssymptome erzeugt oder Schlimmeres. Und eine Ideologie zeichnet sich dadurch aus, dass sie ideologische Erzeugnisse hervorbringt.

Während ein Krankheitssymptom leicht von einer heilenden Wirkung unterschieden werden kann, ist die Unterscheidung eines ideologischen von einem nicht-ideologischen Denkstilerzeugnis weit komplizierter. Hamilton bietet in dem obigen Zitat einen ersten Ansatz, mit der ideologische Erzeugnisse von ideologiefreien unterschieden werden können. Er fokussiert sich dabei auf den Themenbereich, auf den die Weltsicht der Ideologie sich bezieht. Ideologien sind daran zu erkennen, dass sie bestimmte soziale Strukturen bevorzugen und etablieren wollen und/oder spezifische Handlungsweisen durchsetzen wollen (Hamilton 1987, S. 37–38). Diese Eingrenzung ist jedoch zu vage, weil nicht zwischen verschiedenen Arten von sozialen Strukturen oder Handlungsweisen unterschieden wird und somit alle als Bereich des Ideologischen angesehen werden. Wenn Arbeitnehmer sich eine Umstrukturierung ihres Arbeitsbereiches wünschen, würde das dem Durchsetzen(wollen) einer bestimmten sozialen Struktur entsprechen. Doch im gesamtgesellschaftlichen Kontext ist das Arbeitsumfeld in einer einzelnen Firma nicht relevant genug, um den Ideologiebegriff zu bemühen. Wenn Odontologen dazu aufrufen, sich dreimal täglich die Zähne zu putzen, oder Ärzte ihren Patienten davon abraten, Bleiche zu trinken, versuchen sie, bestimmte Handlungen durchzusetzen oder zu verhindern. Das würde prinzipiell Hamiltons Definition erfüllen, doch es sollte nicht von einer Ideologiedefinition abgedeckt werden.

Auch eine Spezifizierung auf soziale Strukturen oder Handlungsmuster, die mit der Sphäre des Politischen zusammenhängen, reicht nicht aus, weil die Grenzen der politischen Sphäre zu vage gezogen sind. Verschiedene Ideologien unterscheiden sich darin, welche Lebensbereiche für sie Bestandteil der Politik sein sollten. Während für den Liberalismus eine strikte Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre bestehen muss, wobei letztere für die Politik unzugänglich bleiben sollte, lehnen viele marxistische Ideologien eben diese Trennung ab, weil damit für sie bedeutsame Ungleichheiten übersehen werden (z.B. ungleiche Arbeitsbelastung im Haushalt zwischen Geschlechtern, siehe Abramowski (2020)) (Freeden 2008, S. 150–153, 498–501; Kukathas 2015, S. 39; Nash 1997, S. 14–21). Die wissenschaftliche Unterscheidung zwischen ideolo-

gischen und ideologiefreien Themenbereichen an einem einzelnen Merkmal festzumachen, über das es bereits ideologischen Dissens gibt, ist wenig sinnvoll.

Es müssen also genauere und spezifischere Bedingungen definiert werden, mit denen ideologische Erzeugnisse identifiziert werden können. Zu diesem Zweck werden hier drei Bedingungen aufgestellt, die ein Denkstil-Erzeugnis erfüllen muss, um ideologisch zu sein:

1. Es muss eine Position zu der **relativen Stellung** von **mindestens zwei Gruppen** einnehmen oder diese erzeugen bzw. versuchen zu beeinflussen.
2. Die relative Stellung muss sich auf eine **gesellschaftlich relevante Variable** beziehen.
3. Es muss eine **normative Bewertung** mind. einer der Gruppen enthalten.

Bedingung 1: Es muss eine Position zu der relativen Stellung von mindestens zwei Gruppen einnehmen oder diese erzeugen bzw. versuchen zu beeinflussen.

Der Vorwurf, eine Ideologie zu vertreten, wird meist dann geäußert, wenn zwei unvereinbare Denkstandorte in einem Konflikt aufeinandertreffen. Inhaltlich können sich diese Konflikte auf viele verschiedene Themen beziehen, doch meist laufen sie auf die relative Stellung von mindestens zwei Gruppen in einer gesellschaftlich relevanten Variable (siehe dazu Bedingung 2) hinaus.

Diese Bedingung schließt sowohl die Strukturen als auch die Handlungsweisen aus Hamiltons Definition mit ein. Die Strukturen, die von einer Ideologie entweder geschützt oder gestürzt werden sollen, sind in dieser Bedingung sehr deutlich zu sehen. Sie beziehen sich stets um die relative Stellung zwischen mind. zwei Gruppen, die sich auf eine gesellschaftlich wichtige Variable dreht (siehe dazu Bedingung 2). Der Vorzug dieser Spezifizierung ist, dass damit nicht-ideologische Konflikte aus der Definition ausgeschlossen werden können. Das trifft z.B. auf Ungleichheiten zwischen zwei Einzelpersonen zu. Wenn David mehr Lohn bekommt als Helena, dann unterscheiden sie sich im Hinblick auf die Variable Einkommen. Allerdings ist dieser Unterscheid im gesamtgesellschaftlichen Kontext nicht relevant genug, um als ideologischer Kontext bezeichnet zu werden. Immerhin könnten David und Helena unterschiedliche Berufe ausüben, die mit unterschiedlichen Tariflöhnen einhergehen. Wenn stattdessen David für denselben Job und bei denselben wöchentlichen Arbeitsstunden trotzdem mehr Geld verdient als Helena, nur weil sie eine Frau ist, dann hätte jede Aussage, Forderung, etc. potentiell ideologischen Charakter. Der Unterschied in diesen beiden Beispielen ist, dass im letzteren David und Helena als beispielhafte Vertreter einer größeren gesellschaftlichen Gruppe (Männer und Frauen) zu verstehen sind, während davor von Einzelpersonen die Rede war. Das bedeutet, dass die relati-

ve Position, auf die sich ein ideologisches Erzeugnis bezieht, an mindestens zwei Gruppen festgemacht wird.

Doch auch die Handlungsvorgaben, die Ideologien durchsetzen oder aufweichen wollen, sind in dieser Bedingung enthalten. Ein offensichtliches Beispiel sind restriktive Gendervorstellungen. Wenn eine Gruppe für Frauen typische Verhaltensweisen durchsetzen will, die sie für besonders damenhaft hält, während für Männer andere Regeln gelten sollen, will diese Gruppe den Handlungsrahmen von Frauen und Männern nach ihrem Sinne eingrenzen. Damit werden sich Männer und Frauen in ihrer Handlungsfreiheit in einer relativen Stellung befinden, was Bedingung 1 erfüllt. Dasselbe gilt, wenn eine Gegenbewegung die gleichen Regeln für Männer und Frauen fordert, da die beiden Gruppen in diesem Kontext dieselbe Stellung einnehmen werden.

Diese erste Bedingung fußt auf einer angemessenen Definition des Begriffes der Gruppe. Außerdem muss erklärt werden, wer festlegt, welche Gruppen Gegenstand des ideologischen Erzeugnisses sind. Für den Begriff Gruppe ist ein Verständnis, das auf regelmäßigen *face-to-face* Interaktionen beruht, nicht ausreichend. Gruppen solcher Art sind zu klein und im gesamtgesellschaftlichen Kontext nicht bedeutsam genug, um tatsächlich einen ideologischen Konflikt auszulösen. Deswegen muss der Begriff der Gruppe im ideologischen Kontext – wie in der SIT – als kognitive Entität angesehen werden, der sich Menschen zugehörig fühlen können (z.B. Geschlecht, politische Lager, ethnische Gruppen, etc.) (Deaux 2015, S. 319; Tajfel 1974, S. 69). Da jedes ideologische Erzeugnis vom partikularen Denkstandort des Urhebers erzeugt wird, legt auch dieser Urheber fest, welche Gruppen in diesem ideologischen Element angesprochen werden. Diese Gruppen mussten im Vorfeld durch den Prozess der sozialen Kategorisierung festgelegt werden (siehe oben). Wenn bspw. ein Mann eine sexistische Äußerung tätigt und damit ein ideologisches Element erzeugt, hat er im Vorfeld die Gesellschaft subjektiv in die kognitiven Entitäten »Männer« und »Frauen« eingeteilt und äußert über eben diese seine ideologisch-sexistische Einstellung. Es ist also stets der Urheber eines ideologischen Erzeugnisses, der festsetzt, welche Gruppen angesprochen werden. Dabei ist auch zu beachten, dass diese Gruppen nicht tatsächlich existieren müssen. Zum einen ist die soziale Kategorisierung, die die angesprochenen Gruppen definiert, vom subjektiven Weltverständnis des Urhebers des ideologischen Elementes abhängig. Zum anderen würde es zu einem theoretischen Problem führen, wenn man die Existenz der Gruppen als Voraussetzung für die Ideologiehafteigkeiteit eines Denkstil-Erzeugnisses ansähe. Schließlich ist es möglich, ideologische Aussagen über Gruppen zu tätigen, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Wenn bspw. jemand felsenfest überzeugt ist, dass einflussreiche Politiker in Wahrheit gestaltwandlerische Echsenmenschen aus dem All sind, kann er ideologische Äußerungen tätigen, obwohl Reptiloiden nicht existieren. Würde

man voraussetzen, dass die Gruppen existieren müssen, wäre die hier entwickelte Definition nicht mehr in der Lage, diverse Verschwörungstheorien zu fassen.

Zuletzt muss noch betont werden, dass jedes ideologische Element sich auf mindestens zwei Gruppen bezieht. Verwirrung kann hierbei entstehen, wenn eine eindeutig ideologische Aussage (z.B. die Forderung, dass Straftäter härter bestraft werden sollten) nur eine Gruppe explizit anspricht. Jede Definition einer Eigengruppe impliziert jedoch die Definition einer Fremdgruppe und umgekehrt. Die obige Aussage spricht nur die Gruppe der »Kriminellen« an. Implizit grenzt der Urheber sich jedoch von dieser Gruppe ab und kreiert so das Kollektiv der »rechtschaffenden Bürger«. So können auch Aussagen, die scheinbar nur auf eine Gruppe Bezug nehmen, als ideologische Elemente erkannt werden.

Man könnte hier prinzipiell entgegnen, dass Aussagen, Forderungen oder Ideen, in denen eine einzelne Gruppe der Menschen oder Lebewesen generell definiert wird, diese Bedingung nicht notwendigerweise erfüllen. Wenn ein Akteur fordert, dass alle Menschen das Recht auf Teilhabe am Bildungssystem haben sollen, ist nicht von mindestens zwei Gruppen die Rede. Allerdings erfüllt auch ein solches Denkstil-Erzeugnis aus zwei Gründen die erste Bedingung. Zum einen fordert eine solche egalitäre Aussage im aktuellen sozialen Kontext, in dem Bildungsungleichheiten existieren, eine Veränderung der relativen Stellung von mindestens zwei Gruppen. Zum anderen bedeutet »beeinflussen« nicht zwangsläufig auch »verändern«, sondern kann auch mit »beibehalten« übersetzt werden.¹⁰ Wenn man also in einem Gedankenexperiment annimmt, dass die Gesellschaft es geschafft hätte, alle Bildungsungleichheiten aufzuheben, würde eine Forderung nach gleichen Chancen im Bildungssystem die relative Stellung aller erdenklichen Gruppen beibehalten wollen, was Bedingung 1 ebenfalls erfüllt.

Bedingung 2: Diese relative Stellung muss sich auf eine gesellschaftlich relevante Variable beziehen.

Die Notwendigkeit dieser Bedingung ist offensichtlich. Damit eine Aussage, eine Forderung, eine Einstellung, etc. als ideologisch identifiziert werden kann, muss sie sich auf ein Merkmal beziehen, das für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Die Ungleichheit oder die relative Position zwischen den angesprochenen Gruppen muss signifikant genug sein. Die Tatsache, dass Gruppe A eine andere Lieblingsgeschmacksrichtung für Eiscreme hat als Gruppe B, dürfte nicht der geeignete Kontext für die Verwendung des Ideologiebegriffes sein. Die Frage nach der Gleichstellung von Männern und Frauen (z.B. in Bezug auf Einkommen, Rechte, etc.) ist dagegen ein offensichtlich ideologischer Kontext.

¹⁰ Damit können auch Systemlegitimierende Ideologien als solche aufgefasst werden.

Obwohl diese Bedingung für alle Leser sinnvoll sein sollte, ist sie aus theoretischer Sicht sehr komplex. Die Schwierigkeit geht von der Frage aus, welche Merkmale als gesellschaftlich relevant gelten. Wie entscheidet man, welche Variablen gesellschaftlich relevant sind und welche nicht? Kann man in einer Ideologietheorie überhaupt festlegen, welche Variablen gesellschaftlich relevant sind? Ein Anspruch dieser Monographie ist es, eine allgemeingültige und ideologiefreie Definition zu entwickeln. Würde es diesem Anspruch nicht widersprechen, in Stein meißeln zu wollen, dass bestimmte Ungleichheiten nicht wichtig genug sind? Wäre es nicht sogar ideologisch, das zu tun? Auch wenn ein Dissens für Person A nicht relevant erscheint, kann Person B diesen als essenziell wahrnehmen. Während A Forderungen nach der öffentlichen Anerkennung eines neuen Genders als irrelevant ansieht, kann B als direkt Betroffener durchaus damit zu kämpfen haben, dass sein Gender vom Staat und/oder der Gesellschaft (noch) nicht anerkannt wird.

Das Problem reicht noch weiter. Ist es überhaupt möglich, eine vollständige Liste aufzustellen, ohne dass diese an den aktuellen regional-historischen und politischen Kontext gebunden ist? Man stelle sich vor, ein ähnlicher Versuch der Definition hätte vor fünfzig Jahren eine solche Liste aufgestellt. Wie wahrscheinlich ist es, dass diese Liste die Belange der LGBTQAI+-Community berücksichtigt hätte? Selbst wenn der Ausschluss dieses Themenbereiches aus der Liste von relevanten Themenbereichen nicht böswillig erfolgt wäre, sondern nur weil man diese gesellschaftliche Gruppe noch nicht wahrgenommen hatte, würde der Ausschluss ihrer Belange einer Marginalisierung gleichkommen, und damit wäre die entsprechende Ideologie-Definition selbst ein ideologisches Produkt.

Auch kulturelle oder nationale Unterschiede spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Während Merkmal X in einem Land Teil von ideologischen Auseinandersetzungen ist, muss das im Nachbarland nicht der Fall sein. Somit würden auch internationale Unterschiede die Gültigkeit einer solchen Liste stark in Frage stellen.

Wenn die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz also weder objektiv noch abschließend beantwortet werden kann, muss sie abstrakt behandelt werden. Man muss also fragen: Ab wann wird ein neues Merkmal, auf das sich eine relative Stellung zweier Gruppen beziehen kann, gesellschaftlich relevant? Diese Antwort kann nur ohne den Bezug auf konkrete Themen geschehen. Deswegen wird sie folgendermaßen formuliert: Eine Variable ist dann gesellschaftlich relevant, wenn ihre Bedeutsamkeit von einem signifikanten Teil der Bevölkerung anerkannt wird. Obwohl diese Festlegung auf den ersten Blick vage wirkt, ist sie die konkreteste und angemessenste, die für diese Definition möglich ist. Jede noch spezifischere würde direkt oder indirekt Themenbereiche definieren müssen, was sofort zu den oben diskutierten Problemen führt.

Eine Frage, die einige Leser hier möglicherweise einwerfen möchten, ist, wie groß der Anteil der Bevölkerung sein muss, der ein Merkmal für relevant hält, damit es als gesellschaftlich relevant bezeichnet werden kann. Das ist jedoch bereits die falsche Frage. Zum einen ist die bloße Anzahl von Menschen, die ein Merkmal als wichtig empfinden, kein guter Indikator für die gesellschaftliche Relevanz. Feministische Belange werden relativ zur Menschheitsgeschichte erst seit Kurzem als relevant angesehen, obwohl Frauen seit jeher die Hälfte der Erdbevölkerung ausmachen. Auf der anderen Seite erfahren Forderungen von Transaktivisten mittlerweile vermehrt Gehör, obwohl sie nur eine Minderheit der Bevölkerung ausmachen. Die Relevanz eines Merkmals kann also nicht an der Anzahl an Menschen festgemacht werden, die auf der Bedeutsamkeit eines Merkmals bestehen.

Stattdessen muss die Relevanz eines Merkmals daran festgemacht werden, welche Stellung es im öffentlichen Diskurs einnimmt. Wann immer sich ein Aspekt, ein Merkmal oder eine Ungleichheitsdimension im Diskurs als häufiges Thema ideologischer Kämpfe etabliert, ist das Merkmal als relevant einzuschätzen. Mit diesem Postulat soll auf die Sorge von Kurt Lenk (1984) reagiert werden. Wie am Anfang dieses Kapitels erwähnt, ist Lenk der Meinung, dass man den Ideologie-Begriff nicht allgemeingültig definieren kann, weil Ideologien immer das Produkt des jeweiligen politischen Kontextes sind (1984, S. 359–360). Um den Begriff dennoch allgemeingültig definieren zu können, wird hier das Konzept der Ideologisierung bzw. Entideologisierung von Variablen eingeführt. Ein Merkmal zu ideologisieren bedeutet, es als wichtiges Thema für ideologische Kämpfe im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Die Motivation kann das Erringen von Gleichheit oder neuen Rechten sein, aber auch der Entzug von Rechten oder die Rechtfertigung von Diskriminierung können eine Ideologisierung begründen. Im Zuge der Klimadebatte wurde die Anzahl von Flugreisen (insb. Kurzreisen) zu einer bedeutenden Variable. Die Zahl an Flügen, die jemand unternimmt, wurde somit ideologisiert. Ein weiteres Beispiel für die Ideologisierung eines Merkmals sind die Belange von Aktivist:innen aus der LGBTQAI+-Bewegung, die die Bedeutung von Genderidentitäten aufs Tableau der öffentlichen Diskussion gebracht haben.

Entideologisierung beschreibt dagegen, dass ein ideologisiertes Merkmal aus dem öffentlichen Diskurs ausscheidet und somit kein substanzieller Bestandteil von ideologischen Kämpfen mehr ist. Das kann mehrere Gründe haben. Die Gesellschaft kann einen tiefsitzenden Konflikt lösen, wodurch sich die öffentliche Diskussion über das entsprechende Thema (vorübergehend) erübrigt.¹¹ Alternativ kann die Gesellschaft durch historische Entwicklungen zu der Erkenntnis kom-

¹¹ Wenn dieses Thema jedoch wieder aufgegriffen wird (z. B. durch reaktionäre Bewegungen), könnte man sogar von einer Re-Ideologisierung des entsprechenden Merkmals sprechen.

men, dass bisherige Strukturen oder Handlungsweisen verändert werden müssen. Ein Beispiel hierfür wären die Hexenverbrennungen im Mittelalter. Während heute die Haarfarbe von Frauen keine gesamtgesellschaftlich wichtige Ungleichheitsdimension mehr ist, fielen im Mittelalter rothaarige Frauen häufig den Hexenverbrennungen zum Opfer. Während die Haarfarbe im Mittelalter somit eine bedeutsame Variable für ideologische Erzeugnisse war, ist sie es heute nicht mehr. Das Merkmal der Haarfarbe wurde über die Zeit hinweg also entideologisiert. In weniger gütlichen Szenarien könnten mächtige Diskursführer es schaffen, ein bereits ideologisiertes Thema durch Marginalisierung zu entideologisieren oder ein Thema vehement totzuschweigen. Letztere Technik kann auch dazu verwendet werden, um die Ideologisierung von vornherein zu verhindern.

Neben dieser zeitlichen Ebene können mit der Idee der (Ent)Ideologisierung auch Unterschiede zwischen parallel existierenden Gesellschaften betrachtet werden. Die Relevanz einer Variable kann je nach politischem Kontext variieren. Nur weil eine Variable in einem Land nicht ideologisiert ist, kann sie es in einem anderen durchaus sein. Welche Variablen also wichtig genug sind, um potentiell Bestandteil von ideologischen Konflikten zu sein, ist soziohistorisch bedingt.

Die Idee der (Ent)Ideologisierung ist zentraler, als sie auf den ersten Blick wirken mag. Würde man abschließend festlegen wollen, welche Variablen relevant sind und welche nicht, würde man die (Ent)Ideologisierung von Variablen ignorieren, was in Folge dazu führen würde, dass die Definition nur raumzeitlich bedingt gültig ist. Im schlimmsten Falle würde sie sogar selbst ideologisch. Die Berücksichtigung der (Ent)Ideologisierung von Merkmalen ist also der essenzielle Punkt, um auf Kurt Lenks Kritik an allgemeingültigen Begriffen zu reagieren.

Welche Variablen stellen zum momentanen Zeitpunkt typische Vertreter für ideologische Elemente dar? Zum einen sind sozialstrukturelle Variablen wie Einkommen, Bildung, etc. allgemein als wichtig anerkannt, weil sie die Lebensbedingungen der Menschen signifikant beeinflussen. Doch auch horizontale Ungleichheitsdimensionen wie Geschlecht, Alter, Nationalität, Ethnie, etc. spielen eine wichtige Rolle (Hradil 1987, S. 40–45). Auch »neue« Ungleichheiten – wie Hradil sie 1987 noch nannte – sind typische Beispiele. Ungleichheiten in Arbeits-, Freizeit-, Wohn- und Umweltbedingungen, sozialer Sicherung, etc. können Gegenstände von ideologischen Erzeugnissen sein (Hradil 1987, S. 29–38; Rössel 2005, S. 24–25). Auch transzendente Konzepte wie Inklusion, Freiheit, Anerkennung, etc. sind Kontexte, die ideologische Konflikte hervorrufen können. Diese spielen häufig im Rahmen von Identitätspolitik (siehe Bernstein (2005) oder Klandermans (2014)) eine tragende Rolle.

Bedingung 3: Das Denkstil-Erzeugnis muss eine normative Bewertung von mind. einer der Gruppen beinhalten.

Diese Bedingung mag auf den ersten Blick nicht so wichtig wirken wie die ersten beiden. Dennoch ist sie essenziell, denn nicht jedes Denkstil-Erzeugnis, das die ersten beiden Bedingungen erfüllt, ist notwendigerweise ideologisch. Das soll im Vergleich zwischen zwei Aussagen demonstriert werden:

1. Männer haben eine kürzere Lebenserwartung als Frauen, weil sie mehr riskantes Verhalten zeigen.
2. Männer haben eine kürzere Lebenserwartung als Frauen, weil sie dumm sind.

Während Aussage 2 eindeutig ideologisch ist, ist das bei Aussage 1 nicht notwendigerweise der Fall. Aussage 1 kann die Schlussfolgerung einer statistischen Analyse sein. Die ersten beiden Bedingungen an ideologische Denkstil-Erzeugnisse allein können die beiden Aussagen jedoch nicht in ideologisch und nicht-ideologisch trennen. Deswegen muss sich die letzte Bedingung auf den Unterschied zwischen den beiden Aussagen konzentrieren. Der Unterschied ist die Tatsache, dass 2 die Gruppe der Männer normativ bewertet, während 1 dies nicht tut.

An dieser Stelle könnten einige Leser einwerfen wollen, dass auch »riskant« eine normative Bewertung sein könnte. Im Kontext der Lebensdauer ist es objektiv kontraproduktiv, unnötige Risiken einzugehen (z.B. Rauchen, Mutproben, etc.). Warum sollte daraus nicht direkt gefolgert werden können, dass riskantes Verhalten dumm ist? Außerdem könnte der Urheber von Aussage 1 das Wort »riskant« verwenden, um seine ideologischen Überzeugungen unter einem objektiven Deckmantel auszudrücken. Diese Möglichkeit besteht tatsächlich. Der Grund hierfür ist, dass »riskant« ein sogenanntes *dual character concept* ist. In der Philosophie wird zwischen *thick concepts* und *dual character concepts* (DCC) unterschieden. Ein *thick concept* weist in jedem Kontext sowohl beschreibenden als auch evaluativen Charakter auf. Hierzu zählen Worte wie »mutig«, »tapfer«, »waghalsig« oder auch »dumm« (Reuter 2019, S. 1, 5–6). Ein DCC andererseits kann je nach Kontext sowohl rein deskriptiv als auch deskriptiv und evaluativ sein. Hierzu zählen bspw. Begriffe wie Wissenschaftler, Soldat, Vater oder Künstler. Auch Begriffe wie »Mann« und »Frau« können mitunter *dual character concepts* darstellen (vgl. Guo et al. 2021). Vor allem mit Hilfe des Konzeptes Vater kann dies gut veranschaulicht werden. Im rechtlichen Sinne kann man Vater auf zwei Arten rein deskriptiv beschreiben. Ein Vater ist entweder eine männliche Person, die für die Erziehung und das leibliche Wohl des Kindes verantwortlich ist, oder der biologische Vater eines Kindes. Wenn man allerdings in einem emotionalen Kontext von den Werten eines »richtigen Vaters« spricht, werden diese deskriptiven Aspekte um normative ergänzt (z.B. Forderung nach einer starken emotionalen Bindung zum

Kind) (Del Pinal und Reuter 2017, S. 478; Knobe et al. 2013, S. 243–244; Reuter 2019, S. 1). Als ein solches DCC sollte auch der Begriff »riskant« verstanden werden, weil er sowohl rein beschreibend als auch zusätzlich eine normative Bewertung transportieren kann.¹²

Wenn man der Auffassung ist, dass der Urheber von Aussage 1 ein solches DCC nutzt, um eine ideologische Aussage als eine nicht-ideologische zu tarnen, stellt dies einen Vorwurf dar, der ohne hinreichende Beweise sehr anmaßend ist. Erst wenn bei ihm entsprechende Überzeugungen (bspw. sexistische Einstellungen gegenüber Männern) festgestellt wurden, kann man begründete Vermutungen über verdeckte Bedeutungen von Begriffen wie »riskant« anstellen. Doch selbst dann verbleibt man auf einer sehr spekulativen Ebene.¹³ Deswegen sollte man nur den rein deskriptiven Fall annehmen, wenn man nicht über entsprechende Hintergrundinformationen verfügt. Man sollte also sprichwörtlich im Zweifel für den Angeklagten entscheiden.

Man könnte hier hinterfragen, ob die normative Aussage bereits ausreichend ist, um ideologische Erzeugnisse zu identifizieren. In vielen Kontexten wird in ideologischen Aussagen auch eine Generalisierung deutlich. In Fragen von Gleichheit zwischen ethnischen Gruppen bspw. werden häufig Stereotype beklagt. Sollten solche Generalisierungen nicht als eigene Bedingung aufgeführt werden? Es gibt zwei Gründe, weswegen Generalisierungen an sich nicht als Bedingung für ideologische Denkstil-Erzeugnisse formuliert werden. Zum einen setzt jede normative Bewertung bereits eine Generalisierung voraus. Man kann eine Gruppe nur schwer negativ bewerten, wenn man keine generalisierten Ansichten über sie vertritt. Zum anderen gehen Generalisierungen weit über Stereotype hinaus. Auch Wissenschaftler generalisieren, wenn sie über Gruppen sprechen. In der Sozialstrukturanalyse oder der Makro-Soziologie werden oft Aussagen über gesellschaftliche Großgruppen getätigt. Natürlich sind sich Wissenschaftler bewusst, dass ihre Ergebnisse nur auf den Durchschnitt zutreffen und jederzeit wieder falsifiziert werden können. Ideologische Elemente zeichnen sich dagegen dadurch aus, dass sie Behauptungen über die Gruppen als Ganzes tätigen. Urheber von ideologischen Elementen induzieren also von ihren Überzeugungen und/oder kleinen Stichproben auf die gesamte Gruppe, ohne sich einer möglichen Falsifizierung bewusst zu sein. Auch neue Eindrücke, die nicht zu ihren Überzeugungen passen, tragen dabei nicht zur Falsifizierung bei, son-

12 Del Pinal und Reuter (2017), Knobe et al. (2013) und Reuter (2019) verwenden den Begriff der DCCs zwar nur für Nomen, mit denen soziale Rollen verknüpft sind, doch es sollte auch möglich sein, Adjektive als *dual character concepts* aufzufassen. Eine Theorie, die auch Adjektive als DCCs anerkennt, ist dem Autor nicht bekannt.

13 Genau auf dieses Problem – die Balance zwischen Intention des Urhebers vs. Interpretation des Perzipienten – weist auch van Dijk im Kontext der Kritischen Diskursanalyse hin (2006, S. 128).

dern werden eher als Ausnahmen rationalisiert. Trotz diesem Unterschied würde es auch wissenschaftliche Hypothesen, Schlussfolgerungen und Theorien miteinschließen, wenn man Generalisierungen generell als Bedingung für ideologische Erzeugnisse auffassen würde. Aus diesen Gründen wird hier die Generalisierung über mind. einer Gruppen nicht als eigene Bedingung aufgenommen.

Zuletzt muss bezüglich Bedingung 3 noch festgehalten werden, dass die Evaluation »gleich(wertig)« ebenfalls berücksichtigt werden muss. Täte man dies nicht, wäre man nicht in der Lage, liberale oder sozialistische Forderungen als ideologisch zu klassifizieren (z.B. »Es kann keine gerechten Einkommensunterschiede geben, weil alle Menschen gleich sind.«).

Diese drei Bedingungen und die damit verbundene Erkennung von ideologischen Elementen sollen noch an einigen Beispielen dargestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass auch stets die Gegenposition ideologisch ist, da diese sich stets nur in der Ausprägung der normativen Bewertung und der gewünschten Stellung zwischen den Gruppen von der ursprünglichen Aussage unterscheidet.

Beispiel 1: Individuelle Punitivität

A ist der Auffassung, dass Gefängnisstrafen für Kriminelle zu kurz sind. Dieser Meinung liegt die Aufteilung der Bevölkerung in die kognitiven Entitäten »Kriminelle« und »Unbescholtene Bürger« zugrunde. Diese beiden stehen im Kontext der Variable Freiheit in einer relativen Stellung zueinander. Unbescholtene Bürger genießen mehr Freiheit als Kriminelle, die durch ihre Haftstrafen Freiheiten aufgeben müssen (Bedingung 1). Das Recht auf Freiheit wird generell als relevant angesehen (Bedingung 2). Indem A von »Kriminellen« im Allgemeinen spricht, generalisiert er über alle hinweg. Das bedeutet, dass für ihn alle – ungeachtet der verübten Taten oder von möglichen mildernden Umständen – längere Haftstrafen und dadurch auch weniger Freiheit verdient haben. Gleichzeitig nimmt er alle anderen Menschen so wahr, dass sie keiner Strafe bedürfen. Darin wird auch eine normative Bewertung deutlich, da nur als negativ wahrgenommenes Verhalten wirklich Strafe erfordert und die »Kriminellen« für A weniger Recht auf Freiheit haben als der Rest der Bevölkerung (Bedingung 3). Punitivität erfüllt somit alle drei Bedingungen und ist ideologisch.

Beispiel 2: Forderung nach einer strengeren Einwanderungspolitik

B gibt in einem Fragebogen an, dass er die Einwanderungspolitik seines Landes zu großzügig findet. Diese Einstellung beruht auf einer Zweiteilung der Menschen in »Migranten« und »Eingeborene«. Diese beiden Gruppen unterscheiden

sich in der Variable der Staatsbürgerschaft bzw. dem Recht, die Grenze zu überqueren (Bedingung 1). Das Recht, die Grenze zu überqueren bzw. im Land inkludiert zu werden, wird allgemein als sehr wichtig anerkannt (Bedingung 2). Wenn B fordert, dass es den »Migranten« erschwert werden sollte, die Landesgrenze zu überqueren, fußt das auf einer normativen Bewertung ihrer Gruppe. B ist der Meinung, dass die »Migranten« weniger Recht auf den Aufenthalt in seinem Land haben als die »Eingeborenen« – aus welchem Grund auch immer (Bedingung 3). Dadurch kann Bs Attitüde als ideologisch identifiziert werden.

Beispiel 3: Egalitarismus

Wenn C fordert, dass Männer und Frauen, Homosexuelle und Heterosexuelle, Weiße und Afro-Amerikaner, etc. gleiche Rechte haben sollen, kann diese Forderung als ideologisch angesehen werden, weil sie bezüglich der relativen Position von zwei Gruppen in Bezug auf (nicht näher spezifizierte) Rechte Stellung bezieht (Bedingungen 1). Rechte gelten generell als ausschlaggebend und erfüllen somit die Bedingung 2. Da beiden Gruppen derselbe Anspruch auf diese Rechte zugesprochen wird, ist auch die dritte Bedingung erfüllt.

In diesem Beispiel wird eine vermeintliche Schwierigkeit der ersten Bedingung deutlich. Diese wurde erfüllt, weil C konkrete Gruppen spezifiziert. Hätte C jedoch gefordert, dass alle gleiche Rechte haben sollen, ist die Erfüllung der Bedingung nicht mehr so eindeutig. Kann das Wort »alle« mit der ersten Bedingung in Einklang gebracht werden? Wenn man sich noch einmal vor Augen führt, dass jede gewollte Beeinflussung der relativen Stellung zwischen Gruppen – sowohl im Sinne der Veränderung als auch im Sinne der Bewahrung des Status Quo – die erste Bedingung erfüllt, kann auch eine Forderung, die explizit keine Gruppen definiert, ideologisch sein.

Beispiel 4: Teilnahme an einer Demonstration

Die obigen Beispiele beziehen sich auf Einstellungen, die man in entweder wörtlicher oder schriftlicher Form äußern kann. Wie oben erklärt, können ideologische Erzeugnisse jedoch auch in anderer Form (z.B. als konkrete Handlungen) auftreten. Im Kontext der Handlung muss zwischen zwei Arten von Handlungen unterschieden werden. Zum einen gibt es Handlungen, die eine Botschaft bezüglich der bestehenden oder erwünschten sozialen Ordnung ausdrücken; zum anderen Handlungen ohne eine solche Botschaftsfunktion. Handlungen, die keine Botschaft vermitteln sollen, wären Zähneputzen, Mittagessen oder Fernsehen. Handlungen, die eindeutig expressiver Natur sind, wären z.B. das Teilen eines Posts in einem sozialen Netzwerk, die Teilnahme an einer Demonstration

oder fremdenfeindliche Gewalt. Während nicht-expressive Tätigkeiten keinen ideologischen Gehalt aufweisen, können expressive Handlungen durchaus ideologischer Natur sein.¹⁴

Ein idealtypisches Beispiel wäre die Teilnahme an einer Demonstration. D nimmt an einem Protest der BLM-Bewegung teil. Dabei spricht er kein einziges Wort; er ruft also keine Parolen aus. Auch hält er kein Transparent in die Höhe. Er ist lediglich anwesend. Dennoch erfüllt D damit alle Anforderungen an ein ideologisches Erzeugnis. Die Tatsache, dass er an der Demonstration teilnimmt, bekundet seine Zustimmung zu den Zielen und Aussagen der Bewegung. Diese beziehen sich auf die relative Position zwischen den Gruppen der Weißen und der Afro-Amerikaner (einschließlich anderer ethnischer Minderheiten) in Bezug auf verschiedene gesellschaftlich relevante Variablen (z.B. Inklusion, systematischer Terror durch Polizeigewalt, Diskriminierungen, etc.) (Bedingungen 1 und 2). Zusätzlich werden dabei die beiden Gruppen als gleichwertig bewertet, was bereits in dem Titel der Bewegung zum Ausdruck kommt. Somit ist Ds Teilnahme an dem Protest eine Handlung, die aus einem ideologischen Denkstil erzeugt wurde. Selbstredend sind auch alle konservativen oder rassistischen Gegenbewegungen ideologisch.

Hier verbirgt sich jedoch auch Fehlerpotential in der ideologischen Interpretation. Demonstrationen können prinzipiell auch von politischen Gegnern unterwandert werden, um sie in einem schlechten Licht darzustellen. Insofern kann die Teilnahme an einer Demonstration auch missinterpretiert werden. In diesem Fall müssen die von diesen Individuen gezeigten Denkstil-Erzeugnisse eingehender betrachtet werden, um trügerische Erzeugnisse enttarnen zu können. Beispielsweise können bestimmte Schilder, die vorgeben, ehrliche Aussagen der Demonstration zu sein, als überzogen oder parodistisch identifiziert werden. Oder bestimmte Aussagen oder Transparente widersprechen zentralen Elementen (*core concepts*) der Weltsicht der Bewegung. Ähnliche Probleme müssen auch bei der Betrachtung von Posts in sozialen Netzwerken oder Memes berücksichtigt werden.

Diese Beispiele könnten den Eindruck erwecken, dass mit genug kreativer Interpretation alles Mögliche als ideologisch bezeichnet werden könnte. Ist es nicht möglich, alles als ideologisches Erzeugnis zu fassen, wenn man nur wirklich möchte? Natürlich beruht die Identifikation eines ideologischen Erzeugnisses

14 Diese Unterteilung ist idealtypischer Natur, da Handlungen je nach Kontext expressiv oder nicht expressiver Natur sein können. Während der Verzehr eines Steaks keine expressive Funktion erfüllt, wenn man nur seinen Hunger stillen will, bekommt dieselbe Tätigkeit durchaus expressiven Gehalt, wenn man sich damit demonstrativ von Vegetariern oder Veganern abgrenzen will.

auf Interpretation. Da nicht jeder Ideologe sein Gedankengut klar verständlich ausdrückt, ist es oft notwendig, zwischen den Zeilen zu lesen, um ein ideologisches Erzeugnis zu erkennen. Diese Folgerung steht in Resonanz zu Michael Freeden, der fordert, dass auch die unbewussten Aspekte von geäußerten Denkstilprodukten erforscht werden müssen, wenn man Ideologien als Ganzes betrachten möchte (Freeden 1997, S. 10, 2008, S. 33–35). Damit diese Analyse jedoch nicht zu einem ideologischen Kaffeesatzlesen verkommt, müssen zwei Punkte berücksichtigt werden. Erstens muss man sich, um ideologische Erzeugnisse angemessen analysieren zu können, bewusst bleiben, dass jedes Denkstil-Erzeugnis immer nur vor seinem raumzeitlichen Entstehungskontext betrachtet werden kann. Man muss sich also Mannheims Konzepte der Relationalität und der Partikularität von Denkstilerzeugnissen berücksichtigen (Mannheim 1985, S. 4, 71–72, 242–244). Zweitens muss die Analyse von Denkstil-Erzeugnissen durch klare wissenschaftliche Standards erfolgen, die jede Disziplin für sich selbst entwickeln muss. Zwei der wichtigsten dürften für dabei immer die Transparenz und die gegenseitige Kritik sein.

Dennoch werden sehr viele – wenn nicht alle – Aussagen und Forderungen im politischen Kontext als ideologisch identifiziert werden. Das ist jedoch keine Schwäche der vorliegenden Definition, sondern eine Stärke. Michael Freeden setzt Ideologien mit politischem Denken gleich. Damit sind alle Denkstilerzeugnisse, die sich auf die Politik konzentrieren, notwendigerweise ideologisch (Freeden 1997, S. 4). Diese These abzulehnen würde gleichzeitig bedeuten, mind. einen Denkstandort vor dem Label der Ideologie beschützen zu wollen, was – wie bereits mehrfach betont wurde – in dieser Dissertation nicht unterstützt wird.

Nichtsdestotrotz kann nicht jede Aussage, jede Einstellung, etc. nur mit genug Fantasie in ein ideologisches Erzeugnis umgedichtet werden. Zur Veranschaulichung sollen einige Beispiele genannt werden, die mindestens eine der obigen Bedingungen nicht erfüllen.

Negativbeispiel 1: Präferenz für ein Musik-Genre

E hört lieber Metal-Musik als Hip-Hop. Ob diese Präferenz zwei Gruppen definiert, ist streitbar, es wird an dieser Stelle jedoch zu Argumentationszwecken angenommen. E vergleicht somit »Metaller« und »Rapper«. Nun muss entschieden werden, ob die Präferenz für ein Musikgenre gesamtgesellschaftlich relevant genug ist, um als potentiell ideologisch zu gelten. Diese Entscheidung muss auf Basis der Begründung für Es Präferenz gefällt werden. Diese kann auf drei Arten zustande kommen: (1) E bevorzugt den Musikstil ohne distinktive Intention, (2) E lehnt Hip-Hop ab, weil dieser aus der Kultur der Afro-Amerikaner stammt, oder (3) E empfindet Rapper als weniger talentiert als Metal-Musiker. Begründung (1)

fokussiert sich ausschließlich auf den Klang der Musik, ohne ein gesellschaftlich relevantes Merkmal zu tangieren oder eine der beiden definierten Gruppen zu bewerten. In diesem Fall wäre die Präferenz nicht ideologisch. Im zweiten Fall (2) jedoch ließe die Präferenz auf Es Haltung bezüglich Afro-Amerikaner schließen, was die Präferenz durchaus ideologisch auflädt. Die dritte Begründung (3) kann ebenfalls als ideologisch angesehen werden, da Talent als wichtige Voraussetzung für (das moralische Anrecht auf) finanziellen Erfolg gilt und die Gruppe der Rapper von E normativ bewertet wurde.

Auch die Präferenz für Hochkultur ist in Verbindung mit Distinktion und Abwertung von weitverbreiteten Kunstwerken (siehe Bourdieu (1987a)) durch den direkten Bezug zur Klassenzugehörigkeit der jeweiligen Konsumenten und der entsprechenden Evaluierung ihrer Geschmäcker eindeutig als ideologisch zu identifizieren.

Negativbeispiel 2: Wissenschaftlicher Befund

Dieses Beispiel wurde bereits oben aufgegriffen, doch es soll hier noch einmal im Ganzen besprochen werden. F stellt bei der Analyse von Daten des statistischen Bundesamtes fest, dass Männer eine niedrigere Lebenserwartung haben als Frauen, und erklärt diesen Befund damit, dass Männer im Durchschnitt mehr riskantes Verhalten zeigen. Dabei beruft F sich auf bisherige Forschungsergebnisse. Die wichtigsten Bedingungen für ein ideologisches Element scheinen erfüllt. Es werden zwei Gruppen identifiziert, die sich in der Variable Lebensdauer unterscheiden. F vermeidet es jedoch, das riskante Verhalten der Männer mit einer normativen Wertung zu versehen und erfüllt damit nicht die dritte Bedingung an ein ideologisches Element. Hätte F stattdessen postuliert, dass Männer kürzer leben, weil sie dumm sind, wäre auch diese Bedingung erfüllt und ihre Schlussfolgerung eindeutig ideologischer Natur.

3.6 Zusammenfassung: Der theoretische Rahmen

Der in dieser Monographie verwendete Ideologie-Begriff stützt sich auf primär auf Mannheims Konzeption der Wissenssoziologie sowie deren Rezeption in den morphologischen Analysen Michael Freedens und in der Denkstil-Theorie von Ludwik Fleck. Auf Basis dieser Literatur werden Ideologien als Untertypen von Denkstilen verstanden, die sich durch die Produktion von ideologischen Erzeugnissen auszeichnen. Um diese zu produzieren, greifen Ideologien stets auf die Weltanschauung ihrer Träger zurück, die alle sachlichen und normativen

Überzeugungen über die natürliche, soziale und politische Welt des Trägers umfasst.

Das Verständnis von Ideologien als Denkstile hat direkte Implikationen für die Fragen nach den Ursprüngen von Ideologien bzw. Weltanschauungen. Im Sinne von Mannheims These der Seinsverbundenheit des Denkens entstehen Weltanschauungen und ideologische Denkstile dadurch, dass bestimmte Gruppen in der Gesellschaft durch ihre gemeinsame sozioökonomische Position ähnliche Erfahrungen sammeln. Durch die Zugehörigkeit zu spezifischen Gruppen werden sich auch innerhalb derselben sozioökonomischen Position verschiedene Denkkollektive ausdifferenzieren. Obwohl Individuen durch ihre Zugehörigkeit zu einer spezifischen Generationseinheit tendenziell gleiche Erfahrungen sammeln, was sich in Folge in zumindest ähnlichen Mentalitäten niederschlägt, können sie im Einzelnen auch Erfahrungen sammeln, die dazu führen, dass ihre Weltsichten von der kollektiven abweichen. Deswegen kann nur ein probabilistischer Zusammenhang zwischen Ideologien und der sozioökonomischen Lage ihrer Träger angenommen werden. Folglich wäre es möglich, die verschiedenen ideologischen Denkstandorte in ein Diagramm der Sozialstruktur einzuzeichnen, wie es bspw. Vester et al. (2015) mit ihren politischen Lagern getan haben (Kap. 2.3.4). Der Vorteil einer solchen Darstellung wäre die Betrachtung der Relationalität der Denkstandorte, die für eine umfassende und wertneutrale Ideologieforschung unabdingbar ist.

4. Eine geeignete Operationalisierung von Ideologien

Wenn man Ideologien als Denkstile versteht, hat das direkte Implikationen für die empirische Forschung. Immerhin liegt Geiger unweigerlich richtig, wenn er sagt, dass das individuelle Denken nicht beobachtbar ist (1968, S. 6–7). Geht es um die Fragestellung dieser Monographie, muss man sich unweigerlich auf die Weltanschauung fokussieren. Tepe (2012) bezeichnet die wertneutrale Forschung, die sich auf die Inhalte von Ideologien bezieht, anschaulich als weltanschauungsanalytische Ideologieforschung (2012, S. 1–2). Diese zielt darauf ab, die Überzeugungen, auf denen Ideologien beruhen, zu ergründen. Diese Überzeugungen sind allerdings auch nur beobachtbar, wenn sie in Form von Aussagen, Einstellungen oder anderen Formen von Denkstilerzeugnissen geäußert werden. Man kann die Ideologie eines Menschen in Bezug auf Thema X nur erfahren, wenn man ihn bspw. in einem Survey dazu befragt. Einstellungsisems oder -fragen sind somit eine gute Möglichkeit, um individuelle Ideologien – oder im Aggregat auch kollektive – zu messen.

Allerdings sind nicht alle Skalen gleich sinnvoll oder valide. In der bisherigen empirischen Forschung finden sich drei zentrale Arten, auf die die Ideologien von Befragten operationalisiert werden. Diese weisen spezifische Vor- und Nachteile auf, die sich wiederum auf die Qualität der damit erhobenen Daten niederschlagen. Bevor also ein geeignetes empirisches Vorgehen für die Fragestellung der vorliegenden Monographie entwickelt werden kann, müssen die bisherigen Operationalisierungen aufgearbeitet werden. Im Zuge dieser Aufbereitung ist zu beachten, dass die meisten Studien nicht nur eine dieser drei Operationalisierungen verwenden, sondern auf mehrere davon gleichzeitig zurückgreifen, damit sie sich gegenseitig stützen.

Davor muss allerdings noch auf eine wichtige Unterscheidung in diesem Kontext hingewiesen werden. Free und Cantril (1967) unterscheiden zwischen symbolischer und operationaler Ideologie. Die symbolische Ideologie beschreibt die Selbstplatzierung auf einer oder mehrerer Skalen, während die operationale auf konkreten Einstellungen basiert (Barber und Pope 2019, S. 47; Brandt et al. 2019,

S. 1352; Camobreco 2016, S. 474–476; Jost et al. 2009, S. 312–315). Auf die Vor- und Nachteile dieser beiden Typen von Operationalisierungen werden im weiteren Verlauf detailliert eingegangen.

4.1 Probleme bei bisherigen Operationalisierungen von Ideologie

4.1.1 Allgemeine Selbstplatzierung (Symbolische Ideologie)

Die simpelste Operationalisierung ist die Selbstplatzierung der Befragten auf einer eindimensionalen, bipolaren Skala. Im deutschsprachigen Raum werden die Endpole mit *links* und *rechts* beschrieben, im US-amerikanischen Raum wird stattdessen zwischen *liberal* und *conservative* unterschieden. Wie viele Antwortkategorien auf dieser Skala existieren, ist von Studie zu Studie unterschiedlich; meist weisen sie allerdings zwischen fünf und zehn Skalenpunkten auf. Breyer (2015) bietet eine entsprechende Skala zur Nutzung in Fragebögen.¹ Die Unterscheidung zwischen *links* und *rechts* stammt ursprünglich von der Sitzverteilung der politischen Akteure in der ersten Nationalversammlung in Frankreich zu Beginn der Französischen Revolution 1789. Während die *Feuillants*, die das bestehende Regime befürworteten, auf der rechten Seite des Saales saßen, hatten die *Montagnards*, die für einen Wandel des Systems plädierten, links Stellung bezogen (Bauer-Kaase 2001, S. 207; Jost et al. 2008b, S. 127; Jost et al. 2009, S. 310). Diese Zweiteilung bürgerte sich in das Alltagsverständnis der Begriffe *links* und *rechts* (bzw. *liberal* oder *left-wing* und *conservative* oder *right-wing*) ein und dient auch heute noch als einfache Richtschnur für den öffentlichen Diskurs (Ostrowski 2023, S. 1). Die Mehrheit von Befragten kann ein Verständnis dieser Begriffe vorweisen (Bauer 1993, S. 17–18; Klingemann 1979, S. 221; Lindqvist und Dornschneider-Elkink 2023, S. 10–15). Auch in der Wissenschaft wird oft nach Lipset et al. (1954) zwischen *links* und *rechts* unterschieden. Während sich linke Ideologien durch eine Befürwortung von sozialem Wandel und Gleichstellung auszeichnen, sind rechte Ideologien durch Ablehnung von Wandel zugunsten

1 Viele Studien nutzen als Extremwerte Bezeichnungen wie *extremely liberal* oder *extremely conservative*. Jordan und Ferguson (2016) weisen darauf hin, dass sich in diesem Fall weniger Befragte bei diesen Endpunkten platzieren. Erklärt wird dieser Effekt dadurch, dass sie fürchten, ansonsten mit Extremisten assoziiert zu werden. Dennoch verteidigen Jordan und Ferguson die Verwendung des Begriffes *extremely*, weil sie argumentieren, dass damit gemäßigte Befragte von besonders starken Ideologen unterschieden werden können (2016, S. 1–4). Diese Argumentation erscheint allerdings kontraintuitiv. Wenn Befragte nicht mit Extremismus assoziiert werden möchten und aus Effekten sozialer Erwünschtheit von den Endpunkten fernbleiben, bündeln sie sich bei den restlichen Antwortkategorien. Eine Unterscheidung entlang der Intensität der Ideologie wird dadurch erschwert.

traditioneller Strukturen und der Skepsis gegenüber Gleichstellung gekennzeichnet; so Lipset und Kollegen (Bauer 1993, S. 18; Feldman 2013, S. 594–596; Jost et al. 2008b, S. 127–128; Jost et al. 2015, S. 235).

Da die meisten Menschen ein zumindest ungefähres Verständnis der Begriffe *links* und *rechts* aufweisen, bietet sich diese Operationalisierung für viele Studien an. Auch die Tatsache, dass dieses Item eine sehr ökonomische Form der Operationalisierung ist, erklärt seine große Popularität in der empirischen Forschung (ausgewählte Beispiele wären Azevedo et al. 2019, S. 62, 65–66, 70–74; Barber und Pope 2019, S. 42; Bauer 1993, S. 49; Block und Block 2006, S. 736–737; Demel et al. 2019, S. 36; Drescher und Schrott 2015, S. 4; Gampa et al. 2019, S. 2, 5–6; Gerber et al. 2010, S. 118; Hadler 2005, S. 138; Hanel et al. 2019, S. 876; Inbar und Lammers 2012, S. 498; Kahan et al. 2017, S. 59; Lee et al. 2014, S. 709–710; Ondish und Stern 2018, S. 937, 939; Rogowski und Sutherland 2016, S. 490; Smith et al. 2017, S. 428; Twenge et al. 2016, S. 1367; White et al. 2020, S. 22–23). Caughey et al. (2019), Feldman (2013) und Leader Maynard (2013) berichten sogar, dass dieses Item die häufigste Operationalisierung der Ideologie von Befragten ist (Caughey et al. 2019, S. 674; Feldman 2013, S. 594; Leader Maynard 2013, S. 310).

Allerdings steht dieses Item stark in der Kritik. Ein erster wichtiger Punkt ist dabei das Verständnis der Begriffe *rechts* und *links* bzw. *liberal* und *conservative*. Zwar wissen viele Befragten etwas mit diesen Labels anzufangen, doch es ist nicht garantiert, dass Befragte diese beiden Labels »richtig« oder genauso wie der Forscher verstehen. Auch innerhalb der Gruppe der Befragten können völlig verschiedene Vorstellungen davon existieren, was als links oder rechts gilt. Deswegen besteht die Möglichkeit, dass die Befragten sich auf der Skala falsch zuordnen, was die Validität der Skala stark gefährdet. Es ist auch möglich, dass sich zwei Befragte mit derselben Ideologie an zwei verschiedenen Punkten auf der Skala verorten (Bauer 1993, S. 18–19; Buckle 2013, S. 225; Camobreco 2016, S. 474; Converse 2006, S. 11–12; Feldman und Johnston 2014, S. 338; Jost et al. 2009, S. 314–315; Kalmoe 2020, S. 773; Leader Maynard 2013, S. 315; Ostrowski 2023, S. 1–2).

Zusätzlich verkompliziert wird diese Lage im US-amerikanischen Kontext. Viele Studien, die diese eindimensionale Skala nutzen, stammen aus den USA, deren politische Arena durch zwei Parteien beherrscht wird. Diese beanspruchen jeweils eines der Labels für sich. Die Demokraten präsentieren sich als liberal, während die Republikaner als konservativ gelten. Amerikaner, die gebeten werden, sich auf der eindimensionalen Skala zwischen *liberal* und *conservative* zu verorten, werden zur Beantwortung folglich mit großer Wahrscheinlichkeit auf das konstruierte Image dieser Parteien zurückgreifen. Es ist deswegen nicht unwahrscheinlich, dass dieses Item gar nicht die tatsächliche Ideologie der Befragten misst, sondern ihre Parteiidentifikation (bzw. »*partisan loyalty*«).

Aus diesem Grund wird diese Selbstplatzierung auch als symbolische Ideologie bezeichnet (Barber und Pope 2019, S. 47; Brandt et al. 2019, S. 1360; Camobreco 2016, S. 474; Caughey et al. 2019, S. 674–675; Ostrowski 2023, S. 2). Barber und Pope (2019) bestätigen diese Vermutung in ihrem Experiment, indem sie zeigen, dass Befragte sich leichter von *cues* aus ihrer favorisierten Partei beeinflussen lassen, wenn sie sich auf der Skala extremer einordnen (Barber und Pope 2019, S. 47–49, 52–53).² Bauer-Kaase (2001) liefert Hinweise dafür, dass dieser Effekt in den USA stärker sein könnte als in Deutschland. In einer Analyse auf Basis von vier Datensätzen zeigt sie, dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ca. 80 % der Befragten sich auf der Skala verorten und ein Verständnis der Begriffe *links* und *rechts* vorweisen können (Bauer-Kaase 2001, S. 217–219). Obwohl das auf den ersten Blick darauf hindeuten scheint, dass das obige Problem in Deutschland nicht sonderlich gravierend ist, berichtet sie auch, dass die Bereitschaft der Befragten, anzugeben, was sie unter *links* oder *rechts* verstehen, deutlich sinkt, wenn man sie dazu aufruft, ihr Verständnis unabhängig von Parteien zu formulieren (2001, S. 220). Zusätzlich nutzen die Befragten – auch wenn sie angehalten werden, dies nicht zu tun – Parteien und Organisationen als Bezugspunkt, um ihr Verständnis von *links* und *rechts* zu erklären (2001, S. 221–222, 225).

Leider kann man die Parteiidentifikation, die mit diesem eindimensionalen Item gemessen wird, und die tatsächliche Ideologie der Befragte nicht gleichsetzen. Das Image, das Parteien entwickeln und für das sie bekannt sind, muss sich nicht zwangsläufig mit ihrem tatsächlichen Handeln in Regierungen decken. Wahlversprechen werden in der breiten Bevölkerung skeptisch betrachtet, weil diese von Parteien oft vermeintlich nicht umgesetzt werden. Außerdem stellen Parteien lediglich die Angebotsseite in der politischen Arena dar, zwischen denen Menschen sich entscheiden müssen (Bartolini und Mair 1990, S. 2). Es ist jedoch nicht gesagt, dass dieses Angebot die Nachfrage gut abbildet. Dadurch können Parteipräferenzen auch die Auswahl des geringsten Übels darstellen. Aus diesen Gründen kann die Parteipräferenz nicht mit der tatsächlich vertretenen Ideologie gleichgesetzt werden.

Der zweite zentrale Kritikpunkt an der Skala bezieht sich auf ihre Eindimensionalität. Kaum ein sozialwissenschaftliches Konstrukt ist sinnvoll mit nur einem einzelnen Item messbar. Dasselbe trifft auf Ideologien zu. Eine eindimensionale Skala ist schlichtweg zu unterkomplex, um vielschichtige Überzeugungssysteme zu messen (Caughey et al. 2019, S. 676–677; Feldman und Johnston 2014, S. 338; Jost et al. 2009, S. 311). Entsprechend unterteilt die Psychologie politisches

2 Insofern können die Studien von Kteily et al. (2019), Lee et al. (2014) und Nurse und Grant (2019), die die Ideologie ihrer Befragten direkt anhand ihrer Parteiidentifikation erhoben haben, ebenfalls als Beispiele für Studien mit symbolischer Ideologie angesehen werden.

Denken in soziokulturelle und ökonomische Ideologien (Kapitel 2.2.3.4). Während Befragter A neoliberal und sozial konservativ ist, könnte Befragter B seine konservativen Tendenzen mit sozialistischen bündeln. Deswegen ist eine Operationalisierung, die die Mehrdimensionalität von Ideologien ignoriert, nicht sinnvoll. Dies könnte die eigene Zuordnung der Befragten noch zusätzlich erschweren und so zu noch mehr Verzerrung beitragen. Es ist zum Beispiel möglich, dass Befragter C die eindimensionale Skala auf die soziokulturelle Ebene hin interpretiert, während sich Befragter D zur Beantwortung an seiner ökonomischen Ideologie orientiert (Caughey et al. 2019, S. 674–677; Feldman 2013, S. 594–598; Feldman und Johnston 2014, S. 340–341).

Doch auch davon abgesehen gibt es noch ein drittes Problem. Obwohl die Skala häufig für ihre internationale Vergleichbarkeit gelobt wird (siehe z.B. Feldman 2013, S. 594–596), gibt es deutliche Hinweise darauf, dass diese Vergleichbarkeit überschätzt wird. Was als liberal oder konservativ gilt, ist von dem jeweiligen politischen Kontext des Landes abhängig. Dasselbe gilt auch für die Labels *links* und *rechts*. Es gibt zwar einen gewissen Konsens in den Bedeutungen, die Befragten diesen Labels zuordnen. So zeigen Lindqvist und Dornschneider-Elkink (2023), dass *links* mit Ablehnung von Ungleichheit und Unterstützung für sozialen Wandel und Eingriffe in die Wirtschaft assoziiert wird. *Rechts* wird jeweils mit dem Gegenteil in Verbindung gebracht.³ Doch abgesehen davon gibt es internationale Unterschiede darin, was Befragte mit *links* und *rechts* verbinden (Bauer-Kaase 2001, S. 211–214; Caughey et al. 2019, S. 677; Hanel et al. 2019, S. 875; Hermann und Leuthold 2003, S. 15; Lindqvist und Dornschneider-Elkink 2023, S. 10–15; Piurko et al. 2011, S. 550–552, 558). Diese Bedeutungsunterschiede sind ein gravierendes Problem für Studien, die internationale Unterschiede in Ideologien untersuchen und sie mit dieser eindimensionalen Skala operationalisieren wollen. Sinnvolle Vergleiche über Landesgrenzen hinweg sind auf Basis dieses Items nur begrenzt möglich. Das gleiche Problem kann jedoch auch innerhalb desselben Landes auftreten, wenn man verschiedene Zeitpunkte vergleicht. Camobreco (2016) zitiert Ellis und Stimson (2012), die durch eine Analyse der Begriffsgeschichte des Wortes *liberal* feststellten, dass sich seine Bedeutung über die Zeit hinweg verändert hat (Camobreco 2016, S. 474–476). Bauer-Kaase (2001) weist denselben Effekt in ihrer Analyse nach. Obwohl sich die Bedeutungen von *rechts* und *links* für die meisten Befragten zwischen 1971 und 1998 nicht grundsätzlich verändern, kann man dennoch sowohl in West- als auch in Ostdeutschland Anpassungen der Bedeutungen der Labels an die jeweils relevanten politischen Konfliktfelder feststellen (2001, S. 220–227).

3 Auch hier zeigt sich, dass die eindimensionale Selbstplatzierung die ökonomische und soziokulturelle Ebene vermischt.

Zuletzt erscheint auch die Definition der Extrema der Skala nach Lipset et al. zu simplifiziert. Die Labels *liberal* und *conservative* gehen auf zwei politische Philosophien zurück, deren interne Struktur so ausgefeilt und komplex ist, dass sie nicht sinnvoll auf nur zwei Dimensionen heruntergebrochen werden können. Wenn man sich beispielsweise das Label *liberal* betrachtet, werden damit sämtliche Ideologien zusammengefasst, die (1) sowohl für Gleichheit als auch (2) für sozialen Wandel sind. Diese vereinfachte Darstellung kann den Liberalismus beschreiben, allerdings auch den Sozialismus oder den Kommunismus. Das ist problematisch, weil sich diese Ideologien in entscheidenden Punkten widersprechen. Beispielsweise vertreten diese beiden Ideologien unterschiedliche Vorstellungen davon, was Gleichheit bedeutet. Während der Liberalismus sich für individuelle Chancengleichheit ausspricht, strebt der Sozialismus mehr nach kollektiver Ergebnisgleichheit, die wiederum dem liberalen Verständnis von individueller Chancengleichheit widersprechen kann (siehe Kapitel 4.2.3). Dieser und noch weitere Konflikte werden durch die stark vereinfachte Beschreibung nach Lipset et al. ignoriert.

Darüber hinaus können die beiden Dimensionen zu einem offenen Widerspruch führen, auf den bereits in Kap. 2.2.3.5 hingewiesen wurde. Man stelle sich vor, die Gesellschaft hätte sich zu einem völlig egalitären System entwickelt. In dieser Gesellschaft tritt nun ein Politiker an die Öffentlichkeit und fordert einen tiefgreifenden sozialen Wandel. Ist er nun liberal oder konservativ? Dass er sozialen Wandel fordert, scheint darauf hinzudeuten, dass er liberal ist. Weil jedoch ein Wandel in einem egalitären System zu Ungleichheit führen würde, könnte er auch konservativ sein. Gleichzeitig könnte sein politischer Gegner als konservativ identifiziert werden, wenn er den geforderten Wandel zugunsten der Gleichheit ablehnt. Das bedeutet, je egalitärer eine Gesellschaft ist, desto weniger hilft die Unterscheidung nach Lipset et al. dabei, zwischen Liberalen und Konservativen zu unterscheiden. Jost et al. (2003b) bezeichnen dieses Problem als das konservative Paradox (2003b, S. 342–343). Die einzige Möglichkeit, diesen Widerspruch zu lösen, wäre, einer der beiden Dimensionen Vorrang vor der anderen zu geben. Es wäre also notwendig, eine Struktur zwischen diesen Überzeugungen zu identifizieren. Die Rekonstruktion der Struktur zwischen mehreren Überzeugungen ist genau das, was Michael Freeden im Kontext seiner morphologischen Analysen anstrebt (Kap. 2.4). Deren Ergebnisse sind als Basis für eine Unterscheidung zwischen mehreren Ideologien in jedem Fall einer so unterkomplexen Distinktion, wie sie Lipset et al. anbieten, vorzuziehen.

4.1.2 Differenzierte Selbstplatzierung (Symbolische Ideologie)

Der Kritik gegenüber der Unterkomplexität der eindimensionalen Skala folgend operationalisieren verschiedene Studien die Ideologie ihrer Befragten durch eine differenzierte Selbstplatzierung. Azevedo et al. (2019) und White et al. (2020) unterscheiden zwischen den soziokulturellen und ökonomischen Ideologien der Befragten. Diese werden gebeten, sich auf beiden Ebenen jeweils zwischen *liberal* und *conservative* selbst zu verorten (Azevedo et al. 2019, S. 62, 65–66; White et al. 2020, S. 22–23). Inbar und Lammers fordern zusätzlich eine Selbstplatzierung im Kontext von außenpolitischen Themen (2012, S. 497); andere argumentieren dafür, zusätzlich den Migrations-/Nationalismus-Kontext zu berücksichtigen (Buchmayr 2022, S. 390–391; Caughey et al. 2019, S. 675). Wieder andere unterscheiden zwischen allgemeiner Selbstplatzierung und der Identifikation mit entweder der Partei der Demokraten oder den Republikanern (Camobreco 2016, S. 480–484; Kahan 2013, S. 410; Kahan et al. 2017, S. 59; Twenge et al. 2016, S. 1367). Im Folgenden wird von der Unterscheidung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien ausgegangen.⁴

Diese Operationalisierungen tragen der Kritik an der Unterkomplexität des Einzelitems durchaus Rechnung. So kann identifiziert werden, ob Menschen, die ökonomisch liberal sind, auch im soziokulturellen Bereich liberal eingestellt oder doch eher konservativ geprägt sind. Obwohl diese beiden Kontexte auf konzeptueller Ebene voneinander unabhängig sind, finden sich im bisherigen Forschungsstand Hinweise darauf, dass sie miteinander – je nach Studie in unterschiedlichen Intensitäten – korrelieren. Vor allem sozialer Konservatismus ist in westlichen Ländern häufig mit libertären Einstellungen assoziiert (Azevedo et al. 2019, S. 69–80; Buckle 2013, S. 238; Feldman 2013, S. 594–595; Feldman und Johnston 2014, S. 343–344; Jost et al. 2009, S. 313).

Diese Assoziation verleitet Azevedo et al. (2019) zu der Annahme, dass sozialer Konservatismus einen grundsätzlichen Zusammenhang mit Neoliberalismus aufweist. Sie gehen sogar soweit, zu postulieren, dass die Unterscheidung zwischen soziokulturellen und ökonomischen Ideologien wissenschaftlich nicht notwendig ist, weil sie nur ein Produkt neoliberaler Ideologie ist (Azevedo et al. 2019, S. 52–60, 69–80). Diese These wird hier nicht vertreten. Erstens wurde oben bereits angeführt, dass die Korrelation zwischen sozialem Konservatismus und Neoliberalismus pro Studie und Länderkontext verschieden stark ist (Malka et al.

4 Die Trennung zwischen der ökonomischen Links-Rechts- und der GAL-TAN-Achse bzw. die Trennung zwischen RWA- und SDO-Skalen wären ebenfalls Optionen, allerdings wurden deren Schwächen in den Kapiteln 2.2.2 und 2.2.3.5 im Detail diskutiert, weswegen in dieser Monographie die Distinktion zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien vorgezogen wird.

2017, S. 1053–1059). Diese Schwankungen sprechen dagegen, dass diese beiden Tendenzen notwendigerweise miteinander verbunden sind. Zweitens berichten Achterberg und Houtman, dass politische Eliten – also jene, die sich in politischen und ideologischen Inhalten spezialisieren – weit höhere Assoziationen aufweisen als die breite Masse (2009, S. 1659–1661). Das Niveau an politischer Bildung spielt in diesem Zusammenhang also eine große Rolle. Zusätzlich zeigen sie in einer Faktorenanalyse, dass die Unterteilung in soziokulturelle und ökonomische Ideologie durchaus gerechtfertigt ist (2009, S. 1658–1659). Feldman und Johnston kommen in einer eigenen Faktorenanalyse zu demselben Ergebnis (2014, S. 343–344). Drittens beruhen die Ausprägungen, die Befragten auf diesen beiden Ebenen aufweisen, auf jeweils unterschiedlichen Persönlichkeitsmerkmalen (Bakker 2017, S. 1037; Feldman 2013, S. 596–598; Gerber et al. 2010, S. 119–123). Dieser Befund wäre vor dem Hintergrund, dass Konservatismus und libertäre Einstellungen zwangsläufig miteinander einhergehen, nur schwer erklärbar. Und viertens basieren sozialer Konservatismus und Libertarianismus auf komplexen politischen Philosophien, die sich widersprechen können (Kapitel 4.2.3). Die Tatsache, dass sie dennoch miteinander assoziiert sind, scheint eher an der spezifischen historischen Entwicklung der Länder zu liegen, in denen diese Studien durchgeführt wurden. Das ist meist der US-amerikanische Kontext. In den USA kann der Libertarianismus durchaus als primäre Ideologie bezeichnet werden. Eine rein konservative Ideologie, die auf den Erhalt des Status Quo bzw. auf nur graduellen Wandel fokussiert ist, könnte deswegen durchaus libertäre Einstellungen begünstigen. Hätte die USA jedoch einen sozialistischen oder kommunistischen Hintergrund, wäre es nicht unwahrscheinlich, dass sozialer Konservatismus mit sozialistischen Einstellungen assoziiert wäre. Die oft festgestellte Korrelation zwischen sozialem Konservatismus und Neoliberalismus ist somit nicht in diesen Ideologien selbst begründet, sondern darin, dass sie durch die historische Entwicklung (mehr oder minder) zufällig gut vereinbar sind. Hinweise darauf finden sich bei Johnston und Ollerenshaw (2020) und Malka et al. (2017). Sie weisen darauf hin, dass die Korrelationen zwischen den beiden Achsen im Mittel (über verschiedene politische Kontexte hinweg) bei Null liegen. Während die Korrelation zwischen Libertarianismus und Konservatismus in den USA positiv ist, ist sie in postkommunistischen Ländern tendenziell negativ. Das bedeutet, dass der Konservatismus der postkommunistischen Länder in sozialistische Richtungen geht, was vor dem Hintergrund der Transformation von kommunistischen in kapitalistische Strukturen erklärbar ist (Johnston und Ollerenshaw 2020, S. 95; Malka et al. 2017, S. 1053–1059).

Die Tatsache, dass es diese beiden unabhängigen Ideologiedimensionen gibt, ist allein jedoch kein Beweis dafür, dass eine Selbstplatzierung in diesen beiden eine sinnvolle Operationalisierung ist. Tatsächlich gibt es wichtige Punkte, die

gegen diese Art von Operationalisierung sprechen. Der erste bezieht sich auf die Frage, ob Befragte sich bei dieser differenzierten Selbstplatzierung besser positionieren können als in der allgemeinen Selbstplatzierung. Oben wurde die Sorge angesprochen, dass Befragte die Labels *links* und *rechts* bzw. *liberal* und *conservative* falsch interpretieren und sich in Folge falsch platzieren könnten. Dasselbe Problem stellt sich auch bei einer Differenzierung zwischen soziokulturellen und ökonomischen Ideologien. Vor allem die Ebene der ökonomischen Ideologie dürfte hierbei betroffen sein. Ist es wirklich realistisch anzunehmen, dass der durchschnittliche Befragte weiß, was »ökonomisch konservativ« oder »ökonomisch liberal« bedeutet? Diese Annahme ist vor allem deswegen strittig, weil sich sogar verschiedene wissenschaftliche Disziplinen nicht auf eine einheitliche Bedeutung einigen. In den obigen Absätzen wurden die Begriffe Libertarismus und Neoliberalismus synonym verwendet. Dies dürfte bei keinem Leser für großen Unmut gesorgt haben. Das würde nahelegen, libertäre Einstellungen in Fragebögen als »ökonomisch liberal« zu kennzeichnen. Auch die Tatsache, dass der Libertarismus sich aus der Ideologie des Liberalismus heraus entwickelt hat (Bell 2014, S. 683–684; Freeden 2008, S. 142–143; Kukathas 2015, S. 39; Smith 1968, S. 278–281) und sie sich entsprechend wichtige *core concepts* teilen (insb. Freiheit und Individualismus), würde in diese Richtung deuten (vgl. Kap. 4.2.3.3). Dementsprechend sollte man erwarten, dass das Label »ökonomisch konservativ« eine sozialistische oder kommunistische Einstellung impliziert. In den meisten empirischen Studien ist dies jedoch nicht der Fall. Tatsächlich steht »ökonomisch konservativ« dort oft für libertäre Überzeugungen (Azevedo et al. 2019, S. 57; Bakker 2017, S. 1026–1027; Caughey et al. 2019, S. 676; Feldman und Johnston 2014, S. 339; Inbar und Lammers 2012, S. 496; Johnston und Ollerenshaw 2020, S. 96). Auch Lipset (1959) versteht, laut Houtman (2003), unter ökonomisch liberalen Menschen jene, die sozialistische Einstellungen pflegen (2003, S. 85). Das liegt daran, dass der Libertarismus die primäre Ideologie der USA ist, aus denen die meisten empirischen Studien der Ideologieforschung stammen. »Ökonomisch konservativ« beschreibt deswegen für diese Forscher die Tendenz, den Libertarismus als wichtigen Bestandteil des Status Quo zu unterstützen. Dies widerspricht jedoch direkt den oben genannten philosophischen Ursprüngen der libertären Ideologie, die sich im 19. Jhdt. vom Liberalismus abgespaltete. Wenn also bereits die wissenschaftlichen Disziplinen der Philosophie, der Politikwissenschaft und der Psychologie Labels wie »ökonomisch liberal« nicht einheitlich verwenden, ist es sehr voraussetzungsreich, anzunehmen, dass der durchschnittliche Befragte dazu in der Lage ist. Aus diesem Grund wird im weiteren Verlauf der Arbeit darauf verzichtet, von »ökonomisch liberal« oder »ökonomisch konservativ« zu sprechen, um unnötigen Verwirrungen vorzubeugen. Stattdessen werden die

vom jeweiligen politischen Kontext unabhängigen Begriffe des Libertarismus und Sozialismus verwendet.

Die Frage, ob es solch schwerwiegende Diskrepanzen auch im Verständnis der Labels zwischen Befragten und Forschern gibt, ist nicht eindeutig zu beantworten. Einerseits kann argumentiert werden, dass dies durchaus eine realistische Sorge ist. Es ist möglich, dass die Befragten in einer konkreten Survey-Situation zum Verständnis der Bezeichnung »ökonomisch liberal« auf den populärwissenschaftlichen Begriff des Neoliberalismus zurückgreifen. Ein tatsächlich libertärer Befragter würde sich in Folge als (eher) ökonomisch liberal einstufen. Wenn der Forscher unter demselben Label jedoch das genaue Gegenteil versteht, könnte das in der Interpretation der Daten zu groben Fehlschlüssen führen.

Andererseits gibt es Gründe anzunehmen, dass diese Sorge zumindest teilweise überzogen ist. In den USA beanspruchen die beiden Parteien die Labels »liberal« und »conservative« in allen Kontexten für sich. Die Republikaner sind dabei sowohl konservativ, als auch libertär. Ein US-amerikanischer Befragter, der das Image der Parteien als Grundlage zum Verständnis der Bezeichnungen der Skalenextrema verwendet, wird also im wahrscheinlichsten Fall »ökonomisch konservativ« genau wie die Forscher auf libertäre Einstellungen beziehen. Es gibt zwei gute Gründe, davon auszugehen, dass eben dieser Mechanismus vorliegt. Erstens zeigten Barber und Pope (2019) und Bauer-Kaase (2001), wie oben bereits angesprochen, dass die allgemeine Selbstplatzierung der Befragten (symbolische Ideologie) und deren Verständnis der Bezeichnungen der Skalenextrema auf den Images von kollektiven, politischen Akteuren beruht (Barber und Pope 2019, S. 47–49, 52–53; Bauer-Kaase 2001, S. 217–225). Zweitens zeigt sich die Korrelation zwischen Konservatismus und Libertarismus auch dann, wenn diese anhand von Einstellungen zu konkreten politischen Themen erhoben werden (Kapitel 2.2.3.4 und 4.1.3). Im US-amerikanischen Kontext dürfte die Unklarheit der Skalenlabels somit nicht grundlegend problematisch sein.

Im europäischen Kontext ist die Sachlage etwas diffiziler. In Deutschland und Österreich beispielsweise ist die Parteienlandschaft komplexer und vielfältiger als den USA (siehe Tabelle 4 oder siehe Niedermayer (2006), Plasser und Ulram (2006), Lempp et al. (2023) oder Kritzinger und Wagner (2023, S. 425–426)). Außerdem nutzt der öffentliche Diskurs in Deutschland und Österreich meist die Unterscheidung zwischen *links* und *rechts*, die mit der Differenzierung zwischen soziokulturellen und ökonomischen Ideologien nur schwer in Einklang zu bringen ist. Wenn man also die Selbstplatzierung der Befragten nach soziokultureller und ökonomischer Ideologie aufteilen möchte, müssten die Skalenbeschriftungen entsprechend angepasst werden. Das ist jedoch kein einfaches Unterfangen. Wie Hermann und Leuthold (2003) zeigen, steht die Bezeichnung »liberal« in Europa vorwiegend für libertäre Einstellungen. Das Gegenteil von »liberal«

könnte also als »sozialistisch« bezeichnet werden. »Links« steht vornehmlich für die ideologische Neigung, die am besten mit der Ideologie des Liberalismus beschrieben wird. »Rechts« jedoch ist eine problematische Bezeichnung, da diese im deutschsprachigen Bereich eher für totalitäre, rassistische Haltungen steht. »Konservativ« wäre somit die geeignetere Bezeichnung, obwohl der Gegensatz zwischen »links« und »konservativ« nicht eindimensional und mitunter nicht für alle Befragten intuitiv ist (2003, S. 15).

		Sozialkulturelle Ideologie			
		Deutschland		Österreich	
		Liberal	Konservativ	Liberal	Konservativ
Ökonomische Ideologie	Sozialistisch	SPD Die Linke Die Grünen	BSW	SPÖ KPÖ GRÜNE	
	Libertär	FDP	CDU/CSU AfD	NEOS	ÖVP FPÖ

Tabelle 4: Ideologische Einordnung deutscher und österreichischer Parteien

Quelle: Eigene Darstellung

Das zweite und dritte Problem folgen schlicht aus der Tatsache, dass auch die differenzierte Selbstplatzierung eine Selbstpositionierung ist. Somit treffen die Probleme der allgemeinen auch auf die differenzierte Selbsteinschätzung zu. Besonders schwerwiegend sind dabei die Tatsachen, dass (1) zwei Einzelitems nicht genügend sind, um ein komplexes Konstrukt wie politische Ideologien zu messen und (2) auch diese Selbstplatzierung auf der Identifikation mit und Abneigung gegenüber politischen Akteuren (Parteien, Organisationen) geschieht und somit nur die symbolische, jedoch nicht die tatsächlich vertretene Ideologie misst. Das geht auch mit der erwähnten Diskrepanz zwischen tatsächlicher Ideologie und Parteipräferenz einher.

4.1.3 Typisierung aufgrund mehrerer Einstellungen (Operationale Ideologie)

Die zweithäufigste Form der Operationalisierung ist die Erhebung der sogenannten operationalen Ideologie. Dabei handelt es sich um die Typisierung der Befragten basierend auf konkreten Einstellungsfragen. Das bedeutet, der Befragte wird entweder mit normativen Aussagen, politischen Forderungen oder politischen Begriffen konfrontiert, die er auf einer Skala bewerten soll. Meist werden diese vielen Antworten wieder auf ein- oder zweidimensionale Skalen (z.B. das Links-Rechts-Spektrum) heruntergebrochen. Ein typisches Beispiel wäre die C-Scale von Wilson (1973a) (ursprünglich entwickelt von Wilson und Patterson

(1968)). Diese präsentiert den Befragten 50 deskriptive Items (z.B. »death penalty«, »school uniforms«, »birth control«, »mixed marriage«), die der Befragte entweder befürworten oder ablehnen kann. Auf Basis dieser Antworten kann der Befragte entweder als konservativ oder liberal eingestuft werden (1973a, S. 50–53). Auch sonstige Likert-Skalen (z.B. zur Messung von libertären Neigungen bei Azevedo et al. (2019), Girerd et al. (2023) oder Jost et al. (2003a)) sind Beispiele für diese Operationalisierung.

Hierzu muss bereits bei der Konstruktion der Skala festgelegt werden, welche Antworten typisch konservativ bzw. typisch liberal sind, damit der Befragte entsprechend Punkte in diese Richtungen sammeln kann. So legten Wilson und Patterson auf theoretischer Grundlage fest, dass die Ablehnung von Items wie »mixed marriage« oder »birth control« konservativ ist. Will man diese Festlegung im Voraus vermeiden, gibt es eine alternative Vorgehensweise. Nachdem die Befragten konkrete Einstellungsfragen beantwortet haben, werden sie mit statistischen Verfahren (z.B. Cluster- oder Latenten Klassenanalysen) in ideologisch homogene Gruppen eingeteilt. Diese Vorgehensweise nutzen bspw. Feldman und Johnston (2014, S. 342–343).

Beispiele für Studien, die die Ideologie ihrer Befragten generell mit Hilfe konkreter Einstellungsfragen messen, wären Azevedo et al. (2019), Bakker (2017), Block und Block (2006), Camobreco (2016), Caughey et al. (2019), Feldman und Johnston (2014), Fraley et al. (2012), Gerber et al. (2010), Hadler (2005), Hanel et al. (2019), Jost et al. (2008b), Liebig und Verwiebe (2000), Ondish und Stern (2018), Reiss et al. (2019), Smith et al. (2017), Wegener und Liebig (1995a), Wegener und Liebig (1995b), Wegener und Liebig (2000), White et al. (2020) und Wolsko et al. (2016). Hermann und Leuthold (2003) operationalisieren die Ideologie ihrer Analyseeinheiten anhand ihres Abstimmungsverhaltens bei schweizerischen Volksabstimmungen und rechnen diese in Folge auf drei Achsen herunter: links-rechts (entspricht der ökonomischen Ideologie, vermengt mit dem Konflikt zwischen Pazifismus und Militarismus), liberal-konservativ (Öffnungsfreudig vs. öffnungsskeptisch) und ökologisch-technokratisch (2003, S. 12–21). Tetlock nutzt eine ähnliche Operationalisierung, indem er die Ideologie von Politikern mit Hilfe ihres Abstimmungsverhaltens im Senat operationalisiert (1983, S. 120–121).

Obwohl dieses Verfahren die bisher beste Operationalisierung von Ideologie ist, weil sie die größten Probleme der allgemeinen oder differenzierten Selbstplatzierung löst – so zeigen Free und Cantril (1967) und Stimson (2004), dass diese spezifischen Einstellungen nicht immer mit der Identifizierung mit politischen Akteuren übereinstimmt (Jost et al. 2009, S. 312) –, kann auch diese Vorgehensweise zu Verzerrungen führen. Das erste Problem liegt in der Vordefinition, welche für Likert-Skalen (wie bspw. der C-Scale) notwendig ist. Um solche

Skalen entwickeln zu können, müssen alle Items einer bestimmten Ideologie zugeschrieben werden. Der Forscher muss somit festlegen, ob die Zustimmung oder Ablehnung auf ein stärkeres oder schwächeres Vertreten der jeweils gemessenen Ideologie hindeutet. Sind diese Items auf konkrete politische Themen fokussiert, kann diese Operationalisierung Probleme nach sich ziehen. Konkrete *policy*-Items sind stets an konkrete Zeitrahmen gebunden, sie haben also ein »*use-by date*« (Everett 2013, S. 2). Beispielsweise wären Items, die sich auf die Unterstützung oder den Widerstand gegen Corona-Maßnahmen fokussieren, nach Ende der Pandemie keine geeigneten Items mehr.

Allerdings reicht dieses Problem noch tiefer. Wie in Kap. 2.2.3.5 und 4.2.3.2 dargelegt, gelten jene politischen Einstellungen als konservativ, die einen sozialen Wandel ablehnen. Wenn man weiter davon ausgeht, dass sich Generationseinheiten laufend gegenseitig ablösen und die jüngere Generation stets die treibende Kraft hinter sozialem Wandel ist – wie Mannheim es annimmt (1965, S. 41–42) –, und der Habitus der Älteren stets darauf ausgerichtet ist, jene gesellschaftlichen Strukturen aufrechtzuerhalten, die ihn erzeugt haben – wie Bourdieu annimmt (Bourdieu 1987a, S. 553–555; Rehbein und Saalman 2014b, S. 114) –, wird die Mentalität der älteren Generation stets im Durchschnitt als konservativ und die der Jüngeren als liberal gelten. Das bedeutet in Folge auch, dass eine Einstellung, die vor 30 Jahren als liberal galt, heute sehr leicht konservativ eingestuft werden kann. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass die Einstellungen, die heute liberal sind, in 30 Jahren konservativ sein werden. Wilsons C-Scale leidet unter genau diesem Problem. Während einige der Items eine Unterscheidung zwischen konservativ und liberal mit zeitlicher Stabilität erlauben dürften (z.B. »*death penalty*«, »*patriotism*«, »*church authority*«, »*women judges*«), ist das bei anderen Items nicht notwendigerweise der Fall. Ein Beispiel wäre das Item »*striptease shows*«. Eine Ablehnung zu diesen galt damals als konservativ, weil Wilson Konservatismus mit Anti-Hedonismus und Repression von Sexualität in Verbindung setzt (1973b, S. 8–9), doch durch die Erfolge von feministischen Akteuren können diese heute auch aus liberaler Sicht abgelehnt werden. Das bedeutet, dass die für Likert-Skalen notwendige Vordefinitionen, welche konkreten Einstellungen konservativ oder liberal sind, oft nur zeitlich bedingt gültig ist. Entsprechend entwickelte Everett (2013) eine aktuelle Version der C-Skala, um sie für den aktuellen US-Kontext nutzbar zu machen (2013, S. 2, 4–5).

Ein weiteres Problem ist neben der begrenzten zeitlichen Gültigkeit der Items auch die regionale. Skalenitems, die auf konkreten politischen Forderungen aufbauen, sind notwendigerweise an einen bestimmten politischen Kontext gebunden. Je begrenzter dieser ist (z.B. nur auf nationale Kontexte), desto weniger ist eine Skala für internationale Vergleiche geeignet. Das Item »*gun ownership*« von Everett (2013, S. 4–5) bspw. ist für den US-amerikanischen Kontext sehr gut ge-

eignet, während es für den deutschsprachigen Raum nur wenig brauchbar erscheint.

Obwohl die rein statistischen Verfahren diese Vordefinition vermeiden, sind auch sie nicht gegen ein weiteres Problem gefeit, da die gleiche Einstellung aus zwei völlig verschiedenen Ideologien gefolgert werden kann (Brennan und Hamlin 2014, S. 233–234). Die Antwort auf eine Einstellungsfrage besteht aus zwei Teilen: der konkreten Antwort (z. B. Ja/Nein) und der Begründung für diese Antwort. Die Einstellungsfragen der operationalen Ideologie reduzieren diese notwendigerweise auf die konkrete Antwort. Die Frage, warum der Befragte eben diese Antwort gegeben hat, wird in den allermeisten Surveys nicht gestellt. Die Typisierung der Befragten in ideologisch homogene Gruppen auf Basis der konkreten Antworten setzt somit implizit voraus, dass alle, die eine bestimmte Antwort geben, dies aus demselben Grund tun. Das muss jedoch nicht notwendigerweise der Fall sein. Die Ablehnung von dem Item »striptease shows« (siehe oben) kann aus konservativer, anti-hedonistischer, repressiver Haltung, aber auch aus einer feministischen Perspektive abgeleitet werden. Dasselbe Problem könnte sich bei einer Frage zu einem Burka-Verbot zeigen. Fragt man in einem Survey »Würden Sie ein Burka-Verbot in Ihrem Land unterstützen?«, ist es wahrscheinlich, dass Konservative mit »Ja« antworten. Liberale könnten sich jedoch in zwei Lager spalten: eines, das mit »Ja«, und eines, das mit »Nein« antwortet. Wer mit »Nein« antwortet, könnte dies tun, weil ein solches Verbot in die individuelle Freiheit der Frau eingreift, ihre Kultur auszuleben. Wer dagegen mit »Ja« antwortet, könnte dies tun, weil für ihn die Burka ein Symbol der Unterdrückung von Frauen ist. Helbling (2014) liefert hierfür bereits empirische Hinweise, wenn er zeigt, dass Liberale Muslimen gegenüber aufgeschlossen sind, jedoch gespalten in der Frage, ob es muslimischen Schülerinnen erlaubt sein sollte, das Kopftuch in der Schule zu tragen (2014, S. 244, 249). Durch die Reduktion der Antworten auf ein simples »Ja« oder »Nein« gehen also wichtige Informationen – die ideologischen *core* und *adjacent* Überzeugungen, die zu dieser Antwort führen – verloren. Dasselbe Problem kann auch in typischen Likert-Skalen mit drei oder mehr Antwortkategorien auftreten. Folglich können statistische Verfahren, die nur auf diesen Antworten aufbauen, Befragte in Gruppen einteilen, die in Wahrheit ideologisch heterogener sind, als der Forscher annimmt.

Zuletzt muss ein Problem angesprochen werden, dass nicht nur in dieser Form der Operationalisierung vorliegt, sondern auch bei den Selbstplatzierungen aus den vorherigen Kapiteln. Dieses Problem wird in diesem Kapitel als die Annahme der Bipolarität bezeichnet. Diese beschreibt die (oft unhinterfragte) Prämisse, dass Ideologien auf Spektren mit gegensätzlichen, unvereinbaren Polen liegen. Im Falle der Trennung in soziokulturelle und ökonomische Ideologien wird bspw. angenommen, dass Befragte mit einem hohen Libertarismus-Wert

notwendigerweise einen niedrigen Sozialismus-Wert aufweisen (siehe bspw. Heath et al. (1994) oder Demel et al. (2023)). Diese Annahme scheint jedoch sehr gewagt. Eine Person A kann durchaus von der Idee der Leistungsgerechtigkeit überzeugt sein, während sie gleichzeitig denkt, dass das aktuelle Niveau der Ungleichheit zu groß ist (vgl. auch die Unterscheidung in primäre und sekundäre Ideologien, Kap. 2.3.5). Dadurch treten neoliberale und sozialistische Überzeugungen gleichzeitig auf. A jedoch auf dem Mittelpunkt der bipolaren Achse zu verorten ist ebenfalls nicht sinnvoll, weil A sich diese Position mit jenen teilen würde, die keine Meinung oder kein Interesse an politischen Themen haben. Dasselbe Problem findet sich bei der Messung von Ideologien anhand von Einstellungsskalen, die nur auf eine Ideologie abziehen (z.B. die C-Skala nach Wilson (1973a)). Wer auf dieser Skala einen sehr niedrigen Konservatismus-Wert erreicht, wird implizit als liberal eingeschätzt. Doch auch das ist eine sehr voraussetzungsreiche Annahme. Daraus kann abgeleitet werden, dass eine geeignete Operationalisierung von politischen Ideologien die Idee der Bipolarität aufgeben sollte. Ein Erhebungsinstrument, das auf diese Annahme verzichtet, könnte die ideologische Haltung von A genauer messen, indem dieser Befragte sowohl erhöhte Libertarismus- und Sozialismus-Werte erreichen könnte, was ihn von den Uninteressierten und Unentschlossenen unterscheiden würde.

4.2 Entwicklung einer neuen Skala – Die POLID-Skala

Aufgrund dieser Schwierigkeiten muss für diese Monographie eine neue Operationalisierung der Ideologie von Befragten entwickelt werden. Das bedeutet, um einen Mehrwert im Vergleich zu den obigen drei Lösungen zu bieten, muss die hier entwickelte Operationalisierung ...

- Nicht die symbolische, sondern die tatsächliche Ideologie der Befragten messen,
- Der Komplexität des ideologischen Denkens gerecht werden,
- So alltagsnah und allgemeinverständlich wie möglich sein, und
- Sicherstellen, dass ihre Items nicht von Vertretern unterschiedlicher Ideologien gleich beantwortet werden.

Um diese Ziele zu erreichen, greift die vorliegende Monographie auf die POLID-Skala von Ulrich (2021a, 2021b) zurück. Die folgenden Kapitel stellen das theoretische Konzept hinter der POLID-Skala und deren Entwicklung im Detail dar. Dabei werden auch jene Aspekte genauer ausgeführt, die in den ersten Publikationen der Skala (2021a, 2021b) aus Platzgründen nicht besprochen wurden.

4.2.1 Theoretisches Konzept

Ulrich nutzt die Unterscheidung zwischen ökonomischen und sozialkulturellen Ideologien als Ausgangspunkt seines theoretischen Konzepts (2021a, S. 7–8). Allerdings weicht er von der Selbstplatzierung der Befragten auf diesen Achsen ab. Stattdessen greift er auf eine Idee von Buckle (2013) zurück, der die Position der Befragten auf der Links-Rechts-Skala aus ihren Antworten auf konkrete Einstellungsfragen berechnet (2013, S. 228–230). Hierzu müssen Items formuliert werden, deren Antworten eine klare Zuteilung in eine der beiden Richtungen auf den Achsen erlauben. Im Falle von Buckle würde das bspw. bedeuten, dass die Zustimmung zu dem Item »*In today's world of equal rights, feminist concerns are increasingly irrelevant*« (2013, S. 229) dazu führt, dass ein Befragter einen Punkt in Richtung *right-wing* sammelt. Die Befürwortung von Aussagen wie »*Large corporations are dangerous because they have far too much power and influence*« (2013, S. 229) bringt dem Befragten dagegen einen Punkt in Richtung *left-wing* ein. Dieses Vorgehen weist jedoch zwei Probleme auf, die in den vorherigen Kapiteln aufgeführt wurden: die Annahme der Bipolarität der Achsen und der Fokus auf konkrete Einstellungsfragen, die als Bestandteil der Peripherie der ideologischen Morphologie keine fehlerfreie Einschätzung erlauben.

Buckles zweiter Ansatz zur Messung der Ideologien seiner Befragten wirkt weit vielversprechender (Kap. 2.4). Hierbei wählt er zentrale politische Konzepte (Freiheit, Gleichheit, etc.) und bietet seinen Befragten verschiedene Definitionen für diese an. Seine Befragten sollen in Folge 20 Punkte auf diese verschiedenen Definitionen verteilen, um ihre Zustimmung zu diesen auszudrücken (Buckle 2013, S. 224). Damit kann er die tatsächliche Ideologie seiner Befragten detaillierter abbilden als es mit bisher entwickelten Operationalisierungen möglich ist, da die Definitionen der politischen Konzepte direkt an den *core* Überzeugungen der Ideologien ansetzen. Allerdings ist das Verteilen der Punkte für Befragte eine sehr fordernde Aufgabe, die in größeren Surveys nicht effizient oder ökonomisch umsetzbar ist. Dennoch ist der Fokus auf den Kern statt auf die Peripherie der ideologischen Morphologie ein hilfreicher Ansatz für valide Operationalisierungen.

In Anlehnung an Buckle (2013) fokussiert sich die POLID-Skala auf die harten Kerne (*core beliefs* bzw. *core concepts*) der vier politischen Ideologien, die an den Endpunkten der ökonomischen und soziokulturellen Achsen stehen. Im ökonomischen Kontext stehen sich der Ökonomische Libertarismus und der Sozialismus gegenüber, während im soziokulturellen Kontext der Konservatismus und der Liberalismus als Extrema dienen. Der Fokus liegt also nicht auf dem Inhalt der bipolaren Achsen, sondern auf den Inhalten der Endpunkte. Daraus ergibt sich

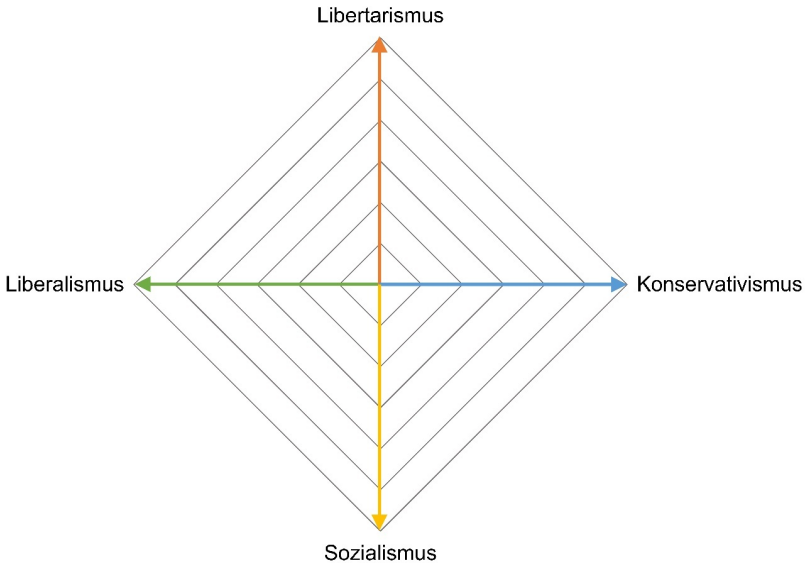


Abbildung 17: POLID-Spinnennetz mit den vier Subdimensionen der Skala

Quelle: Ulrich 2021a, S. 8

ein Spinnennetz, das die theoretische Basis für die POLID-Skala darstellt und in Abbildung 17 zu sehen ist (Ulrich 2021a, S. 8).

Als Inspiration für die Darstellung als Spinnennetz dienen die politischen Spinnenprofile von Michael Hermann (Abbildung 18). Der Vorteil dieser Spinnennetze ist die kompakte grafische Darstellung von verschiedenen ideologischen Dimensionen. Hermanns Spinnenprofile basieren auf dem Abstimmungsverhalten von schweizerischen Politikern oder der Schweizer Bevölkerung bei Volksabstimmungen bzw. auf den Werbeausgaben für bestimmte Themenbereiche im Wahlkampf (Hermann 2012, S. 1; Hermann und Leuthold 2003, S. 14). Allerdings ist das Wahlverhalten oder die Finanzierung im Wahlkampf keine Größe, die nur von der persönlichen Ideologie beeinflusst ist. Gerade beim Wahlverhalten spielen viele verschiedene Komponenten eine zusätzliche Rolle (Bartolini und Mair 1990, S. 2; Winter 1997, S. 119), weswegen eine Verzerrung der Ergebnisse nicht auszuschließen ist. Die POLID-Skala fokussiert sich stattdessen rein auf die tatsächlich vertretenen Ideologien der Befragten.

Die meisten Studien verstehen die ökonomische und soziokulturelle Ideologie als eindimensionale Achsen mit unvereinbaren Extrempolen (Annahme der Bipolarität). Daraus folgt, dass jeder Befragte pro Item entweder einen Punkt in Richtung Libertarismus oder Sozialismus sammeln kann. Das führt jedoch zu dem Problem, dass Befragte, die in die Libertarismus- und Sozialismus-Richtung die

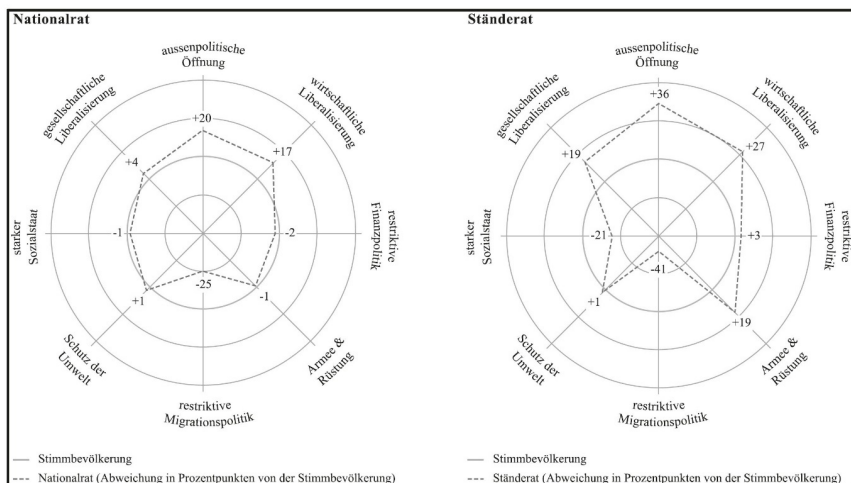


Abbildung 18: Spinnenprofile des Schweizer National- und Ständerates

Quelle: Hermann 2014, S. 125

gleiche Anzahl Punkte sammeln, in der Mitte des Spektrums liegen. Damit hätten sie dieselbe Position inne, die jemand erreicht, der alle Items, die in die Richtungen dieser beiden Ideologien deuten, ablehnt. Dadurch würde die Mitte der Verteilung zu einer Mischkategorie, die nicht sinnvoll interpretierbar ist. Das selbe Problem trifft auf die soziokulturelle Achse zu. Eine weitere Schlussfolgerung aus der Annahme der Bipolarität betrifft die Assoziation mit anderen Konstrukten. Eine positive Korrelation zwischen einem Konstrukt X und einem Ende der Achse würde notwendigerweise bedeuten, dass die Korrelation zwischen X und dem anderen Ende der Achse ähnlich stark sein, aber das gegensätzliche Vorzeichen aufweisen müsste. Diese Annahmen ist jedoch sehr voraussetzungsreich und – wie in Kap. 4.2.4 deutlich wird – empirisch nicht haltbar. Deswegen beschließt Ulrich, seine POLID-Skala nicht auf der Idee von zwei bipolaren Achsen aufzubauen, sondern die vier Ideologien als eigene Subdimensionen zu messen. Er bricht die beiden Achsen sozusagen entzwei. Das bedeutet, dass ein hoher Wert in eine Richtung im Spinnennetz nicht zwangsläufig einen niedrigen Wert in die Gegenrichtung determiniert. Das POLID-Spinnennetz besteht also aus vier Indizes, die in der Summe die ideologische Disposition des Befragten darstellen (2021a, S. 7–8). Diese sind in Abbildung 17 als farbige Pfeile in das Spinnennetz eingezeichnet.

4.2.2 Skalierung

Die POLID-Skala baut auf vier Subdimensionen auf, die mit einer typischen Likert-Skalierung sinnvoll gemessen werden können (Gerich (2010)). Ulrich verlangt von seinen Befragten eine Antwort auf einer vierstufigen Skala ((1) »stimme überhaupt nicht zu« bis (4) »stimme voll und ganz zu«). Eine Ausweichoption bietet er nicht, wodurch er sie zwingt, sich für Ablehnung oder Zustimmung zu den Einstellungsisems zu entscheiden. Aus den erhaltenen Werten wird der zentrierte Mittelwert berechnet. Der Grund hierfür ist, dass der Liberalismus die zentrale Ideologie der westlichen Welt darstellt (Bell 2014, S. 689; Buckle 2013, S. 235–236) und somit hohe Werte in den entsprechenden Items zu erwarten sind. Den daraus resultierenden Verzerrungen kann – ähnlich wie bei den Grundwerten nach Schwartz (1992; 2001; 2015; 2022) – durch die Koppelung an den Mittelwert über alle Items der POLID-Skala vorgebeugt werden (Ulrich 2021a, S. 5). Daraus folgt ebenfalls, dass die vier POLID-Scores jeweils das Ergebnis eines Trade-offs zwischen den vier Ideologien darstellen. Positive Werte signalisieren, dass diese Ideologie stärker vertreten wird als jene Ideologien, deren POLID-Werte negativ ausfallen (2021a, S. 18).

4.2.3 Die vier Subdimensionen

Wie oben bereits dargelegt, stellen die vier zentralsten Ideologien der westlichen Welt (Libertarismus, Konservativismus, Sozialismus und Liberalismus) die vier Subdimensionen der POLID-Skala dar. Der Fokus liegt dabei – unter Inspiration durch die verschiedenen Definitionen von politischen Konzepten bei Buckle (2013) (Kap. 2.4) – auf den Kernüberzeugungen dieser vier Ideologien, um zu vermeiden, dass die Skalen nur jeweils eine Splittergruppe dieser Ideologiefamilien abdecken. Besonders wichtig sind also jene Aspekte, die in vielen Ausführungen über diese Ideologien genannt werden, da diese am wahrscheinlichsten den harten Kern der Ideologie ausmachen. Das betrifft sowohl morphologische Analysen über diese Denkstile als Ideologien, als auch die Analyse der ihnen zugrundeliegenden Philosophien.⁵ In dieser Monographie wird aus Platzgründen die Geschichte der entsprechenden Philosophien nicht im Detail nachvollzogen. Interessierte Leser sind auf das Buch »*Ideologies and political theory*« von Freedon (2008) oder den Sammelband »*The Oxford Handbook of political ideologies*« von Free-

⁵ Für Mannheim entspringen viele Ideologien philosophischen Theorien, die – wie sämtliches menschliches Denken – an die soziökonomische und historische Position ihrer Urheber gebunden ist (1970c, S. 589–590)

den et al. (2015) verwiesen. Die folgenden Kapitel fokussieren sich stattdessen auf die inhaltlichen Aspekte der Ideologien.

4.2.3.1 *Liberalismus*

Obwohl Freedon und Stears (2015) erste Ansätze zu einer liberalen Ideologie bereits in den Anfängen des 19. Jahrhunderts in anti-absolutistischen und anti-despotischen Strömungen des postnapoleonischen Spaniens und Frankreichs erkennen, entwickelten erst die von ihnen so benannten Proto-Liberalismen im Laufe des 19. Jhdts. einen gemeinsamen Konsens für den heute existenten Liberalismus.⁶ Hierfür verbanden diese politischen Strömungen Ideen der Aufklärung mit Theorien über die natürlichen Rechte des Menschen aus dem 17. Jhdts. (z.B. Freiwilligkeit, die Idee des Vertrags, etc.). Im Zuge der Amerikanischen Revolution (1763–1783) wurde auch die Prämisse der sozialen Gleichheit der Individuen (damals noch innerhalb rassistischer und sexistischer Grenzen) miteinbezogen. So formierte sich der Proto-Liberalismus als eine politische Philosophie, die sich auf die Emanzipation des Individuums konzentrierte (2015, S. 331). Eine tatsächlich ausformulierte liberale politische Philosophie findet man bei John Locke (1632–1704) (Alemann et al. 2022, S. 89–96; Freedon 2008, S. 141), John Stuart Mill (1806–1873) (Freedon 2008, S. 144–154), T. H. Green (1836–1882) (Freedon 2008, S. 179–189) und John Rawls (1921–2002) (Alemann et al. 2022, S. 214–221; Freedon 2008, S. 228–241).

Obwohl sich diese politischen Philosophien und verschiedenen Untergruppen des Liberalismus voneinander unterscheiden, gibt es einige Aspekte, die für die liberale Ideologiefamilie von besonderer Relevanz sind. Hierzu gehört zunächst der Individualismus des Liberalismus. Für Mill bspw. hängt die positive Entwicklung einer Gesellschaft bzw. eines Kollektivs vom Charakter und den Fähigkeiten der einzelnen Individuen ab (Freedon 2008, S. 144–145). Deswegen ist es für das individuelle und allgemeine Wohl essenziell, dass die Menschen sich charakterlich und in ihren Fähigkeiten weiterentwickeln und verwirklichen können, ohne von starren Regeln unnötig und ungerechtfertigt eingeengt zu werden. Hieraus speist sich die zentrale Rolle des namensgebenden Konzepts der Freiheit, das in der liberalen Ideologie als Autonomie über das eigene Leben verstanden wird (Bell 2014, S. 699–700; Bellamy 2015, S. 26; Boudon und Bourricaud 1992, S. 291–293; Freedon 2008, S. 144–154; Kukathas 2015, S. 39; Schroth 2016, S. 199–200). Diese

⁶ Es ist nicht unstrittig, den Beginn der liberalen Ideologie auf diesen Zeitpunkt zu setzen, da Bellamy (2015) bspw. den Ursprung bereits im 18. Jhdts. sieht (2015, S. 26). Die Frage, wann diese oder eine der anderen drei Ideologien tatsächlich ihren Anfang nimmt, kann an dieser Stelle nicht abschließend behandelt werden.

individuelle Freiheit hängt jedoch von einigen Bedingungen ab, sie ist also – im Gegensatz zum Libertarismus – nicht absolut. Freiheit wird im Liberalismus direkt mit der Soziabilität bzw. einem altruistischen Kommunitarismus statt mit egoistischen Eigeninteressen verknüpft. Obwohl die individuelle Selbstverwirklichung eine Funktion für das Kollektiv erfüllt, darf die Freiheit des Individuums hierfür nicht geopfert werden. Der Liberalismus fordert somit eine Balance zwischen der individuellen Freiheit und dem Wohl des Kollektivs, das als Kooperation bzw. Koalition der einzelnen Individuen verstanden wird (Freeden 2008, S. 144–154, 247–259; Schroth 2016, S. 199–200).

Daraus folgt die Frage, welche Einschränkungen im liberalen Denken als legitim angesehen werden. Da jeder Mensch die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung haben muss, muss die Gesellschaft zwei zentrale Bedingungen erfüllen. Erstens, jeder Mensch muss die gleichen Chancen haben, sich weiterzuentwickeln. So erhält das Konzept der Gleichheit – insb. der Chancengleichheit – eine wichtige Rolle im liberalen Denken. Eine Gesellschaft, die einigen Menschen mehr Möglichkeiten bzw. Ressourcen zur Verfügung stellt als anderen, behindert das Potential der Benachteiligten, was weder im Interesse der betroffenen Individuen noch im Interesse des Kollektivs sein kann. Das bedeutet, dass die Gesellschaft bzw. der Staat reglementierend tätig werden darf (z.B. in Form von Umverteilung), um die nötige Chancengleichheit bzw. Bedürfnisgerechtigkeit herzustellen, solange dabei gleichzeitig die Freiheit der Individuen gewahrt bleibt (Arzheimer 2009, S. 87–88; Bellamy 2015, S. 26; Buckle 2013, S. 235–237; Freedden 2008, S. 144–154; Freedden und Stears 2015, S. 330; Ruggiero 1967, S. 435–436). Man kann die Beziehung zwischen Gleichheit und Freiheit im Liberalismus als einen Balanceakt bezeichnen, da diese Konzepte zwar untrennbar vereint sind, aber keines davon das andere übervorteilen darf. Während Gleichheit eine notwendige Voraussetzung für die individuelle Freiheit aller ist (Mannheim 1970b, S. 430), darf sie nicht das Primat über die Freiheit erlangen.

»Liberty and equality, which find their embodiment respectively in liberalism and in democracy, are thus complementary and at the same time antithetical: complementary, inasmuch as absence of equality, at least of opportunity, degrades liberty to the level of exclusive and therefore oppressive privilege; antithetical, inasmuch as equality is conducive to indiscriminate leveling and indirectly to excessive centralization – to the detriment of such bulwarks of liberty as local associations and institutions.« (Ruggiero 1967, S. 437)

Heraus entspringt auch der Optimismus gegenüber der Idee des sozialen Wandels. Da die meisten Gesellschaften die Idee der Chancengleichheit nicht verwirklicht haben, ist das liberale Ideal noch herzustellen. So birgt sozialer Wandel in der liberalen Ideologie viel Potential (Ruggiero 1967, S. 435–436).

Die zweite zentrale Bedingung ist die Garantie der individuellen Freiheit. Hier äußert sich eine ambivalente Beziehung des Liberalismus zur Idee des Staates. Einerseits ist der Staat als sozialer Vertrag zwischen den Individuen der Garant der Chancengleichheit und der friedlichen Koexistenz, andererseits kann ein Staat, der keinen Kontrollmechanismen unterworfen ist, die individuelle Freiheit willkürlich einschränken. Um eben letzteres auszuschließen, sind festgeschriebene individuelle Rechte im liberalen Denken von großer Bedeutung (Buckle 2013, S. 235–237; Freeden 2008, S. 268–269; Freeden und Stears 2015, S. 330; Schroth 2016, S. 200). Nicht umsonst gilt der britische *Reform Act* von 1867 als wichtiger Meilenstein der liberalen Politik (Smith 1968, S. 278). Hieraus speist sich die liberale Präferenz für demokratische Staatsformen, weil diese am besten garantieren, dass die Bevölkerung staatliche Mächte durch Partizipation in Schach halten kann. Auch die Dezentralisierung von Macht (bspw. im Sinne von Gewaltenteilung) ist für den Liberalismus von zentraler Bedeutung (Freeden und Stears 2015, S. 335–336; Nash 1997, S. 21–23; Smith 1968, S. 281). Hierzu gehört auch die Trennung zwischen der Privatsphäre und der Öffentlichkeit. Das private Leben muss im Sinne der individuellen Freiheit vor staatlichen Eingriffen geschützt werden, was ebenfalls als individuelles Recht festgeschrieben werden soll (Buckle 2013, S. 235–237; Kukathas 2015, S. 39; Nash 1997, S. 21–23).

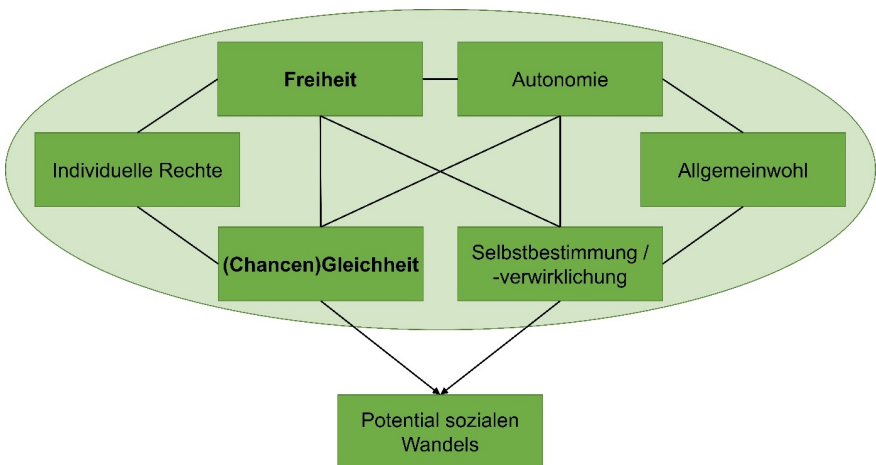


Abbildung 19: Der harte Kern der liberalen Ideologie

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 19 fasst den harten Kern der liberalen Ideologie schematisch zusammen. Die mit einem grünen Kreis hinterlegten Konzepte/Überzeugungen spiegeln den harten Kern wider, an die *adjacent concepts/beliefs* angehängt wer-

den können bzw. von denen konkrete Einstellungen oder politische Forderungen abgeleitet werden können. Durch die Anbindung von *adjacent* Elementen würden sich auf Basis desselben harten Kerns verschiedene Subtypen des Liberalismus unterscheiden, die auch entlang ihrer peripheren Einstellungen oder Forderungen voneinander abweichen. Eine allgemeine Impfpflicht könnte bspw. von einer liberalen Splittergruppe befürwortet werden, wenn diese an das Recht auf Schutz durch den Staat, Gleichheit und das kollektive Wohl appelliert; sie könnte aber auch abgelehnt werden, wenn die Konzepte der Freiheit, Autonomie und das Recht auf medizinische Selbstbestimmung betont werden. Das Potential eines gesellschaftlichen Wandels wird in Abbildung 19 nicht dem harten Kern zugeordnet. Der Grund hierfür ist, dass Liberalismus sozialen Wandel deshalb befürwortet, weil dieser das Potential für die Erreichung der vollständigen Chancengleichheit und Freiheit birgt. Wenn eine Gesellschaft diesen Zustand jedoch erreicht hätte, würde sozialer Wandel den Kernelementen des Liberalismus widersprechen. Die Betonung des sozialen Wandels ist also eine Einstellung bzw. Forderung, die aus der Interaktion zwischen dem liberalen Kern und dem historisch-politischen Kontext folgt.

Der Liberalismus wird aus verschiedenen Richtungen kritisiert. Der offensichtlichste Kritiker ist die Ideologie des Konservativismus, der sich am liberalen Individualismus, seinem positiven Menschenbild und der Betonung von sozialem Wandel stört (siehe nächstes Kapitel). Interessanter sind dagegen Kritikpunkte, die von anderen, typischerweise linken Ideologien formuliert werden. Da der Liberalismus sich v.a. auf die Chancengleichheit fokussiert, gelten Ergebnisungleichheiten, die auf Leistung basieren, für Liberale potentiell als legitim (Freeden 2008, S. 244–245). Betrachtet man dieses Argument aus der Perspektive der kumulativen Ungleichheiten (DiPrete und Eirich (2006)) führt der Leistungsunterschied in einem Kontext dazu, dass sich durch die Ergebnisungleichheit unterschiedliche Chancen im nächsten Konkurrenzszenario ergeben. Anders ausgedrückt: Da das freie Ausleben von Rechten zwangsläufig zu (Chancen)Ungleichheiten führt, kann der Liberalismus seinen Balanceakt aus Freiheit und Gleichheit womöglich nicht aufrechterhalten (Weinstein 2011, S. 420–423).

Weitere Kritik attestiert dem Liberalismus, dass dieser für außerpolitische Rahmenbedingungen blind ist und den Einfluss von sozialen Tatsachen (wie bspw. Rollenvorstellungen für Geschlechter) ignoriert, obwohl diese den Rahmen der individuellen Freiheit und ihrer Chancen eingrenzen (Freeden und Stears 2015, S. 339–342; Weinstein 2011, S. 419). Ähnliche Kritik übt der Feminismus, da Frauen in der Gesellschaft nicht dieselben Chancen für das Erreichen eines hohen sozialen Status aufweisen wie Männer. Außerdem ignoriert die Prämisse der freien Entscheidung, dass der Rahmen, innerhalb derer Frauen ihre Handlungen auswählen können, durch Stereotype und Rollenerwartungen

eingeschränkt sind. Man könnte der Idee der vermeintlich freien Wahl auch unterstellen, dass sie Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern legitimiert (Chambers 2015, S. 564–566). Hier wird auch die strikte Trennung in private und öffentliche Sphären problematisiert. Obwohl sich seit den Anfängen der liberalen Philosophie in Fragen der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern viel getan hat, ist die öffentliche Sphäre noch immer primär männlich dominiert, während die private Sphäre überwiegend weiblich besetzt ist. Man denke nur daran, dass Frauen immer noch den Löwenanteil an Haushalts- und Betreuungspflichten stemmen, was sie in der Erwerbstätigkeit, Bildung, etc. behindert (Abramowski (2020) oder Gracia und Esping-Andersen (2015)). Zu Mills Zeiten verstand man unter dem Begriff des Individuums vor allem Männer, deren Privatsphäre – also die interne Struktur ihres Haushaltes – nicht politisiert werden sollte, was die Emanzipation der Frau ignoriert (Nash 1997, S. 14–16). Auch aus diesen Gründen greifen modernere Ausprägungen des Liberalismus (insb. in den USA) zusätzlich auf sozialistische Werte zurück, die der Gleichheit einen höheren Stellenwert zusprechen als der traditionelle Liberalismus (Freeden 2008, S. 206–210). Auch durch Anregungen aus dem Feminismus hat der Liberalismus sich seit dem 19. Jhdt. weiterentwickelt (Nash 1997, S. 17), wodurch Ursachen für Ungleichheiten, die in der Privatsphäre liegen, nun auch aus Sicht des Liberalismus kritisiert werden können.

4.2.3.2 *Konservativismus*

Obwohl sich der Großteil der Ideologieforschung auf den Konservativismus konzentriert, ist er die Ideologie, die am häufigsten und am widersprüchlichsten definiert wird. Ähnlich wie bei der Definition des Ideologie-Begriffes im Allgemeinen schreiben unterschiedliche Quellen dieser Ideologie andere Eigenschaften oder Kernelemente zu, was es erschwert, die Quintessenz dieser Ideologie zu fassen. Ein Problem ist die oft fehlende Abgrenzung zum Libertarismus (Kapitel 4.2.3.3), ein anderes die fehlende Abgrenzung zum Konstrukt des Autoritarismus (Adorno et al. 1950, S. 675–685; Stenner 2009, S. 144). Oftmals scheint es sogar so, als würde der Konservativismus als Sammelbegriff für alle Positionen gebraucht, an denen progressivere Denkstandorte (u.a. die von Sozialwissenschaftlern) Anstoß nehmen (Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie, Autoritarismus, Neoliberalismus, Faschismus, Nationalismus, etc.) (Cleen 2018, S. 14). Zuletzt wird die Definition des konservativen Kerns dadurch erschwert, dass diese Ideologie in unterschiedlichen politischen Kontexten andere Einstellungen oder Forderungen hervorbringt oder in Zusammenhang mit anderen Ideologien auftritt (Albarracin und Shavitt 2018, S. 315; Marks et al. 2006, S. 156–162). Die neoliberale Politik von Margaret Thatcher wurde bspw. durch kon-

servative Ideen (organisches Wachstum durch einen uneingeschränkten freien Markt, Arbeitslosigkeit wegen Faulheit, Kriminalität wegen zu wenig Autorität, etc.) begründet (Azevedo et al. 2019, S. 58–60; Freedon 2008, S. 385–393, 408–414).

Auch die Ursprünge der konservativen Ideologie sind so nur schwer zu ergründen. Oft wird der Ursprung des Konservatismus in der Reaktion der Aristokratie bzw. des Adels auf die Französische Revolution verortet (Arzheimer 2009, S. 88; Mannheim 1970b, S. 447–483, 1984, S. 59–65). Andere nennen oft Edmund Burke (1729 – 1797) als wichtigen (Mit)Begründer, der seine Philosophie vor dem Hintergrund der Reaktion auf die Französische Revolution formulierte (Huntington 1957, S. 456; Müller 2006, S. 360; O’Sullivan 2015, S. 293; Sigmund 2015, S. 689). Wie schon im Kapitel zum Liberalismus liegt der Fokus an dieser Stelle jedoch nicht darauf, die Geschichte der konservativen Ideologie bzw. Philosophie zu ergründen, sondern darauf, die Kernelemente dieser Ideologie auf Basis der Literatur zu identifizieren.

Der erste Ansatzpunkt findet sich im Namen der Ideologie. Der Begriff des Konservatismus enthält das Verb »konservieren«, das man auch in »aufrechterhalten« übersetzen kann. Tatsächlich ist die bestehende Literatur dahingehend einstimmig, dass der Konservatismus als eine Systemlegitimierende Ideologie den gesellschaftlichen (ökonomischen und soziokulturellen) Status Quo aufrechterhalten will. Im Zuge dessen werden auch ökonomische, ethnische oder Gender-Ungleichheiten und Hierarchien in der Gesellschaft legitimiert (Azevedo et al. 2019, S. 58–60; Jost et al. 2008b, S. 129–131; Jost et al. 2008a, S. 172–173; Jost et al. 2015, S. 238). Entsprechend stellen viele US-amerikanische Studien fest, dass Konservatismus mit der Legitimierung von Ungleichheiten einhergeht, mit der Abneigung gegen sozialen Wandel, dem Pflegen von ethnischen Vorurteilen, der Befürwortung autoritärer Erziehungsstile, etc. Erklärt werden diese Ergebnisse mit Hilfe der epistemischen, existentiellen und sozialen Motivationen (Kap. 2.2.3.5) bzw. mit dem Eigeninteresse der jeweils privilegierten Gruppe (Esarey et al. 2012, S. 615–619; Feldman 2013, S. 606–609; Fraley et al. 2012, S. 1427–1428; Jost et al. 2003b, S. 344–345, 352–366; Jost et al. 2008b, S. 128–129; Jost et al. 2015, S. 235–236; Jost und Amodio 2012, S. 58). Auf Basis dessen wird meist angenommen, dass der harte Kern des Konservatismus aus der Ablehnung von jedwedem sozialen Wandel zu Gunsten des Status Quo, dem Betonen von Hierarchien, dem Legitimieren von ökonomischen und sozialen Ungleichheiten und (Werte)Traditionalismus in Verbindung mit der Forderung nach strengem Konformismus besteht (Azevedo et al. 2019, S. 58–60; Freedon 2008, S. 331; Janoff-Bulman 2009, S. 177; Johnson 1968, S. 82–83; Jost et al. 2003b, S. 342–343; Jost et al. 2008b, S. 129–131; Jost et al. 2015, S. 237; Sidanius et al. 2004, S. 859; Stenner 2009, S. 142; White et al. 2020, S. 21; Wilson 1973b, S. 5–9).

Diese Definition zieht jedoch ein konzeptionelles Problem nach sich. Dass die Legitimation von Ungleichheiten mit Konservativismus einhergeht, kann ein Spezifikum von westlichen Ländern sein. In diesen besteht eine starke Korrelation zwischen Libertarismus und Konservativismus. Wie in Kapitel 2.2.3.4 jedoch dargelegt, korrelieren in osteuropäischen Ländern konservative Ideologien oft mit sozialistischen Tendenzen (de Regt et al. 2011, S. 303–305; Malka et al. 2017, S. 1057–1058; Marks et al. 2006, S. 156–162). Letztere sind nur schwer mit der Legitimation von Ungleichheiten in Verbindung zu bringen. Dieses Problem zeigt sich bereits auf der abstrakten Ebene. Wie in Kap. 2.2.3.5 beispielhaft argumentiert, würden sich die Ablehnung gegenüber sozialem Wandel und die Forderung nach Hierarchien in einer perfekt egalitären Gesellschaft gegenseitig ausschließen. Das bedeutet, dass nicht beide Aspekte gleichzeitig Teil des konservativen Kerns sein können. Des Weiteren verbindet die obige Definition die Autoritäre Unterwürfigkeit bzw. Aggression zwingend mit Konservativismus, was sowohl für Stenner (2009) als auch für Adorno et al. (1950) nicht angemessen ist. Letztere bezeichnen konservativen Autoritarismus sogar als Pseudokonservativismus (Adorno et al. 1950, S. 675–685; Stenner 2009, S. 144). Freeden weist noch auf weitere Aspekte hin, die oft zu Unrecht als Kernelemente des Konservativismus aufgezählt werden:

»This approach [Auflistung von Kernelementen] is basically flawed because it inevitably degenerates into enumerating different conservative cores, some detailing religion and some not, some paternalistic and some supporting a free-market ideal. What conservatives protect at one point in time cannot be, if discarded later on, part of the substantive core of the same ideological family. Fixed conservative lists [...] are almost entirely composed of adjacent and peripheral concepts which are in principle eliminable.« (Freeden 2008, S. 332)

Was macht also tatsächlich den harten Kern der konservativen Ideologie aus? Um diese Frage zu beantworten, kann man noch einmal an dem Begriff des Konservierens ansetzen. Der Fokus sollte dabei nicht auf dem zu erhaltenden Status Quo liegen, da sich dieser je nach politisch-historisch-sozialem Kontext unterscheidet. Den Konservativismus anhand des Status Quo definieren zu wollen, führt somit zwangsläufig in eine konzeptuelle Sackgasse (Cleen 2018, S. 14–15). Huntington (1957) weist sogar darauf hin, dass der Konservativismus – im Gegensatz zu anderen Ideologien – kein Utopia formuliert, das zu erreichen ist (1957, S. 457–458). Der Liberalismus pflegt die Utopie einer Gesellschaft, in der jedes Individuum das gleiche Ausmaß an individueller Freiheit genießt (Kap. 4.2.3.1), der Sozialismus hofft auf eine perfekt egalitäre Gesellschaft (Kap. 4.2.3.4) und der Libertarismus will eine meritokratische Gesellschaft mit minimalen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft erreichen (Kap. 4.2.3.3). Eine solch vorwärts gerich-

tete Zukunftsvision liegt im Konservativismus nicht vor, da der Erhalt des Aktuellen im Fokus steht.

Fasst man diesen letzten Punkt in anderen Worten zusammen, hat man den zentralen Aspekt der konservativen Ideologie identifiziert: Skepsis gegenüber sozialem Wandel. Die Tatsache, dass hier von Skepsis und nicht von völliger Ablehnung die Rede ist, ist bedeutsam, denn die konservative Ideologie lehnt Wandel nicht generell ab. Das konservative Denken geht davon aus, dass gesellschaftliche Strukturen organisch gewachsen sind und sich im historischen Verlauf bewährt haben. Ähnlich wie in der Idee der Evolution hätten sich Strukturen also nicht durchsetzen können, wenn sie unvorteilhaft gewesen wären. In bestehenden Institutionen bzw. Strukturen bündelt sich die Weisheit von früheren Generationen. Die Gesellschaft ist somit kein künstlich erzeugter Vertrag, den man mutwillig verändern kann oder sollte, sondern ein organisch entstandenes Gefüge (Huntington 1957, S. 456; Johnson 1968, S. 82; Mannheim 1970b, S. 435–439; Mendilow 1996, S. 224; Muller 2015, S. 685–686; O'Sullivan 2015, S. 293–294). Aus diesem Grund sind Konservative disruptivem Wandel gegenüber skeptisch, da dieser die natürlich gewachsenen Strukturen verändern will, was in Folge zu gesellschaftlichen Problemen führt. Organischer Wandel (*»organic chance«* (Freedon 2008, S. 350)), der sich natürlich innerhalb der Gesellschaft vollzieht, birgt für den konservativen Denkstil dagegen kein Gefahrenpotential. Auch instrumenteller Wandel, also jener, der dazu dient, die bestehenden Strukturen zu festigen oder zu verfeinern, sind in der konservativen Ideologie legitim. Es ist nur der potentiell disruptive, revolutionäre Wandel, der konservativen Widerstand erzeugt (Cleen 2018, S. 19–21; Freedon 2008, S. 332–335; Huntington 1957, S. 455; Mannheim 1970b, S. 426; Merton 1937, S. 500; Sigmund 2015, S. 689; White et al. 2020, S. 21).

Welches Gefahrenpotential geht für den konservativen Denkstil von disruptivem Wandel aus? Um diese Frage zu beantworten, muss auf das Menschenbild und die Bedeutung der Sicherheit im konservativen Denkstil eingegangen werden. Während der Liberalismus der Menschheit großes Potential, Utilitarismus und Rationalität zuschreibt (Kap. 4.2.3.1), teilt die konservative Ideologie diesen Optimismus nicht. Die menschliche Natur wird als fehlerbehaftet und egoistisch wahrgenommen. Außerdem können diese Makel nicht kuriert werden (Arzheimer 2009, S. 88; Huntington 1957, S. 456; Muller 2015, S. 685–686; O'Sullivan 2015, S. 293–294). Würde man also einer revolutionären Gruppe von egoistischen, mäkeligen Menschen erlauben, die natürlich gewachsenen Strukturen abzuändern, würde das die Sicherheit aller Menschen gefährden. Diese Gefahr für die Sicherheit kann mehrere Formen annehmen, die je nach konservativer Splittergruppe im Fokus stehen. Einerseits kann die gemeinsame kulturelle Basis der Gesellschaft – meistens im Sinne einer dominanten Religion oder Leitkultur

– ausgehöhlt und somit die allgemeine Kohäsion erodiert werden (Muller 2015, S. 685–686; O’Sullivan 2015, S. 294–297). Zum anderen kann die Auflösung von gesellschaftlichen Institutionen dazu führen, dass Menschen einander schaden. In diesem Kontext identifiziert Mannheim (1970b) das konservative Konzept der Qualitativen Freiheit. Diese ist nur dann gegeben, wenn soziale Regeln die Freiheit des jeweils anderen im Zaum halten und ihn so davon abhalten, der eigenen Person zu schaden. Im Gegensatz zum liberalen Freiheitsverständnis sind die gesellschaftlichen Regeln in diesem Verständnis also nicht eine Einschränkung der Freiheit, sondern deren Voraussetzung (1970b, S. 430–435). Zuletzt könnte ein künstlich erzeugter Wandel dazu führen, dass ein zentraler Staatsapparat entsteht, der durch populären Despotismus noch ungerechter und gefährlicher operiert als das bestehende System (O’Sullivan 2015, S. 293–294). Bestimmte Untergruppen des Konservatismus sehen Unterschiede bezgl. Talent direkt in der menschlichen Natur verankert. Ergebnisgleichheit herzustellen würde im konservativen Denken bedeuten, dass nicht alle Menschen gleich oder gerecht behandelt werden, weil einige bevorzugt und andere benachteiligt würden, um künstlich Gleichheit zu erschaffen (Mannheim 1970b, S. 430–435). Freiheit wäre somit nur dann realisiert, wenn jeder Mensch das »seinem innersten Prinzip entsprechend[e] [...] eigentümliche Wachstumsgesetz in sich entfalte« (1970b, S. 431).⁷ Ungeachtet dessen, welche dieser Bedrohungen bzw. Spezifizierungen des Sicherheits-Konzepts nun in der jeweiligen konservativen Splittergruppe besonders betont werden, fokussiert sich der harte Kern des Konservatismus auf das allgemeine Gefahrenpotential von disruptivem Wandel.

Die fehlende Utopie der konservativen Ideologie und der Fokus auf die Konservierung gegenwärtiger Strukturen zeigt, dass der Konservatismus eine rein reaktive Ideologie ist. Während andere Ideologien durch ihre Zukunftsvisionen aktiv auf deren Verwirklichung hinarbeiten, wird der Konservatismus erst durch die wahrgenommene Bedrohung des sozialen Systems aktiv (Freeden 2008, S. 335–339; Huntington 1957, S. 458–460).⁸

»The impulse to conservatism comes from the social challenge before the theorist, not the intellectual tradition behind him. Men are driven to conservatism by the shock of events, by the horrible feeling that a society or institution which they have approved or taken for granted and

⁷ Diese Sorge wird häufig auch von den Kernkonzepten der libertären Ideologie abgeleitet (siehe nächstes Kapitel), wodurch sich die Anschlussfähigkeit zwischen Konservatismus und Liberalismus erklärt.

⁸ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass reaktiv nicht mit reaktionär gleichgesetzt werden kann. Als reaktionär kann eine Splittergruppe des Konservatismus dann bezeichnet werden, wenn sie einen erfolgten sozialen Wandel rückgängig machen will, um einen Vergangenheitszustand wiederherzustellen (vgl. O’Sullivan 2015, S. 294–297). Reaktiv beschreibt dagegen nur, dass der Konservatismus aktiv wird, wenn er durch die Gefahr eines anstehenden sozialen Wandels getriggert wird.

with which they have been intimately connected may suddenly cease to exist.« (Huntington 1957, S. 470)

Um den drohenden Wandel abzuwenden und die gegenwärtigen Strukturen zu konservieren, kann der Konservatismus auf mehrere Strategien zurückgreifen. Zum einen kann er sich auf Traditionalismus berufen, indem die Bedeutung von kulturellen Werten und Normen betont werden (Graham et al. 2011, S. 379; Haidt et al. 2009, S. 117; Muller 2015, S. 685–686). Diese Strategie ist jene, anhand derer konservative Positionen meist identifiziert werden. Alternativ kann das Utopische oder Gefährliche hinter der Zukunftsvision der ideologischen Gegner herausgestellt werden. Im Zuge dessen fällt der Konservatismus häufig durch eine Ablehnung von abstrakten Ideen oder Philosophien auf, während das Konkrete positiv besetzt wird (Cleen 2018, S. 13; Mannheim 1970b, S. 423–426; Mendilow 1996, S. 234–235).

Die häufigste Strategie der konservativen Ideologie ist jedoch auch jene, die am schwierigsten zu identifizieren ist. Es ist auch diese Vorgehensweise, die das Herauskrystallisieren des harten Kerns des Konservatismus am meisten erschwert. Freedon (2008) bezeichnet diese Eigenschaft als *mirror-image characteristic*. Da der Konservatismus immer als Reaktion auf revolutionäre Kräfte entsteht, muss die konkrete konservative Reaktion immer neu festgelegt werden. Hierzu greift der Konservatismus auf die Kernelemente und/oder Überzeugungen derjenigen Ideologie zurück, die das Gegenstück zur revolutionären Kraft darstellt (2008, S. 335–339). In den meisten westlichen Ländern drängen sozialistische Denkstandorte auf die Veränderung von kapitalistischen Verteilungsprozessen. Um den von diesen Gruppen geforderten Wandel zu verhindern, greift der Konservatismus auf die ideologischen Elemente des Libertarismus zurück, wodurch sich deren Verknüpfung in den meisten westlichen Ländern erklärt (Kap. 2.2.3.4).⁹ In postkommunistischen Ländern stellt dagegen die Entwicklung in Richtung kapitalistischer Strukturen einen gesellschaftlichen Wandel dar, weswegen sich der Konservatismus dort mit sozialistischen Kernelementen verbindet. Soziale Bewegungen, die mehr Freiheit in Bezug auf Sexualität und Anerkennung von Identitäten fordern (z.B. die LGBTQAI+-Bewegung) ruft konservativen Widerstand hervor, der sich mit autoritären Tendenzen zusammenschließt. Durch die *mirror-image characteristic* kann der Konservatismus auch überraschende Koalitionen mit anderen Ideologien eingehen, wie am Beispiel des Widerstands gegen die Covid-19 Maßnahmen (Lockdowns, Impfpflichten, Betretungsverbote, etc.) deutlich wird. Diese Maß-

⁹ Zusätzlich ist die Ablehnung des US-Konservatismus sozialistischen/kommunistischen Tendenzen gegenüber ein Erbe des Kalten Krieges (Freedon 2008, S. 399–407).

nahmen stellten unbestreitbar einen tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft in Bezug auf das (moralische) Recht auf die Ausübung von Bürgerrechten (z.B. Versammlungsfreiheit) dar. Um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu kritisieren, bedienten sich konservative Denkstile oder Parteien für ihre Rhetorik an den Kernelementen des Liberalismus (allem voran Freiheit, Selbstbestimmung). Diese Beispiele verdeutlichen, dass der Konservatismus meist in Verbindung oder in Verkleidung anderer Ideologien auftritt, was die Identifizierung seines harten Kerns bisher erschwerte.

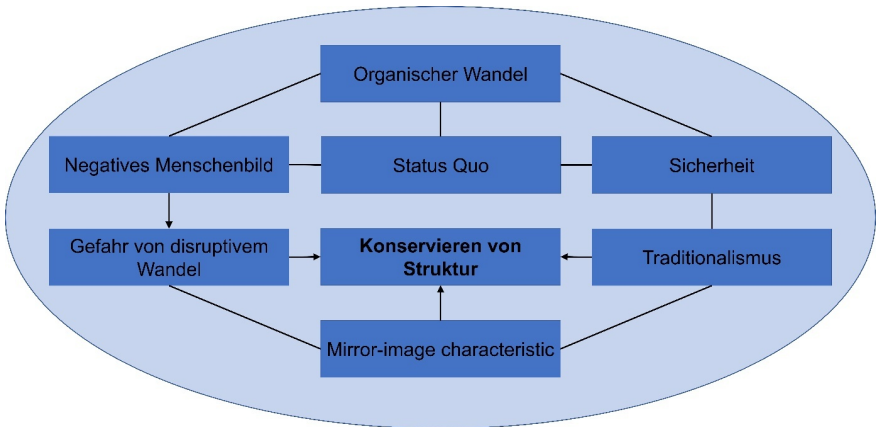


Abbildung 20: Der harte Kern der konservativen Ideologie

Quelle: Eigene Darstellung

Man kann also festhalten, dass der Konservatismus eine Ideologie ist, die – im Gegensatz zu vielen anderen – keine utopische Zukunftsvision pflegt, da der Status Quo geschützt werden soll. Dieser kann im Rahmen dieses Kapitels nicht inhaltlich definiert werden, da er je nach politischem und historischem Kontext unterschiedlich ist. Der Konservatismus ist folglich eine Ideologie, die als Reaktion auf drohenden sozialen Wandel tätig wird, und diesen durch Traditionalismus oder ihre *mirror-image characteristic* verhindern will (siehe Abbildung 20 für eine grafische Zusammenfassung).

4.2.3.3 *Libertarismus*

Wie bei den meisten Ideologien ist auch der philosophische und gesellschaftliche Ursprung des ökonomischen Libertarismus nicht mit nur einem Namen oder einem konkreten Datum bestimmbar. Allerdings gilt der schottische Ökonom Adam Smith (1723 - 1790) als einer der wichtigsten Philosophen, dessen Werk

später die Abspaltung des Libertarismus vom Liberalismus förderte (Ayers 2005, S. 530; Smith 1968, S. 278–279). Seitdem haben viele weitere Philosophen zur Weiterentwicklung der libertären Ideologie beigetragen: Herbert Spencer (1819 - 1903), Friedrich August von Hayek (1899 - 1992), Robert Nozick (1938 - 2002), Murray Newton Rothbard (1926 - 1995), Ayn Rand (1905 - 1982), David D. Friedman, Hillel Steiner, Milton Friedman (1912 - 2006), etc. Obwohl diese Autoren die libertäre Philosophie in verschiedene Richtungen entwickelten (z.B. Anarchistischer Libertarismus vs. *minimal state* Libertarismus (vgl. Kukathas 2015, S. 41–43)), gibt es einen gemeinsamen libertären Kern, der im Folgenden herauskristallisiert werden soll. Abbildung 21 fasst diesen schematisch zusammen.

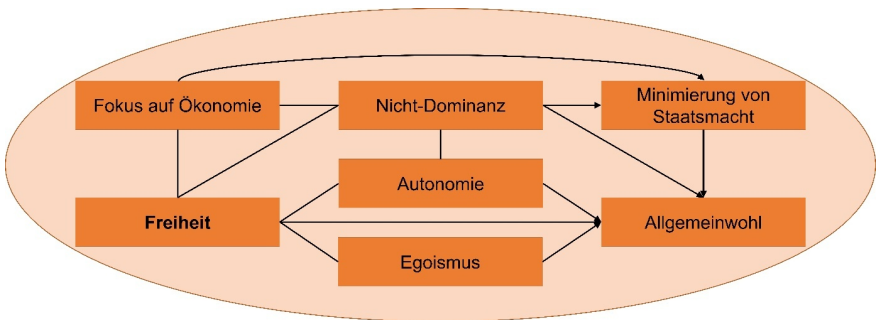


Abbildung 21: Der harte Kern der libertären Ideologie

Quelle: Eigene Darstellung

Wie bereits erwähnt, entstammt der Libertarismus ursprünglich der liberalen Ideologie. Gegen Ende des 19. Jhdt. und Anfang des 20. Jhdt. hatten sich liberale Forderungen in den USA und den UK so weit durchgesetzt, dass die Bourgeoisie und Aristokraten das liberale Ideal der Freiheit ausleben konnten. Dasselbe traf jedoch nicht auf Bauern oder Arbeiter zu. Wie Marx hervorhebt, war die Freiheit der Bourgeoisie sogar abhängig von der Unfreiheit des Proletariats (Kap. 2.1.1). Um das liberale Freiheitideal weiterzuverbreiten, waren also staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nötig. Hier spaltete sich der Liberalismus in zwei Lager. Das erste Lager betrachtete nun auch die sozialen Bedingungen, die das Ausleben der individuellen Freiheit behindern, legte zusätzlichen Wert auf das Konzept der Gleichheit, und entwickelte sich so zu dem modernen Liberalismus (Kap. 4.2.3.1). Aus dem zweiten Lager entwickelte sich der Libertarismus (Bellamy 2015, S. 27; Freedman 2008, S. 283–284; Smith 1968, S. 280–281).

Während der Liberalismus eine Balance zwischen Freiheit und Gleichheit anstrebt, fokussiert sich der Libertarismus vor allem auf die individuelle Freiheit. Gleichzeitig setzt er für diese Freiheit auch einen engeren Fokus. Um seine Frei-

heit ausleben, seine Bedürfnisse und Wünsche erfüllen und sich gegen Angriffe auf seine Freiheit wehren zu können, benötigt jeder Mensch das Recht, sich so viel Eigentum und Wohlstand zu erarbeiten, wie es dem Individuum beliebt. Das libertäre Verständnis des Freiheitsbegriffes konzentriert sich folglich auf die Sphäre der Ökonomie, da der freie Markt die Arena ist, in der man Eigentum und Wohlstand erreichen kann. Daraus folgt, dass jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft als ungerechtfertigte Einschränkung der individuellen Freiheit verstanden wird (Boudon und Bourricaud 1992, S. 292–293; Buckle 2013, S. 227; Haidt et al. 2009, S. 116; Kukathas 2015, S. 39–41; Wendt 2016, S. 205–207).

Wie bereits im Liberalismus ist diese individuelle Freiheit die Voraussetzung für das allgemeine Wohl. Als Brücke zwischen diesen beiden Konzepten dient im Libertarismus jedoch nicht eine inhärent menschliche Soziabilität. Stattdessen wird – ähnlich wie im Konservativismus – angenommen, dass Menschen egoistisch sind und nach ihrem eigenen Wohl streben (Smith 1968, S. 278–279). Im Gegensatz zum konservativen Denken verortet der Libertarismus in diesem Egoismus jedoch gesellschaftliches Potential. Indem die Menschen durch ihr Eigeninteresse frei Verträge eingehen und Arbeitskraft, Waren oder Dienstleistungen gegen Bezahlung tauschen, werden sich diejenigen Ressourcen durchsetzen, die für die Allgemeinheit den größten Nutzen bieten. Wenn verschiedene Firmen dieselbe Dienstleistung anbieten, werden die Marktinternen Mechanismen bzw. die von Adam Smith sogenannte *invisible hand* (Wettbewerb, Angebot und Nachfrage, Kosten-Nutzen-Kalkulation der Anbieter und Konsumenten, etc.) dafür sorgen, dass sich jene Leistungen gegen ihre Konkurrenz durchsetzen, deren Preis-Leistungs-Verhältnis am besten ausfällt. Ähnlich wie in der Evolution verbessern sich so die gesellschaftlichen Bedingungen für alle Menschen durch das Aussieben von schlechteren Verträgen oder Leistungen und durch die Etablierung von Industrie- oder Leistungsstandards (Ayers 2005, S. 530; Freedon 2008, S. 279–285; Kukathas 2015, S. 39–41; Mack 2011, S. 673–675).

Damit die unsichtbare Hand zum allgemeinen Wohl beitragen kann, müssen jedoch einige Bedingungen erfüllt sein. Die offensichtlichste ist die Minimierung von Staatsmacht, die in die wirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge eingreifen könnte (Gamble 2015, S. 406). Der freie Markt wird im libertären Denken als ein ideologiefreier Wirkungszusammenhang von Millionen von Menschen verstanden, während der Staatsapparat von wenigen Menschen geführt wird, deren Neutralität und Kompetenz nicht mit der inhärenten Weisheit der Marktmechanismen vergleichbar sind. Der freie Markt ist deshalb vor den willkürlichen und fehlgeleiteten Eingriffen des Staates zu schützen. Wie weit die Minimierung der Staatsmacht gehen soll, hängt von der jeweiligen Ausrichtung des Libertarismus ab. Während anarchistische Subgruppen jeglichen Staat ablehnen und manchmal sogar seine völlige Auflösung fordern, akzeptieren moderatere Gruppen einen *mi-*

nimal state, dessen Hauptaufgabe es ist, die Marktmechanismen – v.a. die individuelle Freiheit zum Schließen von Verträgen, Befähigung zum Schließen von Verträgen oder Erbringung von Leistung durch Bildung, Schutz vor Betrug, etc. – zu garantieren (Gamble 2015, S. 413–416; Kukathas 2015, S. 39–41; Mack 2011, S. 673–675; Smith 1968, S. 278–279; Wendt 2016, S. 208).

Die Befriedigung von Bedürfnissen ist dagegen nicht Aufgabe des Staates.¹⁰ Zum einen ist er laut dem libertären Denkstil nicht in der Lage, mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis der privatwirtschaftlichen Konkurrenz mitzuhalten, da letztere durch den ständigen Wettbewerb zur Optimierung ihres Angebots gezwungen sind. Zum anderen würde die Befriedigung von allen Bedürfnissen die individuelle Motivation zur Leistung schwächen, da leistungsschwächere Personen im wirtschaftlichen Wettbewerb ungerechte Vorteile bzw. Privilegien erhalten würden (Kukathas 2015, S. 39–41; Wendt 2016, S. 208). Daraus speist sich auch die libertäre Ablehnung gegenüber Umverteilung oder *social justice*.

»This term [social justice] merely conceals arbitrary policy preferences which gradually, Hayek argued in *The Road to Serfdom*, bring about the self-destruction of the liberal democracies through the constant erosion of liberty, as well as stifling the conditions for material and intellectual progress.« (O’Sullivan 2015, S. 303)

Zusätzlich wird jede Form von Kollektivismus abgelehnt, da sie als eine Gefahr für die Freiheit angesehen wird, weil Menschen gezwungen wären, sich dem Willen einer Mehrheit unterzuordnen (Gamble 2015, S. 411). Libertäre lehnen die Idee eines abstrakten Kollektivwillens ab, da das Kollektiv für sie nur die Summe aller Individuen ist (Freeden 2008, S. 281–282). Entsprechend wird auch die Staatsform der Demokratie vorsichtig betrachtet, da in sporadischen Wahlen ein vermeintlicher Volkswille konstruiert wird, der durch den Einbezug von Ungebildeten oder zu jungen Wählern verzerrt ist. Der Libertarismus bevorzugt Demokratie zwar gegenüber anderer Staatsformen wie Kommunismus oder Faschismus, in denen die individuelle Freiheit keinen hohen Stellenwert genießt, gleichzeitig betont er jedoch die Notwendigkeit von Grenzen für die Kompetenz der Politiker, um den freien Markt zu schützen (Gamble 2015, 417–418).

4.2.3.4 Sozialismus

Obwohl der Ursprung der sozialistischen Ideologie meist dem Marxismus zugeschrieben wird (Lorwin 1967, S. 87; Rosenberg 1967, S. 212–213; Waldron 1987,

¹⁰ Einzig die Finanzierung des Bildungssystems wird häufig in der libertären Ideologie toleriert, da sie als Investment in das Humankapital und die Leistungsfähigkeit der Individuen gilt (Ayers 2005, S. 530–533; Smith 1968, S. 278–279).

S. 127), gibt es bereits vor Marx' journalistischer und philosophischer Tätigkeit Ansätze, die man als proto-sozialistisch bezeichnen kann. Der Begriff des Sozialismus taucht bspw. schon in den 1830ern auf. Pierre Leroux (1797 - 1871) benutzte ihn als Antonym für den Individualismus, was die kollektivistische Tendenz des Sozialismus begründete. Um ca. 1848 wurde der *socialisme* in Frankreich als Sammelbegriff für verschiedene Strömungen verwendet, die eine demokratische und kommunale Kontrolle von Produktionsmitteln forderten (z.B. *Babouvism*, *Saint-Simonism*, *Fourierism*) (Beecher 2011, S. 369–370). Weitere bedeutende Entwicklungen durchlief der Sozialismus in Großbritannien und Deutschland (bspw. im Rahmen der Junirevolution 1848 und 1849), wobei stets ökonomische Ungleichheiten, der Pauperismus und die Entfremdung durch die kapitalistische Produktion die zentralen Themen darstellten (Arzheimer 2009, S. 89; Freedon 2008, S. 420–425). Zuletzt erkennt Henning (2016) sogar schon im Judentum und frühen Christentum erste sozialistische Ansätze, wenn gefordert wird, dass alle Menschen als Kinder Gottes gleichberechtigt an den Früchten der Natur teilhaben sollen (2016, S. 212). Nichtsdestotrotz hat Marx' Theorie über den Pauperismus, ökonomische Ungleichheiten und die Entfremdung durch den kapitalistischen Produktionsprozess die sozialistische Ideologie stark geprägt.

Der Sozialismus ist nicht die einzige Ideologie, die mit Karl Marx in Verbindung steht. Tatsächlich weisen der Kommunismus und der Sozialismus einige Gemeinsamkeiten bezüglich ihres Inhaltes bzw. ihrer Morphologie auf, da beide auf der marxistischen Theorie aufbauen (Brown 2015, S. 366; Jászi 1967, S. 188–189). Gleichzeitig unterscheiden sie sich in einigen wichtigen Fragen, die eine Trennung der beiden rechtfertigen. Auf diese Unterschiede wird nach der Darlegung der Aspekte eingegangen, in denen die beiden Ideologien überwiegend übereinstimmen.

Die Annahme der Entfremdung des Menschen durch den Kapitalismus folgt aus einem spezifisch sozialistischen Menschenbild. Wie in Marx' Theorie (Kap. 2.1.1) werden Menschen als aktiv und produktiv angesehen. Entfremdet werden Menschen von ihrer Arbeit dann, wenn diese für sie selbst keinen inhärenten Nutzen mehr erfüllt, sondern nur einen mystischen Wert aufweist. Das bloße Geldverdienen dient dabei nicht als seelische Erfüllung (Freedon 2008, S. 429–430). Stattdessen dient dieser mystische Wert nur der Verheimlichung der Ausbeutung der Massen durch eine privilegierte Minderheit, die die Früchte der Arbeit in sich konzentriert. Hierin wird deutlich, dass das Wohl des Einzelnen von der Struktur der Gesellschaft abhängig ist. Im Gegensatz zum Liberalismus und Libertarismus folgt das allgemeine Wohl nicht aus dem Wohl der Individuen, sondern es ist deren Voraussetzung. Soziabilität und Altruismus sind typisch menschliche Eigenschaften, die man nur innerhalb der Gesellschaft ausleben kann. Eine schlechte Gesellschaftsordnung, wie die kapitalistische, verzerrt

diese Eigenschaften jedoch zu Egoismus bzw. radikaler Rationalität und mündet schlussendlich in Entfremdung. Dem setzt der Sozialismus eine eigene Utopie entgegen, die Harmonie, Gleichheit, Altruismus und Soziabilität betont (Bell 1968, S. 506–507; Freedon 2008, S. 426; Henning 2016, S. 213–215).

In diesem idealen Entwurf der Gesellschaft wirkt der Staat bzw. das Kollektiv durch Eingriffe in die Wirtschaft dem Wettbewerb, dem Egoismus des Einzelnen und der Ausbeutung von Menschen entgegen. Häufig tritt in diesem Kontext die Forderung nach der Kommunalisierung oder Verstaatlichung von Produktionsmitteln auf. Gleichzeitig wird von Sozialisten häufig auch ein angemessenes Ausmaß an direkter Demokratie gefordert, um zu verhindern, dass der Staat als Monopolhalter von nur einer privilegierten Gruppe geleitet wird, die das Machtmonopol zu ihren Gunsten missbrauchen (Bell 1968, S. 506, 523–525; Buckle 2013, S. 227; Freedon 2008, S. 446–448; Jászi 1967, S. 188). Diese Eingriffe beziehen sich in der sozialistischen Ideologie nicht auf sämtliches Eigentum, sondern nur auf jenes Vermögen oder jene Produktionsmittel, aus denen sich große Unterschiede zwischen Gruppen bilden können oder die sich der Besitzende nicht selbst erarbeitet hat (z.B. Erbschaften). Diese Besitztümer sollen nicht abgeschafft, sondern umverteilt werden, um das sozialistische Ideal der Gleichheit zu verwirklichen (Bell 1968, S. 523–525; Freedon 2008, S. 448–450). Außerdem sollen nicht alle Unterschiede zwischen Menschen behoben werden, sondern lediglich jene, die auf gesellschaftliche Fehlorganisation zurückzuführen sind. Anatomisch-biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind für den Sozialismus an sich nicht problematisch. Ungleichheiten und Diskriminierungen, die auf diesem askriptiven Merkmal fußen, widersprechen dagegen dem sozialistischen Konzept der Gleichheit (Freedon 2008, S. 465).

Wie in den obigen Ideologien steht auch im Sozialismus das Konzept der Gleichheit in Verbindung mit dem der Freiheit. Allerdings sind sowohl diese Beziehung als auch die Bedeutungen dieser beiden Konzepte im Sozialismus anders ausgeprägt als im Liberalismus oder dem Libertarismus. Freiheit wird im Sozialismus nicht mit Individualismus verbunden oder als Voraussetzung für oder gleichwertig mit der Gleichheit angesehen. Freiheit ist im Sozialismus vielmehr die negative Freiheit vor Ausbeutung und zugleich die positive Freiheit zur Produktion. Außerdem entsteht diese Freiheit aus der Umsetzung der Gruppenbezogenen Ergebnisgleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die wiederum aus dem sozialistischen Gesellschaftsideal entspringt (Bell 1968, S. 507; Buckle 2013, S. 227; Freedon 2008, S. 430–433, 457–469). Diese Gleichheit soll dazu beitragen, dass so viele basale menschliche Bedürfnisse wie möglich erfüllt werden, ohne dass dafür – wie im Libertarismus – eine Leistung eingefordert wird (Buckle 2013, S. 227; Freedon 2008, S. 427–429).

Oft wird auch die Notwendigkeit von sozialem oder radikalem Wandel als Bestandteil des harten Kerns gelistet, da es zur Umsetzung des sozialistischen Ideals eines solchen Wandels bedarf (Buckle 2013, S. 227; Freedon 2008, S. 433–438; Jászi 1967, S. 188). Doch wie bereits beim Liberalismus führt das zu einem konzeptuellen Problem. Die Notwendigkeit von sozialem Wandel kann aus der sozialistischen Perspektive nur betont werden, solange die sozialistische Utopie nicht umgesetzt wurde. Im Falle einer perfekt sozialistisch funktionierenden Gesellschaft würde sich der Sozialismus gegen sozialen Wandel wehren und auf Elemente oder Rhetoriken des Konservatismus zurückgreifen. Da die Forderung nach sozialem Wandel also kontextabhängig ist, kann sie nicht als Kernelement des Sozialismus behandelt werden und wird deswegen auch in Abbildung 22 außerhalb des harten Kerns eingezeichnet.

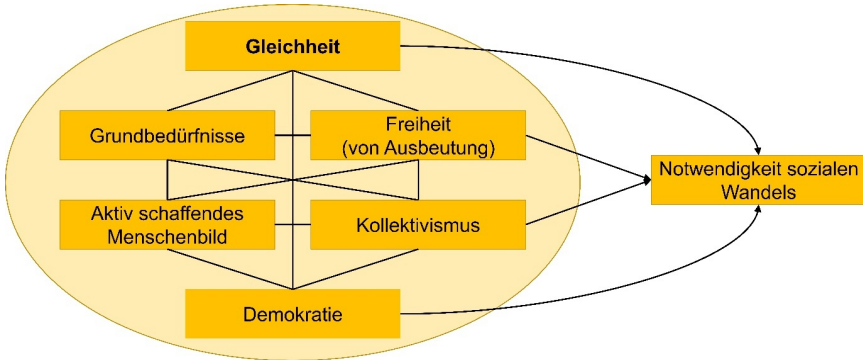


Abbildung 22: Der harte Kern der sozialistischen Ideologie

Quelle: Eigene Darstellung

Dennoch ist diese Forderung hilfreich, um den Sozialismus vom Kommunismus zu trennen. Die beiden Ideologien spalteten sich in Bezug auf die Frage, wie weit dieser soziale Wandel gehen soll und mit welchen Mitteln er herbeigeführt werden kann. Wie oben bereits ausgeführt, will der Sozialismus privates Eigentum nicht völlig abschaffen. Der Kommunismus fordert dagegen das Verstaatlichen von sämtlichen privaten Unternehmen, das Kommunalisieren von Besitztümern und hegt eine Präferenz für Planwirtschaft. Letztlich soll dies dazu dienen, den Kapitalismus gänzlich abzuschaffen, um eine Klassenlose Gesellschaft zu erschaffen (Beer 1967, S. 81; Brown 2015, S. 374–377). Der Kommunismus wirft der sozialistischen Ideologie entsprechend vor, mit der Umverteilung nicht weit genug zu gehen, weil sie innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbleibt. Im besten Falle wäre sie also nutzlos; im schlimmsten Falle wäre sie der

Ideologie (nach Marx' Verständnis) zuträglich, weil sie das kapitalistische System legitimiert (Lorwin 1967, S. 94).

Bezüglich der Mittel des sozialen Wandels betont der Sozialismus eine starke Verbindung zur Demokratie. Im Sinne der Gleichheit soll keine Gruppe mehr politische Macht ausüben können als andere, um die Möglichkeit zur politischen Ausbeutung zu verhindern. Jede Form des Totalitarismus wird strikt abgelehnt (Bell 1968, S. 523–525; Freedon 2008, S. 438–442). Der Kommunismus idealisiert dagegen die Monopolisierung der Macht in den Händen einer kommunistischen Partei (Brown 2015, S. 372–373). Diese Diktatur des Proletariats wird von Sozialisten als autoritär und anti-pluralistisch abgelehnt (Bell 1968, S. 509; Freedon 2008, S. 480; Rosenberg 1967, S. 218).

Im Kontext der sozialistischen Betonung der Demokratie wird die Schwierigkeit der strikten Grenzziehung zwischen Ideologien noch deutlicher, wenn man zusätzlich die Ideologie der Sozialdemokratie beachtet, deren Hauptziel die Zäumung des Kapitalismus mit Hilfe demokratischer Institutionen ist (Jackson (2015)). Eduard Bernstein (1850 - 1932) förderte die Abspaltung dieser Ideologie vom Kommunismus, da dieser nur Partei für das Proletariat ergreift, aber nicht das Wohl der Gesellschaft als Ganzes im Blick hat. Außerdem kritisierte er den autoritären Charakter der kommunistischen Ideologie, weswegen er sich auf demokratische Mittel konzentrierte (Jackson 2015, S. 349–351; Jászi 1967, S. 203). Ob man die Sozialdemokratie als eine Untergruppe des Sozialismus oder als eigenständige Ideologie verstehen möchte, ist eine Detailfrage, die an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden kann. Außerdem sind die Unterschiede zwischen den beiden so fein, dass eine Trennung im Rahmen der POLID-Skala nicht möglich ist. Deswegen muss diese Frage für zukünftige Arbeiten offenbleiben.

4.2.3.5 Weitere Ideologien

Das Angebot an politischen Ideologien ist so breit, dass man sich die Frage stellen kann, wie gerechtfertigt die Beschränkung der POLID-Skala auf nur vier Ideologien ist. Neben den obigen vier Ideologien wäre eine Betrachtung der Sozialdemokratie (Jackson 2015), des Anarchismus (Franks 2015), der ökologischen Ideologie (*Green Ideology*, vgl. Humphrey (2015) und Freedon 2008, S. 527–544), des Nationalismus (Vincent 2015), Faschismus (Eatwell (1996, 2015)), Republikanismus (Dagger (2011), Dowding (2011), Laborde (2015)), Feminismus (Chambers 2015), Populismus (Canovan (2002), Rensmann (2006), Stanley (2008), Mudde und Kaltwasser (2015)), Kommunitarismus (Etzioni 2012), Kosmopolitismus (Helbling und Teney (2015), Teney und Helbling (2014), Zürn und Wilde (2016)), etc. von großem Interesse. Allerdings ist die Reduktion auf die wichtigs-

ten Ideologien durch die theoretischen Konzeptionen hinter der POLID-Skala notwendig. Mit jeder zusätzlich betrachteten Ideologie würde sich die Anzahl der Subdimensionen und Items erhöhen, wodurch auch der Zeitaufwand zur Beantwortung der Skala anschwellen würde. Aus diesem Grund fokussiert die POLID-Skala sich auf die vier Ideologien, die in der empirisch nachgewiesenen Unterscheidung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien verankert sind. Das schließt allerdings nicht aus, dass man neben der POLID-Skala auch Skalen zur Messung der oben aufgezählten Ideologien verwenden kann, um deren Zusammenhänge zu ergründen und die ideologischen Profile der Befragten noch detaillierter zu erheben. Die POLID-Skala dient somit als Grundstock, auf dem mit weiteren Erhebungsinstrumenten aufgebaut werden kann.

Zuletzt muss darauf hingewiesen werden, dass die POLID-Skala nur für den westlichen Kontext anwendbar ist,¹¹ da in anderen politischen Kontexten womöglich andere Ideologien verbreitet sind (siehe Rivera (2015), Hendrickson und Zaki (2015), Browsers (2015), Jenco (2015), Bajpai und Bonura (2015)). Für die asiatische, islamische, südamerikanische und afrikanische Ideologieforschung wäre es eventuell notwendig, neue Skalen zu entwerfen (Ulrich 2021a, S. 6).

4.2.4 Pretests

4.2.4.1 Beobachtungs- und kognitive Pretests

Auf Basis der Ausführungen über die harten Kerne der vier Ideologien wurden die Items für die POLID-Skala abgeleitet. In einem ersten Schritt wurden so 18 Items pro Ideologie formuliert (insgesamt 72 Items). Die meisten Items wurden hierfür neu entwickelt, vereinzelte Aussagen bzw. Items der Likert-Version wurden aus bestehenden Skalen inspiriert oder abgeleitet. Übernommene Items, die in den quantitativen Pretests übernommen wurden und entsprechend nicht im Rahmen der kognitiven Pretests ausgemustert wurden, sind in Tabelle 27 im Anhang entsprechend gekennzeichnet.

Um die Reliabilität und Validität der Skalen zu messen, wurden insgesamt sieben Beobachtungstests, elf kognitive Pretests und zwei quantitative Pretesterhebungen durchgeführt. Die Beobachtungstests und kognitiven Pretests fanden parallel statt und begannen im Januar 2020, weswegen einige davon aufgrund

¹¹ Zum jetzigen Zeitpunkt liegt nur eine deutschsprachige Version der POLID-Skala vor, doch durch die Tatsache, dass sie auf Basis eines europäisch/nordamerikanischen Forschungsstandes entwickelt wurde, sollte es möglich sein, die Skala in andere Sprachen zu übersetzen und in Studien anzuwenden.

des Corona-Lockdowns via Skype oder per Telefon durchgeführt werden mussten. Aus diesem Grund war es auch notwendig, zur Rekrutierung auf persönliche Kontakte zurückzugreifen. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, bei den Teilnehmern in Bezug auf Bildungsniveau, Geschlecht und Alter möglichst breit zu streuen. Es wurden daher Lehrende an der Universität Salzburg (aus verschiedenen Fachrichtungen), Studierende und Verwaltungsangestellte der Universität und Personen außerhalb der Universität mit verschiedenen Bildungsniveaus (Volksschulabschlüsse bis hin zu abgeschlossenen Masterstudiengängen) rekrutiert. Teilnehmer rangierten in einem Altersbereich zwischen 20 und 75 Jahren. Circa die Hälfte der Teilnehmer war männlich, die andere Hälfte weiblich.

Im Rahmen der Beobachtungs- und kognitiven Pretests wurden diese 72 Items noch in Form einer Differential-Skala präsentiert. Hierzu waren die 72 auf 36 Items aufgeteilt, die alle vier Ideologien gegeneinander testen.¹² Diese Skalierung entstammt einer alternativen Version der POLID-Skala, die sich in den Validitätsprüfungen nicht behaupten konnte. Aus diesem Grund wird diese Version im weiteren Verlauf des Kapitels nicht weiter erwähnt. Obwohl die Aussagen der Likert-Items somit in Form der Differential-Skala getestet wurden, scheint eine Verzerrung der Ergebnisse dieser Pretests unwahrscheinlich, weil während dieser Tests auf rigores Probing gesetzt wurde (siehe unten).

Die Teilnehmer bekamen je nach Setting des Pretests (im Rahmen einer Lehrveranstaltung, *face-to-face* Pretest oder Pretest via Skype) entweder die vollständige Skala präsentiert oder behandelten jeweils ein Item nach dem anderen. Während den kognitiven Pretests wurde gezielt auf Probing-Methoden gesetzt. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, alle Assoziationen bzw. Interpretationen mit den Items zu verbalisieren und auch ihre Antwort auf das Item zu begründen. Wenn Teilnehmer vergaßen, Assoziationen mitzuteilen, wurde entsprechend nachgefragt. Damit wurde nicht nur die allgemeine Verständlichkeit der Items getestet, sondern auch, ob die Interpretation dieser für alle Befragten äquivalent ist (Häder 2010, S. 394–396; Scheuch 1996, S. 17–19). Außerdem gab die Begründung der Antworten erste Hinweise auf die Inhaltsvalidität der Skalenitems. Wenn bspw. die Zustimmung zu einer sozialistischen Aussage mit konservativen Argumenten untermauert wird, zieht das die Eignung des entsprechenden Items in Zweifel.

Während der Befragung wurden auch die Antworten – mit Zustimmung der Teilnehmenden – notiert, um ihnen ihr resultierendes Spinnenprofil zu präsentieren. Daraufhin wurden die Teilnehmer gefragt, ob das Diagramm ihre politische Haltung korrekt wiedergibt. Bei Nachfrage wurden die Inhalte der vier Ideologien erklärt, um diese Beurteilung zu erleichtern. Tatsächlich spiegelten

12 Aus diesem Grund gibt es in der Tabelle 27 im Anhang Items, die inhaltlich oder im Wortlaut gleich sind.

die Diagramme die politischen Einstellungen der Teilnehmer nach deren eigenen Aussagen meist sehr genau wider.

Alle Anregungen, sämtliche Kritik, Verständnisschwierigkeiten und Validitätsprobleme, die im Rahmen dieser Pretests auftraten, wurden notiert, und die Items iterativ an diese Kritik angepasst. Items wurden umformuliert, präzisiert oder in Gänze durch neue Items ausgetauscht (Ulrich 2021a, S. 10). So ergab sich ein neuer Item-Pool mit 72 Items für die POLID-Version, der in den quantitativen Pretests verwendet wurde (siehe Tabelle 27).

4.2.4.2 Quantitative Pretesterhebungen

Nach der Phase der Beobachtungs- und kognitiven Pretests wurde eine erste quantitative Erhebung durchgeführt, um die POLID-Skala anhand eines größeren Samples zu testen. Hierzu wurden alle Studierenden der Universität Salzburg zu einer standardisierten Onlinebefragung eingeladen, die vom 20. Oktober 2020 bis 30. November 2020 mit der Fragebogensoftware SosciSurvey durchgeführt wurde. Als *Incentive* konnten die Studenten in einem Gewinnspiel einen von zehn Thalia-Gutscheinen im Wert von jeweils 25 € gewinnen. Insgesamt nahmen 483 Befragte teil. Diese wurden randomisiert in zwei Gruppen aufgeteilt. Die eine bearbeitete die nicht-validierte Differential-Version der Skala, die zweite Gruppe beantwortete die POLID-Version (N=245). Der Rest des Fragebogens war jeweils identisch.

Von den 483 Befragten waren 68,1% weiblich und 23,8% männlich. Das Durchschnittsalter beläuft sich auf 26,7 Jahre. Der höchste Anteil (27,5%) studiert ein sozialwissenschaftliches Fach, auf dem zweiten Platz mit 15,7% liegen die Naturwissenschaften, Jura und Psychologie folgen mit jeweils 12,6% und 10,4%. Zwei Drittel (66,7%) der Befragten stammen aus Österreich, weitere 28,6% aus Deutschland.

Um neben der Reliabilität und inhaltlichen Validität auch die Kriteriumsvalidität der Skalen beurteilen zu können, wurden weitere Skalen bzw. Items in die Befragung aufgenommen. Neben ihrer Selbsteinschätzung auf einer siebenstufigen Skala zwischen *links* und *rechts* (Breyer (2015)) wurden sie gebeten, auf einer fünfstufigen Skala anzugeben, wie stark sie sich mit einer Liste von ideologischen Labels identifizieren können: liberal, konservativ, feministisch, grün-ökologisch, anarchistisch, kommunistisch, sozialistisch, neoliberal, sozialdemokratisch, religiös (christlich, jüdisch, muslimisch, ...). Zwar ist die Selbsteinschätzung in Bezug auf Ideologien sehr fordernd und das bipolare Item wurde in vorherigen Kapiteln stark kritisiert (Kap. 4.1.1), allerdings kann davon ausgegangen werden, dass Studenten mit diesen Labels vertraut genug sind, um diese Fragen

bearbeiten zu können. Außerdem sind diese Variablen für die Validitätsprüfung trotz ihrer methodischen Schwächen hilfreich.

Danach bearbeiteten die Studenten entweder die Differential- oder die POLID-Version der neu entwickelten Skala. Daraufhin wurden weitere Skalen erfragt, die zur Validitätsprüfung dienen: die Skala zu ökonomischen Gerechtigkeitsideologien (Stark et al. (2014)), eine RWA- und eine SDO-Kurzskala (Beierlein et al. (2014), Aichholzer (2019)), eine Skala bezüglich der Big-Five Persönlichkeitsdimensionen (Rammstedt et al. (2013)) und eine auf das Herkunftsland der Befragten zugeschnittene Sonntagsfrage.

Pretest mit Studentensample

Wie oben bereits erwähnt, wurden als Items für die Likert-Skala die 72 Aussagen aus den 36 Differential-Items verwendet. Daraus ergeben sich 18 Items pro getesteter Subdimension bzw. Ideologie. Eine explorative Faktorenanalyse (EFA, siehe Mayer (2020) oder Wolff und Bacher (2010)) wurde durchgeführt, um das theoretische Modell der POLID-Skala zu testen. Für die EFA wurden im Vorfeld einige der Items ausgeschlossen, weil sie zu hohe Anteile bei der Ausweichoption »Weiß nicht« aufweisen. Außerdem wurden drei Items ausgeschlossen, weil sie beinahe deckungsgleich mit anderen Items waren, was der Tatsache geschuldet ist, dass sie aus der Differential-Version abgeleitet wurden, in denen derselben Aussage Repliken aus verschiedenen Ideologien gegenübergestellt wurde. Bei der weiteren Verfeinerung der Analyse wurden iterativ Items mit zu niedrigen Faktorladungen oder zu hohen Querladungen ausgeschlossen. Dabei wurde darauf geachtet, dass die letztendlichen Faktoren dieselbe Anzahl an Items zählen, weil sonst manche Faktoren mehr Gewicht aufweisen würden als andere (Kopp und Lois 2014, S. 95). Daraus ergab sich auf Basis von 113 Befragten eine Lösung mit vier Faktoren, die jeweils vier Variablen beinhalten ($KMO = 0,77$).¹³ Faktor 1 repräsentiert dabei den Libertarismus, Faktor 2 den Konservativismus, Faktor 3 den Sozialismus und Faktor 4 den Liberalismus. Die vier Achsen, die in Abbildung 17 angenommen wurden, werden in den Daten auch wiedergefunden. Diese Faktoren erklären 60,0 % der Varianz in den Items. Tabelle 5 stellt die Eigenwerte und aufgeklärte Varianz dar, Tabelle 6 zeigt die Faktorladungen der 16 verbleibenden

¹³ Die Faktoren werden in dieser EFA und allen folgenden stets schiefwinklig rotiert (promax-Rotation).

Eine orthogonale varimax-Rotation würde voraussetzen, dass die Faktoren statistisch unabhängig sind, also auch nicht korrelieren (Kopp und Lois 2014, S. 90–91; Wolff und Bacher 2010, S. 340). Diese Annahme ist sehr unrealistisch, da in vorherigen Kapiteln häufig auf Koalitionen bzw. Korrelationen zwischen Ideologien hingewiesen wurde. Auch die Ergebnisse der Kriteriumsvalidierung (Kap. 4.2.4.3) und jene aus Kapitel 7 werden zeigen, dass signifikante Korrelationen zwischen Ideologien auftreten.

Variablen, Tabelle 7 stellt die deskriptiven Maße der Items dar, und Tabelle 8 listet die Items auf.

Faktor	Eigenwert	Varianzaufklärung	Kumulierte Varianzaufklärung
1	4,31	26,9%	26,9%
2	2,26	14,1%	41,0%
3	1,82	11,4%	52,4%
4	1,22	7,6%	60,0%
5	0,91	-	-

Tabelle 5: Eigenwerte der EFA zur Validierung der POLID-Skala (Studenten)

Quelle: Eigene Darstellung

Item	Faktor 1 ($\alpha=0,78$)	Faktor 2 ($\alpha=0,72$)	Faktor 3 ($\alpha=0,65$)	Faktor 4 ($\alpha=0,66$)	Kommunalität
1	0,68	0,17			0,60
2	0,72				0,58
3	0,75	0,24		-0,23	0,71
4	0,82		0,15		0,64
5	0,19	0,58			0,44
6	0,28	0,65			0,61
7	0,26	0,60			0,55
8		0,75			0,67
9			0,66		0,45
10	-0,23	0,28	0,66		0,61
11			0,75		0,57
12	0,19	-0,16	0,84		0,67
13		0,25		0,63	0,47
14	-0,25			0,71	0,61
15	0,33	-0,49		0,59	0,66
16				0,87	0,77

Anmerkung: Faktorladungen unter $|0,15|$ sind nicht angegeben.

Tabelle 6: Faktorladungen für die Subdimensionen der POLID-Skala (Studenten) mit obliquer Promax-Rotation

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 7 beinhaltet auch die Werte der Itemschwierigkeit und Trennschärfe der einzelnen Items. Die Itemschwierigkeiten wurden berechnet als der Anteil der von allen Befragten erzielten Punkte in diesem Item von den maximal zu erzielenden Punkten. Erwünscht sind für diesen Kennwert Werte im Bereich $[0,2; 0,8]$, wobei hohe Werte eine niedrigere Schwierigkeit bedeuten. Je höher dieser Wert ist, desto häufiger haben Befragte auf diesem Item hohe Werte erzielt (Bortz und Döring 2006, S. 218–219). Die Trennschärfen wurden berechnet als die Korrelation zwischen dem jeweiligen Item und dem Testwert der Subdimension ohne Berücksichtigung des Items (*item-rest correlation*). Eine Trennschärfe unter

dem Mindestgrenzwert von 0,3 deutet darauf hin, dass das entsprechende Item Facetten erhebt, die nicht von dem jeweiligen Faktor abgedeckt werden (Gerich 2010, S. 275–280; Hartmann und Reinecke 2013, S. 48–49). Mit Blick auf die Itemschwierigkeiten fällt auf, dass die Items für die Subdimensionen des Liberalismus und des Konservativismus für die Studenten schwerer sind, während die Sozialismus- und Liberalismus-Items eher leichter sind. Das bedeutet, dass den liberalen und sozialistischen Aussagen häufiger zugestimmt wurde (Bortz und Döring 2006, S. 218–219; Hartmann und Reinecke 2013, S. 48). Das ist für das Studentensample wenig überraschend, da sich Studenten allgemein durch erhöhte Sozialismus- und Liberalismus-Werte auszeichnen (vgl. auch Kapitel 7). Gleichzeitig liegen die Itemschwierigkeiten überwiegend in einem akzeptablen Rahmen (Bortz und Döring 2006, S. 218–219). Auch die Trennschärfen der Items liegen alle über dem Mindestgrenzwert von 0,3.

Item	Mittelwert	Std. Err.	Schiefe	Kurtosis	Fehlende Werte	Weiß nicht	Itemschwierigkeit	Trennschärfe	N
1	1,93	0,80	0,47	2,54	2	6	0,31	0,53	178
2	1,87	0,88	0,76	2,80	6	3	0,29	0,52	175
3	2,20	1,04	0,28	1,85	3	10	0,40	0,63	175
4	2,19	0,91	0,16	2,06	4	10	0,40	0,59	175
5	2,84	0,88	-0,43	2,54	2	17	0,61	0,39	178
6	2,15	0,85	0,35	2,51	6	7	0,38	0,50	204
7	2,68	0,85	-0,21	2,46	5	6	0,56	0,49	197
8	2,09	0,88	0,28	2,18	3	11	0,36	0,55	175
9	3,21	0,71	-0,62	3,18	2	5	0,74	0,33	178
10	3,44	0,65	-0,86	3,15	8	5	0,81	0,37	204
11	3,04	0,83	-0,70	3,03	5	13	0,68	0,51	197
12	3,37	0,73	-0,86	3,00	4	9	0,79	0,49	197
13	3,46	0,69	-0,98	3,08	6	2	0,82	0,34	204
14	3,28	0,64	-0,47	2,94	7	3	0,76	0,35	183
15	2,64	0,92	-0,25	2,25	6	8	0,55	0,44	190
16	3,33	0,68	-0,73	3,29	8	7	0,76	0,65	190

Tabelle 7: Liste der Items der POLID-Skala (Studenten)

Quelle: Eigene Darstellung

Bevölkerungsstichprobe (VIC2)

Da diese erste Pretesterhebung auf einem Studentensample basiert, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Faktorenstruktur der Likert-Version und deren Ergebnisse in den Kriteriumsvalidierungen für andere Bevölkerungsgruppen anders ausfallen würden. Deswegen wurden beide Skalen zusätzlich in einer österreichischen Bevölkerungsbefragung getestet. Die Items der Likert-Skala, die im

Item	Formulierung
A	1 Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, sie nicht so viel leisten wie ich selbst.
	2 Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.
	3 Am meisten bewundere ich Menschen, die sich selbst viel Wohlstand aufgebaut haben.
	4 Freiheit bedeutet vor allem, dass man Zugang zum freien Markt hat und sich so viel Geld verdienen kann, wie man möchte.
B	5 Unsere Gesellschaft sollte sich langsam und natürlich weiterentwickeln und nicht durch radikalen Wandel verändern.
	6 Der Staat sollte sich vor allem auf den Schutz der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.
	7 Die Leute müssen sich anpassen, wenn sie Teil der Gesellschaft werden wollen.
	8 Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.
C	9 Gerechtigkeit heißt für mich, dass Schwächere mehr Hilfe bekommen als Stärkere.
	10 Gerechtigkeit bedeutet, dass der Sozialstaat sicherstellt, dass niemand vernachlässigt wird.
	11 Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.
	12 Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arm und Reich, Männer und Frauen, usw. gleichgestellt sind.
D	13 Das wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte – solange ich sonst niemandem schade.
	14 Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.
	15 Es wäre das Beste für alle, wenn jeder tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst keinem schadet.
	16 Freiheit bedeutet vor allem, dass jeder Mensch sein Leben so leben darf, wie er es für richtig hält, solange er niemand anderem schadet.

Tabelle 8: Deskriptive Statistiken über die 16 Variablen der POLID-Skala (Studenten)

A steht nur Liberalismus, B steht für Konservatismus, C für Sozialismus, und D für Liberalismus

Quelle: Eigene Darstellung

Studentensample entwickelt wurde, wurde um drei Items pro Subskala erweitert, um eventuell unpassende Items ausschließen zu können. Außerdem wurden einige Formulierungen auf Basis von Expertenmeinungen angepasst, um sie für ein Bevölkerungssample verständlicher zu machen.

Als Datengrundlage dient die zweite Welle der österreichischen Version des Values in Crisis Surveys (VIC2). Der VIC-Survey wurde 2020 von Christian Welzel im Zuge der Covid-19 Pandemie ins Leben gerufen, um die Veränderung von Wertüberzeugungen während der Krise zu beobachten. Hierzu sind drei Erhebungswellen veranschlagt: eine zu Beginn der Pandemie, eine in der Mitte der Pandemie und eine gegen Ende des pandemischen Zustandes (Word Value Survey (2020)). Mittlerweile nehmen neben Österreich Forschungsteams aus 17 Ländern am VIC-Projekt teil. Die erste österreichische Welle wurde im Mai 2020 erhoben (Aschauer et al. (2020)), die zweite Welle im März und April 2021 (Aschauer

et al. (2021)), bevor im Juli 2022 die dritte Welle erhoben wurde (Aschauer et al. (2023)). Die POLID-Skala wurde randomisiert einer Hälfte ($N = 1.045$) des VIC2-Samples präsentiert ($N = 2.082$).

Diese Zahlen reduzieren sich allerdings, sobald man die Bearbeitungszeit der Skala mit betrachtet. In einem weiteren Beobachtungstest wurde erhoben, wie lange eine Person mit hoher Lesekompetenz benötigt, um alle Items laut vorzulesen. Da das laute Vorlesen eines Items mehr Zeit beansprucht als das stille Lesen und Beantworten, liefert dieser Test einen pragmatischen Indikator für die minimal benötigte Bearbeitungszeit. Für die Bearbeitung werden mindestens 135 Sekunden benötigt. Schließt man jeweils alle Befragten von den weiterführenden Analysen aus, die diese Schwelle unterschreiten, bleiben 767 Befragte übrig, was eine Quote an gültigen Fällen von 73,4 % darstellt.

Dieser Anteil gültiger Werte ist sehr niedrig und kann den Verdacht erregen, dass die Likert-Skala für die Befragten zu herausfordernd ist, was wiederum ihre Nützlichkeit in Zweifel zieht. Dieses Problem muss deswegen eingehend betrachtet werden. Da in der VIC2-Studie Befragte durch fehlende Ausweichkategorien gezwungen waren, jede Frage zu beantworten, um die Befragung fortzusetzen, können Befragte nur durch eine zu schnelle Bearbeitung der Skala ungültige Werte erzielen. Insgesamt gibt es zwei Gründe, warum Befragte so kurze Bearbeitungszeiten erzielen können. Sie wählten willkürlich Antworten aus, weil (1) die Skala sie mental überforderte oder (2) sie die Befragung abschließen wollten. Schließlich wurde die POLID-Skala am Ende einer langen Umfrage erhoben.

Wenn die erste Erklärung zutrifft, dann müssten Höhergebildete in der gültigen Stichprobe ($N = 767$) im Vergleich zur Gesamtstichprobe ($N = 2.082$) überrepräsentiert sein. Das wäre bei der zweiten Erklärung nicht der Fall. Vergleicht man die Rate ungültiger Fälle zwischen Bildungsschichten, zeigt sich, dass Pflichtschüler tatsächlich eine höhere Rate aufweisen (36,9 %) als Befragte mit universitärer Ausbildung (19,3 %). Allerdings fallen zwei Dinge bei genauerer Betrachtung auf. Erstens ist die Ausfallrate auch für die Universitätsabgänger sehr hoch, und zweitens ist die niedrigste Rate ungültiger Werte bei jenen mit beruflicher mittlerer Ausbildung zu finden (15,8 %). Das entspricht nicht dem Bild, das man erwarten würde, wenn die Skala tatsächlich zu viel politische Bildung oder *sophistication* voraussetzen würde.

Die zweite Erklärung für die hohen Missing-Raten findet dagegen mehr Unterstützung in den Daten. Zum einen steigt die Rate gültiger Werte mit dem Alter kontinuierlich an (45,1 % bei den 20–29-jährigen vs. 86,7 % bei den 50–59-jährigen und sogar 94,8 % bei den über 70-jährigen.). Außerdem weisen Rentner (91,3 %), Erwerbslose (77,0 %) und Hausfrauen/-männer (75,6 %) ebenfalls besonders hohe Raten gültiger Werte auf. Zuletzt erzielt eine binomiale Regression, die vorausagt, ob Befragte gültige Werte in der POLID-Skala erreichen, bereits ein Pseu-

do- R^2 von 45,5 %, wenn nur kontrolliert wird, ob Befragte bei den Schwartz-Werten, die in der Studie früher abgefragt wurden, gültige Werte erzielen. Auf Basis dieser Ergebnisse scheint tatsächlich die Länge des Surveys und eine folglich Ermüdung der Befragten für die hohen missing-Werte verantwortlich zu sein. Die Erklärung der mentalen Überforderung wird durch diese Resultate nicht bestätigt. Die Skala scheint also durchaus für Bevölkerungsstichproben geeignet.

Die Validierung der POLID-Skala wurde bereits bei Ulrich (2021a) vorgestellt, allerdings wurde für diese Publikation das gültige Sample zufällig in Gruppen aufgeteilt, die für unterschiedliche Etappen der Validierung verwendet wurden (EFA, CFA und Kriteriumsvalidierung). In diesem Kapitel sollen diese Analysen noch einmal mit dem ganzen Sample durchgeführt werden, um von der Größe der Stichprobe zu profitieren. Aus diesem Grund weichen die im Folgenden berichteten Werten geringfügig von denen von Ulrich (2021a) ab.

Wie bereits im Studentensample weist die EFA mit 767 Befragten die vier erwarteten Subdimensionen aus. Jeder der Faktoren spiegelt eine der vier getesteten Ideologien wider. Die Tabellen 9 und 10 stellen die Eigenwerte und Faktorstuktur der Skala in der EFA mit 767 Befragten dar ($KMO = 0,79$). Faktor 1 steht dabei für den Konservatismus, Faktor 2 für den Liberalismus, Faktor 3 für den Sozialismus und Faktor 4 repräsentiert den Libertarismus. Allerdings unterscheidet sich die in VIC2 nachgewiesene Skala in ihrer Auswahl der Variablen leicht von der Skala, die im Studentensample erstellt wurde. Da die Validierung anhand einer Bevölkerungsstichprobe jedoch stärker für die Qualität der Skala spricht (Häder 2010, S. 387–388; Wänke 1996, S. 51), wird der Version, die auf Basis der VIC2-Daten entwickelt wurde, der Vorzug gegeben. Die Items dieser Skala können Ulrich (2021a) oder Tabelle 12 entnommen werden.

Tabelle 11 zeigt die deskriptiven Maße der 16 Items aus der POLID-Skala. Die Itemschwierigkeiten zeigen, dass die Items des Liberalismus für die Befragten besonders leicht sind, während die Libertarismus-Items am schwersten sind. Obwohl die Liberalismus-Items nahe am oberen Grenzwert des wünschenswerten Bereiches liegen [0,2; 0,8], ist es inhaltlich durchaus sinnvoll, dass diese Ideologie hohe Zustimmung erfährt. Ulrich (2021a) selbst bezeichnet den Liberalismus als die zentralste Ideologie der westlichen Welt (2021a, S. 4). Um dennoch auf diese unterschiedlichen Zustimmungstendenzen zu reagieren, werden für die POLID-Scores nach Vorbild der Schwartz-Werte (1992; 2001; 2015) Mittelwertzentrierte Werte berechnet (Ulrich 2021a, S. 5). Auch die Trennschärfe der Items liegt bei mindestens 0,3, was im Allgemeinen als Mindestgrenzwert angegeben wird (Geich 2010, S. 275–280; Hartmann und Reinecke 2013, S. 48–49).

Die vier latenten Variablen, die die vier Ideologien repräsentieren, werden mit jeweils vier Items abgebildet. Diese Subskalen erzielten auch akzeptable Cronbach's Alpha-Werte, was für deren Reliabilität spricht (Tabelle 10). Lediglich

Faktor	Eigenwert	Varianzaufklärung	Kumulierte Varianzaufklärung
1	2,94	18,4 %	18,4 %
2	2,89	18,1 %	36,4 %
3	1,60	10,0 %	46,4 %
4	1,11	6,9 %	53,4 %
5	0,88	5,5 %	-

Tabelle 9: Eigenwerte der EFA zur Validierung der POLID-Skala (VIC2)

Quelle: Eigene Darstellung

Item	Faktor 1 ($\alpha=0,75$)	Faktor 2 ($\alpha=0,71$)	Faktor 3 ($\alpha=0,69$)	Faktor 4 ($\alpha=0,59$)	Kommunalität
VICAT2_QI12A9	0,79				0,63
VICAT2_QI12A11	0,75				0,54
VICAT2_QI12A12	0,70			0,18	0,60
VICAT2_QI12A14	0,72				0,54
VICAT2_QI12A22		0,76			0,56
VICAT2_QI12A23		0,71			0,58
VICAT2_QI12A24		0,68			0,45
VICAT2_QI12A25		0,78			0,63
VICAT2_QI12A17			0,71		0,57
VICAT2_QI12A18	-0,16		0,79		0,66
VICAT2_QI12A19	0,25		0,58		0,44
VICAT2_QI12A20			0,73		0,51
VICAT2_QI12A1				0,63	0,48
VICAT2_QI12A2				0,73	0,51
VICAT2_QI12A3			0,18	0,60	0,38
VICAT2_QI12A6				0,64	0,47

Faktorladungen unter $|0,15|$ sind nicht angegeben.

Tabelle 10: Faktorladungen für die Subdimensionen der POLID-Skala (VIC2) mit obliquen Promax-Rotation

Quelle: Eigene Darstellung

Item (VICAT2_)	Mittelwert	Standardabweichung	Schiefe	Kurtosis	Itemschwierigkeit	Trennschärfe
QI12A1	2,60	0,87	-0,05	2,32	0,53	0,41
QI12A2	2,42	0,83	0,06	2,44	0,47	0,37
QI12A3	2,76	0,87	-0,25	2,37	0,59	0,30
QI12A6	2,79	1,05	-0,38	1,93	0,60	0,40
QI12A9	2,70	0,85	-0,19	2,43	0,57	0,60
QI12A11	2,80	0,79	-0,37	2,79	0,60	0,51
QI12A12	2,35	0,83	0,04	2,38	0,45	0,58
QI12A14	2,98	0,74	-0,50	3,21	0,66	0,52
QI12A17	2,83	0,80	-0,25	2,56	0,61	0,52
QI12A18	3,11	0,82	-0,72	3,06	0,70	0,54
QI12A19	3,15	0,69	-0,61	3,64	0,72	0,37
QI12A20	2,49	0,89	0,06	2,26	0,50	0,46
QI12A22	3,42	0,66	-1,03	4,27	0,81	0,49
QI12A23	3,29	0,65	-0,58	3,25	0,76	0,53
QI12A24	2,67	0,89	-0,11	2,26	0,56	0,43
QI12A25	3,43	0,64	-0,84	3,51	0,81	0,57

Tabelle 11: Deskriptive Analyse der Items aus der POLID-Skala (VIC2; N=767)

Quelle: Eigene Darstellung

der Liberalismus erzielt mit 0,59 einen überraschend niedrigen Wert. Das kann allerdings damit zusammenhängen, dass die Inhalte der entsprechenden Items sich auf mehr als nur eines der Kernkonzepte dieser Ideologie fokussieren, wodurch sich auch mehr Varianz im Antwortverhalten ergibt. Anders ausgedrückt ist die Dimensionalität der Liberalismus-Subskala höher als die der anderen, was sich auf den Alpha-Wert auswirkt (Bortz und Döring 2006, S. 221). Außerdem sind Cronbach's Alpha-Werte auch abhängig von der Anzahl der genutzten Items (Kopalle und Lehmann (1997)). Da die Subskalen nur aus vier Items bestehen, sind ihre Alpha-Werte durchaus als akzeptabel zu bezeichnen. Da diese Items außerdem theoriegeleitet entwickelt wurden, ist keine grobe inhaltliche Verzerrung der POLID-Werte zu erwarten (Ulrich 2021a, S. 14).

Item	Formulierung
A	Q112A1 Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, sie nicht so viel leisten wie ich selbst.
	Q112A2 Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.
	Q112A3 Am meisten bewundere ich Menschen, die sich selbst viel Wohlstand aufgebaut haben.
	Q112A6 Wenn der Sozialstaat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich um eine Arbeit zu bemühen.
B	Q112A9 Der Staat sollte sich vor allem auf den Schutz der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.
	Q112A11 Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.
	Q112A12 Man führt vor allem dann ein erfülltes Leben, wenn man sich unseren Traditionen verpflichtet fühlt.
	Q112A14 Das wichtigste für mich ist, mich an unsere gemeinsamen Werte zu halten.
C	Q112A17 Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.
	Q112A18 Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arm und Reich, Männer und Frauen, usw. gleichgestellt sind.
	Q112A19 Das wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben.
	Q112A20 Die meisten Einkommensunterschiede sind ungerecht, weil alle Menschen gleich sind.
D	Q112A22 Das wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte – solange ich sonst niemandem schade.
	Q112A23 Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.
	Q112A24 Es wäre das Beste für alle, wenn jeder tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst keinem schadet.
	Q112A25 Freiheit bedeutet vor allem, dass jeder Mensch sein Leben so leben darf, wie er es für richtig hält, solange er niemand anderem schadet.

Tabelle 12: Items der POLID-Skala (VIC2 und Ulrich 2021a)

A steht für Liberalismus, B steht für Konservativismus, C für Sozialismus, und D für Liberalismus

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Faktorenstruktur wird in einer konfirmatorischen Faktorenanalyse (CFA) ebenfalls bestätigt. Das Maximum Likelihood-Modell auf Basis von 767 Befragten ergibt einen guten Modell-Fit ($X^2(97) = 232,62$; $p < 0,001$; RMSEA = 0,043; CFI = 0,944; SRMR = 0,043; BIC = 27.306,514). Das Modell ist in Abbildung 23 dargestellt. »NEO« signalisiert die latente Variable des Libertarismus, »KON« steht für Konservativismus, »SOZ« für Sozialismus und »LIB« für Liberalismus.

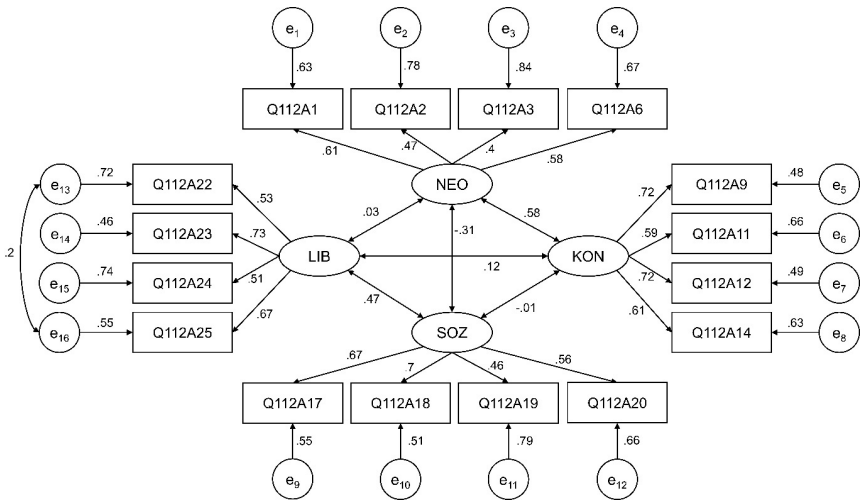


Abbildung 23: Ergebnis der CFA zur POLID-Skala (N=767)

Quelle: Eigene Darstellung

Zusätzlich wird die POLID-Skala auf ihre Messinvarianz entlang von drei zentralen Variablen hin getestet. Messinvarianz besagt, dass man mit einem Erhebungsinstrument zwischen verschiedenen Gruppen dasselbe latente Konstrukt messen kann. In anderen Worten: Liegt Messinvarianz nicht vor, können Mittelwerte zwischen Gruppen nicht verglichen werden, da man nicht ausschließen kann, dass die Items pro Gruppe andere Konstrukte messen (Davidov et al. 2014, S. 57–59; Leitgöb et al. 2023, S. 3–4). Wie schon bei Ulrich (2021a) wird die Messinvarianz der POLID-Skala zwischen Männern und Frauen und Befragten unter 49 Jahren und jenen über 49 Jahren getestet. Zusätzlich wird in dieser Monographie auch die Messinvarianz im Kontext des Bildungsniveaus verglichen. Hierzu wird die Stichprobe in jene Befragte aufgeteilt, deren Ausbildungsniveau unter der Allgemeinbildenden höheren Schule (AHS) liegt, und jenen, die einen AHS- oder höheren Abschluss aufweisen.

Bei der Überprüfung der Messinvarianz müssen drei Ebenen betrachtet werden. Liegt konfigurale Messinvarianz vor, ist die Faktorenstruktur zwischen den

gegenübergestellten Gruppen vergleichbar. Metrische Messinvarianz bedeutet, dass auch die Kovarianzen zwischen den latenten Variablen ohne Bias vergleichbar sind. Zuletzt sind auch die Mittelwerte der latenten Variablen vergleichbar, wenn skalare Messinvarianz vorliegt (Leitgöb et al. 2023, S. 4–5). Ob diese Niveaus der Messinvarianz jeweils vorliegen, kann an den Gütemaßen für CFAs abgelesen werden (siehe Tabelle 13).

		χ^2	df	p des Modells	CFI	Δ CFI	RMSEA	SRMR
Geschlecht ^a	Konfigural	331,64	194	<0,001	0,943		0,043	0,049
	Metrisch	358,08	210	<0,001	0,938	-0,005	0,043	0,058
	Skalar	405,02	226	<0,001	0,925	-0,013	0,046	0,058
Alter ^a	Konfigural	360,20	194	<0,001	0,931		0,047	0,053
	Metrisch	376,76	210	<0,001	0,931	-0,000	0,046	0,059
	Skalar	474,25	226	<0,001	0,897	-0,034	0,054	0,060
Bildung	Konfigural	345,57	194	<0,001	0,937		0,045	0,054
	Metrisch	364,20	210	<0,001	0,936	-0,001	0,044	0,058
	Skalar	416,38	226	<0,001	0,920	-0,016	0,047	0,058

^a Diese Werte sind bereits bei Ulrich aufgeführt (2021a, S. 18).

Tabelle 13: Kennwerte zur Prüfung der Messinvarianz der POLID-Skala (N=767)

Quelle: Eigene Darstellung

Konfigurale Messinvarianz kann angenommen werden, wenn eine Multi-gruppen-CFA angemessene Messgüte erreicht (Leitgöb et al. 2023, S. 5). Das ist bei der POLID-Skala über alle drei Gruppenvergleiche der Fall. Für die Prüfung der metrischen und skalaren Messinvarianz muss die Veränderung der Fitmaße im Vergleich zum jeweils vorherigen Modell betrachtet werden.

»Differences between metric, scalar, and residual invariance models indicate noninvariance when Δ CFI $\leq$.010 and Δ RMSEA $\geq$.015 or Δ SRMR $\geq$.010. We advise readers to view such cut-off criteria as recommendations rather than as strict guidelines because empirical data situations may strongly deviate from the simulation settings [...]« (Leitgöb et al. 2021, S. 236)

Chen (2007) empfiehlt ähnliche Kennwerte (2007, S. 501–502). Diese Bedingung ist sowohl für die metrische als auch die skalare Messinvarianz erfüllt. Damit können die POLID-Scores zwischen Gruppen verglichen werden, ohne substantielle Verzerrungen zu erwarten.

4.2.4.3 Kriteriumsvalidierung

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Kriteriumsvalidierung anhand des Studenten- und des VIC2-Samples zusammengefasst. Obwohl die fertigen Skalen der Studentenforschung und die publizierte POLID-Skala nicht völlig

deckungsgleich sind,¹⁴ sind diese Abweichungen nicht so gravierend, dass große Verzerrungen der Ergebnisse im Studentensample zu erwarten sind. Außerdem wurden sämtliche Items theoriegeleitet entwickelt und hatten sich bereits in kognitiven Pretests bewährt. Dennoch ist es für die Zukunft sinnvoll, die bivariaten Korrelationen mit RWA, SDO, Gerechtigkeitsideologien, etc. auch mit der publizierten POLID-Skala im Rahmen von repräsentativeren Stichproben zu testen, um letzte Zweifel an den unten berichteten Ergebnissen auszuräumen.

Des Weiteren ist zu beachten, dass einige der im Folgenden berichteten Ergebnisse bereits in Ulrich (2021a) aufgeführt sind. Dort basieren sie jedoch nicht auf allen 767 gültigen Fällen, sondern nur auf einer Substichprobe. Der Grund ist, dass die 767 Befragten in drei Gruppen geteilt wurden, um die EFA, CFA und Kriteriumsvalidierungen nicht mit demselben Pool an Befragten durchzuführen. In diesem Kapitel werden diese Analysen noch einmal mit allen 767 Befragten durchgeführt, weswegen die Koeffizienten geringfügig von denen in Ulrichs Publikation abweichen.

Abbildung 24 zeigt die Spinnennetze der Gesamtstichproben von beiden Pretesterhebungen. Die Studenten erzielen weit niedrigere Werte im Libertarismus und Konservativismus als die Bevölkerungsstichprobe des VIC-Panels. Dafür fallen die Liberalismus- und insb. die Sozialismus-Werte weit höher aus als im VIC2-Datensatz. Da Studenten allerdings im Durchschnitt als weit liberaler gelten als der Rest der Bevölkerung, erscheint dieses Ergebnis sehr sinnvoll und deutet auf die inhaltliche Validität der Skala hin.

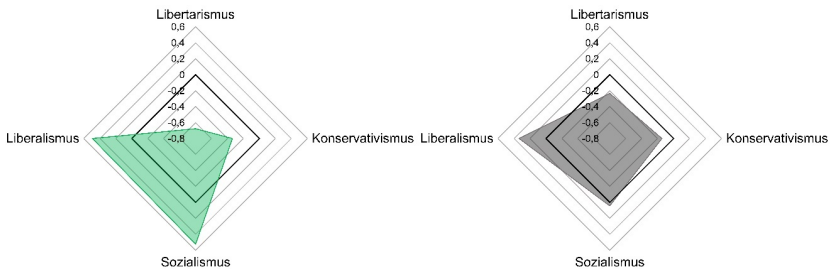


Abbildung 24: Spinnennetze der Gesamtstichproben der Pretests

Links ist das Spinnennetz der Studentens Stichprobe (N=113), rechts das Spinnennetz der VIC2-Studie (N=767, gewichtet)

Quelle: Eigene Darstellung

14 Die Libertarismus-Subskalen unterscheidet sich in einem Item, die des Konservativismus und des Sozialismus in zwei Items. Die Liberalismus-Subskalen sind deckungsgleich.

Einen weiteren Hinweis liefern die Korrelationen zwischen den vier POLID-Werten, die in beiden Pretesterhebungen ähnlich ausfallen (Tabelle 14). Wie zu erwarten, korrelieren Sozialismus und Libertarismus bzw. Konservatismus und Liberalismus stark negativ. Auch typisch für den zentraleuropäischen Raum gehen Libertarismus und Liberalismus bzw. Sozialismus und Konservatismus nicht miteinander einher. Allerdings bedeutet das im Umkehrschluss nicht zwangsläufig, dass Sozialismus und Liberalismus bzw. Libertarismus und Konservatismus miteinander korrelieren. Letzteres ist tatsächlich nur im Studentensample der Fall, was darauf zurückgeführt werden kann, dass beide Ideologien in diesem Sample überwiegend Ablehnung erfahren. Liberalismus und Sozialismus korrelieren nur im Bevölkerungssample, allerdings ist diese Korrelation sehr schwach ($r = 0,08$). Es zeigt sich also tendenziell, dass die Ablehnung einer Ideologie nicht zwangsläufig eine Zustimmung zu ihrem jeweiligen Gegenpol bedeutet, was Ulrichs Abkehr von der Annahme der Bipolarität bekräftigt.¹⁵

		Libertaris- mus	Konservativis- mus	Sozialis- mus	Liberalis- mus
Studentensam- ple (N=113)	Libertarismus	-			
	Konservativis- mus	0,20*			
	Sozialismus	-0,67***	-0,58***		
	Liberalismus	-0,51***	-0,55***	0,13	-
VIC2 (N=767, gewichtet)	Libertarismus	-			
	Konservativis- mus	0,02			
	Sozialismus	-0,65***	-0,47***		
	Liberalismus	-0,44***	-0,52***	0,08*	-

Anmerkung: † $p < 0,10$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$

Tabelle 14: Korrelationen zwischen den POLID-Scores (Pretesterhebungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Weitere Hinweise auf die inhaltliche Validität finden sich in den Korrelationen zwischen den studentischen Identifizierungen mit ideologischen Labels (liberal, konservativ, etc.) und ihren tatsächlichen POLID-Scores. Abbildung 25 zeigt die Identifikation mit den Labels in weißen Kästen, während die POLID-Scores in farbigen Kästen dargestellt werden. Sämtliche Verbindungen stellen positive Korrelationen ($p < 0,05$) dar. Diese Darstellung ist inspiriert durch Buckle (2013, S. 234). Zunächst fällt auf, dass die meisten positiven Korrelationen zwischen den Labels

¹⁵ Tabelle 26 in Kapitel 7.2 wird außerdem zeigen, dass diese Korrelation in verschiedenen Subgruppen unterschiedlich ausfällt, sowohl in Richtung als auch Stärke. Die Koalitionen von Ideologien sind also jeweils Gruppenspezifisch.

»sozialistisch«, »kommunistisch«, »feministisch«, »grün-ökologisch« und »sozialdemokratisch« auftreten. Das Label »liberal« wird mit den meisten davon jedoch nicht in Verbindung gesetzt; lediglich mit »sozialdemokratisch« und »feministisch« steht es in einer signifikanten Beziehung. Eine mögliche Erklärung findet sich in der signifikanten Korrelation mit dem Label »neoliberal«. Darin deutet sich an, dass im Studentensample zwei Verständnisse von »liberal« konkurrieren. Einerseits kann man darunter eine soziokulturell liberale Haltung verstehen, andererseits kann es in Bezug zu einer kapitalistischen Disposition gesetzt werden. Die resultierende Variation in der studentischen Selbstbeschreibung als »liberal« erklärt, warum dieses Label nicht in stärkeren Beziehungen zu anderen steht. Das entspricht auch den Ergebnissen von Lindqvist und Dornschneider-Elkink (2023), die zeigen, dass der Begriff »Liberalismus« in verschiedenen Länderkontexten entweder mit den Labels *links* oder *rechts* assoziiert wird (2023, S. 10).

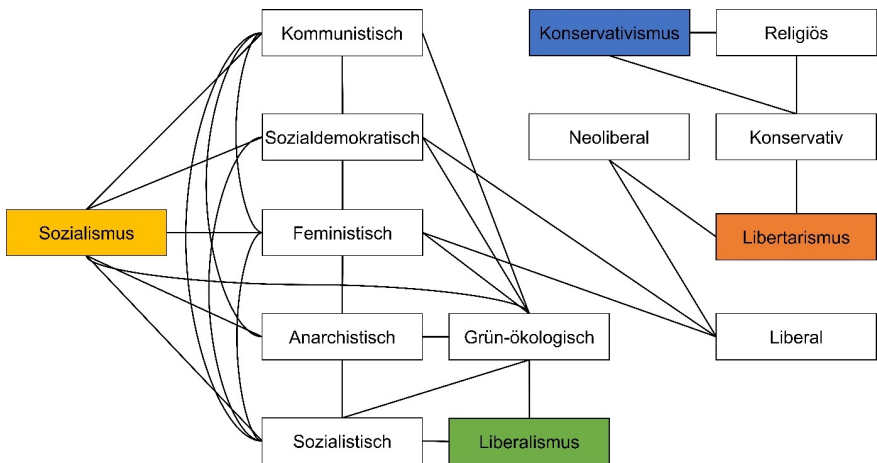


Abbildung 25: Korrelationen zwischen ideologischen Labels (Selbstbeschreibung) und den POLID-Scores im Studentensample

Weißer Kästen stellen die Selbstidentifizierung der Studierenden mit den ideologischen Labels dar, die farbigen Kästen stehen für die POLID-Scores. Jede Verbindung ist eine positive Korrelation ($p < 0,05$). Die Korrelationen wurden durch paarweisen Ausschluss von Befragten mit fehlenden Werten berechnet.

Quelle: Eigene Darstellung

Bringt man zusätzlich die erzielten POLID-Scores ins Spiel, zeigt sich, dass der Sozialismus-Wert erwartungsgemäß mit der Selbstbeschreibung als »sozialistisch«, »sozialdemokratisch« und/oder »kommunistisch« korreliert. Zusätzlich gehen damit auch Identifikationen als »feministisch«, »anarchistisch« und »grün-ökologisch« einher, was andeutet, dass der Sozialismus nicht mehr als eine rein ökonomische Ideologie zu verstehen ist, sondern auch in soziokulturel-

len Themenbereichen eine große Rolle spielt. Dieses Ergebnis wird im weiteren Verlauf des Kapitels in weiteren Analysen bestätigt. Das liegt womöglich in dem sozialistischen Fokus auf Bedürfnis- und Ergebnisgleichheit begründet, die nicht durch einen Fokus auf rein ökonomische Probleme bzw. Themen erreichbar ist.

Wie zu erwarten, korreliert der konservative POLID-Score mit der Identifikation als »konservativ« und »religiös«, während der libertäre POLID-Wert mit der Selbsteinschätzung als »neoliberal« und »konservativ« einhergeht. Zuletzt fällt die liberale Subdimension der POLID-Skala durch ihre Verbindung zu den Selbstwahrnehmungen als »sozialistisch« und »grün-ökologisch« auf, während die zu erwartende Verbindung zu »liberal« ausbleibt. Letzteres geht wahrscheinlich auf die verschiedenen Interpretationen des Labels »liberal« zurück. Insofern zeigt diese Analyse, dass die POLID-Scores tatsächlich jene Ideologien widerspiegeln, die sie messen sollten.

Kriteriumsvalidierungen haben jedoch mehr Gewicht, wenn sie mit Hilfe von etablierten Items oder Skalen durchgeführt werden. Aus diesem Grund werden die POLID-Scores mit dem bipolaren Links-Rechts-Item, der RWA- und SDO-Skala (Beierlein et al. (2014), Aichholzer (2019)), den Big Five-Persönlichkeitsdimensionen (Rammstedt et al. (2013)), den vier ökonomischen Gerechtigkeitsideologien von Stark et al. (2014), den Schwartz-Werten (1992; 2001; 2015) und weiteren ideologischen Konstrukten in Bezug gesetzt. Den Anfang macht die Selbstplatzierung zwischen *links* und *rechts*. Sowohl in der Studenten- als auch der VIC2-Stichprobe gehen höhere Libertarianismus- und Konservativismus-Werte mit einer Einschätzung in Richtung *rechts* einher, während höhere Sozialismus- und Liberalismus-Werte mit einer Platzierung in Richtung *links* korrelieren (siehe Abbildung 26). Dass die Koeffizienten der Korrelationen in der Studentenforschung meist höher sind, scheint ein Spezifikum dieses besonderen Samples zu sein, da Libertarianismus, Konservativismus und rechte Ideologien dort generell eher abgelehnt werden.

Sowohl die Werte für die Gerechtigkeitsideologien (Etatismus, Askriptivismus, Individualismus und Fatalismus) als auch die RWA- und SDO-Skala wurden nur in der Studentenforschung erhoben. Entsprechend müssen bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse Sampleeffekte im Kopf behalten werden. Auch eine Überprüfung dieser Ergebnisse in repräsentativeren Stichproben ist in Zukunft sinnvoll. Wie zu erwarten, zeigt sich in Abbildung 27, dass Libertarianismus-Werte mit hoher Wertschätzung von Askriptivismus und Individualismus einhergehen, während Etatismus abgelehnt wird. Dass Fatalismus für libertäre Studenten ebenfalls attraktiver ist, wirkt auf den ersten Blick überraschend, doch auch das kann wieder auf die spezifische ideologische Beschaffenheit der Studentenforschung zurückzuführen sein. Der Konservativismus erzielt ähnliche Beziehungen mit den Gerechtigkeitsideologien wie der Libertarianismus, wäh-

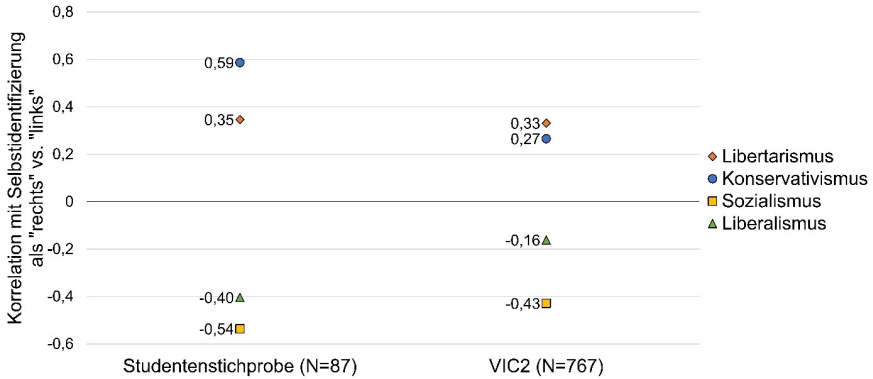


Abbildung 26: Korrelation zwischen POLID-Scores und der Selbstplatzierung zwischen »links« und »rechts«

Alle Korrelationen sind signifikant ($p < 0,01$).

Quelle: Eigene Darstellung

rend der Sozialismus erwartungsgemäß gegensätzliche Verbindungen zu diesen herstellt. Etatismus wird bevorzugt, während Askriptivismus, Individualismus und Fatalismus abgelehnt werden. Der Liberalismus erzielt ähnliche Korrelationen mit diesen ökonomischen Gerechtigkeitsvorstellungen wie der Sozialismus, lediglich die Korrelation mit dem Fatalismus ist nicht signifikant.

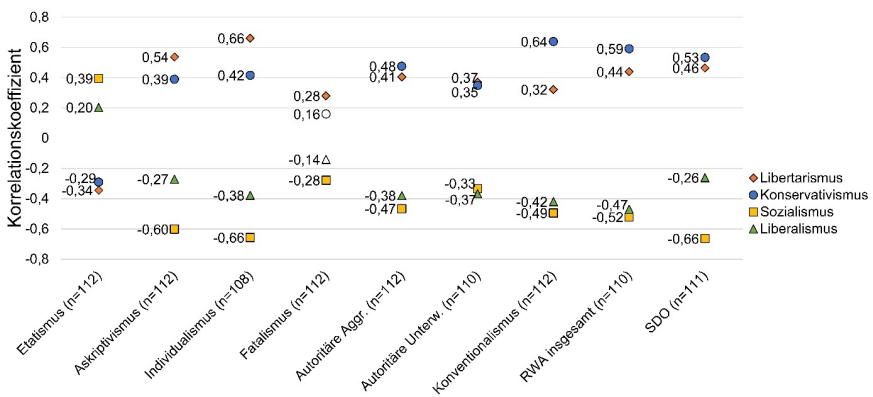


Abbildung 27: Korrelationen der POLID-Scores mit Gerechtigkeitsideologien von Stark et al. (2014), RWA und SDO (Studentensample)

Nicht ausgefüllte Punkte stehen für nicht signifikante Korrelationen ($p > 0,05$).

Quelle: Eigene Darstellung

Ähnlich verhält es sich bei den Korrelationen mit den RWA- und SDO-Werten. Diese und sämtliche Subskalen des RWA korrelieren mit Liberalismus und Kon-

servativismus, während Sozialismus und Liberalismus mit niedrigeren Werten einhergehen. Auffällig ist, dass der Konservativismus am stärksten mit der RWA-Dimension des Konventionalismus korreliert, was auch die hohe Assoziation mit dem RWA insgesamt begründet ($r = 0,59$).

Sowohl im Studenten- als auch im Bevölkerungssample des VIC-Panels wurden die Big Five Persönlichkeitsdimensionen der Befragten erhoben. Da hierfür in beiden Fragebögen dieselbe Skala verwendet wurde (Rammstedt et al. (2013)), eignen sich diese Variablen sehr gut für die Sampleübergreifende Überprüfung der Kriteriumsvalidität. Dass die Big Five in der ersten statt der zweiten Welle des VIC-Panels erhoben wurden, dürfte für die folgenden Analysen kein Problem darstellen, da die Persönlichkeit als zeitlich stabil angesehen wird (Feldman 2013, S. 610; Gerber et al. 2010, S. 111; Rammstedt et al. 2013, S. 234). Tabelle 15 zeigt, dass sich die Korrelationen zwischen den POLID-Scores und den fünf Dimensionen der Persönlichkeit nicht gravierend unterscheiden. Liberalismus korreliert mit geringerer sozialer Verträglichkeit und niedrigerer Offenheit. Außerdem korreliert dieser POLID-Wert im VIC2-Sample mit höherer Intraversion. Konservativismus geht im Bevölkerungssample mit mehr Gewissenhaftigkeit und Extraversion einher, Sozialismus tritt in Verbindung mit höherem Neurotizismus, mehr Offenheit und höherer Verträglichkeit auf, und hoher Liberalismus erzeugt eine negative Korrelation mit Gewissenhaftigkeit. Die meisten dieser Ergebnisse stimmen mit dem bisherigen Forschungsstand überein (Bakker 2017, S. 1025–1026; Cornelis et al. 2009, S. 56–58), allerdings gibt es einige interessante Abweichungen. Zum einen bleibt die erwartete Korrelation zwischen Offenheit für neue Erfahrungen und dem Liberalismus aus. Stattdessen korreliert diese nur mit dem Sozialismus. Das widerspricht dem bisherigen Forschungsstand (Bakker 2017, S. 1029–1031; Cornelis et al. 2009, S. 56–58). Nur auf Basis dieser bivariaten Analysen ist es schwierig, den Grund für diese Abweichungen zu bestimmen, weswegen diese Frage der zukünftigen Forschung überlassen werden muss. Dass man im Studentensample keine Korrelation zwischen Gewissenhaftigkeit und Konservativismus feststellt, kann durch Selbstselektion erklärt werden. Einerseits setzt die Aufnahme eines Studiums ein gewisses Maß an Gewissenhaftigkeit voraus und andererseits ist die konservative Ideologie unter den Studenten nicht weit verbreitet.

Zuletzt zeigt sich eine positive Korrelation zwischen Verträglichkeit und Konservativismus. Versteht man den Konservativismus ausschließlich als eine Systemlegitimierende Ideologie, die Ungleichheiten toleriert oder befürwortet, ist dieser Befund überraschend. Allerdings ist dieser Blick auf diese Ideologie zu simpel, wie in Kapitel 4.2.3.2 gezeigt wurde. Der Grund für die auftretende Korrelation hängt womöglich damit zusammen, dass für konservative Personen die eigene Familie besonders wichtig ist (siehe Tabelle 17), was auch mit einer

erhöhten Verträglichkeit einhergeht.¹⁶ Diese Hypothese kann auch die negative – wenn auch nicht signifikante – Korrelation zwischen Liberalismus und Verträglichkeit erklären, da diese Ideologie eher individualistisch ausgerichtet ist.

		Libertarismus	Konservativismus	Sozialismus	Liberalismus
Studenten- sample (N=112)	Extraversion	-0,01	-0,04	0,02	0,02
	Neurotizismus	-0,14	-0,06	0,23*	-0,06
	Verträglichkeit	-0,37***	0,04	0,23*	0,10
	Gewissenhaftig- keit	-0,05	0,10	0,04	-0,10
	Offenheit	-0,23*	-0,14	0,24*	0,11
VIC – Welle 1 (N=482; gewichtet)	Extraversion	-0,11*	0,10*	0,05	-0,04
	Neurotizismus	0,02	-0,16***	0,13**	-0,02
	Verträglichkeit	-0,19***	0,09*	0,18***	-0,08†
	Gewissenhaftig- keit	0,01	0,21***	-0,09†	-0,12**
	Offenheit	-0,15***	-0,00	0,12**	0,03

Anmerkung: †p<0,10; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001

Tabelle 15: Korrelationen zwischen den Big Five und den POLID-Scores

Quelle: Eigene Darstellung

Das VIC-Panel bietet noch weitere interessante ideologische Kontrollvariablen: eine Sexismus-Skala, eine Einschätzung darüber, wie gerechtfertigt ausgewählte Verhaltensweisen sind, einen Empathie-Index, sowie ein Item zur Messung von Islamophobie. Die Korrelationen zwischen diesen Variablen und den POLID-Scores sind in Tabelle 16 abgetragen. Wie zu erwarten, erzielten Befragte, die höhere Werte in den eher rechten Ideologien (Libertarismus und Konservativismus) aufweisen, höhere Sexismus- und Islamophobie-Werte, während nur Libertäre signifikant weniger Empathie zeigen. Der Sozialismus erzielt entgegengesetzte Tendenzen bei der Empathie. Das setzt sich in den Rechtfertigungen von Verhaltensweisen fort. Während der Libertarismus und Konservativismus Homosexualität, Abtreibung und Scheidungen eher als nicht gerechtfertigt wahrnehmen, ist diese Tendenz für die sozialistische und liberale Ideologie umgekehrt.

In Tabelle 16 zeigen sich jedoch auch Unterschiede zwischen den beiden eher linken Ideologien. Während der Sozialismus mit hohen Empathie-Werten korreliert, ist diese Tendenz beim Liberalismus tendenziell umgekehrt. Dies geht womöglich auf den Individualismus dieser Ideologie zurück. Dieser niedrigere Empathie-Wert führt jedoch nicht zur Ablehnung von Homosexualität, Abtreibung

16 Der Wert der Verträglichkeit aus Welle 1 korreliert mit $r = 0,18$ ($p = 0,008$; $N = 228$) mit der Wichtigkeit von Familie und Kinder aus Welle 2.

oder Scheidung. Bezüglich der letzten beiden sind die Korrelationen mit dem Liberalismus sogar noch stärker als mit dem Sozialismus. Während die Rechtfertigung dieser Verhaltensweisen im Schutz benachteiligter Gruppen begründet sein kann, was einer sozialistischen Tendenz entspringen kann, spielen in all diesen Punkten auch individuelle Freiheiten – in Bezug auf die Auslebung der eigenen Sexualität, Selbstbestimmung über den Körper oder die Lebensführung – eine Rolle, die insbesondere für den Liberalismus schützenswert sind. So erklärt sich, warum der Liberalismus in den Themen der Abtreibung und Scheidung sogar noch stärkere Korrelationen erzielt als der Sozialismus. Insofern spiegeln sich die harten Kerne dieser beiden Ideologien in diesen Ergebnissen wider.

		Libertarismus	Konservativismus	Sozialismus	Liberalismus	N
Welle 2	Sexismus ^a	0,27***	0,23***	-0,35***	-0,16***	767
	Rechtfertigung von Verhaltensweisen ^b					
	Homosexualität	-0,17***	-0,22***	0,22***	0,17***	767
	Abtreibung	-0,08*	-0,14***	0,08*	0,16***	767
	Scheidung	-0,10**	-0,16***	0,10**	0,16***	767
Welle 1	Davis' Empathie-Index ^c	-0,19***	0,02	0,23***	-0,08†	482
	Islamophobie-Item ^d	0,33***	0,34***	-0,44***	-0,21***	425

Anmerkung: †p<0,10; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001; gewichtete Daten

^a Durchschnittswert aus drei Einstellungssitems mit jeweils vier Antwortkategorien: »Alles in allem sind Männer bessere Politiker als Frauen«, »Eine Hochschulausbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen« und »Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, haben Männer eher ein Recht auf Arbeit als Frauen«

^b Bewertung der drei Schlagworte auf einer zehnstufigen Skala ((1) »in keinem Fall gerechtfertigt« bis (10) »in jedem Fall gerechtfertigt«)

^c vgl. Davis (1980, 1983)

^d Frageformulierung: »Wäre es für Sie in Ordnung, wenn Ihr (künftiger) Sohn / Ihre (künftige) Tochter eine Partnerin / einen Partner aus einem islamischen Land heiraten würde?« (vier Antwortkategorien)

Tabelle 16: Korrelationen zwischen POLID-Scores und ideologischen Kontrollvariablen (VIC)

Quelle: Eigene Darstellung

Ein weiteres interessantes Set an Variablen für die Kriteriumsvalidität ist die Wichtigkeit von verschiedenen Lebensbereichen für die Befragten (siehe Tabelle 17). Die Fragen bezgl. der Wichtigkeit dieser Themen wurde randomisiert nur einer Hälfte des Samples in VIC2 gestellt, weswegen die Fallzahlen dort niedriger ausfallen. Dennoch sind sie groß genug, um Korrelationen sinnvoll interpretieren zu können. Traditionelle Ideale wie die Kernfamilie bzw. ein starkes Arbeitsethos gehen mit konservativen Werten einher. Dasselbe trifft auf die Wichtigkeit von Religion und »Politik und öffentliches Leben« zu, während die Betonung

von Freizeit in einem negativen Zusammenhang mit Konservativismus steht. Sozialistisch geprägte Befragte empfinden »Beruf und Arbeit« als weniger wichtig, während sie gleichzeitig ihrer Verwandtschaft und ihren Freunden verstärkt Bedeutung zusprechen. So deutet sich die inhärente Soziabilität der sozialistischen Ideologie an. Freizeit wird dagegen v.a. von den Liberalen als wichtig erachtet, während sie – gemeinsam mit dem Libertarismus – wenig Wert auf Religion legen. Zuletzt zeigen Libertäre eine negative Korrelation mit der Wichtigkeit von Freunden, was sich auch tendenziell bei ihren Verwandten andeutet. Eine mögliche Erklärung wäre der inhärente Individualismus des Libertarismus. Der Empathie-Wert bietet sich hier nicht direkt als Erklärung an, da er nicht signifikant mit der Wichtigkeit von Freunden und Verwandtschaft korreliert. Die Korrelation zwischen dem Libertarismus und »Beruf und Arbeit« ist dagegen nicht annähernd signifikant. Das bedeutet, dass libertäre Personen nicht die Arbeit an sich wichtig finden. Womöglich ist ihnen die Vergütung dieser Arbeit wichtiger als die Arbeit an sich.

	Libertarismus	Konservativismus	Sozialismus	Liberalismus
Gesundheit	-0,06	0,05	0,01	-0,01
Partnerschaft	-0,03	0,00	-0,02	0,06
Eigene Familie und Kinder	-0,03	0,21***	-0,10†	-0,08
Beruf und Arbeit	0,07	0,16**	-0,16**	-0,08
Freizeit	-0,08	-0,14**	0,10†	0,14*
Freunde	-0,13*	0,00	0,12*	0,01
Verwandtschaft	-0,08†	0,01	0,11*	-0,04
Politik und öffentliches Leben	-0,01	0,12*	-0,04	-0,07
Religion	-0,11*	0,27***	-0,02	-0,15**

Anmerkung: N=337; gewichtete Daten; †p<0,10; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001; jeweils sieben Antwortkategorien pro Item (»unwichtig« bis »sehr wichtig«)

Tabelle 17: Wichtigkeit von Lebensbereichen und deren Korrelation zu POLID-Werten (VIC2)

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Erklärung findet Unterstützung, wenn man die Korrelationen zwischen den Ansprüchen an den eigenen Beruf und den POLID-Scores betrachtet (Tabelle 18). Libertären ist ein hohes Einkommen tendenziell sehr wichtig, wofür sie bereit sind, Abstriche bei dem eigenen Interesse an der Arbeit zu machen. Auch der Kontakt zu anderen Menschen, die Hilfe anderen gegenüber und der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit sind für sie keine wichtigen Aspekte des Berufslebens. Konservative betonen dagegen selbstständige Arbeit und den Kontakt mit Menschen. Je höher der Sozialismus-Wert der Befragten, desto niedriger sind die Wichtigkeit eines hohen Einkommens, von Aufstiegschancen oder der Selbst-

ständigkeit in der Arbeit. Vielmehr setzen sozialistische Befragte darauf, dass sie in ihrem Beruf anderen Menschen helfen können. Liberale Befragten setzen dagegen auf interessante Tätigkeiten, für die sie auch bereit sind, Abstriche bei der Sicherheit ihrer Berufsposition zu machen.

	Libertarismus	Konservativismus	Sozialismus	Liberalismus	N
Sichere Berufsstellung	0,00	0,00	0,10†	-0,12*	328
Hohes Einkommen	0,15**	-0,01	-0,21***	0,09	331
Gute Aufstiegsmöglichkeiten	0,10†	0,02	-0,12*	0,01	325
Interessante Tätigkeit	-0,14*	-0,09†	0,09†	0,15**	326
Tätigkeit mit viel Selbstständigkeit	0,06	0,16**	-0,18***	-0,04	327
Beruf, bei dem man anderen helfen kann	-0,23***	0,10†	0,13*	-0,02	324
Beruf, der für die Gesellschaft nützlich ist	-0,13*	0,09†	0,06	-0,02	323
Beruf mit viel Kontakt zu andern Menschen	-0,15**	0,11*	0,01	0,04	330

Anmerkung: †p<0,10; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001; gewichtete Daten; jeweils fünf Antwortoptionen (»überhaupt nicht wichtig«, »eher nicht wichtig«, »weder noch«, »eher wichtig« und »sehr wichtig«)

Tabelle 18: Ansprüche an den Beruf und deren Korrelation zu POLID-Werten (VIC2)

Quelle: Eigene Darstellung

Grundlegende Werthaltungen stehen ebenfalls in einer engen Beziehung zu Ideologien. Schwartz et al. (2010) gehen davon aus, dass zentrale politische Werte – definiert als »*overarching normative principles and belief assumptions about government, citizenship, and society*« (2010, S. 423) – auf Basis der individuellen Wertedisposition ausgewählt werden (2010, S. 422–423). Um diese These zu testen, greifen sie auf die Wertekonzeption von Schwartz (1992; 2001; 2015; 2022) zurück, der zehn Grundwerte definiert, die in vier übergeordnete Werte gruppiert werden können. Der Trade-off zwischen diesen Werten gibt die individuelle Wertedisposition der Befragten wieder (Abbildung 28). Nebeneinanderstehende Werte im Kreismodell gehen häufiger miteinander einher, während gegenüberstehende sich gegenseitig ausschließen (Pioro et al. 2011, S. 538–540; Schwartz 1992, S. 4–15; Welzel 2009, S. 114–116). Tatsächlich stellen Schwartz et al. (2010) fest, dass traditionelle politische Werte mit konservativen Schwartz-Werten eingehen, während Werte wie Gleichheit, Freiheit, etc. mit Offenheit- und Selbsttranszendenz-Werten aus dem Kreismodell korrelieren (2010, S. 437–441). Auch die Selbstplatzierung auf der Links-Rechts-Skala ist durch die eigene Wertedisposition beeinflusst. Selbsttranszendenz- und Offenheitswerte sind mit einer linken politischen Haltung assoziiert, Selbsterhöhung und Konservati-

vismus dagegen mit rechten Tendenzen (Piurko et al. 2011, S. 550–552). Zuletzt stehen die Werte auch in Zusammenhang mit der Wahl bzw. Unterstützung von bestimmten politischen Parteien (Eder et al. 2022, S. 13–16; Schwartz et al. 2010, S. 442).

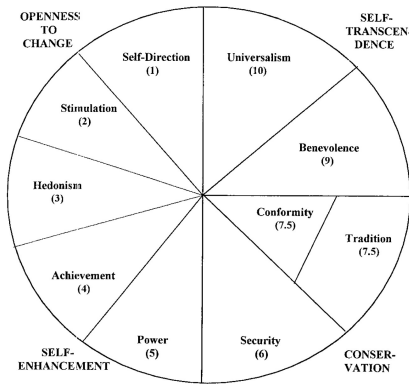


Abbildung 28: Kreismodell der Schwartz-Werte

Quelle: Schwartz et al. 2001, S. 522

Aus diesen Gründen bietet sich die Überprüfung der Beziehung der POLID-Scores und der Schwartz-Werte an. Tabelle 19 fasst diese Ergebnisse zusammen. Wie zu erwarten, korreliert der Liberalismus v.a. mit den Selbsterhöhungswerten der Leistung und Macht, die auf Ressourcenakquirierung, Leistungsorientierung, Dominanz und Prestige fokussiert sind (Schwartz 1992, S. 8–9). Die POLID-Subskala des Konservatismus steht in Verbindung mit den konservativen Werten der Sicherheit, Konformität und Tradition. Der Sozialismus weist die stärkste Verbindung zu den selbsttranszendenten Werten des Universalismus und der Mitmenschlichkeit auf, die sich auf das Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes (Toleranz, Umweltschutz, etc.) bzw. des eigenen sozialen Netzwerks konzentrieren (Schwartz 1992, S. 11–12). Zuletzt betont der Liberalismus vor allem die Offenheitswerte Selbstbestimmung, Stimulation und Hedonismus. In Tabelle 19 werden auch die Kreisstruktur der Schwartz-Werte und die negativen Korrelationen zwischen Liberalismus und Sozialismus bzw. Konservatismus und Liberalismus erkennbar. Jede positive Korrelation auf einer Werte- oder POLID-Subdimension geht mit negativen Korrelationen auf der entgegengesetzten Seite einher.

Da die Unterstützung von politischen Parteien sowohl mit Werten als auch Ideologien einhergeht (siehe oben), soll zuletzt der Zusammenhang zwischen den POLID-Scores und der Favorisierung von politischen Parteien untersucht

		Libertaris- mus	Konservativis- mus	Sozialis- mus	Liberalis- mus
Einzelne Werte	Leistung	0,28***	-0,06	-0,17***	-0,07†
	Macht	0,26***	-0,13***	-0,14***	0,00
	Sicherheit	0,09*	0,24***	-0,14***	-0,18***
	Konformität	0,02	0,16***	0,03	-0,23***
	Tradition	0,02	0,34***	-0,14***	-0,22***
	Universalismus	-0,41***	-0,22***	0,45***	0,18***
	Mitmenschlich- keit	-0,22***	-0,00	0,17***	0,06
	Selbstbestim- mung	-0,04	-0,01	-0,06	0,13***
	Stimulation	0,02	-0,11**	-0,04	0,15***
	Hedonismus	0,01	-0,18***	-0,01	0,19***
Zusammen- gefasste Werte	Selbsterhöhung	0,32***	-0,11**	-0,19***	-0,04
	Konservativismus	0,06	0,35***	-0,11**	-0,30***
	Selbsttranszen- denz	-0,40***	-0,14***	0,39***	0,15***
	Offenheit	0,00	-0,16***	-0,05	0,22***

Anmerkung: N=745; gewichtete Daten; † p<0,10; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001

Tabelle 19: Korrelationen zwischen den POLID-Scores und Schwartz-Werten (VIC2)

Quelle: Eigene Darstellung

werden. Hierfür wurden jeweils die Abweichungen der Wählergruppen in ihren POLID-Werten vom Durchschnitt der Bevölkerung auf statistische Signifikanz geprüft. Abbildung 29 stellt die Spinnennetze der Wählerschaften in VIC2 dar, wobei die graue Fläche jeweils das Spinnennetz der Gesamtstichprobe wiedergibt. Die Unterstützer der konservativen ÖVP und rechtspopulistischen FPÖ weisen überdurchschnittlich hohe Werte beim Libertarismus auf, während die Wähler der sozialdemokratischen SPÖ, der Grünen und die Nichtwähler niedrigere Werte aufweisen. Allerdings ist die Abweichung der Nichtwähler vom Sample-durchschnitt statistisch nicht signifikant, was auf die interne Heterogenität dieser Gruppe zurückgeführt werden kann. Bezüglich des Konservativismus fallen wieder die ÖVP- und FPÖ-Wählerschaft durch überdurchschnittliche Werte auf. Während sich die Basis der SPÖ und die Nichtwähler in dieser Ideologie nicht vom österreichischen Durchschnitt unterscheiden, liegt der Konservativismus-Wert der NEOS- und Grün-Wähler weit unter dem Durchschnitt. Die stärksten Schwankungen treten in den Sozialismus-Werten auf. Diese sind bei der ÖVP und der FPÖ signifikant unterdurchschnittlich, während die SPÖ- und Grün-Wähler signifikant höhere Werte aufweisen als der österreichische Durchschnitt. Wenige Unterschiede zwischen den Wählergruppen finden sich dagegen im Liberalismus-Wert. Lediglich die ÖVP fällt durch einen unterdurchschnittlichen Wert auf, während die Grünen einen überdurchschnittlichen Wert aufweisen.

Sämtliche dieser Ergebnisse sind theoretisch sinnvoll und bestätigen erneut die Kriteriumsvalidität der POLID-Skala.

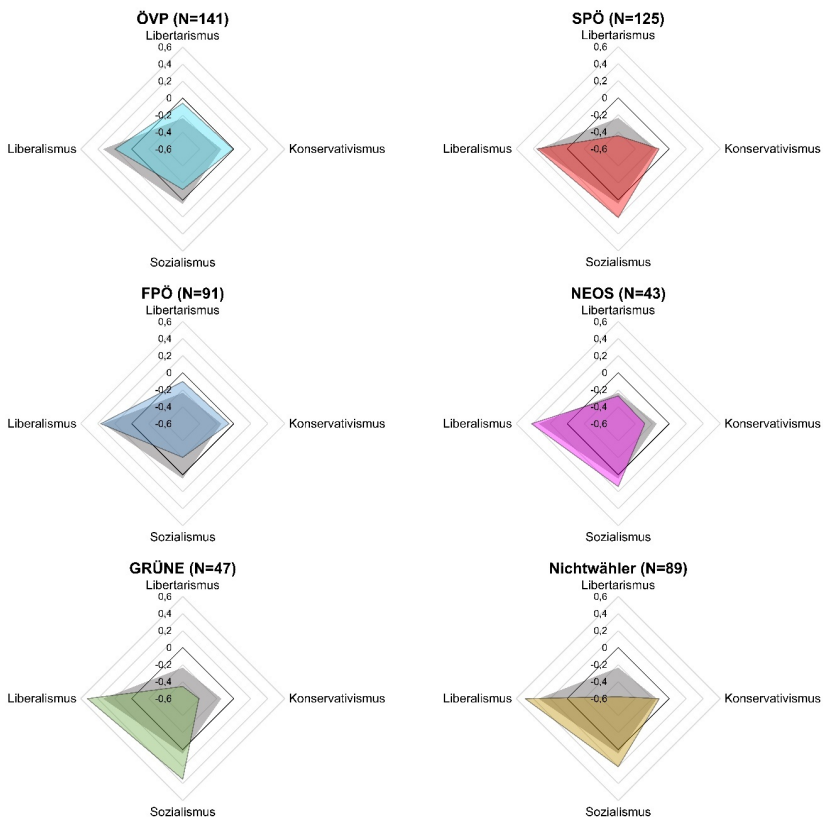


Abbildung 29: Spinnennetze, nach Parteipräferenz für die nächste Nationalratswahl

Die graue Fläche repräsentiert den Durchschnitt der VIC2-Stichprobe (N=767), während die schwarze Linie die Nulllinie im Spinnennetz markiert.

Quelle: Eigene Darstellung

Fasst man all diese Analysen zusammen, überzeugt die POLID-Skala als eine effiziente, ökonomische, detailgetreue und valide Operationalisierung von Ideologien. Damit eignen sich die vier Ideologie-Scores als abhängige Variablen in der empirischen Bearbeitung der zentralen Forschungsfrage dieser Monographie.

5. Die sozioökonomische Position der Befragten

Die sinnvolle Beantwortung der Forschungsfrage dieser Monographie setzt neben der Messung von politischen Ideologien eine angemessene Operationalisierung der sozialen Position der Befragten voraus. Da jede Operationalisierung auf einem konkreten Verständnis des zu messenden Konzepts basiert, muss auch die Auswahl des sozialstrukturanalytischen Konzepts begründet werden. Das ist insbesondere für Studien der Ideologieforschung von Bedeutung. Jedes Sozialstrukturmodell bzw. jede Auswahl eines zentralen Konstrukts basiert auf den Überzeugungen des Forschers darüber, welche Ungleichheitsdimensionen in der Sozialstruktur besonders relevant sind. Wie in Kapitel 2.1.4 argumentiert wurde, können so ideologische Vorannahmen Einzug in die empirische Analyse halten. Teilt man die Sozialstruktur bspw. in ökonomische Ausbeuter und Ausgebeutete ein, folgt man offenkundig einer marxistischen Traditionslinie, die vermehrt mit sozialistischen oder kommunistischen Tendenzen korreliert. Das Vorliegen von ideologischen Vorannahmen allein ist kein Beweis für eine Verzerrung der Forschung, doch gerade wenn Sozialstrukturmodelle in der Ideologieforschung verwendet werden, müssen die theoretischen Grundannahmen offengelegt werden, um etwaige Einflüsse der Ideologie der Forscher auf ihre Ergebnisse transparent zu machen. Eben das ist der Zweck des folgenden Kapitels 5.1, bevor in Kap. 5.2 eine Zuteilung der Befragten auf soziale Positionen erfolgt.

Aus Platzgründen kann dabei nicht jedes Klassen- oder Schichtkonzept, jedes Verständnis des Milieu-Begriffes, etc. detailliert behandelt werden. Alleine um den Klassenbegriff drehen sich in der Sozialstrukturanalyse rege Diskussionen bezüglich seiner Bedeutung, seiner Eigenschaften und seiner angemessenen Operationalisierung. Aus diesen Gründen werden nur ausgewählte Klassen, Schicht- oder Milieuschemata besprochen, die in der Literatur besonders ein-

flussreich sind, häufig im Kontext mit politischen Einstellungen oder Ideologien Verwendung finden oder Weiterentwicklungen dieser Konzepte sind.¹

Weiter erschwert wird die Diskussion durch den Umstand, dass zwar im Deutschen zwischen Klassen und Schichten unterschieden wird, aber im Englischen beide Konzepte als *class* beschrieben werden. So ergibt sich der Umstand, dass sowohl unter Klassen- und Schichtmodellen Berechnungen von graduellen Indizes und Unterteilungen in disjunkte Gruppen vorliegen, wie im folgenden Kapitel zu sehen sein wird. Gewisse Redundanzen sind im Folgenden somit nur schwer zu vermeiden.

5.1 Ein geeignetes Konzept der sozioökonomischen Position

5.1.1 Klasse

Wie bereits beschrieben, ist die Definition des Begriffs der Klasse umstritten. Fasst man die Diskussion jedoch in eine grobe Zweiteilung zusammen, kann man zwischen Konzepten unterscheiden, die entweder der Definition nach Karl Marx oder der Definition nach Max Weber folgen.

Karl Marx' Klassenschema ergibt sich aus seiner Politischen Philosophie (Kap. 2.1.1), in der er sich auf die Position der Menschen im kapitalistischen Produktionsprozess, die materielle Abhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie und die daraus entstehende Ausbeutung fokussiert. Darauf aufbauend stellt Marx einige Anforderungen an den Begriff der Klasse. Menschen gehören für ihn nur dann derselben Klasse an, wenn sie durch die gemeinsame Stellung im Produktionsprozess gleiche Lebensbedingungen aufweisen, die sich in einem kollektiven Bewusstsein niederschlagen. Die in diesem Bewusstsein verankerten objektiven Interessen der Klassen (Abschaffung vs. Beibehaltung der ökonomischen Ausbeutung) führen dazu, dass sie in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen (Bolte und Hradil 1988, S. 37–43; Hradil 1987, S. 60–61; Rössel 2009, S. 106–108). Das bekannteste empirisch nutzbare Klassenschema, das auf dieser marxistischen Perspektive aufbaut, stammt von Erik Olin Wright (1997).

¹ Weiters interessierte Leser seien bspw. auf die folgenden Klassenschemata verwiesen. David Rose und Eric Harrison (2007) entwickeln eine Europäische sozio-ökonomische Klassifikation (ESeC), die auf dem Beruf und der Qualifikation basiert (siehe hierzu auch Müller et al. (2008)). Kim Weeden und David B. Grusky (2005) entwickeln einen Mikroklassenansatz, um sich von der Makroperspektive der bisherigen Klassenkonzepte abzugrenzen. Sie benutzen hierzu neben Informationen zu ökonomischen Variablen auch die Lebensstile, politischen Präferenzen und Einstellungen, sowie demografische Variablen wie Geschlecht und Ethnie (2005, S. 148–149).

Zur Konstruktion seiner Einteilung in verschiedene Klassen greift er auf das Konzept der Ausbeutung zurück, die er definiert als »[the] antagonistic interdependence of material interests of actors within economic relations« (1997, S. 10). Obwohl Wright behauptet, den Begriff von Gerechtigkeitsevaluationen abzugrenzen, bleibt er nicht völlig wertneutral, weil er ihn bspw. dem Begriff der Dominanz vorzieht (1997, S. 1–13).

»The concept of domination does not in and of itself imply any specific interest of actors. Parents dominate small children, but this does not imply that they have intrinsically opposed interests to their children. What would make those interests antagonistic is if the relation of parents to children were exploitative as well.« (Wright 2008, S. 99)

Aus dem Konzept der Ausbeutung folgt die Unterteilung in Besitzende und Arbeiter. Allerdings würde die Gruppe der Arbeiter die Mehrheit der Bevölkerung beinhalten und wäre somit in Bezug auf verschiedene Merkmale äußerst heterogen. Deswegen fügt Wright weitere Unterscheidungsmerkmale hinzu. Zum einen ist für ihn das Ausmaß der Autorität, die ein Mensch im Produktionsprozess innehat, von Bedeutung. Verschiedene Autoritätspositionen erlauben es manchen Arbeitern privilegiere Stellungen einzunehmen (z.B. Managerpositionen), die häufig auch mit höheren Löhnen einhergehen. So können bessergestellte Arbeiter bspw. den Besitzenden bei der Kontrolle der restlichen Arbeiter behilflich sein. Zusätzlich interessiert Wright sich für die Fertigkeiten, die Menschen auf dem Arbeitsmarkt verwerten können. Fertigkeiten sind rar gesät, und Ausbildungschancen werden durch soziale Schließungen häufig begrenzt. So ergeben sich für Menschen, die diese Fertigkeiten erworben haben, mehr Chancen, eine besser bezahlte Arbeitsstelle zu besetzen. Außerdem können Menschen, die diese Skills nicht aufweisen, einfacher materiell abhängig gemacht werden, während Arbeitgeber besser ausgebildete Arbeiter durch Anreize (Boni, Aufstiegschancen, etc.) tendenziell in ihrem Unternehmen halten wollen, um nicht auf deren Produktivität verzichten zu müssen. Auch die Gruppe der Besitzenden kann durch die Anzahl ihrer Arbeiter weiter unterteilt werden. Betrachtet man all diese Unterscheidungsvariablen gleichzeitig, ergibt sich daraus die in Abbildung 30 dargestellte Struktur aus Klassenpositionen. Wright spricht bewusst nicht von Klassen, sondern von Klassenpositionen, da oft nur Koalitionen aus verschiedenen Klassenpositionen gemeinsame Interessen ausbilden, was für Marx und Wright eine Voraussetzung für den Klassenbegriff ist (Rössel 2009, S. 110–115; Wright 1997, S. 19–26).

In diesem Schema werden Personen, die (momentan) nicht am Produktionsprozess teilnehmen (Studenten, Erwerbslose, Rentner, Hausfrauen oder -männer, Kinder, etc.), nicht berücksichtigt. Vielmehr schreibt Wright den Menschen aus diesen Gruppen indirekte Klassenpositionen zu, die sie durch die

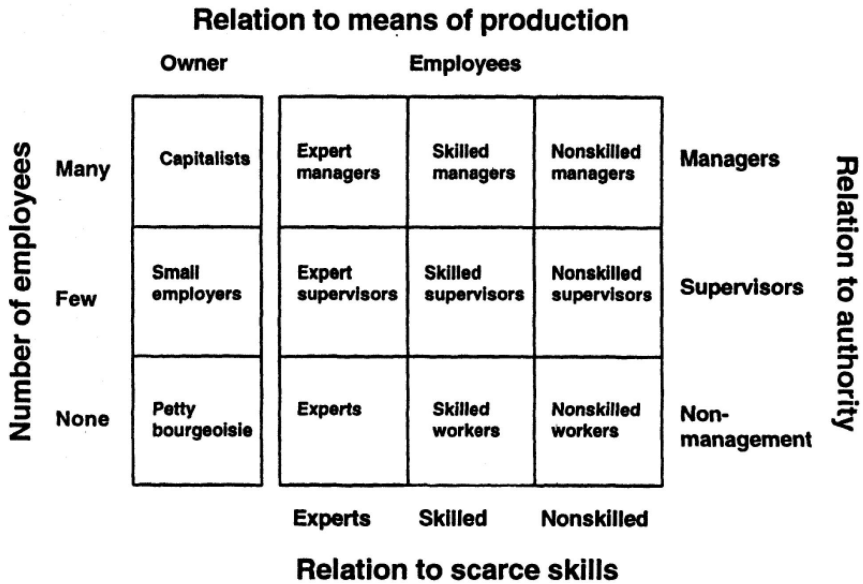


Abbildung 30: Schema der Klassenpositionen nach Erik Olin Wright

Quelle: Wright 1997, S. 25

Verwandtschaft oder Partnerschaft zu Personen mit eigener Klassenposition gewinnen (Wright 1997, S. 26–29). Diese Argumentation ist aus mehreren Gründen strittig. Während die Klassenzugehörigkeit von Kindern durchaus gut durch die Position der Eltern dargestellt werden kann, ist es doch problematisch, die Klassenposition von Frauen auf die ihrer Partner zu reduzieren. Auch empirisch ist es wenig hilfreich, die Klassenposition der Hälfte der Bevölkerung nur indirekt abzubilden. Auch das Ignorieren von erwerbslosen Männern ist fragwürdig, da sie für die Sozialstrukturanalyse eine hochinteressante Gruppe sind.

Doch schon dass Wright auf das Konzept der Ausbeutung besteht, ist für die Zwecke dieser Monographie potentiell problematisch, da die Einteilung in Ausbeuter und Ausgebeutete alle Bedingungen an ein ideologisches Erzeugnis erfüllt, die in Kap. 3.5 definiert wurden. Zu einer (impliziten) Diffamierung jener Befragten, die Systemlegitimierende Ideologien (Libertarismus, Konservatismus), pflegen wäre nur ein kleiner argumentativer Schritt nötig. Da sich diese Monographie den Anspruch gesetzt hat, den Zusammenhang zwischen der sozialen Position der Befragten und ihrer politischen Ideologien wertneutral zu betrachten, scheint Wrights Konzept für die Zwecke dieser Studie nicht geeignet.

Auch abseits von Wrights Schema scheinen Klassenkonzepte, die auf Marx' Definition des Klassenbegriffs basieren, für die empirische Ideologieforschung

ein Problem aufzuweisen. Setzt man voraus, dass Klassen homogene Mentalitäten aufweisen und sich voneinander in diesen unterscheiden, kann das zwei Konsequenzen nach sich ziehen. Einerseits können Klassentypologien bereits mit ideologischen Variablen (z.B. Einstellungsisems) erstellt werden, andererseits können diese zum Testen der Validität der entwickelten Klassenstruktur genutzt werden. Im ersten Fall würde man von vornherein determinieren, dass Klassen und Ideologien miteinander einhergehen. Anders gesagt, der Zusammenhang zwischen Klasse und Ideologie wäre dann künstlich erzeugt. Im zweiten Fall würde die Klassenstruktur im schlimmsten Fall so lange überarbeitet, bis sich intern mental homogene und extern heterogene Klassen ergeben, was einen ähnlichen Effekt auf die Aussagekraft der Ergebnisse hätte wie im ersten Fall. Tatsächlich aussagekräftig ist ein statistischer Zusammenhang zwischen Klasse und Ideologie nur dann, wenn beide Konzepte unabhängig voneinander definiert und operationalisiert wurden. Folglich sollte das gewählte sozialstrukturelle Konzept die Mentalitätsebene aktiv ausschließen, weswegen es für die vorliegende Monographie wenig ertragreich wäre, auf (neo)marxistische Klassenbegriffe zurückzugreifen.

Max Weber stellt geringere Anforderungen an den Klassenbegriff als Marx. Sein zentraler Fokus liegt auf den ökonomischen Marktchancen, die Menschen durch die Ausstattung mit Ausbildungs- oder monetären Ressourcen haben. So kann allgemein zwischen Erwerbs- und Besitzklassen unterschieden werden. Allerdings sind auch diese intern heterogen, weswegen man sie anhand anderer Merkmale (Industriezweig, Art der Qualifikation, etc.) in verschiedene Klassenlagen unterteilen kann, die innerhalb derselben sozialen Klasse existieren. Für Weber sind soziale Klassen die Summe »aller Klassenlagen, zwischen denen Personen in ihrem eigenen Lebensverlauf und in der Generationenfolge leicht wechseln können und zwischen denen Wechsel häufig stattfinden« (Rössel 2009, S. 108). Insgesamt identifiziert Weber vier große Klassen: die Arbeiterschaft, die qualifizierte Mittelklasse, das Kleinbürgertum und die Oberklasse. Aus der Zugehörigkeit zu einer dieser Klassen oder einer spezifischen Klassenlage können zwar konträre Interessen entstehen, allerdings entwickelt jede Gruppe ihre eigenen Interessen. Die Gesellschaft ist für Weber somit nicht durch einen zentralen Konflikt geprägt, wie es Marx postuliert. Damit ist das Klassentypische Bewusstsein für Weber keine Voraussetzung, um eine bestimmte Gruppe mit gleichen Marktchancen als Klasse zu bezeichnen (Hradil 1987, S. 61–64; Rössel 2009, S. 108–109). Ein weiterer Gegensatz zu Marx ist, dass Max Webers Klassenbegriff rein deskriptiv konstruiert ist und selbst keine normative Bewertungen der Klassen vornimmt.

Eine der einflussreichsten konkreten Operationalisierungen von Klassenlagen auf Basis von Max Webers Klassenbegriff ist das EGP-Schema (Abbildung 31)

von Robert Erikson, John H. Goldthorpe und Lucienne Protocarero. Die am häufigsten zitierte Quelle ist jedoch »*The Constant Flux*« von Erikson und Goldthorpe (1993). Wie auch bei Max Weber werden die Klassenlagen im EGP-Schema in erster Instanz durch den Erwerbsstatus der Person bestimmt (Selbstständig, Arbeitgeber oder -nehmer). Diese drei Gruppen können durch bestimmte Merkmale weiter unterteilt werden. Arbeitgeber werden durch die Unternehmensgröße und den Industriezweig weiter unterteilt, wobei die Geschäftsführer von Hotels, Restaurants, etc. mit Wirtschaftseliten in Klassenlage I zusammengefasst werden. Selbstständige werden durch die Art ihres Unternehmens in die Klassenlagen IVb und IVc unterteilt. Zuletzt wird die Gruppe der Arbeitnehmer durch verschiedene Variablen differenziert. Neben dem Industriesektor spielen dabei das Ausmaß der für einen Beruf benötigten Qualifikationen, die Art des Werkvertrags und das Ausmaß der Autonomie des Arbeiters eine bedeutende Rolle (Erikson und Goldthorpe 1993, S. 35–47). In der konkreten Umsetzung wird für die Einteilung von Befragten in Klassenlagen auf deren Erwerbssituation und Berufskategorie als zentrale Variablen zurückgegriffen (siehe Brauns et al. 2000; Erikson et al. 1979, S. 418).

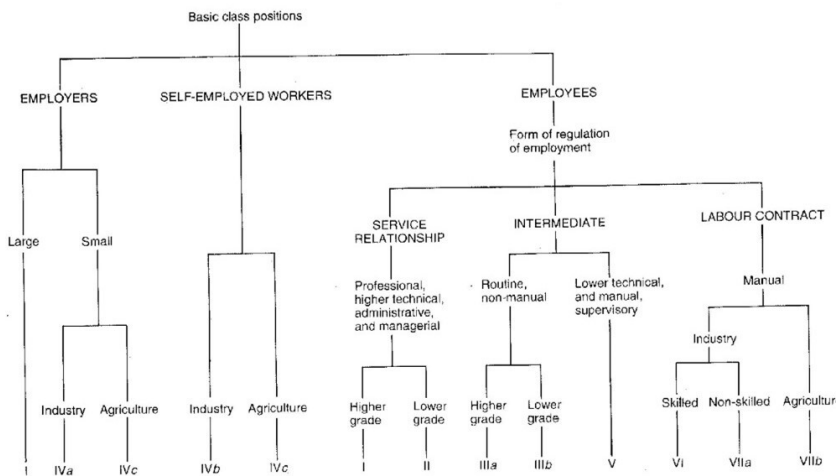


Abbildung 31: EGP-Klassenschema

Quelle: Erikson und Goldthorpe 1993, S. 36

Obwohl das EGP-Schema viel Popularität genießt, wurde auch einige Kritik daran formuliert. Zum einen sind manche Klassenlagen in der empirischen Realität so selten besetzt, dass sie häufig für Analysen zusammengefasst werden müssen. So werden bspw. häufig die Klassenlagen I und II zur Dienstklasse zusammengefasst.

mengezählt (Erikson und Goldthorpe 1993, S. 35–37). So ergibt sich das Problem, dass Großunternehmer, Manager und Akademiker trotz unterschiedlicher Ressourcenausstattungen und Arbeitsbedingungen wie eine homogene Gruppe behandelt werden (Oesch 2006, S. 51–54; Rössel 2009, S. 119–120). Des Weiteren entstand dieses Schema in den 1970er Jahren. Seitdem hat sich der Arbeitsmarkt sehr stark verändert. Neben der Tertiärisierung, der allgemeinen Bildungsexpansion (sowohl allgemein- und berufsbildend) und der Verbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen, ist es insbesondere die Erwerbstätigkeit der Frauen, die von dem EGP-Schema unzureichend abgebildet wird. Die Struktur der Klassenlagen kann zwar typisch männliche Berufe sehr gut voneinander trennen, Frauen bündeln sich jedoch zu zwei Dritteln in den Klassenlagen II und III (Oesch 2006, S. 27–39, 43–45).

Aus diesen Gründen entwickelt Oesch (2006) auf Basis des EGP-Schemas ein eigenes Klassenlagenschema, das die vertikale und horizontale Stratifikation auf dem Arbeitsmarkt fassen soll. Die vertikale Ebene wird dabei durch das Ausmaß an verwertbaren Fertigkeiten dargestellt. Neben der Erwerbssituation der Befragten fokussiert er sich auf der horizontalen Ebene auf die Arbeitslogik, die in Berufen zentral vorherrscht und die bestimmte Fertigkeiten und Qualifikationen voraussetzen (technische oder organisatorische Fähigkeiten und/oder *soft skills*). Durch die Berücksichtigung dieser *people skills* kann er explizit auch Berufe mit kategorisieren, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden (Krankenpfleger, Physiotherapeuten, etc.) (Oesch 2006, S. 59–69). Daraus ergibt sich sein Klassenlagenschema, das in Abbildung 32 dargestellt ist.

Obwohl Oesch die oben genannten Kritikpunkte gegenüber dem EGP-Schema lösen kann, bleibt ein Problem bestehen, das auf alle diskutierten Klassenmodelle zutrifft. Wie bereits im Kontext von Wrights Schema diskutiert wurde, führt der Fokus auf die Position im Produktionskontext dazu, dass alle Befragte, die keine Stellung im Arbeitsmarkt einnehmen, aus der Analyse ausgeschlossen werden. Oesch bspw. schließt explizit alle Befragten unter 20 und über 65 Jahren aus seiner Analyse aus, wodurch Rentner, Studenten, Auszubildende, Mütter und Väter in Elternzeit und Erwerbslose unberücksichtigt bleiben (Oesch 2006, S. 75–76). Damit spiegeln sämtliche Klassenkonzepte nicht die Gesamtbevölkerung wider, was für diese Monographie ein Problem darstellt, da auch diese ausgeschlossenen Gruppen spezifische Ideologien aufweisen.

Der Fokus auf rein ökonomische Ungleichheiten führt außerdem dazu, dass nicht alle relevanten Ungleichheitsdimensionen berücksichtigt werden könnten. Es ist durchaus sinnvoll anzunehmen, dass ökonomische Ideologien mit der ökonomischen Position des Befragten korrelieren. Es scheint jedoch wahrscheinlicher, dass die soziokulturellen Ideologien mit sozialen Ungleichheitsdimensionen einhergehen (Geschlecht, Migrationshintergrund, Diskriminierungserfah-

Self-employed		Employees			Marketable Skills:	
Independent Work Logic		Technical Work Logic	Organizational Work Logic	Interpersonal Service Work Logic		
1. Large employers (>9): Firm owners Hotel owners Salesmen	2. Self-employed professionals Lawyers Accountants Medical doctors	5. Technical experts Mechanical engineers Computing professionals Architects	10. Higher-grade managers Business administrators Financial managers Public administrators	14. Socio-cultural professionals University teachers Medical doctors Journalists	Professional/managerial	
3. Small proprietors, artisans, with employees (<9) Restaurant owners Farmers Garage owners		6. Technicians Electrical technicians Computer equipment operators Safety inspectors	11. Associate managers Managers in small firms Tax officials Bookkeepers	15. Socio-cultural semi-professionals Primary school teachers Physiotherapists Social workers	Associate professional/managerial	
4. Small proprietors, artisans, without employees Shopkeepers Hairdressers Lorry drivers		7. Skilled crafts Machinery mechanics Carpenters Electricians	12. Skilled office Secretaries Bank tellers Stock clerks	16. Skilled service Children's nurses Cooks Beauticians	Generally/vocationally skilled	
		8. Routine operatives Assemblers Machinists Freight handlers	9. Routine agriculture Farm hands Loggers Gardeners	13. Routine office Mail sorting clerks Call centre employees Messengers	17. Routine service Shop assistants Home helpers Waiters	Low/un-skilled

Note: Continuous lines indicate how classes are to be collapsed into the 8-class version

Abbildung 32: Klassenlagenschema nach Oesch

Quelle: Oesch 2006, S. 68

rungen, etc.) (vgl. Bolte und Hradil 1988, S. 46–72). Die meisten dieser Ungleichheiten auf Basis askriptiver Merkmale werden in Klassenmodellen nicht betrachtet (Hradil 1987, S. 68–70). Aus diesen Gründen scheint die Verwendung des Klassenbegriffs für diese Monographie nicht geeignet.

5.1.2 Schicht

Wie schon der Klassenbegriff ist auch der Begriff der Schicht nicht eindeutig definiert. Geiger (1987) definiert Schichten als Bevölkerungsanteile, die die gleichen wirtschaftlichen Interessen verfolgen und sich zu ökonomisch-sozialen Blocks organisiert haben (Geiger 1987, S. 4–5; Hradil 1987, S. 76–78). Mit dieser Definition kommt Geiger jedoch dem marxistischen Klassenbegriff sehr nahe. Dass dieser Begriff für die vorliegende Monographie nicht geeignet erscheint, wurde bereits im vorherigen Kapitel diskutiert. Außerdem ist die Verankerung der Interessen mit der sozioökonomischen Position ebenfalls ein Problem für diese Studie, wie in Kap. 5.1.1 dargelegt wurde.

Bolte und Hradil (1988) definieren den Schichtbegriff offener: »Geht es um ungleichheitsrelevante Differenzierungen, sollen Personen, denen ein gleicher oder ähnlicher Status zukommt, Statusgruppe genannt werden. Erst wenn sich zwischen Statusgruppen (empirisch) deutlich erkennbare Abstufungen der Lebens-

lage aufgrund der statusbestimmenden Kriterien ergeben, soll von Schichten die Rede sein« (1988, S. 32). Die individuelle Schichtzugehörigkeit ist also die Position, die sich durch die relativen Status ergibt, die eine Person auf relevanten Ungleichheitsdimensionen einnimmt (1988, S. 29).

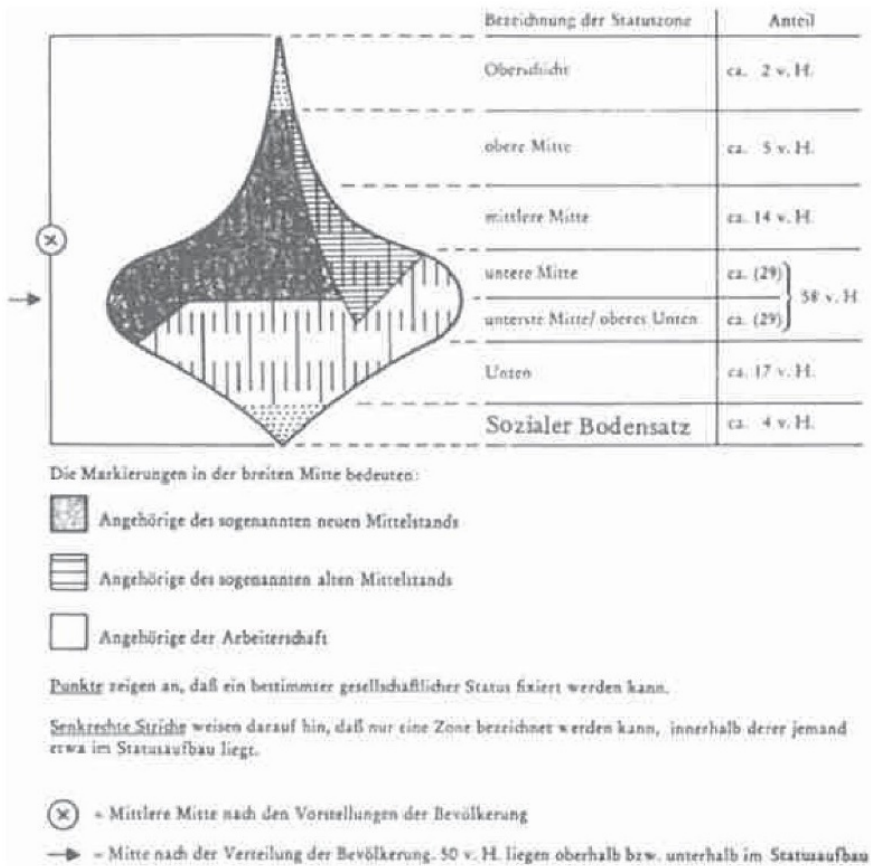
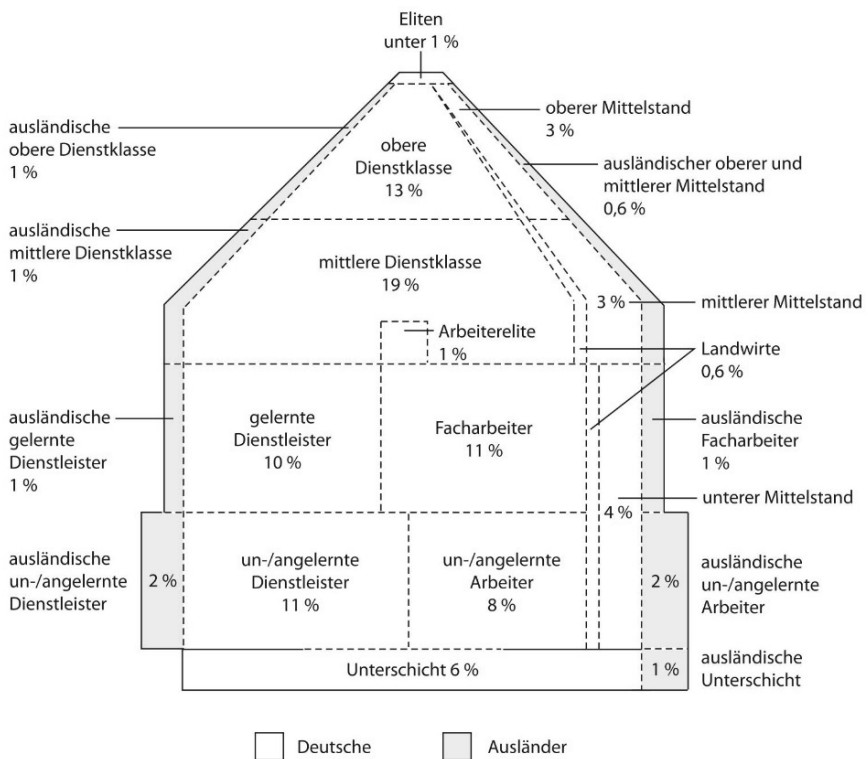


Abbildung 33: Bolte-Zwiebel

Quelle: Bolte und Hradil 1988, S. 220

Daraus folgt die Frage, welche Ungleichheitsdimensionen als besonders relevant gelten und somit in einer empirischen Analyse berücksichtigt werden. Hier ergibt sich das Problem, dass Schichtmodelle meist keine klare theoretische Verortung aufweisen, die die Auswahl relevanter Variablen begründet. Damit basiert die Auswahl auf den Empfindungen der Forscher (Hradil 1987, S. 86–87; Rössel 2009, S. 126) bzw. ihrer »informierten Willkür«, wie Dahrendorf (1965, zitiert in

Geißler 2014, S. 99) es nannte. Bolte und Hradil (1988) fokussieren sich bspw. auf das Einkommen (1988, S. 112–145), das Bildungsniveau (1988, S. 145–170) und das Berufsprestige (1988, S. 190–219), um daraus die sog. Bolte-Zwiebel als Schicht-einteilung für das Deutschland der 1960er Jahre zu entwickeln (Abbildung 33). Geißler (2014) nutzt Dahrendorfs Hausmodell als Ausgangspunkt, um seine eigene Schichtung der deutschen Bevölkerung in 2009 als Haus darzustellen (Abbildung 34). Zur Einteilung der Menschen in Schichten nutzt er die Merkmale des Beruf(sprestiges), des Einkommens, des Bildungsniveaus und des Migrati-onshintergrunds (Geißler 2014, S. 101–104).



Quelle: Datenbasis: Mikrozensus 2009; N = 489.349 Haushalte; berechnet von Sonja Weber-Menges.

Abbildung 34: Soziale Schichten in Deutschland (2009)

Quelle: Geißler 2014, S. 101

Die Variable des Berufsprestiges muss an dieser Stelle genauer betrachtet werden. Die Annahme hinter dieser Variable ist, dass Berufe mit einem spezi-

fischen Ausmaß an Ansehen einhergehen. Zum Ursprung des Prestiges gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Einerseits kann es die funktionale Relevanz des Berufs für die Gesellschaft widerspiegeln, andererseits kann es auf kulturellen Zuschreibungen von Eigenschaften zu Berufen basieren (Bolte und Hradil 1988, S. 196). In jedem Fall wird diese Variable in Schichtkonzeptionen generell als bedeutend wahrgenommen. Diese Einschätzung ist sogar so stark, dass sich einige Schichtkonzeptionen ausschließlich auf das Berufsprestige beziehen. Ein Beispiel wäre der internationale sozioökonomische Index (ISEI) von Ganzeboom et al. (1992), die den Beruf als die Brücke zwischen Einkommen und Bildung verstehen. So gibt der ausgeübte Beruf indirekt Informationen über das Einkommen, das mit diesem Beruf verdient wird, und über das Bildungsniveau, das zur Ausübung des Berufs benötigt wird (Ganzeboom et al. 1992, S. 8–11). Ein weiteres Beispiel wäre die *Standard International Occupational Prestige Scale* (SIOPS) von Donald Treiman, der ebenfalls auf Basis der Berufskategorie der Befragten ihr Berufsprestige berechnet. Für ihn ist dieses Prestige die zentrale Variable der Sozialstruktur, weil sie den moralischen Wert einer Person in der Gesellschaft darstellt (Treiman 2008, S. 191–193). »Prestige is the metric of ›moral worth,‹ and the moral worth of positions reflects their control over socially valued resources and rewards, that is, their power and privilege“ (2008, S. 193).²

Daraus entsteht auch die Frage, ob sich die Sozialstruktur durch disjunkte Gruppen (wie bei den Klassenkonzepten und Bolte und Geißler) oder durch graduelle Indizes (wie bei Ganzeboom et al. oder Treiman) besser abbilden lässt. Beide Vorgehensweisen haben ihre Vor- und Nachteile. Für abgeschlossene Gruppen müssen künstlich Grenzen gezogen werden, die graduelle Übergänge zwischen den Gruppen verschleiern. Andererseits können bei der Einteilung in Gruppen mehr Variablen und insb. Statusinkonsistenzen zwischen verschiedenen Ungleichheitsdimensionen berücksichtigt werden als bei der Verrechnung in einen einzelnen Index (Bolte und Hradil 1988, S. 200–201; Ganzeboom et al. 1992, S. 3–5; Grusky und Ku 2008, S. 7–9; Weeden und Grusky 2005, S. 148).

Für welche Alternative man sich nun entscheidet, ein Problem der Schichtkonzepte, das sie mit den Klassenkonzepten teilen, ist der Fokus auf überwiegend ökonomische Ungleichheitsdimensionen bzw. auf erworbene Merkmale. Zwar bezieht Geißler den Migrationshintergrund mit ein, doch sein Hausmodell ist überwiegend durch den Beruf geprägt. Dadurch liegt der Fokus überwiegend auf der vertikalen Stratifikation, während die horizontale Ebene weitgehend

2 Da die Begriffe Klasse und Schicht im Englischen beide als *class* bezeichnet werden, ist die Zuordnung von englischsprachigen Konzepten in die Unterkapitel dieser Monographie nicht eindeutig bestimmbar. Zu Zwecken der Lesbarkeit und weil sich beide Indexe auf das Prestige statt auf typische Klassenvariablen beziehen, wurden sie hier den Schichtkonzepten zugeordnet.

unberücksichtigt bleibt (Hradil 1987, S. 87–89; Rössel 2005, S. 24, 2009, S. 142, 147; Schwenk 1999, S. 21–23, 26; Vester et al. 2015, S. 23). Auch bleiben in den oben erwähnten Schichtmodellen jene Gruppen unberücksichtigt, die nicht Teil des Arbeitsmarktes sind und so keinen Beruf und kein Berufsprestige aufweisen. Oder anders ausgedrückt: Welches Berufsprestige kann Studenten oder Hausfrauen/-männern zugeschrieben werden (Rössel 2005, S. 26, 2009, S. 142–143; Schwenk 1999, S. 106)?

Zuletzt entsteht die deskriptive Natur und die explorative Entwicklung der Schichtstruktur auf Kosten der theoretischen Grundlage. Wie oben aufgezeigt, entstehen viele Schichtmodelle durch die Präferenzen der Forschenden auf bestimmte (und oft sehr wenige) Variablen. Diese Auswahl ist im schlimmsten Fall nicht nur willkürlich (Hradil 1987, S. 86–87), sondern die ideologischen Grundlagen für diese Selektion bleiben ohne eine theoretische Begründung auch intransparent. Das ist besonders im Kontext der Ideologieforschung potentiell ein Problem.

5.1.3 Soziale Lage

Viele der Kritikpunkte an Klassen- und Schichtkonzepten aus den vorherigen Kapiteln (insb. deren problematischer Fokus auf ökonomische Ungleichheiten) wurden im Kontext der Entwicklung der Sozialstrukturanalyse ab den 1980er Jahren formuliert. Einer der harschesten Kritiker in diesem Zusammenhang ist der Soziologe Stefan Hradil, dessen Kritikpunkte oben bereits mehrfach zitiert wurden. Die Abkehr von den traditionellen Klassen- und Schichtkonzepten ist motiviert durch vielfältige Modernisierungsprozesse, die in den 1960ern ihren Anfang nahmen, aber in den 1980ern ihre volle Wirkung entfalteten. Zu nennen sind dabei neben der gesellschaftlichen Differenzierung, ein allgemeines Mehr an monetären Ressourcen, die Bildungsexpansion, die Abnahme von restriktiven Arbeitsnormen, ein allgemeiner Wertewandel zugunsten postmaterialistischer Werte und der breitere Zugang zu Kultur- und Konsumgütern. Diese gesellschaftlichen Veränderungen führten zu einer Pluralisierung von Lebensstilen, die sich nicht mehr zentral nach typischen Klassenmerkmalen unterschieden, sondern die auch durch askriptive Merkmale getrennt werden können (z.B. Geschlecht, Ethnie, Alter, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, etc.). Vor allem diese askriptiven Merkmale wurden in traditionellen Sozialstrukturmodellen ignoriert, weswegen die moderne Sozialstrukturanalyse sie als »neue« Ungleichheiten für sich entdeckte (Hradil 1987, S. 68–69, 87–89, 1992a, S. 17–18; Müller 1993, S. 19–44; Otte 1996, S. 304; Rössel 2005, S. 36–42). Mit diesen Veränderungen in der Sozialstruktur ging auch eine Entkoppelung

von Klassentypischem Verhalten und diesen Klassen einher. Die Konsum- und Marktforschung war eine der ersten Forschungsrichtungen, die sich aus diesem Grund von Klassen- oder Schichtmodellen abwandte (Hradil 1992a, S. 34–37). Auch die Wahlforschung diskutiert mit dem Schlagwort des *Dealignment* die Entkoppelung von Klassen und Wahlentscheidungen (Oesch 2006, S. 11–13; Schoen 2009, S. 200–202; Winter 1997, S. 125–126), andere diskutieren, ob typische *Cleavages* (vgl. Rokkan 2000) von sog. *Value Cleavages* abgelöst oder durch diese ergänzt werden (Knutsen und Scarbrough 1998, S. 495–497; Kriesi 2010, S. 679–683; Lachat 2017, S. 565–567).

Um die Sozialstrukturanalyse vor diesem Hintergrund zu modernisieren, entwirft Stefan Hradil in »Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft« (1987) eine Typologie von mehreren gegenseitig ergänzenden sozialstrukturellen Konzepten. Er verfolgt dabei einen handlungstheoretischen Ansatz, der davon ausgeht, dass Menschen ihren Existenzbedingungen nicht passiv ausgeliefert sind. Stattdessen bieten die objektiven Lebensbedingungen einen Rahmen, innerhalb dessen Menschen aktiv agieren können (Hradil 1987, S. 140–145). Entsprechend definiert er soziale Ungleichheiten auch als »gesellschaftlich hervorgebrachte und relativ dauerhafte Handlungsbedingungen [...], die bestimmten Gesellschaftsmitgliedern die Befriedigung allgemein akzeptierter Lebensziele besser als anderen erlauben« (1987, S. 144).³ In dieser Perspektive kann zwischen zwei Ebenen der Sozialstrukturanalyse unterschieden werden, die für Hradil gleichberechtigt berücksichtigt werden müssen: die objektiven Lebensbedingungen und die subjektiven Wahrnehmungen und Interpretationen dieser objektiven Faktoren (Hradil 1987, S. 158–162). Das Konzept der sozialen Lage repräsentiert die objektive Position in der Sozialstruktur, während die subjektiven Aspekte in den Konzepten des Milieus und des Lebensstils verankert sind (Kap. 5.1.4). Hradil selbst differenziert diese Konzepte wie in Tabelle 20 dargestellt.

Soziale Lage	»objektiv«	Handlungsbedingungen
Soziales Milieu	»objektiv-subjektiv«	Handlungsmittel
Subkultur	»latent subjektiv«	Handlungsziele
Lebensstil	»manifest subjektiv«	Handlungsmuster

Tabelle 20: Kategorisierung der neuen Sozialstrukturmodelle

Quelle: Hradil 1992a, S. 32

³ »Unter ›Lebenszielen‹ werden im folgenden die Zielvorstellungen im Hinblick auf die Qualität des Lebens verstanden, die sich im Prozeß der politischen Willensbildung relativ durchgesetzt haben und in Form von ›offiziellen‹ oder ›quasi-offiziellen‹ Verlautbarungen greifbar sind (z. B. in Gesetzestexten, Parteiprogrammen oder Verbandsdeklarationen).« (Hradil 1987, S. 143)

Hradil (1987) definiert die soziale Lage als »typische Kontexte von Handlungsbedingungen, die vergleichsweise gute oder schlechte Chancen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren« (1987, S. 153). Im Gegensatz zu den Klassen- und Schichtmodellen werden in diesen Handlungsbedingungen neben ökonomischen Ungleichheiten (Einkommen, Bildung, Macht, Berufsprestige) explizit auch »neue« Ungleichheiten berücksichtigt. Für Hradil sind dies insbesondere die Arbeits- und Freizeitbedingungen, Wohn(umwelt)bedingungen, soziale Absicherung (vor Armut), soziale Beziehungen und Integration, sowie Diskriminierungs- oder Benachteiligungserfahrungen durch askriptive Merkmale (Hradil 1985, S. 51–52, 57–58, 1987, S. 29–39, 1992a, S. 31). Diese Ungleichheitsdimensionen erzeugen in Summe für jede betrachtete Gruppe einen typischen Lebenskontext, der ihre soziale Lage in der Sozialstruktur darstellt (siehe Abbildung 35).

Bedürfnisse		Dimensionen ungleicher Lebensbedingungen
Wohlstand	„ökonomische“	Geld
Erfolg		Formale Bildung
Macht		Berufsprestige Formale Machtstellung
Sicherheit	„wohlfahrts- staatliche“	Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken
Entlastung		Soziale Absicherung
Gesundheit		Arbeitsbedingungen
Partizipation		Freizeitbedingungen
		Wohn(umwelt)bedingungen Demokratische Institutionen
Integration	„soziale“	Soziale Beziehungen
Selbstverwirklichung		Soziale Rollen
Emanzipation		Diskriminierungen/Privilegien

Abbildung 35: Dimensionen sozialer Ungleichheit

Quelle: Hradil 1987, S. 147

So können bspw. auch Gruppen, die für typische Schichtkonzepte wie Beispiele von Statusinkonstistenzen gewirkt hätten, als eine spezifische soziale Lage berücksichtigt werden (Hradil 1987, S. 148–149). Weitere Vorteile des Konzepts der sozialen Lage gegenüber Klassen- und Schichtmodellen ist, dass alle relevanten Ungleichheitsdimensionen berücksichtigt werden können, sowohl vertikale als auch horizontale Stratifikationen abgebildet werden können und die theoretische Basis, die v.a. den Schichtkonzepten häufig fehlt (1987, S. 157–158).

Hradils soziale Lagen bieten auch für die vorliegende Monographie viele konzeptionelle Vorteile. Zum einen sind die theoretischen Grundlagen klar definiert und gleichzeitig deutlich weniger von potentiell ideologischen Überzeugungen geprägt als bspw. Wrights Klassenschema. Außerdem ermöglicht es die Auflistung von zu betrachtenden Variablen die Möglichkeit, explorativ Befragte in so-

ziale Lagen einzuteilen und danach die Lagespezifischen POLID-Scores zu untersuchen. Ein Vorbild für die explorative Einteilung in soziale Lagen findet sich bei Schwenk (1999), der seine Befragten mit Clusteranalysen in soziale Lagen einteilte (1999, S. 114–117).⁴

Es gibt jedoch zwei Aspekte von Hradils Konzeption, die etwas problematisch sind. Zum einen betont er, dass die sozialen Lagen nur auf Haushaltsebene verortet sind und nicht auf der Individualebene.

»Die Möglichkeiten bedürfnisbefriedigenden Handelns werden in der Regel für alle Haushaltsmitglieder von gemeinsamen Ressourcen, Risiken und Belastungen bestimmt. Gerade die »neuen« großenteils staatlich oder »sozial« vermittelten Dimensionen sozialer Ungleichheit (wie z. B. soziale Sicherung, Wohn(umwelt)bedingungen oder Diskriminierungen) beziehen sich in der Regel auf Haushalte insgesamt.« (Hradil 1987, S. 156)

Allerdings muss Hradils Argumentation nicht auf jeden Fall zutreffen. Vor dem Hintergrund des *Gender Pay Gaps* und der Geschlechtssegregation des Arbeitsmarktes wirkt es wenig sinnvoll anzunehmen, dass eine Frau zwangsweise dieselbe soziale Lage innehat wie ihr Partner. Noch deutlicher wird diese Diskrepanz, wenn diese hypothetische Frau noch zusätzlich einen Migrationshintergrund aufweist, weil so zur Geschlechterdiskriminierung die Benachteiligung auf Basis von Ethnie hinzukommt. Außerdem würde der exklusive Fokus auf die Haushaltsebene bestimmte Befragte wieder dem Haushaltsvorstand unterordnen, was bereits im Kontext der Klassenmodelle kritisiert wurde. Deswegen wird in dieser Monographie davon ausgegangen, dass jedes Individuum seine eigene Zugehörigkeit zu einer sozialen Lage aufweist.

Der zweite problematische Aspekt ist die Annahme, dass bestimmte Menschen (z.B. Arbeitnehmer in Elternzeit, arbeitende Jugendliche, etc.) mehreren sozialen Lagen gleichzeitig angehören können (Hradil 1987, S. 156–157). »Ihre Lage [von karenzierten Elternteilen] erscheint oft durch eine Zwitterstellung als Haushaltsmitglieder einerseits und als Berufstätige andererseits gekennzeichnet. Gegebenenfalls ist daher zu überlegen, ob solche Personen nicht zwei Sozialen Lagen zugleich angehören können« (1987, S. 156). Natürlich sind die Grenzen zwischen sozialen Lagen Unterteilungen, die man als Forscher künstlich ziehen muss, während die Übergänge in Wahrheit fließend sind. Aber diese Grenzziehung ist in der empirischen Praxis unumgänglich, wenn man die Sozialstruktur in einem Modell abbilden möchte. Man könnte sogar überlegen, ob zwei Lagen, zwischen denen es so viele Überschneidungen gibt, überhaupt unterschieden werden sollten. In der praktischen Forschung ist es also notwen-

4 Schwenks Studie wird auch in Kapitel 5.2.2 bei der konkreten Operationalisierung der sozialen Lage noch einmal zitiert werden.

dig, bestimmten Variablen theoriegeleitet mehr Gewicht in der Typologisierung beizumessen als anderen. Diese Entscheidungen müssen jedoch theoretisch begründet werden. Dies wird in Kap. 5.2.2 im Zuge der Kategorisierung der Befragten in soziale Lagen detailliert begründet werden.

Trotz dieser beiden Kritikpunkte ist Hradils Konzept der sozialen Lage für die Zwecke der vorliegenden Monographie am besten geeignet. Aus diesem Grund werden die Befragten in Kapitel 5.2.2 auch auf dieser Basis unterteilt.

5.1.4 Soziale Milieus und Lebensstile

Während die soziale Lage die objektiven Handlungsbedingungen darstellt, sind in den Milieu- und Lebensstilkonzepten auch die subjektiven Wahrnehmungen der jeweiligen Gruppe enthalten. Diese sind in Hradils handlungstheoretischer Ausrichtung für eine vollständige Sozialstrukturanalyse notwendig, da es von den Lebenszielen der jeweiligen Gruppe abhängt, wie sehr eine bestimmte Ungleichheitsdimension das Erreichen dieser Ziele ermöglicht oder erschwert. Wenn ein Lebensziel wenig mit monetärem Erfolg verknüpft ist, werden ökonomische Ungleichheiten die Trägergruppe dieses Zieles weniger einschränken als auf Reichtum fokussierte Gruppen (Hradil 1987, S. 161). In diesem Kontext können auch schlechtere Positionen in einer Dimension mit weiteren niedrigen Status einhergehen oder durch bessere Positionen kompensiert werden (1987, S. 149–151). Hradils handlungstheoretische Perspektive führt somit weit über die objektiven Lebensbedingungen, die durch die soziale Lage abgebildet werden, hinaus und bezieht die subjektive Ebene explizit mit ein.

Die objektiven und subjektiven Faktoren werden in zwei Konzepten miteinander vereint, die konzeptuell in einer engen Beziehung stehen: dem sozialen Milieu und dem Lebensstil.⁵ Von einem Milieu ist dann die Rede, wenn alle Mitglieder einer Gruppe ähnliche Lebensbedingungen aufweisen und zusätzlich ähnliche Mentalitäten (Werte, Einstellungen, Lebensziele, Interpretationen der sozialen oder natürlichen Umwelt, etc.) pflegen, die sich häufig in Milieuspezifischen Lebensstilen ausdrücken. Oft wird Milieus auch eine starke interne Kohäsion durch vermehrte Interaktionen zugeschrieben (Hradil 1987, S. 12, 1992b, S. 10, 2016, S. 238–239; Lange-Vester und Teiwes-Kügler 2013, S. 150; Otte 2013,

⁵ Zusätzlich könnte das Konzept der Subkultur betrachtet werden, das ein Gruppenspezifisches Werte- und Normensystem beschreibt, das von der dominanten Kultur (neutral oder konflikthaft) abweicht (Hradil 1992a, S. 25–27, 1992b, S. 11). Da dieser Begriff in der Sozialstrukturanalyse weniger häufig verwendet wird als die des Milieus und des Lebensstils, wird er auch in dieser Monographie nicht eingehender betrachtet.

S. 539; Otte und Rössel 2011, S. 15–16; Rössel 2005, S. 102, 2009, S. 333–337; Vester et al. 2015, S. 24–25). Man kann also zusammenfassend festhalten, dass sich die sozialen Lagen noch weiter in Milieus ausdifferenzieren lassen, die sich durch ihre Mentalitäten unterscheiden. Durch die in diesen Milieus verbreiteten Werten und Einstellungen bedingen sie die Handlungsmöglichkeiten, deren Grenzen durch die objektiven Lebensbedingungen bestimmt werden (Tabelle 20). Die Studie von Vester und Kollegen (1998; 2015) wäre ein bedeutendes Beispiel für die Milieuforschung (Kap. 2.3.4).

Wie oben erwähnt, äußert sich die Milieuspezifische Mentalität auch in einem empirisch beobachtbaren Lebensstil. Eine der detailliertesten Definitionen des Lebensstilbegriffs findet sich bei Hans-Peter Müller (1992, 1993), der Lebensstile definiert als »expressive Lebensführungsmuster, die sicht- und meßbarer Ausdruck der gewählten Lebensführung sind« (1992, S. 60). Folgt man weiter der spezifischen Konzeption von Müller, kann man Lebensstile anhand von vier zentralen Verhaltensweisen unterscheiden (1992, S. 62–63, 1993, S. 377–378):

- Expressives Verhalten, das in Freizeit- und Konsummustern erkennbar ist,
- Interaktives Verhalten, das die präferierten Formen der Geselligkeit, sozialen Beziehungen und der Mediennutzung beinhaltet,
- Evaluatives Verhalten, das durch Wertorientierungen und Einstellungen geprägt ist, und
- Kognitives Verhalten, das die Selbstidentifikation und Wahrnehmung der sozialen Umwelt umfasst.

Um den Lebensstilbegriff hat sich ab der 1990er Jahre in der Sozialstrukturanalyse eine rege Lebensstilforschung entwickelt, die Lebensstile als eine wichtige Ergänzung zu klassischen Sozialstrukturmodellen ansieht (Müller 1993, S. 369; Otte und Rössel 2011, S. 11). Lebensstilen werden dabei auch abseits der Definition von Müller bestimmte Eigenschaften zugesprochen. Ein zentrales Axiom der Lebensstilforschung ist, dass durch die Modernisierungsprozesse der 1980er Jahre die Art der Lebensführung nicht mehr von objektiven Lebensbedingungen determiniert ist, sondern Menschen durch die vermehrten monetären und zeitlichen Ressourcen ihren Lebensstil bedingt frei auswählen können. So existieren innerhalb derselben Klasse bzw. Schicht verschiedene Lebensstile, die sich durch ihre konkreten Verhaltensweisen unterscheiden (Hradil 1987, S. 52–54; Otte 1996, S. 305, 2013, S. 540). Diese Wählbarkeit von Lebensstilen ist jedoch durch objektive Lebensbedingungen teilweise eingegrenzt. Den größten Einfluss auf die Ausprägung des Lebensstiles nehmen dabei die Aspekte des Alters, des Geschlechts, der Klassen- oder Schichtzugehörigkeit, Haushaltszusammensetzung sowie der Bildung. Personen pflegen in ihrer Jugendphase oft andere Lebensstile als im höheren Alter, bestimmte Freizeitbetätigungen setzen entsprechende Zeit- oder Finanzmittel

voraus (z.B. Malen mit Wasserfarben statt Ölfarben), und Eltern können weniger Zeit auf ihre Hobbies verwenden als Erwachsene ohne Kinder (Otte 2005b, S. 5–8; Otte und Rössel 2011, S. 18–21; Rössel 2005, S. 127–128). Aus diesem Grund plädieren Otte und Rössel auch dafür, den Lebensstil anhand von konkretem Verhalten zu operationalisieren und Einstellungen oder Wünsche nach Freizeitbetätigungen nicht zu berücksichtigen. Verhaltensweisen spiegeln den tatsächlich gelebten Lebensstil besser wider, da in diesen die Gelegenheiten und Restriktionen durch die objektive Lebenslage bereits erkennbar sind (Otte 1996, S. 306–308, 2013, S. 538–539; Rössel 2009, S. 303–304).

Darüber hinaus weisen Lebensstile eine deutliche Integrationsfunktion auf. Das Ausleben des Lebensstils stellt eine Stilisierung der latenten Mentalität dar und kann so zur Symbolisierung der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv genutzt werden. Auch das Knüpfen und Aufrechterhalten von sozialen Beziehungen wird durch Lebensstiltypische Interaktionsmuster gefördert. In letzter Instanz kann dies auch zur politischen Mobilisierung (z.B. im Kontext von neuen sozialen Bewegungen) genutzt werden (Müller 1993, S. 369–372; Otte 2005b, S. 14–15; Otte und Rössel 2011, S. 11).

Dass Lebensstile die klassischen Sozialstrukturmodelle sinnvoll ergänzen, kann auch empirisch untermauert werden. Otte (1996) vergleicht die Erklärungskraft des EGP-Schemas mit dem Lebensstilkonzept in der Vorhersage der Wahlentscheidungen zwischen jeweils zwei verglichenen Parteien. Während binäre Wahlentscheidungen, die klassischen *Cleavages* folgen (CDU vs. SPD), besser durch das Klassenmodell vorhergesagt werden, bewährt sich Ottes Lebensstilkonzeption in der Vorhersage der Wahl zwischen CDU und den Grünen, sowie der Entscheidung, ob die Befragten überhaupt an der Wahl teilnehmen würden oder nicht (1996, S. 326–338). So könnten die Lebensstilkonzepte mehr Erklärungskraft in der Erklärung der oben erwähnten *Value Cleavages* beisteuern. Weitere empirische Hinweise auf die Validität des Lebensstilkonzepts fasst Otte (2005b) folgendermaßen zusammen:

»Im Handlungsfeld Wirtschaft/Arbeit – d.h. im Hinblick auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft – sind soziale Klassen das strukturdominante Konzept, Lebensstile leisten nach Kontrolle von Drittvariablen keinen signifikanten Beitrag mehr. Dagegen ist die Lebensstiltypologie in den Bereichen Freizeit und Kultur überlegen, maßgeblich im Hinblick auf die Mitgliedschaft in kirchlichen und Sportvereinen. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass soziale Klassen als »traditionaler«, beruflich verankerter Modus sozialer Integration nicht grundlegend von Lebensstilen als »neuem« Modus abgelöst werden. Stattdessen können beide Konzepte einander ergänzen bzw. je nach Explanandum punktuell eingesetzt werden.« (Otte 2005b, S. 12)

Allerdings weist Otte an mehreren Stellen auch auf Probleme der Lebensstilsforschung hin. Zum einen kritisiert er, dass viele Studien Lebensstiltypologien explorativ und empiristisch aus Fragebogenitems bestimmen. Eine Theorie, die

vergleichbare Operationalisierungen begründet, liegt laut ihm nicht vor. Daraus ergibt sich das zusätzliche Problem, dass Studien auf sehr viele Verhaltens- oder Einstellungsisems zurückgreifen, um in Korrespondenz- oder Clusteranalysen eigene Lebensstiltypologien zu entwerfen, die oft nicht über Studien hinweg vergleichbar sind (Otte 2005a, S. 443, 2005b, S. 24–26). »Clusteranalytisch gewonnene Typologien sind schwer reproduzierbar, weil die Typenabgrenzungen stichprobensensibel sind oder weil [...] die Algorithmen intransparent sind« (Otte und Rössel 2011, S. 17). Aus diesem Grund entwirft Otte (2005a) auf Basis einer Metaanalyse von vielen verschiedenen Lebensstiltypologien eine konzeptuelle Lebensführungstypologie, die in Abbildung 36 dargestellt wird. In den Studien, die er betrachtet, werden drei zentrale Dimensionen ersichtlich, die er zu den zwei Achsen in der Darstellung verbindet. Die vertikale Achse beschreibt das Ausstattungsniveau, also die »durch die Ressourcenverwendung produzierten Aktivitäten und angeeigneten Objekten sowie den homologen Wertorientierungen« (2005a, S. 452). Seine konkrete Operationalisierung erinnert durch einen Fokus auf ökonomische Faktoren und auf den Hochkulturkonsum stark an das finanzielle und kulturelle Kapital nach Bourdieu (2005a, S. 454–457). Auf der horizontalen Achse werden die Dimensionen der allgemeinen Mentalität (Modernität, Offenheit vs. Traditionalismus, Geschlossenheit) und der Aktionsradius des Lebensstils (häuslich, passiv vs. kosmopolitisch, aktiv) miteinander vereint. Daraus ergibt sich ein idealtypisches Muster aus neun zentralen Lebensführungstypen (2005a, S. 447–454).

Ausstattungs-
niveau

gehoben	1 Konservativ Gehobene	4 Liberal Gehobene	7 Reflexive	
mittel	2 Konventionalisten	5 Aufstiegs- orientierte	8 Hedonisten	
niedrig	3 Traditionelle Arbeiter	6 Heimzentrierte	9 Unterhaltungs- suchende	
	traditional/ biogr. Schließung	teilmmodern/ biogr. Konsolidierung	modern/ biogr. Offenheit	Modernität biogr. Perspektive

Abbildung 36: Konzeptionelle Lebensführungstypen

Quelle: Otte 2005a, S. 452

Obwohl die Lebensstilforschung also die bisherigen Sozialstrukturmodelle (Klassen, Schichten, soziale Lagen) sinnvoll ergänzen, sind sie für die vorliegende Monographie nicht sinnvoll nutzbar. Dasselbe trifft auch auf das Milieu-Konzept zu. Der Grund liegt in der Verankerung der subjektiven Sphäre in diesen Begriffen. In der Lebensstildefinition von Müller (1992, 1993) bspw. würden sich

politische Ideologien sowohl im evaluativen und kognitiven Verhalten direkt widerspiegeln. Zusätzlich können Ideologien das expressive und interaktive Verhalten bestimmen. Würde man nun versuchen, die politischen Ideologien der Befragten aufgrund ihrer Lebensstil- oder Milieu-Zugehörigkeiten vorherzusagen, würde man die mentale Ebene der Menschen durch eine Variable erklären, die eben diese bereits beinhaltet. Im besten Fall wären sämtliche statistisch signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Lebensstil oder dem Milieu der Befragten und ihrer Ideologien tautologisch; im schlimmsten Fall wären sie durch das gewählte Sozialstrukturmodell künstlich erzeugt.

In der Summe ist die soziale Lage das geeignetste Konzept für die Analysen der folgenden Kapitel. Es fasst alle relevanten Ungleichheitsdimensionen auf, ist trotz seiner handlungstheoretischen Basis so neutral formuliert, dass die Einteilung von Befragten in soziale Lagen explorativ und so ideologiefrei wie möglich ist, und es kann sämtliche Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, die von traditionellen Klassen- und Schichtmodellen ignoriert werden.

5.2 Die Einteilung in soziale Lagen

5.2.1 Datengrundlage

Sämtliche folgende Analysen wurden – wie schon die zweite Pretesterhebung zur Validierung der POLID-Skala (Kap. 4.2.4) – mit der zweiten Welle des österreichischen Values in Crisis Survey Panels (VIC2) berechnet (Aschauer et al. (2021)). Dieser Datensatz bietet aus mehreren Gründen eine sehr gute Grundlage für die empirischen Analysen. Zum einen bietet er durch seine Fülle an sozialstrukturellen Variablen eine gute Basis, um die soziale Lage der Befragten zu errechnen. Die VIC-Studie ist auch die erste, in dessen Fragebogen die POLID-Skala verwendet wurde. Dadurch liegen sowohl alle relevanten unabhängigen und abhängigen Variablen vor. Außerdem bietet der Datensatz eine Stichprobe, die die Bevölkerung von Österreich durch Gewichtungen angemessen widerspiegelt (siehe hierzu den Method Report von Aschauer et al. (2021)). Dadurch sind Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit der österreichischen Bevölkerung besser möglich als mit Studenten- oder *Convenience Samples*.

Dennoch gibt es einige Limitationen des Datensatzes, die berücksichtigt werden müssen. Obwohl der VIC2 eine österreichweite Stichprobe rekrutieren konnte und durch Gewichtungen der Bevölkerung in ihren Randsummen entspricht, sind die Daten nicht als repräsentativ zu bezeichnen. Zum einen erzwang die pandemische Lage, dass sämtliche Daten in Online Befragungen gesammelt wurden. Das bedeutet, ältere und/oder wenig technikaffine Menschen bzw. Perso-

nen ohne Internetverbindungen (z.B. in der Peripherie) werden im VIC-Datensatz unterrepräsentiert sein. Außerdem wurden die Befragten aus dem *Consumer Online Panel* von *Marketagent* rekrutiert, sie stellt also keine Zufallsstichprobe dar (Prandner (2022)).

Darüber hinaus erreichen nur 767 der insgesamt 2.082 Befragten der VIC2-Welle gültige Werte in der POLID-Skala. Das hat zwei Gründe. Zum einen wurde im VIC2 neben der POLID auch eine alternative Version der Skala getestet, die sich in Validitätsprüfungen nicht beweisen konnte. Hierzu wurden die Befragten randomisiert einer der beiden Versionen zugeteilt. Somit entfällt die Hälfte der Stichprobe auf die nicht validierte Differential-Version. Die restlichen fehlenden Werte kommen durch eine zu kurze Bearbeitungszeit (Ulrich 2021a, S. 10) zustande (Kap. 4.2.4.2). Von diesen 767 Befragten werden in den Regressionsanalysen weitere Befragte durch *missings* in den sozialstrukturellen Variablen ausfallen. Dadurch kann nur ein geringer Teil der Stichprobe für die folgenden Analysen genutzt werden. Dennoch sind die Fallzahlen groß genug, um stichhaltige und verlässliche Ergebnisse zu erzielen.

Allerdings führte die Länge des Fragebogens dazu, dass speziell jüngere Befragte und jene in Ausbildung und Arbeitsverhältnissen geringere Raten gültiger Werte bei der POLID-Skala erreichen. Dadurch sind in der letztendlich gültigen Stichprobe ältere Befragten wiederum potentiell überrepräsentiert, was sich auf die Ergebnisse niederschlagen kann. Grobe Verzerrungen der Ergebnisse sind zwar durch die Nutzung der Gewichtung, die im VIC2-Datensatz vorliegen, nicht zu erwarten, doch die Effektstärken und Signifikanzniveaus können durch diesen Umstand eventuell beeinflusst sein. Auf diesen Punkt wird im Kontext der Interpretation der Ergebnisse noch einmal hingewiesen (insb. Kapitel 8).

Zuletzt spiegeln die Daten die ideologischen Dispositionen der Menschen zur Hochzeit der Pandemie wider (März/April 2021, während des vierten Lockdowns). Das bedeutet, dass in ihnen ein Periodeneffekt enthalten ist, der empirisch nicht bereinigt werden kann. Dieser Umstand wird bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt und kritisch gewürdigt werden (Kapitel 7 und 8).

5.2.2 Multiple Korrespondenzanalyse

Zur Kategorisierung der Befragten in soziale Klassen wurde eine multiple Korrespondenzanalyse durchgeführt (Blasius (2001, 2010), Fromm (2012), Backhaus et al. (2018), Bacher et al. (2010) oder Greenacre (2013)). Die Korrespondenzanalyse ist ein exploratives Verfahren, mit dem Zusammenhänge zwischen Ausprägungen von kategorialen Variablen grafisch dargestellt werden (Backhaus et al. 2018, S. 404; Blasius 2001, S. 6; Fromm 2012, S. 223). Das bedeutet, alle Ausprä-

gungen der betrachteten Variablen werden als Punkte in einem Diagramm (Biplot) dargestellt, das aus Gründen der Lesbarkeit meist aus zwei Achsen besteht. Jene Punkte, die in diesem Diagramm nahe beieinanderliegen, weisen tendenziell einen starken Zusammenhang auf. Diese grafische Interpretation erlaubt es in Folge, die Befragten in Kategorien einzuteilen. Die Korrespondenzanalyse erfüllt an dieser Stelle somit einen ähnlichen Zweck wie die EFA im Rahmen der Entwicklung der POLID-Skala (Kap. 4.2.4.2). Der entscheidende Unterschied ist jedoch, dass die multiple Korrespondenzanalyse (MCA) im Gegensatz zur EFA kein metrisches Skalenniveau der Variablen voraussetzt. Sie wird deswegen häufig auch als »Hauptkomponentenanalyse mit kategorialen Daten« (Blasius 2001, S. 6) beschrieben. Dieser Umstand ist für die Einteilung in soziale Lagen von besonderer Bedeutung, da viele relevante Variablen nur in kategorialer Form vorliegen. Zur Einteilung in die sozialen Lagen wurden 18 Variablen aus dem VIC2-Datensatz ausgewählt, die die Konzeption der sozialen Lage nach Hradil widerspiegeln (siehe Tabelle 21).

	Dimension ungleicher Lebensbedingungen ^a	Variablen in VIC2	Ausprägungen
Ökonomisch	Geld	Persönliches Monatseinkommen	14
		Monatliches Haushaltseinkommen	14
	Formale Bildung	Bildungsniveau	6
	Berufsprestige	Einstellige ISCO-Kategorie	13
	Formale Machtstellung		
Wohlfahrtsstaatlich	Arbeitslosigkeit- und Armutsrisiken	Sorge vor Jobverlust	5
		Erwerbssituation	10
	Soziale Absicherung	Auskommen mit HH-Einkommen	6
	Arbeitsbedingungen	Zufriedenheit: Work-Life-Balance	10
	Freizeitbedingungen		
	Wohn(umwelt)bedingungen	Wohnraumausstattung	6
		Nettowohnfläche	10
		Wohngebiet	5
		Wohnrechtsverhältnis	3
	Demokratische Institutionen	Vertrauen in österreichische Institutionen	4
Sozial	Soziale Beziehungen	Zufriedenheit: Soziale Beziehungen	10
		Beziehungsstand	6
		Haushaltsgröße	5
		Anzahl leiblicher Kinder	5
	Diskriminierungen/Privilegien	Selbstwahrnehmung von Benachteiligung oder Bevorzugung	3

^a siehe Hradil (1987, S. 147) bzw. Abbildung 35

Tabelle 21: Variablen zur Bestimmung der sozialen Lage nach Hradil (1987)

Quelle: Eigene Darstellung

Durch die 18 Variablen werden drei Aspekte nicht abgebildet. Zum einen konnten die Freizeitbedingungen der Befragten aufgrund mangelnder Variablen im VIC2-Datensatz nicht berücksichtigt werden. Da die Erhebung jedoch während des Lockdowns erfolgte, sind diese Bedingungen für alle Befragten mehr oder weniger gleich eingeschränkt. Somit wird die Nichtberücksichtigung dieser Ungleichheitsdimension nicht zu einer groben Verzerrung der Ergebnisse führen. Der Aspekt der sozialen Rolle ist bei Hradil nur vage formuliert, insofern war es nicht möglich, diesen nach seinem Vorbild zu operationalisieren. Zuletzt ist die formale Machstellung nicht explizit abgebildet. Allerdings weisen spezifische Berufe vermehrt höhere bzw. niedrigere Machstellungen auf, insofern ist diese Information durch die Berufskategorien implizit berücksichtigt.

Da nicht alle 18 Variablen in einer Form vorlagen, die für die MCA sinnvoll oder nützlich war, mussten sie zunächst für die Analyse aufbereitet werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass es keine negativen Werte gibt, da die MCA nur mit positiven Werten zu berechnen ist (Blasius 2010, S. 367; Greenacre 2013, S. 142). Außerdem mussten alle metrischen Variablen in kategoriale überführt werden. Zuletzt wurde darauf geachtet, Kategorien zu vermeiden, die nur wenige Fallzahlen aufweisen, da deren Koordinaten häufig weit vom Ursprung des Koordinatensystems abweichen, was die Interpretation des Biplots erschwerte (Bacher et al. 2010, S. 65). Inhaltlich bedeutsame Kategorien mit wenig Fallzahlen (z.B. die Kategorie »Hausfrauen/-männer oder momentan in Karenz« in der Variable zur Erwerbstätigkeit) wurden jedoch beibehalten.

Die ökonomischen Bedürfnisse in Tabelle 21 wurden mit insgesamt vier Variablen abgebildet: dem persönlichen Nettomonatseinkommen, dem monatlichen Nettohaushaltseinkommen, dem erreichten Bildungsgrad und der ISCO-Kategorie des (letzten) Berufes. Das persönliche Nettomonatseinkommen und das monatliche Nettohaushaltseinkommens wurden so umcodiert, dass aneinander anschließende Ausprägungen mit jeweils niedriger Fallzahl zusammengefasst wurden, um zu verhindern, dass schwach besetzte Ausprägungen die grafische Interpretation durch hohe Koordinatenwerte erschweren (siehe oben). So ergibt sich eine Variable mit 14 Ausprägungen für das Haushaltseinkommen.

Da viele Rentner, Befragte in Ausbildung, Karenz oder Arbeitslosigkeit kein persönliches Einkommen angaben, wurden die fehlenden Werte in der MCA wie eine gültige Ausprägungen behandelt (Bacher et al. 2010, S. 43). Diese fehlenden Werte wurden auf Basis der Erwerbssituation der Befragten in vier Gruppen unterteilt: fehlende Werte bei Rentnern, fehlende Werte bei Auszubildenden, fehlende Werte bei Hausfrauen/-männern bzw. karenzierten Befragten und sonsti-

ge *missings*, die in den meisten Fällen mit Nichterwerbstätigkeit einhergehen.⁶ So ergeben sich insgesamt 14 Kategorien beim persönlichen Einkommen.⁷

Das Bildungsniveau der Befragten wurde in sechs Kategorien zusammengefasst, um Ausprägungen mit niedrigen Fallzahlen zu vermeiden. In der MCA werden nur die Kategorien »Pflichtschule«, »Abgeschlossene Lehre oder Meisterprüfung«, »Berufsbildende mittlere Schule«, »Allgemeinbildende höhere Schule«, »Berufsbildende höhere Schule« und »Universitäre Ausbildung« unterschieden. Zuletzt wurde die einstellige ISCO-Codierung der Berufe der Befragten als aktives Merkmal in die Analyse miteinbezogen. Auch hier wurden wieder die fehlenden Werte mitbetrachtet. In VIC2 wird zwischen drei Arten von fehlenden Werten unterschieden: (1) eine fehlende Angabe des Berufes, (2) eine Angabe, die keiner Kategorie zugeordnet werden konnte, und (3) Befragte, die sich noch in Ausbildung befinden (siehe Method Report von Aschauer et al. (2021)).

Die wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnisse wurden mit acht Variablen abgebildet. Zunächst sollten die Befragten ihre aktuelle Erwerbssituation angeben. Die originale Variable umfasst 13 Ausprägungen. Aus inhaltlichen Gründen konnten einige Kategorien zusammengefasst werden. Befragte, die zwar in einem Arbeitsverhältnis stehen, aber momentan karenziert waren, wurden mit den Hausfrauen/-männern zusammengekommen, da sich die Tätigkeit beider Gruppen zum Erhebungszeitpunkt auf den Haushalt fokussiert. Als Nichterwerbstätige wurden alle Befragten gezählt, die aktuell arbeitslos (seit mehr oder weniger als 12 Monaten) waren oder arbeitsunfähig sind. Dadurch ergibt sich eine Variable mit zehn Ausprägungen (Angestellt im öffentlichen Dienst, angestellt in der Privatwirtschaft, angestellte Arbeiter, selbstständig, erwerbslos, kurzfristig (nicht)beschäftigt, in Rente, als Hausfrau oder –mann tätig, in Ausbildung und Sonstige).

Die Befragten wurden außerdem gebeten, anzugeben, wie leicht es für sie ist, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen ((1) »sehr schwer« bis (5) »sehr leicht«). Darüber hinaus wurde ihre Sorge darüber erhoben, dass sie ihre Stelle verlieren könnten ((1) »sehr große Sorgen« bis (4) »keine Sorgen«). In beiden Variablen erzielten viele Nichterwerbstätige und Rentner fehlende Werte, weswe-

⁶ Eine Unterteilung zwischen den fehlenden Werten der Nichterwerbstätigen und den sonstigen *missings* wurde unterlassen, da sonst eine *missing*-Kategorie entsteht, die nur niedrige Fallzahlen aufweist und dadurch tendenziell hohe Koordinatenwerte erzielen wird.

⁷ Alternativ hätte man die fehlenden Werte bei der Einkommensvariable mit der Heckman-Korrektur fortschreiben können. Dabei handelt es sich um ein Verfahren zur Datenimputation, das die fehlenden Werte in der Einkommensvariable auf Basis von anderen Variablen schätzt (z.B. auf Basis des Erwerbsumfangs, der Bildung, etc.) (vgl. Heckman (1974) oder Puhani (2000)). Allerdings setzt die Heckman-Korrektur ein metrisches Skalenniveau für die fortzuschreibende Variable voraus. Da die Einkommensvariable in VIC2 nur in gruppierter Form vorliegt, wurde die Aufteilung der fehlenden Werte in vier Kategorien der Imputation vorgezogen.

gen es nötig war, diese als eigenständige Kategorie in die MCA miteinzubeziehen. Die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance wurde mit einer Skala von 1 »überhaupt nicht zufrieden« bis 10 »völlig zufrieden« erhoben und dient der Messung ihrer Arbeitsbedingungen.

Die Wohnraumausstattung der Befragten wurde nach Vorbild von Schwenk (1999, S. 107) aus fünf Dummy-Variablen berechnet. Den Befragten wurde im Rahmen der VIC2-Befragung eine Liste mit fünf möglichen Eigenschaften ihres Wohn(um)feldes präsentiert (Balkon, Terrasse(n), Garten, Park in der Nähe, Grünflächen in der Nähe). Daraufhin gaben sie auf einer binären Skala an, ob ihre Wohnung damit ausgestattet ist oder nicht. Daraus wurde ein Zählindex erstellt, der zwischen 0 und 5 rangiert.

Statt die m^2 -Anzahl des eigenen Wohnraums zu verwenden wurde die Nettowohnfläche der Befragten berechnet. Der Grund liegt darin, dass die Größe des Wohnumfeldes mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder und der lieblichen Kinder steigt. Dieser Zuwachs an Wohnfläche muss jedoch unter allen Haushaltsmitgliedern aufgeteilt werden, was bedeutet, dass die Wohnfläche, die jedem einzelnen Mitglied zur Verfügung steht, in Großfamilien oder WGs geringer ausfallen kann als in Einpersonenhaushalten. Die Nettowohnfläche reagiert auf eben diesen Umstand. Diese Variable wurde ähnlich wie bei Schwenk (1999) berechnet, der die Quadratmeteranzahl der Wohnfläche seiner Befragten durch das Bedarfsge-
wicht dividierte (1999, S. 111–112). Die Nettowohnfläche der Befragten der VIC2-Studie sollte darauf aufbauend gefasst werden als die Anzahl m^2 pro Haushaltsmitglied. Im VIC2-Datensatz liegt die Größe der Wohnfläche nicht als metrische Variable in m^2 vor, sondern nur als eine gruppierte Variable. Dennoch wurde diese kategoriale Variable durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder dividiert. Dadurch ergibt sich ein Wert, der die Kategorie der gruppierten m^2 -Variable repräsentiert, in die der jeweilige Haushalt fällt. Der resultierende Skalenwert ist jedoch nicht nahtlos wie eine metrische Variable zu benutzen, da der Abstand zwischen zwei Paaren von Zahlen nicht notwendigerweise äquivalent ist und Befragte innerhalb derselben Kategorie unterschiedliche Nettowohnflächen aufweisen können. Insofern produziert diese Berechnung einen etwas unsauberen Index, der für die Zwecke der MCA die nötigen Informationen dennoch zufriedenstellend abbildet. Um die MCA berechnen zu können, wurde dieser metrische Wert in Dezile aufgeteilt.

Das Wohngebiet (fünf Ausprägungen) und Wohnrechtsverhältnis (drei Ausprägungen) der Befragten wurden mit kategorialen Variablen gemessen, die keiner weiteren Umcodierung bedürfen. Zuletzt wurde die Möglichkeit zur Partizipation der Befragten durch das Vertrauen erhoben, dass sie österreichischen Institutionen entgegenbringen. Eine entsprechende Variable mit vier Ausprägungen liegt in VIC2 bereits vor.

Die sozialen Bedürfnisse schließen die Auswahl der Variablen mit fünf weiteren ab. Zusätzlich zu ihrem aktuellen Beziehungsstand und ihrer Haushaltsgröße wurden die Befragten auch nach der Anzahl ihrer leiblichen Kinder gefragt. In dieser Variable wurden die schwach besetzten Ausprägungen »4 Kinder« und »5 oder mehr« in die Kategorie »4 oder mehr« zusammengefasst. Bezüglich der Haushaltsgröße wurden die Ausprägungen »5«, »6« bzw. »7 oder mehr Personen« zur Kategorie »5 oder mehr« zusammengefasst.⁸ In einer weiteren Variable konnten die Befragten angeben, wie zufrieden sie mit ihren sozialen Beziehungen sind ((1) »überhaupt nicht zufrieden« bis (10) »völlig zufrieden«). Zuletzt wurde ihre Zugehörigkeit zu privilegierten oder diskriminierten Gruppen mit einer Frage mit drei Ausprägungen erhoben. Die Befragten teilten mit, dass sie zu einer Gruppe gehören, die entweder privilegiert, diskriminiert oder keines von beiden ist.

Diese 18 Variablen wurden als aktive Merkmale in die MCA einbezogen, d.h. das daraus entstehende Diagramm und seine Achsen werden auf Basis aller berücksichtigten Ausprägungen berechnet. Dazu wurde die Burt-Matrix benutzt. Da diese Methode dazu führt, dass die Eigenwerte der Dimensionen überschätzt werden, wurden die Achsenskalierungen entsprechend angepasst (vgl. StataCorp 2019, S. 433 oder Gower (1990)). Zur Normalisierung wurden die Werte durch die Wurzel der Masse dividiert,⁹ also die symmetrische Normalisierung benutzt, damit die Zeilenpunkte nicht näher an den Ursprung rücken als die Spaltenpunkte und vice versa (Backhaus et al. 2018, S. 420–427).

Blasius (2001) empfiehlt für Korrespondenzanalysen, die auf einer Burt-Matrix basieren, nur die Dimensionen zu berücksichtigen, deren Eigenwerte größer als $\frac{1}{Q^2}$ ist. Q beschreibt dabei die Anzahl der Variablen in der Analyse (2001, S. 183). Da für die Einteilung in soziale Lagen 18 Variablen verwendet wurden, liegt der Cutoff-Punkt für diese MCA bei $\frac{1}{Q^2} = \frac{1}{18^2} = \frac{1}{324} \approx 0,0031$. Wie der Screeplot in Abbildung 37 und die Werte in Tabelle 22 zeigen, liegen insgesamt fünf Dimensionen über diesem Wert. Die totale Inertia der Lösung beträgt 0,116. Von dieser Inertia werden 39,4% von den ersten beiden Dimensionen abgebildet. Dimension 1 hat einen Eigenwertanteil von 24,7%, während Dimension 2 einen Eigenwertanteil von 14,8% aufweist. Der zweidimensionale Kontingenzzraum wird in Abbildung 40 dargestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit war es in der Abbildung nicht möglich, alle Punkte zu beschriften. Grafische Darstellungen der Verläufe der einzelnen Variablen finden sich im Abbildungsanhang.

⁸ Zur Berechnung der Nettowohnfläche wurde jedoch die Originalvariable verwendet.

⁹ »Die Massen geben jeweils den Anteil einer Zeile oder Spalte an der Gesamthäufigkeit an« (Backhaus et al. 2018, S. 409).

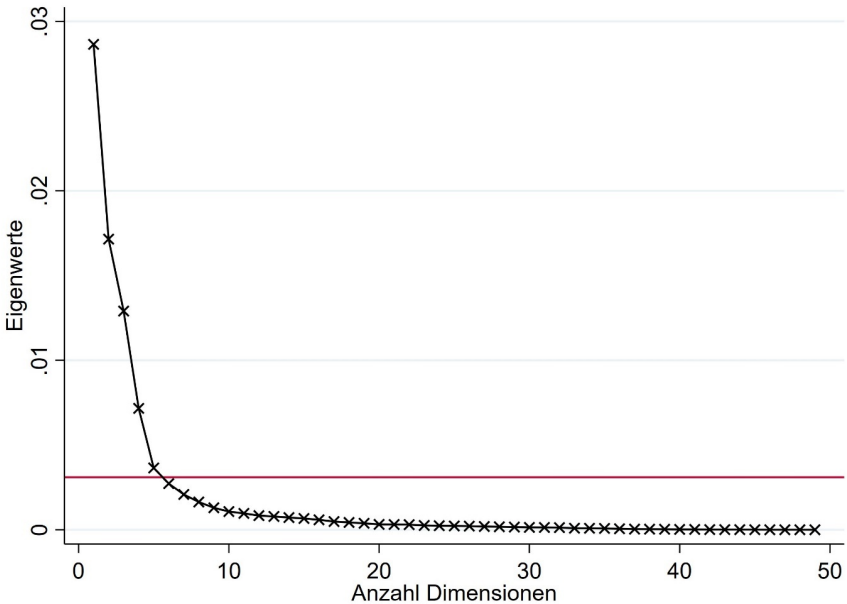


Abbildung 37: Screeplot der Eigenwerte der MCA (N=2.082)

Die rote Linie stellt den Cutoff-Punkt (0,0031) dar.

Quelle: Eigene Darstellung

	Eigenwert	Eigenwertanteil (in %)	Kumulierte Eigenwertanteile (in %)
Dimension 1	0,0286	24,7	24,7
Dimension 2	0,0171	14,8	39,4
Dimension 3	0,0129	11,1	50,6
Dimension 4	0,0072	6,2	56,7
Dimension 5	0,0036	3,1	59,9
Dimension 6	0,0027	2,4	62,3

Tabelle 22: Dimensionen, Eigenwerte und Eigenwertanteile der MCA

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der inhaltlichen Betrachtung fällt auf, dass die meisten Variablen der ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnisse linear auf der waagrechten Achse verlaufen. Mit zunehmendem Bildungsniveau, (Haushalts)Einkommen, abnehmender Sorge vor Stellenverlust, Leichtigkeit des Auskommens mit dem Einkommen, steigender Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance, Wohnraumausstattung und Nettowohnfläche verlaufen die Verteilungen von positiven zu negativen Werten auf der waagrechten Achse. Die Lage der aufgeteilten *missings* im persönlichen Einkommen auf dieser Dimension stützen diese Interpretation. Erwerbslose Befragte und jene in Ausbildung weisen fehlende Werte in

der Einkommensvariable auf, deren Punkte im Kontingenzzraum auf der ersten Dimension positive Werte erreichen, was eine ökonomisch schlechtere Position widerspiegelt. Dagegen sind die *missings* der Rentner und die der Hausfrauen/-männer im negativen Bereich. Diese Dimension spiegelt somit überwiegend die ökonomischen Bedingungen der Befragten ab und jene, die mit diesen stark in Verbindung stehen. Beispielsweise ist es selbsterklärend, dass die Wohnraumausstattung mit den finanziellen Mitteln einer Person korrelieren wird. In anderen Worten ausgedrückt stellt die X-Achse in Abbildung 39 eine typische Unterteilung in ökonomisch besser (negative Werte) und schlechter gestellte (positive Werte) Gruppen dar.

Die Interpretation der senkrechten Y-Achse ist weniger eindeutig. Zum einen finden sich erneut klare Verläufe der ökonomischen Variablen. Folgende Ausprägungen erreichen positive Werte auf der Y-Achse: ein hohes Haushalts- und/oder persönliches Einkommen, ein Angestellten- oder Selbstständigenstatus, *missings* im Auskommen mit dem Haushaltseinkommen. Allerdings werden diese positiven Werte überschattet von denen, die Ausprägungen von nicht-ökonomischen Variablen erzielen: Auszubildendenstatus (sowohl in den *missings* zum Einkommen, als auch durch die entsprechende Erwerbsstatus-Kategorie), fehlende Werte in der ISCO-Kategorisierung, Singledasein, höherer Haushaltsgröße und Kinderlosigkeit. Diese Werte erzeugen das Bild von typischen Studenten oder Lehrlingen, die während ihrer Ausbildung zuhause wohnen. Im negativen Bereich der Y-Achse finden sich dagegen folgende Ausprägungen: Befragte in Pension bzw. Hausfrauen/-männer und Nichterwerbstätige (jeweils mit fehlenden Werten beim persönlichen Einkommen), Geschiedene oder Verwitwete, niedrigeres Haushaltseinkommen und schwereres Auskommen damit, hohe Nettowohnfläche, geringe Haushaltsgrößen (ein bis zwei Personen) und leibliche Kinder (je mehr Kinder, desto niedriger ist der erzielte Wert auf der Achse). Diese Ausprägungen zeichnen das Bild von Rentnern oder (alleinerziehenden) Eltern, die (kurzfristig) nicht erwerbstätig sind. Zusammengefasst repräsentieren positive Werte also typische Situationen in jungen Jahren, während negative Werte spätere Lebensphasen repräsentieren. Somit liegt die Interpretation nahe, dass die Y-Achse das Alter der Befragten abbildet. Dass auch die ökonomischen Variablen mit dieser Achse interagieren, erklärt sich dadurch, dass Ältere mehr Gelegenheit und Zeit zur Verfügung hatten, um sich Vermögen oder Berufspositionen zu erarbeiten, die in mehr Einkommen münden, als jüngere (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12).

Betrachtet man sich noch einmal den Screeplot (Abbildung 37) oder die Werte aus Tabelle 22 kann man erkennen, dass für die MCA auch Lösungen mit drei, vier oder fünf Dimensionen den Schwellenwert von $\frac{1}{Q^2} \approx 0,0031$ überschreiten. Die dritte Dimensionen bspw. würde der Lösung einen Eigenwertanteil von 11,1 %

hinzufügen. Es ist also sinnvoll, zu überprüfen, ob sie zusätzliche Informationen bietet. Folgende Ausprägungen erzielen positive Werte auf der dritten Achse: Befragte in Ausbildung oder Rente (mit fehlenden Werten beim persönlichen Einkommen), hohes Haushaltseinkommen und leichtes Auskommen damit, keine Zuordnung der ISCO-Klassifikation, höhere Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance und sozialen Beziehungen, verwitwet, alleinstehend oder getrennt, Ein- oder Fünfpersonenhaushalte, keine oder mind. 4 Kinder. Diese Achse zeichnet somit ein sehr ähnliches Bild wie die zweite Dimension. Die einzigen Unterschiede sind, dass Erwerbstätige von Nichterwerbstätigen getrennt werden und von der letzteren Gruppe zusätzlich Auszubildende und Rentner abgegrenzt werden. Diese Trennungen wären im weiteren Verlauf auch auf Basis der 2-Dimensionen-Lösung erfolgt, da sie bereits auf theoretisch-konzeptueller Ebene sinnvoll ist. Die dritte Dimension liefert somit keine neuen Informationen, die es rechtfertigen, sie auf Kosten der Interpretierbarkeit in den Biplots zu integrieren. Die Eigenwertanteile der vierten und fünften Dimension sind so niedrig (6,2% und 3,1%), dass auf eine Interpretation der entsprechenden Achsen verzichtet wird. Aus diesen Gründen wird von diesem Punkt an mit der 2-Dimensionen-Lösung gearbeitet.

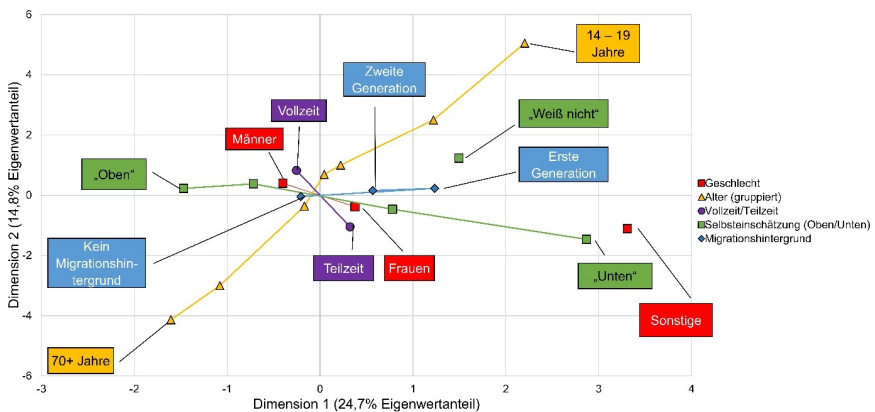


Abbildung 38: Passive Merkmale im Kontingenzzraum

Quelle: Eigene Darstellung

Zusätzliche Validierung findet die Interpretation der zwei Dimensionen, wenn man die Ausprägungen von ausgewählten passiven Merkmalen – also jenen, die nicht zur Bestimmung der beiden Dimensionen beitragen – in den Kontingenzzraum abträgt. Die hierfür verwendeten Variablen sind Geschlecht, Alter (gruppiert), Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit, die subjektive Einschätzung der eigenen Schichtzugehörigkeit und der Migrationshintergrund des Befragten

(Abb. 38). Die waagrechte, ökonomische Dimension bestätigt sich anhand von drei passiven Merkmalen. Männer, die im Durchschnitt in der Gesellschaft ökonomisch privilegiert sind (z.B. durch den *Gender Pay Gap*), erreichen niedrigere Werte auf der X-Achse als Frauen. Auch die subjektive Selbsteinschätzung der Schichtzugehörigkeit verläuft stringent linear, mit der Ausweichoption »Weiß nicht« als einziger Ausreißer. Letztlich erzielt die Kategorie »Kein Migrationshintergrund« negative Werte auf der ökonomischen X-Achse, während der Migrationshintergrund erster Generation am weitesten auf der benachteiligten Seite verortet ist. Außerdem ist Teilzeitarbeit tendenziell im Bereich der ökonomisch schwächeren Positionen verortet, während Vollzeitarbeit in den bevorteilten Regionen des Kontingenzzraums liegen.

Man erkennt außerdem, dass Befragte sich mit zunehmendem Alter tendenziell auch auf der waagrechten Achse in Richtung der besser gestellten Positionen bewegen, was mit der Erwerbstätigkeit und dem Ansparen von Vermögen im Laufe des Lebens erklärbar ist (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12). Gleichzeitig bestätigt der stringente Verlauf der Altersvariable entlang der Y-Achse, dass diese am sinnvollsten als die Dimension des Alters interpretiert werden kann, da die Kategorien »60–69« und »70 oder älter« weit niedrigere Werte erreichen als die jüngeren Kohorten.

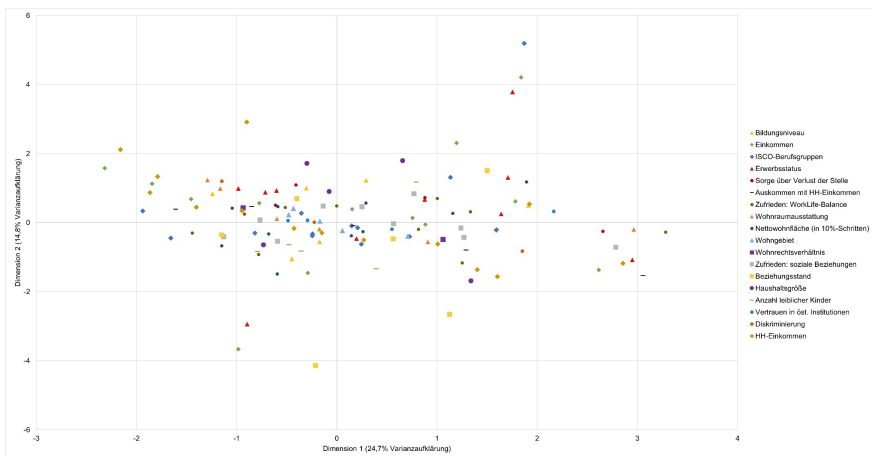


Abbildung 39: Zweidimensionaler MCA-Plot, Standard-Koordinaten, N=2.082

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man sich die Verteilung der Ausprägungen im Kontingenzzraum (Abbildung 39), erkennt man, dass die meisten um den Ursprung des Koordinatensystems streuen. Dieser Umstand ist zwar wenig überraschend, da der

Ursprung den Durchschnitt der Stichprobe darstellt, doch es führt dazu, dass es nur wenige Cluster gibt, die sichtbar vom Rest der Ausprägungen oder der meisten Befragten abgegrenzt sind. Die einzigen Ausnahmen sind Klumpen, die durch besondere Werte in der Variable zur Erwerbstätigkeit (Pension, in Ausbildung) oder mit fehlenden Werten (im Einkommen oder der ISCO-Klassifikation) gekennzeichnet sind. Da sich diese Gruppen auch aus theoretischer Perspektive vom Rest der Stichprobe unterscheiden, werden diese als eigene soziale Lagen codiert. Die Einteilung der restlichen großen Punktwolke auf dem Ursprung des Koordinatensystems muss dagegen anhand von theoretischen Gesichtspunkten erfolgen. Primär wird diese Unterteilung anhand der ISCO-Klassifizierung vorgenommen, die ökonomischen Variablen (inkl. Erwerbssituation) der Befragten werden in einem zweiten Schritt berücksichtigt. Diese Auswahl wurde getroffen, weil die entsprechende Dimension den höchsten Eigenwertanteil aufweist und die Berufsklassifizierung und ökonomische Position der Befragten traditionell genutzt werden, um Klassen und Schichten voneinander zu unterscheiden (Kap. 5.1).

Am deutlichsten weichen die Gruppen der Befragten in Ausbildung (Studenten/Lehrlinge), Rentner, Erwerbslose und Hausfrauen/-männer vom Rest der Stichprobe ab. Diese werden deswegen als die ersten vier sozialen Lagen definiert. Da relativ viele Rentner in der Stichprobe vorliegen ($n = 508$; $\frac{508}{2082} = 24,4\%$ der Stichprobe), können sie zusätzlich anhand des Auskommens mit dem Haushaltseinkommen in besser und schlechter gestellte Rentner unterschieden werden. Jene, die angeben, weder leicht noch schwer mit dem Haushaltseinkommen zurechtzukommen, wurden entlang des Medians im Haushaltseinkommen entweder den besser oder den schlechter gestellten Rentnern zugewiesen.

Die restlichen Befragten wurden durch ihre ISCO-Klassifizierung (basierend auf dem einstelligen ISCO-Code) in die restlichen Lagekategorien eingeteilt (Lagen 6 bis 13). Dabei wurden die ISCO-Kategorien »Handwerks- und verwandte Berufe« und »Anlagen- und Maschinenbediener und Montageberufe« in die Kategorie der »Arbeiter« zusammengefasst. Befragte, die zwar erwerbstätig sind, aber keine (eindeutige) ISCO-Klassifizierung aufweisen, wurden als »sonstige Erwerbstätige« (Lage 14) behandelt. Befragte in Kurzarbeit wurden aufgrund zu niedriger Fallzahlen nicht von ihren in Vollzeit arbeitenden Pendanten getrennt.

Somit ergeben sich 14 soziale Lagen, die die Sozialstruktur Österreichs zum Zeitpunkt April/Mai 2021 abbilden. Da von der Gesamtstichprobe nur 767 Befragte gültige POLID-Scores aufweisen (siehe Kap. 4.2.4.2), verringert sich die Fallzahl pro sozialer Lage. Wie man jedoch Tabelle 22 entnehmen kann, sind die Fallzahlen für weiterführende Analysen nicht zu niedrig. Auch die Verteilung der Befragten auf die Lagen weicht nicht stark genug von der in der Gesamtstichprobe ab, um grobe Verzerrungen der Ergebnisse durch systematische Abbrüche der Be-

fragung oder systematisch variierenden Geschwindigkeiten in der Bearbeitung der Skala zu erwarten. Obwohl Rentner überrepräsentiert und die Studenten/Lehrlinge und Dienstleister leicht unterrepräsentiert sind, ist die Verteilung im Allgemeinen äquivalent.

Eine alternative Art der Codierung wäre gewesen, sich nicht rein auf die einstellige ISCO-Klassifizierung zu verlassen, sondern stattdessen die Techniker, Bürokräfte, Dienstleister und Arbeiter, die die größte Punktwolke um den Ursprung des Koordinatensystems bilden, zusätzlich in bessergestellte und schlechter gestellte Gruppen aufzuteilen. Diese Aufteilung hätte auf derselben Methode beruht wie die Teilung der Gruppe der Rentner (siehe oben). In Folge hätte man die daraus resultierenden acht Gruppen (besser- und schlechter gestellte Techniker, Bürokräfte, Dienstleister und Arbeiter) wieder zusammenfassen können, wenn sie sich in ihrem Bildungsniveau und ihrer Einkommenskategorie nicht signifikant unterscheiden (z.B. in obere, mittlere oder niedrigere Erwerbsschichten). Bei der Überprüfung dieser Vorgehensweise traten jedoch innerhalb der Gruppen der Techniker, Bürokräfte, Dienstleister und Arbeiter keine signifikanten Einkommens- oder Bildungsunterschiede zwischen besser und schlechter gestellten Befragten auf. Zusätzlich bestätigten die Unterschiede, die auftraten, die Abgrenzung nach der ISCO-Typologie und nicht die Unterteilung in obere, mittlere oder niedrigere Erwerbsschichten. Deswegen wird im weiteren Verlauf mit der Gruppierung in soziale Lagen aus Tabelle 23 gearbeitet.

	Gesamtstichprobe (N=2.082)		Gültige Stichprobe (N=767)	
	N	% (gewichtet)	N	% (gewichtet)
1 Studenten/Lehrlinge	181	9,2	47	6,6
2 Bessergestellte Rentner	288	16,4	130	20,4
3 Schlechter gestellte Rentner	220	11,7	100	14,0
4 Erwerbslose	143	7,1	57	8,1
5 Hausfrauen/-männer	84	4,0	31	3,7
6 Führungskräfte	82	3,9	31	4,2
7 Akademiker	58	3,5	22	3,4
8 Techniker	280	11,9	98	11,4
9 Bürokräfte	160	6,6	61	6,8
10 Dienstleister	224	9,7	77	8,6
11 Landwirte	13	0,6	4	0,5
12 Arbeiter	164	7,1	52	5,8
13 Hilfskräfte	40	2,0	17	1,8
14 Sonstige Erwerbstätige	145	6,4	40	4,8

Tabelle 23: Verteilung der Befragten auf die sozialen Lagen

Quelle: Eigene Darstellung

Mit Hilfe der Variablen, die als aktive und passive Merkmale für die MCA gedient haben, können diese Lagen auch inhaltlich beschrieben werden. Hierzu

wurden die Variablen mit annähernd metrischem Skalenniveau nach Vorbild von Schwenk (1999, S. 137–181) z-standardisiert und ihre Abweichung vom Stichprobendurchschnitt überprüft. Die Ergebnisse sind grafisch in den Abbildungen 40, 41 und 42 dargestellt. Es ist wichtig zu beachten, dass die Achsen, auf denen die z-Werte abgetragen sind, aus Gründen der Lesbarkeit nicht deckungsgleich sind. Außerdem stellen nur die grau ausgefüllten Balken signifikante Abweichungen vom Durchschnittswert dar, während die schraffierten Balken nicht signifikante Abweichungen darstellen. Zusätzlich sind die 95%-Konfidenzintervalle der Signifikanztests mit waagrechten Strichen abgebildet. Die restlichen, kategorialen Variablen sind in Tabelle 24 aufbereitet.

Lage 1 – Studenten/Lehrlinge (9,2 % der Stichprobe)

Dass die Befragten in dieser Lage ein durchschnittliches Bildungsniveau aufweisen, erklärt sich dadurch, dass sie sich momentan noch im Prozess des Erreichens überdurchschnittlicher Bildungslevels befinden. Momentan ist also die Pflichtschule ihr höchster erreichter Bildungsabschluss, doch durch ihr laufendes Studium oder ihre aktuelle Lehre werden sie in Zukunft höhere erreichen. Sie weisen außerdem überdurchschnittliche Haushaltseinkommen, aber unterdurchschnittliche persönliche Einkünfte auf, was darauf hindeutet, dass sie während der Ausbildung in WG's oder bei ihren Eltern leben und eventuell neben ihrer Ausbildung in Teilzeit arbeiten. Diese Interpretation wird durch ihre überdurchschnittliche Haushaltsgröße bei gleichzeitiger Kinderlosigkeit und geringer Nettowohnfläche sowie durch ihren niedrigen Altersdurchschnitt (20,7 Jahre) untermauert. Außerdem weist diese Gruppe den höchsten Anteil an ledigen Befragten und jenen mit Migrationshintergründen zweiter Generation auf. Auch der leichte Überschuss an Frauen erklärt sich dadurch, dass Frauen mittlerweile häufiger ein Studium beginnen als Männer.

Lage 2 und 3 – Besser- und schlechter gestellte Rentner (16,4 und 11,7 % der Stichprobe)

Dass sich Lage 2 von Lage 3 durch ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen und ein entsprechend leichteres Auskommen damit abhebt, entsteht durch die Trennung der Gruppe der Pensionisten anhand dieser beiden Merkmale (siehe oben). Die inhaltliche Interpretation muss sich also auf andere Aspekte fokussieren.

Auffallend ist, dass die höheren Rentner überdurchschnittliche persönliche Einkünfte aufweisen, während diese bei der zweiten Gruppe unterdurchschnittlich sind. Womöglich geht dieser Effekt auf die Höhe der Pensionen dieser beiden Gruppen zurück, die von den Löhnen während ihrer Erwerbstätigkeit abhän-

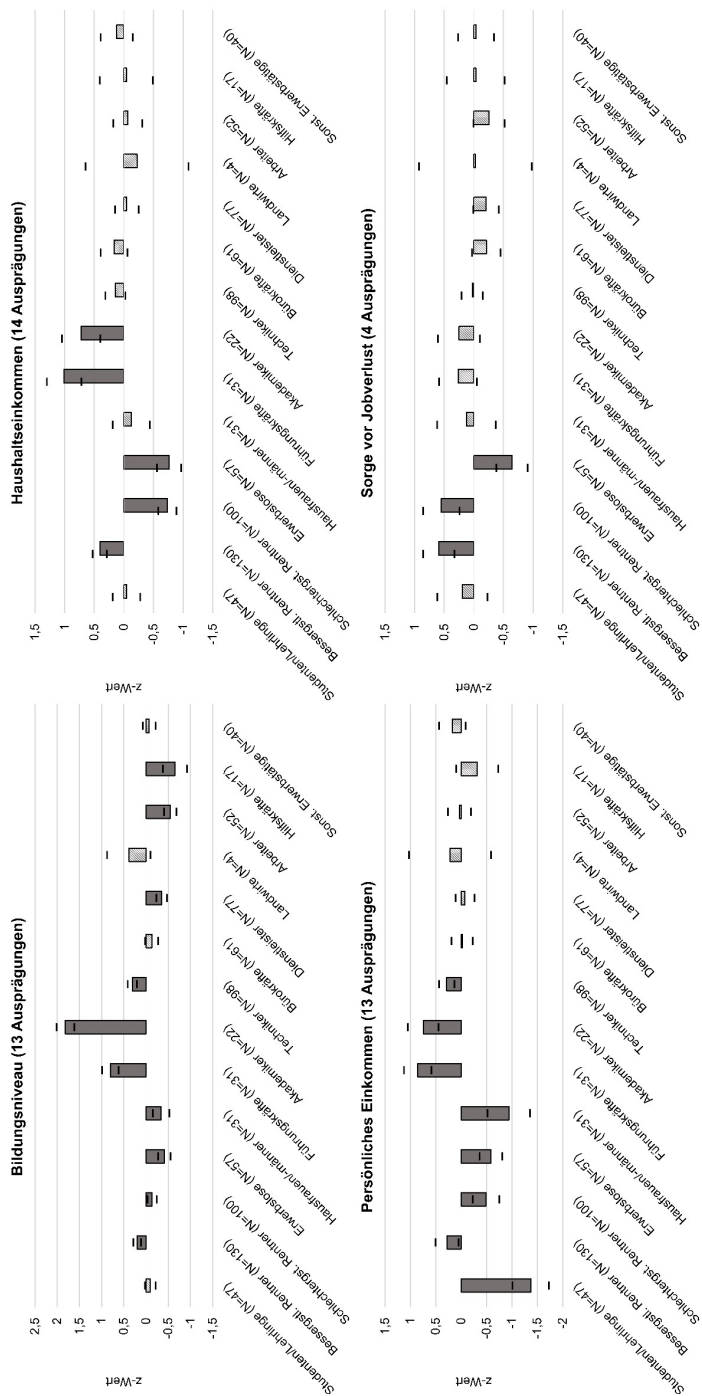


Abbildung 40: z-Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 1/3
Schraffierte Balken stellen nicht signifikante Abweichungen vom Mittelwert ($p > 0.05$) dar.
Quelle: Eigene Darstellung

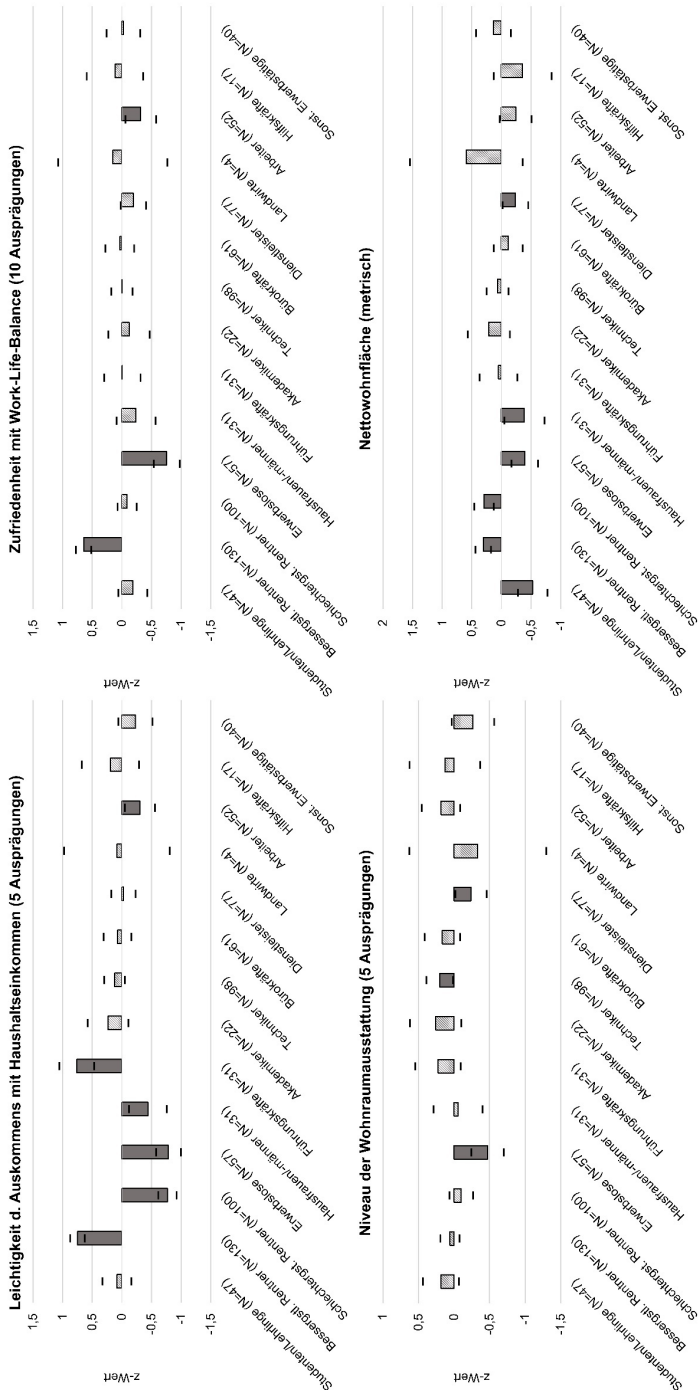


Abbildung 41: z-Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 2/3
Schraffierte Balken stellen nicht signifikante Abweichungen vom Mittelwert ($p > 0,05$) dar.
Quelle: Eigene Darstellung

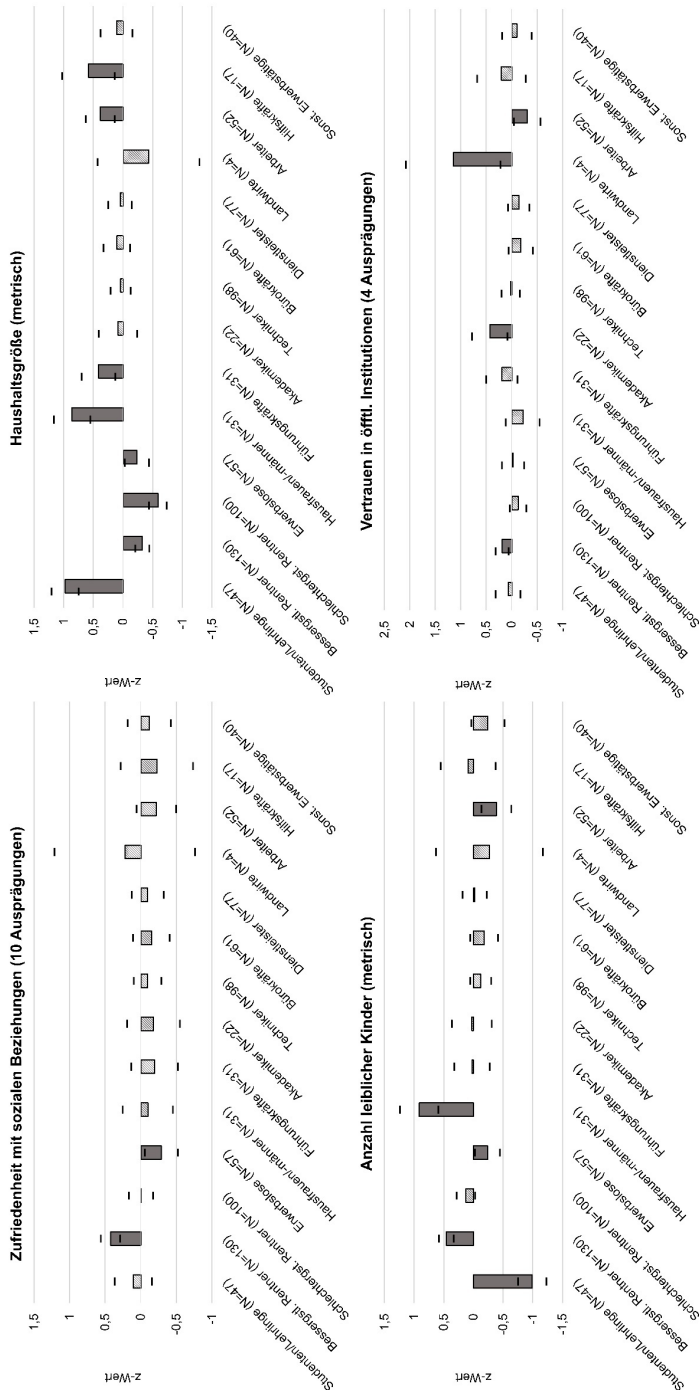


Abbildung 42: z- Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 3/3
Schraffierte Balken stellen nicht signifikante Abweichungen vom Mittelwert ($p > 0,05$) dar.
Quelle: Eigene Darstellung

Wohngebiet (%)					Bauernhof / Haus auf dem Land		Wohnrechtsverhältnis (%)		Migrationshintergrund (%)		
	Großstadt	Vorort/ Randgebiet	(Klein)Stadt	Dorf			Eigentum	Miete	Ohne Generation	Erste Generation	Zweite Generation
1 Studenten/Lehrli- nge	25,8	10,0	24,3	35,5	4,4		56,0	40,9	68,0	7,8	24,2
2 Bessergestellte Rentner	33,4	11,4	27,9	24,2	3,1		59,8	36,3	80,8	4,5	14,8
3 Schlechter gestellte Rentner	30,0	12,8	27,9	20,8	8,4		41,8	54,9	82,4	5,4	12,2
4 Erwerbslose	34,7	11,1	17,4	31,5	5,3		29,3	67,8	75,6	7,8	16,6
5 Hausfrauen/- männer, Karenz	25,6	6,4	20,4	38,9	8,8		53,0	47,0	71,7	20,7	7,7
6 Führungskräfte	33,3	20,0	10,7	33,2	2,9		67,8	31,4	88,0	5,3	6,7
7 Akademiker	20,3	18,7	23,0	32,3	5,8		54,5	40,2	74,8	4,1	21,1
8 Techniker	21,5	14,2	23,1	32,5	8,8		56,4	40,6	85,2	6,8	8,0
9 Bürokräfte	24,9	11,1	26,0	32,1	6,0		50,6	43,7	85,6	4,3	10,2
10 Dienstleister	25,7	15,7	18,6	34,8	5,2		38,5	58,4	78,0	12,4	9,7
11 Landwirte	9,9	0,0	12,4	28,8	48,9		87,6	12,4	90,2	0,0	9,9
12 Arbeiter	16,9	7,7	23,0	45,1	7,3		46,2	48,4	80,3	13,1	6,6
13 Hilfskräfte	16,9	12,3	33,3	29,4	8,2		53,0	45,1	75,2	9,8	15,0
14 Sonstige Erwerbs- tätige	31,3	12,3	18,6	32,0	5,6		58,0	38,5	76,2	13,0	10,8
Gesamtsample (N=2.082)	27,1	12,3	23,2	31,2	6,2		50,9	45,7	79,3	8,0	12,6

	Beziehungsstand (%)					Geschlecht (%)		Alter (metrisch)	
	Verheiratet	Geschieden	Getrennt	Verwitwet	Ehehnl. Lebens- gemeinschaft	♂	♀	M	Std. Err.
1 Studenten/Lehrli- ge	1,4	0,4	3,3	0,0	9,5	40,6	58,8	20,7	0,35
2 Bessergestellte Rentner	64,4	8,5	1,1	13,7	6,2	52,3	46,8	70,9	0,45
3 Schlechter gestellte Rentner	39,6	24,4	5,4	10,9	8,0	38,0	62,0	68,3	0,57
4 Erwerbslose	28,7	15,1	0,0	1,6	14,0	37,2	62,8	45,6	0,98
5 Hausfrauen/- männer, Karenz	74,8	1,9	2,9	0,0	16,6	9,8	90,2	44,4	1,45
6 Führungskräfte	48,6	7,8	0,8	0,0	26,2	72,7	27,3	47,7	1,33
7 Akademiker	43,9	2,8	0,0	0,0	22,1	58,8	41,2	43,5	1,86
8 Techniker	39,9	8,4	3,4	0,6	21,9	56,4	43,1	44,6	0,72
9 Bürokräfte	33,4	7,7	3,1	0,4	25,0	35,5	64,5	42,7	0,97
10 Dienstleister	40,4	9,1	0,8	2,5	18,2	43,3	56,8	42,2	0,82
11 Landwirte	39,9	18,0	9,9	0,0	6,2	83,0	17,0	45,3	2,66
12 Arbeiter	37,3	4,7	0,0	0,0	19,2	77,5	22,5	40,0	0,97
13 Hilfskräfte	47,7	15,4	1,4	0,0	13,1	50,9	49,1	45,1	1,74
14 Sonstige Erwerbs- tätige	37,2	3,9	3,5	1,7	18,0	62,8	35,9	38,7	1,14
Gesamtsample (N=2.082)	40,8	9,2	2,2	4,1	15,1	48,9	50,7	48,6	0,40

Tabelle 24: Deskriptive Analysen der sozialen Lagen (gewichtete Daten)

Quelle: Eigene Darstellung

gen. Rentner aus Lage 2 geben als (letzte) Berufe häufiger Führungspositionen oder akademische Jobs an als die aus Lage 3, die häufiger als Dienstleister tätig sind/waren. Das spiegelt sich auch in den Bildungsniveaus der beiden Gruppen wider. Bessergestellte Rentner weisen leicht überdurchschnittliche Bildungsniveaus auf, während die Rentner aus Lage 3 leicht unterdurchschnittliche Niveaus aufweisen.

Beide Rentnergruppen weisen hohe Nettowohnflächen auf, was sich durch die niedrige Haushaltsgröße erklärt. Berücksichtigt man dazu die hohe Anzahl leiblicher Kinder der bessergestellten Rentner, ergibt sich das Bild von Rentnern, deren Kinder aus dem gemeinsamen Haushalt ausgezogen sind, was zu ihrer hohen Nettowohnfläche führt. Zusätzlich sind bessergestellte Rentner überdurchschnittlich zufrieden mit ihren sozialen Beziehungen. Womöglich bilden die eigenen Kinder einen substanziellen Teil des sozialen Netzwerks. Bei Lage 3 ist das Bild ähnlich, allerdings liegt ihre Kinderzahl auf dem Mittel der Stichprobe, was sich eventuell auch in ihrer durchschnittlichen Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen niederschlägt.

Darüber hinaus fällt auf, dass der Frauenanteil zwischen Lage 2 und 3 stark variiert (46,8 % in Lage 2 vs. 62,0 % in Lage 3), was auf die durchschnittliche Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben (auch durch Berufssegregation) widerspiegelt. Außerdem sind Rentner aus Lage 2 überwiegend noch verheiratet (64,4 %), während die Rate der Scheidungen in Lage 3 deutlich höher ist als in allen anderen Lagen (24,4 %). Diese Scheidungen könnten neben der Diskriminierung von Frauen zusätzlich zur ökonomisch schlechteren Position der Rentner aus Lage 3 beigetragen haben, weil sich somit auch das Haushaltseinkommen reduziert. Zuletzt bekunden bessergestellte Rentner ein leicht erhöhtes Vertrauen in die österreichischen Institutionen, dieser Effekt ist jedoch sehr schwach.

Lage 4 – Erwerbslose (7,1 % der Stichprobe)

Diese Gruppe weist sich zunächst durch niedrige Bildungsniveaus aus, was neben anderen Aspekten als Ursache für ihre Erwerbslosigkeit und dadurch auch niedrige Haushalts- und persönliche Einkünfte und schwieriges Auskommen mit diesen dienen könnte. Damit hängt womöglich auch ihre niedrige Nettowohnfläche und Wohnraumausstattung zusammen. Zugleich sind diese Aspekte auch mit ihrer hohen Rate an Mietverhältnissen verbunden (67,8 %).

Beim Blick auf die demografischen Variablen zeigt sich, dass Erwerbslose häufig ledig (40,6 %) oder geschieden sind (15,1 %), was ihre niedrigen Haushaltsgrößen und ihre Unzufriedenheit mit ihren sozialen Beziehungen erklärt. Letzteres kann auch mit ihrer unterdurchschnittlichen Anzahl leiblicher Kinder oder der Erwerbslosigkeit zusammenhängen, die dazu führt, dass nur wenig

sozialer Austausch mit Kollegen stattfinden kann. Zusätzlich fällt auf, dass auch in dieser Lage Frauen überrepräsentiert sind (62,8%). Das geht nicht darauf zurück, dass Frauen vermehrt Hausarbeit und Kinderbetreuungen übernehmen und deshalb nicht erwerbstätig sind. In Lage 4 sind nur jene erwerbslosen Frauen vertreten, die sich explizit nicht zur Gruppe der Hausfrauen oder karenzierten Mütter zählen (siehe Lage 5). Insofern ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese Frauen nicht freiwillig erwerbslos sind. Dass Frauen hiervon häufiger betroffen zu sein scheinen, deutet die durchschnittlich schlechtere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt an.

Überraschend scheinen auf den ersten Blick die Ergebnisse, dass Erwerbslose sehr unzufrieden mit ihrer Work-Life-Balance sind und große Sorge vor dem Verlust ihrer Arbeitsstelle angeben. Ersteres könnte damit erklärt werden, dass sie sich eine Beschäftigung wünschen oder dass die Jobsuche ihr Leben zu stark dominiert. Andererseits könnte die Sorge vor dem Jobverlust einen generellen Pessimismus über die eigene Lage auf dem Arbeitsmarkt ausdrücken, in dem jede ergatterte Berufsposition stark gefährdet wäre.

Lage 5 – Hausfrauen/-männer oder Eltern in Karenz (4,0 % der Stichprobe)

Obwohl die Befragten aus dieser Lage unterdurchschnittliche Bildungsniveaus und persönliche Einkommen erzielen, weisen sie durchschnittliche Haushaltseinkommen auf. Das kann dadurch erklärt werden, dass sie meist verheiratet sind (74,8%) und somit die Einkünfte des Ehepartners die finanzielle Situation des Haushalts bestimmen. Damit einher gehen durchschnittliche Werte in den meisten Variablen (Sorge über Stellenverlust, Zufriedenheit mit Work-Life-Balance und sozialen Beziehungen und Wohnraumausstattung). Dadurch dass nur ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist, erklärt sich jedoch auch das leicht unterdurchschnittliche Auskommen mit dem Haushaltseinkommen. Hausfrauen/-männer weisen durch ihre eigenen Kinder weit höhere Haushaltsgrößen und geringere Nettowohnflächen auf als die meisten Lagen.

Demografisch interessant sind drei Aspekte dieser Lage. Erstens ist diese Lage wie zu erwarten überwiegend weiblich dominiert (90,2%), zweitens ist der Anteil der ländlich lebenden Befragten in der Lage höher als im Gesamtsample und drittens weist diese Lage den höchsten Anteil an Migranten erster Generation auf (20,7%). In dieser Lage sind somit typisch autochthone (Groß)Familien mit traditionellen Geschlechterrollen und migrantische (Groß)Familien zusammengefasst. Obwohl es auf theoretischer Ebene interessant wäre, diese beiden Gruppen zu trennen, würden sich dadurch nur sehr geringe Fallzahlen ergeben, was im späteren Verlauf zu methodologischen Problemen führen würde. Außerdem muss davor gewarnt werden, Personen mit Migrationshintergrund

als Mitglieder von ethnischen Minderheiten zu interpretieren, da diese beiden Kategorien nicht deckungsgleich sind. Immerhin stammt der größte Anteil der in Österreich lebenden Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit aus Deutschland (Statistik Austria 2022, S. 16–20). Deswegen wird Lage 5 im weiteren Verlauf der Monographie nicht zusätzlich unterteilt.

Lage 6 – Führungskräfte (3,9 % der Stichprobe)

Wie in typischen Sozialstrukturmodellen weisen die Führungskräfte ein hohes Bildungsniveau und hohe Einkünfte (persönlich und im Haushalt) auf. In den restlichen Variablen erzielen sie jedoch durchschnittliche Werte (Sorge vor Stellenverlust, Zufriedenheit mit Work-Life-Balance und sozialen Beziehungen, Wohnraumausstattung, Nettowohnfläche und Kinderzahl). Die einzige Ausnahme ist ihre überdurchschnittliche Haushaltsgröße, die sich nicht durch ihre Kinderzahl erklären lässt, da diese auf einem durchschnittlichen Niveau liegt. Womöglich erklärt sich die Haushaltsgröße dadurch, dass Führungskräfte zumeist verheiratet sind (48,6%) oder in eheähnlichen Partnerschaften leben (26,2%).

Ebenfalls auffällig sind ihre demografischen Merkmale. Führungskräfte leben etwas häufiger in Großstädten (33,3%) und deren Vororten (20,0%), was vermutlich mit ihrem Beruf einhergeht. In diesen Gebieten leben sie auch vermehrt in eigenem Eigentum (67,8%), was sie von den restlichen Lagen unterscheidet. Außerdem weist diese Lage – abgesehen von den Landwirten – die höchste Rate an autochthonen Befragten (88,0%) auf. Letztlich sind Führungskräfte vermehrt männlich (72,7%) und sind im Durchschnitt älter als die restlichen Erwerbstätigen, was womöglich auf den beruflichen Aufstieg im Laufe der Erwerbstätigkeit zurückzuführen ist.

Lage 7 – Akademiker (3,5 % der Stichprobe)

Durch ihr hohes Bildungsniveau erreichen Akademiker – ähnlich wie Führungskräfte – erhöhte Einkommen (sowohl selbst als auch im Haushalt) und kommen damit auch durchschnittlich gut aus. Die restlichen Variablen zu wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnissen sind wie in Lage 6 durchschnittlich ausgeprägt. Auch in den Variablen zur sozialen Integration (Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen, Haushaltsgröße, Anzahl leiblicher Kinder) und den Wohn(umwelt)bedingungen (Wohnraumausstattung, Nettowohnfläche) erreichen sie durchschnittliche Werte.

Unterschiede zu Lage 6 fallen jedoch in den demografischen Variablen auf. Obwohl bei Akademikern Männer immer noch leicht überrepräsentiert sind

(58,8 %), ist ihr Anteil nicht so hoch wie bei den Führungskräften. Sie leben zwar auch häufiger in Wohneigentum, doch dieses befindet sich nicht so häufig in Großstädten (nur 20,3 %), sondern eher in deren Randgebieten. Stattdessen weisen sie die zweithöchste Rate an Vorort-Wohnsitzen auf (18,7 %). Außerdem leben Akademiker überwiegend in Beziehungen (43,9 % verheiratet, 22,1 % in eheähnlichen Beziehungen) und weisen nach den Studenten/Lehrlingen die höchste Rate von Migrationshintergründen zweiter Generation auf (21,1 %), was auf internationale Mobilität in Zusammenhang mit ihren Berufen zurückgeführt werden kann. Interessant ist auch, dass Akademiker als eine der wenigen sozialen Lagen ein überdurchschnittliches Vertrauen in öffentliche Institutionen an den Tag legen. Das entspricht dem bisherigen Forschungsstand bezüglich politischem Vertrauen, der eine positive Korrelation zwischen Bildung und politischem Vertrauen postuliert (Braun 2013, S. 83–102; Gräf und Jagodzinski 1998, S. 295–300; Mayne und Hakhverdian 2017, S. 182–183; Torcal 2017, S. 430; van der Meer und Hakhverdian 2017, S. 90–98; Zmerli 2020, S. 261; Zmerli und Newton 2011, S. 77–83).

Lage 8 – Techniker (11,9 % der Stichprobe)

Gemeinsam mit den Bürokräften (Lage 9), den Dienstleistern (Lage 10) und den Arbeitern (Lage 12) bilden die Techniker den Durchschnitt der Stichprobe und liegen deswegen nahe am Ursprung des Koordinatensystems. Entsprechend gibt es nur wenige Werte, in denen diese Lagen vom Durchschnitt abweichen. Die Techniker weisen leicht überdurchschnittliche Bildungsniveaus auf, was sich in ihrer ISCO-Klassifizierung widerspiegelt. Sie haben außerdem überdurchschnittlich hohe persönliche Einkommen, während ihre Haushaltseinkommen im Mittel liegen. Ihre Wohnraumausstattung liegt leicht über dem Durchschnitt. In den anderen Variablen erzielen sie durchschnittliche Werte. Auffallend ist einzig, dass sie selten Migrationshintergründe aufweisen (85,2 % autochthon) und Männer in dieser Lage leicht überrepräsentiert sind (56,4 %).

Lage 9 – Bürokräfte (6,6 % der Stichprobe)

Während bei den Technikern das persönliche Einkommen noch leicht über dem Durchschnitt lag, ist das bei den Bürokräften nicht mehr der Fall. In annähernd allen metrischen Variablen erzielen sie Werte im Mittelfeld. Wie bei den Technikern sind Migrationshintergründe im Vergleich zur Gesamtstichprobe recht selten (nur 14,5 %) und eheähnliche Beziehungen sind stärker verbreitet als im Sample generell (30,5 %). Im Gegensatz zu den Technikern ist diese Lage überwiegend weiblich besetzt (64,5 %).

Lage 10 – Dienstleister (9,7% der Stichprobe)

Das Bildungsniveau, die Wohnraumausstattung und Nettowohnfläche der Dienstleister liegen leicht unter dem Durchschnitt, während die restlichen Variablen im Mittelfeld liegen. Ihr Anteil an Befragten mit Migrationshintergrund erster Ordnung ist allerdings höher als im Gesamtsample (12,4%), sie leben häufiger in Mietverhältnissen (58,4%) und haben einen leichten Frauenüberschuss (56,8%).

Lage 11 – Landwirte (0,6% der Stichprobe)

Da diese Lage nur schwach besetzt ist, müssen alle Abweichungen vom Mittelwert oder der Gesamtstichprobe vorsichtig interpretiert werden. Außerdem sind die Konfidenzintervalle der Werte in den annähernd metrischen Variablen durch die geringe Fallzahl verbreitet, was dazu führen kann, dass real auftretende Abweichungen hier nicht identifiziert werden konnten. Dadurch erklärt sich, warum die Landwirte in allen z-standardisierten Variablen durchschnittliche Werte erzielen. Als einzige Ausnahme kann man das überdurchschnittliche Vertrauen gegenüber öffentlicher Institutionen anführen, da dies dem widerspricht, was man aufgrund der Literatur erwarten würde. Auf Basis klassischer *Cleavage*-Theorien würde man erwarten, dass die traditionelle Konfliktlinie zwischen Stadt und Land oder Zentrum und Peripherie zu einem geringeren Vertrauen der Landwirte führen würde (Rokkan 2000, S. 62, 138–184). Doch – wie angesprochen – ist dieser Effekt wegen der geringen Fallzahl nur mit größter Vorsicht zu handhaben, weswegen er auch im Weiteren nicht detailliert berücksichtigt wird. Die meisten Befragten in dieser Lage sind männlich (83,0%) und weisen keinen Migrationshintergrund auf (90,2%).

Lage 12 – Arbeiter (7,1% der Stichprobe)

Das unterdurchschnittliche Bildungsniveau der Arbeiter schlägt sich auch in ihrer ISCO-Klassifizierung nieder. Allerdings weisen sie wie die Lagen 8, 9 und 10 durchschnittliche Werte bei den meisten anderen Variablen auf. Auffällig ist jedoch, dass sie trotz durchschnittlicher Haushalts- und persönlichen Einkommen mit diesem geringfügig schwerer auskommen als der Durchschnitt. Auch ihre Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance ist leicht geringer als im Durchschnitt. Sie zeigen außerdem eine leicht erhöhte Sorge darüber, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, obwohl dieser Wert die statistische Signifikanz knapp verpasst. All das deutet auf prekäre Arbeitsverhältnisse hin. Das führt auch dazu, dass sie politischen Institutionen weniger vertrauen.

Aufgrund ihres niedrigeren mittleren Alters (40,0 Jahre) und ihres vergleichsweise hohen Anteils von ledigen Personen (38,9 %) weisen sie eine niedrige Anzahl an leiblichen Kindern auf. Gleichzeitig leben sie in Haushalten mit überdurchschnittlicher Mitgliederzahl, was womöglich auf andere Familienmitglieder (Eltern, Geschwister) zurückzuführen ist. Arbeiter sind häufiger in Dörfern angesiedelt, meist männlich (77,5 %) und weisen leicht erhöhte Anteile von Migrationshintergründen erster Generation auf (13,1 %). Auch diese Gruppe kann aus Gründen der Fallzahlen nicht in Arbeiter mit und ohne Migrationshintergrund getrennt werden.

Lage 13 – Hilfskräfte (2,0 % der Stichprobe)

Trotz ihres niedrigeren Bildungsniveaus erreichen Hilfskräfte durchschnittliche Einkommen und können mit diesen auch auf dem Level des Gesamtsamples haushalten. Während die Hilfskräfte auf den meisten Variablen durchschnittliche Werte erreichen, weisen sie erhöhte Haushaltsgrößen auf. Diese gehen jedoch nicht zu Lasten der Nettowohnfläche, da diese nicht signifikant vom Durchschnitt abweicht. Die höheren Haushaltsgrößen gehen auch nicht auf die Anzahl leiblicher Kinder zurück, da diese ebenfalls nahe dem Mittelwert liegt. Womöglich finden sich in dieser Lage Personen, die aus Kostengründen Wohngemeinschaften eingehen. Hilfskräfte leben meist in (Klein)Städten und sind relativ häufig geschieden (15,4 %). Männer und Frauen sind einigermassen gleich stark vertreten, allerdings ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergründen zweiter Ordnung im Vergleich zu den meisten anderen Lagen hoch (15,0 %).

Lage 14 – Sonstige Erwerbstätige (6,4 % der Stichprobe)

Die inhaltliche Interpretation dieser Lage ist dadurch erschwert, dass sich hier Mitglieder aller ISCO-Gruppen wiederfinden und sich deren Werte in den aktiven Merkmalen vermischen. Dadurch erklärt sich, dass diese Lage in keiner der z-standardisierten Variablen vom Durchschnitt unterscheidet. Auch die Interpretation der kategorialen Variablen ist in dieser Gruppe nur bedingt möglich. Der erhöhte Anteil von Personen in Großstädten könnte auf nicht identifizierte Techniker zurückgeführt werden, während der erhöhte Anteil der dörflich Wohnenden von Dienstleistern oder Arbeitern ausgehen könnte. Ähnliche Effekte könnten beim Migrationshintergrund vorliegen. Auffällig ist nur der hohe Anteil von Männern in dieser Lage (62,8 %), was einmal mehr auf die schlechtere Eingebundenheit von Frauen ins Erwerbsleben hindeutet.

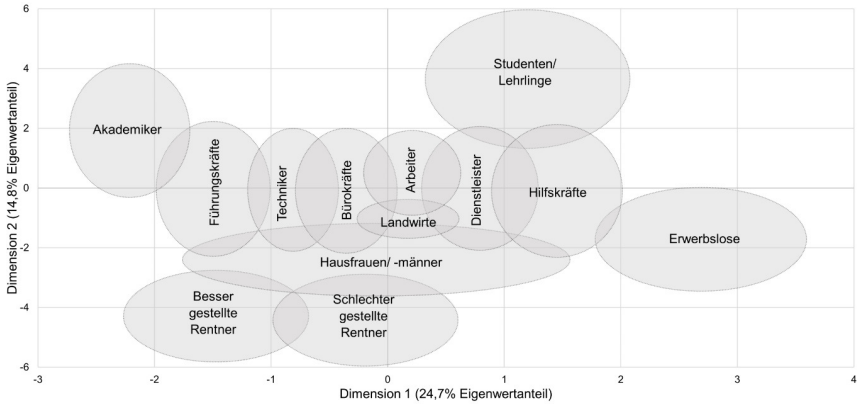


Abbildung 43: Soziale Lagen im Kontingenzzraum

Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt ergeben sich dadurch 14 soziale Lagen, die im Kontingenzzraum existieren. Dieser ist in Abbildung 43 dargestellt. Man muss jedoch beachten, dass in dieser Abbildung aus Gründen der Lesbarkeit die Lage 14 (Sonstige Erwerbstätige) nicht dargestellt werden kann, da sie sich mit den Lagen 8, 9, 10, 12 und 13 überschneiden würde. Außerdem sind die Flächen der Lagen nicht repräsentativ für die jeweilige Fallzahl, sondern ihre Fläche dient rein darstellerischen Zwecken. Die Überschneidungen zwischen den Lagen sollen verdeutlichen, dass diese Lagen nicht vollständig disjunkt sind, sondern fließend ineinander übergehen. Das ist besonders für die Lagen um den Koordinatenursprung relevant.

6. Hypothesen

Nachdem in Kapitel 4 die abhängigen Variablen (POLID-Werte) entwickelt wurden und Kapitel 5 die soziale Lage und die Variablen, auf deren Basis diese konstruiert wurden, dargelegt hat, sollen in diesem Kapitel die Hypothesen aufgestellt werden, die in Kapitel 7 überprüft werden. Natürlich werden in den statistischen Analysen tatsächlich stets die Nullhypothesen überprüft, allerdings werden diese aus Platzgründen nicht explizit ausformuliert. Stattdessen werden im Folgenden nur die gerichteten Alternativhypothesen niedergeschrieben, die aus dem bisherigen Forschungsstand abgeleitet werden.

Aus der Hauptfragestellung und dem theoretischen Rahmen dieser Arbeit kann direkt die erste Hypothese abgeleitet werden. Wenn man davon ausgeht, dass die objektiven Lebensbedingungen das politische Denken der Menschen beeinflussen, dann müssten sich signifikante Unterschiede in den POLID-Werten zwischen den sozialen Lagen zeigen. Allerdings würde eine Hypothese, die nicht näher spezifizierte Unterschiede impliziert, wenig wissenschaftlichen Mehrwert bieten. Deswegen sollen gerichtete Hypothesen aufgestellt werden, in denen bestimmten Lagen höhere oder niedrigere POLID-Werte erzielen. Allerdings setzen diese Hypothesen viele Annahmen über die Mechanismen voraus, die wiederum auf Hypothesen zwischen den POLID-Werten und den aktiven und passiven Merkmalen aus Kapitel 5.2.2 aufbauen. Um also die Hypothesen über die Korrelation zwischen der sozialen Lage und den POLID-Scores aufzustellen und Redundanzen zu vermeiden, werden im Folgenden zunächst Hypothesen für die einzelnen aktiven und passiven Variablen aufgestellt. Aus diesen werden am Ende dieses Kapitels die Hypothesen bezüglich der sozialen Lage als Ganzes abgeleitet.

Einkommen

Das persönliche Einkommen ist eine der am häufigsten kontrollierten Variablen in der Ideologieforschung. Ein hohes Einkommen wird im bisherigen For-

schungsstand stets mit libertären Einstellungen assoziiert (Bakker 2017, S. 1027; Buchmayr 2022, S. 395–399; Feldman und Johnston 2014, S. 344–345; Gerber et al. 2010, S. 119–123; Hermann und Leuthold 2003, S. 31–32; Malka et al. 2017, S. 1060–1062), während niedriges Einkommen mit sozialistischem Denken korreliert (Barber et al. 2013, S. 1167–1172; Geiger 1987, S. 82–105; Houtman 2003, S. 87; Wegener und Liebig 1995a, S. 255–258). Für diese Befunde ist das rationale Eigeninteresse der Befragten die offensichtlichste Begründung. Wohlhabende Personen würden durch Umverteilung Verluste erfahren, während ökonomisch Benachteiligte durch sie profitieren würden. Entsprechend vertreten beide Gruppen die Ideologie, die ihren Interessen entspricht. Außerdem nehmen einkommensstarke Personen häufig Einkommensunterschiede als geringer wahr als einkommensschwächere, weswegen sie auch niedrigere sozialistische Tendenzen zeigen (Verwiebe und Wegener 2000, S. 142–143).

Auf der soziokulturellen Achse ist dieser Zusammenhang jedoch nicht eindeutig. Zum einen berichten manche Studien, dass das Einkommen auf soziokulturelle Ideologien keinen Einfluss nimmt (Bakker 2017, S. 1029–1037; Feldman und Johnston 2014, S. 344–345; Gerber et al. 2010, S. 119–123). Andererseits könnten diese nicht signifikanten Ergebnisse auch daher stammen, dass sowohl einkommensstarke als auch -schwache Gruppen aus unterschiedlichen Gründen konservative Tendenzen entwickeln können. Zum einen zeigen Hermann und Leuthold, dass einkommensstarke Personen einen stärkeren Konservatismus pflegen als einkommensschwächere (Hermann und Leuthold 2003, S. 31–32). Das kann Ausdruck des rationalen Eigeninteresses sein. Mitglieder privilegierter Gruppen können den Status Quo durch das Vertreten einer konservativen Ideologie schützen wollen (vgl. hierzu auch die *System Justification Theory* in Kap. 2.3.5). Zum anderen können benachteiligte Gruppen durch ökonomischen Stress Unsicherheit oder Anomie verspüren. Da der Konservatismus vor allem verunsicherte Menschen anspricht, weil er Sicherheit durch klare Strukturen bietet (vgl. epistemische, existentielle und soziale Motive in Kap. 2.3.5, sowie Malka et al. (2017, S. 1060–1062) und Geiger (1987, S. 82–105)), könnten sich auch ökonomisch benachteiligte Personen dem Konservatismus zuwenden. Insofern ist es schwierig, eine eindeutige Hypothese über den Zusammenhang zwischen Einkommen und Konservatismus bzw. Liberalismus zu formulieren. Um dennoch eine falsifizierbare Hypothese aufzustellen, wird zunächst angenommen, dass Konservatismus eine Ideologie der privilegierten Gruppen ist, was sich in einer positiven Korrelation zwischen Einkommen und Konservatismus äußern sollte.

Das Haushaltseinkommen wird in der Ideologieforschung scheinbar nicht berücksichtigt. Zumindest scheinen keine empirischen Ergebnisse bezüglich dieser Variable vorzuliegen. Doch da das persönliche und das Haushaltseinkommen

korrelieren ($r = 0,49$, $p < 0,001$) und beide Variablen den sozialen Status der Personen stark prägen, wird davon ausgegangen, dass der statistische Zusammenhang mit den POLID-Scores bei beiden Arten des Einkommens äquivalent sein dürfte.

- H1a: Befragte mit höherem persönlichem Einkommen erzielen höhere Libertarismus-Scores.
- H1b: Befragte mit höherem persönlichem Einkommen erzielen höhere Konservativismus-Scores.
- H1c: Befragte mit höherem persönlichem Einkommen erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H1d: Befragte mit höherem persönlichem Einkommen erzielen niedrigere Libertarismus-Scores.
- H2a: Befragte mit höherem Haushaltseinkommen erzielen höhere Libertarismus-Scores.
- H2b: Befragte mit höherem Haushaltseinkommen erzielen höhere Konservativismus-Scores.
- H2c: Befragte mit höherem Haushaltseinkommen erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H2d: Befragte mit höherem Haushaltseinkommen erzielen niedrigere Libertarismus-Scores.

Bildung

Die Ergebnisse bezgl. des Einflusses der formalen Bildung auf Ideologien sind auf der ökonomischen Achse inkonsistent. Während Gerber et al. (2010) zeigen, dass Bildung keinen signifikanten Einfluss auf die ökonomischen Ideologien hat (2010, S. 119–123), berichten andere Studien, dass ein höherer Bildungsgrad mit Libertarismus bzw. ökonomischem Individualismus einhergeht (Buchmayr 2022, S. 395–399; Feldman und Johnston 2014, S. 344–345; Lachat 2017, S. 572–574; Liebig und Verwiebe 2000, S. 18–21; Wegener und Liebig 1995a, S. 254–255) und das Ungerechtigkeitsempfinden (z.B. gegenüber dem Gender Pay Gap) sinkt (Liebig und Verwiebe 2000, S. 15–17). Darüber hinaus korrelieren niedrige Bildungsniveaus mit sozialistischen Tendenzen (Houtman 2003, S. 87; Malka et al. 2017, S. 1060–1062). Diesem Bild eines linearen Zusammenhangs widersprechen die Befunde von Hadler (2005), nach denen niedrig- und hochgebildete Befragte höhere Einkommensunterschiede akzeptieren als Befragte mit mittleren Bildungsabschlüssen. Demnach läge ein U-förmiger Zusammenhang vor (2005, S. 145). Obwohl es also einige inkonsistente Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen der formalen Bildung und der ökonomischen Ideologie gibt, zeichnet sich als zentrale Tendenz ab, dass Hochgebildete Personen eher libertären

Einstellungen zugeneigt sind, während Niedriggebildete eher sozialistisch orientiert sind. In diesen Einstellungen können sich die rationalen Eigeninteressen dieser Bildungsschichten widerspiegeln, da das Ausbildungsniveau als Voraussetzung für eine gutbezahlte oder prestigeträchtige Berufsposition eine zentrale Rolle in der Erlangung eines hohen sozialen Status spielt (Ganzeboom et al. 1992, S. 8–11) und der Zugang zu hohen Ausbildungsniveaus durch die soziale Herkunft geprägt ist (vgl. Schindler und Reimer (2011) oder van de Werfhorst (2007)). Während der Libertarismus den Hochgebildeten zu Zwecken des Statuserwerbs attraktiv erscheint, ist der Sozialismus der niedriggebildeteren Gruppen durch ihr Bedürfnis nach Sicherheit begründet (Malka et al. 2017, S. 1060–1062).

Im Kontext der soziokulturellen Ideologien ist der Forschungsstand jedoch einheitlich. Höhere Bildungsniveaus werden mit Liberalismus in Verbindung gesetzt, während konservatives Denken bei niedriger gebildeten Befragten häufiger auftritt (Buchmayr 2022, S. 395–399; Feldman und Johnston 2014, S. 344–345; Gerber et al. 2010, S. 119–123; Haller und Müller Kmet 2019, S. 63–66). Zusätzlich zeigt sich häufig, dass Autoritarismus, der oft auf der konservativen Seite des politischen Spektrums verortet wird, mit niedrigerer Bildung einhergeht (Hopf 2000, S. 104–114; Houtman 2003, S. 93–99). Eine mögliche Erklärung für diesen Zusammenhang ist, dass Personen während ihrer (universitären) Ausbildung mit neuen Ideen und/oder Kulturen konfrontiert werden, was ihre Angst oder Abneigung abbaut und somit liberale Tendenzen begünstigt (Jost et al. 2008b, S. 133–134; Sidanius et al. 1991, S. 709–710). Allerdings kann hier Selbstselektion vorliegen, da das Erreichen eines hohen Bildungsniveaus auch kognitive Kompetenzen voraussetzt. Da Janoff-Bulman und Tetlock berichten, dass konservativ denkende Menschen tendenziell geringere Niveaus an Komplexität in ihrem Denken aufweisen (Janoff-Bulman 2009, S. 179–180; Tetlock 1983, S. 122), könnten sie sich somit selbst aus dem Bildungssystem herausselektieren.

Diese Theorien haben jedoch einen sehr elitären Beigeschmack, weil sie Konservativen negative Eigenschaften zuschreiben. Im Sinne einer wertneutralen Ideologieforschung soll in dieser Monographie deswegen eine weitere mögliche Erklärung vorgeschlagen werden. Wie in Kap. 2.2.3.5 ausgeführt, treten konservative Tendenzen häufig in Verbindung mit Angstgefühlen auf. Niedrigere Bildung führt, wie oben genannt, zu einem niedrigeren sozialen Status, der ökonomische Angstgefühle auslösen kann. Verbindet man dies mit einer Sorge vor Rationalisierung von *low-skill* Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Konkurrenz durch Migranten kann Konservatismus sich auch als Folge des rationalen Eigeninteresses entwickeln. Des Weiteren dürfte der Konservatismus auf dem Land verbreitet sein (Buchmayr 2022, S. 395–399), auf dem das Bildungsniveau im Durchschnitt niedriger ist als in liberalen Großstädten.

Zur Formulierung der Hypothesen kann zusätzlich auf die Kosmopolitismus-Forschung zurückgegriffen werden. Helbling und Teney (2015) definieren den ideologischen Kern des Kosmopolitismus als „*openness and attentiveness to the world outside one's own community*“ (2015, S. 446). Diese Offenheit äußert sich meist in Aufgeschlossenheit für Migration und/oder internationalen Handel sowie stärkere Identifikation mit und Unterstützung der EU.¹ Gesellschaftliche Eliten vertreten diesen Kosmopolitismus meist stärker als der Rest der Bevölkerung (Helbling und Teney 2015, S. 455–458; Strijbis et al. 2019, S. 46–63; Teney und Helbling 2014, S. 264–268). Als Eliten werden sowohl kulturelle Eliten (Akademiker, Künstler) als auch ökonomisch Privilegierte (Manager, Personen mit hohem Humankapital, etc.) angesehen (Helbling und Teney 2015, S. 452; Strijbis et al. 2019, S. 44). In diesem Kontext ist auch relevant, dass man verschiedene Untertypen des Kosmopolitismus identifizieren kann, die sich jeweils auf andere Schwerpunkte fokussieren, von denen Helbling und Teney (2015) vier zentrale ausdifferenzieren: (1) Kosmopolitischer Bezug zu internationalen statt lokalen Gemeinschaften, (2) Hilfsbereitschaft für Individuen außerhalb der eigenen Gemeinschaft, (3) Offenheit für kulturelle Diversität, und (4) Ökonomische Offenheit (2015, S. 448–450). Obwohl Eliten im Mittel stets insgesamt kosmopolitischer eingestellt sind als der Rest der Bevölkerung, unterscheiden sich verschiedene Elitengruppen darin, auf welche dieser vier Schwerpunkte sie sich fokussieren. Gewerkschaftseliten betonen ökonomische Offenheit bspw. weniger stark als Manager (Teney und Helbling 2014, S. 264–268). Trotz dieser Ausdifferenzierung haben die Eliten stets gemein, dass sie ein hohes Bildungsniveau aufweisen. Zusätzlich zeigen Strijbis et al. (2019), dass die Bildung auch unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Elitengruppe mit einem erhöhten Kosmopolitismus einhergeht (2019, S. 52–63). Die oben aufgezählten konkreten Einstellungen, die aus dem Kosmopolitismus folgen, sollten sowohl mit höheren Libertarismus-, als auch Liberalismus-Werten einhergehen. Somit sind auch auf Basis der Kosmopolitismus-Forschung folgende Hypothesen aufzustellen:

- H3a: Befragte mit höheren Ausbildungsniveaus erzielen höhere Libertarismus-Scores.
- H3b: Befragte mit höheren Ausbildungsniveaus erzielen niedrigere Konservatismus-Scores.

¹ In diesem Kontext kann auch auf Rehm et al. (2024) verwiesen werden, die zeigen, dass die emotionale Verbundenheit mit der EU nicht allein durch die Tatsache erhöht ist, dass man in einer Grenzregion lebt. Bildung und Haushaltseinkommen, zwei Variablen, die gesellschaftliche Eliten auszeichnen, sind dagegen durchaus mit stärkerer Verbundenheit der EU assoziiert (2024, S. 10–17). Das Bildungsniveau spielt in diesem Kontext also eine größere Rolle als die bloße Interaktion mit anderen Staatsbürgern.

- H3c: Befragte mit höheren Ausbildungsniveaus erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H3d: Befragte mit höheren Ausbildungsniveaus erzielen höhere Liberalismus-Scores.

ISCO-Klassifizierung und Erwerbsstatus

Da sich viele traditionelle Klassen- und Schichtenkonzepte auf den Berufs- und Erwerbsstatus ihrer Befragten fokussieren (Kap. 5.1), können aus den Ergebnissen der Gerechtigkeitsforschung konkrete Hypothesen für den Einfluss der Berufsgruppe und des Erwerbsstatus auf die erreichten ökonomischen POLID-Scores abgeleitet werden. Zum einen zeigen höhere Klassen (z.B. Dienstklassen) meist stärkere Tendenzen für ökonomischen Individualismus und neoliberale Haltungen als niedrigere Klassen. Diese präferieren dagegen etatistische oder egalitäre Verteilungsprozesse (Wegener und Liebig 1995a, S. 254–255, 1995b, S. 277–280, 2000, S. 189–193). Daraus kann geschlossen werden, dass jene ISCO-Gruppen, die in typischen Schichtindizes (Kap. 5.1.2) ein höheres Prestigerating zugesprochen bekommen, höhere Libertarismus- und schwächere Sozialismus-Werte erzielen. Dadurch ist zu erwarten, dass die meisten Berufsgruppen niedrigere Libertarismus und höhere Sozialismus-Werte erreichen als die Gruppe der Führungskräfte.

Überträgt man die Ergebnisse auf die Erwerbstätigkeit, kann man davon ausgehen, dass Personen mit besserer Stellung im Erwerbsleben (z.B. Festangestellte, besser gestellte Rentner, etc.) libertärere Einstellungen und weniger sozialistische Tendenzen aufweisen müssten als jene mit prekären Stellungen oder jene, die (noch) nicht am Arbeitsmarkt teilhaben. Hierzu passt, dass Arbeitslose die Einkommensungerechtigkeit häufig größer einschätzen als erwerbstätige Personen (Liebig und Verwiebe 2000, S. 15–18).

Da sich die Gerechtigkeitsforschung nur auf ökonomische Ungleichheiten fokussiert, kann aus diesem Forschungsstand nicht eindeutig auf konkrete Hypothesen bezüglich der soziokulturellen Ideologien geschlossen werden. Zum einen kann der Beruf als die Voraussetzung für ein hohes Einkommen angesehen werden (Ganzeboom et al. 1992, S. 8–11). Darauf aufbauend würde man erwarten, dass die Zusammenhänge zwischen Erwerbssituation bzw. Berufsprestige und den soziokulturellen Ideologien genauso ausfallen wie bei den Einkommensvariablen.

Alternativ kann man mit Blick auf die Ergebnisse von Vester et al. (2015) (Kap. 2.3.4) davon ausgehen, dass sich Berufskategorien und Erwerbsituationen in ihrem Niveau an kultureller Progressivität in einer Art und Weise voneinander unterscheiden, die nicht parallel zur ökonomischen Lage verläuft. Verbindet

man dies mit den Ergebnissen der Kosmopolitismus-Forschung (siehe oben), folgt daraus, dass Personen in besonders sicheren Erwerbssituationen und Berufsgruppen, die der Elite entsprechen, kosmopolitischere Einstellungen – also höhere Libertarianismus- und Liberalismus-Werte – aufweisen sollten. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich verschiedene Untergruppen dieser Elite in ihrer ideologischen Ausrichtung unterscheiden werden. Manager dürften aus Eigeninteresse höhere Libertarianismus- und Konservativismus-Werte aufweisen. Wie sich die Berufsstellung der Akademiker auf ihre POLID-Scores auswirkt, ist nicht so eindeutig bestimmbar. Zum einen könnten sie sich in ihrem Kosmopolitismus auf kulturelle Offenheit und Hilfsbereitschaft konzentrieren, was geringe Konservativismus- und Libertarianismus-Werte nach sich ziehen und höhere Liberalismus- und Sozialismus-Werte begünstigen würde. Zum anderen könnte der Kosmopolitismus auch mit höheren Libertarianismus-Werten korrelieren, wenn Akademiker – wie das radikaldemokratische Lager bei Vester et al. – ihre berufliche Stellung mit individueller Leistung rechtfertigen. Entsprechend werden folgende Hypothesen aufgestellt:

- H4a: Führungskräfte und Akademiker erzielen höhere Libertarianismus-Scores als die restlichen Berufsgruppen.
- H4b: Führungskräfte erzielen höhere und Akademiker niedrigere Konservativismus-Scores als die restlichen Berufsgruppen.
- H4c: Führungskräfte erzielen niedrigere und Akademiker höhere Sozialismus-Scores als die restlichen Berufsgruppen.
- H4d: Führungskräfte erzielen niedrigere und Akademiker höhere Liberalismus-Scores als die restlichen Berufsgruppen.
- H5a: Befragte in sicheren Erwerbssituationen erzielen höhere Libertarianismus-Scores als jene in den restlichen Kategorien.
- H5b: Befragte in sicheren Erwerbssituationen erzielen höhere Konservativismus-Scores als jene in den restlichen Kategorien.
- H5c: Befragte in sicheren Erwerbssituationen erzielen niedrigere Sozialismus-Scores als jene in den restlichen Kategorien.
- H5d: Befragte in sicheren Erwerbssituationen erzielen niedrigere Liberalismus-Scores als jene in den restlichen Kategorien.

Sorge über Stellenverlust und Auskommen mit Haushaltseinkommen

Hypothesen bezüglich dieser beiden Variablen lassen sich nahtlos aus den obigen ableiten. Personen, die sich um ihre Stelle sorgen müssen, dürften aus Eigeninteresse höhere Sozialismus-Werte erzielen (Wegener und Liebig 1995a, S. 255–258). Gegenteilig dürfte der Effekt für den Libertarianismus ausfallen. Kon-

servativismus-Werte dürften zu Zwecken des Erhalts des Status Quo vor allem bei den Befragten hoch sein, deren Berufsposition sicher ist, während der Liberalismus mit unsicheren Stellungen korreliert. Ähnliche Effekte sind für das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen zu erwarten.

- H6a: Befragte mit sicheren Berufspositionen erzielen höhere Libertarianismus-Scores.
- H6b: Befragte mit sicheren Berufspositionen erzielen höhere Konservativismus-Scores.
- H6c: Befragte mit sicheren Berufspositionen erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H6d: Befragte mit sicheren Berufspositionen erzielen niedrigere Libertarianismus-Scores.
- H7a: Befragte, die mit ihrem Haushaltseinkommen leicht auskommen, erzielen höhere Libertarianismus-Scores.
- H7b: Befragte, die mit ihrem Haushaltseinkommen leicht auskommen, erzielen höhere Konservativismus-Scores.
- H7c: Befragte, die mit ihrem Haushaltseinkommen leicht auskommen, erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H7d: Befragte, die mit ihrem Haushaltseinkommen leicht auskommen, erzielen niedrigere Libertarianismus-Scores.

Zufriedenheit: Work-Life-Balance

Bezüglich dieser Variable liegen im Forschungsstand keine Theorien oder empirischen Ergebnisse vor. Somit sind alle Hypothesen, die aufgestellt werden können, zunächst spekulativer Natur. Da die Ausprägungen dieser Variable in der Korrespondenzanalyse der X-Achse folgen (Kap. 5.2.2), kann man für erste Hypothesen davon ausgehen, dass eventuelle statistische Zusammenhänge ähnlich ausfallen wie bei den obigen ökonomischen Variablen.

- H8a: Befragte, die mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind, erzielen höhere Libertarianismus-Scores.
- H8b: Befragte, die mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind, erzielen höhere Konservativismus-Scores.
- H8c: Befragte, die mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind, erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H8d: Befragte, die mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind, erzielen niedrigere Libertarianismus-Scores.

Wohnraumausstattung, Nettowohnfläche und Wohnrechtsverhältnis

Bezüglich dieser Variablen finden sich im bisherigen Forschungsstand keine getesteten Hypothesen und Ergebnisse. Da die Werte auf diesen Variablen im Kontingenzzraum ebenfalls auf der horizontalen ökonomischen Achse verlaufen (Kap. 5.2.2), kann man davon ausgehen, dass besonders gute Wohn(umwelt)bedingungen mit einer besseren ökonomischen Position einhergehen. Dieser Zusammenhang ergibt auch auf theoretischer Ebene Sinn. Höhere Wohnraumausstattungen gehen mit höheren Mieten einher. Im Fall des Wohneigentums benötigt man entsprechendes Einkommen, um es besser ausstatten zu können. Auch größere Wohnflächen, was sich auch auf die Nettowohnfläche auswirkt, hängen von den eigenen finanziellen Mitteln ab. Zuletzt sind es auch vermehrt ökonomisch Privilegierte, die sich Wohneigentum leisten können. Andererseits kann dieser Zusammenhang auch durch das Wohngebiet (Großstadt vs. rurales Gebiet) beeinflusst werden. Dieselbe m^2 -Anzahl kann auf dem Land mit weit niedrigeren Miet- oder Grundstückspreisen einhergehen als in der Stadt. Insofern ist dieser Zusammenhang nicht notwendigerweise perfekt linear. Dennoch werden in der generellen Tendenz hohe Werte der obigen Variablen mit ökonomischer Privilegierung einhergehen. Auch abgesehen davon haben finanzstarke Haushalte eine größere Tendenz zum Erwerben von Wohneigentum, weil sich dadurch die eigene Wohnqualität leichter maximieren lässt als in Mietwohnungen (z.B. durch Renovierungen) (Schneider und Spellerberg 1999, S. 73). Außerdem ist es für Personen, die vielen Umzügen abgeneigt sind, wahrscheinlicher, sich Wohneigentum anzueignen (Frick 1996, S. 48). Geht man davon aus, dass Konservative durch ihre höhere Neigung zu Unsicherheitsgefühlen weniger bereit dazu sind, ihren Wohnort zu wechseln, könnte ein erhöhter Konservatismus-Score mit dem Besitz von Wohneigentum einhergehen. Auf Basis dieser Thesen werden die folgenden Hypothesen aufgestellt:

- H9a: Befragte mit besserer Wohnraumausstattung erzielen höhere Liberalismus-Scores.
- H9b: Befragte mit besserer Wohnraumausstattung erzielen höhere Konservatismus-Scores.
- H9c: Befragte mit besserer Wohnraumausstattung erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H9d: Befragte mit besserer Wohnraumausstattung erzielen niedrigere Liberalismus-Scores.
- H10a: Befragte mit höherer Nettowohnfläche erzielen höhere Liberalismus-Scores.
- H10b: Befragte mit höherer Nettowohnfläche erzielen höhere Konservatismus-Scores.

- H10c: Befragte mit höherer Nettowohnfläche erzielen niedrigere Sozialismus-Scores.
- H10d: Befragte mit höherer Nettowohnfläche erzielen niedrigere Libertarismus-Scores.
- H11a: Befragte mit Wohneigentum erzielen höhere Libertarismus-Scores als Befragte, die in Mietverhältnissen leben.
- H11b: Befragte mit Wohneigentum erzielen höhere Konservativismus-Scores als Befragte, die in Mietverhältnissen leben.
- H11c: Befragte mit Wohneigentum erzielen niedrigere Sozialismus-Scores als Befragte, die in Mietverhältnissen leben.
- H11d: Befragte mit Wohneigentum erzielen niedrigere Liberalismus-Scores als Befragte, die in Mietverhältnissen leben.

Wohngebiet

Man kann diese Variable auf zwei Arten begreifen. Zum einen kann man sich ein kontinuierliches Spektrum vorstellen, das von städtisch zu ländlich verläuft. Auf Basis dieses Verständnisses läge es nahe, lineare Zusammenhänge zwischen diesem Spektrum und den POLID-Werten anzunehmen. Das deckt sich mit typischen Hypothesen über Stadt-Land-Gefälle. Die wohl einflussreichste Theorie über dieses Gefälle ist die *Cleavage*-Theorie nach Lipset und Rokkan. Laut dieser Theorie sind Parteiensysteme bzw. Konflikte zwischen Parteien oder anderen organisierten Akteuren institutionalisierte Formen von langfristigen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Dabei sind vier *Cleavages* von besonderem Interesse: Staat vs. Kirche, Arbeit vs. Kapital, Zentrum vs. Peripherie und Stadt vs. Land, wobei die letzten beiden häufig äquivalent behandelt werden (Knutsen und Scarbrough 1998, S. 493–494; Rokkan 2000, S. 138–184; Schoen 2009, S. 185–187; Winter 1997, S. 123–125). Auf Basis der letzten beiden *Cleavages* kann man annehmen, dass es Unterschiede in den POLID-Scores zwischen städtischen und ländlichen Wohngebieten gibt. Personen in ländlichen Gebieten betonen im Sinne des *Cleavages* häufig ihre regionale Unabhängigkeit und pflegen ein Misstrauen gegenüber größeren politischen Institutionen oder Menschen aus der Stadt. Beispielsweise pflegen Personen aus ländlichen Wohngebieten stärkere Covid-19 Verschwörungstheorien als Personen aus Städten (Ulrich und Fux 2023, S. 10), wobei Stadt-Land-Unterschiede in genereller Verschwörungsmentalität ihre statistische Signifikanz verlieren, sobald auf soziale, ökonomische und politische Desintegrationserfahrungen kontrolliert wird (Kreuzberger et al. 2023, S. 359–364). Folglich finden Kreuzberger und Stiebler (2024) für österreichische NUTS3-Regionen starke Korrelationen zwischen Verschwörungsmentalität und einem selbst entwickelten Peripherierungsgrad fest (2024, S. 472–476).

Außerdem greifen rechtspopulistische Parteien wie die AfD in Wahlkämpfen regelmäßig die schlechtere Infrastruktur auf dem Land auf, um ländliche Wähler zu mobilisieren. Auch generell sind rechtspopulistische Parteien auf dem Land erfolgreicher als in der Stadt (Haffert 2022, S. 22–30; Heinisch und Werner 2019, S. 481–485). Auch Buchmayr stellt fest, dass Personen aus Großstädten liberaler eingestellt sind als Personen aus ländlicheren Gebieten (2022, S. 395–399). Fasst man dies zusammen, würde man in ländlichen Gebieten höhere Konservatismus-, aber niedrigere Liberalismus-Werte erwarten. Zusätzlich bündeln sich Prestigeträchtige und gutbezahlte Berufe häufig in Großstädten, was einen Zusammenhang zwischen städtischen Gebieten und Libertarismus herstellen könnte. Im Gegensatz dazu leben Personen mit niedrigeren sozioökonomischen Positionen häufig in ruralen Wohngebieten, was aus rationalem Eigeninteresse sozialistische Tendenzen hervorbringen könnte (Malka et al. 2017, S. 1060–1062).

Allerdings ist die Annahme des linearen Spektrums zwischen »Stadt« und »Land« nicht unproblematisch. Wenn man sich den Verlauf der Ausprägungen des Wohngebiets im Kontingenzraum betrachtet (Abb. 59 im Anhang), erkennt man, dass diese nicht linear von einem Quadranten zum anderen führen. Die Ausprägungen »Großstadt« und »(Klein)Stadt« sind mit niedrigeren ökonomischen Stellungen verbunden als die Ausprägungen »Vorort/Randgebiet«, »Dorf« und »Bauernhof/Haus auf dem Land«, während Personen aus Groß- und (Klein)Städten niedrigere Werte auf der Y-Achse erreichen als die anderen. Hier spielen wahrscheinlich verschiedene Aspekte zusammen. Obwohl Akademiker und Führungskräfte meist in Großstädten arbeiten, bedeutet das nicht, dass sie auch in diesen leben. Ökonomisch privilegierte Personen können ihren Wohlstand dazu nutzen, sich Einfamilienhäuser in Randgebieten oder (Klein)Städten zu kaufen, von wo sie zu ihrem Arbeitsplatz pendeln. Auch der Lebenszyklus kann hier eine Rolle spielen, da Pensionisten oder werdende Eltern häufig in Randgebiete ziehen (möchten) (Frick 1996, 40–52, 172, 179–180; Schneider und Spellerberg 1999, S. 72–74). Zuletzt hängt die Wahl des Wohnortes auch von Aspekten des Lebensstils ab, der ausgelebt werden soll. In Großstädten sind hedonistische Freizeitaktivitäten und ungezwungene Gesellschaftsformen leichter umzusetzen als in ländlichen Gebieten. Dafür werden zurückgezogene, häusliche Lebensentwürfe vermehrt in ländlicheren Gebieten ausgelebt (Schneider und Spellerberg 1999, S. 75–94). Die Zusammenhänge zwischen den POLID-Werten und des Wohngebietes einer Person sind somit nicht unbedingt so linear wie die obigen Theorien es andeuten. Dennoch werden die folgenden Hypothesen auf Basis der obigen Theorien aufgestellt, um sie im weiteren Verlauf anhand der Daten zu testen, gegebenenfalls zu falsifizieren und die theoretischen Grundannahmen entsprechend anzupassen.

- H12a: Befragte in städtischen Wohngebieten erzielen höhere Libertarismus-Scores als Befragte in ländlichen Gebieten.
- H12b: Befragte in städtischen Wohngebieten erzielen niedrigere Konservatismus-Scores als Befragte in ländlichen Gebieten.
- H12c: Befragte in städtischen Wohngebieten erzielen niedrigere Sozialismus-Scores als Befragte in ländlichen Gebieten.
- H12d: Befragte in städtischen Wohngebieten erzielen höhere Liberalismus-Scores als Befragte in ländlichen Gebieten.

Zufriedenheit: Soziale Beziehungen

Die Formulierung von Hypothesen bezüglich dieser Variable ist dadurch erschwert, dass die Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen abhängig ist von der Quantität, der Qualität und der Art der (existenten oder gewünschten) sozialen Beziehungen (romantisch, familiär, kollegial, freundschaftlich, etc.). Diese sind wiederum anhängig von der aktuellen Phase im Lebenszyklus, der Persönlichkeit der betreffenden Person (intro- vs. extrovertiert), spezifischen Werten und Normen, etc. Insofern ist es schwer, Hypothesen zu formulieren, die diese Zufriedenheit mit sozialen Netzwerken mit den POLID-Scores in Verbindung bringt. Deswegen wird für diese Variable die Nullhypothese aufgestellt.

- H13: Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den eigenen sozialen Beziehungen und Libertarismus-, Konservatismus-, Sozialismus- und Liberalismus-Werten.

Beziehungsstand

Fokussiert man sich jedoch auf den Beziehungsstand, kann man durchaus konkrete Hypothesen aufstellen. Durch eine zunehmende Individualisierung und einen progressiven Wertewandel kommt es zu einer Pluralisierung von Lebensformen und Familienstrukturen. Obwohl die Ehe als Beziehungsform von den meisten Menschen immer noch wertgeschätzt wird (Baierl 2023; Neuwirth und Wernhart 2011, S. 36–42), steigt der Anteil von Einpersonenhaushalten und nichtehelichen Lebensgemeinschaften (sowohl mit und ohne Kinder) in vielen europäischen Ländern deutlich an (vgl. Fux (2005, 2023), Huinink (2019), Kaindl (2023) oder Baierl und Neuwirth (2011)). Hierzu passt auch der Befund, dass die Bedeutung von Familie und Kinder mit zunehmendem Konservatismus steigt, während sie mit sozialistischen und liberalen Tendenzen tendenziell sinkt (Kap. 4.2.4.3). Daraus kann man schließen, dass konservative Befragte seltener in eheähnlichen Beziehungen statt tatsächlichen Ehen leben. Da Sozialismus und

Liberalismus aber generell mit progressiveren Werten assoziiert sind, dürfte der Anteil der ledigen Personen oder der eheähnlichen Lebensgemeinschaften unter Sozialisten und Liberalen erhöht sein. Auch der Anteil der Geschiedenen wird bei diesen Ideologien höher und bei den konservativen Befragten tendenziell niedriger sein, da die Scheidung für konservativere Personen weniger in Frage kommen sollte. Der Anteil der Verwitweten wird mit zunehmenden Konservatismus-Scores steigen, da die These des Alterskonservatismus (Wilson 1973a, S. 53–55) nahelegt, dass konservative Tendenzen mit dem Lebensalter ausgeprägter werden. Zugleich sind es v.a. ältere Personen, die ein höheres Risiko auf Verwitwung aufweisen. Der Bezug zum Libertarismus ist dagegen nur schwer aus diesen Erkenntnissen abzuleiten. Deswegen wird für diese Ideologie an dieser Stelle noch die Nullhypothese aufgestellt.

- H14a: Der Libertarismus-Score variiert nicht mit dem Beziehungsstatus der Person.
- H14b: Je höher der Konservatismus-Wert einer Person, desto wahrscheinlicher ist sie verheiratet oder verwitwet.
- H14c: Je höher der Sozialismus-Wert einer Person, desto wahrscheinlicher ist sie ledig, geschieden, getrennt oder in einer eheähnlichen Beziehung.
- H14d: Je höher der Liberalismus-Wert einer Person, desto wahrscheinlicher ist sie ledig, geschieden, getrennt oder in einer eheähnlichen Beziehung.

Haushaltsgröße

Bei dieser Variable verhält es sich ähnlich wie bei der Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen. Hypothesen sind nur schwer aufzustellen, da eine Haushaltsgröße über 1 sowohl durch leibliche oder adoptierte Kinder, Eltern, Großeltern, Geschwister oder Mitglieder in einer WG zustande kommen kann. Die tatsächliche Zusammensetzung des Haushalts dürfte mit den POLID-Scores stärker zusammenhängen als die bloße Haushaltsgröße. Deswegen wird auch hier nur die Nullhypothese formuliert.

- H15: Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Haushaltsgröße und Libertarismus-, Konservatismus-, Sozialismus- und Liberalismus-Werten.

Anzahl leiblicher Kinder

Wie bereits bei den Hypothesen zum Beziehungsstand der Befragten erwähnt, sollten konservative Personen mehr Wert darauf legen, eine eigene Familie durch leibliche Kinder zu gründen (Kap. 4.2.4.3). Das bedeutet im Umkehrschluss

jedoch nicht, dass eigene Kinder zu bekommen für progressivere Personen keine Rolle (mehr) spielt,² sondern es soll lediglich daraufhin deuten, dass dieser Lebensbereich für Konservative noch bedeutender ist. Ein weiterer möglicher Mechanismus hinter diesem Zusammenhang kann das Lebensalter sein. Wenn der Liberalismus und Sozialismus tatsächlich bei jüngeren stärker verbreitet ist als bei älteren Personen, wird das den Zusammenhang zwischen Kinderanzahl und den POLID-Werten mit beeinflussen, da Ältere zum momentanen Zeitpunkt mehr Zeit dafür hatten, ihr Fertilitätspotential auszuschöpfen, als Jüngere.

Auch bei der Variable der Kinderanzahl stellt sich wieder die Frage nach dem Zusammenhang mit dem Libertarismus. Da keine eindeutige Hypothese aufgestellt werden kann, wird wieder die Nullhypothese formuliert.

- H16a: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Anzahl leiblicher Kinder und dem Libertarismus-Wert.
- H16b: Je höher der Konservativismus-Wert einer Person, desto höher ist die Anzahl leiblicher Kinder.
- H16c: Je höher der Sozialismus-Wert einer Person, desto niedriger ist die Anzahl leiblicher Kinder.
- H16d: Je höher der Liberalismus-Wert einer Person, desto niedriger ist die Anzahl leiblicher Kinder.

Vertrauen in öffentliche Institutionen

Die Hypothesen zu dieser Variable werden aus den Inhalten der vier Ideologien abgeleitet. Da der Libertarismus, wie in Kapitel 4.2.3.3 dargelegt, dem Staat misstraut und den Abbau staatlicher Verteilungsmechanismen fordert, ist zu erwarten, dass Befragte mit hohen Libertarismus-Werten den öffentlichen Institutionen weniger Vertrauen entgegen bringen werden. Im Gegensatz dazu dürfte der Sozialismus diesen mehr vertrauen, da er im Sinne des Egalitarismus Eingriffe des Staates in Verteilungsprozesse befürwortet (Kap. 4.2.3.4). Eine mögliche Alternativhypothese ist, dass sozialistisch eingestellte Personen dem Staat aufgrund von neoliberal ausgerichteter Politik misstrauen, doch das deckt sich nicht mit den empirischen Ergebnissen der Gerechtigkeitsforschung (Kapitel 2.3.5). Deswegen wird der ersten Erklärung im Kontext der Hypothesen der Vorzug gegeben.

Dem Konservativismus wird im bisherigen Forschungsstand ein tendenzielles Misstrauen gegenüber großer staatlicher Institutionen zugeschrieben (Her-

² Dennoch ist die Zahl der gewünschten Kinder 2023 gegenüber dem Niveau von 2009 rückläufig (Herbst und Neuwirth 2023).

mann und Leuthold 2003, S. 17–18; Sidanius und Pratto 1999, S. 72–74; Sigmund 2015, S. 689). Der Liberalismus weist eine ambivalente Beziehung zum Staat generell auf (Kap. 4.2.3.1). Zum einen bringt ihm diese Ideologie Vertrauen entgegen, da der Staat Regeln erlässt, die die Minimalversorgung der Bevölkerung sichert (Freeden und Stears 2015, S. 333–334). Außerdem hat in einem demokratischen Staat jedes Individuum die gleiche Möglichkeit, am politischen Leben teilzuhaben. Zum anderen hat der Staat jedoch auch potentiell die Mittel, die Freiheit des Individuums durch (zu) starre Regeln einzuschränken, was dem idealtypischen Liberalen missfallen dürfte. Allerdings kann diese Einschränkung durch demokratische Prozesse wieder aufgehoben werden (Freeden 2008, S. 268–269; Ruggiero 1967, S. 435–436; Waldron 1987, S. 140). Deswegen wird in der Hypothese postuliert, dass der Liberalismus staatlichen Institutionen tendenziell mehr Vertrauen entgegenbringt.

- H17a: Je höher der Libertarismus-Wert einer Person, desto niedriger ist ihr Vertrauen in öffentliche Institutionen.
- H17b: Je höher der Konservativismus-Wert einer Person, desto niedriger ist ihr Vertrauen in öffentliche Institutionen.
- H17c: Je höher der Sozialismus-Wert einer Person, desto höher ist ihr Vertrauen in öffentliche Institutionen.
- H17d: Je höher der Liberalismus-Wert einer Person, desto höher ist ihr Vertrauen in öffentliche Institutionen.

Eigene Diskriminierungserfahrungen

Der Libertarismus und der Konservativismus gelten als Systemlegitimierende Ideologien, die in Folge auch Ungleichheiten rechtfertigen, stützen oder erschaffen. Im Gegenzug werden der Sozialismus und der Liberalismus als progressive Ideologien angesehen, die einen sozialen Wandel zugunsten von egalitären Zukunftsentwürfen vorantreiben. Geht man weiter davon aus, dass Privilegierte und Benachteiligte ihre Ideologien anhand von rationalen Eigeninteressen übernehmen, dann müssten hohe Libertarismus- und Konservativismus-Werte mit Privilegien einhergehen, während Personen mit Diskriminierungserfahrungen höhere Sozialismus- und Liberalismus-Werte erzielen (Gerber et al. 2010, S. 123–128; Hadler 2005, S. 145–147). Ein Beispiel dafür, wie politischer Konservativismus mit Diskriminierung in Verbindung gebracht werden kann, bieten Hoyt et al. (2019), die zeigen, dass diese Ideologie mit Vorurteilen gegenüber queeren Menschen einhergeht (2019, S. 7–9). Zwar könnte man auf Basis der *System Justification Theory* (Kap. 2.2.3.5) erwarten, dass auch Benachteiligte dem Konservativismus zugeneigt sind, aber der Unterschied zwischen den Privile-

gierten und Diskriminierten im Konservatismus-Score dürfte immer noch erkennbar sein.

- H18a: Befragte, die von Diskriminierung betroffen sind, erzielen niedrigere Liberalismus-Werte als privilegierte Befragte.
- H18b: Befragte, die von Diskriminierung betroffen sind, erzielen niedrigere Konservatismus-Werte als privilegierte Befragte.
- H18c: Befragte, die von Diskriminierung betroffen sind, erzielen höhere Sozialismus-Werte als privilegierte Befragte.
- H18d: Befragte, die von Diskriminierung betroffen sind, erzielen höhere Liberalismus-Werte als privilegierte Befragte.

Geschlecht

Bezüglich der ökonomischen Sphäre sind die Ergebnisse bisweilen inkonsistent. Während Feldman und Johnston (2014) finden, dass das Geschlecht für ökonomische Ideologien keine Rolle spielt (2014, S. 344–345), zeigen andere Studien, dass Frauen Einkommensunterschiede kritischer bewerten und egalitäre Verteilungsmechanismen dem ökonomischen Individualismus vorziehen (Caughey et al. 2019, S. 681–682; Hadler 2005, S. 145–147; Wegener und Liebig 1995b, S. 277–278). Außerdem befürworten Frauen die Einführung einer Frauenquote mehr als Männer (Drescher und Schrott 2015, S. 5). Letztere Ergebnisse sind mit dem rationalen Eigeninteresse der beiden Gruppen erklärbar. Da Männer im Schnitt eine ökonomisch privilegierte und Frauen eine ökonomisch benachteiligte Position innehaben – man denke an den *Gender Pay Gap* (Blau und Kahn (2008)) oder die Geschlechtssegregation auf dem Arbeitsmarkt (Bielby (2008), Jacobs (2008)) – wäre es für Frauen rational, stärker ausgeprägte sozialistische Haltungen zu pflegen als Männer, während diese sich dem Liberalismus mehr zuwenden sollten als Frauen.

In Bezug auf die soziokulturelle Ebene kann man ähnliche Effekte erwarten. Politischer Konservatismus wird als Systemlegitimierende Ideologie häufig mit Sexismus in Verbindung gebracht. RWA korreliert mit benevolentem Sexismus gegenüber Frauen, während SDO mit feindseligem Sexismus gegenüber Frauen einhergeht (Altemeyer 2004, S. 88–89; Christopher und Mull 2006, S. 226–228; Duckitt und Sibley 2010, S. 1876–1885; Everett 2013, S. 8; Pratto et al. 1994, S. 748–750).³ Darüber hinaus verorten Frauen sich selbst als tendenziell liberaler als Männer (Feldman und Johnston 2014, S. 344–345). Nur Wilson (1973a) findet,

³ Für die Trennung zwischen benevolentem und feindseligem Sexismus sei der interessierte Leser auf Glick und Fiske (1997) verwiesen.

dass Frauen höhere Werte auf seiner C-Skala erzielen (1973a, S. 53–55). Damit ist zu erwarten, dass Männer im Mittel konservativer eingestellt sein werden als Frauen.

- H19a: Männer erzielen höhere Libertarismus-Werte als Frauen.
- H19b: Männer erzielen höhere Konservativismus-Werte als Frauen.
- H19c: Männer erzielen niedrigere Sozialismus-Werte als Frauen.
- H19d: Männer erzielen niedrigere Liberalismus-Werte als Frauen.

Alter

Auf der soziokulturellen Ebene ist der bisherige Forschungsstand eindeutig. Ältere Befragte sind im Mittel konservativer als jüngere. Dies wird oft auch als Alterskonservativismus bezeichnet (Boshier 1973, S. 152–153; Caughey et al. 2019, S. 682; Cornelis et al. 2009, S. 51–53, 62–70; Wilson 1973a, S. 53–55). Hierfür kann es verschiedene Gründe geben. Zum einen steigt mit dem Alter das Gefühl von Anomie bzw. Ängstlichkeit und die Gewissenhaftigkeit, während gleichzeitig die Offenheit gegenüber neuen Erfahrungen zurückgeht (Cornelis et al. 2009, S. 62–70; Twenge et al. 2016, S. 1378–1379). Wie in Kap. 2.2.3.5 dargelegt, können Gefühle der Anomie über epistemische und existentielle Motivationen konservative Tendenzen begründen, während die Offenheit ein Prädiktor für liberale Orientierungen und Gewissenhaftigkeit ein Prädiktor für konservative Ideologien ist (Gerber et al. 2010, S. 119–123).

Alternativ kann das Alter in diesem Zusammenhang als Proxy für Generationsunterschiede gelten. In der Diskussion zu Mannheims Konzept der Generationseinheit (Kap. 2.3.1) wurde bereits darauf hingewiesen, dass jede Generation durch ihre Geburtszeitpunkte unterschiedliche Erlebniseindrücke erster Schicht sammelt, was sich in Generationsspezifischen Mentalitäten niederschlägt. Darüber hinaus prägt jede Generation ihre soziale Welt bis zu einem gewissen Grad mit (Kap. 4.1.3). Wenn man also davon ausgeht, dass ältere Kohorten die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen beeinflusst haben, ist es wenig überraschend, dass sie ideologischen Strömungen skeptisch gegenüberstehen, die diese Gesellschaft nun wieder verändern wollen. Bourdieu (1987a) stellt zusätzlich die These auf, dass ältere Menschen konservativer werden, wenn jüngere und besser ausgebildete Generationen einen neuen Ethos aufweisen. Die älteren reagieren darauf mit dem Insistieren auf Traditionalismus und Gewissenhaftigkeit (1987a, S. 553–555). Natürlich wird das nicht auf jede Generationseinheit innerhalb derselben Generation zutreffen, denn auch unter älteren wird es Individuen und/oder Gruppen geben, die sich den revolutionären Visionen der jüngeren Generation anschließen. Dennoch kann diese Vorstellung einen zusätz-

lichen Beitrag dazu liefern, warum insb. ältere Generationen sozialem Wandel tendenziell abgeneigt sind.

In Bezug auf die ökonomische Ebene sind die Ergebnisse bezüglich des Alterseffekts inkonsistent. Während manche Studien berichten, dass das Alter in dieser Sphäre keinen Einfluss hat (Cornelis et al. 2009, S. 62–70; Feldman und Johnston 2014, S. 344–345), zeigt Hadler (2005), dass ältere Befragte Einkommensungleichheiten gegenüber kritischer sind (2005, S. 145–147). Auch Wegener und Liebig (1995a) zeigen, dass ältere Befragte dem Individualismus eher abgeneigt sind und sich dem Egalitarismus zuwenden. Allerdings ist dieser Effekt in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland (1995a, S. 254–255). Daraus könnte man schließen, dass das Alter mit sozialistischen Tendenzen einhergeht. Andererseits sind ältere Personen oft weniger offen gegenüber Neuem (Twenge et al. 2016, S. 1378–1379) und überwiegend konservativ, was sich in einer Abneigung gegenüber sozialistischer Ideologien niederschlagen könnte. Da Sozialismus und Konservatismus negativ korrelieren (Kap. 4.2.4.3), kann man davon ausgehen, dass sozialistische Tendenzen auch eher bei jüngeren zu finden sein werden.

- H20a: Je älter ein Befragter ist, desto höher ist sein Libertarismus-Wert.
- H20b: Je älter ein Befragter ist, desto höher ist sein Konservatismus-Wert.
- H20c: Je älter ein Befragter ist, desto niedriger ist sein Sozialismus-Wert.
- H20d: Je älter ein Befragter ist, desto niedriger ist sein Liberalismus-Wert.

Subjektive Selbsteinschätzung der Schicht

Obwohl die subjektive Einschätzung der eigenen Schichtzugehörigkeit nicht nahtlos mit der objektiven Zugehörigkeit zu einer Statusgruppe vergleichbar ist, dürfte die Überschneidung bzw. Übereinstimmung zwischen der subjektiven und objektiven sozioökonomischen Position groß genug sein, um anzunehmen, dass die Effekte der subjektiven Selbsteinschätzung ähnliche Effekte auf die POLID-Scores nehmen werden wie die objektiven Größen zur Bestimmung der ökonomischen Position des Befragten (z.B. Einkommen, Berufsgruppe, Bildung).

- H21a: Je besser ein Befragter seine sozioökonomische Lage einschätzt, desto höher ist sein Libertarismus-Wert.
- H21b: Je besser ein Befragter seine sozioökonomische Lage einschätzt, desto höher ist sein Konservatismus-Wert.
- H21c: Je besser ein Befragter seine sozioökonomische Lage einschätzt, desto niedriger ist sein Sozialismus-Wert.
- H21d: Je besser ein Befragter seine sozioökonomische Lage einschätzt, desto niedriger ist sein Liberalismus-Wert.

Migrationshintergrund

Wie bereits bei der Betrachtung der passiven Merkmale im Kontingenzraum sichtbar wurde, haben Personen mit Migrationshintergründen im Mittel ökonomisch schwächere Positionen inne als die autochthone Bevölkerung. Das ist kein Spezifikum Österreichs, ethnische Ungleichheiten finden sich in vielen westlichen Ländern (siehe bspw. Feagin (2008) oder Kanas et al. (2011)). Ähnlich wie bereits bei der Variable zu Diskriminierungserfahrungen kann man also davon ausgehen, dass Personen mit Migrationshintergrund sozialistische Tendenzen aus Eigeninteresse bevorzugen, während sie libertäre tendenziell ablehnen.

So eindeutig ist die Formulierung von Hypothesen im soziokulturellen Kontext jedoch nicht. Einerseits sollten Personen mit Migrationshintergrund prinzipiell dem Konservativismus abgeneigt sein, weil dieser eine Systemlegitimierende Ideologie darstellt, die die Ungleichheiten, von denen sie betroffen sind, legitimiert. Andererseits müssen eventuelle konservative Tendenzen von Migranten nicht an die traditionellen Werte des Gastlandes angelehnt sein. Die Items der POLID-Skala sind explizit so formuliert, dass keine konkreten Traditionen oder Themengebiete genannt werden (Kap. 4.2.1). Insofern ist es möglich, dass Migranten einen Konservativismus pflegen, der in ihrer Herkunftskultur verhaftet und somit nicht mit dem der autochthonen Bevölkerung deckungsgleich ist. Daraus ergibt sich die Hypothese, dass es mindestens zwei Gruppen von Migranten gibt: progressive Migranten und konservative Migranten. Die Liberalismus- und Konservativismus-Werte dieser Gruppen könnten sich in bivariaten Analysen neutralisieren und somit das Bild erzeugen, dass sich Migranten und gebürtige Österreicher im Mittel nicht in ihren soziokulturellen Ideologien unterscheiden. Deswegen wird hier zunächst die Nullhypothese aufgestellt, die im weiteren Verlauf genauer geprüft wird.

Des Weiteren muss zwischen Migrationshintergründen erster und zweiter Generation unterschieden werden. Da Migranten erster Generation selbst nach Österreich migriert sind, sind sie zumindest teilweise in ihrem Herkunftsland sozialisiert worden. Das bedeutet nicht, dass sie aus einem gänzlich anderen Kulturkreis stammen. Immerhin ist Deutschland das häufigste Herkunftsland von Personen, die ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Österreich leben. Dennoch unterscheiden sie sich zumindest teilweise in ihrer Sozialisation von den Migranten zweiter Generation, die bereits in Österreich aufgewachsen sind. Dadurch hatten diese auch mehr Gelegenheit, sich durch Kontakte zur autochthonen Bevölkerung bessere sozioökonomische Positionen zu erarbeiten als ihre Eltern. Dennoch bleiben sie im Mittel benachteiligt (vgl. Butterwegge 2010, S. 149–152, 540 oder Kanas et al. (2011)). Das ist ebenfalls im Kontingenzraum (Kap. 5.2.2) sichtbar. Zu dieser ökonomischen Benachteiligungen könnten

weitere Diskriminierungserfahrungen dazukommen, oder sie beobachten Diskriminierungen ihrer Eltern. Beides kann sich in verstärkten sozialistischen und liberalen Tendenzen äußern. Entsprechend werden die Hypothesen zu dieser Variable folgendermaßen formuliert:

- H22a: Befragte mit Migrationshintergrund erzielen niedrigere Libertarismus-Werte als autochthone Befragte.
- H22b: Befragte mit Migrationshintergrund zweiter Generation erzielen niedrigere Konservativismus-Werte als autochthone Befragte.
- H22c: Befragte mit Migrationshintergrund erzielen höhere Sozialismus-Werte als autochthone Befragte.
- H22d: Befragte mit Migrationshintergrund zweiter Generation erzielen höhere Liberalismus-Werte als autochthone Befragte.

Fasst man all dies zusammen, kann man letztendlich folgende Hypothesen über den Zusammenhang der sozialen Lagen mit den POLID-Werten aufstellen:

- H23a: Akademiker und Führungskräfte weisen höhere Libertarismus-Werte auf als die restlichen sozialen Lagen.
- H23b: Rentner und Führungskräfte weisen höhere Konservativismus-Werte auf als die restlichen sozialen Lagen.
- H23c: Studenten/Lehrlinge, Akademiker, Hilfskräfte und Erwerbslose weisen höhere Sozialismus-Werte auf als die restlichen sozialen Lagen.
- H23d: Studenten/Lehrlinge und Akademiker weisen höhere Liberalismus-Werte auf als die restlichen sozialen Lagen.

7. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Ideologie

Nachdem in Kapitel 6 die Hypothesen aufgestellt wurden, werden diese im folgenden Kapitel empirisch überprüft. Zunächst beschreibt Kapitel 7.1 deskriptiv die Verteilung der POLID-Werte in der Gesamtstichprobe. In Kapitel 7.2 werden die Ideologie-Scores zwischen den sozialen Lagen unterschieden. Danach werden die restlichen Hypothesen, die sich auf die Zusammenhänge zwischen den Variablen aus der Korrespondenzanalyse und den POLID-Werten beziehen, in multivariaten Regressionen getestet (Kap. 7.3).

7.1 Die ideologische Struktur Österreichs

Abbildung 44 zeigt die mittleren POLID-Werte der Gesamtstichprobe als graue Fläche. Die schwarze Linie hebt die Nulllinie im Spinnennetz hervor. Diese Werte wurden bereits in der Publikation von Ulrich berichtet (2021a, S. 17), doch sie müssen für die Zwecke dieser Studie noch einmal diskutiert werden. Von den vier getesteten Ideologien ist der Liberalismus in Österreich am weitesten verbreitet, der Sozialismus erreicht den zweiten Platz. Libertarismus und Konservativismus erreichen dagegen negative Werte, haben also im Durchschnitt das Nachsehen gegenüber Liberalismus und Sozialismus. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese beiden Ideologien in Österreich gar keinen Anklang finden. Durch die Berechnung von mittelwertzentrierten Scores (siehe Kap. 4.2.2 oder Ulrich 2021a, S. 5) stellt die graue Fläche den Trade-off zwischen den vier Ideologien dar. Obwohl Libertarismus und Konservativismus also Unterstützung in der Bevölkerung finden (können), werden der Liberalismus und der Sozialismus im Durchschnitt häufiger und/oder stärker gepflegt. Allerdings unterscheiden sich verschiedene Gruppen in ihren ideologischen Dispositionen, wie die folgenden Kapitel zeigen.

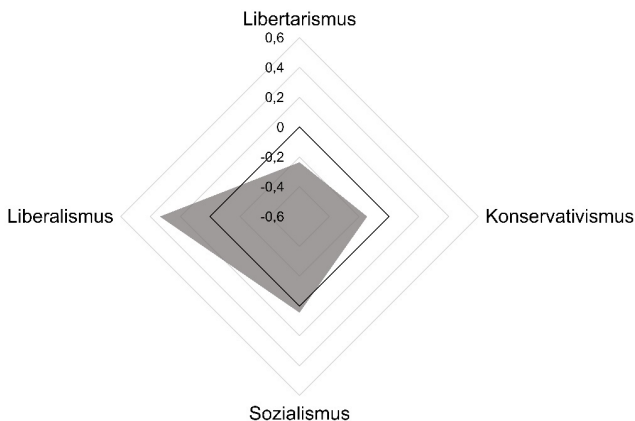


Abbildung 44: Ideologie-Spinnennetz der Gesamtstichprobe (N=767)

Quelle: Eigene Darstellung

7.2 Soziale Lagen und POLID-Scores

In diesem Kapitel wird überprüft, ob signifikante Unterschiede in den POLID-Scores zwischen den in Kapitel 5 identifizierten sozialen Lagen auftreten. Damit sollen die Hypothesen H23a-d getestet werden. Hierzu werden in den Abbildungen 45, 46 und 47, sowie der Tabelle 25 die POLID-Werte der einzelnen sozialen Lagen abgetragen. Abbildung 45 zeigt die POLID-Scores für jede der 14 Lagen als Balkendiagramme. In Abb. 46 und 47 werden für jede soziale Lage Spinnennetze gezeichnet, in die auch der Sampledurchschnitt als graue Fläche aus Abb. 44 eingezeichnet ist. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass die Lage der Landwirte mit nur vier Befragten vertreten ist. Deren POLID-Werte können also nicht sinnvoll interpretiert werden, der Vollständigkeit halber sind sie in den folgenden Abbildungen dennoch dargestellt.

Den höchsten Wert im Libertarismus erreichen die Führungskräfte. Diese Gruppe ist auch die einzige, die positive Werte in der libertären Subdimension der POLID-Skala erreicht. Das ist deswegen bemerkenswert, weil positive Werte bedeuten, dass diese Subdimension von den betreffenden Befragten stärker vertreten wird als jene Ideologien, die negative Werte erreichen. Die Führungskräfte sind somit die einzige Gruppe, die den Libertarismus stark genug vertritt, um im Vergleich zu den restlichen Ideologien positive Werte zu erreichen. Dicht gefolgt sind die Führungskräfte von den Akademikern. Auffällig ist dabei, dass diese beiden Lagen auf der X-Achse des Kontingenzraums am negativen Ende liegen, was ökonomisch bessergestellte Positionen markiert. Die niedrigsten Libertarismus-Werte erreichen dagegen die Erwerbslosen und Studenten/Lehrlinge, die am entgegengesetzten Ende der X-Achse des Kontingenzraums angesiedelt

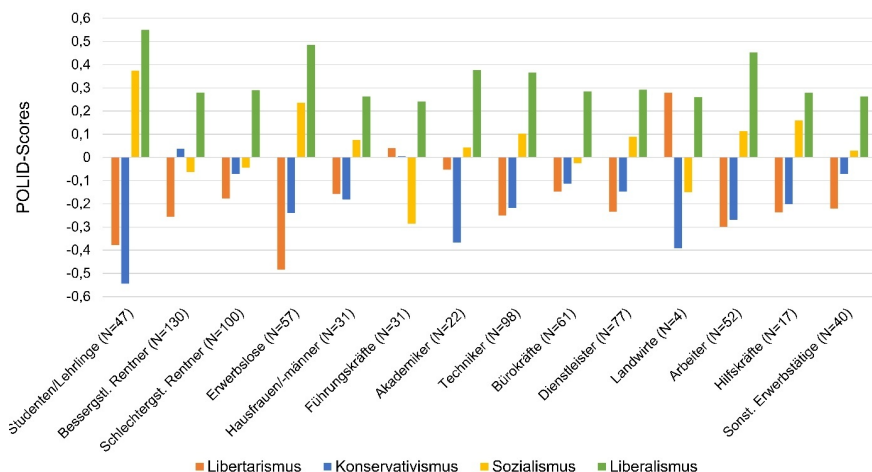


Abbildung 45: POLID-Werte der einzelnen sozialen Lagen

Quelle: Eigene Darstellung

sind. Auf Höhe des Ursprungs ergibt sich kein rein linearer Trend auf der X-Achse, da Techniker, Bürokräfte, Hilfsarbeiter, Arbeiter und Dienstleister in ihren Libertarianismus-Werten nur wenig voneinander abweichen. Allerdings sind ihre Werte stets negativ, was eine weniger starke Prägung durch den Libertarianismus als durch andere Ideologien bedeutet.

Die höchsten Konservativismus-Werte finden sich bei den bessergestellten Rentnern und den Führungskräften. Diese beiden Lagen auch die einzigen, die positive Konservativismus-Werte erzielen. Dicht gefolgt sind sie von den schlechter gestellten Rentnern. Auffallend niedrig sind dagegen die Werte der Akademiker und Studenten/Lehrlinge. Wie bei den Libertarianismus-Werten gibt es nur wenig Varianz zwischen den sozialen Lagen, die am Ursprung des Koordinatensystems angesiedelt sind (Bürokräfte, Dienstleister, Hilfskräfte, etc.).

Die Rate an positiven Sozialismus-Werten ist weit höher als bei den Konservativismus- und Libertarianismus-Werten. Beginnend mit den höchsten Werten erreichen Studenten/Lehrlinge, Erwerbslose, Hilfskräfte, Arbeiter, Techniker, Dienstleister, Hausfrauen/-männer, Akademiker und sonstige Erwerbstätige positive Werte. Am niedrigsten – mit großem Abstand – sind die Werte bei den Führungskräften. Betrachtet man sich die Extrema dieser Verteilung stehen insb. Studenten/Lehrlinge, Erwerbslose und Hausfrauen/-männer den Führungskräften gegenüber. Man kann also einen entgegengesetzten Trend zu dem des Libertarianismus auf der X-Achse des Kontingenzraums erkennen.

Durchweg positive Werte erzielt der Liberalismus. Das bestätigt, dass der Liberalismus die dominante Ideologie der westlichen Welt ist (Bell 2014, S. 689;

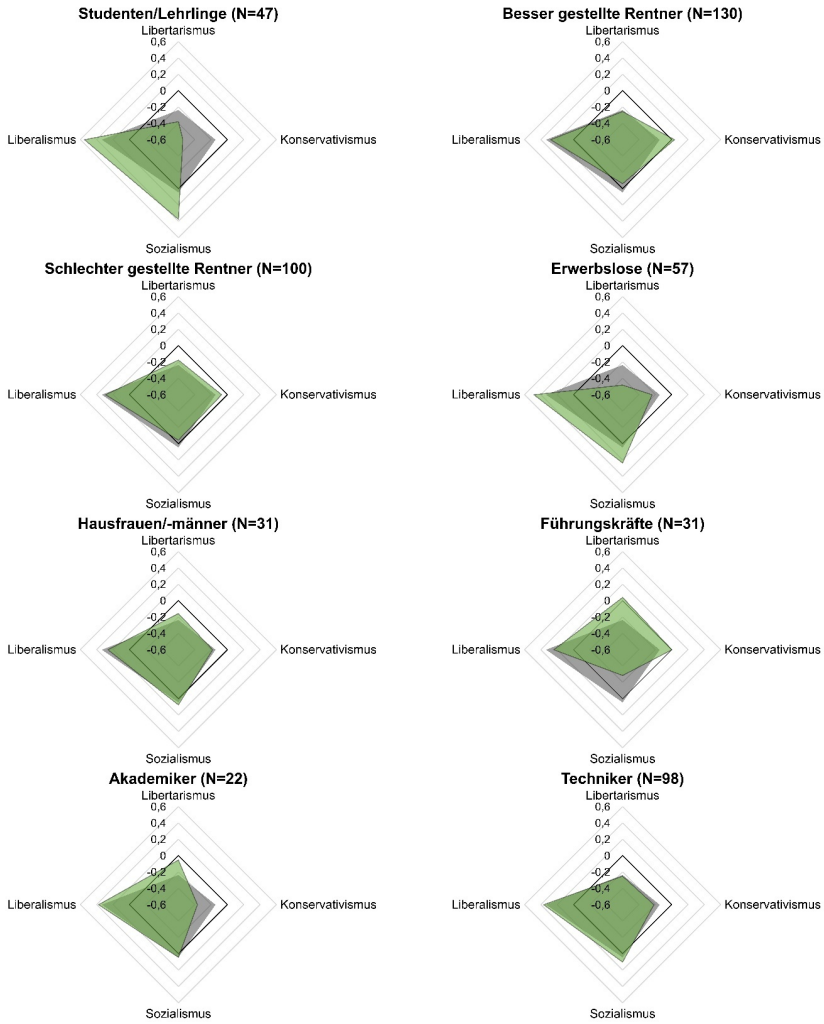


Abbildung 46: Ideologie-Spinnennetze für einzelne soziale Lagen – Teil 1
Die graue Fläche stellt den Sampledurchschnitt dar (N=767).

Quelle: Eigene Darstellung

	N	Libertarismus		Konservativismus		Sozialismus		Liberalismus	
		Ø	Std. Err.	Ø	Std. Err.	Ø	Std. Err.	Ø	Std. Err.
Studenten/Lehr- linge	47	-0,378	0,072	-0,545	0,061	0,374	0,071	0,549	0,059
Besser gestellte Rentner	130	-0,255	0,041	0,036	0,035	-0,062	0,040	0,280	0,033
Schlechter gestell- te Rentner	100	-0,176	0,049	-0,070	0,042	-0,044	0,048	0,290	0,040
Erwerbslose	57	-0,483	0,065	-0,239	0,055	0,236	0,064	0,486	0,053
Hausfrauen/- männer	31	-0,157	0,095	-0,181	0,081	0,075	0,094	0,262	0,079
Führungskräfte	31	0,040	0,089	0,004	0,076	-0,285	0,088	0,241	0,073
Akademiker	22	-0,053	0,100	-0,367	0,085	0,043	0,099	0,377	0,082
Techniker	98	-0,251	0,054	-0,217	0,046	0,102	0,054	0,366	0,045
Bürokräfte	61	-0,147	0,071	-0,113	0,060	-0,024	0,070	0,284	0,058
Dienstleister	77	-0,234	0,063	-0,146	0,053	0,090	0,062	0,291	0,052
Landwirte	4	0,279	0,263	-0,390	0,224	-0,149	0,260	0,261	0,217
Arbeiter	52	-0,298	0,076	-0,268	0,065	0,113	0,075	0,452	0,063
Hilfskräfte	17	-0,237	0,136	-0,201	0,116	0,160	0,134	0,278	0,112
Sonstige Erwerbs- tätige	40	-0,220	0,083	-0,071	0,071	0,029	0,082	0,262	0,069
Gesamtsample (Ulrich 2021a, S. 17)	767	-0,236	0,019	-0,146	0,016	0,045	0,019	0,337	0,015

Tabelle 25: Mittelwerte und Standardfehler der POLID-Werte der sozialen Lagen (gewichtet)

Quelle: Eigene Darstellung

Buckle 2013, S. 235–236; Ulrich 2021a, S. 5). Dennoch kann man ein paar Unterschiede erkennen. Während Studenten/Lehrlinge, Erwerbslose und Arbeiter die höchsten Liberalismus-Werte erreichen, weisen Führungskräfte und Hausfrauen/-männer die niedrigsten Werte auf. Wie bei den restlichen Subdimensionen der POLID-Skala schwanken die Werte zwischen den durchschnittlichen sozialen Lagen – also jenen nahe des Ursprungs des Kontingenzraums – nur wenig.

Bei der Betrachtung der Spinnennetze aus den Abbildungen 46 und 47 wird, wie in Kapitel 4.2.2 ausführlich dargelegt, einmal mehr deutlich, dass jede ideologische Disposition einen Trade-off zwischen den vier Haupt-Ideologien darstellt. Ein hoher Ausschlag in eine der vier Richtungen kann nur auf Kosten der Werte in eine der anderen Richtungen gehen. Somit erkennt man, dass die stark erhöhten Liberalismus- und Sozialismus-Werte der Studenten/Lehrlinge und Erwerbslosen auf Kosten des Libertarismus und Konservativismus gehen. Anders sieht es wiederum bei den Führungskräften aus, deren vergleichsweise hohen Libertarismus-Werte auf Kosten ihres Sozialismus-Scores gehen. Als

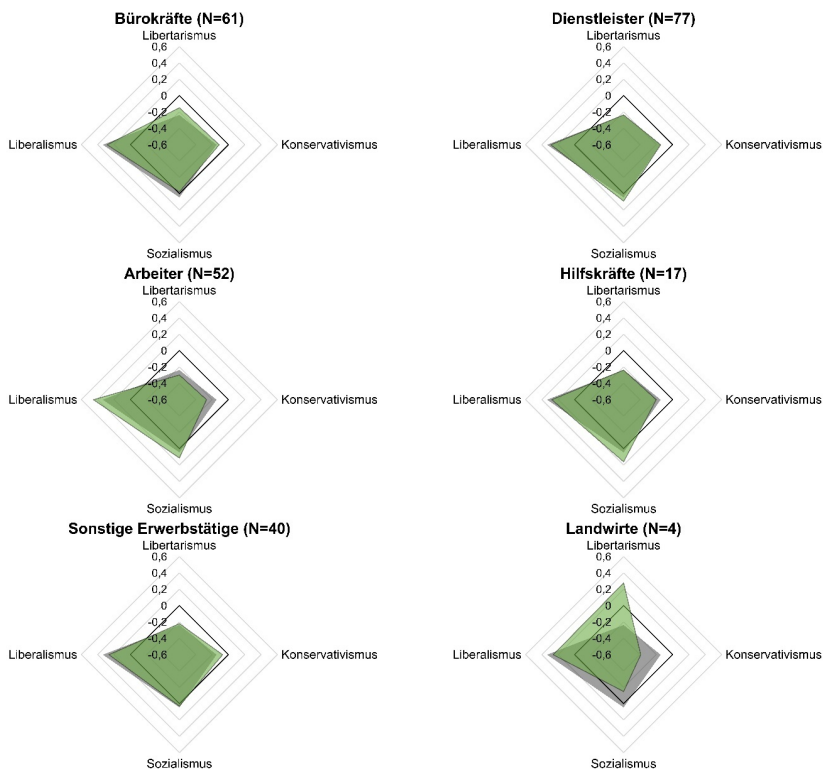


Abbildung 47: Ideologie-Spinnennetze für einzelne soziale Lagen – Teil 2

Die graue Fläche stellt den Sampledurchschnitt dar (N=767).

Quelle: Eigene Darstellung

drittes Beispiel für solche Trade-Offs sei auf die Akademiker verwiesen, die beachtliche Werte im Liberalismus und vergleichsweise niedrigen Konservatismus-Werten mit durchschnittlichen Sozialismus-Werten vereinen. Im Vergleich dazu sind sich die meisten anderen Erwerbsgruppen (Techniker, Bürokräfte, Dienstleister, Hilfskräfte, Arbeiter, Sonstige Erwerbstätige) in ihren ideologischen Spinnenprofilen sehr ähnlich.

Diese rein beschreibende Analyse bezieht jedoch noch keine Signifikanztests zwischen den sozialen Lagen mit ein. Abbildung 48 zeigt zunächst, ob die einzelnen Lagen in ihren POLID-Scores signifikant vom Durchschnitt der Gesamtstichprobe (N=767) abweichen. Bei dieser Analyse bestätigen sich die obigen Ergebnisse. Beim Liberalismus fallen insb. die Erwerbslosen und Studenten/Lehrlinge durch unterdurchschnittliche und die Führungskräfte durch überdurchschnittliche Werte auf. Bessergestellte Rentner und Führungskräfte weisen höhere Konservatismus-Werte auf als der Durchschnitt, während

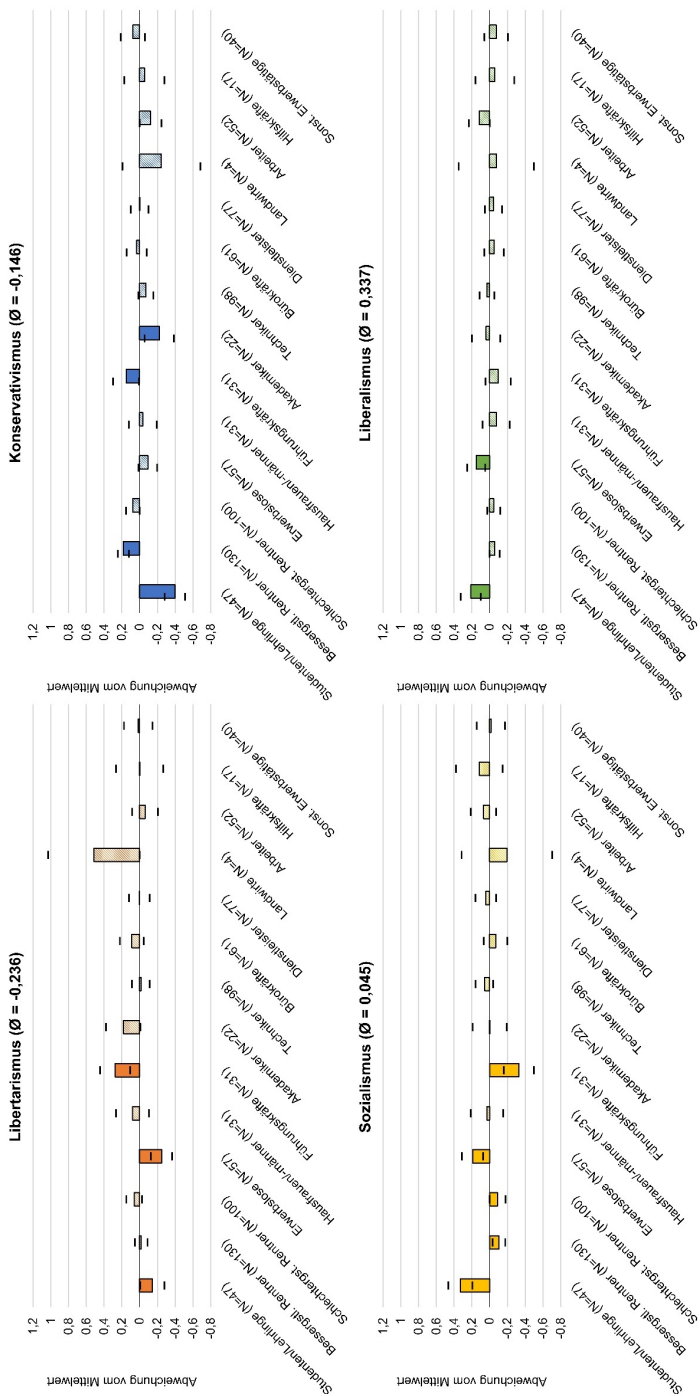


Abbildung 48: Abweichung der POLID Scores vom Mittelwert, getrennt nach sozialer Lage Gewicherte Daten; schraffierte Balken stellen nicht signifikante Abweichungen dar ($p < 0,05$).
Quelle: Eigene Darstellung

Studenten/Lehrlinge und Akademiker deutlich niedrigere Werte erzielen. Der Sozialismus ist bei Studenten/Lehrlingen und Erwerbslosen stark vertreten, während dieser von den Rentnern (sowohl besser als auch schlechter gestellt) und insbesondere von den Führungskräften schwächer gepflegt wird. Zuletzt fallen Studenten/Lehrlinge und Erwerblose durch höhere Liberalismus-Werte auf als der Rest der Stichprobe. Dadurch zeigt sich, dass es v.a. spezifische Randgruppen sind, die signifikant vom Bevölkerungsdurchschnitt abweichen. Tiefgreifende ideologische Gräben in der Gesellschaft sind in dieser Analyse bisher nicht auffindbar, da die signifikanten Unterschiede überwiegend in Gruppen mit niedrigerer Fallzahl zu finden sind, die naturgemäß eher Randgruppen bzw. Minderheiten ausmachen.

Wenn eine Lage vom Mittelwert der Gesamtstichprobe abweicht, bedeutet das jedoch nicht zwangsläufig, dass sich diese Lage auch von anderen Lagen signifikant unterscheidet. Deswegen wird im nächsten Schritt überprüft, ob sich die einzelnen sozialen Lagen auch in paarweisen Vergleichen signifikant unterscheiden. Hierzu wurden Regressionen berechnet, in denen der jeweilige POLID-Wert durch die soziale Lage als Dummy-Variable vorhergesagt wird. Daraufhin wurden die Unterschiede in den Mittelwerten der Ausprägungen der Dummy in paarweisen Vergleichen auf statistische Signifikanz getestet. Um das Risiko eines α -Fehlers zu minimieren, wurden die Signifikanztests durch die Methode nach Šidák korrigiert. Dieses Vorgehen ist äquivalent zu der Berechnung einer *oneway* ANOVA. In Tabelle 26 werden die signifikanten Vergleiche aufgelistet.

In diesen Analysen können einige der obigen Ergebnisse reproduziert werden. Wie oben gezeigt, weisen Führungskräfte und Akademiker im Mittel die höchsten Liberalismus-Werte auf, während Erwerbslose und Studenten/Lehrlinge die niedrigsten Punktwerte erreichen. Das spiegelt sich in Tabelle 26 durch signifikante Unterschiede zwischen diesen vier Gruppen wider. Führungskräfte sind weit libertärer eingestellt als Studenten/Lehrlinge und Erwerbslose. Während Akademiker auch libertärer sind als Erwerbslose, ist der Unterschied zu den Studenten/Lehrlingen nicht signifikant. Allerdings zeigt sich auch, dass Erwerbslose weniger libertär sind als schlechtergestellte Rentner und Bürokräfte.¹ Es zeigt sich also auch hier, dass sich Führungskräfte und Akademiker bzw. Studenten/Lehrlinge und Erwerbslose tendenziell am hohen bzw. unteren Ende der Liberalismus-Achse bündeln. Die restlichen Lagen liegen jeweils irgendwo dazwischen und unterscheiden sich meist auch nicht voneinander.

¹ Der Unterschied zwischen den Erwerbslosen und den bessergestellten Rentnern erreicht keine statistische Signifikanz ($p=0,232$).

Gruppenvergleich			Δ	95%- Konfidenzintervall	
Libertarismus	Führungskräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	0,418*	0,022	0,814
	Erwerbslose	vs. Schlechtergestellte Rentner	-0,307*	-0,587	-0,026
	Führungskräfte	vs. Erwerbslose	0,522***	0,141	0,903
	Akademiker	vs. Erwerbslose	0,430*	0,017	0,842
	Bürokräfte	vs. Erwerbslose	0,335*	0,004	0,666
Konservatismus	Bessergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	0,581***	0,338	0,824
	Schlechtergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	0,475***	0,218	0,731
	Erwerbslose	vs. Studenten/Lehrlinge	0,305*	0,021	0,590
	Hausfrauen/-männer	vs. Studenten/Lehrlinge	0,364*	0,012	0,716
	Führungskräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	0,549***	0,212	0,886
	Techniker	vs. Studenten/Lehrlinge	0,328**	0,063	0,593
	Bürokräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	0,432***	0,135	0,728
	Dienstleister	vs. Studenten/Lehrlinge	0,398***	0,118	0,679
	Sonst. Erwerbstätige	vs. Studenten/Lehrlinge	0,473***	0,149	0,798
	Erwerbslose	vs. Bessergestellte Rentner	-0,276**	-0,501	-0,051
	Akademiker	vs. Bessergestellte Rentner	-0,403**	-0,722	-0,085
	Techniker	vs. Bessergestellte Rentner	-0,253**	-0,453	-0,053
	Arbeiter	vs. Bessergestellte Rentner	-0,304**	-0,558	-0,050
Sozialismus	Bessergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,435***	-0,717	-0,153
	Schlechtergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,418***	-0,715	-0,121
	Führungskräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,658***	-1,050	-0,267
	Führungskräfte	vs. Erwerbslose	-0,521***	-0,898	-0,144
	Bürokräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,397**	-0,741	-0,053
	Erwerbslose	vs. Bessergestellte Rentner	0,298**	0,037	0,559
	Erwerbslose	vs. Schlechtergestellte Rentner	0,281*	0,003	0,558
	Techniker	vs. Führungskräfte	0,386*	0,029	0,744
	Dienstleister	vs. Führungskräfte	0,374*	0,002	0,747
	Arbeiter	vs. Führungskräfte	0,398†	-0,002	0,747
Liberalismus	Bessergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,269**	-0,504	-0,034
	Schlechtergestellte Rentner	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,259*	-0,507	-0,011
	Führungskräfte	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,308†	-0,635	0,018
	Dienstleister	vs. Studenten/Lehrlinge	-0,258†	-0,529	0,013
	Erwerbslose	vs. Bessergestellte Rentner	0,206†	-0,012	0,423

Anmerkungen: † $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$, gewichtete Daten

Tabelle 26: Signifikante Gruppenunterschiede zwischen sozialen Lagen in POLID-Scores

Quelle: Eigene Darstellung

Dieses Muster setzt sich beim Sozialismus-Wert teilweise fort. Hier fallen Führungskräfte häufig durch signifikant niedrigere Werte auf als ihre Vergleichsgruppen (Studenten/Lehrlinge, Erwerbslose, Techniker, Dienstleister und tendenziell auch Arbeiter). Dadurch, dass Akademiker zusätzlich zu ihrem hohen Libertarismus-Wert einen durchschnittlichen Sozialismus-Wert aufwei-

sen, unterscheiden sie sich nicht signifikant von allen anderen sozialen Lagen. Ebenfalls niedrigere Sozialismus-Werte sind dafür bei den bessergestellten und (etwas schwächer) bei den schlechtergestellten Rentnern erkennbar. Insofern kann hier auch ein potentieller Einfluss des Alters vorliegen. Erwerbslose und Studenten/Lehrlinge weisen dagegen in den meisten Fallvergleichen stärkere sozialistische Tendenzen auf. Zuletzt ist auch hier ersichtlich, dass die meisten restlichen Lagen sich nicht signifikant voneinander unterscheiden.

Die meisten signifikanten Unterschiede treten beim Konservativismus auf. Hier fallen insbesondere die Studenten/Lehrlinge durch weit niedrigere Werte auf als die meisten anderen Gruppen. Allerdings ist der Unterschied zu den bessergestellten Rentnern und Führungskräften am größten, da diese die jeweils höchsten Konservativismus-Werte erzielen. Es sind aber v.a. die bessergestellten Rentner, die signifikant konservativer eingestellt sind als einige andere Lagen (Erwerbslose, Akademiker, Techniker und Arbeiter). Da sich Studenten/Lehrlinge und Rentner v.a. durch ihr Alter stark unterscheiden, liegt der Schluss nahe, dass diese Gruppenunterschiede vorrangig ein Alterseffekt sind. Das würde auch die signifikanten Unterschiede im Liberalismus-Wert erklären, bei denen auch wieder vermehrt die bessergestellten Rentner und Studenten/Lehrlinge vertreten sind. Tatsächlich weisen nur die Vergleiche zwischen Rentnern und Studenten/Lehrlingen p-Werte unter 5 % auf, während die restlichen Unterschiede diese Grenze knapp verfehlen ($p < 0,1$). Doch selbst bei diesen ist mindestens eine der beiden Gruppen vertreten.

In den bisherigen Analysen wird deutlich, dass zwar Sozialismus und Libertarismus bzw. Konservativismus und Liberalismus sich tendenziell gegenüber stehen. Doch das bedeutet nicht zwangsläufig, dass Libertarismus und Konservativismus bzw. Sozialismus und Liberalismus notwendigerweise verknüpft sind. Es ist sogar möglich, dass diese potentiellen Verknüpfungen jeweils Lagenspezifisch sind. Deswegen ist es auch von besonderem Interesse, die Korrelationen zwischen den POLID-Scores in den einzelnen Lagen zu betrachten (Tabelle 26). So kann überprüft werden, ob bspw. der Konservativismus tatsächlich im Sinne einer Systemlegitimierenden Ideologie zwangsläufig mit libertären Einstellungen einhergeht, wie es Azevedo et al. (2019, S. 56–57) postulieren, oder ob die Korrelationen zwischen den POLID-Scores für alle sozialen Lagen äquivalent sind.² Zu-

² Man muss jedoch auch berücksichtigen, dass die Ergebnisse von Azevedo et al. (2019) auf einem US-amerikanischen Sample beruhen, das ideologisch von dem österreichischen abweichen kann. Insofern müsste zur abschließenden Beantwortung dieser Frage ein internationaler Vergleich durchgeführt werden, der aufgrund der Datenlage in dieser Monographie nicht möglich ist. Dennoch können diese Daten das Postulat dieser Autoren überprüfen, da Azevedo et al. (2019) einen zwingenden Zusammenhang behaupten, der entsprechend auch in Österreich gelten müsste.

nächst fällt auf, dass die Korrelationen zwischen Libertarismus und Sozialismus bzw. zwischen Konservatismus und Liberalismus durchweg negativ ausfallen. Das unterstützt das theoretische Modell von Ulrich (2021a), der diese Paare aus Ideologien als Grundlage für seine beiden Achsen verwendet, um sein Spinnennetz-Schaubild zu entwickeln (Kapitel 4.2.1). Sein Grundmodell ist somit nicht nur für akademische Samples zutreffend, sondern ebenso für Bevölkerungsschichten.

Obwohl die stets negativen Korrelationen zwischen Konservatismus und Sozialismus auf den ersten Blick die Hypothese von Azevedo et al. (2019) betätigen, zeichnen die überwiegend insignifikanten Korrelationen zwischen Konservatismus und Libertarismus in Tabelle 27 ein anderes Bild. Wie kann dieser Befund erklärt werden? Die Sozialismus-Items der Skala beziehen sich notwendigerweise überwiegend auf das Bekämpfen von Ungleichheiten. Der harte Kern des Konservatismus ist vor allem die Ablehnung von sozialem Wandel, was im österreichischen Kontext mit einer Tendenz zur Legitimierung von eben diesen Ungleichheiten einhergeht. Daraus folgen die negativen Korrelationen zwischen diesen Ideologien. Das bedeutet jedoch nicht, dass Konservative zwingend kapitalistisch-libertär eingestellt sind. Die von Azevedo et al. (2019) vermutete positive Korrelation tritt sogar nur in einer sozialen Lage auf: Die Führungskräfte sind die einzigen, die eine positive konservativ-libertäre Korrelation aufweisen ($r = 0,55$). Da diese Gruppe besonders hohe, Prestigeträchtige und überwiegend gut bezahlte Berufspositionen innehat, könnte ihr Konservatismus tatsächlich die Systemlegitimierende Funktion erfüllen, die von Azevedo et al. postuliert wird. Für die restliche Bevölkerung besteht dieser Zusammenhang jedoch nicht, bei den Technikern und schlechter gestellten Rentnern zeigt die Korrelation sogar in die entgegengesetzte Richtung.

Auch die Korrelationen mit dem Liberalismus bedürfen einer Interpretation. Während Libertarismus mit dem Liberalismus meist negativ korreliert, also ökonomische und soziokulturelle Freiheit für die Befragten nicht miteinander einhergehen, sind die Korrelationen zwischen Liberalismus und Sozialismus alle (knapp) nicht signifikant. Die einzigen Lagen, die einer Korrelation nahekommen, sind die Erwerbslosen, Führungskräfte, Bürokräfte, Arbeiter und sonstige Erwerbstätige. Auf den ersten Blick ist das ein überraschender Befund, wenn man davon ausgeht, dass linke Individuen im ökonomischen sozialistisch und im soziokulturellen liberal eingestellt sein sollten. Allerdings kann sich hier zusätzlich die Diskrepanz zwischen der individuellen Tendenz des Liberalismus und der kollektivistischen Ausrichtung des Sozialismus niederschlagen.

Insgesamt zeigt sich, dass die meisten Korrelationen zwischen den sozialen Lagen äquivalent sind, und auftretende Unterschiede inhaltlich sinnvoll interpretierbar sind. Außerdem zeigt sich auch hier wieder, dass – abgesehen von einzel-

	N	Libertarismus* Konservatismus	Libertarismus* Sozialismus	Libertarismus* Liberalismus	Konservatismus* Sozialismus	Konservatismus* Liberalismus	Sozialismus* Liberalismus
Studenten/Lehr- linge	47	-0,04	-0,71***	-0,28†	-0,34*	-0,72***	0,09
Bessergestellte Rentner	130	0,03	-0,66***	-0,49***	-0,51***	-0,40***	0,07
Schlechter gestellte Rentner	100	-0,20*	-0,50***	-0,45***	-0,34***	-0,39***	-0,10
Erwerbslose	57	-0,13	-0,61***	-0,26†	-0,31*	-0,45***	-0,23†
Hausfrauen/- männer	31	-0,07	-0,58***	-0,35†	-0,31†	-0,51**	-0,17
Führungskräfte	31	0,55**	-0,80***	-0,65***	-0,79***	-0,60***	0,33†
Akademiker	22	0,22	-0,80***	-0,38†	-0,54**	-0,69***	0,22
Techniker	98	-0,21*	-0,58***	-0,26*	-0,28**	-0,50***	-0,16
Bürokräfte	61	0,11	-0,65***	-0,61***	-0,56***	-0,52***	0,24†
Dienstleister	77	-0,10	-0,61***	-0,37***	-0,42***	-0,45***	-0,03
Landwirte	4	n.r.	n.r.	n.r.	n.r.	n.r.	n.r.
Arbeiter	52	0,14	-0,78***	-0,56***	-0,43**	-0,63***	0,29†
Hilfskräfte	17	0,20	-0,77***	-0,58*	-0,44†	-0,79***	0,35
Sonstige Erwerbs- tätige	40	0,10	-0,67***	-0,60***	-0,50**	-0,59**	0,27†

Anmerkung: †p<0,10; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001; n.r. = wegen niedriger Fallzahl nicht wiedergegeben; gewichtete Daten

Tabelle 27: Korrelationen zwischen den POLID-Scores, getrennt nach sozialen Lagen

Quelle: Eigene Darstellung

nen Gruppen – die Zusammensetzung der politischen Ideologien in Österreich nicht gravierend gespalten sind, sondern die Grundstruktur überwiegend ähnlich ausfällt.

In einem nächsten Schritt werden die sozialen Lagen im Kontingenzzraum je nach ihren erreichten POLID-Werten eingefärbt. Dadurch sollen Muster in der Verteilung der POLID-Scores im Kontingenzzraum aufgedeckt werden. Wie bereits oben erwähnt, sind die Werte der Landwirte nicht inhaltlich interpretierbar, da sie hierzu zu niedrige Fallzahlen aufweisen. Deswegen sind sie nicht wie die restlichen Lagen eingefärbt.

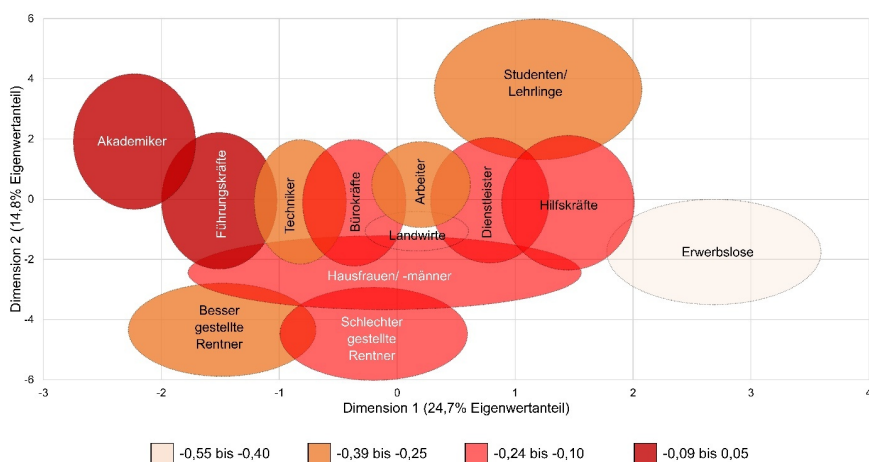


Abbildung 49: Verteilung des Libertarianismus-Scores im Kontingenzzraum
Landwirte sind wegen zu niedriger Fallzahlen nicht eingefärbt.

Quelle: Eigene Darstellung

Wenn man sich die Verteilung des Libertarianismus-Scores im Kontingenzzraum betrachtet (Abbildung 49), erkennt man, dass die Erwerbslosen die niedrigsten Werte aufweisen, dicht gefolgt von den Studenten/Lehrlingen (-0,378). Bei den Erwerbslosen kann das auf rationales Eigeninteresse zurückgeführt werden. Immerhin spricht der Libertarianismus sich für ökonomischen Individualismus und den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen aus. Bei den Studenten/Lehrlingen, die ebenfalls auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen zurückgreifen können (z.B. Studienbeihilfen), könnte sich zusätzlich eine jugendliche, rebellische Mentalität auf die niedrigen Libertarianismus-Werte auswirken. Dies könnte auch den Unterschied zu den Führungskräften in diesem Index erklären. Womöglich spielt hierbei die Klimakatastrophe eine bedeutende Rolle, die häufig auf kapitalistische Wirtschaftspraktiken zurückgeführt wird. Ein Hinweis darauf ist, dass

ein höherer Libertarianismus-Wert mit niedrigeren Sorgen über Umweltprobleme korreliert ($r = -0,19$, $p < 0,001$).

Die Führungskräfte und Akademiker fallen dagegen durch vergleichsweise hohe Libertarianismus-Werte auf. Beide üben meist Berufe aus, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem mit einem hohen Einkommen und Prestige einhergehen. Anders ausgedrückt stellen diese Gruppen ökonomische und akademische/kulturelle Eliten dar. Somit entspricht es ihrem rationalen Eigeninteresse, eine Ideologie, die diesen Status legitimiert, stärker zu vertreten als andere soziale Lagen. Betrachtet man sich die studierten Wissenschaftszweige der Akademiker, erkennt man, dass die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften stark überrepräsentiert sind (21,9% aller Akademiker), dichtgefolgt von Natur- (19,9%) und Geisteswissenschaften (17,9%). Leider trennt der VIC2-Datensatz nicht zwischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, dennoch scheinen wirtschaftsferne Disziplinen überrepräsentiert zu sein. Dass der Libertarianismus-Wert der Gruppe der Akademiker dennoch so hoch ausfällt, ist beachtlich. Dieser Befund kann auf zwei Arten erklärt werden. Zum einen lehnt diese Gruppe den Konservatismus weit stärker ab, was sich durch die Berechnung von Mittelwertzentrierten Scores auch auf den Libertarianismus-Wert auswirkt. Akademiker lehnen soziokulturelle Unterschiede somit vehementer ab als ökonomische. Dies führt direkt zur zweiten möglichen Erklärung. Vester et al. (2015) identifizieren in ihrer Milieu-Studie (Kapitel 2.3.4) ein politisches Lager, das sie als radikaldemokratisch bezeichnen. Dieses speist sich aus der einkommensstarken Bildungselite und fokussiert sich auf horizontale Ungleichheiten (z.B. Gender, Ethnie, Identität, etc.), während Belange der Arbeiterschaft wenig wahrgenommen werden (2015, S. 450–454). Dieses Lager überschneidet sich mit der Ideologie des Kosmopolitismus, die soziokulturellen und ökonomischen Liberalismus verknüpft (Kapitel 6). Die POLID-Scores der Akademiker scheinen diesen Milieus zu entsprechen, da sich die Progressivität der Akademiker mehr auf die soziokulturellen als auf die ökonomischen Ideologien fokussiert.

Auch die schlechtergestellten Rentner haben höhere Libertarianismus-Werte als die Erwerbslosen. Auf die bessergestellten Rentner trifft das jedoch nicht zu. In Zusammenhang mit dem Befund, dass auch Studenten/Lehrlinge als die jüngste Gruppe niedrige Libertarianismus-Werte aufweisen, liegt der Schluss nahe, dass das Alter eine Rolle in der Ausprägung des libertären POLID-Scores spielt. Das könnte dadurch erklärt werden, dass ältere Personen in ihrem Leben mehr Zeit hatten, um sich Vermögen anzueignen oder sich auf der Karriereleiter hochzuarbeiten (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12). Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich diese Zusammenhänge auch in multivariaten Analysen zeigen.

Die restlichen sozialen Lagen variieren zwar in ihren Libertarianismus-Werten, doch wie in Tabelle 26 gezeigt wurde, sind diese Variationen und dadurch entste-

henden Gruppenunterschiede nicht signifikant. Es sind somit nur die Gruppen, die am weitesten vom Ursprung des Kontingenzzraums entfernt sind, die sich in ihren POLID-Werten unterscheiden. Zusammengefasst erhöhen sich die Liberalismus-Werte im Kontingenzzraum einerseits entlang der X-Achse – also der ökonomischen Dimension – und andererseits entlang des Alters der Befragten.

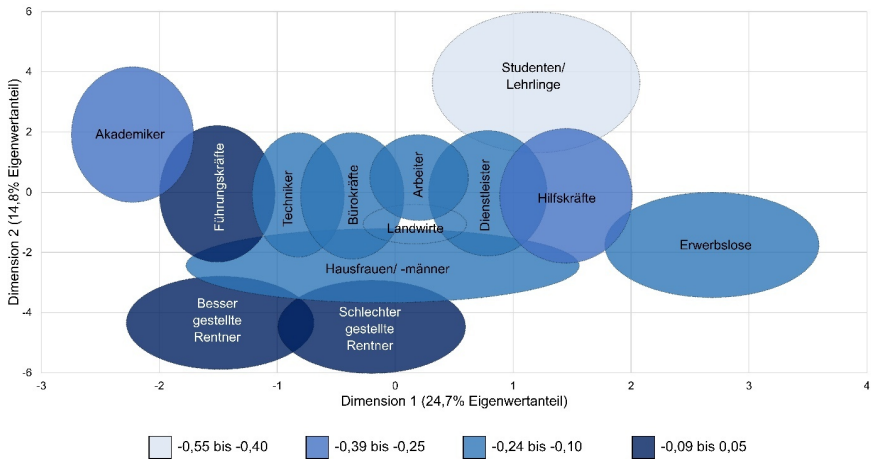


Abbildung 50: Verteilung des Konservatismus-Scores im Kontingenzzraum
Landwirte sind wegen zu niedriger Fallzahlen nicht eingefärbt.

Quelle: Eigene Darstellung

Für den Konservatismus ergibt sich eine ähnliche Verteilung (Abbildung 50). Auch hier fallen die Studenten/Lehrlinge durch besonders niedrige und die Führungskräfte und bessergestellten Rentner durch vergleichsweise hohe Werte auf.³ Da dieser Unterschied wieder mit dem Durchschnittsalter in diesen Lagen korreliert, kann daraus unter Vorbehalt geschlossen werden, dass entweder das Alter oder die Erlebniseindrücke erster Schicht (Kap. 2.3.1) in der Entwicklung von Ideologien eine bedeutende Rolle spielen. Dass Rentner im Mittel ein höheres Alter aufweisen, stützt die These des Alterskonservatismus (Cornelis et al. 2009, S. 62–70; Wilson 1973a, S. 53–55). Führungskräfte weisen im Durchschnitt ein höheres Alter auf als die restlichen Erwerbstätigen, weil sie sich womöglich zu ihrer höheren Berufsposition hocharbeiten mussten (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12).

³ Obwohl auch die schlechtergestellten Rentner hohe Konservatismus-Werte aufweisen, unterscheiden sie sich nicht signifikant von den meisten sozialen Lagen unterscheiden (mit Ausnahme der Studenten/Lehrlinge, siehe Tabelle 26). Deswegen konzentriert sich dieser Absatz auf die bessergestellten Rentner.

Im Gegensatz zur Verteilung des Libertarismus weisen jedoch Akademiker niedrigere Werte auf als die Rentner und die Führungskräfte. Auch dieser Befund deckt sich mit dem politischen Lager der Radikaldemokraten, das von Vester et al. identifiziert wurde (2015, S. 450–454). Die Progressivität der Akademiker konzentriert sich tendenziell auf die soziokulturelle Ebene, was sich in einem der niedrigsten konservativen POLID-Werte niederschlägt. Zu diesem Zeitpunkt kann jedoch noch nicht geschlossen werden, welche der aktiven Merkmale für diesen Befund verantwortlich ist. Der erhöhte Bildungsgrad drängt sich als ein Erklärungsansatz auf, wobei das in der multivariaten Analyse genauer überprüft werden muss (siehe Kapitel 7.3).

Dass Hausfrauen/-männer erhöhte Konservatismus-Werte aufweisen, ist wenig überraschend, da dieses Arrangement traditionelle Geschlechterrollen widerspiegelt. Gleichzeitig finden sich in dieser Lage auch viele Befragte mit Migrationshintergrund. Die Erwerbslosen, die ebenfalls einen erhöhten Anteil an Migranten beinhalten, weisen jedoch niedrigere Konservatismus-Werte auf. Daraus lässt sich schließen, dass man in zukünftigen Studien zwischen konservativen und progressiven Migranten unterscheiden muss, um die Verbreitung des Konservatismus in migrantischen Milieus im Detail nachzuvollziehen.⁴

Man kann diese Ergebnisse folgendermaßen zusammenfassen: Während im Libertarismus die ökonomische Position mehr Einfluss auf den POLID-Wert nimmt als das Alter, ist diese Reihenfolge beim Konservatismus tendenziell umgekehrt. Zwar geht Konservatismus auch mit ökonomisch besseren Positionen einher, doch hauptsächlich scheint er durch das Alter der Befragten beeinflusst. Dieser Befund ist wenig überraschend, da Konservatismus eine Abneigung gegen sozialen Wandel pflegt, der die ökonomische Privilegierung der entsprechenden Lagen gefährden könnte. Außerdem sind es tendenziell eher die älteren Kohorten, die den gesellschaftlichen Status Quo (in Grenzen) mitgeprägt haben (Kap. 6). Die jeweils nachfolgenden Generationen drängen darauf, ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen, was den Interessen der älteren Generation widersprechen kann. Ein erhöhter Konservatismus der Rentner kann somit eine Reaktion auf die Rebellion der jüngeren Generation sein. Zusätzlich hatten ältere Personen mehr Möglichkeit, sich bessere sozioökonomische Positionen zu erarbeiten als jüngere, was sich in der Korrelation zwischen Alter und der sozioökonomischen Lage äußert (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12).

Die Verteilung der Sozialismus-Werte bei den sozialen Lagen (Abbildung 51) verläuft beinahe gegensätzlich zur Verteilung des Libertarismus-Scores. Da die-

⁴ In diesem Kontext ist ebenfalls relevant, dass in der Lage der Hausfrauen/-männer der Migrationshintergrund erster Generation besonders häufig auftritt, während bei den Studenten/Lehrlingen der Migrationshintergrund zweiter Generation verbreitet ist (Tabelle 24).

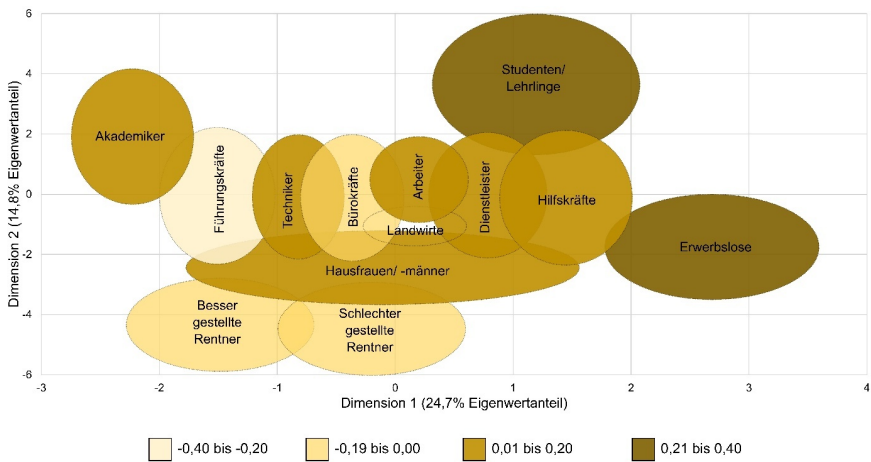


Abbildung 51: Verteilung des Sozialismus-Scores im Kontingenzzraum
Landwirte sind wegen zu niedriger Fallzahlen nicht eingefärbt.

Quelle: Eigene Darstellung

se beiden Ideologien häufig als gegensätzliche Positionen verstanden werden, ist dieser Umstand wenig überraschend. Studenten/Lehrlinge und Erwerbslose weisen sowohl aus rationalem Eigeninteresse und jugendlicher Rebellionsmentalität höhere Sozialismus-Werte auf, während Führungskräfte und Rentner niedrigere Werte aufweisen. Festzuhalten ist also, dass höhere Sozialismus-Werte bei jüngeren und ökonomisch benachteiligten Lagen erhöht sind, während privilegiere Gruppen tendenziell niedrigere Werte erreichen.

Die einzige Lage, die diesem klaren Trend nicht entspricht, ist die der Akademiker, da sie hohe Libertarismus- mit durchschnittlichen Sozialismus-Werten verbinden. Diese beiden vermeintlich unvereinbaren Ideologien schließen sich für die Akademiker nicht gegenseitig aus. Auch dieser Befund kann durch den Bezug auf das radikaldemokratische Milieu von Vester et al. (2015, S. 450–454) und den Kosmopolitismus nach Teney und Helbling (2014) und Helbling und Teney (2015) (Kap. 6) erklärt werden. Obwohl der Sozialismus traditionell die Belange der Arbeiter im Blick hatte, ergab sich in den letzten Jahrzehnten ein Umbruch, durch den sich der Sozialismus nun auch auf horizontale Ungleichheiten fokussiert. Diese werden in den Items der POLID-Skala ebenfalls abgefragt. Die meisten Items für den Sozialismus fokussieren sich zwar auf ökonomische Themen, doch da sich die Themen der Gleichstellung zwangsläufig auch auf horizontale Themenbereiche erstrecken, werden diese entweder im- oder explizit mit abgedeckt (Kapitel 4.2.1). Hätten sich die Items nur auf ökonomische Ungleichheiten fokussiert, hätten Akademiker womöglich niedrigere Sozialismus-Werte er-

reicht. Somit zeigt sich auch hier, dass die Progressivität der Akademiker überwiegend auf horizontale Ungleichheiten fokussiert ist.

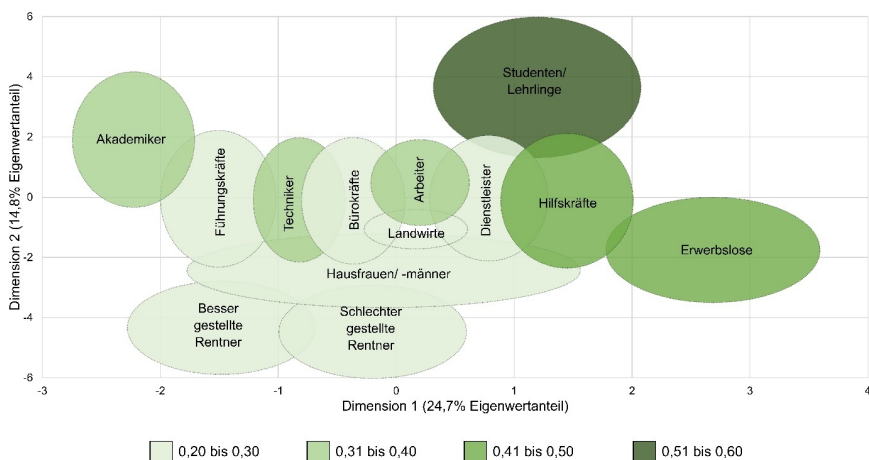


Abbildung 52: Verteilung des Liberalismus-Scores im Kontingenzzraum
Landwirte sind wegen zu niedriger Fallzahlen nicht eingefärbt.

Quelle: Eigene Darstellung

Die Verteilung der Liberalismus-Scores (Abbildung 52) sieht der des Sozialismus-Wertes auf den ersten Blick sehr ähnlich. Wieder weisen Studenten/Lehrlinge die höchsten Werte auf, dicht gefolgt von den Erwerbslosen. Die beiden Rentnergruppen und Führungskräfte pflegen den Liberalismus am schwächsten. Ob dies wie beim Sozialismus auf rationales Eigeninteresse zurückgeht oder auf das Alter der Befragten, wird sich in den multivariaten Analysen zeigen (Kap. 7.3). Worin sich der Liberalismus jedoch vom Sozialismus unterscheidet, ist die geringere Spannweite der erzielten Werte. Während die Werte beim Sozialismus im Bereich $[-0,285; 0,374]$ liegen und somit auch die Null überschreiten, erzielen alle Lagen positive Werte beim Liberalismus $[0,241; 0,549]$. Das führt dazu, dass es insgesamt weniger signifikante Unterschiede zwischen den sozialen Lagen gibt wie beim Sozialismus oder Konservativismus. Dennoch zeigt sich eine Tendenz, dass der Liberalismus insb. mit dem Alter der Befragten verknüpft ist und in zweiter Instanz auch potentiell mit einer ökonomischen Benachteiligung korreliert.

Wenn man diese Ergebnisse grafisch zusammenfasst, ergibt sich daraus ein Bild, das in Abbildung 53 dargestellt ist. Während Libertarianismus und Sozialismus überwiegend auf der ökonomischen X-Achse gegensätzliche Pole darstellen, strahlen sie auch auf die Altersbedingte Y-Achse aus. Der Konservativismus-Wert

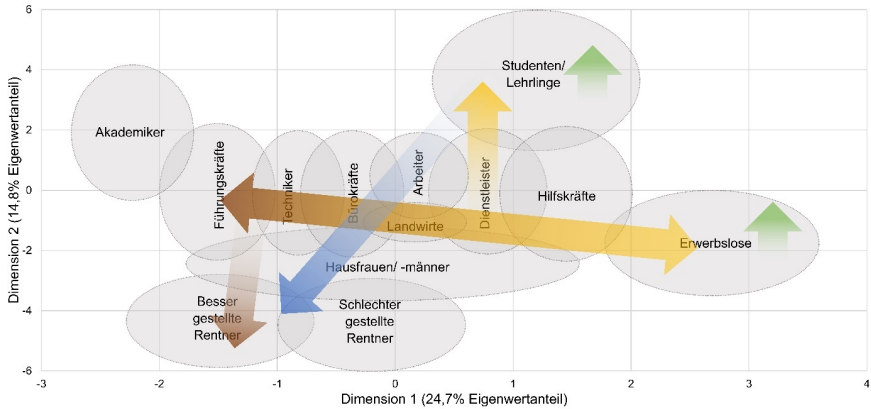


Abbildung 53: Alle POLID-Scores im Kontingenzzraum

Rot signalisiert Libertarismus, blau steht für Konservatismus, gelb für Sozialismus und grün für Liberalismus

Quelle: Eigene Darstellung

verläuft schräg über den gesamten Kontingenzzraum und folgt damit beinahe deckungsgleich der Altersvariable als passives Merkmal, wobei auch hier die ökonomische X-Achse einen Einfluss nimmt, da die Führungskräfte durch erhöhte Konservatismus-Werte auffallen. Lediglich der Liberalismus ergibt durch seine durchweg hohen Werte kein eindeutiges Muster. Höhere Werte sind dennoch mit kleinen grünen Pfeilen markiert.

Diese Ergebnisse bestätigen die Hypothesen H23a-d in der Tendenz, auch wenn nicht alle erwarteten Ergebnisse statistische Signifikanz erreichen. Führungskräfte und Akademiker zeigen wie erwartet hohe Libertarismus-Werte. Bezüglich H23b muss festgehalten werden, dass bessergestellte Rentner und Führungskräfte überdurchschnittliche Konservatismus-Werte erzielen, während Studenten/Lehrlinge und Akademiker die gegenteilige Tendenz aufzeigen. Die Gruppenvergleiche deuten zusätzlich an, dass das Alter und die ökonomische Lage gemeinsam eine Rolle bei der Ausprägung konservativer Tendenzen spielen können. Nur Studenten/Lehrlinge und Erwerbslose erzielen statistisch höhere Sozialismus-Werte als die meisten anderen Lagen, während Akademiker durchschnittliche Sozialismus-Werte aufweisen, was die Erwartungen aus H23c nicht erfüllt. Entgegen den Erwartungen aus H23d und H4d erzielen nur die Studenten/Lehrlinge höhere Werte im Liberalismus als Rentner. Gleichzeitig erzielen Erwerbslose zwar überdurchschnittliche Werte, doch die Unterschiede zu anderen Lagen verpassen die statistische Signifikanz.

7.3 Multivariate Regressionsanalysen

Vor einer multivariaten Analyse ist es oft sinnvoll, die bivariaten Zusammenhänge zu betrachten. Allerdings stößt dieser Ansatz in dieser Studie auf ein Problem. Es liegt in der Natur der Sozialstruktur, dass viele der aktiven und passiven Merkmale der MCA miteinander in Beziehung stehen (siehe Kap. 5). Viele signifikante Unterschiede, die in bivariaten Analysen an den Tag treten, könnten somit in Wahrheit auf Variablen zurückgehen, die nicht im bivariaten Modell kontrolliert werden. Der tatsächliche Effekt einer Variable auf die POLID-Werte kann somit nur in multivariaten Analysen entdeckt werden. Aus diesem Grund wird in dieser Monographie auf eine detaillierte Darstellung von bivariaten Analysen verzichtet. Stattdessen werden direkt die multivariaten Analysen präsentiert. Wenn sich in den multivariaten Analysen jedoch Ergebnisse ergeben, die auf inhaltlich interessante Art und Weise von den Ergebnissen von bivariaten Analysen abweichen, wird darauf hingewiesen.⁵

Für die multivariaten Analysen werden die vier POLID-Werte als abhängige Variablen verwendet. Da die POLID-Werte metrische Scores sind, können metrische OLS-Regressionen berechnet werden. Diese wurden jeweils mit den Gewichten für die zweite Welle gewichtet.

Als unabhängige Variablen dienen die aktiven und passiven Merkmale der Korrespondenzanalyse (Kap. 5.2.2). Die Sorge vor dem Verlust der Arbeitsstelle muss von den Analysen ausgeschlossen werden, da diese Frage nur den Befragten gestellt wurde, die mindestens eine Arbeitsstunde pro Woche arbeiten. Wollte man diese Variable zusätzlich kontrollierten, würden inhaltlich relevante Gruppen (Rentner, Studenten, Lehrlinge, Hausfrauen/-männer, Erwerbslose, etc.) von der Analyse ausgeschlossen, wofür einige der Klassen- und Schichtmodelle in Kapitel 5.1 kritisiert wurden.

Ein ähnliches Problem tritt auf bei der Variable des persönlichen Einkommens, da dieses ebenfalls mit Erwerbstätigkeit verbunden ist. Das persönliche Einkommen ist jedoch eine so bedeutende Variable, dass ihre Information nicht vernachlässigt werden sollte. Aus diesem Grund wurde aus dem persönlichen Einkommen und der Variable zur Erwerbssituation eine neue Variable gebildet,

5 Für die bivariaten Analysen werden die aktiven und passiven Variablen in zwei Kategorien geteilt. Für die Variablen mit metrischem und ordinalem Skalenniveau werden die Korrelationen mit den POLID-Scores berechnet, bei den kategorialen Variablen wird die Kategorienspezifische Abweichung zu den ideologischen Durchschnittswerten berechnet oder es werden bivariate Regressionen berechnet und im Anschluss die Mittelwerte der jeweiligen Kategorien der unabhängigen Variablen paarweise verglichen. Mit Hilfe der in STATA implementierten Anpassungsmethode nach Šidák werden die p-Werte dieser Vergleiche adjustiert, um das Risiko eines α -Fehlers zu minimieren. Dieses Vorgehen ist – wie in Kapitel 7.2 erwähnt – äquivalent mit der Berechnung einer *oneway* ANOVA.

die die Interaktion zwischen diesen beiden darstellt. Die privat, öffentlich und als Arbeiter angestellten Befragten wurden hierzu in die Kategorie der Angestellten zusammengefasst. Daraufhin wurden die Gruppen der Angestellten, Selbstständigen und Rentner mit persönlichem Einkommen jeweils noch einmal entlang des Medians im persönlichen Einkommen (1.650 € pro Monat) in zwei geteilt. Zusätzlich wurden die Gruppen Erwerbslose, Rentner ohne Einkommen, Hausfrauen/-männer, Personen in Kurzarbeit und karenzierte Befragte als Einzelkategorien aufgeführt. Zuletzt wurden Studenten/Lehrlinge in jene mit und ohne Einkommen aufgeteilt, sowie eine Sonstiges-Kategorie berücksichtigt. Auf diese Weise kann die Information bezüglich des persönlichen Einkommens berücksichtigt werden, ohne Befragte mit fehlenden Werten ausschließen zu müssen.

Die Regressionsmodelle wurden für jeden der POLID-Werte sequenziell aufgebaut. Das jeweils erste Modell kontrolliert die typischen Variablen der objektiven Schichtposition (Haushaltseinkommen, persönliches Einkommen nach Erwerbssituation, Bildungsniveau und einstellige ISCO-Berufsgruppe). Das zweite Modell ergänzt die Variablen zur ökonomischen Absicherung (Ausmaß der Arbeitszeit, das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen und die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance). Im dritten Modell kommen die Variablen der Wohn(umwelt)bedingungen hinzu (Wohnraumausstattung, Wohngebiet, Nettowohnfläche und Wohnrechtsverhältnis), bevor das vierte Modell die sozialen Beziehungen der Befragten hinzufügt (allgemeine Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen, der objektive Beziehungsstatus, die Haushaltsgröße und Anzahl leiblicher Kinder). Das fünfte Modell kontrolliert die demografischen Variablen (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Erfahrungen mit Diskriminierung oder Privilegierung). Zuletzt werden im sechsten Modell die subjektive Schichteinschätzung und das Vertrauen in öffentliche Institutionen kontrolliert. So kann überprüft werden, ob die Kontrolle zusätzlicher Variablen signifikante Effekte schwinden oder erst zu Tage treten lässt.

Nach dem Ausschluss von Fällen, die fehlende Werte in den kontrollierten Variablen aufweisen, die nicht systematisch relevante Gruppen betreffen, stehen 705 Befragte für die Regressionsanalysen zur Verfügung. Trotz der Kontrolle von so vielen Variablen ist keine Multikollinearität zu erwarten. Der mittlere Varianzinflationsfaktor der Modelle liegt bei $VIF = 2,1$. Auch die VIF -Werte aller geschätzten Effekte erreichen maximal den Wert $VIF = 5,3$. Generell gelten nur Werte von $VIF > 10$ als problematisch, da sie auf das Vorliegen von Multikollinearität hindeuten (Wooldridge 2009, S. 99).

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen sind im Tabellenanhang (siehe Tabellen 30, 31, 32 und 33) aufgeführt. Tabelle 29 (ebenfalls im Tabellenanhang) listet

zusätzlich alle in den Regressionen getesteten Hypothesen in gekürzter Form auf und markiert jene, die durch die Daten unterstützt werden.

7.3.1 Libertarismus

Korreliert man beide Einkommensvariablen bivariat mit dem Libertarismus, zeigt sich, dass höherer Libertarismus jeweils mit höheren Einkommenswerten einhergeht. Diese bivariate Korrelation ist für das persönliche Einkommen jedoch stärker ($r = 0,16$; $p < 0,001$) als für das Haushaltseinkommen ($r = 0,10$; $p < 0,01$). Unter Kontrolle der restlichen Schichtvariablen (Modell 1.1) tritt der Effekt des Haushaltseinkommens nicht mehr signifikant zu Tage. Betrachtet man allerdings die Interaktion zwischen der Erwerbssituation und dem persönlichen Einkommen kann man verschiedene Effekte beobachten. Zum einen zeigt sich, dass Erwerbstätigkeit in den meisten Vergleichen zur Gruppe der Erwerbslosen mit erhöhten Libertarismus-Werten einhergeht.⁶ Gleichzeitig ist dieser Unterschied auch größer, wenn das mit dieser Arbeit erzielte Einkommen über dem Median liegt. Insgesamt scheint das persönliche Einkommen für die Ausprägung des Libertarismus eine größere Rolle zu spielen als das Haushaltseinkommen. Dass Erwerbstätigkeit mit erhöhtem Libertarismus einhergeht, zeigt sich sogar bei den Hausfrauen/-männern und karenzierten Befragten. Der Effekt der karenzierten Befragten ist aber womöglich auf die Karenzierung, also die nur kurzfristige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, zurückzuführen. Das bedeutet zum einen, dass erwerbstätige Personen höhere libertäre POLID-Werte aufweisen als Nichterwerbstätige bzw. dass Erwerbslose den Libertarismus weniger stark vertreten als Erwerbstätige. Das bekräftigt die Hypothese H5a. Zum anderen gehen höhere Libertarismus-Werte auch mit einem höheren persönlichen Einkommen einher, was den Erwartungen von H1a entspricht.

Entgegengesetzt dazu weisen akademisch gebildete Befragte niedrigere Libertarismus-Werte auf als jene, die einen Pflichtschulabschluss aufweisen. Bei gleichem Einkommensniveau sind Hochgebildete dem Libertarismus also weniger zugeneigt als niedriggebildete. Dieser Unterschied zeigt sich jedoch bei keinem anderen Vergleich zwischen den Bildungsniveaus. Es sind also v.a. die universitär gebildeten, die diese Ideologie weniger stark vertreten. Die Erklärung dieses Ergebnisses findet sich in den jeweils studierten Wissenschaftszweigen der Befragten. Lehramtstudierende und Geistes- bzw. Kulturwissenschaftler erreichen die niedrigsten Libertarismus-Werte ($-0,79$ und $-0,43$) und machen

⁶ Man muss dabei berücksichtigen, dass die Gruppe der Personen in Kurzarbeit nur aus 18 Befragten besteht. Die Effekte aus dieser Gruppe müssen deswegen mit großer Vorsicht interpretiert werden.

zusammen 29,0% der Stichprobe aus. Die Sozialwissenschaften sind im VIC-Datensatz leider mit den Wirtschaftswissenschaften in dieselbe Kategorie (31,1% der gültigen Stichprobe) sortiert worden. Diese Gruppe weist die höchsten Liberalismus-Werte auf (-0,02), was höchstwahrscheinlich auf die Wirtschaftswissenschaften zurückgeht. Könnte man diese Kategorie trennen, würden Wirtschaftswissenschaftler wahrscheinlich einen noch höheren Wert erreichen, während die Sozialwissenschaftler weit niedrigere Scores erzielen.⁷ Der Bildungseffekt auf den Liberalismus-Score ist somit abhängig von den Disziplinen, die Befragte belegt oder studiert haben. Da in dieser Stichprobe geistes-, kultur- und sozialwissenschaftliche Fächer tendenziell überrepräsentiert sind, erklärt sich der negative Effekt der universitären Bildung auf den libertären POLID-Wert.

Kehrt man zu den Effekten des Einkommens gekoppelt mit der Erwerbssituation zurück, zeigt sich, dass Rentner allgemein zu höheren Liberalismus-Werten tendieren als Erwerbslose. Allerdings hängt die Stärke dieses Unterschiedes von dem Einkommen der Rentner ab. Wenn dieses über dem Median liegt, sind die durchschnittlich erreichten Liberalismus-Werte $\beta = [0,45; 0,53]$ Punkte höher als in der Referenzkategorie. Bei Rentnern, die kein eigenes Einkommen erzielen, sind diese Werte niedriger ($\beta = [0,29; 0,31]$), aber immer noch statistisch signifikant. Geringfügig schwächer werden sie, wenn man die Rentner mit Einkommen unter dem Median mit Erwerbslosen vergleicht. Die Irrtumswahrscheinlichkeit liegt jedoch meist nahe der 5%-Grenze, weswegen diese Effekte mit Vorsicht zu interpretieren sind. Insgesamt deutet sich jedoch an, dass Rentner dem Liberalismus stärker zugeneigt sind als Erwerbslose. Womöglich haben sich die Effekte, die bei den Angestellten erkennbar waren, bis ins hohe Alter verfestigt. Dass Rentner ohne eigenes Einkommen ebenfalls einen signifikanten Effekt erzielen, kann darauf zurückgehen, dass deren Pension allein ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken, was wiederum auf das Einkommen zurückgeht, das man vor der Pension erzielt hat. Insofern sind auch diese Effekte womöglich die Auswirkung der zurückliegenden Erwerbskarriere.

Wie in Hypothese H4a erwartet, zeigt sich, dass einige Berufskategorien (Techniker, Dienstleister und Bediener von Anlagen und Maschinen) niedrigere Liberalismus-Werte aufweisen als die Führungskräfte. Diese Effekte lassen sich leicht durch die Position erklären, die die jeweiligen Gruppen im Produktionsprozess innehaben. Dass Führungskräfte einer Ideologie, die ökonomischen Individualismus und *laissez-faire* betont, nahestehen, ist selbsterklärend. Für die restlichen Berufsgruppen entspricht es ihrem rationalen Eigeninteresse, einen niedriger ausgeprägten Liberalismus zu pflegen.

7 Immerhin ist Karl Marx einer der bedeutendsten Theoretiker der Soziologie (vgl. 2.1.1).

Ab Modell 1.2 wird u.a. zusätzlich das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen kontrolliert. Es zeigt sich – wie in H7a erwartet –, dass Befragte im Durchschnitt höhere Libertarianismus-Werte aufweisen, wenn sie mit ihrem Haushaltseinkommen leichter haushalten können. In Modell 1.6 wird die statistische Signifikanz durch die zusätzliche Kontrolle der subjektiven Schichtzugehörigkeit auch nur knapp verpasst ($p = 0,08$). Tatsächlich ist es realistisch, anzunehmen, dass Personen sich selbst eher in Richtung »oben« verorten, wenn sie mit ihrem Haushaltseinkommen gut auskommen und sich entsprechend niedriger einschätzen, wenn dieses Auskommen sehr schwer ist. Daraus kann geschlossen werden, dass das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen sowohl einen direkten Effekt auf den Libertarianismus ausübt, doch auch indirekt über die subjektive Schichtscheinschätzung auf diesen POLID-Wert einwirkt. Die Erwartungen aus H7a sind somit durch die Daten unterstützt.

Höhere Libertarianismus-Werte gehen darüber hinaus mit einer niedrigeren Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance einher. Dieser Befund ist nicht allein dadurch zu erklären, dass libertäre Personen mehr Zeit in ihre Arbeit investieren (müssen), denn der Effekt dieser Variable ist durch die Trennung in Teil- bzw. Vollzeit kontrolliert. Diese erreicht keine statistische Signifikanz. Auch die bivariate Korrelation zwischen dem libertären POLID-Wert und der Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance liegt bei nur $r = -0,07$ ($p < 0,05$). Zur Erklärung muss somit auf die subjektiven Ansprüche an die Work-Life-Balance zurückgegriffen werden. Wie in Kapitel 4.2.4.3 gezeigt, liegt der Fokus von libertären Personen nicht auf der Arbeit an sich, sondern auf dem finanziellen Ausgleich für ihre Leistung. Die Unzufriedenheit mit der Work-Life-Balance kann also daher rühren, dass sie den Lohn für ihre Arbeit als zu gering einschätzen. Damit ist Hypothese H8a nicht durch die Daten unterstützt.

Die Variablen zu Wohn(umwelt)bedingungen zeigen keine signifikanten Ergebnisse. Das kann dadurch erklärt werden, dass diese häufig von der finanziellen Situation der Betroffenen abhängen. Eine hohe Ausstattung des Wohnraums und große Nettowohnfläche ist nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln zu erreichen. Da eben diese bereits in früheren Modellen kontrolliert wurden, treten keine signifikanten Effekte der Wohn(umwelt)bedingungen mehr auf. Die Hypothesen H9a, H10a, H11a und H12a sind somit nicht durch die Daten gestützt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Variablen zu den sozialen Beziehungen, die überwiegend keine signifikanten Effekte zeigen. Es zeigt sich nur in Modell 1.6, dass zunehmende Unzufriedenheit mit den eigenen sozialen Beziehungen mit höherem Libertarianismus assoziiert ist ($\beta = -0,02$; $p = 0,047$). Dieser Effekt ist jedoch nur knapp signifikant. Außerdem hängt die Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen von sehr vielen Faktoren ab (z.B. Art der Beziehung, individuelle Ansprüche an diese Beziehungen, etc.), weswegen es schwierig ist, Hypothesen über

den zugrundeliegenden Mechanismus anzustellen. Deswegen soll dieser Effekt berichtet werden, damit er in anschließenden Studien womöglich widerlegt oder tatsächlich erklärt werden kann. Damit ist die Hypothese H13 widerlegt, während H14a, H15a und H16a tendenziell gestützt werden.

Frauen und Männer unterscheiden sich nicht signifikant in ihren Libertarianismus-Werten, dasselbe zeigt sich bei dem Alter der Befragten. H19a und H20a sind damit beide widerlegt. Dafür erreichen Personen mit einem Migrationshintergrund erster Generation niedrigere libertäre POLID-Scores als autochthone Personen. Dieser Effekt erreicht die statistische Signifikanz erst nach der Kontrolle der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen aus H22a, allerdings kann dieser Effekt nicht auf die ökonomischen Größen zurückgeführt werden, weil diese ebenfalls kontrolliert werden. Das bedeutet, dass Personen mit Migrationshintergrund erster Generation zusätzlich spezifische Erfahrungen gesammelt haben müssen, die zu einem niedrigeren Libertarianismus-Wert als in der autochthonen Bevölkerung führen.⁸ Diese Erfahrungen können im Rahmen dieser Analyse jedoch nicht identifiziert werden, weswegen diese Frage für zukünftige Studien offen bleibt.

Dieser Effekt des Migrationshintergrunds geht damit einher, dass ein höherer Libertarianismus-Wert auch tendenziell mit der Wahrnehmung der eigenen Privilegierung und einer besseren Selbsteinschätzung zwischen »oben« und »unten« einhergeht. Beide Effekte verpassen die statistische Signifikanz jedoch knapp, weswegen die Hypothesen H18a und H21a nicht als durch die Daten gestützt bezeichnet werden können. Zuletzt zeigt der Libertarianismus keine signifikante Assoziation mit dem Vertrauen in öffentliche Institutionen, was der Hypothese H17a widerspricht. Womöglich werden Personen nicht libertär, weil sie dem Staat misstrauen, sondern Libertäre misstrauen dem Staat, weil dieser durch Umverteilung ihren sozialen Status gefährden könnte. Sobald dieser kontrolliert ist, tritt kein Effekt des politischen Vertrauens auf.

Insgesamt erklären die unabhängigen Variablen 14,3% der Varianz im Libertarianismus-Score. Dabei sind es v.a. die Variablen der objektiven ökonomischen Situation und der finanziellen Absicherung, die die Effekte der anderen Variablen größtenteils überschatten. Zusammengefasst ist der Libertarianismus somit eine Ideologie, die vor allem von Besserverdienenden und Personen in führenden Berufspositionen gepflegt wird. Dabei scheint die eigene ökonomische Position im Vordergrund zu stehen statt die des gesamten Haushalts. Eine universitäre Ausbildung könnte das Ausmaß libertärer Tendenzen zwar prinzipiell beeinflus-

⁸ Noch komplexer wird dieser Sachverhalt, wenn man berücksichtigt, dass von den Migranten erster Generation in dieser Analyse 48,0% aus Deutschland stammen. Damit scheinen auch Hypothesen über kulturelle Unterschiede allein unzureichend, um diesen Unterschied zu erklären.

sen, allerdings scheint der konkrete Einfluss von dem jeweils studierten Fach abzuhängen. Der Liberalismus ist somit eine ökonomische Ideologie, die von sozialen bzw. horizontalen Ungleichheitsdimensionen größtenteils unabhängig zu sein scheint – mit Ausnahme des Migrationshintergrundes erster Generation.

7.3.2 Konservatismus

Der Konservatismus steht weder mit dem persönlichen, noch mit dem Haushaltseinkommen in einer statistisch signifikanten Beziehung, wodurch die Hypothesen H1b und H2b widerlegt werden. Die einzige Ausnahme ist der Vergleich der in Kurzarbeit angestellten Befragten mit den Erwerbslosen. Allerdings liegen in der gültigen Stichprobe nur 18 Befragte vor, die in Kurzarbeit sind. Dieser Effekt ist somit nur mit großer Vorsicht zu interpretieren. Insgesamt kann somit gefolgert werden, dass das Niveau des Konservatismus-Wertes vom (Haushalts)Einkommen unabhängig zu sein scheint.

Dafür finden sich in Bezug auf die Erwerbssituation einige signifikante Unterschiede. Rentner erzielen im Mittel höhere Konservatismus-Werte als Erwerbslose, während der Effekt bei den Studenten und Lehrlingen mit Einkommen umgekehrt ist. Der Effekt der Rentner verliert nach der Kontrolle der sozialen Beziehungen seine statistische Signifikanz, und er wird noch einmal deutlich schwächer, wenn das Alter der Befragten in die Regression aufgenommen wird. Der Effekt der Rente scheint somit tatsächlich auf das Lebensalter der Befragten zurückzugehen. Wie in Kap. 6 bereits ausführlich diskutiert und im Kontingenzraum (Kap. 7.2) grafisch dargestellt, ist der konservative POLID-Wert bei Älteren besonders hoch und bei jüngeren Befragten besonders niedrig. Dies spiegelt sich in der Variable zur Erwerbssituation dadurch wider, dass Studenten/Lehrlinge negative und Rentner positive Effekte erzielen. Unabhängig davon zeigen sich jedoch keine weiteren signifikanten Unterschiede im Konservatismus zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Damit ist H5b durch die Daten nicht unterstützt.

Bei der Variable des Bildungsniveaus zeigt sich kein linearer Zusammenhang zwischen Konservatismus und höheren oder niedrigeren Bildungsniveaus. Vielmehr erreichen Befragte mit Lehren oder berufsbildenden mittleren Abschlüssen höhere Konservatismus-Werte als jene, die momentan noch einen Pflichtschulabschluss haben. Diese Abschlüsse sind typisch für Berufe der Mittelschicht, die häufig stärkere konservative Tendenzen zeigt. Die restlichen Kategorien unterscheiden sich nicht signifikant von den Pflichtschulabsolventen. Auf den ersten Blick scheint das die Annahme eines linearen Bildungseffekts zu widerlegen. Allerdings muss man berücksichtigen, dass auch Bachelor-Stu-

dentem zum Erhebungszeitpunkt noch keinen universitären Abschluss erreicht haben. Tatsächlich befinden sich 11,2% der Pflichtschulabsolventen im Sample für die Regressionsanalysen momentan noch in Ausbildung. Da Studenten/Lehrlinge bei weitem die niedrigsten Konservativismus-Werte erzielen (Kap. 7.2), scheint es verfrüht, den linearen Bildungseffekt, der in H3b angenommen wird, als widerlegt anzusehen.

Zusätzlich muss im Kontext der universitär Gebildeten ein weiterer Einflussfaktor bedacht werden. Unterschiedliche Studienfächer werden von jeweils anderen Personengruppen ausgewählt. Ein Soziologie- und ein Theologie-Studium bspw. werden tendenziell Personen mit unterschiedlichen Konservativismus-Werten anziehen. Während Studenten und Abgänger rechtswissenschaftlicher und medizinischer Fächer in diesem Sample die höchsten durchschnittlichen Konservativismus-Werte erzielen (0,29 und 0,26), sind diese Scores beim Lehramt (-0,28) und in den Naturwissenschaften am niedrigsten (-0,38). Deswegen kann die Zusammensetzung der Studienfächer in der Stichprobe einer Studie auch die Stärke bzw. Richtung des Bildungseffektes beeinflussen.

Bei den Berufskategorien zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Führungskräften und anderen Gruppen. Lediglich die Akademiker erzielen tendenziell niedrigere Konservativismus-Werte, doch diese Unterschiede verpassen die statistische Signifikanz knapp. Damit bestätigen sich die Erwartungen aus H4b in den Daten nicht. Auch keine der Variablen zur ökonomischen Sicherheit (Vollzeit vs. Teilzeit, Leichtigkeit des Auskommens mit dem Haushaltseinkommen und Zufriedenheit mit Work-Life-Balance) erreicht statistische Signifikanz. Damit sind auch H7b und H8b widerlegt.

Bei den Variablen zu den Wohn(umwelt)bedingungen zeigen sich zwei signifikante Ergebnisse. Zum einen weisen Personen, die in Vororten oder Großstand-Randgebieten leben, stärkere konservative Tendenzen auf als Personen aus Großstädten. Dieser Effekt bleibt bis einschließlich Modell 2.6 signifikant. Ein ähnlicher Effekt zeigt sich im Vergleich zwischen (Klein)Städten und Großstädten, allerdings verliert dieser Effekt nach der Kontrolle der Haushaltsstruktur die statistische Signifikanz. Auffällig ist jedoch, dass beide Effekte in Modell 2.3 robust gegenüber der Kontrolle der ökonomischen Variablen sind, die es Personen überhaupt erst erlauben, in diesen Gebieten zu leben. Diese Wohngebiet-Kategorien müssen also auch selbst in Verbindung mit diesem konservativen POLID-Wert stehen. Setzt man voraus, dass Menschen sich ihren Wohnort frei aussuchen können, wenn sie die entsprechenden Mittel haben, dann scheinen Vororte, Randgebiete oder (Klein)Städte konservativere Personen anzuziehen als andere Wohngebiete. Wenn man annimmt, dass konservative Menschen wahrscheinlicher heiraten und Familien mit Kindern gründen, könnten diese Wohngebiete für die Kindererziehung attraktiver wirken als Großstädte oder entlegene ländliche Gebiete

(vgl. Kap. 6). Zu dieser Erklärung passt auch, dass der Besitz von Wohneigentum mit einem höheren Konservativismus-Wert einher geht als das Leben in Mietwohnraum, bis zusätzlich die Haushaltsstruktur kontrolliert wird. Hier deuten sich also Milieu- oder Lebensstileffekte an, die H11b und H12b stützen.

Bei den Variablen zur sozialen Integration des Befragten erzeugt nur eine Variable signifikante Effekte. Konservative Befragte sind wahrscheinlicher verheiratet als dass sie sich in eheähnlichen Lebensgemeinschaften befinden. Auch Scheidungen (vs. verheiratet zu sein) gehen mit deutlich niedrigeren Konservativismus-Werten einher. Zuletzt sind auch Ledige tendenziell weniger konservativ, dieser Effekt verschwindet jedoch fast vollständig durch die Kontrolle des Alters der Befragten. Allgemein zeigt sich somit, dass konservative Personen wahrscheinlicher in traditionellen Beziehungsstrukturen leben. Dies bekräftigt H14b. Das übersetzt sich jedoch nicht zwangsläufig auch in eine höhere Anzahl an leiblichen Kindern, obwohl die bivariate Korrelation zwischen dieser Variable und dem Konservativismus-Wert noch signifikant war ($r = 0,18$; $p < 0,001$). Es scheint, dass diese bivariate Korrelation tatsächlich auf die ökonomische Situation und/oder das Alter der Befragten zurückgeht.

Ab Modell 2.5 zeigt sich der bereits häufig angesprochene Alterseffekt direkt. Mit jedem zusätzlichen Lebensjahr steigt der Konservativismus-Wert um $\beta = 0,01$ ($p < 0,001$). Nimmt man an, dass Personen im Mittel 80 Jahre alt werden, steigt der Konservativismus-Wert im Lebenslauf durchschnittlich um 0,8 Einheiten, was bei einem Mittelwertszentrierten Score eine enorme Steigerung ist. Damit bestätigt sich, dass das Lebensalter ein wichtiger Prädiktor für die Stärke des individuellen Konservativismus-Wertes ist (H20b).

Wie in H22b erwartet, erzielen Personen mit einem Migrationshintergrund zweiter Generation niedrigere Konservativismus-Werte als die autochthonen Befragten, während der Vergleich mit den Migranten erster Generation nicht signifikant ist. Zuletzt zeigt sich, dass Personen höhere Konservativismus-Werte erzielen, je höher sie sich selbst auf einer zehnstufigen Skala zwischen »unten« und »oben« einschätzen, was Hypothese H21c stützt. Hier muss man berücksichtigen, dass sich diese Bewertung womöglich nicht rein auf ökonomische Aspekte stützen muss. Auch soziale Konflikte, in denen man sich entweder auf der Gewinner- oder Verliererseite wahrnimmt, könnten diese beeinflussen. Vor dem Hintergrund, dass die ökonomischen Variablen nicht in statistisch signifikanten Zusammenhängen mit dem Konservativismus stehen müssen, erscheint es sinnvoller, dass soziokulturelle Themen hinter dieser Bekräftigung von H21c stehen.

Insgesamt erklären die unabhängigen Variablen 27,5% der Varianz im Konservativismus-Score. Fasst man diese Ergebnisse zusammen, dann scheint der Konservativismus zentral durch das Alter der Menschen begründet zu sein. Das kann einerseits ein Effekt des Lebenszyklus oder andererseits Ausdruck eines Ge-

nerationeneffektes sein. Allerdings ist es auch nicht unwahrscheinlich, dass sich beide Effekte in der Realität miteinander vermischen. Das Lebensalter ist sogar so ausschlaggebend, dass die Einflüsse der meisten ökonomischen Variablen davon überschattet werden. Die einzige Ausnahme ist das Bildungsniveau, das ebenfalls in einer signifikanten Beziehung zum Konservativismus steht. Generell scheint das Bildungsniveau sich eher die auf soziokulturelle Ebene auszuwirken, da es mit den ökonomischen Ideologien nicht in Beziehung steht. Zusätzlich komplexer wird der Einfluss des Bildungsniveaus, wenn man berücksichtigt, welche Disziplinen in universitären Ausbildungen studiert werden, da der Verteilung der Studenten auf verschiedene Wissenschaften Prozesse der Selbstselektion vorausgehen und die Ausbildungen in Folge auch das politische Denken der Studenten prägen können. Der Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsniveau und der Ideologie des Konservativismus muss in Zukunft also noch eingehender (z.B. im Längsschnitt) untersucht werden. Dennoch zeigt sich, dass der Konservativismus eine soziokulturelle Ideologie ist, was zusätzlich durch die Assoziationen mit dem Wohngebiet und dem Beziehungsstatus deutlich wird.

7.3.3 Sozialismus

Ähnlich wie beim Libertarismus-Score erzeugt die Variable des Haushaltseinkommens bei der Vorhersage des Sozialismus-Wertes keine signifikanten Effekte, was H2c widerlegt. Dafür trägt das Auskommen mit diesem zur Erklärung der Varianz dieses POLID-Wertes bei. Je leichter Personen ihre Lebenshaltungskosten stemmen können, desto niedriger ist tendenziell ihr Sozialismus-Wert. Dieser Effekt schwindet jedoch, wie schon bei der Vorhersage des Libertarismus-Werts, durch die Kontrolle der subjektiven Schichteinschätzung. Hier scheint also wie schon beim Libertarismus ein indirekter Effekt vom Auskommen mit dem Haushaltseinkommen über die subjektive Selbsteinstufung zwischen »oben« und »unten« auf den Sozialismus-Wert vorzuliegen. Damit ist Hypothese H7c durch die Daten bekräftigt.

In Bezug auf Erwerbstätigkeit und Einkommen zeigen sich nur wenige signifikante Effekte. Zum einen erreichen Angestellte mit einem Lohn über dem Median niedrigere Sozialismus-Scores als erwerbslose Befragte, was H1c und H5c stützt. Dieser Effekt verliert seine statistische Signifikanz, wenn zusätzlich die subjektive Schichteinschätzung kontrolliert wird. Allerdings wird die Effektstärke in Modell 3.6 nur marginal kleiner, und die Irrtumswahrscheinlichkeit liegt bei $p = 0,071$. Insofern ist nicht auszuschließen, dass dieser Einfluss in der Realität existiert, obwohl er in dieser Stichprobe keine statistische Signifikanz erreicht. Es ist außerdem relevant, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen den Er-

werbslosen und den Angestellten gibt, wenn letztere ein Einkommen unter dem Median erzielen. Folglich ist die Höhe des Einkommen ein bedeutsamer Faktor für die Vorhersage des erreichten Sozialismus-Wertes.

Der zweite beachtliche Effekt in dieser Variable bezieht sich auf den Unterschied zwischen den Erwerbslosen und den gut verdienenden und erwerbslosen Rentnern. Letztere weisen jeweils niedrigere sozialistische POLID-Werte auf. Auch hier kann sich – zusätzlich zum höheren Lebensalter der Befragten – ihre bessere ökonomische Lage widerspiegeln. Rentner mit einem hohen Einkommen dürften weniger Notwendigkeit sehen, ökonomische Ungleichheiten auszugleichen, und Rentner, die nicht auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind, werden höchstwahrscheinlich so hohe Pensionen beziehen, dass sie damit allein ihre Lebenshaltungskosten decken können. Der Effekt bei den Rentnern ohne Einkommen wird jedoch insignifikant, wenn man die sozialen Beziehungen kontrolliert und wird zusätzlich schwächer durch die Kontrolle des Alters. Entsprechend äußert sich hier eine Interaktion zwischen dem Alter der Befragten, ihrer Haushaltsstruktur und ihrer ökonomischen Position. Auch das stützt die Hypothesen H1c und H5c.

Abgesehen davon zeigt sich in dieser Variable nur ein weiterer tendenzieller Unterschied, der der Vollständigkeit halber berichtet werden sollen. Selbstständige mit Einkommen über dem Median erreichen in Modell 3.1 signifikant niedrigere Sozialismus-Werte, doch diese Signifikanz schwindet ab der Kontrolle der Variablen zur ökonomischen Sicherheit. Bis einschließlich Modell 3.5 liegen sie in einem Bereich von $p < 0,1$. Dass die andere Selbstständigen-Kategorie sich nicht signifikant von den Erwerbslosen unterscheidet, demonstriert erneut die Relevanz des persönlichen Einkommens für den individuellen sozialistischen POLID-Wert.⁹

Bei der Variable des Bildungsniveaus zeigt sich nur ein einziger signifikanter Unterschied. Personen mit einer abgeschlossenen Lehre erzielen bis zur Kontrolle der demografischen Variablen niedrigere Sozialismus-Werte. Eine mögliche Erklärung liefern Ulrich und Zwißlinger (2022), die zeigen, dass Personen mit Lehrausbildung leistungsbezogene Aspekte (hart arbeiten, gute Ausbildung haben) als weit wichtiger für das eigene Vorwärtsskommen in Österreich einschätzen als Personen mit Pflichtschulabschluss, die im Vergleich fatalistischer wirken (2022, S. 2–4). Diese Einschätzungen könnten sich im Sinne des rationalen Eigeninteresses auf das Niveau des Sozialismus-Wertes niederschlagen.

⁹ Auch in den Modellen zum Sozialismus zeigen sich wieder signifikante Effekte der Kurzarbeit (im Vergleich zur Erwerbslosigkeit). Doch wegen der geringen Fallzahl sollten diese – wie schon in den vorherigen Kapiteln – mit großer Vorsicht gehandhabt werden.

Trotz des ausbleibenden signifikanten Unterschieds zwischen den akademisch Gebildeten und Pflichtschulabgängern zeigt sich auch hier, dass verschiedene Studienfächer unterschiedlich hohe Sozialismus-Werte erreichen. Die höchsten Werte erzielen Studierende des Lehramts (0,44) und der Geistes- und Kulturwissenschaften (0,24). Die niedrigsten Werte finden sich bei den Rechtswissenschaften (-0,30) und Medizinerinnen (-0,15). Auch hier ist es wieder bedauerlich, dass die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in dieselbe Kategorie sortiert wurden und so einen Sozialismus-Wert von -0,10 erreichen.

Zwischen den Berufsgruppen treten mehrere Unterschiede auf. Zum einen erzielen Akademiker höhere Sozialismus-Werte als Führungskräfte, bis das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen kontrolliert wird. Danach bleibt nur ein tendenzieller Unterschied ($p < 0,1$) übrig. Auch Techniker und Dienstleister haben höhere Sozialismus-Werte als Führungskräfte. Es deutet sich somit an, dass die Führungskräfte durch ihre ökonomisch privilegierte Position auf dem Arbeitsmarkt dem Sozialismus weniger zugeneigt sind als andere Berufskategorien. Die Hypothese H4c wird somit bekräftigt.

Nach der Kontrolle der obigen ökonomischen Variablen erreichen weder das Ausmaß der Arbeitszeit, noch die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance statistische Signifikanz. Hypothese H8c ist somit durch die Daten unterstützt.

Die Variablen zu den Wohn(umwelt)bedingungen erreichen ebenfalls keine statistische Signifikanz. Es deutet sich nur tendenziell an, dass Befragte, die in Mietverhältnissen leben, geringfügig höhere Sozialismus-Werte erzielen als Personen mit Wohneigentum. Doch da diese Wohn(umwelt)bedingungen durch die finanzielle Situation geprägt sind, sind die ausbleibenden signifikanten Effekte leicht erklärbar. Auch die Variablen zur sozialen Integration tragen keine weiteren signifikanten Effekte bei. Es tritt nur ein sehr schwacher Effekt auf ($p < 0,1$), der andeutet, dass Personen in eheähnlichen Lebensgemeinschaften sozialistischer eingestellt sind als verheiratete Befragte. Dennoch sind die Hypothesen H9c, H10c, H11c, H12c, H14c und H16c nicht durch die Daten unterstützt.

Vergleicht man Männer und Frauen bivariat in ihren Sozialismus-Werten, erzielen Frauen höhere Werte als Männer ($\Delta = 0,11$, $p < 0,01$). In den multivariaten Analysen zeigt sich dieser signifikante Unterschied jedoch nicht mehr. Es scheint somit, dass der bivariate Unterschied tatsächlich auf die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Positionen zurückging, die Männer und Frauen im Mittel einnehmen. Er scheint also Ausdruck des rationalen Eigeninteresses dieser Gruppen zu sein und kein Unterschied, der im Geschlecht an sich verankert ist. Damit muss H19c verworfen werden.

Auch das Alter der Befragten erreicht keine statistische Signifikanz, was den Erwartungen von H20c widerspricht. Obwohl das Alter an sich keinen signifikanten Effekt hat, ist tendenziell ein Alterseffekt in der kombinierten Variable aus Er-

werbsstatus und Einkommen erkennbar. Zwei Rentnergruppen erzielten signifikant höhere Sozialismus-Werte als Erwerbslose, bis zusätzlich das Alter der Befragten kontrolliert wird. Insofern ist ein Alterseffekt auf den Sozialismus nicht vollständig auszuschließen, obwohl er in der Regression nicht nachweisbar ist. Ob dieser Effekt wirklich auf eine jugendliche Rebellionsmentalität zurückgeht oder darauf, dass Ältere bereits mehr ökonomisches Kapital akquiriert haben, ist in dieser Studie nicht abschließend zu beantworten.

Migranten zweiter Generation erzielen höhere Sozialismus-Werte als autochthone Befragte. Wenn man davon ausgeht, dass sie bereits im österreichischen Kontext sozialisiert wurden und gleichzeitig Diskriminierungserfahrungen ihrer Eltern beobachten, könnte das den erhöhten Sozialismus-Wert erklären. Eigene Diskriminierungserfahrungen nehmen dagegen keinen Einfluss. Dies entspricht H22c, während H18c nicht gestützt wird.

Zuletzt sinkt der Sozialismus-Wert mit jeder besseren Selbstpositionierung zwischen »oben« und »unten«. Wie oben argumentiert, kann diese Variable als Mediator zwischen dem Auskommen mit dem Haushaltseinkommen und dem sozialistischen POLID-Wert interpretiert werden. Unter dieser Annahme bestätigt dieser Effekt zusätzlich die Relevanz der sozioökonomischen Position für das Niveau des erreichten Sozialismus-Wertes und stützt H21c. Nicht bedeutsam ist dagegen das Vertrauen in öffentliche Institutionen. Damit kann H17c nicht untermauert werden.

Insgesamt erklären diese unabhängigen Variablen 16,0% der Varianz im sozialistischen POLID-Score. Zusammengefasst sind es überwiegend die ökonomischen Variablen, die signifikant zur Vorhersage beitragen. Im Gegensatz zum Liberalismus spielen jedoch auch demografische Einflüsse eine Rolle (insb. der Migrationshintergrund zweiter Generation und evtl. auch das Alter). Insofern ist der Sozialismus zwar eine primär ökonomische Ideologie, doch sie nimmt auch auf soziokulturelle Themen Einfluss. Dem Sozialismus besonders zugeneigt sind Personen mit niedrigen ökonomischen Positionen (insb. Erwerbslose), die mit ihrem Haushaltseinkommen eher schwer auskommen und ihre eigene Position in der Gesellschaft schlechter einschätzen. Die meisten Unterschiede im Sozialismus-Score zwischen Männern und Frauen, Altersgruppen oder sonstigen benachteiligten Gruppen scheinen tatsächlich auf deren schlechtere ökonomische Position zurückzugehen. Die einzige Ausnahme ist der Migrationshintergrund zweiter Generation, der trotz der Kontrolle von Bildung und ökonomischer Lage signifikant bleibt.

7.3.4 Liberalismus

Auch zur Vorhersage des Liberalismus-Scores trägt das Haushaltseinkommen keinen signifikanten Effekt bei. Damit muss auch H2d verworfen werden. Die Kombination aus Erwerbsstatus und persönlichem Einkommen zeigt dagegen viele signifikante Unterschiede. Angestellte, Rentner und Hausfrauen/-männer bzw. Karenzierte erzielen niedrigere Liberalismus-Werte als Erwerbslose. Während die Effekte der Rentner durch die Kontrolle des Lebensalters ihre Signifikanz verlieren und auch der Effekt der *Homemakers* durch die Kontrolle der sozialen Beziehungen (wahrscheinlich durch den Beziehungsstatus) insignifikant wird, bleibt der Effekt der Angestellten und Rentner mit Einkommen über dem Median bis Modell 4.6 robust. Betrachtet man sich diese Effekte genauer, stellt man fest, dass der Unterschied zu den Erwerbslosen stets größer ausfällt, wenn das Einkommen zusätzlich über dem Median liegt. Daraus können zwei Dinge abgeleitet werden. Zum einen gehen bessere Erwerbssituationen mit einem niedrigeren Liberalismus-Wert einher, was H5d stützt. Zum anderen sinken Liberalismus-Werte mit hohem Einkommen, was H1d entspricht. Ein möglicher Mechanismus hinter diesem Effekt ist, dass der Konservatismus eine Systemlegitimierende Ideologie ist. Im Umkehrschluss würde der Liberalismus als stärkster ideologischer Gegensatz das System kritisieren oder ändern wollen. Die Betonung der Chancengleichheit im liberalen Kern kann somit im Umkehrschluss dem rationalen Eigeninteresse der Erwerbslosen entsprechen.

Diese Erklärung hat jedoch einen Schwachpunkt. Die liberalen Items der POLID-Skala beziehen sich primär auf das Ausleben individueller Freiheiten. Forderungen nach sozialem Wandel oder ökonomischer Gleichstellung finden sich dagegen in den sozialistischen Items. Zusätzlich ist die Korrelation zwischen diesen beiden Ideologien für die Erwerbslosen sogar tendenziell negativ (vgl. Tab. 26). Die Annahme, dass dieser Effekt in den Regressionen auf ökonomische Interessen zurückgeht, lässt sich vor diesem Hintergrund nur schwer halten. Es muss also eine andere Erklärung für den hohen Liberalismus-Wert der Erwerbslosen gefunden werden. Diese findet sich am wahrscheinlichsten in einem Periodeneffekt. Die VIC2-Daten wurden zur Hochzeit der Covid-19 Pandemie (März/April 2021) erhoben. Im öffentlichen Diskurs wurden zu diesem Zeitpunkt häufig liberale Kernkonzepte (Freiheit, Selbstbestimmung, Schutz vor staatlichen Eingriffen, etc.) von Kritikern der Covid-Maßnahmen bemüht. Dadurch werden auch einige Maßnahmenkritiker höhere Liberalismus-Werte erzielt haben als sie es außerhalb des Krisenkontextes tun würden. Indizien für diesen Mechanismus sind die schwach positive Korrelation zwischen Liberalismus und Covid-Impfverweigerung ($r = 0,10$; $p < 0,01$), sowie die Tatsache, dass das Institutionsmisstrauen

und die Impfverweigerung in einkommensschwachen Gruppen höher ist.¹⁰ Zusätzlich können einige der erwerbslosen Befragten Personen sein, die ihre Arbeitsstelle wegen den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung verloren haben (Holst et al. 2022, S. 51–53). Die Unterschiede im Liberalismus-Wert zwischen Erwerbslosen und Angestellten sind somit besser durch den Pandemiekontext als durch die inhärenten ökonomischen Interessen dieser beiden Erwerbsgruppen zu erklären. Ähnlich argumentiert Ulrich (2024), der einen leicht niedrigeren Liberalismus-Wert im Juni 2022 (im Vergleich zum Vorjahr) dadurch erklärt, dass Personen sich selbst wieder höher zwischen »oben« und »unten« verorten (2024, S. 459–460).

Bezüglich der Bildung zeigt sich nicht der erwartete lineare Effekt. Vielmehr deutet sich ein U-förmiger Effekt an. Je höher das Bildungsniveau im Vergleich zum Pflichtschulabschluss wird, desto höher steigt der Liberalismus-Wert, was den Erwartungen aus dem bisherigen Forschungsstand entspricht. Allerdings ist der Unterschied im Liberalismus-Wert zu den Personen mit Pflichtschulabschluss auf dem Niveau der allgemeinbildenden höheren Schule am größten. Obwohl auch BHS-Absolventen und Akademiker tendenziell höhere liberale POLID-Scores erreichen als Pflichtschulabsolventen, ist dieser Unterschied geringer als auf dem AHS-Niveau. Dieser U-förmige Effekt kann durch zwei Aspekte zustande kommen. Zum einen befinden sich BA-Studierende noch im Ausbildungsprozess. Diese weisen ebenfalls höhere Liberalismus-Werte auf, aber sie haben noch keinen universitären Abschluss erreicht und zählen somit momentan noch zur Kategorie der Pflichtschule. Zum anderen wird auch hier der aktuelle Pandemiekontext die Effekte der Bildungsvariable beeinflusst haben. Bildungshöhere Schichten haben den Kurs der Pandemiebekämpfung überwiegend unterstützt und sich von der Kritik an Maßnahmen meist distanziert. Das kann zu einer Minderung der erzielten Liberalismus-Werte geführt haben, da im Pandemiekontext den Werten des Hedonismus und der Selbstbestimmung zu Gunsten des Konformismus weniger Bedeutung beigemessen wurde (Eder et al. 2022, S. 343–348). Nichtsdestotrotz zeigt sich, dass ein höheres Bildungsniveau tendenziell mit höheren liberalen POLID-Werten einhergeht. H3d kann somit als unterstützt angesehen werden.¹¹

10 Persönliches Einkommen und Impfverweigerung korrelieren in der gültigen Stichprobe für die Regressionen nach Ausschluss der fehlenden Werte ($n = 507$) mit dem Wert $r = -0,25$ ($p < 0,001$), während das Einkommen mit dem Institutionsvertrauen mit dem Wert $r = 0,21$ ($p < 0,001$) korreliert.

11 Wie bereits in den vorherigen Kapiteln kann die Zusammensetzung der studierten Disziplinen die Stärke dieses Liberalismus-Effekts beeinflussen. In dieser Studie weisen die Mediziner den niedrigsten Liberalismus-Wert auf (0,28), während die Geistes- und Kulturwissenschaftler (0,44), die Ingenieurwissenschaftler (0,53) und Studenten oder Abgänger des Lehramts (0,63) die höchsten Werte erzielen.

Der aktuelle Pandemiekontext kann auch erklären, warum Bediener von Anlagen und Maschinen, sowie Arbeitende in Montageberufen höhere Liberalismus-Werte aufweisen als Führungskräfte. Erstere sind durch die ökonomischen Krisen, die durch die Pandemiebekämpfung ausgelöst wurden, stärker betroffen, als Manager (Holst et al. 2022, S. 51–54). Aus diesem Grund könnten sie den typisch liberalen Werten, die in der Rhetorik von Maßnahmenkritikern betont wurden, mehr zugeneigt sein, als sie es vor der Krise waren. Entgegen der Hypothesen H7d und H8d sind das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen und die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance nicht signifikant.

Wie schon beim Sozialismus sind auch für den Liberalismus fast alle Variablen der Wohn(umwelt)bedingung nicht signifikant. Nur in Modell 4.3 sind Personen, die zur Miete wohnen, liberaler als jene mit Wohneigentum. Dieser Effekt verschwindet jedoch, wenn man zusätzlich die Variablen zu den sozialen Beziehungen der Befragten kontrolliert. Dieser Effekt geht somit wahrscheinlich auf den Beziehungsstatus der Befragten zurück. Es deutet sich somit an, dass die Wohn(umwelt)bedingungen selbst nicht in einer signifikanten Beziehung mit dem liberalen POLID-Wert stehen.

Allerdings zeigen sich bei den Variablen zur sozialen Integration einige signifikante Effekte. Mit zunehmender Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen steigt auch der Liberalismus-Wert. Diese Steigerung ist allerdings sehr gering ($\beta = 0,02$) und die Irrtumswahrscheinlichkeit nur marginal unter der 5 %-Grenze ($p = 0,033$). Beachtlicher sind dagegen die Effekte des Beziehungsstatus. Befragte, die in eheähnlichen Partnerschaften leben, zeigen höhere Liberalismus-Werte als verheiratete. Auch Personen, die geschieden oder ledig sind, sind tendenziell liberaler. Diese beiden Effekte werden allerdings schwächer und verpassen die statistische Signifikanz knapp ($p = [0,055; 0,067]$), wenn man zusätzlich die eigene Einschätzung der sozialen Position kontrolliert. Dieser Befund deutet an, dass die Einschätzung des sozialen Status mit dem Beziehungsstatus verbunden ist und keine rein ökonomische Größe darstellt. Insgesamt kann man davon ableiten, dass liberale Personen vermehrt in modernen Lebensformen leben, was H14d stützt.

Entgegen der Erwartung aus H19d, erzielten Frauen geringere Liberalismus-Werte als Männer. Dieser Unterschied ist robust gegenüber der Kontrolle der ökonomischen Position, sozialen Integration und sogar der subjektiven Schichteinstufung und des Institutionsvertrauens. Eine mögliche Erklärung könnte aus feministischer Perspektive angeboten werden. Da Männer im Mittel mehr Freiheiten genießen als Frauen, könnten sie ihrer individuellen Freiheit mehr Gewicht beimessen als Frauen. Umgekehrt könnten Frauen einer Ideologie, die Chancengleichheit betont, eher ablehnen, wenn sie den Eindruck haben, dass diese Gleich-

heit nicht in der Realität verwirklicht ist (siehe hierzu auch Chambers (2015) oder Nash (1997)).

Wie zu erwarten (H20d) erreichen jüngere Befragte tendenziell höhere Liberalismus-Werte, was das erwartete Spiegelbild zum Alterseffekt auf den Konservatismus ist. Allerdings ist der Effekt auf den Liberalismus weit schwächer als für den Konservatismus ($\beta = [-0,005; -0,004]$), dennoch würde er im Verlauf eines Lebens (ca. 80 Jahre) zu einer Reduktion von durchschnittlich 0,37 oder 0,33 Punkten führen, was für einen Mittelwertszentrierten Wert durchaus beachtlich ist. Somit scheint der Liberalismus mit seiner Betonung von individueller Freiheit tendenziell eine Ideologie für jüngere Menschen zu sein.

Die restlichen demografischen Variablen fügen dem Modell jedoch keine zusätzlichen signifikanten Ergebnisse hinzu. Es deutet sich nur tendenziell an, dass Personen mit einem Migrationshintergrund erster Generation höhere Liberalismus-Werte erzielen als Autochthone, und dass Befragte, die eigene Bevorzugungen berichten, liberaler eingestellt sind als Personen, die sich weder privilegiert noch benachteiligt empfinden. Allerdings verpassen beide Effekte statistische Signifikanz.

In Modell 4.6 werden schließlich auch die subjektive Schichteinschätzung und das Vertrauen in Institutionen kontrolliert. Je weiter sich Befragte in Richtung »oben« einstufen, desto niedriger ist ihr Liberalismus-Wert, was H21d stützt. Im Gegensatz dazu sinkt der liberale POLID-Wert mit zunehmendem Vertrauen in die österreichischen Institutionen, was H17d widerlegt. Wie bereits oben angesprochen, wurden liberale Kernkonzepte zur Kritik von Covid-Maßnahmen verwendet. Entsprechend ist es möglich, dass diese Ergebnisse auf Periodeneffekte des aktuellen Pandemiekontextes zurückgehen. Maßnahmenkritiker sehen sich selbst häufig als Opposition gegen ein übergriffiges Regime, was mit einer schlechteren Einschätzung der eigenen Stellung in der Gesellschaft und geringerem Institutionsvertrauen einhergeht (vgl. hierzu auch Aschauer (2017), Aschauer und Heinz (2023), Seymer und Ulrich (2024), Spier (2006) und Ulrich und Fux (2023)). Aus diesem Grund wäre eine Überprüfung dieser Zusammenhänge nach Ende der Pandemie relevant, um zu sehen, ob Liberalismus und Institutionsvertrauen wieder korrelieren, wie es auf Basis seines harten Kerns zu erwarten wäre.

Insgesamt erklären die unabhängigen Variablen 18,3% der Varianz im Liberalismus-Wert. Fasst man die Ergebnisse zusammen, bestätigt sich, dass der Liberalismus durch ökonomische und durch soziokulturelle Faktoren geprägt ist. Als besonders einflussreich haben sich die Erwerbssituation, das persönliche Einkommen, sowie das Bildungsniveau als Indikator für die Zugehörigkeit zu einem weltoffenen Milieu, der individuelle Beziehungsstatus und das Alter der Befrag-

ten erwiesen. Der Liberalismus scheint somit eine Ideologie für jüngere Menschen mit progressiven Vorstellungen und Lebensentwürfen zu sein.

8. Fazit: Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Ideologie

Allgemein bestätigt sich die Grundannahme der POLID-Skala (vgl. Kap. 4.2.1), dass der Liberalismus und der Sozialismus überwiegend ökonomische Ideologien sind. Aus diesem Grund stehen sie auch am stärksten mit ökonomischen Variablen in Verbindung. Gleichzeitig gibt es auch einen Zusammenhang zwischen dem Sozialismus und typisch soziokulturellen Ungleichheitsdimensionen. Im Gegensatz zum Liberalismus ist der Sozialismus somit keine rein ökonomische, sondern eine sozioökonomische Ideologie. Ähnlich ist das Bild auf der soziokulturellen Achse. Während der Konservatismus überwiegend durch horizontale Ungleichheitsdimensionen geprägt ist, wird der Liberalismus sowohl durch ökonomische als auch soziokulturelle Aspekte geprägt. Allerdings ist in diesem Kontext nicht auszuschließen, dass die aktuelle Pandemie zu verzerrten Liberalismus-Werten beigetragen hat. Geht man davon aus, dass die ökonomischen Einflüsse tatsächlich überwiegend auf einem Periodeneffekt beruhen, bleiben lediglich soziokulturelle Einflüsse zurück, was wiederum die Grundannahmen bekräftigt, auf denen das theoretische Konzept der POLID-Skala basiert.

Der Liberalismus ist eine Ideologie der ökonomisch Begünstigten. In diesem Sinne sind typische Klassen- oder Schichtvariablen (v.a. das persönliche Einkommen, die Erwerbssituation und das Ausfüllen einer Führungsposition) zur Vorhersage des libertären POLID-Wertes bedeutsam. Dass die Variablen zur Wohn(umwelt), den sozialen Beziehungen und demografischen Größen neben den traditionellen ökonomischen Variablen nur wenig Erklärungsgehalt bieten (mit Ausnahme des Migrationshintergrundes), deutet an, dass sie für die Ausbildung libertärer Tendenzen weniger bedeutsam sind. Dass das Bildungsniveau an sich nicht zur Ausbildung höherer Liberalismus-Werte beiträgt, obwohl die Bildung die Voraussetzung zwischen Beruf und Einkommen ist (Ganzeboom et al. 1992, S. 8–11), erklärt sich höchstwahrscheinlich entweder durch die verschiedenen Einflüsse auf Basis des jeweils studierten Faches oder dadurch, dass das Bildungsniveau eher die Voraussetzung für Distinktion im soziokulturel-

len Bereich darzustellen scheint (z.B. durch verschiedene Ausmaße kulturellen Kapitals; siehe unten). In Verbindung mit der negativen Korrelation mit Davis' Empathie-Index, der positiven Korrelation mit SDO und der Betonung der Bezahlung der Arbeit statt Aspekten der Tätigkeit an sich (Kap. 4.2.4.3), ergibt sich ein individualistischer, auf den eigenen finanziellen und/oder sozialen Status fokussierter *homo oeconomicus* als idealtypisches Bild eines Libertären.

Typische Sozialisten sind im Gegensatz dazu Mitglieder ökonomisch benachteiligter Gruppen. Dies sind Frauen, Jüngere, Personen mit Migrationshintergründen, etc. Allerdings liegt der Sozialismus nicht in diesen Gruppen an sich verankert, sondern er entsteht durch deren ökonomische Benachteiligung (niedrigeres Einkommen oder Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt). Unter der Kontrolle finanzieller Variablen zeigen sich somit nur noch wenige dieser demografischen Unterschiede. Allerdings ist die sozialistische Ideologie nicht rein auf die ökonomische Sphäre beschränkt. Auch horizontale Ungleichheiten (allen voran der Migrationshintergrund und das Alter) scheinen für die Höhe des entsprechenden POLID-Wertes verantwortlich zu sein. So kann der Sozialismus zusätzlich zur ökonomischen Gleichheit auch die Gleichheit in soziokulturellen Themen verfolgen. Ein Beispiel ist der Schutz schwächerer Gruppen, der in der Rechtfertigung von Abtreibungen, Scheidungen und Homosexualität zum Ausdruck kommt (Kap. 4.2.4.3).

Der Konservatismus ist dagegen v.a. durch soziokulturelle Aspekte geprägt. Er geht primär mit einem hohen Lebensalter einher. Hier können sich Effekte des Lebenszyklus mit Mentalitätsunterschieden zwischen Generationen vermischen, da diese in dieser Monographie empirisch nicht trennbar sind. Diese Ergebnisse entsprechen dennoch der These des Alterskonservatismus (Cornelis et al. 2009, S. 62–70; Twenge et al. 2016, S. 1378–1379; Wilson 1973a, S. 53–55). Der zweitwichtigste Prädiktor scheint das Ausbildungsniveau der Befragten zu sein. Durch den Pandemiekontext ergibt sich jedoch nicht der lineare Effekt, den man auf Basis der Literatur erwarten würde. Dennoch scheinen Schulen und Universitäten einerseits ihre ökonomische Funktion der Vermittlung von marktfähigen Fertigkeiten zu erfüllen und zusätzlich auch die soziokulturelle Mentalität zu prägen. Bourdieu (1987a) und Vester et al. (2015) würden wahrscheinlich die ungleiche Vermittlung von kulturellem Kapital zwischen verschiedenen Bildungsstätten als Mechanismus identifizieren, die innerhalb derselben Schicht verschiedene Milieus ausdifferenzieren (Kap. 2.3.3 und 2.3.4). Eine ähnliche Begründung bieten Strijbis et al. (2019) dafür, dass Kosmopolitismus mit einem hohen Bildungsniveau korreliert (2019, S. 46–63). In weiterer Folge wirkt der Konservatismus sich auf Aspekte der Wohn(um)welt und die sozialen Beziehungen der Menschen aus. Dies zeigt sich ebenfalls in den Regressionen, die Assoziationen zwischen traditionellen Beziehungsformen, Wohnorten in Randgebieten und höheren konser-

vativen POLID-Scores ausweisen. Der Konservatismus scheint somit mit soziokulturellen Belangen und horizontalen Ungleichheiten in Verbindung zu stehen anstatt mit rein ökonomischen Ungleichheitsdimensionen.

Der Liberalismus korreliert in dieser Studie sowohl mit ökonomischen als auch mit soziokulturellen Aspekten. Zwar bestätigen sich einige der Befunde aus dem bisherigen Forschungsstand (Korrelation mit Bildung, progressiven Lebensentwürfen, etc.), doch es gibt auch Ergebnisse, die den aufgestellten Hypothesen widersprechen. So korreliert der Liberalismus vielmehr mit dem Misstrauen gegenüber dem Staat als mit dessen Vertrauen, wenn die ökonomische Situation kontrolliert wird. Allerdings können in diesem Kontext Periodeneffekte der aktuellen Pandemie nicht ausgeschlossen werden, in denen liberale Konzepte zur Kritik am Pandemiemanagement der Regierung genutzt wurden. Insofern müssten die Einflüsse auf den Liberalismus noch einmal analysiert werden, sobald davon ausgegangen werden kann, dass die Pandemie keine Periodeneffekte mehr erzeugen wird.

Im Rahmen der bisherigen Analysen wurde angenommen, dass die soziale Lage und deren zugrundeliegenden Dimensionen das jeweilige Niveau der POLID-Werte vorhersagen und/oder beeinflussen. Auf Basis der Ergebnisse muss diese Annahme jedoch weiter ausdifferenziert werden. Vor dem Hintergrund der identifizierten Effekte erscheint es nicht realistisch, weiter anzunehmen, dass alle passiven und aktiven Variablen einen kausalen Einfluss auf die POLID-Werte nehmen. Tatsächlich scheinen gewisse umgekehrte Kausalitäten und reflexive Kausalbeziehungen vorzuliegen. Zur einfacheren Darlegung werden die aktiven und passiven Merkmale deswegen im weiteren in folgende Kategorien unterteilt: Ökonomische Lage bzw. Sicherheit, Bildung, soziale Beziehungen, Wohn(umwelt) und demografische Variablen. Die angenommenen Kausalstrukturen zwischen diesen Kategorien und den POLID-Werten sind in Abbildung 54 grafisch dargestellt. Gestrichelte Linien stellen Korrelationen dar, hinter denen kein kausaler Zusammenhang unterstellt wird. Auch ist zu beachten, dass dieses Modell lediglich theoretischer Natur ist und im Rahmen dieser Monographie nicht mit Hilfe von Strukturgleichungsmodellen (SEMs) überprüft werden kann, da hierzu zu viele Parameter geschätzt werden müssten. Die benötigte Stichprobengröße N für die angemessene Schätzung eines SEMs liegt bei $N \geq 5 \cdot t$ bzw. es müsste folgende Bedingung erfüllt sein: $N - t > 50$ (Weiber und Mülhhaus 2014, S. 64–65). Beide Bedingungen sind mit einer gültigen Stichprobe von $N = 705$ und 22 Variablen mit teils mehreren Ausprägungen nicht zu erfüllen. Die folgenden Ausführungen stellen deswegen lediglich das Ergebnis der Interpretation der obigen Ergebnisse dar und sollen zukünftigen Forschungen als theoretische Grundlage dienen. Außerdem erhebt diese Abbildung keinen

Anspruch an Vollständigkeit. Zur besseren Lesbarkeit wurden nur jene Verbindungen eingezeichnet, die aus den Ergebnissen aus Kapitel 7 ableitbar sind.

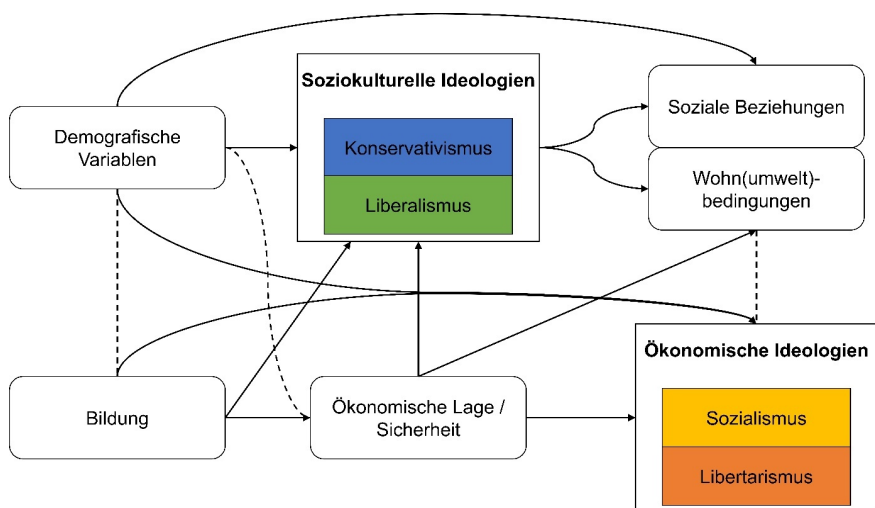


Abbildung 54: Postulierte Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und POLID-Scores

Quelle: Eigene Darstellung

Wie aus der Sozialstrukturanalyse allgemein bekannt ist, prägt die ökonomische Lage der Menschen viele ihrer Lebensbereiche entscheidend mit (Kap. 5.1). So sind viele Aspekte des Lebensstils nur im Rahmen bestimmter ökonomischer Gelegenheitsstrukturen frei wählbar. Beispielsweise sind Wohn(umwelt)bedingungen (Eigentum vs. Miete, Größe und Ausstattung des Wohnraums, etc.) stark an finanzielle Mittel gebunden. Da diese ökonomische Lage auch grundlegend die libertären und sozialistischen POLID-Werte vorhersagt, kann davon ausgegangen werden, dass der Zusammenhang zwischen Wohn(umwelt) und diesen Ideologien tatsächlich durch die ökonomische Position der Befragten erzeugt wird.

Das Ausbildungsniveau kann als Prädiktor für die ökonomische Lage angesehen werden (Kap. 5.1). So hat die Bildung neben dem direkten, auch einen indirekten Effekt auf den Libertarismus- und Sozialismus-Wert, der über die ökonomische Lage verläuft. Einen stärkeren Einfluss nimmt die Bildung jedoch auf die soziokulturellen Ideologien, da das in diesen Ausbildungsstätten vermittelte kulturelle Kapital liberale Tendenzen begünstigt werden. Berücksichtigt man zusätzlich, in welchen Wissens- oder Wissenschaftsbereichen die Ausbildung erworben wird, wird dieser Zusammenhang zwar komplexer, aber auch deutlicher.

Das Ausbildungsniveau steht selbstverständlich auch mit demografischen Variablen in Verbindung. Frauen und Männer unterscheiden sich nicht nur in ihren

Abschlussraten, sondern auch darin, in welche Bildungswege und/oder Wissenszweige sie sich selektieren. Diese Bildungskarrieren wirken sich in Folge auch durch Berufssegregation auf die ökonomische Lage aus. Auch das Alter beeinflusst, wie viel Bildung und Vermögen bzw. Einkommen eine Person sich bisher hat erarbeiten können (Ganzeboom et al. 1992, S. 11–12). Deswegen müssen zwischen diesen drei Variablenblöcken zumindest Korrelationen berücksichtigt werden.

Diese demografischen Variablen haben auch direkte Einflüsse auf das politische Denken. Das offensichtlichste Beispiel ist die These des Alterskonservatismus, die in den vorherigen Kapiteln empirisch unterstützt werden konnte. Allerdings nehmen sie auch Einfluss auf die sozialen Beziehungen der Menschen. Die Haushaltsgröße, Anzahl leiblicher Kinder und der Beziehungsstatus werden einerseits durch das Alter bzw. die aktuelle Phase im Lebenslauf beeinflusst, doch auch die soziokulturellen Ideologien können als Ursachen für diese angesehen werden. Je konservativer eine Person ist, desto wichtiger ist der betreffenden Person die Gründung einer Familie mit Kindern und desto weniger wahrscheinlich sind Scheidungen oder das Eingehen von eheähnlichen Beziehungen. Beides ist wiederum für liberale Personen eine beliebtere Option. Es ist also wahrscheinlicher, dass die sozialen Beziehungen im Sinne der Lebensstilforschung von den Ideologien beeinflusst sind, und nicht umgekehrt.

Ein ähnliches Argument kann bei dem Einfluss des Konservatismus und Liberalismus auf die Wohn(umwelt) formuliert werden. Bei gleichen finanziellen Mitteln werden Liberale und Konservative andere Bedingungen des Wohnortes bevorzugen. Konservative dürften kleineren Wohnorten mit Gemeinschaftsgefühlen mehr zugeneigt sein, während Liberale sich mit progressiven Milieus in Großstädten verbunden fühlen könnten. Allerdings ist die Auslebung dieser Lebensstildimension, wie bereits in Kapitel 5.1.4 erwähnt, wieder durch die ökonomische Lage der Menschen eingeschränkt.

Zwei Pfeile aus Abbildung 55 müssen noch diskutiert werden. Wie in Kap. 7.3.3 gezeigt wurde, pflegen Migranten zweiter Generation auch nach der Kontrolle der ökonomischen Lage höhere Sozialismus-Werte. Die Hypothese dieser Monographie ist, dass dieser Effekt auf die sekundären Diskriminierungserfahrungen (z.B. durch den Elternteil bzw. die Elternteile mit Migrationshintergrund) zurückgeht, allerdings sollte das in zukünftigen Studien überprüft werden. Zusätzlich sind Migranten erster Generation dem Libertarismus weniger zugeneigt als autochthone Befragte. Aus diesem Grund muss ein Pfeil von dem demografischen Variablen zu den ökonomischen Ideologien führen.

Zum anderen führt ein Pfeil von der ökonomischen Lage der Befragten zu ihrem Liberalismus-Wert. Zwar geht die Theorie hinter der POLID-Skala davon aus, dass der Liberalismus eine rein soziokulturelle Ideologie ist, doch die empi-

rischen Ergebnisse zeichnen ein anderes Bild. Gleichzeitig kann, wie bereits in Kapitel 7.3.4 mehrfach angedeutet, nicht ausgeschlossen werden, dass dies nur ein Periodeneffekt durch die Pandemie ist. Dennoch wird dieser Pfeil in Abbildung 54 abgetragen. Ob er sich auch außerhalb von Krisenzeiten zeigt, müssen weiterführende Untersuchungen zeigen.

Welche Implikationen haben diese Ergebnisse für den theoretischen Rahmen, der in Kapitel 3 entwickelt wurde? Eines der Herzstücke des theoretischen Rahmens ist die Definition von Ideologien als politische Denkstile, die auf konkreten Kernüberzeugungen basieren. Diese Kernüberzeugungen sind der Fokus der POLID-Skala, deren Entwicklung in Kapitel 4 nachvollzogen wurde. In diesem Kontext wurde auch deutlich, dass die POLID-Skala durch ihr theoretisches Konzept und den Fokus auf basale politische Konzepte und Kernüberzeugungen eine ökonomische und detaillierte Messung des individuellen Trade-offs zwischen vier zentralen Ideologien in Österreich bietet. Das Verständnis von Ideologien als Untertypen von Denkstilen konnte so angemessen empirisch umgesetzt werden.

Die Ergebnisse aus Kapitel 7 zeigen zudem, dass der erwartete probabilistische Zusammenhang zwischen den POLID-Scores und der sozialen Lage tatsächlich besteht (H23a-d). Die Ungleichheitsdimensionen, die Hradil (1987) identifiziert, stehen in bedeutsamen Zusammenhängen mit den POLID-Werten der Befragten, man kann somit tatsächlich empirische Hinweise auf die Seinsverbundenheit nach Mannheim finden. Dabei sind es in erster Instanz ökonomische Ungleichheiten, die mit der politischen Mentalität der Befragten in Verbindung stehen. Diese vertikale Achse (oder X-Achse im Kontingenzzraum) steht v.a. mit den ökonomischen Ideologien in Verbindung, allerdings kann auch ein Zusammenhang mit soziokulturellen Ideologien identifiziert werden. Dieser vermengt sich in zweiter Instanz jedoch mit Bildungseffekten bzw. Effekten des kulturellen Kapitals und der Demographie der Befragten. So entstehen durch diese unterschiedlichen sozioökonomischen Positionen verschiedene ideologische Denkstandorte.

Die Ergebnisse aus Kapitel 7 legen jedoch auch eine Überarbeitung von Mannheims These nahe, da nicht jeder Aspekt der sozialen Lage die Ursache von Ideologien ist, sondern viele Aspekte der sozioökonomischen Position durch Ideologien geprägt ist. Insbesondere das durch Bildung (ungleich) verteilte kulturelle Kapital trägt zur Trennung zwischen liberaleren und konservativeren Gruppen bei, die sich in vielen Kontexten selbst in Lebenslagen selektieren (Lebensformen, Wohngebiete, etc.). Das wird im Kontext der Milieu- und Lebensstilforschung besonders hervorgegeben. Insofern ist das Denken – entgegen Mannheim These – nicht nur das Produkt der sozioökonomischen Position, sondern auch ein Aspekt, der diese mitbestimmt.

Daraus kann man zwei Schlussfolgerungen ziehen, die für die Annahmen von Relevanz sind, die in Abbildung 16 zusammengefasst wurden. Die soziostrukturelle Determination steckt zwar durchaus einen Rahmen ab, innerhalb dessen Menschen sich ihre Eigengruppen frei aussuchen können,¹ doch diese Auswahl ist v.a. durch soziokulturelle Ideologien geprägt. Wie die Analysen aus Kapitel 7 zeigen, selektieren Personen sich auf Basis ihrer ideologischen Disposition häufig in spezifische Beziehungsformen, suchen sich andere Wohnorte aus, etc. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich Personen auf Basis ihrer Ideologien auch entsprechenden Freundeskreisen, *online communities*, etc. anschließen.² All diese Variablen sind wichtige Aspekte der sozialen Integration oder der Wohn(umwelt)bedingungen, die für die soziale Lage bedeutsam sind. Die erste Schlussfolgerung ist somit, dass die analytische Grenze, die in Abbildung 16 zwischen der Sphäre der soziostrukturellen Determination und der Sphäre der Gruppenzugehörigkeit gezogen wurde, in der Realität fluide ist. Die zweite Schlussfolgerung lautet, dass man reziproke Pfeile zwischen den Weltanschauungen und der Gruppenzugehörigkeit einzeichnen müsste, da die psychische Ebene mit der Sphäre der Gruppenzugehörigkeit vielmehr in einer wechselseitigen Beziehung statt einer einfachen Ursache- und Wirkungsbeziehung steht.

Nichtsdestotrotz bestätigt sich in der Summe, dass die soziale Lage mit der Mentalität der Menschen in einer bedeutsamen Beziehung steht. Man kann die Ergebnisse dieser Monographie auch folgendermaßen zusammenfassen: Die Gedanken sind tatsächlich nicht völlig frei, sondern sind in einer reziproken Beziehung an die sozioökonomische Lage ihrer Träger gebunden.

1 Gruppenzugehörigkeiten, die Personen sich nicht frei aussuchen können (z. B. nach Geschlecht, Ethnie, soziale Herkunft, etc.) sind bereits in der Sphäre der soziostrukturellen Determination inkludiert.

2 Dieser Aspekt spielt im Lebensstil-Konzept nach Hans-Peter Müller (1992) in Form des integrativen Verhaltens eine große Rolle (vgl. Kapitel 5.1.4).

9. Limitationen und Potential für zukünftige Forschung

Der Fokus der vorliegenden Monografie war die Erforschung des Zusammenhangs zwischen der sozialen Lage der Menschen und ihrer politischen Ideologien. Hierfür wurde zunächst der Begriff der Ideologie definiert, bevor die vier zentralsten Ideologien der westlichen Welt in Form der POLID-Skala operationalisiert wurden. Daraufhin wurde der statistische Zusammenhang mit der sozialen Lage der Befragten hypothesentestend untersucht. Das zentrale Fazit kann man so zusammenfassen, dass die Gedanken nicht völlig frei sind, sondern – wie von Mannheims These der Seinsverbundenheit des Denkens postuliert (Mannheim 1970c, S. 569–570, 1985, S. 230) – an die Lebensbedingungen der Menschen geknüpft sind. Die Ergebnisse zeigen zusätzlich mögliche Mechanismen hinter dieser Seinsverbundenheit auf.

Weitere ertragreiche Beiträge dieser Monographie betreffen die in Kapitel 3 erarbeitete Definition des Ideologie-Begriffes. Wie in Kapitel 2 deutlich wurde, ist der Gebrauch dieses Begriffes durch viele Dissensen und unterschiedliche Verwendungen erschwert. Die in dieser Monographie ausformulierte Definition kann in Zukunft hoffentlich dabei helfen, eine Brücke zwischen den verschiedenen Ansätzen zu schlagen, ohne einer Teildisziplin der Ideologieforschung die Verwendung des Begriffes abzusprechen. Wie in dieser Monographie bzw. durch die Entwicklung der POLID-Skala demonstriert wurde (Kapitel 4), kann die quantitative Einstellungsforschung durch den Fokus auf Kernüberzeugungen von Ideologien treffsicher und detailliert erheben und in Folge mit anderen interessierenden Konstrukten korrelieren lassen. Einstellungen sind jedoch nicht die einzigen ideologischen Erzeugnisse, die auf Basis der Ideologie-Definition dieser Monographie untersucht werden können. Diskursbeiträge jeder Art sind ebenfalls von ihren Urhebern erzeugte Denkstil-Produkte. Somit kann die Diskursanalyse die gesellschaftliche Bearbeitung von ideologischen Streitthemen bzw. die (Ent)Ideologisierung von bestimmten Konzepten, Ideen, etc. nachvollziehen (vgl. Keller (2011), Wodak (2015)). Auch Texte, Bildnisse und sogar Institutionen oder gesellschaftliche Strukturen werden auf Basis von Ideologien

erzeugt und sind somit wichtige Untersuchungsgegenstände der Ideologieforschung. Neben hermeneutischen Analysen (vgl. Garz und Kraimer (1991), Hitzler und Honer (1997)) sind in diesem Kontext auch kritisch-normative Arbeiten von großer Bedeutung.

Obwohl diese Definition für die Ideologieforschung einen großen Beitrag leisten kann, stellt sie keine umfassende und vollständige Theorie dar. Zwar erklärt diese Monographie die Übernahme von Ideologien durch Rückgriff auf Mannheims Wissenssoziologie durch die sozioökonomische Position ihrer Träger und somit auch implizit über deren rationales Eigeninteresse. Doch damit sind nicht alle relevanten Faktoren abgedeckt. Der Einfluss der dominanten Kultur in einer Gesellschaft und deren Einfluss auf die Seinsverbundenheit des Denkens wird zwar erwähnt, doch sie wird nicht im Detail im theoretischen Rahmen dieser Arbeit verortet. In diesem Kontext spielen auch der öffentliche Diskurs und darin verbreitete Ideen (u.a. auch *partisan cues*) eine Rolle in der Formation von Ideologien oder konkreten Einstellungen. Damit verbleibt diese Monographie auf einem sozialstrukturellen Fokus, während kultursoziologische und diskurstheoretische Perspektiven an dieser Stelle noch nicht berücksichtigt werden.

Abgesehen davon gibt es weitere Ursachen für Ideologien, die in dieser Arbeit weder theoretisch noch empirisch betrachtet wurden. Genetische Einflüsse und jene der Persönlichkeit bzw. Persönlichkeitsentwicklung werden überwiegend in der Psychologie und Neurowissenschaft behandelt (siehe hierzu Fieder und Huber (2018), Funk (2013), Hatemi und McDermott (2012) oder Lockyer und Hatemi (2018)). Auch die Sozialisation der Personen durch Eltern, *peers* oder andere Mitglieder von verschiedenen Denkkollektiven können die ideologische Grundhaltung grundlegend beeinflussen (siehe hierzu Adorno et al. (1950), Fraley et al. (2012) oder Jost et al. 2008a, S. 175–176). Außerdem dürften auch Identitäten (z.B. in Bezug auf (Trans)Sexualität) politische Ideologien und Einstellungen prägen (vgl. Huddy (2001, 2013)). Auch die Funktionen von Ideologien – sowohl für das politische System, die eigenen Denkkollektive, als auch für das Individuum selbst – wurden in dieser Monographie nicht betrachtet. Für die Ideologieforschung gibt es somit noch viel zu tun. Für all diese Unternehmungen liefert die in Kapitel 3 erarbeitete Definition jedoch bereits einen hilfreichen Grundstein, auf dem man in Zukunft weiter aufbauen kann.

Neben der Definition des Ideologie-Begriffes ist auch die POLID-Skala ein wichtiger Beitrag dieser Monographie für die Ideologieforschung, da sie die zentralsten Ideologien detailliert erheben kann. Allerdings gibt es auch in diesem Kontext Potential für weitere wissenschaftliche Arbeit. Zum einen beziehen sich sämtliche Ergebnisse in dieser Monographie auf Querschnittsdaten, weswegen die POLID-Werte nicht im Längsschnitt betrachtet wurden. Ulrich (2024) liefert eine erste Langzeitanalyse. Dabei zeigt er, dass sich die POLID-Werte nur ge-

ringfügig verändert haben, was überwiegend mit der Anpassung von Schwartz-Werten und in der Wahrnehmung der eigenen Schichtzugehörigkeit einhergeht. Allerdings verbleibt auch er auf einem Vergleich zwischen nur zwei Erhebungszeitpunkten, die nur ein Jahr auseinanderliegen (März/April 2021 und Juni 2022). Längerfristige Veränderungen und deren Ursachen (Alterungsprozesse, gesellschaftliche Krisen, etc.) müssen deswegen in Zukunft noch beobachtet werden.

Darüber hinaus wurde in Kapitel 4.2.3.5 bereits darauf hingewiesen, dass die POLID-Skala nur vier weit verbreitete Ideologien abdeckt, während weniger verbreitete oder sogar extremistische Ideologien nicht damit gemessen werden können. Allerdings schließt die Verwendung der POLID-Skala die Messung weiterer Ideologien nicht aus. Im Gegenteil wäre es für zukünftige Forschung sogar sehr interessant, die Beziehungen zwischen den vier Ideologien, die in dieser Studie betrachtet wurden, und anderen nachzuvollziehen.

Auch bezüglich der Hauptergebnisse dieser Monographie gibt es einige Punkte, die in Zukunft weitgehender betrachtet werden sollten. Zum einen wurde in Kapitel 5.2.1 und Kapitel 7 bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Daten der Analyse zum Höhepunkt der Covid-19 Pandemie erhoben wurden. Das kann sich auf die POLID-Werte ausgewirkt haben. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, die Ergebnisse in zukünftigen Studien noch einmal zu replizieren, um festzustellen, wie (stark) der aktuelle Pandemiekontext die Ergebnisse beeinflusst hat. Zum anderen konnte das theoretische Modell aus Abbildung 54 nicht mit Strukturgleichungsmodellen überprüft werden, da hierzu zu viele Parameter geschätzt werden müssten, was bei einer zu geringen Fallzahl zu Verzerrungen führen könnte (Weiber und Mühlhaus 2014, S. 64–65). Deswegen müssen diese Annahmen in Zukunft ihrerseits empirisch geprüft werden.

Als weitere Limitation dieser Monographie muss die Verwendung des Konzepts der sozialen Lage herausgestellt werden. Wie bereits in Kapitel 5.1 dargestellt, bot dieses Konzept die meisten Vorteile zur Beantwortung der zentralen Forschungsfrage dieser Monographie. Der größte war dabei die strikte Trennung zwischen der objektiven Lebenslage und der Mentalität der Befragten. Allerdings sind soziale Lagen ein Makro-Konzept, wodurch nur die Unterteilung der Befragten in Großgruppen möglich war. Es scheint deswegen ertragreich, in Zukunft sozialstrukturelle Gruppen noch kleinteiliger zu unterteilen (z.B. in Milieus oder Lebensstile (Kap. 5.1.4) oder Kleinklassen (siehe Weeden und Grusky (2005))), um den Verlauf der POLID-Werte in Kontingenzzräumen, im sozialen Raum oder in sozialen Feldern, etc. noch detaillierter nachzuvollziehen. Dabei wäre es bspw. auch möglich, progressive und konservative Migranten zu trennen und zu ergründen, inwiefern diese sich in ihrem politischen Denken unterscheiden.

Welche Schlüsse kann man aus den Erkenntnissen aus dieser Monographie für die Welt außerhalb der Wissenschaft ziehen? Wie in Kapitel 1 gezeigt wurde,

sind ideologische Konflikte keine Seltenheit, und es entsteht der Eindruck, dass diese immer erbitterter, feindseliger und emotionaler ausgetragen werden. Doch wie passt das mit den Ergebnissen dieser Monographie zusammen, dass sich die Mehrheit der Österreicher in ihren Ideologien Kernüberzeugungen nicht signifikant unterscheiden? Zum einen muss darauf hingewiesen werden, dass es durchaus eine gewisse Polarisierung in den POLID-Werten gibt, doch die findet sich vor allem zwischen den Randgruppen (Akademiker, Studenten/Lehrlinge, Erwerbslose, Führungskräfte, Rentner), während die Mehrheit sich nicht in ihren Kernüberzeugungen unterscheidet.

Zum anderen muss unterschieden werden zwischen den Kernüberzeugungen, die in der POLID-Skala erhoben werden, und konkreten Einstellungen. Letztere werden aus den *core beliefs* der Ideologien abgeleitet und können sich durch ihren Bezug zum aktuellen politischen Geschehen auch verändern. Daraus folgt auch die Möglichkeit, dass Personen mit ähnlichen POLID-Spinnennetzen unterschiedliche konkrete Einstellungen pflegen (siehe Kap. 4.1.3). Beispielsweise können Sozialisten sich in ihrer Haltung zu einer ganz bestimmten politischen Entscheidung uneinig sein, ohne sich in ihren Grundfesten zu widersprechen. Oder anders ausgedrückt: Polarisierung in konkreten Einstellungen muss nicht mit Polarisierung in grundlegenden Überzeugungen einhergehen. Zuletzt muss auch ein Dissens in konkreten Einstellungen nicht direkt zu affektiver Polarisierung führen. Affektive Polarisierung beschreibt die emotional aufgeladene Spaltung in positiv besetzte Eigen- und negativ besetzte Fremdgruppen entlang der Zugehörigkeit und Identifikation mit politischen Lagern (Druckman und Levendusky 2019, S. 115). Es ist durchaus möglich, sich im Bezug auf ideologische Themen uneins zu sein, ohne sich feindlich gegenüberzustehen.

Darüber hinaus ist die Frage, ob Personen in deutschsprachigen Ländern gespalten sind, auch im bisherigen Forschungsstand nicht einwandfrei geklärt. Teney und Rupieper (2023) bspw. können in Deutschland zwischen 1994 bis 2018 in Bezug auf Vertrauen in die Europäische Kommission, der Identifikation mit Europa, Einstellungen bezüglich Migration oder der Umwelt keinen substanziellen Anstieg der politischen Polarisierung feststellen (2023, S. 218–220). Dochow-Sonderhaus und Teney (2024) wiederum stellen in ausgewählten Themebereichen Polarisierung zwischen Klassen fest, doch sind die Klassen oft in ihren Einstellungen intern so heterogen, dass sie gegen die Existenz von Klassencleavages argumentieren (2024, S. 13–19). »Only issues that show divergence between classes and consensus within classes are likely candidates for class polarization« (2024, S. 2). Diese Ergebnisse entsprechen auch jenen von Mau et al. (2023), die mit Ausnahme des Migrationsthemas nur wenig Polarisierung in Deutschland finden. Die Polarisierung, die vorherrscht, kann somit auf die Identifikation mit politischen Akteuren und wahrgenommene Spaltung zu anderen Akteuren zurückgehen (Rogow-

ski und Sutherland 2016, S. 492–496; Webster und Abramowitz 2017, S. 638–642) oder findet überhaupt nur zwischen ausgewählten Gruppen – der sprichwörtlich lauten Minderheit – statt.

Zusammengefasst scheint es so zu sein, dass die öffentliche Diskussion nicht die tatsächliche Relationalität aller existierenden ideologischen Denkstandorte darstellt, sondern nur ein stark dramatisiertes Bild der Realität zeichnet, in dem sich überwiegend polarisierte Eliten zu Wort melden (können).¹ Das schließt Medienschaffende und Politiker ein, sowie Personen, die genug Zeit und politisches Interesse aufweisen, um sich im Internet oft und laut zu Wort zu melden. Wenn sich diese Kollektive in ihren Grundfesten tatsächlich unterscheiden, können ihre emotionalen Auseinandersetzungen das Bild einer stark polarisierten Gesellschaft erzeugen, auch oder gerade wenn die Mehrheit an diesen Konflikten nicht teilnimmt.

Wenn es in der breiten Bevölkerung tatsächlich keine gravierenden Gräben entlang ideologischer Kernüberzeugungen gibt, dann besteht auch die Möglichkeit zur demokratischen Konsensbildung, da sich Konflikte nur auf die konkrete Problembehandlung fokussieren. Das ist im Kontext von wahrgenommener Polarisierung ein optimistisches Signal. Dieser Optimismus ist jedoch nur solange angebracht, wie alle weit verbreiteten Ideologien eine Schnittmenge in ihren ideologischen Kernüberzeugungen bieten, die groß genug ist, um eine friedliche und demokratische Konsensbildung zu ermöglichen. Einen ersten Vorschlag, welche Grundwerte in dieser Schnittmenge vorliegen müssen, hat Max Haller in »Die revolutionäre Kraft der Ideen« (2022) geliefert. In diesem Buch identifiziert er neun Grundwerte, die sich seiner Meinung nach immer weiter in der Welt durchsetzen werden: Achtung vor dem Leben, Frieden, Sicherheit, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Inklusion und Wohlstand (Haller 2022, S. 113–120, 229–662; Ulrich 2023). Des Weiteren argumentiert er, dass jede Handlung oder Institution, die einen dieser Grundwerte grundlegend verletzt, der Moral widerspricht und somit kritisiert werden kann und muss (Haller 2022, S. 15–16, 113–114, 490). Obwohl Haller dieses Potential selbst nicht anspricht, könnte man auf Basis seiner neun Grundwerte eine Trennung zwischen demokratischen und extremistischen Ideologien entwickeln. Demokratische Ideologien wären dann jene, die keinen dieser neun Grundwerte fundamental verletzen und sich nur darin unterscheiden, wie sie sie verstehen und umsetzen wollen. Solange die große Mehrheit demokratische Ideologien pflegt, werden sich politische Konflikte um die Abwägung zwischen den Grundwerten und deren Umsetzung drehen. In diesem Kon-

¹ Dieser Befund ist an dieser Stelle allerdings nur eine Hypothese, die in einer entsprechenden Studie (z.B. mit Mixed Methods Designs, die Methoden der Diskurs- und Einstellungsforschung verknüpft) überprüft werden sollte.

text werden auch wieder die Erkenntnisse aus dieser Studie relevant, da das Verständnis über die Hintergründe und Ursachen für das politische Denken des jeweils anderen dazu beitragen kann, dass man die Perspektive des anderen nachvollziehen kann. Schließlich sind Kompromisse leichter einzugehen, wenn man sich mit einem Mindestmaß an Empathie begegnet.

Nichtsdestotrotz stellen extremistische Ideologien, die gegen mindestens einen von Hallers Grundwerten verstoßen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer (2015)), Gewalt legitimierende Verschwörungstheorien, etc. – eine Gefahr für diesen gesellschaftlichen Konsens dar. Gegen diese vorzugehen ist eine wichtige Voraussetzung für das Nutzen des oben angesprochenen Potentials zu demokratischer Konsensbildung. Gleichzeitig darf die Verbreitung dieser extremistischen Ideologien nicht überschätzt werden (z.B. in dramatisierenden Berichterstattungen, die sich auf diese fokussieren, um Aufmerksamkeit zu generieren), weil das die Kompromissbereitschaft in der Bevölkerung beeinträchtigen kann. Wer davon überzeugt ist, dass alle anderen Gruppen engstirnige, egoistische oder extremistische Ideologen sind, wird wohl kaum mit ihnen in Dialog treten wollen (vgl. Webster und Abramowitz 2017, S. 625–628). Auch das Darstellen von politischen Konflikten als Nullsummenspiele sollte, wenn möglich, vermieden werden, weil Kompromisse dadurch als unmöglich dargestellt werden. Warum sollte man sich um einen Kompromiss bemühen, wenn dieser für die eigene Person nur Verlust bringt? Diese Auflistung von Voraussetzungen für demokratische Konsensbildung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, dennoch soll sie in Verbindung mit den empirischen Ergebnissen dieser Monographie auf die Möglichkeit für eine friedlichere Diskussionskultur hinweisen.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Verteilung der Niveaus an Conceptualization	40
Tabelle 2	Korrelationen zwischen den vier Skalen von Adorno et al. (1950)	56
Tabelle 3	Items zur Erfassung der Freiheit-Konzeption (Buckle 2013)	121
Tabelle 4	Ideologische Einordnung deutscher und österreichischer Parteien	183
Tabelle 5	Eigenwerte der EFA zur Validierung der POLID-Skala (Studenten)	214
Tabelle 6	Faktorladungen für die Subdimensionen der POLID-Skala (Studenten) mit obliquer Promax-Rotation	214
Tabelle 7	Liste der Items der POLID-Skala (Studenten)	215
Tabelle 8	Deskriptive Statistiken über die 16 Variablen der POLID-Skala (Studenten) ...	216
Tabelle 9	Eigenwerte der EFA zur Validierung der POLID-Skala (VIC2)	219
Tabelle 10	Faktorladungen für die Subdimensionen der POLID-Skala (VIC2) mit obliquer Promax-Rotation	219
Tabelle 11	Deskriptive Analyse der Items aus der POLID-Skala (VIC2; N=767)	219
Tabelle 12	Items der POLID-Skala (VIC2 und Ulrich 2021a)	220
Tabelle 13	Kennwerte zur Prüfung der Messinvarianz der POLID-Skala (N=767)	222
Tabelle 14	Korrelationen zwischen den POLID-Scores (Pretesterhebungen)	224
Tabelle 15	Korrelationen zwischen den Big Five und den POLID-Scores	229
Tabelle 16	Korrelationen zwischen POLID-Scores und ideologischen Kontrollvariablen (VIC)	230
Tabelle 17	Wichtigkeit von Lebensbereichen und deren Korrelation zu POLID-Werten (VIC2)	231
Tabelle 18	Ansprüche an den Beruf und deren Korrelation zu POLID-Werten (VIC2)	232
Tabelle 19	Korrelationen zwischen den POLID-Scores und Schwartz-Werten (VIC2)	234
Tabelle 20	Kategorisierung der neuen Sozialstrukturmodelle	249
Tabelle 21	Variablen zur Bestimmung der sozialen Lage nach Hradil (1987)	258
Tabelle 22	Dimensionen, Eigenwerte und Eigenwertanteile der MCA	263
Tabelle 23	Verteilung der Befragten auf die sozialen Lagen	268
Tabelle 24	Deskriptive Analysen der sozialen Lagen (gewichtete Daten)	274
Tabelle 25	Mittelwerte und Standardfehler der POLID-Werte der sozialen Lagen (gewichtet)	307
Tabelle 26	Signifikante Gruppenunterschiede zwischen sozialen Lagen in POLID- Scores	311
Tabelle 27	Korrelationen zwischen den POLID-Scores, getrennt nach sozialen Lagen	314

Tabelle 28	Liste aller POLID-Items aus den quantitativen Pretests	361
Tabelle 29	Auflistung der Hypothesen bezgl. der Assoziationen zwischen POLID-Scores und aktiven und passiven Merkmalen	362
Tabelle 30	Ergebnisse der Regressionen auf den Libertarismus-Score (POLID)	365
Tabelle 31	Ergebnisse der Regressionen auf den Konservativismus-Score (POLID)	368
Tabelle 32	Ergebnisse der Regressionen auf den Sozialismus-Score (POLID)	371
Tabelle 33	Ergebnisse der Regressionen auf den Liberalismus-Score (POLID)	374

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Schaubild über verschiedene Ansätze der empirischen Ideologieforschung	24
Abbildung 2	Eigenschaften von Ideologie-Definitionen	26
Abbildung 3	Grafische Zusammenfassung der marxistischen Ideologietheorie	29
Abbildung 4	Analytisches Schema von Elementen in belief systems	46
Abbildung 5	Verteilung der Parteien in westeuropäischen (links) und zentral- und osteuropäischen Ländern (rechts) in GAL-TAN	53
Abbildung 6	Schematische Zusammenfassung der Social Dominance Theory	67
Abbildung 7	Grafische Darstellung des Dual Process Motivational Models of Prejudice . .	71
Abbildung 8	Zusammenfassung der Erklärung von politischem Konservatismus	77
Abbildung 9	Unterschiedliche Generationen zur gleichen Zeit	82
Abbildung 10	Vereinfachte Darstellung des sozialen Raums in "Die feinen Unterschiede" (1987a)	94
Abbildung 11	Milieustrukturen Westdeutschland (1982 links, 1995 rechts)	99
Abbildung 12	Gesellschaftspolitische Lager und deren Verortung im sozialen Raum (Westdeutschland 1995)	104
Abbildung 13	Sozialer Raum nach Vester et al. (2015, 49) mit politischen Ideologien	107
Abbildung 14	Grid-Group-Schema nach Douglas (1982) mit primären Denkmustern	110
Abbildung 15	Ideologische Thought-map nach Buckle	122
Abbildung 16	Ursprungsebenen der Weltanschauung	132
Abbildung 17	POLID-Spinnennetz mit den vier Subdimensionen der Skala	189
Abbildung 18	Spinnenprofile des Schweizer National- und Ständerates	190
Abbildung 19	Der harte Kern der liberalen Ideologie	194
Abbildung 20	Der harte Kern der konservativen Ideologie	202
Abbildung 21	Der harte Kern der libertären Ideologie	203
Abbildung 22	Der harte Kern der sozialistischen Ideologie	208
Abbildung 23	Ergebnis der CFA zur POLID-Skala (N=767)	221
Abbildung 24	Spinnennetze der Gesamtstichproben der Pretests	223
Abbildung 25	Korrelationen zwischen ideologischen Labels (Selbstbeschreibung) und den POLID-Scores im Studentensample	225
Abbildung 26	Korrelation zwischen POLID-Scores und der Selbstplatzierung zwischen »links« und »rechts«	227

Abbildung 27	Korrelationen der POLID-Scores mit Gerechtigkeitsideologien von Stark et al. (2014), RWA und SDO (Studentensample)	227
Abbildung 28	Kreismodell der Schwartz-Werte	233
Abbildung 29	Spinnennetze, nach Parteipräferenz für die nächste Nationalratswahl. . . .	235
Abbildung 30	Schema der Klassenpositionen nach Erik Olin Wright	240
Abbildung 31	EGP-Klassenschema	242
Abbildung 32	Klassenlagenschema nach Oesch	244
Abbildung 33	Bolte-Zwiebel	245
Abbildung 34	Soziale Schichten in Deutschland (2009)	246
Abbildung 35	Dimensionen sozialer Ungleichheit	250
Abbildung 36	Konzeptionelle Lebensführungstypen	255
Abbildung 37	Screeplot der Eigenwerte der MCA (N=2.082)	263
Abbildung 38	Passive Merkmale im Kontingenzzraum	265
Abbildung 39	Zweidimensionaler MCA-Plot, Standard-Koordinaten, N=2.082	266
Abbildung 40	z-Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 1/3 . .	270
Abbildung 41	z-Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 2/3 .	271
Abbildung 42	z-Werte der sozialen Lagen in aktiven und passiven Merkmalen – Teil 3/3 .	272
Abbildung 43	Soziale Lagen im Kontingenzzraum	281
Abbildung 44	Ideologie-Spinnennetz der Gesamtstichprobe (N=767)	304
Abbildung 45	POLID-Werte der einzelnen sozialen Lagen	305
Abbildung 46	Ideologie-Spinnennetze für einzelne soziale Lagen – Teil 1	306
Abbildung 47	Ideologie-Spinnennetze für einzelne soziale Lagen – Teil 2	308
Abbildung 48	Abweichung der POLID Scores vom Mittelwert, getrennt nach sozialer Lage	309
Abbildung 49	Verteilung des Libertarismus-Scores im Kontingenzzraum	315
Abbildung 50	Verteilung des Konservativismus-Scores im Kontingenzzraum	317
Abbildung 51	Verteilung des Sozialismus-Scores im Kontingenzzraum	319
Abbildung 52	Verteilung des Liberalismus-Scores im Kontingenzzraum	320
Abbildung 53	Alle POLID-Scores im Kontingenzzraum	321
Abbildung 54	Postulierte Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und POLID-Scores . .	344
Abbildung 55	Persönliches und Haushaltseinkommen im Kontingenzzraum	375
Abbildung 56	Bildung, Erwerbsstatus und ISCO-Berufsgruppen im Kontingenzzraum . .	376
Abbildung 57	Sorge vor Stellenverlust, Auskommen mit Haushaltseinkommen und Zufriedenheit mit Work-Life-Balance im Kontingenzzraum	376
Abbildung 58	Wohnraumausstattung, Wohngebiet und Wohnrechtsverhältnis im Kontingenzzraum	377
Abbildung 59	Variablen zur sozialen Integration im Kontingenzzraum	377
Abbildung 60	Vertrauen in Institutionen und Diskriminierungserfahrungen im Kontingenzzraum	378

Tabellenanhang

	Item
Libertarismus	Es ist gerecht, dass Menschen, die mehr leisten als andere, auch mehr bekommen. ^b
	Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, sie nicht so viel leisten wie ich selbst.
	Die freie Marktwirtschaft kann gesellschaftliche Krisen am besten lösen.
	Es ist gerecht, dass man alles, was man sich durch Arbeit verdient hat, auch behält – auch wenn das heißt, dass manche reicher sind als andere. ^b
	Der Staat sollte sich vor allem auf den Schutz der freien Marktwirtschaft konzentrieren.
	Wenn der Staat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich für ihren Erfolg anzustrengen.
	Man kann sein Leben nur dann sinnvoll führen, wenn man unbegrenzte Freiheiten hat.
	Die freie Marktwirtschaft ist gerecht, weil jeder die gleiche Chance hat, zu erreichen, was er will.
	Jeder sollte vor allem auf seinen eigenen Vorteil achten, weil am Ende alle davon profitieren.
	Vor allem unser Wohlstand hält unser Land zusammen.
	Der Staat sollte so wenig wie möglich in die Wirtschaft eingreifen.
	Der eigenen Freiheit sollen keine Grenzen gesetzt sein.
	Menschen sollten sich stets so verhalten, wie es für sie am profitabelsten ist.
	Grenzenlose Freiheit für Alle führt dazu, dass jeder alles erreichen kann, was er sich vornimmt.
	Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind. ^b
	Am meisten bewundere ich Menschen, die sich selbst viel Wohlstand aufgebaut haben.
	Freiheit bedeutet vor allem, dass man Zugang zum freien Markt hat und sich so viel Geld verdienen kann, wie man möchte. ^c

	Item
Konservatismus	In jeder Gesellschaft muss es ein Oben und ein Unten geben. ^a
	Unsere Gesellschaft sollte sich langsam und natürlich weiterentwickeln und nicht durch radikalen Wandel verändern.
	Der Staat sollte sich vor allem auf den Schutz der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.
	Das wichtigste für mich ist, mich an unsere gemeinsamen Werte zu halten.
	Man kann sein Leben nur dann sinnvoll führen, wenn die Kultur einem die Richtung vorgibt.
	Die Rückbesinnung auf die gemeinsame Kultur kann gesellschaftliche Krisen am besten lösen.
	Unterschiede zwischen Klassen und Schichten sind ganz normal. Das ist an sich nichts Schlimmes.
	Die Gesellschaft muss klare Regeln aufstellen, damit nicht einfach jeder tut, was er will.
	Die menschliche Natur ist eher egoistisch und kann nicht geändert werden.
	Die Leute müssen sich anpassen, wenn sie Teil der Gesellschaft werden wollen.
	Es ist ungerecht, alle Gruppen in der Gesellschaft gleichzustellen. ^a
	Gesellschaftlicher Wandel birgt große Gefahren.
	Menschen sollten sich stets an Werte und Traditionen halten.
	Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.
	Am meisten bewundere ich Menschen, die anderen zeigen können, wo es lang geht. ^f
	Menschen sind egoistisch und nehmen auf andere keine Rücksicht. Also braucht es klare gesellschaftliche Regeln, die alle Menschen schützen.
	Das wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, sind Anstand und Gehorsam. ^f
	Die Leute in unserem Land sollten sich so weit wie möglich an unsere Kultur anpassen.
Sozialismus	In der Gesellschaft gibt es so viel Ungleichheit und Ungerechtigkeit, dass ein schneller radikaler Wandel nötig ist. ^c
	Alle Unterschiede zwischen Klassen und Schichten sind ungerecht.
	Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages alle gleich viel haben.
	Gerechtigkeit heißt für mich, dass Schwächere mehr Hilfe bekommen als Stärkere.
	Gerechtigkeit bedeutet, dass der Sozialstaat sicherstellt, dass niemand vernachlässigt wird. ^c
	Es gibt keine gerechten Einkommensunterschiede, weil alle Menschen gleich sind. ^d
	Die Gesellschaft muss sich so verändern, dass alle ein Teil von ihr sein können.
	Kontroverse Meinungen über Frauen oder Migranten sollten auf keinen Fall toleriert werden.
	Die Arbeiten von Schülern aus ärmeren oder ausländischen Familien sollten wohlwollender bewertet werden, weil sie es generell schwerer haben.
	Der Staat kann und sollte die Wirtschaft so weit wie möglich kontrollieren.
	Wenn der Staat die Menschen nicht gut versorgt, können Unternehmen sie zu leicht ausbeuten.
	Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.
	Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arm und Reich, Männer und Frauen, usw. gleichgestellt sind.
	Die freie Marktwirtschaft ist ungerecht, weil Reiche mehr Macht haben als Arme. ^c
	Wenn alle tun und lassen, was immer ihnen gefällt, erreichen manche mehr als andere. Und das ist ungerecht.
	Das wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben.
	Ungezügelter Freiheit führt nur dazu, dass die Stärkeren die Schwächeren ausnutzen.

	Item
Liberalismus	Gerechtigkeit heißt für mich, dass alle gleich behandelt werden.
	Das wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte – solange ich sonst niemandem schade.
	Man sollte immer seine Meinung offen sagen dürfen – außer sie ist offensichtlich rassistisch oder sexistisch.
	Der Staat sollte sich vor allem auf den Schutz der Privatsphäre des Bürgers konzentrieren.
	Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.
	Jeder sollte immer auf sein eigenes Wohl und das der anderen achten.
	Gleichheit bedeutet, dass alle die gleichen Chancen haben, um ihre Lebensziele zu erreichen.
	Gesellschaftlicher Wandel birgt großes Potential.
	Es wäre das Beste für alle, wenn jeder tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst keinem schadet.
	Einkommensunterschiede sind in Ordnung, solange sie nicht zu groß werden.
	Die Leute können selbst entscheiden, was sie tun und lassen können, ohne anderen zu schaden. Es braucht also keine starren gesellschaftlichen Regeln.
	Freiheit bedeutet vor allem, dass jeder Mensch sein Leben so leben darf, wie er es für richtig hält, solange er niemand anderem schadet.
	Unterschiede im Einkommen und Vermögen sind gerecht, solange sie nicht zu groß werden.
	Menschen sind gut, wenn sie in einer guten Umgebung aufwachsen.
	Schüler aus ärmeren oder ausländischen Familien sollten zwar zusätzlich unterstützt werden, aber ihre Arbeiten müssen genau wie alle anderen bewertet werden.
	Die eigene Freiheit endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.
	Alle Menschen sollten selbst wählen dürfen, welche Kultur sie ausleben wollen.

^a In einer angepassten Formulierung von Aichholzer (2019) übernommen.

^b Aus der ISJP-Skala von Schrenker und Wegener (2007) übernommen oder inspiriert.

^c Übersetzung eines Items von Buckle (2013)

^d Überarbeitetes Item von Houtman (2003)

^e Inspiriert durch ein Item von Ulbrich-Herrmann (2014)

^f Inspiriert durch ein Item von Hebler et al. (2001)

Tabelle 28: Liste aller POLID-Items aus den quantitativen Pretests

Quelle: Eigene Darstellung

		Libertaris- mus		Konservativis- mus		Sozialis- mus		Liberalis- mus	
H1	Persönliches Einkommen	+	*	+		-	*	-	*
H2	Haushaltseinkommen	+		+		-		-	
H3	Bildung	+		-	*	-		+	*
H4	Führungskräfte (vs. Rest)	+	*	+		-	*	-	
	Akademiker (vs. Rest)	+		-		+	*	+	
H5	Qualität des Erwerbsstatus	+	*	+		-	*	-	*
H6	Sorge vor Stellenverlust	-		-		+		+	
H7	Auskommen mit Haushaltsein- kommen	+	*	+		-	*	-	
H8	Zufriedenheit mit Work-Life- Balance	+		+		-		-	
H9	Wohnraumausstattung	+		+		-		-	
H10	Nettowohnfläche	+		+		-		-	
H11	Wohneigentum (vs. Miete)	+		+		-		-	
H12	Stadt (vs. Land)	+		-	*	-		+	
H13	Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen	/		/	*	/	*	/	
H14	Verheiratet (vs. Rest)	/	*	+	*	-		-	*
H15	Haushaltsgröße	/	*	/		/		/	
H16	Anzahl leiblicher Kinder	/	*	+		-		-	
H17	Politisches Vertrauen	-		-		+		+	
H18	Diskriminierungserfahrungen	-		-		+		+	
H19	Männer (vs. Frauen)	+		+		-		-	
H20	Alter	+		+	*	-		-	*
H21	Subjektive Selbstplatzierung	+		+	*	-	*	-	*
H22	Migrationshintergrund	-	*	-	*	+	*	+	

Anmerkungen:

+ signalisiert, dass eine positive Assoziation vermutet wird.

- signalisiert, dass eine negative Assoziation vermutet wird.

/ signalisiert, dass keine Assoziation vermutet wird.

* bedeutet, dass diese Hypothese von den Daten gestützt ist.

Tabelle 29: Auflistung der Hypothesen bezgl. der Assoziationen zwischen POLID-Scores und aktiven und passiven Merkmalen

Quelle: Eigene Darstellung

		Modell					
		1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.6
Ökonomische Variablen							
Haushaltsein- kommen (Referenz: 1. Quartil)	2. Quartil (1.650 –	-0.06	-0.07	-0.08	-0.08	-0.08	-0.07
	2.699 €)	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)
	3. Quartil (2.700 –	0.04	0.03	0.02	0.03	0.04	0.05
	3.599 €)	(0.06)	(0.06)	(0.07)	(0.07)	(0.07)	(0.07)
	4. Quartil (ab	0.01	-0.02	-0.03	-0.01	-0.00	-0.00
	3.600 €)	(0.06)	(0.07)	(0.07)	(0.08)	(0.08)	(0.08)
Einkommen nach Erwerbssituation (Referenz: Er- werbslose)	Angestellte (unter	0.23 [†]	0.26 ^{**}	0.26 ^{**}	0.26 ^{**}	0.25 ^{**}	0.24 [*]
	Median)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.10)
	Angestellte (über	0.39 ^{***}	0.46 ^{***}	0.47 ^{***}	0.46 ^{***}	0.44 ^{***}	0.43 ^{***}
	Median)	(0.09)	(0.09)	(0.10)	(0.10)	(0.10)	(0.10)
	Selbstständig (unter	0.28 [†]	0.36 [*]	0.37 [*]	0.39 [*]	0.39 [*]	0.38 [*]
	Median)	(0.16)	(0.16)	(0.17)	(0.17)	(0.17)	(0.17)
	Selbstständig (über	0.39 ^{**}	0.44 ^{**}	0.43 ^{**}	0.42 ^{**}	0.42 ^{**}	0.42 ^{**}
	Median)	(0.14)	(0.15)	(0.15)	(0.15)	(0.15)	(0.15)
	Kurzarbeit	0.52 ^{***}	0.53 ^{***}	0.53 ^{***}	0.51 ^{***}	0.51 ^{***}	0.50 ^{***}
		(0.15)	(0.15)	(0.15)	(0.15)	(0.15)	(0.15)
	Rentner (unter Me-	0.17	0.25 [*]	0.26 [*]	0.23 [†]	0.23 [†]	0.21 [†]
	di-an)	(0.11)	(0.11)	(0.12)	(0.12)	(0.12)	(0.12)
	Rentner (über Medi-	0.45 ^{***}	0.53 ^{***}	0.52 ^{***}	0.50 ^{***}	0.52 ^{***}	0.51 ^{***}
	an)	(0.12)	(0.12)	(0.12)	(0.13)	(0.13)	(0.13)
Bildungsniveau (Ref: Pflichtschu- le)	Rentner (ohne Ein- kommen)	0.30 ^{***}	0.31 ^{***}	0.31 ^{**}	0.29 ^{**}	0.29 ^{**}	0.30 ^{**}
		(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.10)	(0.10)	(0.10)
	Hausfrauen/-	0.36 ^{**}	0.36 ^{**}	0.36 ^{**}	0.37 ^{**}	0.38 ^{**}	0.38 ^{**}
	männer (Karez)	(0.13)	(0.13)	(0.13)	(0.13)	(0.13)	(0.13)
	Studenten/Lehrlinge	0.19	0.23	0.24	0.27	0.23	0.22
	(ohne Einkommen)	(0.16)	(0.16)	(0.16)	(0.17)	(0.17)	(0.17)
	Studenten/Lehrlinge	0.19	0.15	0.16	0.22	0.21	0.19
	(mit Einkommen)	(0.14)	(0.14)	(0.14)	(0.15)	(0.16)	(0.16)
	Sonstiges	0.16	0.18	0.19	0.19	0.20	0.19
		(0.18)	(0.18)	(0.18)	(0.18)	(0.18)	(0.18)
	Abgeschlossene	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01	-0.02	-0.02
	Lehre	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)	(0.06)
	Berufsb. mittlere	-0.07	-0.08	-0.08	-0.09	-0.10	-0.11
	Schule	(0.07)	(0.07)	(0.07)	(0.07)	(0.07)	(0.07)
	Allgemb. höhere	-0.07	-0.09	-0.09	-0.09	-0.09	-0.10
	Schule	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)
	Berufsb. höhere	-0.05	-0.05	-0.05	-0.06	-0.05	-0.07
	Schule	(0.08)	(0.08)	(0.09)	(0.09)	(0.09)	(0.09)
	(Fach)Hochschulab-	-0.26 ^{**}	-0.26 ^{**}	-0.27 ^{**}	-	-0.27 ^{**}	-
	schluss	(0.08)	(0.08)	(0.08)	0.28 ^{***} (0.08)	(0.08)	0.28 ^{***} (0.08)

		Modell					
ISCO-08 Berufs- kategorie (Referenz: Füh- rungskräfte)	Angehörige der re- gulären Streitkräfte	0.03 (0.31)	0.07 (0.31)	0.06 (0.31)	0.07 (0.31)	0.05 (0.31)	0.04 (0.31)
	Akademische Berufe	-0.09 (0.10)	-0.09 (0.10)	-0.09 (0.10)	-0.09 (0.10)	-0.10 (0.10)	-0.11 (0.10)
	Ingenieurtechni- sche und vergleich- bare Berufe	-0.20* (0.08)	-0.20* (0.08)	-0.19* (0.08)	-0.19* (0.08)	-0.19* (0.08)	-0.19* (0.08)
	Bürokräfte und verwandte Berufe	-0.03 (0.09)	-0.03 (0.09)	-0.03 (0.09)	-0.02 (0.09)	-0.03 (0.09)	-0.03 (0.09)
	Dienstleistungsbe- rufe und Verkäufer	-0.18* (0.09)	-0.20* (0.09)	-0.20* (0.09)	-0.19* (0.09)	-0.19* (0.09)	-0.20* (0.09)
	Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft	0.27 (0.24)	0.28 (0.24)	0.29 (0.25)	0.26 (0.25)	0.28 (0.25)	0.26 (0.25)
	Handwerks- und verwandte Berufe	-0.16 (0.11)	-0.16 (0.11)	-0.16 (0.11)	-0.15 (0.11)	-0.15 (0.11)	-0.14 (0.11)
	Bediener von Anla- gen und Maschinen und Montageberufe	-0.44** (0.15)	-0.42** (0.15)	-0.43** (0.15)	-0.44** (0.15)	-0.44** (0.15)	-0.42** (0.15)
	Hilfsarbeitskräfte	-0.15 (0.12)	-0.14 (0.12)	-0.14 (0.12)	-0.12 (0.13)	-0.12 (0.13)	-0.12 (0.13)
	Keine Angabe / nicht zuordbar	-0.17† (0.09)	-0.17† (0.09)	-0.18* (0.09)	-0.17† (0.09)	-0.17† (0.09)	-0.16† (0.09)
Variablen zur ökonomischen Sicherheit							
Vollzeit (vs. Teilzeit)		-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)
Leichtigkeit des Auskommens mit HH-Einkommen (metrisch behandelt)		0.04* (0.02)	0.04* (0.02)	0.05* (0.02)	0.05* (0.02)	0.04† (0.02)	0.04† (0.02)
Zufriedenheit mit Work-Life-Balance		-0.03*** (0.01)	-0.03** (0.01)	-0.02* (0.01)	-0.02* (0.01)	-0.03* (0.01)	-0.03* (0.01)
Wohn(umwelt)bedingungen							
Anzahl der Ausstattungen des Wohn- raums			-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)
Nettowohnfläche			-0.00 (0.01)	-0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)
Wohngebiet (Referenz: Groß- stadt)	Vorort oder Randge- biet einer Großstadt		-0.02 (0.07)	-0.01 (0.07)	-0.02 (0.07)	-0.02 (0.07)	-0.02 (0.07)
	Stadt oder Klein- stadt		0.01 (0.06)	0.02 (0.06)	0.01 (0.06)	0.02 (0.06)	0.02 (0.06)
	Dorf		-0.03 (0.06)	-0.02 (0.06)	-0.03 (0.06)	-0.02 (0.06)	-0.02 (0.06)
	Bauernhof oder Haus auf dem Land		-0.06 (0.10)	-0.03 (0.10)	-0.05 (0.10)	-0.04 (0.10)	-0.04 (0.10)
	Mietverhältnis (Referenz: Eigen- tum)		-0.05 (0.05)	-0.06 (0.06)	-0.07 (0.06)	-0.06 (0.06)	-0.06 (0.06)

Modell						
Soziale Beziehungen						
Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen		-0.01 (0.01)	-0.02 (0.01)	-0.02 [*] (0.01)		
Beziehungsstatus (Referenz: Verheiratet)	Eheähnliche Lebensgemeinschaft	-0.05 (0.07)	-0.07 (0.07)	-0.07 (0.07)		
	Geschieden	0.04 (0.08)	0.04 (0.08)	0.06 (0.08)		
	Getrennt	0.03 (0.15)	0.02 (0.15)	-0.01 (0.15)		
	Verwitwet	-0.06 (0.11)	-0.07 (0.11)	-0.05 (0.11)		
	Ledig, nie verheiratet	-0.07 (0.07)	-0.10 (0.07)	-0.09 (0.07)		
		-0.03 (0.03)	-0.03 (0.03)	-0.03 (0.03)		
Haushaltsgröße		-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)		
Anzahl leiblicher Kinder						
Demografische Variablen						
Geschlecht (Referenz: männlich)	weiblich		0.01 (0.05)	0.01 (0.05)		
Geburtsjahr			0.00 (0.00)	0.00 (0.00)		
Migrationshintergrund (Referenz: keiner)	1. Generation		-0.17 [†] (0.09)	-0.17 [*] (0.09)		
	2. Generation		-0.04 (0.06)	-0.04 (0.06)		
Erfahrungen mit Diskriminierung (weder noch)	Benachteiligung		0.01 (0.06)	0.03 (0.06)		
	Privilegierung		-0.11 (0.07)	-0.13 [†] (0.07)		
Subjektive Schichteinschätzung (metrisch)					0.03 [†] (0.01)	
Vertrauen in Institutionen insgesamt (metrisch)					0.02 (0.03)	
Intercept		-0.33 ^{**} (0.11)	-0.23 [*] (0.12)	-0.15 (0.14)	-0.00 (0.18)	-2.30 (4.63)
N		705	705	705	705	705
R ²		0.100	0.118	0.121	0.128	0.137
Standardfehler in Klammern						
[†] p < 0.1, * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001						

Tabelle 30: Ergebnisse der Regressionen auf den Libertarismus-Score (POLID)

Quelle: Eigene Darstellung

		Modell					
		2.1	2.2	2.3	2.4	2.5	2.6
Ökonomische Variablen							
Haushaltsein- kommen (Referenz: 1. Quartil)	2. Quartil (1.650 – 2.699 €)	0.03 (0.05)	0.02 (0.05)	0.01 (0.05)	-0.02 (0.05)	-0.03 (0.05)	-0.02 (0.05)
	3. Quartil (2.700 – 3.599 €)	-0.02 (0.05)	-0.04 (0.05)	-0.06 (0.06)	-0.11 [†] (0.06)	-0.11 [†] (0.06)	-0.10 [†] (0.06)
	4. Quartil (ab 3.600 €)	0.02 (0.05)	-0.02 (0.06)	-0.05 (0.06)	-0.08 (0.06)	-0.10 (0.06)	-0.10 (0.06)
	Angestellte (unter Median)	0.04 (0.08)	0.01 (0.08)	0.00 (0.08)	0.01 (0.08)	0.04 (0.08)	0.01 (0.08)
	Angestellte (über Median)	0.05 (0.07)	0.02 (0.08)	0.01 (0.08)	0.01 (0.08)	0.03 (0.08)	0.00 (0.08)
	Selbstständig (unter Median)	-0.01 (0.14)	-0.03 (0.14)	-0.03 (0.14)	-0.10 (0.14)	-0.17 (0.14)	-0.19 (0.13)
	Selbstständig (über Median)	0.10 (0.12)	0.06 (0.13)	0.01 (0.12)	0.04 (0.13)	0.01 (0.12)	-0.02 (0.12)
	Kurzarbeit	0.31 [*] (0.12)	0.31 [*] (0.12)	0.35 ^{**} (0.12)	0.35 ^{**} (0.12)	0.37 ^{**} (0.12)	0.33 ^{**} (0.12)
	Rentner (unter Me- dian)	0.26 ^{**} (0.09)	0.22 [*] (0.10)	0.19 [*] (0.10)	0.15 (0.10)	0.06 (0.10)	0.03 (0.10)
	Rentner (über Medi- an)	0.27 ^{**} (0.10)	0.24 [*] (0.10)	0.21 [*] (0.10)	0.15 (0.10)	0.04 (0.11)	0.01 (0.10)
	Rentner (ohne Ein- kommen)	0.18 [*] (0.07)	0.13 [†] (0.08)	0.12 (0.08)	0.07 (0.08)	-0.04 (0.08)	-0.04 (0.08)
	Hausfrauen/- männer (Karenz)	0.05 (0.11)	0.03 (0.11)	0.02 (0.11)	-0.05 (0.11)	-0.04 (0.11)	-0.04 (0.11)
	Studenten/Lehrlinge (ohne Einkommen)	-0.16 (0.14)	-0.18 (0.14)	-0.21 (0.14)	-0.14 (0.14)	-0.00 (0.14)	-0.01 (0.14)
	Studenten/Lehrlinge (mit Einkommen)	- 0.41 ^{***} (0.12)	- 0.44 ^{***} (0.12)	- 0.50 ^{***} (0.12)	- 0.42 ^{***} (0.13)	-0.25 [*] (0.13)	-0.30 [*] (0.13)
	Sonstiges	0.17 (0.15)	0.15 (0.15)	0.12 (0.15)	0.11 (0.15)	0.13 (0.14)	0.12 (0.14)
Einkommen nach Erwerbssituation (Referenz: Er- werbslose)	Abgeschlossene Lehre	0.13 ^{**} (0.05)	0.13 ^{**} (0.05)	0.11 [*] (0.05)	0.11 [*] (0.05)	0.10 [*] (0.05)	0.09 [†] (0.05)
	Berufsb. mittlere Schule	0.19 ^{**} (0.06)	0.18 ^{**} (0.06)	0.16 ^{**} (0.06)	0.15 ^{**} (0.06)	0.12 [*] (0.06)	0.11 [†] (0.06)
	Allgemb. höhere Schule	-0.03 (0.07)	-0.03 (0.07)	-0.04 (0.07)	-0.03 (0.07)	-0.04 (0.07)	-0.06 (0.07)
	Berufsb. höhere Schule	-0.01 (0.07)	-0.03 (0.07)	-0.01 (0.07)	-0.01 (0.07)	-0.00 (0.07)	-0.03 (0.07)
	(Fach)Hochschulab- schluss	0.08 (0.07)	0.07 (0.07)	0.06 (0.07)	0.08 (0.07)	0.07 (0.07)	0.05 (0.07)

		Modell					
ISCO-08 Berufs- kategorie (Referenz: Füh- rungskräfte)	Angehörige der regu- lären Streitkräfte	0.30 (0.26)	0.32 (0.26)	0.39 (0.26)	0.33 (0.26)	0.32 (0.25)	0.32 (0.25)
	Akademische Berufe	-0.17 [†] (0.09)	-0.16 [†] (0.09)	-0.15 [†] (0.08)	-0.16 [†] (0.08)	-0.16 [†] (0.08)	-0.15 [†] (0.08)
	Ingenieurtechni- sche und vergleich- bare Berufe	-0.10 (0.07)	-0.10 (0.07)	-0.09 (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.09 (0.07)	-0.08 (0.06)
	Bürokräfte und verwandte Berufe	-0.06 (0.07)	-0.07 (0.07)	-0.05 (0.07)	-0.06 (0.07)	-0.07 (0.07)	-0.07 (0.07)
	Dienstleistungsberu- fe und Verkäufer	-0.08 (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.05 (0.07)	-0.07 (0.07)	-0.06 (0.07)	-0.05 (0.07)
	Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft	-0.31 (0.21)	-0.33 (0.21)	-0.26 (0.20)	-0.30 (0.20)	-0.20 (0.20)	-0.21 (0.20)
	Handwerks- und verwandte Berufe	-0.11 (0.09)	-0.11 (0.09)	-0.08 (0.09)	-0.06 (0.09)	-0.06 (0.09)	-0.04 (0.09)
	Bediener von Anla- gen und Maschinen und Montageberufe	-0.05 (0.12)	-0.07 (0.12)	-0.06 (0.12)	-0.05 (0.12)	-0.08 (0.12)	-0.03 (0.12)
	Hilfsarbeitskräfte	-0.01 (0.10)	-0.04 (0.10)	0.00 (0.10)	-0.02 (0.10)	-0.04 (0.10)	-0.04 (0.10)
	Keine Angabe / nicht zuordbar	-0.05 (0.08)	-0.04 (0.08)	-0.03 (0.07)	-0.02 (0.07)	-0.02 (0.07)	0.00 (0.07)

Variablen zur ökonomischen Sicherheit

Vollzeit (vs. Teilzeit)	-0.00 (0.05)	0.01 (0.05)	0.00 (0.05)	0.02 (0.05)	0.02 (0.05)
Leichtigkeit des Auskommens mit HH-Einkommen (metrisch behandelt)	0.02 (0.02)	0.01 (0.02)	0.02 (0.02)	0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)
Zufriedenheit mit Work-Life-Balance	0.01 [†] (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)

Wohn(umwelt)bedingungen

Anzahl der Ausstattungen des Wohn- raums		0.02 (0.02)	0.02 (0.02)	0.02 (0.02)	0.02 (0.02)
Nettowohnfläche		0.00 (0.01)	0.01 (0.01)	0.00 (0.01)	-0.00 (0.01)
Wohngebiet (Referenz: Groß- stadt)	Vorort oder Randge- biet einer Großstadt	0.12 [*] (0.05)	0.12 [*] (0.05)	0.12 [*] (0.05)	0.12 [*] (0.05)
	Stadt oder Kleinstadt	-0.10 [*] (0.05)	-0.08 [†] (0.05)	-0.06 (0.05)	-0.06 (0.05)
	Dorf	-0.07 (0.05)	-0.06 (0.05)	-0.04 (0.05)	-0.03 (0.05)
	Bauernhof oder Haus auf dem Land	-0.14 [†] (0.08)	-0.13 (0.08)	-0.09 (0.08)	-0.07 (0.08)
Mietverhältnis (Referenz: Eigen- tum)	Miete	-0.12 ^{**} (0.04)	-0.07 (0.05)	-0.07 (0.05)	-0.05 (0.04)

		Modell					
Soziale Beziehungen							
Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen			-0.00 (0.01)	-0.00 (0.01)	-0.01 (0.01)		
Beziehungsstatus (Referenz: Verheiratet)	Eheähnliche Lebensgemeinschaft		-0.17** (0.05)	-0.13* (0.05)	-0.13* (0.05)		
	Geschieden		- 0.20** (0.06)	-0.16* (0.06)	-0.13* (0.06)		
	Getrennt		0.02 (0.12)	0.11 (0.12)	0.06 (0.12)		
	Verwitwet		-0.05 (0.09)	-0.04 (0.09)	-0.02 (0.09)		
	Ledig, nie verheiratet		-0.12* (0.06)	-0.03 (0.06)	-0.01 (0.06)		
	Haushaltsgröße		-0.01 (0.02)	0.02 (0.02)	0.01 (0.02)		
Anzahl leiblicher Kinder			0.02 (0.02)	-0.00 (0.02)	0.00 (0.02)		
Demografische Variablen							
Geschlecht (Referenz: männlich)	weiblich			0.01 (0.04)	0.01 (0.04)		
Geburtsjahr				-0.01*** (0.00)	-0.01*** (0.00)		
Migrationshintergrund (Referenz: keiner)	1. Generation			0.00 (0.07)	-0.01 (0.07)		
	2. Generation			-0.15** (0.05)	-0.16** (0.05)		
Erfahrungen mit Diskriminierung (weder noch)	Benachteiligung			-0.09† (0.05)	-0.07 (0.05)		
	Privilegierung			-0.04 (0.06)	-0.07 (0.06)		
Subjektive Schichteinschätzung (metrisch)						0.05*** (0.01)	
Vertrauen in Institutionen insgesamt (metrisch)						0.01 (0.03)	
Intercept		-	-	-0.26*	-0.19	16.64***	14.51***
		0.26** (0.09)	0.34*** (0.10)	(0.12)	(0.14)	(3.72)	(3.70)
N		705	705	705	705	705	705
R ²		0.140	0.146	0.184	0.210	0.251	0.275
Standardfehler in Klammern							

Modell† $p < 0.1$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Tabelle 31: Ergebnisse der Regressionen auf den Konservatismus-Score (POLID)

Quelle: Eigene Darstellung

		Modell					
		3.1	3.2	3.3	3.4	3.5	3.6
Ökonomische Variablen							
Haushaltseinkommen (Referenz: 1. Quartil)	2. Quartil (1.650 – 2.699 €)	0.07 (0.06)	0.10 [†] (0.06)	0.10 [†] (0.06)	0.10 [†] (0.06)	0.10 (0.06)	0.08 (0.06)
	3. Quartil (2.700 – 3.599 €)	0.05 (0.06)	0.10 (0.06)	0.10 (0.07)	0.09 (0.07)	0.08 (0.07)	0.06 (0.07)
	4. Quartil (ab 3.600 €)	0.02 (0.06)	0.09 (0.07)	0.11 (0.07)	0.08 (0.08)	0.08 (0.08)	0.07 (0.08)
Einkommen nach Erwerbssituation (Referenz: Erwerbslose)	Angestellte (unter Median)	-0.08 (0.09)	-0.07 (0.09)	-0.06 (0.09)	-0.06 (0.09)	-0.08 (0.09)	-0.04 (0.09)
	Angestellte (über Median)	-0.22 [*] (0.09)	-0.21 [*] (0.09)	-0.20 [*] (0.09)	-0.21 [*] (0.09)	-0.20 [*] (0.10)	-0.17 [†] (0.10)
	Selbstständig (unter Median)	-0.18 (0.16)	-0.22 (0.16)	-0.22 (0.16)	-0.21 (0.17)	-0.19 (0.17)	-0.16 (0.17)
	Selbstständig (über Median)	-0.32 [*] (0.14)	-0.29 [†] (0.15)	-0.25 [†] (0.15)	-0.28 [†] (0.15)	-0.25 [†] (0.15)	-0.22 (0.15)
		-	-	-	-	-	-
	Kurzarbeit	0.50 ^{***} (0.14)	0.50 ^{***} (0.14)	0.51 ^{***} (0.14)	0.51 ^{***} (0.15)	0.52 ^{***} (0.15)	0.48 ^{***} (0.15)
	Rentner (unter Median)	-0.21 [†] (0.11)	-0.22 [†] (0.11)	-0.19 [†] (0.11)	-0.16 (0.12)	-0.14 (0.12)	-0.10 (0.12)
	Rentner (über Median)	0.43 ^{***} (0.11)	0.42 ^{***} (0.12)	-0.38 ^{**} (0.12)	-0.34 ^{**} (0.13)	-0.30 [*] (0.13)	-0.27 [*] (0.13)
	Rentner (ohne Einkommen)	-0.24 ^{**} (0.08)	-0.21 [*] (0.09)	-0.19 [*] (0.09)	-0.17 [†] (0.10)	-0.13 (0.10)	-0.12 (0.10)
	Hausfrauen/-männer (Karenz)	-0.16 (0.12)	-0.15 (0.12)	-0.15 (0.12)	-0.16 (0.13)	-0.19 (0.13)	-0.17 (0.13)
	Studenten/Lehrlinge (ohne Einkommen)	0.07 (0.16)	0.07 (0.16)	0.08 (0.16)	0.03 (0.16)	-0.01 (0.17)	0.00 (0.17)
	Studenten/Lehrlinge (mit Einkommen)	0.15 (0.14)	0.19 (0.14)	0.22 (0.14)	0.16 (0.15)	0.07 (0.15)	0.11 (0.15)
		0.06 (0.17)	0.07 (0.17)	0.08 (0.17)	0.09 (0.17)	0.07 (0.18)	0.08 (0.17)
	Sonstiges						
Bildungsniveau (Ref: Pflichtschule)	Abgeschlossene Lehre	-0.12 [†] (0.06)	-0.13 [†] (0.06)	-0.12 [†] (0.06)	-0.12 [†] (0.06)	-0.11 [†] (0.06)	-0.11 [†] (0.06)
	Berufsb. mittlere Schule	-0.12 [†] (0.07)	-0.10 (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.07 (0.07)	-0.06 (0.07)
	Allgemb. höhere Schule	-0.09 (0.09)	-0.07 (0.09)	-0.06 (0.09)	-0.07 (0.09)	-0.07 (0.09)	-0.06 (0.09)
	Berufsb. höhere Schule	-0.08 (0.08)	-0.06 (0.08)	-0.07 (0.08)	-0.06 (0.08)	-0.07 (0.08)	-0.06 (0.08)
	(Fach)Hochschulabschluss	0.02 (0.08)	0.03 (0.08)	0.04 (0.08)	0.05 (0.08)	0.03 (0.08)	0.05 (0.08)

		Modell					
ISCO-08 Berufs- kategorie (Referenz: Füh- rungskräfte)	Angehörige der regu- lären Streitkräfte	-0.16 (0.30)	-0.22 (0.30)	-0.26 (0.30)	-0.25 (0.30)	-0.23 (0.31)	-0.24 (0.30)
	Akademische Berufe	0.20 [*] (0.10)	0.19 [†] (0.10)	0.18 [†] (0.10)	0.19 [†] (0.10)	0.19 [†] (0.10)	0.18 [†] (0.10)
	Ingenieurtechnische und vergleichbare Berufe	0.20 [*] (0.08)	0.20 [*] (0.08)	0.18 [*] (0.08)	0.18 [*] (0.08)	0.18 [*] (0.08)	0.17 [*] (0.08)
	Bürokräfte und ver- wandte Berufe	0.03 (0.08)	0.04 (0.08)	0.03 (0.08)	0.03 (0.09)	0.02 (0.09)	0.01 (0.09)
	Dienstleistungsberu- fe und Verkäufer	0.20 [*] (0.09)	0.21 [*] (0.09)	0.19 [*] (0.09)	0.20 [*] (0.09)	0.18 [*] (0.09)	0.17 [†] (0.09)
	Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft	0.13 (0.24)	0.14 (0.24)	0.09 (0.24)	0.13 (0.24)	0.09 (0.25)	0.06 (0.25)
	Handwerks- und verwandte Berufe	0.14 (0.10)	0.15 (0.10)	0.13 (0.10)	0.12 (0.11)	0.12 (0.11)	0.10 (0.11)
	Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	0.10 (0.14)	0.11 (0.14)	0.12 (0.15)	0.13 (0.15)	0.14 (0.15)	0.10 (0.15)
	Hilfsarbeitskräfte	0.20 [†] (0.12)	0.22 [†] (0.12)	0.19 (0.12)	0.20 (0.12)	0.19 (0.12)	0.18 (0.12)
	Keine Angabe / nicht zuordbar	0.12 (0.09)	0.12 (0.09)	0.11 (0.09)	0.11 (0.09)	0.10 (0.09)	0.08 (0.09)

Variablen zur ökonomischen Sicherheit

Vollzeit (vs. Teilzeit)	0.03 (0.06)	0.02 (0.06)	0.02 (0.06)	0.03 (0.06)	0.03 (0.06)
Leichtigkeit des Auskommens mit HH-Einkommen (metrisch behandelt)	-0.05 [*] (0.02)	-0.05 [*] (0.02)	-0.06 ^{**} (0.02)	-0.06 [*] (0.02)	-0.04 [†] (0.02)
Zufriedenheit mit Work-Life-Balance	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.00 (0.01)	0.00 (0.01)	0.01 (0.01)

Wohn(umwelt)bedingungen

Anzahl der Ausstattungen des Wohnraums		-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)
Nettowohnfläche		-0.00 (0.01)	-0.00 (0.01)	0.00 (0.01)	0.00 (0.01)
Wohngebiet (Referenz: Groß- stadt)	Vorort oder Randge- biet einer Großstadt	-0.09 (0.06)	-0.10 (0.07)	-0.09 (0.07)	-0.08 (0.07)
	Stadt oder Kleinstadt	0.03 (0.06)	0.02 (0.06)	0.02 (0.06)	0.02 (0.06)
	Dorf	0.05 (0.06)	0.04 (0.06)	0.03 (0.06)	0.03 (0.06)
	Bauernhof oder Haus auf dem Land	0.14 (0.10)	0.12 (0.10)	0.12 (0.10)	0.10 (0.10)
Mietverhältnis (Referenz: Eigen- tum)	Miete	0.09 [†] (0.05)	0.09 (0.05)	0.09 [†] (0.06)	0.08 (0.06)

		Modell					
Soziale Beziehungen							
Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen				0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	
Beziehungsstatus (Referenz: Verheiratet)	Eheähnliche Lebensgemeinschaft			0.11 [†] (0.06)	0.10 (0.07)	0.10 (0.07)	
	Geschieden			0.01 (0.08)	-0.01 (0.08)	-0.04 (0.08)	
	Getrennt			0.04 (0.14)	0.01 (0.15)	0.05 (0.14)	
	Verwitwet			0.08 (0.11)	0.06 (0.11)	0.05 (0.11)	
	Ledig, nie verheiratet			0.03 (0.07)	0.01 (0.07)	-0.01 (0.07)	
Haushaltsgröße				0.03 (0.03)	0.03 (0.03)	0.03 (0.03)	
Anzahl leiblicher Kinder				-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	
Demografische Variablen							
Geschlecht (Referenz: männlich)	weiblich				0.05 (0.04)	0.06 (0.04)	
Geburtsjahr					0.00 (0.00)	0.00 (0.00)	
Migrationshintergrund (Referenz: keiner)	1. Generation				0.06 (0.08)	0.06 (0.08)	
	2. Generation				0.12 [†] (0.06)	0.13 [*] (0.06)	
Erfahrungen mit Diskriminierung (weder noch)	Benachteiligung				0.02 (0.06)	0.00 (0.06)	
	Privilegierung				0.08 (0.07)	0.10 (0.07)	
Subjektive Schichteinschätzung (metrisch)						- 0.04 ^{**} (0.01)	
Vertrauen in Institutionen insgesamt (metrisch)						0.02 (0.03)	
Intercept		0.13 (0.10)	0.18 (0.12)	0.13 (0.14)	0.01 (0.17)	-5.01 (4.53)	-3.37 (4.54)
N		705	705	705	705	705	705
R ²		0.105	0.114	0.128	0.136	0.146	0.160

Standardfehler in Klammern

Tabelle 32: Ergebnisse der Regressionen auf den Sozialismus-Score (POLID)

Quelle: Eigene Darstellung

		Modell					
		4.1	4.2	4.3	4.4	4.5	4.6
Ökonomische Variablen							
Haushaltseinkommen (Referenz: 1. Quartil)	2. Quartil (1.650 – 2.699 €)	-0.04 (0.05)	-0.04 (0.05)	-0.03 (0.05)	-0.00 (0.05)	0.01 (0.05)	0.01 (0.05)
	3. Quartil (2.700 – 3.599 €)	-0.08 (0.05)	-0.09 [†] (0.05)	-0.06 (0.05)	-0.01 (0.06)	-0.01 (0.06)	-0.01 (0.06)
	4. Quartil (ab 3.600 €)	-0.06 (0.05)	-0.06 (0.06)	-0.03 (0.06)	0.01 (0.06)	0.02 (0.06)	0.03 (0.06)
	Angestellte (unter Median)	-0.19 ^{**} (0.07)	-0.21 ^{**} (0.07)	-0.21 ^{**} (0.07)	-0.20 ^{**} (0.07)	-0.21 ^{**} (0.07)	-0.20 ^{**} (0.07)
Einkommen nach Erwerbssituation (Referenz: Erwerbslose)	Angestellte (über Median)	-0.22 ^{**} (0.07)	-0.27 ^{***} (0.08)	-0.27 ^{***} (0.08)	-0.26 ^{***} (0.08)	-0.27 ^{***} (0.08)	-0.26 ^{***} (0.08)
	Selbstständig (unter Median)	-0.09 (0.13)	-0.11 (0.13)	-0.12 (0.13)	-0.08 (0.13)	-0.04 (0.13)	-0.03 (0.13)
	Selbstständig (über Median)	-0.17 (0.12)	-0.21 [†] (0.12)	-0.20 (0.12)	-0.18 (0.12)	-0.17 (0.12)	-0.18 (0.12)
	Kurzarbeit	-0.34 ^{**} (0.12)	-0.35 ^{**} (0.12)	-0.36 ^{**} (0.12)	-0.35 ^{**} (0.12)	-0.36 ^{**} (0.12)	-0.35 ^{**} (0.12)
	Rentner (unter Median)	-0.22 [*] (0.09)	-0.26 ^{**} (0.09)	-0.26 ^{**} (0.09)	-0.21 [*] (0.10)	-0.16 (0.10)	-0.15 (0.10)
	Rentner (über Median)	-0.30 ^{**} (0.09)	-0.35 ^{***} (0.10)	-0.35 ^{***} (0.10)	-0.30 ^{**} (0.10)	-0.26 [*] (0.10)	-0.25 [*] (0.10)
	Rentner (ohne Einkommen)	0.24 ^{***} (0.07)	-0.23 ^{**} (0.07)	-0.23 ^{**} (0.08)	-0.19 [*] (0.08)	-0.12 (0.08)	-0.13 (0.08)
	Hausfrauen/-männer (Karenz)	-0.25 [*] (0.10)	-0.24 [*] (0.10)	-0.22 [*] (0.10)	-0.17 (0.11)	-0.15 (0.11)	-0.16 (0.11)
	Studenten/Lehrlinge (ohne Einkommen)	-0.10 (0.13)	-0.12 (0.13)	-0.11 (0.13)	-0.15 (0.13)	-0.21 (0.14)	-0.21 (0.13)
	Studenten/Lehrlinge (mit Einkommen)	0.07 (0.11)	0.10 (0.12)	0.12 (0.12)	0.04 (0.12)	-0.03 (0.13)	-0.00 (0.12)
	Sonstiges	-0.38 ^{**} (0.14)	-0.40 ^{**} (0.14)	-0.39 ^{**} (0.14)	-0.39 ^{**} (0.14)	0.40 ^{**} (0.14)	-0.39 ^{**} (0.14)
Bildungsniveau (Ref: Pflichtschule)	Abgeschlossene Lehre	0.01 (0.05)	0.01 (0.05)	0.01 (0.05)	0.01 (0.05)	0.03 (0.05)	0.04 (0.05)
	Berufsb. mittlere Schule	-0.00 (0.06)	-0.00 (0.06)	0.00 (0.06)	0.01 (0.06)	0.06 (0.06)	0.06 (0.06)
	Allgemb. höhere Schule	0.19 ^{**} (0.07)	0.20 ^{**} (0.07)	0.20 ^{**} (0.07)	0.18 ^{**} (0.07)	0.20 ^{**} (0.07)	0.22 ^{**} (0.07)
	Berufsb. höhere Schule	0.14 [*] (0.07)	0.14 [*] (0.07)	0.12 [†] (0.07)	0.12 [†] (0.07)	0.13 [†] (0.07)	0.16 [*] (0.07)
	(Fach)Hochschulabschluss	0.16 [*] (0.06)	0.16 [*] (0.06)	0.16 [*] (0.07)	0.15 [*] (0.07)	0.17 [*] (0.07)	0.19 ^{**} (0.07)

		Modell					
ISCO-08 Berufs- kategorie (Referenz: Füh- rungskräfte)	Angehörige der regu- lären Streitkräfte	-0.17 (0.25)	-0.17 (0.25)	-0.18 (0.25)	-0.15 (0.25)	-0.14 (0.25)	-0.12 (0.24)
	Akademische Berufe	0.06 (0.08)	0.06 (0.08)	0.05 (0.08)	0.06 (0.08)	0.07 (0.08)	0.08 (0.08)
	Ingenieurtechni- sche und vergleich- bare Berufe	0.10 (0.06)	0.10 (0.06)	0.10 (0.06)	0.09 (0.06)	0.11 [†] (0.06)	0.11 [†] (0.06)
	Bürokräfte und ver- wandte Berufe	0.05 (0.07)	0.06 (0.07)	0.05 (0.07)	0.05 (0.07)	0.09 (0.07)	0.09 (0.07)
	Dienstleistungsberu- fe und Verkäufer	0.06 (0.07)	0.07 (0.07)	0.06 (0.07)	0.06 (0.07)	0.07 (0.07)	0.08 (0.07)
	Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft	-0.10 (0.20)	-0.10 (0.20)	-0.12 (0.20)	-0.10 (0.20)	-0.16 (0.20)	-0.11 (0.20)
	Handwerks- und verwandte Berufe	0.13 (0.09)	0.13 (0.09)	0.12 (0.09)	0.09 (0.09)	0.09 (0.09)	0.08 (0.09)
	Bediener von Anla- gen und Maschinen und Montageberufe	0.39 ^{***} (0.12)	0.38 ^{**} (0.12)	0.38 ^{**} (0.12)	0.36 ^{**} (0.12)	0.38 ^{**} (0.12)	0.35 ^{**} (0.12)
	Hilfsarbeitskräfte	-0.04 (0.10)	-0.04 (0.10)	-0.05 (0.10)	-0.05 (0.10)	-0.03 (0.10)	-0.02 (0.10)
	Keine Angabe / nicht zuordbar	0.09 (0.07)	0.09 (0.07)	0.09 (0.07)	0.09 (0.07)	0.09 (0.07)	0.08 (0.07)

Variablen zur ökonomischen Sicherheit

Vollzeit (vs. Teilzeit)	0.07 (0.05)	0.07 (0.05)	0.07 (0.05)	0.06 (0.05)	0.05 (0.05)
Leichtigkeit des Auskommens mit HH-Einkommen (metrisch behandelt)	-0.01 (0.02)	-0.00 (0.02)	-0.01 (0.02)	-0.01 (0.02)	0.01 (0.02)
Zufriedenheit mit Work-Life-Balance	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)

Wohn(umwelt)bedingungen

Anzahl der Ausstattungen des Wohn- raums	-0.00 (0.02)	-0.00 (0.02)	-0.00 (0.02)	0.00 (0.01)
Nettowohnfläche	0.01 (0.01)	0.00 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)
Wohngebiet (Referenz: Groß- stadt)	Vorort oder Randge- biet einer Großstadt	-0.01 (0.05)	-0.02 (0.05)	-0.02 (0.05)
	Stadt oder Kleinstadt	0.05 (0.05)	0.04 (0.05)	0.03 (0.05)
	Dorf	0.05 (0.05)	0.04 (0.05)	0.03 (0.05)
	Bauernhof oder Haus auf dem Land	0.05 (0.08)	0.04 (0.08)	0.02 (0.08)
Mietverhältnis (Referenz: Eigen- tum)	Miete	0.08 [*] (0.04)	0.04 (0.04)	0.04 (0.04)

		Modell					
Soziale Beziehungen							
Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen				0.01	0.01	0.02 [*]	
				(0.01)	(0.01)	(0.01)	
Beziehungsstatus (Referenz: Verheiratet)	Eheähnliche Lebensgemeinschaft			0.11 [*]	0.11 [*]	0.10 [*]	
				(0.05)	(0.05)	(0.05)	
	Geschieden			0.14 [*]	0.13 [*]	0.11 [†]	
				(0.06)	(0.06)	(0.06)	
	Getrennt			-0.08	-0.14	-0.10	
				(0.12)	(0.12)	(0.12)	
	Verwitwet			0.02	0.05	0.03	
				(0.09)	(0.09)	(0.09)	
	Ledig, nie verheiratet			0.16 ^{**}	0.12 [*]	0.11 [†]	
				(0.05)	(0.06)	(0.06)	
Haushaltsgröße				-0.00	-0.02	-0.02	
				(0.02)	(0.02)	(0.02)	
Anzahl leiblicher Kinder				0.00	0.02	0.02	
				(0.02)	(0.02)	(0.02)	
Demografische Variablen							
Geschlecht (Referenz: männlich)	weiblich			-0.07 [*]	-0.08 [*]		
				(0.04)	(0.04)		
Geburtsjahr				0.00 [*]	0.00 [*]		
				(0.00)	(0.00)		
Migrationshintergrund (Referenz: keiner)	1. Generation			0.11	0.12 [†]		
				(0.07)	(0.07)		
	2. Generation			0.06	0.07		
				(0.05)	(0.05)		
Erfahrungen mit Diskriminierung (weder noch)	Benachteiligung			0.06	0.03		
				(0.05)	(0.05)		
	Privilegierung			0.08	0.10 [†]		
				(0.06)	(0.06)		
Subjektive Schichteinschätzung (metrisch)					-0.03 ^{**}		
					(0.01)		
Vertrauen in Institutionen (metrisch)					-0.06 [*]		
					(0.03)		
Intercept		0.46 ^{***}	0.39 ^{***}	0.28 [*]	0.18	-9.34 [*]	-7.61 [*]
		(0.09)	(0.10)	(0.11)	(0.14)	(3.67)	(3.66)
N		705	705	705	705	705	705
R ²		0.104	0.109	0.117	0.139	0.164	0.183

Standardfehler in Klammern

[†] $p < 0.1$, ^{*} $p < 0.05$, ^{**} $p < 0.01$, ^{***} $p < 0.001$

Tabelle 33: Ergebnisse der Regressionen auf den Liberalismus-Score (POLID)

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildungsanhang

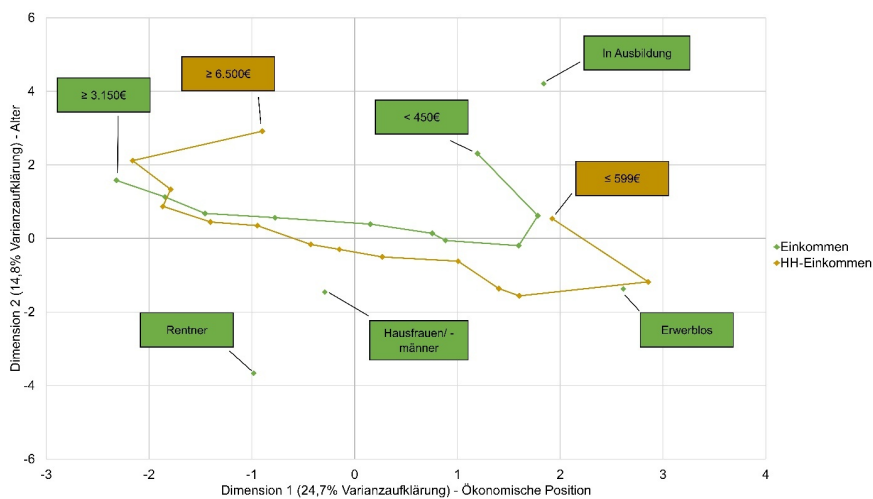


Abbildung 55: Persönliches und Haushaltseinkommen im Kontingenzraum
Quelle: Eigene Darstellung

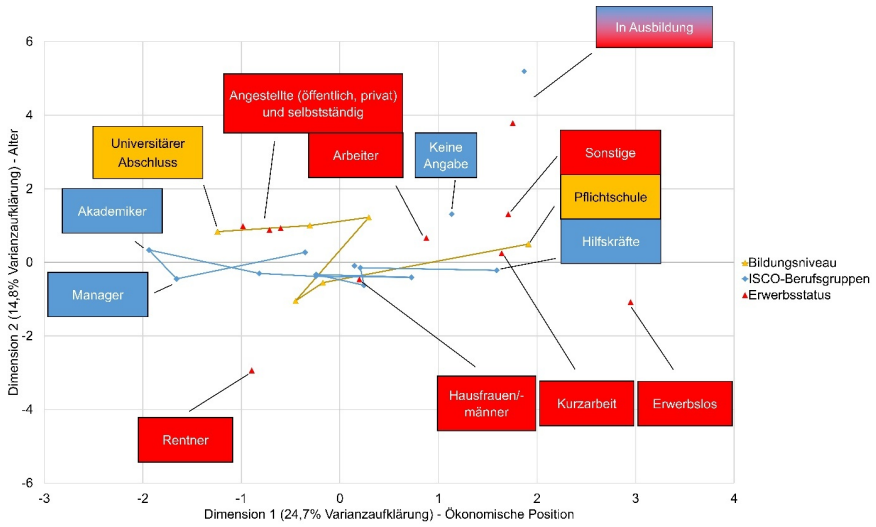


Abbildung 56: Bildung, Erwerbsstatus und ISCO-Berufsgruppen im Kontingenzraum

Quelle: Eigene Darstellung

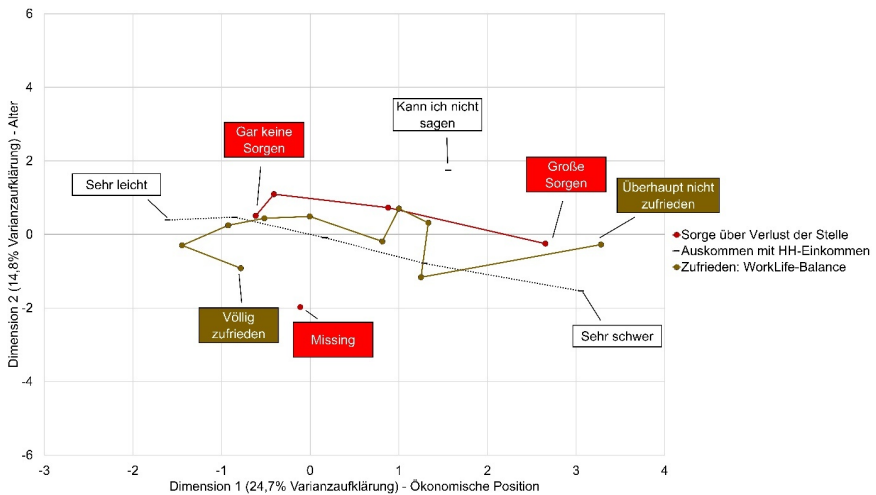


Abbildung 57: Sorge vor Stellenverlust, Auskommen mit Haushaltseinkommen und Zufriedenheit mit Work-Life-Balance im Kontingenzraum

Quelle: Eigene Darstellung

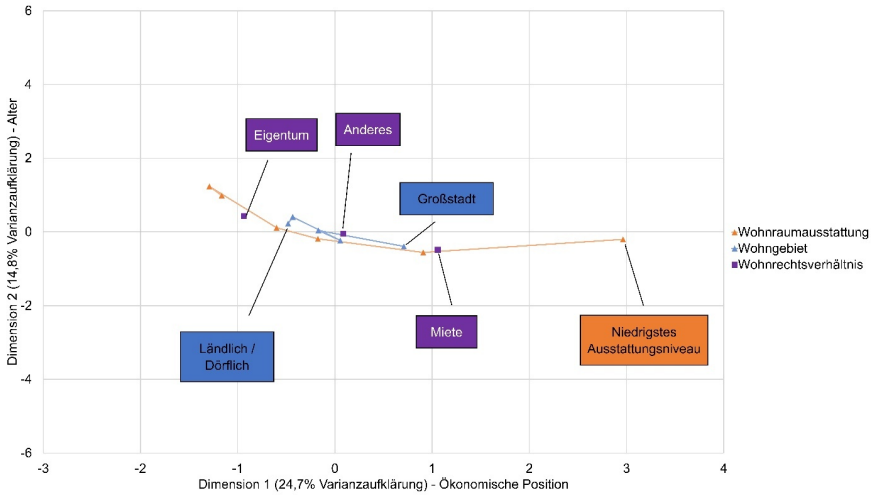


Abbildung 58: Wohnraumausstattung, Wohngebiet und Wohnrechtsverhältnis im Kontingenzraum
Quelle: Eigene Darstellung

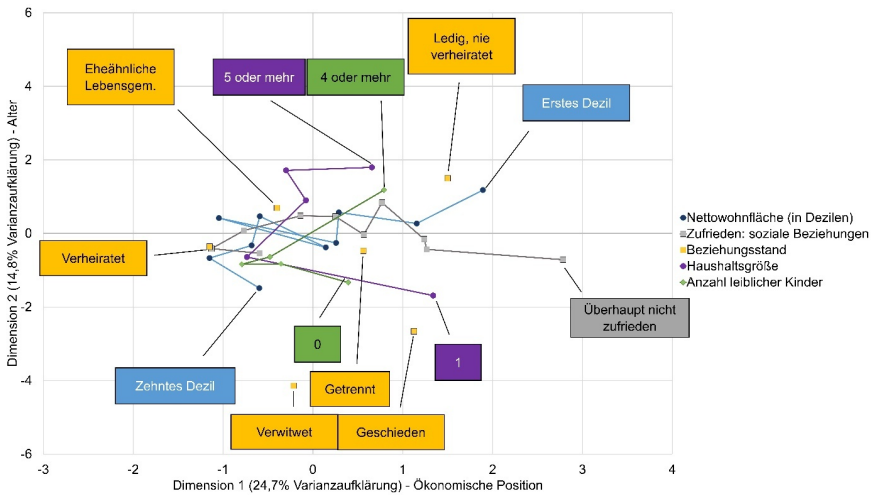


Abbildung 59: Variablen zur sozialen Integration im Kontingenzraum
Quelle: Eigene Darstellung

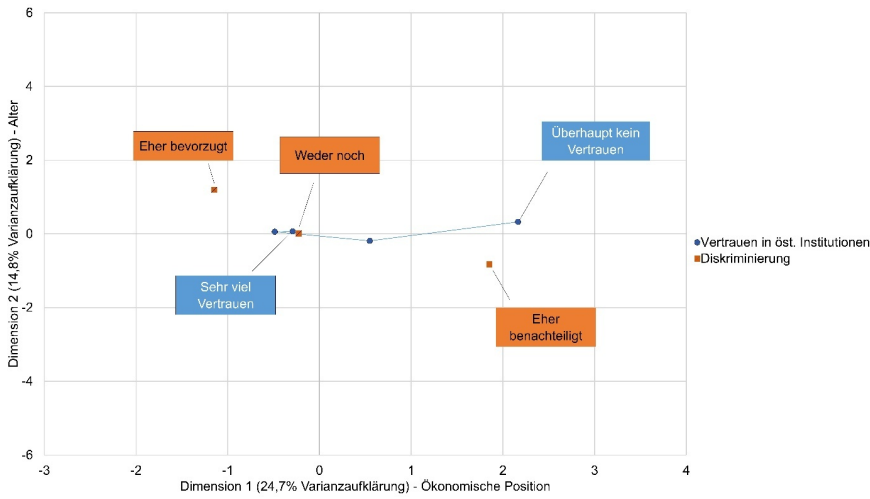


Abbildung 60: Vertrauen in Institutionen und Diskriminierungserfahrungen im Kontingenzzraum
Quelle: Eigene Darstellung

Literaturverzeichnis

- Abels, Heinz (2019): Einführung in die Soziologie. 5. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Studientexte zur Soziologie, 1).
- Abercrombie, Nicholas; Turner, Bryan S. (1978): The Dominant Ideology Thesis. In: *The British Journal of Sociology* 29 (2), S. 149–170. DOI: 10.2307/589886.
- Abramowitz, Alan I.; Saunders, Kyle L. (2008): Is Polarization a Myth? In: *The Journal of Politics* 70 (2), S. 542–555. DOI: 10.1017/S0022381608080493.
- Abramowski, Ruth (2020): Das bisschen Haushalt. Zur Kontinuität traditioneller Arbeitsteilung in Paarbeziehungen – ein europäischer Vergleich. Opladen: Barbara Budrich.
- Achterberg, Peter; Houtman, Dick (2009): Ideologically Illogical? Why Do the Lower-Educated Dutch Display so Little Value Coherence? In: *Social Forces* 87 (3), S. 1649–1670. DOI: 10.1353/sof.0.0164.
- Adorno, Theodor W. (1951): Kulturkritik und Gesellschaft. In: Karl Gustav Specht (Hg.): Soziologische Forschung unserer Zeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 228–240.
- Adorno, Theodor W. (1998a): Beitrag zur Ideologienlehre. In: Rolf Tiedemann (Hg.): Theodor W. Adorno. Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gesammelte Schriften, 8), S. 457–477.
- Adorno, Theodor W. (1998b): Fernsehen als Ideologie. In: Rolf Tiedemann (Hg.): Theodor W. Adorno. Kulturkritik und Gesellschaft I. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gesammelte Schriften, 10.2), S. 518–532.
- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswick, Else; Levinson, Daniel J.; Sanford, R. Nevitt (1950): The authoritarian personality. New York, Evanston, London: Harper & Row, Publishers (Studies in Prejudice).
- Aichholzer, Julian (2019): Kurzskala Soziale Dominanzorientierung (KSDO-3). Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis269>.
- Albarracin, Dolores; Shavitt, Sharon (2018): Attitudes and Attitude Change. In: *Annual Review of Psychology* 69, S. 299–327. DOI: 10.1146/annurev-psych-122216-011911.
- Alemann, Ulrich von; Basedahl, Nina; Graefner, Gernot; Kovacs, Sabrina (2022): Politische Ideen im Wandel der Zeit. Von den Klassikern zu aktuellen Diskursen. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich (utb Politikwissenschaft, 5943).
- Altemeyer, Bob (1996): The authoritarian specter. Harvard: University Press.
- Altemeyer, Bob (2002): Dogmatic behavior among students: testing a new measure of dogmatism. In: *The Journal of Social Psychology* 142 (6), S. 713–721. DOI: 10.1080/00224540209603931.

- Altemeyer, Bob (2004): The Other »Authoritarian Personality«. In: John T. Jost (Hg.): Political Psychology. Key readings. 1. Aufl. New York, NY: Psychology Press (Key Readings in Social Psychology, 11), S. 85–107.
- Althusser, Louis (1997): Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation). In: Slavoj Žižek (Hg.): Mapping Ideology. 3. Aufl. New York, London: Verso (Mapping), S. 100–140.
- Amlinger, Carolin (2016): Ideologie. In: Johannes Kopp und Anja Steinbach (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 11. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129–135.
- Amutah, Christina; Greenidge, Kaliya; Mante, Adjoa; Munyikwa, Michelle; Survy, Sanjna L.; Higginbotham, Eve et al. (2021): Misrepresenting Race – The Role of Medical Schools in Propagating Physician Bias. In: *The New England Journal of Medicine* 384 (9), S. 872–878. DOI: 10.1056/NEJMms2025768.
- Anomaly, Jonathan; Winegard, Bo M. (2020): The Egalitarian Fallacy: Are Group Differences Compatible with Political Liberalism? In: *Philosophica* 48, S. 433–444. DOI: 10.1007/s11406-019-00129-w.
- Anton, Andreas; Schetsche, Michael; Walter, Michael (2014): Wirklichkeitskonstruktion zwischen Orthodoxie und Heterodoxie – zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien. In: Andreas Anton, Michael Schetsche und Michael Walter (Hg.): Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens. Wiesbaden: Springer, S. 9–25.
- Arts, Wil; Gelissen, John (2002): Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. In: *Journal of European Social Policy* 12 (2), S. 137–158. DOI: 10.1177/0952872002012002114.
- Arzheimer, Kai (2009): Ideologien. In: Viktoria Kania und Andrea Römmele (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83–108.
- Aschauer, Wolfgang (2017): Societal Malaise in turbulent times. Introducing a new explanatory factor of populism in a cross-national Europe-wide perspective. In: Reinhard Heinisch, Christina Holtz-Bacha und Oscar Mazzoleni (Hg.): Political Populism. A handbook. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (International Studies on Populism, 3), 307–328.
- Aschauer, Wolfgang; Heinz, Janine (2023): Autoritäre Dynamiken in der Corona-Krise. Einblicke in das Ausmaß von Autoritarismus und Coronaskepsis in der Salzburger Bevölkerung 2021. Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ-Arbeitspapiere, 64).
- Aschauer, Wolfgang; Seymer, Alexander; Prandner, Dimitri; Baisch, Benjamin; Hadler, Markus; Höllinger, Franz; Bacher, Johann (2020): Values in Crisis Austria (SUF edition). AUSSDA. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.11587/HOUJNT>.
- Aschauer, Wolfgang; Seymer, Alexander; Ulrich, Martin; Kreuzberger, Markus; Bodi-Fernandez, Otto; Höllinger, Franz et al. (2023): Values in Crisis Austria – Wave 1, Wave 2 and Wave 3 combined (SUF edition). AUSSDA. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.11587/EYJMEZ>.
- Aschauer, Wolfgang; Seymer, Alexander; Ulrich, Martin; Kreuzberger, Markus; Höllinger, Franz; Eder, Anja et al. (2021): Values in Crisis Austria – Wave 1 and Wave 2 combined (SUF edition). AUSSDA. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.11587/6YQASY>.
- Ashton, Michael C.; Danso, Henry A.; Maio, Gregory R.; Esses, Victoria M.; Bond, Michael Harris; Keung, Doris Ka (2005): Two Dimensions of Political Attitudes and Their Individual Difference Correlates: A Cross-Cultural Perspective. In: Richard M. Sorrentino, Dov Coven, James M. Olson und Mark P. Zanna (Hg.): Culture and social behavior. Mahwah, London:

- Lawrence Erlbaum Associates (The Ontario Symposium on Personality and Social Psychology, 10), S. 1–29.
- Ayers, David Franklin (2005): Neoliberal Ideology in Community College Mission Statements: A Critical Discourse Analysis. In: *The Review of Higher Education* 28 (4), S. 527–549. DOI: 10.1353/rhe.2005.0033.
- Azevedo, Flavio; Jost, John T.; Rothmund, Tobias; Sterling, Joanna (2019): Neoliberal Ideology and the Justification of Inequality in Capitalist Societies: Why Social and Economic Dimensions of Ideology Are Intertwined. In: *Journal of Social Issues* 75 (1), S. 49–88. DOI: 10.1111/josi.12310.
- Bacher, Johann; Pöge, Andreas; Wenzig, Knut (2010): Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren. 3. ergänzte, vollständig überarbeitete und neu gestaltete Auflage. München: Oldenbourg.
- Bachner, Jennifer; Wagner Hill, Kathy (2014): Advances in Public Opinion and Policy Attitudes Research. In: *The Policy Studies Journal* 42 (1), S. 51–70. DOI: 10.1111/psj.12052.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf (2018): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 15. vollständig überarbeitete Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Bacon, Francis (1984): Die Idolenlehre. In: Kurt Lenk (Hg.): Ideologie. Ideologiekritik und Wissenschaftssoziologie. Vom Hrsg. überarb. und erw. 9. Aufl. Frankfurt/Main: Campus, S. 50–52.
- Baierl, Andreas (2023): Partnerschaftsstatus und Heiratspläne. In: Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner und Beat Fux (Hg.): Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten. Wien: Generations and Gender Programme (GGP), S. 12.
- Baierl, Andreas; Neuwirth, Norbert (2011): Zur Entwicklung der Familienstrukturen in österreichischen Privathaushalten. In: Norbert Neuwirth (Hg.): Familienformen in Österreich: Stand und Entwicklung von Patchwork- und Ein-Eltern-Familien in der Struktur der Familienformen in Österreich. Wien, S. 13–35.
- Bajpai, Rochana; Bonura, Carlo (2015): South Asian and Southeast Asian Ideologies. In: Michael Freedman, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 661–682.
- Bakker, Bert N. (2017): Personality Traits, Income, and Economic Ideology. In: *Political Psychology* 38 (6), S. 1025–1041. DOI: 10.1111/pops.12349.
- Bakker, Bert N.; Lelkes, Yphtach; Malka, Ariel (2020): Understanding Partisan Cue Receptivity: Tests of Predictions from the Bounded Rationality and Expressive Utility Perspectives. In: *The Journal of Politics* 82 (3), S. 1061–1077. DOI: 10.1086/707616.
- Ball, Terence (1996): Ideology and consistency: A dialogical approach. In: *Journal of Political Ideologies* 1 (1), S. 97–102. DOI: 10.1080/13569319608420730.
- Ball, Terence (1999): From ›core‹ to ›sore‹ concepts: Ideological innovation and conceptual change. In: *Journal of Political Ideologies* 4 (3), S. 391–396. DOI: 10.1080/13569319908420804.
- Barber, Benjamin IV; Beramendi, Pablo; Wibbels, Erik (2013): The Behavioral Foundations of Social Politics: Evidence from Surveys and a Laboratory Democracy. In: *Comparative Political Studies* 46 (10), S. 1155–1189. DOI: 10.1177/0010414012472467.
- Barber, Michael; Pope, Jeremy C. (2019): Does Party Trump Ideology? Disentangling Party and Ideology in America. In: *The American Political Science Review* 113 (1), S. 38–54. DOI: 10.1017/S0003055418000795.

- Bartolini, Stefano; Mair, Peter (1990): Policy competition, spatial distance and electoral instability. In: *West European Politics* 13 (4), S. 1–16. DOI: 10.1080/01402389008424816.
- Bauer, Petra (1993): Ideologie und politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung politischer Überzeugungssysteme. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, 123).
- Bauer-Kaase, Petra (2001): Politische Ideologie im Wandel? – Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ›links‹ und ›rechts‹. In: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Schriften des Otto-Stammer Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, ehemals Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung, 90), S. 207–243.
- Bayerlein, Michael (2021): Chasing the Other »Populist Zeitgeist«? Mainstream Parties and the Rise of Right-Wing Populism. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62 (3), S. 411–433. DOI: 10.1007/s11615-021-00299-x.
- Beecher, Jonathan (2011): Early European Socialism. In: George Klosko (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Political Philosophy*. Oxford: Oxford University Press (Oxford Handbooks Online), S. 369–392.
- Beer, Max (1967): Communism. In: Edwin R.A. Seligman und Alvin Johnson (Hg.): *Encyclopedia of the Social Sciences*. 16. Aufl. New York, Toronto: The Macmillan Company (3), S. 81–87.
- Beierlein, Constanze; Asbrock, Frank; Kauff, Mathias; Schmidt, Peter (2014): Kurzsкала Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen. Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis228>.
- Bell, Daniel (1968): Socialism. In: David L. Sills (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York: Crowell Collier and MacMillan, Inc. (14), S. 506–534.
- Bell, Duncan (2014): What Is Liberalism? In: *Political Theory* 42 (6), S. 682–715. DOI: 10.1177/0090591714535103.
- Bellamy, Richard (2015): Liberalism: Political Doctrine and Impact on Social Science. In: James D. Wright (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (14), S. 26–31.
- Belmonte-Martín, Irene; Tufte, Geir C. (2017): Spain's and Norway's Welfare Regimes Compared: An Outcome-Based Evaluation of How Welfare Regimes Influence the Risk of Poverty and Social Exclusion. In: *Journal of Poverty* 21 (4), S. 372–387. DOI: 10.1080/10875549.2016.1204647.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2009): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: eine Theorie der Wissenssoziologie. 22. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Bernstein, Mary (2005): Identity Politics. In: *Annual Review of Sociology* 31 (1), S. 47–74. DOI: 10.1146/annurev.soc.29.010202.100054.
- Bielby, William T. (2008): The Structure and Process of Sex Segregation. In: David B. Grusky (Hg.): *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Széleányi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 786–797.
- Blasius, Jörg (2001): Korrespondenzanalyse. München, Wien: Oldenbourg (Internationale Standardlehrbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften).

- Blasius, Jörg (2010): Korrespondenzanalyse. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 367–389.
- Blasius, Jörg; Schmitz, Andreas (2013): Sozialraum- und Habituskonstruktion. Die Korrespondenzanalyse in Pierre Bourdieus Forschungsprogramm. In: Alexander Lenger, Christian Schneickert und Florian Schumacher (Hg.): Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201–218.
- Blau, Francine D.; Kahn, Lawrence M. (2008): The Gender Pay Gap. Have Women Gone as Far as They Can? In: David B. Grusky (Hg.): Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 843–860.
- Blekesaune, Morten (2007): Economic Conditions and Public Attitudes to Welfare Policies. In: *European Sociological Review* 23 (3), S. 393–403. DOI: 10.1093/esr/jcm012.
- Blekesaune, Morten (2013): Economic Strain and Public Support for Redistribution: A Comparative Analysis of 28 European Countries. In: *Journal of Social Policy* 42 (1), S. 57–72. DOI: 10.1017/S0047279412000748.
- Block, Jack; Block, Jeanne H. (2006): Nursery school personality and political orientation two decades later. In: *Journal of Research in Personality* 40 (5), S. 734–749. DOI: 10.1016/j.jrp.2005.09.005.
- Bolte, Karl Martin; Hradil, Stefan (1988): Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation. Für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Aufl. Heidelberg: Springer-Medizin-Verl.
- Boshier, Roger (1973): Conservatism and Superstitious Behaviour. In: Glenn D. Wilson (Hg.): The Psychology of Conservatism. London, New York: Academic Press, S. 149–159.
- Boudon, Raymond (1999): Local vs general ideologies: A normal ingredient of modern political life. In: *Journal of Political Ideologies* 4 (2), S. 141–161. DOI: 10.1080/13569319908420793.
- Boudon, Raymond; Bourricaud, François (1992): Soziologische Stichworte. Ein Handbuch. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bourdieu, Pierre (1987a): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 658).
- Bourdieu, Pierre (1987b): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2001a): Das politische Feld. In: Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Hg. v. Franz Schultheiß und Louis Pinto. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 41–66.
- Bourdieu, Pierre (2001b): Die politische Repräsentation. In: Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Hg. v. Franz Schultheiß und Louis Pinto. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 67–114.
- Bourdieu, Pierre (2001c): Sozialer Raum und politisches Feld. In: Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Hg. v. Franz Schultheiß und Louis Pinto. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 127–131.
- Brandt, Mark J.; Reyna, Christine; Chambers, John R.; Crawford, Jarret T.; Wetherell, Geoffrey (2014): The Ideological-Conflict Hypothesis: Intolerance Among Both Liberals

- and Conservatives. In: *Current Directions in Psychological Science* 23 (1), S. 27–34. DOI: 10.1177/0963721413510932.
- Brandt, Mark J.; Sibley, Chris G.; Osborne, Danny (2019): What Is Central to Political Belief System Networks? In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 45 (9), S. 1352–1364. DOI: 10.1177/0146167218824354.
- Brandt, Mark J.; Vallabha, Shree; Turner-Zwinkels, Felicity M. (2023): The Onset of the COVID-19 Pandemic Made People Feel Threatened, but Had a Limited Impact on Political Attitudes in the United States. In: *Personality & Social Psychology Bulletin* Online First, 1–17. DOI: 10.1177/01461672231190233.
- Braun, Daniela (2013): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Brauns, Hildegard; Steinmann, Susanne; Haun, Dietmar (2000): Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich. In: *ZUMA Nachrichten* 24 (46), S. 8–63. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:O168-ssaoar-211110>.
- Bredow, Wilfried von; Noetzel, Thomas (2009): Politische Urteilskraft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Breiner, Peter (2015): Karl Mannheim and Political Ideology. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 38–54.
- Brennan, Geoffrey; Hamlin, Alan (2014): Comprehending conservatism: frameworks and analysis. In: *Journal of Political Ideologies* 19 (2), S. 227–239. DOI: 10.1080/13569317.2014.909262.
- Breyer, Bianca (2015): Left-Right Self-Placement (ALLBUS). Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis83>, zuletzt geprüft am 02.10.2020.
- Browsers, Michaelle L. (2015): Islamic Political Ideologies. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 627–643.
- Brown, Archie (2015): Communism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 364–384.
- Brown, Roger (2004): The Authoritarian Personality and the Organization of Attitudes. In: John T. Jost (Hg.): *Political Psychology. Key readings*. 1. Aufl. New York, NY: Psychology Press (Key Readings in Social Psychology, 11), S. 39–68.
- Buchmayr, Florian (2022): Variationen politischen Denkens – Eine milieutheoretische Untersuchung politischer Einstellungsmuster. In: *Zeitschrift für Soziologie* 51 (4), S. 385–403. DOI: 10.1515/zfsoz-2022-0021.
- Buckle, Tobias (2013): Surveying ideology in mass populations: a new conceptual method. In: *Journal of Political Ideologies* 18 (2), S. 219–242. DOI: 10.1080/13569317.2013.784014.
- Bullock, John G. (2011): Elite Influence on Public Opinion in an Informed Electorate. In: *American Political Science Review* 105 (3), S. 496–515. DOI: 10.1017/S0003055411000165.
- Burton, Anthony G.; Koehorst, Dimitri (2020): The spread of political misinformation on online subcultural platforms. In: *The Harvard Kennedy School Misinformation Review* 1 (6), S. 1–12. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.37016/mr-2020-40>.

- Butterwegge, Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Camobreco, John (2016): Ideological Realignment and the Primacy of Symbolic Ideology. In: *American Politics Research* 44 (3), S. 471–495. DOI: 10.1177/1532673X15624011.
- Canovan, Margaret (2002): Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy. In: Yves Mény und Yves Surel (Hg.): *Democracies and the Populist Challenge*. New York: Palgrave, S. 25–44.
- Carver, Terrell (2011): The Marxian Tradition. In: George Klosko (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Political Philosophy*. Oxford: Oxford University Press (Oxford Handbooks Online), S. 393–413.
- Caughey, Devin; O'Grady, Tom; Warshaw, Christopher (2019): Policy Ideology in European Mass Publics, 1981–2016. In: *The American Political Science Review* 113 (3), S. 674–693. DOI: 10.1017/S0003055419000157.
- Caulkins, D. Douglas (1999): Is Mary Douglas's Grid/Group Analysis Useful for Cross-Cultural Research? In: *Cross-Cultural Research* 33 (1), S. 108–128. DOI: 10.1177/106939719903300107.
- Chambers, Clare (2015): Feminism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 562–582.
- Charron, Nicholas; Lapuente, Victor; Rodríguez-Pose, Andrés (2022): Cooperative society, uncooperative politics of both? Trust, polarization, populism and COVID-19 deaths across European regions. In: *European Journal of Political Research*, S. 1–25. DOI: 10.1111/1475-6765.12529.
- Chen, Fang Fang (2007): Sensitivity of Goodness of Fit Indexes to Lack of Measurement Invariance. In: *Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal* 14 (3), S. 464–504. DOI: 10.1080/10705510701301834.
- Christopher, Andrew N.; Mull, Melinda S. (2006): Conservative ideology and ambivalent sexism. In: *Psychology of Women Quarterly* 30, S. 223–230. DOI: 10.1111/j.1471-6402.2006.00284.x.
- Ciuk, David J. (2018): Assessing the contextual stability of moral foundations: Evidence from a survey experiment. In: *Research and Politics* 5 (2), S. 1–9. DOI: 10.1177/2053168018781748.
- Clark, Cory J.; Winegard, Bo M. (2020): Tribalism in War and Peace: The Nature and Evolution of Ideological Epistemology and Its Significance for Modern Social Science. In: *Psychological Inquiry* 31 (1), S. 1–22. DOI: 10.1080/1047840X.2020.1721233.
- Cleen, Benjamin de (2018): The conservative political logic: a discourse-theoretical perspective. In: *Journal of Political Ideologies* 23 (1), S. 10–29. DOI: 10.1080/13569317.2017.1397917.
- Collani, Gernot von; Werner, Ronny (2014): Ambivalent-sexistische Einstellungen gegenüber Männern (ASEM). Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis215>.
- Connolly, John P. (2015): Ideological Constraint: History and Current Status of the Concept. In: James D. Wright (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (11), S. 554–560.
- Conover, Pamela Johnston; Feldman, Stanley (2004): The Origins and Meanings of Liberal/Conservative Self-Identifications. In: John T. Jost (Hg.): *Political Psychology. Key readings*. 1. Aufl. New York, NY: Psychology Press (Key Readings in Social Psychology, 11), S. 200–216.
- Constantin, Jan; Grundmann, Thomas (2020): Epistemic authority: preemption through source sensitive defeat. In: *Synthese* 197 (9), S. 4109–4130. DOI: 10.1007/s11229-018-01923-x.

- Converse, Philip E. (1975): Public opinion and voting behavior. In: Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby (Hg.): Nongovernmental politics. Reading, Mass.: Addison-Wesley (Handbook of political science, 4), S. 75–169.
- Converse, Philip E. (2004): The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: John T. Jost (Hg.): Political Psychology. Key readings. 1. Aufl. New York, NY: Psychology Press (Key Readings in Social Psychology, 11), S. 181–199.
- Converse, Philip E. (2006): The nature of belief systems in mass publics (1964). In: *Critical Review* 18 (1–3), S. 1–74. DOI: 10.1080/08913810608443650.
- Conway III, Lucian Gideon; Zubrod, Alivia; Chan, Linus; McFarland, James D.; van de Vliert, Evert (2022): Is the myth of left-wing authoritarianism itself a myth? In: *Frontiers in Psychology* 13, S. 1–23. DOI: 10.3389/fpsyg.2022.1041391.
- Cornelis, Ilse; van Hiel, Alain; Roets, Arne; Kossowska, Malgorzata (2009): Age Differences in Conservatism: Evidence on the Mediating Effects of Personality and Cognitive Style. In: *Journal of Personality* 77 (1), S. 51–87. DOI: 10.1111/j.1467-6494.2008.00538.x.
- Costello, Thomas H.; Bowes, Shauna M.; Stevens, Sean T.; Waldman, Irwin D.; Tasimi, Arber; Lilienfeld, Scott O. (2022): Clarifying the Structure and Nature of Left-Wing Authoritarianism. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 122 (1), S. 135–170. DOI: 10.1037/pspp0000341.
- Coveyou, Micheal R.; Piereson, James (1977): Ideological Perceptions and Political Judgement: Some Problems of Concept and Measurement. In: *Political Methodology* 4 (1), S. 77–102.
- Crawford, Jarret T. (2012): The ideologically objectionable premise model: Predicting biased political judgments on the left and right. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 48 (1), S. 138–151. DOI: 10.1016/j.jesp.2011.10.004.
- Dagger, Richard (2011): Republicanism. In: George Klosko (Hg.): The Oxford Handbook of the History of Political Philosophy. Oxford: Oxford University Press (Oxford Handbooks Online), S. 701–711.
- Davidov, Eldad; Meuleman, Bart; Cieciuch, Jan; Schmidt, Peter; Billiet, Jaak (2014): Measurement Equivalence in Cross-National Research. In: *Annual Review of Sociology* 40 (1), S. 55–75. DOI: 10.1146/annurev-soc-071913-043137.
- Davidson, Pamela; Steinmann, Susanne; Wegener, Bernd (1995): The Caring But Unjust Women? A Comparative Study of Gender Differences in Perceptions of Social Justice in Four Countries. In: James R. Kluegel, David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.): Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. New York: De Gruyter, S. 285–319.
- Davis, Mark H. (1980): A Multidimensional Approach to Individual Differences in Empathy. JSAS Catalog of Selected Documents in Psychology. Online verfügbar unter https://www.uv.es/friasnav/Davis_1980.pdf, zuletzt geprüft am 29.06.2022.
- Davis, Mark H. (1983): Measuring Individual Differences in Empathy: Evidence for a Multidimensional Approach. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 44 (1), S. 113–126. DOI: 10.1037/0022-3514.44.1.113.
- de Regt, Sabrina; Mortelmans, Dimitri; Smits, Tim (2011): Left-wing authoritarianism is not a myth, but a worrisome reality. Evidence from 13 Eastern European countries. In: *Communist and Post-Communist Studies* 44 (4), S. 299–308. DOI: 10.1016/j.postcomstud.2011.10.006.
- Deaux, Kay (2015): Social Identity in Sociology. In: James D. Wright (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (22), S. 319–324.

- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektive. In: Frank Decker (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–32.
- Del Pinal, Guillermo; Reuter, Kevin (2017): Dual Character Concepts in Social Cognition: Commitments and the Normative Dimension of Conceptual Representation. In: *Cognitive Science* 41 (3), S. 477–501. DOI: 10.1111/cogs.12456.
- Demel, Ronja; Pooresmaeili, Arezoo; Gagsch, Florian; Spengler, Mareike; Schacht, Anne (2023): Beyond bidimensional measures: Introducing a culturally tailored measure of political orientation. In: *Political Psychology* Online First. DOI: 10.1111/pops.12935.
- Demel, Simona; Barr, Abigail; Miller, Luis; Ubeda, Paloma (2019): Commitment to Political Ideology is a Luxury Only Students Can Afford: A Distributive Justice Experiment. In: *Journal of Experimental Political Science* 6 (1), S. 33–42. DOI: 10.1017/XPS.2018.14.
- Dierse, Ulrich (1976): Ideologie. In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Basel, Stuttgart: Schwabe & Co. Verlag (4), S. 158–185.
- Dimbath, Oliver (2012): Einführung in die Soziologie. 2. korrigierte Auflage. Paderborn: Wilhelm Fink (UTB Soziologie, 3463).
- Dimbath, Oliver (2016): Soziologische Zeitdiagnostik. Generation – Gesellschaft – Prozess. Paderborn: Wilhelm Fink (UTB Soziologie, 4542).
- DiPrete, Thomas A.; Eirich, Gregory M. (2006): Cumulative Advantage as a Mechanism for Inequality. A Review of Theoretical and Empirical Developments. In: *Annual Review of Sociology* 32, S. 271–297. DOI: 10.1146/annurev.soc.32.061604.123127.
- Dochow-Sonderhaus, Stephan; Teney, Céline (2024): Opinion polarization of immigration and EU attitudes between social classes – the limiting role of working class dissensus. In: *European Societies* Online First, S. 1–32. DOI: 10.1080/14616696.2024.2312948.
- Douglas, Karen M.; Uscinski, Joseph E.; Sutton, Robbie M.; Cichocka, Aleksandra; Nefes, Turkey; Ang, Chee Siang; Deravi, Farzin (2019): Understanding Conspiracy Theories. In: *Advances in Political Psychology* 40 (1), S. 3–35. DOI: 10.1111/pops.12568.
- Douglas, Mary (1982): In the active voice. London, Boston, Oxon: Routledge & Kegan Paul.
- Dowding, Keith (2011): Republican freedom, rights, and the coalition problem. In: *Politics, Philosophy & Economics* 10 (3), S. 301–322. DOI: 10.1177/1470594X10388380.
- Drescher, Franziska; Schrott, Peter (2015): Einflussfaktoren auf die Einstellung zur Frauenquote. In: *WSI-Mitteilungen* 68 (2), S. 1–8. DOI: 10.5771/0342-300X-2015-2-1.
- Druckman, James N.; Levendusky, Matthew S. (2019): What do we measure when we measure affective polarization? In: *Public Opinion Quarterly* 83 (1), S. 114–122. DOI: 10.1093/poq/nfz003.
- Duarte, José L.; Crawford, Jarret T.; Stern, Charlotta; Haidt, Jonathan; Jussim, Lee; Tetlock, Philip E. (2015): Political diversity will improve social psychological science. In: *The Behavioral and Brain Sciences* 38, 1–13. DOI: 10.1017/S0140525X14000430.
- Dubois, Michel (2015): Collective Beliefs, Sociological Explanation of. In: James D. Wright (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (4), S. 163–168.
- Duckitt, John; Sibley, Chris G. (2010): Personality, Ideology, Prejudice, and Politics: A Dual-Process Motivational Model. In: *Journal of Personality* 78 (6), S. 1861–1893. DOI: 10.1111/j.1467-6494.2010.00672.x.

- Duckitt, John; Sibley, Chris G. (2017): The Dual Process Motivational Model of Ideology and Prejudice. In: Chris G. Sibley und Fiona Kate Barlow (Hg.): *The Cambridge Handbook of the Psychology of Prejudice*. Cambridge: Cambridge University Press, 188–221.
- Dzenis, Sandra; Nobre Faria, Filipe (2022): Combining ideology with narrow self-interest in positive political theory. In: *Journal of Political Ideologies*, S. 1–20. DOI: 10.1080/13569317.2022.2135254.
- Eagleton, Terry (1991): *Ideology. An introduction*. Second impression. London: Verso.
- Eatwell, Roger (1996): On defining the »Fascist Minimum«: The centrality of ideology. In: *Journal of Political Ideologies* 1 (3), S. 303–319. DOI: 10.1080/13569319608420743.
- Eatwell, Roger (2015): Fascism. In: Michael Freedon, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 474–492.
- Eder, Anja; Aschauer, Wolfgang; Höllinger, Franz; Ulrich, Martin (2022): Pandemie und Wertewandel? Verschiebungen von Wertprioritäten in der österreichischen Bevölkerung und in einzelnen Wähler*innenschichten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 47 (4), 333–357. DOI: 10.1007/s11614-022-00505-z.
- Emmerich, Marcus (2013): *Ideologien und Diskurse*. In: Albert Scherr (Hg.): *Soziologische Basics*. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 111–18.
- Endreß, Martin (2007): Karl Mannheim. In: Rainer Schützeichel (Hg.): *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft (Erfahrung – Wissen – Imagination, 15), S. 77–93.
- Erikson, Robert; Goldthorpe, John H. (1993): *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Erikson, Robert; Goldthorpe, John H.; Portocarero, Lucienne (1979): Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies: England, France and Sweden. In: *British Journal of Sociology* 30 (4), S. 415–441.
- Esarey, Justin; Salmon, Timothy C.; Barrilleaux, Charles (2012): What motivates political preferences? Self-interest, ideology, and fairness in a laboratory democracy. In: *Economic Inquiry* 50 (3), S. 604–624. DOI: 10.1111/j.1465-7295.2011.00394.x.
- Esping-Andersen, Gøsta (1993): *The three worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Etzioni, Amitai (2012): Communitarianism. In: Ruth F. Chadwick (Hg.): *Encyclopedia of Applied Ethics*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier, S. 516–521.
- Everett, Jim A. C. (2013): The 12 Item Social and Economic Conservatism Scale (SECS). In: *PloS one* 8 (12), 1–11. DOI: 10.1371/journal.pone.0082131.
- Feagin, Joe R. (2008): The Continuing Significance of Race. Antiracial Discrimination in Public Places. In: David B. Grusky (Hg.): *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 703–709.
- Feldman, Stanley (2013): Political Ideology. In: Leonie Huddy, David O. Sears und Jack S. Levy (Hg.): *The Oxford handbook of political psychology*. 2. Aufl. Oxford: Oxford University Press, S. 591–626.

- Feldman, Stanley; Johnston, Christopher (2014): Understanding the Determinants of Political Ideology: Implications of Structural Complexity. In: *Political Psychology* 35 (3), S. 337–358. DOI: 10.1111/pops.12055.
- Feldmann, Klaus (2006): Soziologie kompakt. Eine Einführung. 4. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fieder, Martin; Huber, Susanne (2018): Political Attitude and Fertility: Is There a Selection for the Political Extreme? In: *Frontiers in Psychology* 9, S. 1–11. DOI: 10.3389/fpsyg.2018.02343.
- Fleck, Ludwik (1980): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 312).
- Fraley, R. Chris; Griffin, Brian N.; Belsky, Jay; Roisman, Glenn I. (2012): Developmental Antecedents of Political Ideology: A Longitudinal Investigation From Birth to Age 18 Years. In: *Psychological Science* 23 (11), S. 1425–1431. DOI: 10.1177/0956797612440102.
- Franks, Benjamin (2015): Anarchism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 385–404.
- Freeden, Michael (1997): Ideologies and conceptual history. In: *Journal of Political Ideologies* 2 (1), S. 3–11. DOI: 10.1080/13569319708420747.
- Freeden, Michael (1998): Stormy relationships: Ideologies and politics. In: *Journal of Political Ideologies* 3 (1), S. 5–11. DOI: 10.1080/13569319808420766.
- Freeden, Michael (1999): Ideologies as communal resources. In: *Journal of Political Ideologies* 4 (3), S. 411–417. DOI: 10.1080/13569319908420807.
- Freeden, Michael (2001): Editorial: What is special about ideologies? In: *Journal of Political Ideologies* 6 (1), S. 5–12. DOI: 10.1080/13569310120040122.
- Freeden, Michael (2006): Ideology and political theory. In: *Journal of Political Ideologies* 11 (1), S. 3–22. DOI: 10.1080/13569310500395834.
- Freeden, Michael (2008): Ideologies and political theory. A conceptual approach. Reprinted. Oxford: Clarendon Press.
- Freeden, Michael (2015): The Morphological Analysis of Ideology. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 115–137.
- Freeden, Michael; Sargent, Lyman Tower; Stears, Marc (Hg.) (2015): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press.
- Freeden, Michael; Stears, Marc (2015): Liberalism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 329–347.
- Frick, Joachim (1996): Lebenslagen im Wandel. Determinanten kleinräumlicher Mobilität in Westdeutschland. Frankfurt am Main, New York: Campus (Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, 9).
- Fromm, Sabine (2012): Korrespondenzanalyse. In: Sabine Fromm (Hg.): *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223–257.
- Funk, Carolyn L. (2013): Genetic Foundations of Political Behavior. In: Leonie Huddy, David O. Sears und Jack S. Levy (Hg.): *The Oxford handbook of political psychology*. 2. Aufl. Oxford: Oxford University Press, S. 237–261.

- Funke, Friedrich (2005): The Dimensionality of Right-Wing Authoritarianism: Lessons from the Dilemma between Theory and Measurement. In: *Political Psychology* 26 (2), S. 195–218. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2005.00415.x.
- Fux, Beat (2005): *Familiäre Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Vertrieb Bundesamt für Statistik (Eidgenössische Volkszählung 2000, 11).
- Fux, Beat (2023): Familien und Haushaltsformen. In: Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner und Beat Fux (Hg.): *Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten*. Wien: Generations and Gender Programme (GGP), S. 25.
- Gamble, Andrew (2015): Economic Libertarianism. In: Michael Freedman, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 405–421.
- Gampa, Anup; Wojcik, Sean P.; Motyl, Matt; Nosek, Brian A.; Ditto, Peter H. (2019): (Ideo)Logical Reasoning: Ideology Impairs Sound Reasoning. In: *Social Psychological and Personality Science* 85 (6), 1–9. DOI: 10.1177/1948550619829059.
- Ganzeboom, Harry B.; Graaf, Paul M. de; Treiman, Donald J.; Leeuw, Jan de (1992): A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. In: *Social Science Research* 21, S. 1–56. DOI: 10.1016/0049-089X(92)90017-B.
- Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hg.) (1991): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdt. Verl.
- Geiger, Theodor (1968): *Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens*. 2. Aufl. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand Verlag (Soziologische Essays).
- Geiger, Theodor (1984): *Ideologie und Werturteil*. In: Kurt Lenk (Hg.): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Vom Hrsg. überarb. und erw. 9. Aufl. Frankfurt/Main: Campus, S. 184–189.
- Geiger, Theodor (1987): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage; Nachdruck zum 150jährigen Bestehen des Ferdinand Enke Verlages. Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932*. Stuttgart: Enke.
- Geißler, Rainer (2014): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer*. 7. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer.
- Geoghegan, Vincent (2004): Ideology and utopia. In: *Journal of Political Ideologies* 9 (2), S. 123–138. DOI: 10.1080/13569310410001691172.
- Georg, Werner (2014): Lebensstil (style de vie). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, 165–168.
- Gerber, Alan S.; Huber, Gregory A.; Doherty, David; Dowling, Conor M.; Ha, Shang E. (2010): Personality and Political Attitudes: Relationships across Issue Domains and Political Contexts. In: *The American Political Science Review* 104 (1), S. 111–133. DOI: 10.1017/S0003055410000031.
- Gerich, Joachim (2010): Thurstone- und Likertskalierung. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259–281.
- Gerring, John (1997): Ideology: A Definitional Analysis. In: *Political Research Quarterly* 50 (4), S. 957–994. DOI: 10.1177/106591299705000412.
- Girerd, Lola; Jost, John T.; Bonnot, Virginie (2023): How Neoliberal are You? Development and Validation of the Neoliberal Orientation Questionnaire. In: *International Review of Social Psychology* 36 (1), S. 11. DOI: 10.5334/irsp. 663.

- Glick, Peter; Fiske, Susan T. (1997): Hostile and Benevolent Sexism. Measuring Ambivalent Sexist Attitudes Toward Women. In: *Psychology of Women Quarterly* 21, S. 119–135. DOI: 10.1111/j.1471-6402.1997.tb00104.x.
- Globisch, Claudia; Müller, Dana; Fuchs, Michaela; Christoph, Bernhard; Danneck, Viktoria; Dummert, Sandra et al. (2022): Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern: In der Pandemie ändern sich Geschlechterrollen kaum. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.48720/IAB.KB.2205>.
- Gower, J. C. (1990): Fisher's Optimal Scores and Multiple Correspondence Analysis. In: *Biometrics* 46 (4), S. 947–961.
- Gracia, Pablo; Esping-Andersen, Gøsta (2015): Fathers' child care time and mothers' paid work: A cross-national study of Denmark, Spain, and the United Kingdom. In: *Family Science* 6 (1), S. 270–281. DOI: 10.1080/19424620.2015.1082336.
- Gräf, Lorenz; Jagodzinski, Wolfgang (1998): Wer vertraut welcher Institution: Sozialstrukturell und politisch bedingte Unterschiede im Institutionenvertrauen. In: Michael Braun und Peter Ph. Mohler (Hg.): *Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 283–315.
- Graham, Jesse; Nosek, Brian A.; Haidt, Jonathan; Iyer, Ravi; Koleva, Spassena; Ditto, Peter H. (2011): Mapping the moral domain. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 101 (2), S. 366–385. DOI: 10.1037/a0021847.
- Graham, Matthew H.; Svolik, Milan W. (2020): Democracy in America? Partisanship, Polarization, and the Robustness of Support for Democracy in the United States. In: *American Political Science Review* 114 (2), S. 392–409. DOI: 10.1017/S0003055420000052.
- Gramsci, Antonio (1983): *Marxismus und Kultur: Ideologie, Alltag, Literatur*. Hg. v. Sabine Kebir. Hamburg: VSA.
- Greenacre, Michael J. (2013): Correspondence Analysis. In: Todd D. Little (Hg.): *The Oxford Handbook of Quantitative Methods. Volume 2: Statistical Analysis*. Oxford: University Press, S. 142–153.
- Grundmann, Thomas (forthcoming): Experts: What are they and how can laypeople identify them? In: Jennifer Lackey und Aidan McGlynn (Hg.): *Oxford Handbook of Social Epistemology*. Oxford: University Press. Online verfügbar unter <https://philpapers.org/rec/GRUEWA>, zuletzt geprüft am 23.01.2023.
- Grundmann, Thomas (2019): *What Experts Are and How Laypeople Can Identify Them*. Philosophie Kolloquium. Universität Salzburg. Salzburg, 03.12.2019.
- Grusky, David B.; Ku, Manwai K. (2008): Gloom, Doom, and Inequality. In: David B. Grusky (Hg.): *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 2–28.
- Guo, Cai; Dweck, Carol S.; Markman, Ellen M. (2021): Gender Categories as Dual-Character Concepts? In: *Cognitive Science* 45 (5), S. 1–37. DOI: 10.1111/cogs.12954.
- Häckel, Erwin (2004): *Ideologie und Außenpolitik*. In: Wichard Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*. 9. völlig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, 404), S. 170–177.
- Häder, Michael (2010): *Empirische Sozialforschung*. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hadler, Markus (2005): Why Do People Accept Different Income Ratios? A Multi-Level Comparison of Thirty Countries. In: *Acta Sociologica* 48 (2), S. 131–154. DOI: 10.1177/0001699305053768.
- Haffert, Lukas (2022): Die politische Geografie der Bundestagswahl. In: *Merkur* 76 (874), S. 19–32.
- Hahn, Ernst (1984): Zur Kritik des bürgerlichen Bewußtseins. In: Kurt Lenk (Hg.): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Vom Hrsg. überarb. und erw. 9. Aufl. Frankfurt/Main: Campus, S. 117–129.
- Haidt, Jonathan; Graham, Jesse; Joseph, Craig (2009): Above and Below Left–Right: Ideological Narratives and Moral Foundations. In: *Psychological Inquiry* 20 (2–3), S. 110–119. DOI: 10.1080/10478400903028573.
- Haller, Max (2022): Die revolutionäre Kraft der Ideen. Gesellschaftliche Grundwerte zwischen Interessen und Macht, Recht und Moral. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Haller, Max; Müller Kmet, Bernadette (2019): Die Werteorientierungen der Österreicher_innen. Eine Analyse auf Basis des Wertemodells von S. H. Schwartz. In: Johann Bacher, Alfred Grausgruber, Max Haller, Franz Höllinger, Dimitri Prandner und Roland Verwiebe (Hg.): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 51–70.
- Hamilton, Malcolm B. (1987): The Elements of the Concept of Ideology. In: *Political Studies* 35 (1), S. 18–38. DOI: 10.1111/j.1467-9248.1987.tb00186.x.
- Hanel, Paul H. P.; Zarieczna, Natalia; Haddock, Geoffrey (2019): Sharing the Same Political Ideology Yet Endorsing Different Values: Left- and Right-Wing Political Supporters Are More Heterogeneous Than Moderates. In: *Social Psychological and Personality Science* 10 (7), S. 874–882. DOI: 10.1177/1948550618803348.
- Hartmann, Tilo; Reinecke, Leonard (2013): Skalenentwicklung in der Kommunikationswissenschaft. In: Wiebke Möhring und Daniela Schlütz (Hg.): *Handbuch standardisierte Erhebungsverfahren in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 41–60.
- Hatemi, Peter K.; McDermott, Rose (2012): The genetics of politics: discovery, challenges, and progress. In: *Trends in Genetics* 28 (10), S. 525–533. DOI: 10.1016/j.tig.2012.07.004.
- Heath, Anthony; Evans, Geoffrey; Martin, Jean (1994): The Measurement of Core Beliefs and Values: The Development of Balanced Socialist/Laissez Faire and Libertarian/Authoritarian Scale. In: *British Journal of Political Science* 24 (1), S. 115–132.
- Hebler, M.; Booh, A. T.; Wieczorek, S.; Schneider, J. F. (2001): Right-Wing Autoritarismus. GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis81>.
- Heckman, James (1974): Shadow Prices, Market Wages, and Labor Supply. In: *Econometrica* 42 (4), S. 679–694. DOI: 10.2307/1913937.
- Heinisch, Reinhard; Werner, Annika (2019): Who Do Populist Radical Right Parties Stand for? Representative Claims, Claim Acceptance and Descriptive Representation in the Austrian FPÖ and German AfD. In: *Representation* 55 (4), S. 475–492. DOI: 10.1080/00344893.2019.1635196.
- Heitmeyer, Wilhelm (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 1*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–34.
- Helbling, Marc (2014): Opposing Muslims and the Muslim Headscarf in Western Europe. In: *European Sociological Review* 30 (2), S. 242–257. DOI: 10.1093/esr/jct038.

- Helbling, Marc; Teney, Céline (2015): The cosmopolitan elite in Germany: transnationalism and postmaterialism. In: *Global Networks* 15 (4), S. 446–468. DOI: 10.1111/glob.12073.
- Hendrickson, Joy; Zaki, Hoda (2015): Modern African Ideologies. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 607–626.
- Henning, Christoph (2016): Sozialistische Gerechtigkeit. In: Anna Goppel, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser (Hg.): *Handbuch Gerechtigkeit*. Wiesbaden: J.B. Metzler Verlag, S. 211–217.
- Herbst, Claudia; Neuwirth, Norbert (2023): Kinderwunsch und Kinderzahl: 2009 und 2023 – ein Vergleich. In: Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner und Beat Fux (Hg.): *Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten*. Wien: Generations and Gender Programme (GGP), S. 40.
- Hermann, Michael (2012): Das politische Profil des Geldes. Wahl- und Abstimmungswerbung in der Schweiz. Hg. v. Sotomo, zuletzt geprüft am 22.10.2019.
- Hermann, Michael; Leuthold, Heiri (2003): Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz. Zürich: vdf Hochschulverlag an der ETH Zürich.
- Hirsland, Andreas; Schneider, Werner (2001): Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöfer (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich, 373–402.
- Hitzler, Ronald; Honer, Anna (Hg.) (1997): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Berlin: Springer (Uni-Taschenbücher, 1885).
- Holst, Hajo; Fessler, Agnes; Niehoff, Steffen (2022): Covid-19, Ungleichheit und (Erwerbs-)Arbeit – zur Relevanz sozialer Klasse in der Pandemie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 51 (4), S. 41–65. DOI: 10.1515/zfsoz-2022-0004.
- Holtmann, Everhard; Krappidel, Adrienne; Rehse, Sebastian (2006): *Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Honeycutt, Nathan; Jussim, Lee (2020): A Model of Political Bias in Social Science Research. In: *Psychological Inquiry* 31 (1), S. 73–85. DOI: 10.1080/1047840X.2020.1722600.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary; Wilson, Carole J. (2002): Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration? In: *Comparative Political Studies* 35 (8), S. 965–989. DOI: 10.1177/001041402236310.
- Hopf, Wulf (2000): Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär? In: Susanne Rippl, Christian Seipel und Angela Kindervater (Hg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 93–118.
- Hoppe, Katharina (2023): Öffentliche, parteiliche, positionierte Soziologie. In: *Soziologie* 52 (2), S. 162–177.
- Houtman, Dick (2003): Lipset and »Working-Class« Authoritarianism. In: *The American Sociologist* 34, S. 85–103. DOI: 10.1007/s12108-003-1008-8.
- Hoyt, Crystal L.; Morgenroth, Thekla; Burnette, Jeni L. (2019): Understanding sexual prejudice: The role of political ideology and strategic essentialism. In: *Journal of Applied Social Psychology* 49 (1), S. 3–14. DOI: 10.1111/jasp.12560.

- Hradil, Stefan (1985): Die »neuen« sozialen Ungleichheiten. Was man von der Industriegesellschaft erwartete und was sie gebracht hat. In: Stefan Hradil (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–66.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich; VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hradil, Stefan (1992a): Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In: Stefan Hradil (Hg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung »objektiver« Lebensbedingungen und »subjektiver« Lebensweisen. Opladen: Leske + Budrich (Sozialstrukturanalyse, 1), 15–55.
- Hradil, Stefan (1992b): Einleitung. In: Stefan Hradil (Hg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung »objektiver« Lebensbedingungen und »subjektiver« Lebensweisen. Opladen: Leske + Budrich (Sozialstrukturanalyse, 1), S. 9–12.
- Hradil, Stefan (2016): Milieu, soziales. In: Johannes Kopp und Anja Steinbach (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 11. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 238–242.
- Huddy, Leonie (2001): From Social to Political Identity: A Critical Examination of Social Identity Theory. In: *Political Psychology* 22 (1), S. 127–156. DOI: 10.1111/O162-895X.00230.
- Huddy, Leonie (2004): Contrasting Theoretical Approaches to Intergroup Relations. In: *Political Psychology* 25 (6), S. 947–967. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2004.00404.x.
- Huddy, Leonie (2013): From Group Identity to Political Cohesion and Commitment. In: Leonie Huddy, David O. Sears und Jack S. Levy (Hg.): *The Oxford handbook of political psychology*. 2. Aufl. Oxford: Oxford University Press, S. 737–773.
- Huinink, Johannes (2019): Wandel von Familienstrukturen. In: Herbert Obinger und Manfred G. Schmidt (Hg.): *Handbuch Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 453–472.
- Humphrey, Mathew (2015): Green Ideology. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 422–438.
- Huntington, Samuel P. (1957): Conservatism as an Ideology. In: *The American Political Science Review* 51 (2), S. 454–473. DOI: 10.2307/1952202.
- Imhoff, Roland; Lamberty, Pia; Klein, Olivier (2018): Using Power as a Negative Cue: How Conspiracy Mentality Affects Epistemic Trust in Sources of Historical Knowledge. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 44 (9), S. 1364–1379. DOI: 10.1177/0146167218768779.
- Inbar, Yoel; Lammers, Joris (2012): Political Diversity in Social and Personality Psychology. In: *Perspectives on Psychological Science* 7 (5), S. 496–503. DOI: 10.1177/1745691612448792.
- Isotalo, Veikko; Mattila, Mikko; Schoultz, Åsa von (2020): Ideological mavericks or party herd? The effect of candidates' ideological positions on intra-party success. In: *Electoral Studies* 67, S. 102187. DOI: 10.1016/j.electstud.2020.102187.
- Iyengar, Shanto; Hahn, Kyu S. (2009): Red Media, Blue Media: Evidence of Ideological Selectivity in Media Use. In: *Journal of Communication* 59 (1), S. 19–39. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2008.01402.x.
- Jackson, Ben (2015): Social Democracy. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 348–363.
- Jacobs, Jerry A. (2008): Revolving Doors. Sex Segregation and Women's Careers. In: David B. Grusky (Hg.): *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Un-

- ter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 797–802.
- Jæger, Mads Meier (2013): The effect of macroeconomic and social conditions on the demand for redistribution: A pseudo panel approach. In: *Journal of European Social Policy* 23 (2), S. 149–163. DOI: 10.1177/0958928712471225.
- Janoff-Bulman, Ronnie (2009): Political Attitudes and Complexity: Responses From a Motivational Perspective. In: *Psychological Inquiry* 20 (2–3), S. 177–182. DOI: 10.1080/10478400903028672.
- Jászi, Oscar (1967): Socialism. In: Edwin R.A. Seligman und Alvin Johnson (Hg.): *Encyclopedia of the Social Sciences*. 16. Aufl. New York, Toronto: The Macmillan Company (8), S. 188–212.
- Jenco, Leigh (2015): Chinese Political Ideologies. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 644–660.
- Johnson, Harry M. (1968): Ideology and the Social System. In: David L. Sills (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York: Crowell Collier and MacMillan, Inc. (7), S. 76–85.
- Johnston, Christopher D.; Ollerenshaw, Trent (2020): How different are cultural and economic ideology? In: *Current Opinion in Behavioral Sciences* 34, S. 94–101. DOI: 10.1016/j.cobeha.2020.01.008.
- Jordan, Soren; Ferguson, Grant (2016): Extremism in survey measures of ideology. In: *Research and Politics* 3 (3), 1–4. DOI: 10.1177/2053168016669743.
- Jost, John T.; Amodio, David M. (2012): Political ideology as motivated social cognition: Behavioral and neuroscientific evidence. In: *Motivation and Emotion* 36 (1), S. 55–64. DOI: 10.1007/s11031-011-9260-7.
- Jost, John T.; Blount, Sally; Pfeffer, Jeffrey; Hunyady, György (2003a): Fair Market Ideology: Its Cognitive-Motivational Underpinnings. In: *Research in Organizational Behavior* 25, S. 53–91. DOI: 10.1016/S0191-3085(03)25002-4.
- Jost, John T.; Federico, Christopher M.; Napier, Jaime L. (2009): Political Ideology: Its Structure, Functions, and Elective Affinities. In: *Annual Review of Psychology* 60, S. 307–337. DOI: 10.1146/annurev.psych.60.110707.163600.
- Jost, John T.; Federico, Christopher M.; Napier, Jaime L. (2015): Political Ideologies and their Social Psychological Functions. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 232–250.
- Jost, John T.; Glaser, Jack; Kruglanski, Arie W.; Sulloway, Frank J. (2003b): Political conservatism as motivated social cognition. In: *Psychological Bulletin* 129 (3), S. 339–375. DOI: 10.1037/0033-2909.129.3.339.
- Jost, John T.; Hunyady, Orsolya (2005): Antecedents and Consequences of System-Justifying Ideologies. In: *Current Directions in Psychological Science* 14 (5), S. 260–265. DOI: 10.1111/j.0963-7214.2005.00377.x.
- Jost, John T.; Ledgerwood, Alison; Hardin, Curtis D. (2008a): Shared Reality, System Justification, and the Relational Basis of Ideological Beliefs. In: *Social and Personality Psychology Compass* 2 (1), S. 171–186. DOI: 10.1111/j.1751-9004.2007.00056.x.

- Jost, John T.; Nosek, Brian A.; Gosling, Samuel D. (2008b): Ideology. Its Resurgence in Social, Personality, and Political Psychology. In: *Perspectives on Psychological Science* 3 (2), S. 126–136. DOI: 10.1111/j.1745-6916.2008.00070.x.
- Kahan, Dan M (2013): Ideology, motivated reasoning, and cognitive reflection. In: *Judgment and Decision Making* 8 (4), S. 407–424. DOI: 10.1017/S1930297500005271.
- Kahan, Dan M; Peters, Ellen; Dawson, Erica Cantrell; Slovic, Paul (2017): Motivated numeracy and enlightened self-government. In: *Behavioural Public Policy* 1 (1), S. 54–86. DOI: 10.1017/bpp.2016.2.
- Kaindl, Markus (2023): Living Apart Together – Paarbeziehungen über Haushaltsgrenzen hinweg. In: Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner und Beat Fux (Hg.): Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten. Wien: Generations and Gender Programme (GGP), S. 13.
- Kalmoe, Nathan P. (2020): Uses and Abuses of Ideology in Political Psychology. In: *Political Psychology* 41 (4), S. 771–793. DOI: 10.1111/pops.12650.
- Kam, Cindy D. (2005): Who Toes the Party Line? Cues, Values, and Individual Differences. In: *Political Behavior* 27 (2), S. 163–182. DOI: 10.1007/s11109-005-1764-y.
- Kanas, Agnieszka; van Tubergen, Frank; van der Lippe, Tanja (2011): The role of social contacts in the employment status of immigrants. A panel study of immigrants in Germany. In: *International Sociology* 26 (1), S. 95–122. DOI: 10.1177/0268580910380977.
- Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider und Willy Viehöfer (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S. 113–143.
- Keller, Reiner (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Interdisziplinäre Diskursforschung).
- Kemmelmeier, Markus (2015): Authoritarianism. In: James D. Wright (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (2), S. 262–268.
- Kinder, Donald R. (2006): Belief systems today. In: *Critical Review* 18 (1–3), S. 197–216. DOI: 10.1080/08913810608443657.
- Klandermans, P. G. (2014): Identity Politics and Politicized Identities: Identity Processes and the Dynamics of Protest. In: *Political Psychology* 35 (1), S. 1–22. DOI: 10.1111/pops.12167.
- Klingemann, Hans D. (1979): Measuring ideological conceptualizations. In: Samuel Henry Barnes und Max Kaase (Hg.): Political action. Mass participation in five western democracies. Beverly Hills: Sage Publications, S. 215–254.
- Kluegel, James R. (1989): Perceptions of justice in the US: split consciousness among the American public. Conference of Social Justice in East and West. Dubrovnik, 1989.
- Kluegel, James R.; Mason, David S.; Wegener, Bernd (1995): The International Social Justice Project. In: James R. Kluegel, David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.): Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. New York: De Gruyter, S. 1–12.
- Knobe, Joshua; Prasada, Sandeep; Newman, George E. (2013): Dual character concepts and the normative dimension of conceptual representation. In: *Cognition* 127 (2), S. 242–257. DOI: 10.1016/j.cognition.2013.01.005.
- Knoblauch, Hubert (2014): Wissenssoziologie. 3. überarbeitete Auflage. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft; UTB (UTB Soziologie, 2719).

- Knutsen, Oddbjørn; Scarbrough, Elinor (1998): Cleavage Politics. In: Jan W. van Deth und Elinor Scarbrough (Hg.): *The Impact of Values*. Oxford: Oxford University Press, S. 492–522.
- Kopalle, Praveen K.; Lehmann, Donald R. (1997): Alpha Inflation? The Impact of Eliminating Scale Items on Cronbach's Alpha. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 70 (3), S. 189–197. DOI: 10.1006/obhd.1997.2702.
- Kopp, Johannes; Lois, Daniel (2014): *Sozialwissenschaftliche Datenanalyse*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kreuzberger, Markus; Aschauer, Wolfgang; Stiebler, Katharina; Fingerlos, Ines; Zwißlinger, Lara (2023): Verschwörungsglaube in Zeiten multipler Krisen. Eine Analyse zu Einflussgrößen unter besonderer Berücksichtigung räumlicher Muster. In: *SWS-Rundschau* 63 (4), S. 347–368.
- Kreuzberger, Markus; Stiebler, Katharina (2024): Raum für Verschwörungstheorien? Eine sozialräumliche Analyse zu Verschwörungsglauben in Österreich in Zeiten multipler Krisen. In: Wolfgang Aschauer, Anja Eder und Dimitri Prandner (Hg.): *Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie »Werte in der Krise 2020–2022«*. Baden-Baden: Nomos, S. 463–480.
- Kriesi, Hanspeter (2010): Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values. In: *West European Politics* 33 (3), S. 673–685. DOI: 10.1080/01402381003654726.
- Kritzinger, Sylvia; Wagner, Markus (2023): Wähler*innen und Wahlverhalten. In: Katrin Protnik und Flooh Perlot (Hg.): *Das politische System Österreichs. Basiswissen und Forschungseinblicke*. Wien, Köln: Böhlau Verlag, S. 415–440.
- Kteily, Nour S.; Rocklage, Matthew D.; McClanahan, Kaylene; Ho, Arnold K. (2019): Political ideology shapes the amplification of the accomplishments of disadvantaged vs. advantaged group members. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 116 (5), S. 1559–1568. DOI: 10.1073/pnas.1818545116.
- Kukathas, Chandran (2015): Libertarianism. In: James D. Wright (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (13), S. 39–44.
- Kusche, Isabel (2021): Systemtheorie und Ideologie. Eine Spurensuche. In: Heiko Beyer und Alexandra Schauer (Hg.): *Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 111–139.
- Laborde, Cécile (2015): Republicanism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 513–535.
- Lachat, Romain (2017): Value Cleavages. In: Kai Arzheimer, Jocelyn Evans und Michael S. Lewis-Beck (Hg.): *The SAGE handbook of electoral behaviour*. London, Thousand Oaks, New Delhi, Singapore: Sage Publications, S. 561–582.
- Langemeyer, Ines (2009): Antonio Gramsci: Hegemonie, Politik des Kulturellen, geschichtlicher Block. In: Andreas Hepp, Friedrich Krotz und Tanja Thomas (Hg.): *Schlüsselwerke der Cultural Studies*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Medien – Kultur – Kommunikation), S. 72–82.
- Lange-Vester, Andrea; Teiwes-Kügler, Christel (2013): Das Konzept der Habitushermeneutik in der Milieuforschung. In: Alexander Lenger, Christian Schneickert und Florian Schumacher (Hg.): *Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149–174.

- Langman, Lauren (2012): Cycles of Contention: The Rise and Fall of the Tea Party. In: *Critical Sociology* 38 (4), S. 469–494. DOI: 10.1177/0896920511430865.
- Lauth, Hans-Joachim (2010): Regimetypen: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer, S. 95–116.
- Lautmann, Rüdiger; Klimke, Daniela (2004): Punitivität als Schlüsselbegriff für eine Kritische Kriminologie. In: Rüdiger Lautmann, Daniela Klimke und Fritz Sack (Hg.): *Punitivität*. Weinheim: Juventa (Kriminologisches Journal, 8. Beiheft), S. 9–29.
- Leader Maynard, Jonathan (2013): A map of the field of ideological analysis. In: *Journal of Political Ideologies* 18 (3), S. 299–327. DOI: 10.1080/13569317.2013.831589.
- Lee, Jae Kook; Choi, Jihyang; Kim, Cheonsoo; Kim, Yonghwan (2014): Social Media, Network Heterogeneity, and Opinion Polarization. In: *Journal of Communication* 64 (4), S. 702–722. DOI: 10.1111/jcom.12077.
- Lefebvre, Henri (1971): *The Sociology of Marx*. London: Allen Lane The Penguin Press.
- Leitgöb, Heinz; Seddig, Daniel; Asparouhov, Tihomir; Behr, Dorothée; Davidov, Eldad; Roover, Kim de et al. (2023): Measurement invariance in the social sciences: Historical development, methodological challenges, state of the art, and future perspectives. In: *Social Science Research* 110, S. 1–30. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2022.102805.
- Leitgöb, Heinz; Seddig, Daniel; Schmidt, Peter; Sosu, Edward; Davidov, Eldad (2021): Longitudinal Measurement (Non)Invariance in Latent Constructs. In: Alexandru Cernat und Joseph W. Sakshaug (Hg.): *Measurement Error in Longitudinal Data*. Oxford: Oxford University Press, S. 211–258.
- Lelkes, Yphtach (2019): Policy over party: comparing the effects of candidate ideology and party on affective polarization. In: *Political Science Research and Methods* 2, S. 1–8. DOI: 10.1017/psrm.2019.18.
- Lempp, Jakob; Serfling, Oliver; Rolf, Jan Niklas (2023): *Parteianhängerschaft in Deutschland. Eine Analyse der Parteien und ihrer Anhängerschaft in Bund und Ländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Empirische Studien zur Parteienforschung).
- Lenger, Alexander; Schneickert, Christian; Schumacher, Florian (2013): Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. In: Alexander Lenger, Christian Schneickert und Florian Schumacher (Hg.): *Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–41.
- Lenger, Alexander; Wolf, Stephan (2016): Empirische Gerechtigkeitsforschung. In: Anna Goppel, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser (Hg.): *Handbuch Gerechtigkeit*. Wiesbaden: J.B. Metzler Verlag, S. 68–77.
- Lenk, Kurt (1984): Zehn Thesen 78. In: Kurt Lenk (Hg.): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Vom Hrsg. überarb. und erw. 9. Aufl. Frankfurt/Main: Campus, S. 357–361.
- Leopold, David (2015): *Marxism and Ideology: From Marx to Althusser*. In: Michael Freedon, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 20–37.
- Lewandowsky, Stephan; Ecker, Ullrich K. H.; Seifert, Colleen M.; Schwarz, Norbert; Cook, John (2012): Misinformation and its Correction: Continued Influence and Successful Debiasing. In: *Psychological Science in the Public Interest* 13 (3), S. 106–131. DOI: 10.1177/1529100612451018.

- Liebig, Stefan; Verwiebe, Roland (2000): Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland. Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive. In: *Zeitschrift für Soziologie* 29 (1), S. 3–26. DOI: 10.1515/zfsoz-2000-0101.
- Lindqvist, Jesper; Dornschneider-Elkink, Johan A. (2023): A political Esperanto, or false friends? Left and right in different political contexts. In: *European Journal of Political Research* Online First, S. 1–21. DOI: 10.1111/1475-6765.12618.
- Lockyer, Adam; Hatemi, Peter K. (2018): Genetics and politics: A Review for the Social Scientist. In: Rosemary L. Hopcroft (Hg.): *The Oxford handbook of evolution, biology, and society*. Oxford: Oxford University Press, S. 281–304.
- Lorwin, Lewis L. (1967): Communist Parties. In: Edwin R.A. Seligman und Alvin Johnson (Hg.): *Encyclopedia of the Social Sciences*. 16. Aufl. New York, Toronto: The Macmillan Company (3), 87–95.
- Luskin, Robert C. (1987): Measuring Political Sophistication. In: *American Journal of Political Science* 31 (4), S. 856–899.
- Luskin, Robert C. (1990): Explaining Political Sophistication. In: *Political Behavior* 12 (4), S. 331–361. DOI: 10.1007/BF00992793.
- Luttig, Matthew D.; Federico, Christopher M.; Lavine, Howard (2017): Supporters and opponents of Donald Trump respond differently to racial cues: An experimental analysis. In: *Research & Politics* 4 (4), 1–8. DOI: 10.1177/2053168017737411.
- Mack, Eric (2011): Libertarianism. In: George Klosko (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Political Philosophy*. Oxford: Oxford University Press (Oxford Handbooks Online), S. 673–688.
- Malka, Ariel; Lelkes, Yphtach (2010): More than Ideology: Conservative–Liberal Identity and Receptivity to Political Cues. In: *Social Justice Research* 23 (2–3), S. 156–188. DOI: 10.1007/s11211-010-0114-3.
- Malka, Ariel; Lelkes, Yphtach; Soto, Christopher J. (2017): Are Cultural and Economic Conservatism Positively Correlated? A Large-Scale Cross-National Test. In: *British Journal of Political Science* 49 (3), S. 1045–1069. DOI: 10.1017/S0007123417000072.
- Mannheim, Karl (1965): Das Problem der Generationen. In: Ludwig von Friedeburg (Hg.): *Jugend in der modernen Gesellschaft*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch (Neue wissenschaftliche Bibliothek Soziologie), S. 23–48.
- Mannheim, Karl (1970a): Beiträge zur Theorie der Weltanschauungs-Interpretationen. In: Kurt H. Wolff (Hg.): *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. 2. Aufl. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand Verlag (Soziologische Texte, 28), S. 91–154.
- Mannheim, Karl (1970b): Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland. In: Kurt H. Wolff (Hg.): *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. 2. Aufl. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand Verlag (Soziologische Texte, 28), S. 408–508.
- Mannheim, Karl (1970c): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. In: Kurt H. Wolff (Hg.): *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. 2. Aufl. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand Verlag (Soziologische Texte, 28), S. 566–613.
- Mannheim, Karl (1984): Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 478).
- Mannheim, Karl (1985): Ideologie und Utopie. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

- Mannheim, Karl (2022): *Soziologie der Intellektuellen*. Schriften zur Kulturosoziologie. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 2323).
- Marks, Gary; Hooghe, Liesbet; Nelson, Moira; Edwards, Erica (2006): Party Competition and European Integration in the East and West. Different Structure, Same Causality. In: *Comparative Political Studies* 39 (2), S. 155–175. DOI: 10.1177/0010414005281932.
- Marten, Eike; Walgenbach, Katharina (2017): Intersektionale Diskriminierung. In: Albert Scherr, Aladin El-Mafaalani und Gökçen Yüksel (Hg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 157–171.
- Marx, Karl (1984): Kritik der gesellschaftlichen Wirklichkeit. In: Kurt Lenk (Hg.): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Vom Hrsg. überarb. und erw. 9. Aufl. Frankfurt/Main: Campus, S. 84–98.
- Marx, Karl (2018): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Hamburg: Felix Meiner Verlag (Philosophische Bibliothek, 612).
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (2014): Die deutsche Ideologie. In: Frank Adloff, Sebastian M. Büttner, Stephan Moebius und Rainer Schützeichel (Hg.): *Kulturosoziologie. Klassische Texte – Aktuelle Debatten*. Ein Reader. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 35–48.
- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. 4. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Mayer, Sabrina J. (2020): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Claudius Wagemann, Achim Goerres und Markus B. Siewert (Hg.): *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 755–780.
- Mayne, Quinton; Hakhverdian, Armen (2017): Education, socialization, and political trust. In: Sonja Zmerli und Tom W. G. van de Meer (Hg.): *Handbook on Political Trust*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, S. 176–196.
- Meier, Lars (2021): Eine soziologische Unschärferelation. Replik zum Aufsatz »Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case« von Matthias Revers und Richard Traunmüller. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 73, S. 129–135. DOI: 10.1007/s11577-021-00736-0.
- Mellacher, Patrick (2021): The Impact of Corona Populism: Empirical Evidence from Austria and Theory. Graz Schumpeter Centre (GSC Discussion Paper Series, 24). Online verfügbar unter https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3757268, zuletzt geprüft am 11.10.2021.
- Mendilow, Jonathan (1996): What is conservatism? Some signposts in the wilderness. In: *Journal of Political Ideologies* 1 (3), S. 221–238. DOI: 10.1080/13569319608420739.
- Merton, Robert K. (1937): The Sociology of Knowledge. In: *Isis* 27 (3), S. 493–503.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2015): Populism. In: Michael Freedman, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 493–512.
- Muller, J. Z. (2015): Conservatism: Historical Aspects. In: James D. Wright (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (4), S. 684–688.
- Müller, Hans-Peter (1992): Sozialstruktur und Lebensstile. Zur Neuorientierung der Sozialstrukturforschung. In: Stefan Hradil (Hg.): *Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung »objektiver« Lebensbedingungen und »subjektiver« Lebensweisen*. Opladen: Leske + Budrich (Sozialstrukturanalyse, 1), S. 57–66.

- Müller, Hans-Peter (1993): Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2006): Comprehending conservatism: A new framework for analysis. In: *Journal of Political Ideologies* 11 (3), S. 359–365. DOI: 10.1080/13569310600924012.
- Müller, Jan-Werner (2017): Was ist Populismus? Ein Essay. Originalausgabe, 5. Auflage 2017. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp Sonderdruck).
- Müller, Walter; Wirth, Heike; Bauer, Gerrit; Pollak, Reinhard; Weiss, Felix (2008): Die Europäische sozio-ökonomische Klassifikation (ESeC): zukünftiges Standardinstrument für internationale Vergleiche im Bereich sozialer Ungleichheit. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main: Campus (1 und 2), S. 2614–2623.
- Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Universität Basel. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>, zuletzt geprüft am 22.07.2021.
- Nash, Kate (1997): The feminist critique of liberal individualism as masculinist. In: *Journal of Political Ideologies* 2 (1), S. 13–28. DOI: 10.1080/13569319708420748.
- Neuwirth, Norbert; Wernhart, Georg (2011): Stellenwert der Familientypen – Indikatoren des Wertewandels. In: Norbert Neuwirth (Hg.): Familienformen in Österreich: Stand und Entwicklung von Patchwork- und Ein-Eltern-Familien in der Struktur der Familienformen in Österreich. Wien, S. 36–47.
- Niedermayer, Oskar (2006): Das Parteiensystem Deutschlands. In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109–133.
- Nilsson, Artur (2024): Antidemocratic tendencies on the left, the right, and beyond: A critical review of the theory and measurement of left-wing authoritarianism. In: *Political Psychology* Online First, S. 1–16. DOI: 10.1111/pops. 12951.
- Nurse, Matthew S.; Grant, Will J. (2019): I'll See It When I Believe It: Motivated Numeracy in Perceptions of Climate Change Risk. In: *Environmental Communication*, S. 1–18. DOI: 10.1080/17524032.2019.1618364.
- Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. New York: Palgrave Macmillan.
- Oesterreich, Detlef (2000): Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: Susanne Rippl, Christian Seipel und Angela Kindervater (Hg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske + Budrich, S. 69–90.
- Ondish, Peter; Stern, Chadly (2018): Liberals Possess More National Consensus on Political Attitudes in the United States: An Examination Across 40 Years. In: *Social Psychological and Personality Science* 9 (8), S. 935–943. DOI: 10.1177/1948550617729410.
- Ostrowski, Marius S. (2023): The ideological morphology of left-centre-right. In: *Journal of Political Ideologies* 28 (1), S. 1–15. DOI: 10.1080/13569317.2022.2163770.
- O'Sullivan, Noël (2015): Conservatism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): The Oxford handbook of political ideologies. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 293–311.
- Otte, Gunnar (1996): Lebensstile versus Klassen – welche Sozialstrukturkonzeption kann die individuelle Parteipräferenz besser erklären? In: Walter Müller (Hg.): Soziale Ungleichheit.

- Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Sozialstrukturanalyse, 9), S. 303–346.
- Otte, Gunnar (2005a): Entwicklung und Test einer integrativen Typologie der Lebensführung für die Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34 (6), S. 442–467. DOI: 10.1515/zfsoz-2005-0606.
- Otte, Gunnar (2005b): Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit aktuellen Bilanzierungsversuchen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (1), S. 1–31. DOI: 10.1007/s11577-005-0109-5.
- Otte, Gunnar (2013): Lebensstile. In: Steffen Mau und Nadine M. Schöneck (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 3. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 538–551.
- Otte, Gunnar; Rössel, Jörg (2011): Lebensstile in der Soziologie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51 (Sonderheft: Lebensstilforschung), S. 7–34.
- Peters, Uwe (2019): Implicit bias, ideological bias, and epistemic risks in philosophy. In: *Mind & Language* 34 (3), S. 393–419. DOI: 10.1111/mila.12194.
- Peters, Uwe (2021): An argument for egalitarian confirmation bias and against political diversity in academia. In: *Synthese* 198, S. 11999–12019. DOI: 10.1007/s11229-020-02846-2.
- Pinxten, Rik (2015): Worldview. In: James D. Wright (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (25), S. 753–757.
- Piurko, Yuval; Schwartz, Shalom H.; Davidov, Eldad (2011): Basic Personal Values and the Meaning of Left-Right Political Orientations in 20 Countries. In: *Political Psychology* 32 (4), S. 537–561. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2011.00828.x.
- Plamenatz, John (1970): *Ideology*. London, s.l.: Palgrave Macmillan (Key Concepts in Political Science).
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2006): Das Parteiensystem Österreichs. In: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 351–372.
- Prandner, Dimitri (2022): Zu Datengrundlage und Datenqualität: Methodische Reflexion zur quantitativen Erhebung während der Corona-Krise. In: Wolfgang Aschauer, Christoph Glatz und Dimitri Prandner (Hg.): *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 325–347.
- Pratto, Felicia; Sidanius, James; Stallworth, Lisa M.; Malle, Bertram F. (1994): Social Dominance Orientation: A Personality Variable Predicting Social and Political Attitudes. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 67 (4), S. 741–763. DOI: 10.1037/0022-3514.67.4.741.
- Puhani, Patrick A. (2000): The Heckman Correction for Sample Selection and its Critique. In: *Journal of Economic Surveys* 14 (1), S. 53–68. DOI: 10.1111/1467-6419.00104.
- Rammstedt, Beatrice; Kemper, Christoph J.; Klein, Mira Céline; Beierlein, Constanze; Kovaleva, Anastassiya (2013): Eine kurze Skala zur Messung der fünf Dimensionen der Persönlichkeit. 10 Item Big Five Inventory (BFI-10). In: *Methoden, Daten, Analysen* 7 (2), S. 233–249. DOI: 10.12758/MDA.2013.013.
- Ray, John J. (1973): Conservatism, Authoritarianism, and Related Variables: A Review and Empirical Study. In: Glenn D. Wilson (Hg.): *The Psychology of Conservatism*. London, New York: Academic Press, S. 17–35.

- Redding, Richard E. (2013): Politicized Science. In: *Society* 50 (5), S. 439–446. DOI: 10.1007/s12115-013-9686-5.
- Regnerus, Mark (2012): How different are the adult children of parents who have same-sex relationships? Findings from the New Family Structures Study. In: *Social Science Research* 41, S. 752–770. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2012.03.009.
- Rehbein, Boike; Saalman, Gernot (2014a): Feld (champ). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 99–103.
- Rehbein, Boike; Saalman, Gernot (2014b): Habitus (habitus). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 110–118.
- Rehbein, Boike; Saalman, Gernot (2014c): Kapital (capital). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 134–140.
- Rehbein, Boike; Schneickert, Christian; Weiß, Anja (2014): Klasse (classe). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 140–147.
- Rehm, Moritz; Schröder, Martin; Wenzelburger, Georg (2024): Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. In: *Journal of Common Market Studies* Online First, S. 1–22. DOI: 10.1111/jcms. 13607.
- Reiss, Stefan; Klackl, Johannes; Proulx, Travis; Jonas, Eva (2019): Strength of socio-political attitudes moderates electrophysiological responses to perceptual anomalies. In: *PloS one* 14 (8), 1–17. DOI: 10.1371/journal.pone.0220732.
- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Frank Decker (Hg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–80.
- Reuter, Kevin (2019): Dual character concepts. In: *Philosophy Compass* 14 (1), 1–10. DOI: 10.1111/phc3.12557.
- Revers, Matthias; Traummüller, Richard (2020): Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72, S. 471–497. DOI: 10.1007/s11577-020-00713-z.
- Rivera, José Antonio Aguilar (2015): Latin American Political Ideologies. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 583–606.
- Rogowski, Jon C.; Sutherland, Joseph L. (2016): How Ideology Fuels Affective Polarization. In: *Political Behavior* 38 (2), S. 485–508. DOI: 10.1007/s11109-015-9323-7.
- Rokeach, Milton (Hg.) (1960): *The open and closed mind. Investigations into the nature of belief systems and personality systems*. 6. Aufl. New York: Basic Books, Inc.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Die Theorie Stein Rokkans. Hg. v. Peter Flora. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rose, David; Harrison, Eric (2007): The European Socio-Economic Classification: A New Social Class Schema for Comparative European Research. In: *European Societies* 9 (3), S. 459–490. DOI: 10.1080/14616690701336518.
- Rose, Hilary; Rose, Steven (Hg.) (1976): *The radicalisation of science. Ideology of/in the Natural Sciences*. London: Macmillan Press (Critical Social Studies).

- Rosenberg, Arthur (1967): Socialist Parties. In: Edwin R.A. Seligman und Alvin Johnson (Hg.): *Encyclopedia of the Social Sciences*. 16. Aufl. New York, Toronto: The Macmillan Company (8), S. 212–221.
- Rosenfeld, Daniel L.; Tomiyama, A. Janet (2021): Can a pandemic make people more socially conservative? Political ideology, gender roles, and the case of COVID-19. In: *Journal of Applied Social Psychology*. DOI: 10.1111/jasp.12745.
- Rössel, Jörg (2005): *Plurale Sozialstrukturanalyse. Eine handlungstheoretische Rekonstruktion der Grundbegriffe der Sozialstrukturanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rössel, Jörg (2009): *Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Hagener Studententexte zur Soziologie).
- Rubin, Mark; Hewstone, Miles (2004): Social Identity, System Justification, and Social Dominance: Commentary on Reicher, Jost et al., and Sidanius et al. In: *Political Psychology* 25 (6), S. 823–844. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2004.00400.x.
- Ruggiero, Guido de (1967): Liberalism. In: Edwin R.A. Seligman und Alvin Johnson (Hg.): *Encyclopedia of the Social Sciences*. 16. Aufl. New York, Toronto: The Macmillan Company (4), S. 435–442.
- Rüschmeyer, Dietrich (1958): Mentalität und Ideologie. In: René König (Hg.): *Soziologie*. Frankfurt am Main: Fischer Bücherei (Das Fischer Lexikon, 10), S. 180–184.
- Rydgren, Jens (2011): Beliefs. In: Peter Bearman und Peter Hedström (Hg.): *The Oxford Handbook of Analytical Sociology*. Oxford: Oxford University Press, S. 72–93.
- Sachweh, Patrick (2018): Conditional Solidarity: Social Class, Experiences of the Economic Crisis, and Welfare Attitudes in Europe. In: *Social Indicator Research* 139, S. 47–76. DOI: 10.1007/s11205-017-1705-2.
- Sachweh, Patrick (2019): Crisis experience and welfare attitudes during the Great Recession: A comparative study on the UK, Germany and Sweden. In: *Acta Sociologica* 62 (2), S. 135–151. DOI: 10.1177/0001699318764261.
- Sartori, Giovanni (1969): Politics, Ideology, and Belief Systems. In: *The American Political Science Review* 63 (2), S. 398–411. DOI: 10.2307/1954696.
- Sauer, Carsten; Valet, Peter; Liebig, Stefan (2016): Welche Lohnungleichheiten sind gerecht? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68 (4), S. 619–645. DOI: 10.1007/s11577-016-0385-2.
- Scheuch, Erwin K. (1996): Die Notwendigkeit von Pretests zur Vorbereitung statistischer Erhebungen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Pretest und Weiterentwicklung von Fragebogen*. Stuttgart: Metzler-Poeschel (Spektrum Bundesstatistik, 9), S. 16–27.
- Schindler, Steffen; Reimer, David (2011): Differentiation and social selectivity in German higher education. In: *Higher education* 61, S. 261–275. DOI: 10.1007/s10734-010-9376-9.
- Schink, Alan (2020): *Verschörungstheorie und Konspiration. Ethnographische Untersuchungen zur Konspirationskultur*. Wiesbaden: Springer (Medienkulturen im digitalen Zeitalter).
- Schneider, Nicole; Spellerberg, Annette (1999): *Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schoen, Harald (2009): *Wahlsoziologie*. In: Viktoria Kania und Andrea Römmele (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–208.

- Schrenker, Markus; Wegener, Bernd (2007): Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project 1991–2007. Arbeitsbericht Nr. 150. Humboldt-Universität zu Berlin. Online verfügbar unter https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/empisoz/forschung/archiv/isjp/publication/ISJP_WP_150, zuletzt geprüft am 02.06.2020.
- Schröder, Martin (2013): Integrating varieties of capitalism and welfare state research: A unified typology of capitalisms. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Schröder, Martin (2018): Der Generationenmythos. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (3), S. 469–494. DOI: 10.1007/s11577-018-0570-6.
- Schröder, Martin; Braun, Daniela; Grimm, Katrin Luisa; Ulrich, Martin; Wenzelburger, Georg (2024): A matter of time, not generations: rising emotional attachment to the European Union 1991–2023. An age period cohort analysis. In: *Journal of European Public Policy* Online first, S. 1–29. DOI: 10.1080/13501763.2024.2356178.
- Schroth, Jörg (2016): Liberale Gerechtigkeit. In: Anna Goppel, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser (Hg.): *Handbuch Gerechtigkeit*. Wiesbaden: J.B. Metzler Verlag, S. 199–205.
- Schupp, Jürgen; Gerlitz, Jean-Yves (2014): Big Five Inventory-SOEP (BFI-S). Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/ZIS54>.
- Schwartz, Shalom H. (1992): Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. In: Mark P. Zanna (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*. New York: Academic Press (25), S. 1–65.
- Schwartz, Shalom H.; Breyer, Bianka; Danner, Daniel (2015): Human Values Scale (ESS). Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis234>.
- Schwartz, Shalom H.; Caprara, Gian Vittorio; Vecchione, Michele (2010): Basic Personal Values, Core Political Values, and Voting: A Longitudinal Analysis. In: *Political Psychology* 31 (3), S. 421–452. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2010.00764.x.
- Schwartz, Shalom H.; Cieciuch, Jan (2022): Measuring the Refined Theory of Individual Values in 49 Cultural Groups: Psychometrics of the Revised Portrait Value Questionnaire. In: *Assessment* 29 (5), S. 1005–1019. DOI: 10.1177/1073191121998760.
- Schwartz, Shalom H.; Melech, Gila; Lehmann, Arielle; Burgess, Steven; Harris, Mari; Owens, Vicki (2001): Extending the Cross-Cultural Validity of the Theory of Basic Human Values with a Different Method of Measurement. In: *Journal of Cross-Cultural Psychology* 32 (5), S. 519–542. DOI: 10.1177/0022022101032005001.
- Schweitzer, Eva C. (2012): *Tea Party: Die weiße Wut. Was Amerikas Neue Rechte so gefährlich macht*. 1. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv 24904 Premium).
- Schwenk, Otto G. (1999): *Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Sozialstrukturanalyse, 12).
- Seipel, Christian; Rippl, Susanne; Kindervater, Angela (2000): Probleme der empirischen Autoritarismusforschung. In: Susanne Rippl, Christian Seipel und Angela Kindervater (Hg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 261–280.
- Seipel, Christian; Rippl, Susanne; Kindervater, Angela; Lederer, Gerda (2012): Authoritarianism Research and the Role of Socialization. In: Samuel Salzborn, Eldad Davidov und Jost Reinecke (Hg.): *Methods, Theories, and Empirical Applications in the Social Sciences*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185–191.

- Seymer, Alexander; Ulrich, Martin (2024): Vertrauen in das politische System im Verlauf der COVID-19-Pandemie. In: Wolfgang Aschauer, Anja Eder und Dimitri Prandner (Hg.): Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie »Werte in der Krise 2020–2022«. Baden-Baden: Nomos, S. 159–200.
- Shils, Edward (1968): The Concept and Function of Ideology. In: David L. Sills (Hg.): International Encyclopedia of the Social Sciences. New York: Crowell Collier and MacMillan, Inc. (7), S. 66–76.
- Sibley, Chris G.; Duckitt, John (2013): The Dual Process Model of Ideology and Prejudice: A Longitudinal Test During a Global Recession. In: *The Journal of Social Psychology* 153 (4), S. 448–466. DOI: 10.1080/00224545.2012.757544.
- Sidanius, James; Pratto, Felicia (1999): Social Dominance. An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression. Cambridge: University Press.
- Sidanius, James; Pratto, Felicia (2004): Social Dominance Theory: A New Synthesis. In: John T. Jost (Hg.): Political Psychology. Key readings. 1. Aufl. New York, NY: Psychology Press (Key Readings in Social Psychology, 11), S. 315–332.
- Sidanius, James; Pratto, Felicia; Martin, Michael; Stallworth, Lisa M. (1991): Consensual Racism and Career Track: Some Implications of Social Dominance Theory. In: *Political Psychology* 12 (4), S. 691–721.
- Sidanius, James; Pratto, Felicia; Mitchell, Michael (1994): In-Group Identification, Social Dominance Orientation, and Differential Intergroup Social Allocation. In: *The Journal of Social Psychology* 134 (2), S. 151–167. DOI: 10.1080/00224545.1994.9711378.
- Sidanius, James; Pratto, Felicia; van Laar, Collette; Levin, Shana (2004): Social Dominance Theory: Its Agenda and Method. In: *Political Psychology* 25 (6), S. 845–880. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2004.00401.x.
- Sigmund, Paul E. (2015): Conservatism: Theory and Contemporary Political Ideology. In: James D. Wright (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier (4), S. 689–691.
- Skitka, Linda J. (2012): Multifaceted Problems: Liberal Bias and the Need for Scientific Rigor in Self-Critical Research. In: *Perspectives on Psychological Science* 7 (5), S. 508–511. DOI: 10.1177/1745691612454135.
- Smith, David C. (1968): Liberalism. In: David L. Sills (Hg.): International Encyclopedia of the Social Sciences. New York: Crowell Collier and MacMillan, Inc. (9), S. 276–282.
- Smith, Kevin B.; Alford, John R.; Hibbing, John R.; Martin, Nicholas G.; Hatemi, Peter K. (2017): Intuitive Ethics and Political Orientations: Testing Moral Foundations as a Theory of Political Ideology. In: *American Journal of Political Science* 61 (2), S. 424–437. DOI: 10.1111/ajps.12255.
- Solevid, Maria; Wängnerud, Lena; Djerf-Pierre, Monika; Markstedt, Elias (2021): Gender gaps in political attitudes revisited: the conditional influence of non-binary gender on left-right ideology and GAL-TAN opinions. In: *European Journal of Politics and Gender* 4 (1), S. 93–112. DOI: 10.1332/251510820X15978604738684.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–58.
- Stanley, Ben (2008): The thin ideology of populism. In: *Journal of Political Ideologies* 13 (1), S. 95–110. DOI: 10.1080/13569310701822289.

- Stark, G.; Liebig, Stefan; Wegener, Bernd (2014): Gerechtigkeitsideologien. Leibniz Institute for the Social Sciences (GESIS) (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/ZIS162>.
- StataCorp (2019): STATA Multivariate Statistics Reference Manual. Release 16. College Station: Stata Press.
- Statistik Austria (2022): Demographisches Jahrbuch. Statistik Austria. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html.
- Stéhelin, Liliane (1976): Sciences, Women and Ideology. In: Hilary Rose und Steven Rose (Hg.): The radicalisation of science. Ideology of/in the Natural Sciences. London: Macmillan Press (Critical Social Studies), S. 76–89.
- Stenner, Karen (2009): Three Kinds of »Conservatism«. In: *Psychological Inquiry* 20 (2–3), S. 142–159. DOI: 10.1080/10478400903028615.
- Stewart-Williams, Steve; Chang, Chern Yi Marybeth; Wong, Xiu Ling; Blackburn, Jesse D.; Thomas, Andrew G. (2020): Reactions to male-favouring versus female-favouring sex differences: A pre-registered experiment and Southeast Asian replication. In: *British Journal of Psychology*, S. 1–23. DOI: 10.1111/bjop. 12463.
- Stone, William F. (1980): The Myth of Left-Wing Authoritarianism. In: *Political Psychology* 2 (3/4), S. 3–19. DOI: 10.2307/3790998.
- Strijbis, Oliver; Teney, Céline; Helbling, Marc (2019): Why Are Elites more Cosmopolitan than Masses? In: P. de Wilde, Ruud Koopmans, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis und Michael Zürn (Hg.): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism. Cambridge: Cambridge University Press, S. 37–64.
- Stroud, Natalie Jomini (2010): Polarization and Partisan Selective Exposure. In: *Journal of Communication* 60 (3), S. 556–576. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2010.01497.x.
- Sunderland, Maja (2014a): Hysteresis (hystérésis). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 127–129.
- Sunderland, Maja (2014b): Sozialer Raum (espace social). In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, S. 219–225.
- Sychowiec, Maciej (2021): Does political ideology affect a government's credit rating? The evidence on parties' socio-cultural positions in European countries. In: *Comparative European Politics* 19, S. 323–359. DOI: 10.1057/s41295-021-00236-7.
- Tajfel, Henri (1974): Social identity and intergroup behaviour. In: *Social Science Information* 13 (2), S. 65–93. DOI: 10.1177/053901847401300204.
- Tajfel, Henri (1982): Social Psychology of Intergroup Relations. In: *Annual Review of Psychology* 33, S. 1–39. DOI: 10.1146/annurev.ps. 33.020182.000245.
- Teney, Céline; Helbling, Marc (2014): How Denationalization Divides Elites and Citizens. In: *Zeitschrift für Soziologie* 43 (4), S. 258–271. DOI: 10.1515/zfsoz-2014-0402.
- Teney, Céline; Rupieper, Li Kathrin (2023): A New Social Conflict on Globalisation-Related Issues in Germany? A Longitudinal Perspective. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 75 (1, supplement), S. 205–234. DOI: 10.1007/s11577-023-00884-5.
- Tepe, Peter (2012): Ideologie. Berlin, Boston: De Gruyter (Grundthemen Philosophie).

- Tetlock, Philip E. (1983): Cognitive Style and Political Ideology. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 45 (1), S. 118–126. DOI: 10.1037/0022-3514.45.1.118.
- Tilley, James; Hobolt, Sara B. (2011): Is the Government to Blame? An Experimental Test of How Partisanship Shapes Perceptions of Performance and Responsibility. In: *The Journal of Politics* 73 (2), S. 316–330. DOI: 10.1017/S0022381611000168.
- Torcal, Mariano (2017): Political trust in Western and Southern Europe. In: Sonja Zmerli und Tom W. G. van de Meer (Hg.): *Handbook on Political Trust*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, S. 418–439.
- Trautmüller, Richard; Revers, Matthias (2021): Meinungsfreiheit an der Universität. Unschärfen und Strohmannen (Antwort auf Lars Meier). In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 73, S. 137–146. DOI: 10.1007/s11577-021-00758-8.
- Treiman, Donald J. (2008): Occupational Prestige in Comparative Perspective. In: David B. Grusky (Hg.): *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 191–194.
- Turner, John C.; Reynolds, Katherine J. (2003): Why social dominance theory has been falsified. In: *British Journal of Social Psychology* 42, S. 199–206.
- Twenge, Jean M.; Honeycutt, Nathan; Prislín, Radmila; Sherman, Ryne A. (2016): More Polarized but More Independent: Political Party Identification and Ideological Self-Categorization Among U.S. Adults, College Students, and Late Adolescents, 1970–2015. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 42 (10), S. 1364–1383. DOI: 10.1177/0146167216660058.
- Ulbrich-Herrmann, Matthias (2014): Autoritäre Einstellungen. GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/ZIS125>.
- Ulrich, Martin (2021a): Politische Ideologien (POLID). GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.6102/zis313>.
- Ulrich, Martin (2021b): Syntax: »Politische Ideologien (POLID)«. GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften. SoWiDataNet datorium. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.7802/2332>.
- Ulrich, Martin (2023): Rezension: Max Haller (2022). Die revolutionäre Kraft der Ideen. Gesellschaftliche Grundwerte zwischen Interessen und Macht, Recht und Moral. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* Online first. DOI: 10.1007/s11614-023-00519-1.
- Ulrich, Martin (2024): Die dynamische Statik von politischen Ideologien während der Covid-19-Pandemie. In: Wolfgang Aschauer, Anja Eder und Dimitri Prandner (Hg.): *Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie »Werte in der Krise 2020–2022«*. Baden-Baden: Nomos, S. 451–462.
- Ulrich, Martin; Fux, Beat (2023): Wahrheit liegt im Auge des Betrachters. Warum glauben manche Österreicher*innen an Covid-19 Verschwörungstheorien? In: Paula-Irene Villa Braslavsky (Hg.): *Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bielefeld 2022*, S. 1–13.
- Ulrich, Martin; Zwittlinger, Lara (2022): Gruppenspezifische Einstellungen zur Chancengleichheit in Österreich (Datenreport zum SSÖ 2021, 4). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.5281/zenodo.6345878>.

- van de Werfhorst, Herman G. (2007): Cultural capital or relative risk aversion? Two mechanisms for educational inequality compared. In: *The British Journal of Sociology* 58 (3), S. 391–415. DOI: 10.1111/j.1468-4446.2007.00157.x.
- van der Meer, Tom W. G.; Hakhverdian, Armen (2017): Political Trust as the Evaluation of Process and Performance: A Cross-National Study of 42 European Countries. In: *Political Studies* 65 (1), S. 81–102.
- van Dijk, Teun A (2006): Ideology and discourse analysis. In: *Journal of Political Ideologies* 11 (2), S. 115–140. DOI: 10.1080/13569310600687908.
- van Dijk, Teun A (2015): Ideology and Discourse. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 175–196.
- van Hiel, Alain; Duriez, Bart; Kossowska, Malgorzata (2006): The Presence of Left-Wing Authoritarianism in Western Europe and Its Relationship with Conservative Ideology. In: *Political Psychology* 27 (5), S. 769–793. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2006.00532.x.
- Verwiebe, Roland; Wegener, Bernd (2000): Social Inequality and the Perceived Income Justice Gap. In: *Social Justice Research* 13 (2), S. 123–149. DOI: 10.1023/A:1007545823040.
- Vester, Michael (1998): Mentalitäten im gesellschaftlichen Strukturwandel. Individualisierung und Deklassierung als Ideologien. In: *Journal für Psychologie* 6 (2), S. 3–21.
- Vester, Michael; Oertzen, Peter von; Geiling, Heiko; Hermann, Thomas; Müller, Dagmar (2015): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. 4. Auflage, vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Fassung. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 1312).
- Vincent, Andrew (2015): Nationalism. In: Michael Freeden, Lyman Tower Sargent und Marc Stears (Hg.): *The Oxford handbook of political ideologies*. First published in paperback. Oxford: Oxford University Press, S. 452–473.
- Wagner, Markus; Kritzinger, Sylvia (2012): Ideological dimensions and vote choice: Age group differences in Austria. In: *Electoral Studies* 31 (2), S. 285–296. DOI: 10.1016/j.electstud.2011.11.008.
- Waldfoegel, Hannah B.; Sheehy-Skeffington, Jennifer; Hauser, Oliver P.; Ho, Arnold K.; Kteily, Nour S. (2021): Ideology selectively shapes attention to inequality. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 118 (14), S. 1–12. DOI: 10.1073/pnas.2023985118.
- Waldron, Jeremy (1987): Theoretical Foundations of Liberalism. In: *The Philosophical Quarterly* 37 (147), S. 127–150. DOI: 10.2307/2220334.
- Wänke, Michaela (1996): Kognitionspsychologische Ansätze zum Pretest von Fragebogen. In: *Statistisches Bundesamt (Hg.): Pretest und Weiterentwicklung von Fragebogen*. Stuttgart: Metzler-Poeschel (Spektrum Bundesstatistik, 9), S. 46–54.
- Washburn, Anthony N.; Skitka, Linda J. (2018): Science Denial Across the Political Divide: Liberals and Conservatives Are Similarly Motivated to Deny Attitude-Inconsistent Science. In: *Social Psychological and Personality Science* 9 (8), S. 972–980. DOI: 10.1177/1948550617731500.
- Webster, Steven W.; Abramowitz, Alan I. (2017): The Ideological Foundations of Affective Polarization in the U.S. Electorate. In: *American Politics Research* 45 (2), S. 621–647. DOI: 10.1177/1532673X17703132.
- Weeden, Kim A.; Grusky, David B. (2005): The Case for a New Class Map. In: *American Journal of Sociology* 111 (1), S. 141–212. DOI: 10.1086/428815.

- Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 21 (4), S. 269–283. DOI: 10.1515/zfsoz-1992-0403.
- Wegener, Bernd; Liebig, Stefan (1995a): Dominant Ideologies and the Variation of Distributive Justice Norms: A Comparison of East and West Germany, and the United States. In: James R. Kluegel, David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.): *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: De Gruyter, S. 239–259.
- Wegener, Bernd; Liebig, Stefan (1995b): Hierarchical and Social Closure Conceptions of Distributive Social Justice: A Comparison of East and West Germany. In: James R. Kluegel, David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.): *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*. New York: De Gruyter, S. 263–284.
- Wegener, Bernd; Liebig, Stefan (2000): Is the »Inner Wall« Here to Stay? Justice Ideologies in Unified Germany. In: *Social Justice Research* 13 (2), S. 177–197. DOI: 10.1023/A:1007549923948.
- Weiber, Rolf; Mühlhaus, Daniel (2014): Strukturgleichungsmodellierung. Eine anwendungsorientierte Einführung in die Kausalanalyse mit Hilfe von AMOS, SmartPLS und SPSS. 2. erweiterte und korrigierte Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Weinstein, David (2011): Nineteenth- and Twentieth-Century Liberalism. In: George Klosko (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Political Philosophy*. Oxford: Oxford University Press (Oxford Handbooks Online), S. 414–435.
- Welzel, Christian (2009): Werte- und Wertewandelforschung. In: Viktoria Kania und Andrea Römmele (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109–139.
- Wendt, Fabian (2016): Libertäre Gerechtigkeit. In: Anna Goppel, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser (Hg.): *Handbuch Gerechtigkeit*. Wiesbaden: J.B. Metzler Verlag, S. 205–211.
- White, Katherine R. G.; Kinney, Dakota; Danek, Rose H.; Smith, Brandt; Harben, Charles (2020): The Resistance to Change-Beliefs Scale: Validation of a New Measure of Conservative Ideology. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 46 (1), 20–35. DOI: 10.1177/0146167219841624.
- Wilson, Glenn D. (1973a): Development and Evaluation of the C-Scale. In: Glenn D. Wilson (Hg.): *The Psychology of Conservatism*. London, New York: Academic Press, S. 49–70.
- Wilson, Glenn D. (1973b): The Concept of Conservatism. In: Glenn D. Wilson (Hg.): *The Psychology of Conservatism*. London, New York: Academic Press, S. 3–15.
- Winegard, Bo M. (2018): Equalitarianism: A source of liberal bias. Dissertation. Florida State University. Department of Psychology. Online verfügbar unter https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3175680, zuletzt geprüft am 24.08.2020.
- Winter, Carolin (1997): Sozialstruktur, Werte, Ideologien und Wahlverhalten. In: Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider und Angelika Vetter (Hg.): *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*. Opladen: Westdeutscher Verlag (Studien zur Sozialwissenschaft, 188), 119–146.
- Wodak, Ruth (2015): »Normalisierung nach rechts«: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. In: *Linguistik Online* 73 (4). DOI: 10.13092/lo.73.2191.
- Wolff, Hans-Georg; Bacher, Johann (2010): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333–365.

- Wolsko, Christopher; Ariceaga, Hector; Seiden, Jesse (2016): Red, white, and blue enough to be green: Effects of moral framing on climate change attitudes and conservation behaviors. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 65, S. 7–19. DOI: 10.1016/j.jesp. 2016.02.005.
- Woolcock, Joseph A. (1985): Politics, Ideology and Hegemony in Gramsci's Theory. In: *Social and Economic Studies* 34 (3), S. 199–210.
- Wooldridge, Jeffrey M. (2009): Introductory Econometrics. A modern Approach. 4. Aufl. Mason: South-Western Cengage Learning.
- Wright, Erik Olin (1997): Class Counts. Comparative Studies in Class Analysis. Cambridge: University Press (Studies in Marxism and Social Theory, 11).
- Wright, Erik Olin (2008): A General Framework for the Analysis of Class Structure. In: David B. Grusky (Hg.): Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective. Unter Mitarbeit von Manwai K. Ku und Szonja Szelényi. 3. Aufl. Boulder: Westview Press, S. 98–111.
- Ylönen, Sabine (2011): Denkstil und Sprache/n in den Wissenschaften. Mit Beispielen aus der Medizin. In: *Zeitschrift für angewandte Linguistik* 55, S. 1–22. DOI: 10.1515/zfal.2011.009.
- Żemojtel-Piotrowska, Magdalena; Sawicki, Artur; Jonason, Peter K. (2020): Dark personality traits, political values, and prejudice: Testing a dual process model of prejudice towards refugees. In: *Personality and Individual Differences* 166, S. 1–6. DOI: 10.1016/j.paid.2020.110168.
- Zeskind, Leonard (2012): A Nation Dispossessed: The Tea Party Movement and Race. In: *Critical Sociology* 38 (4), S. 495–509. DOI: 10.1177/0896920511431852.
- Žižek, Slavoj (1996): Invisible ideology: Political violence between fiction and fantasy. In: *Journal of Political Ideologies* 1 (1), S. 15–32. DOI: 10.1080/13569319608420726.
- Žižek, Slavoj (1997): Introduction. The Spectre of Ideology. In: Slavoj Žižek (Hg.): Mapping Ideology. 3. Aufl. New York, London: Verso (Mapping), S. 1–33.
- Zmerli, Sonja (2020): Politisches Vertrauen. In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 248–272.
- Zmerli, Sonja; Newton, Ken (2011): Winners, losers and three types of trust. In: Sonja Zmerli und Marc Hooghe (Hg.): Political trust. Why context matters. Colchester: ECPR Press (Studies in European Political Science, 5), S. 67–94.
- Zürn, Michael; Wilde, Pieter de (2016): Debating globalization: cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies. In: *Journal of Political Ideologies* 21 (3), S. 280–301. DOI: 10.1080/13569317.2016.1207741.
- Zwittlinger, Lara; Zwiener-Collins, Nadine; Lefkofridi, Zoe (2024): Kognitive Dissonanz aufgrund gelebter Realitäten? Die Auswirkungen der Covid-19-Lockdownpolitik auf Österreichs Geschlechterrollenbilder. In: Wolfgang Aschauer, Anja Eder und Dimitri Prandner (Hg.): Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie »Werte in der Krise 2020–2022«. Baden-Baden: Nomos, S. 229–271.

Internetquellen

- Afinogenov, Greg (2018): Orthodoxed! On »Sokal Squared«. <https://www.nplusonemag.com/online-only/online-only/orthodoxed/> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Bensmann, Marcus; von Daniels, Justus; Dowideit, Anette; Peters, Jean; Keller, Gabriela (2024): Geheimplan gegen Deutschland. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (Letzter Zugriff: 5.3.2024)
- Bracholdt, Claudia; Ehmann, Annick; Fiedler, Dorothea; Greife-Huge, Carla; Gropengiesser, Dilan; Pohr, Adrian; Stahnke, Julian; Tröger, Julius; Wolters, Sven (2021). Die Rede, der Mob und die Erstürmung. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-01/sturm-us-kapitol-ausschreitungen-ereignisse-grafiken-video-karte> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Bpb: Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2017. <https://www.bpb.de/themen/wahl-o-mat/45817/wahl-o-mat-archiv-weitere-wahlen/> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Gallup (o.J.): Presidential Approval Ratings – Donald Trump. <https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Guardian (2015): #BlackLivesMatter: the birth of a new civil rights movement. <https://www.theguardian.com/world/2015/jul/19/blacklivesmatter-birth-civil-rights-movement> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Lehnert, Hendrik (2021): 1,2,3G. The Rectors Column. Paris Lodron Universität Salzburg. <https://www.plus.ac.at/kommunikation-und-fundraising/news-events-social-media/the-rectors-column/folge-9-123-g/> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Lippl, Martina (2021): Lockdown für Ungeimpfte? Erstes Bundesland plant drastische Maßnahmen. <https://www.merkur.de/deutschland/corona-deutschland-lockdown-ungeimpfte-bawue-kontaktbeschaenkungen-2-g-kritik-intensiv-covid-19-90948116.html> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- ORF (2020): »Zwangstestung«. Opposition kritisiert Lockdown-Pläne. <https://orf.at/stories/3194286/> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Pace News Ltd. (o.J.): The Political Compass. <https://www.politicalcompass.org/> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Pluckrose, Helen; Lindsay, James A.; Boghossian, Peter (2018): Academic Grievance Studies and the Corruption of Scholarship. https://areomagazine.com/2018/10/02/academic-grievance-studies-and-the-corruption-of-scholarship/?fbclid=IwAR2Hjg1ZsgzPux7RqOr_9QGaskkWlsUtfrKxlCcO6fTCITR83mh2OS_1Nw8 (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Standard (2020): Proteste in den USA: Trump droht mit »unbegrenzter Macht des Militärs«. <https://www.derstandard.at/story/2000117800028/tod-des-afroamerikaners-george-floyd-in-den-usa-heftige-proteste> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Standard (2021): Sollen Ungeimpfte auf Intensivstationen zur Kasse gebeten werden? Debatte über Selbsterhalte nach Interview mit Vorsitzender der Bioethikkommission. <https://www.derstandard.at/story/2000129482419/sollen-ungeimpfte-auf-intensivstationen-zur-kasse-gebeten-werden> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Tagesschau (2019): Carroll wirft Trump Vergewaltigung vor. Angeblicher Vorfall in Kaufhaus. <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-vergewaltigungsvorwurf-101.html> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)

- Tagesschau (2020): Europaweite Solidarität. Tausende bei George-Floyd-Protesten. <https://www.tagesschau.de/ausland/proteste-gegen-rassismus-101.html> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Tagesschau (2024a): Proteste gegen rechts. Wieder Tausende auf den Straßen. <https://www.tagesschau.de/inland/proteste-afd-102.html> (Letzter Zugriff: 5.3.2024)
- Tagesschau (2024b): Demos in mehreren Städten. Zehntausende setzen Zeichen gegen Rechtsextremismus. <https://www.tagesschau.de/inland/demos-gegen-rechtsextremismus-112.html> (Letzter Zugriff: 5.3.2024)
- Taz (2024): Demos Gegen rechts am Wochenende. 800.000 Menschen auf der Straße. <https://taz.de/Demos-gegen-rechts-am-Wochenende/!5988363/> (Letzter Zugriff: 5.3.2024)
- Todd, Chuck; Helsel, Phil; Rivera, Matt (2017): McCain Warns Suppressing Press ›Is How Dictators Get Started‹. <https://www.nbcnews.com/meet-the-press/mccain-warns-suppressing-press-how-dictators-get-started-n722906> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Wahlkabine: Nationalratswahl 2019. <https://wahlkabine.at/nationalratswahl-2019> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Welt (2015): Trump fordert komplettes Einreiseverbot für Muslime. <https://www.welt.de/politik/ausland/article149730903/Trump-fordert-komplettes-Einreiseverbot-fuer-Muslime.html> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- Welt (2021): Sind die #Allesdichtmachen-Videos gerechtfertigt? <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article230635513/allesdichtmachen-nach-dem-Shitstorm-Waren-die-Videos-gerechtfertigt.html> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)
- World Value Survey (2020): Values in Crisis Survey. Invitation for Participation. <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSNewsShow.jsp?ID=416&ID=416> (Letzter Zugriff: 20.6.2023)